

Ayaß      Das Arbeitshaus Breitenau

Hessische Forschungen zur geschichtlichen Landes- und Volkskunde, Heft 23  
Hrsg.: Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e. V. Kassel 1834  
Schriftleitung: Helmut Burmeister, Arensberg 8, 3520 Hofgeismar

Nationalsozialismus in Nordhessen - Schriften zur regionalen Zeitgeschichte, Heft 14  
Hrsg.: Gesamthochschule Kassel, Fachbereich 1  
Redaktion: Dietfried Krause-Vilmar

*Dr. phil. Wolfgang Ayaß, geb. 1954 in Marbach/N., 1976-1981 Studium der Sozialarbeit und der Sozialpädagogik in Kassel, 1982-1985 Sozialarbeiter in einem Heim für Wohnungslose in Karlsruhe, 1985-1988 Studium der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft in Kassel, Magister Artium, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Gesamthochschule Kassel, Promotion mit vorliegender Arbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Gesamthochschule Kassel.*

Umschlag: Stephan von Borstel  
Vertrieb: Jenior & Pressler, Lassallestr. 15, 3500 Kassel

1. Auflage 1992  
ISBN: 3-88122-670-2  
ISSN: 0175-1840

Copyright Gesamthochschule Kassel, Fachbereich 1, Gesamthochschulbibliothek

Wolfgang Ayaß

## **Das Arbeitshaus Breitenau**

Bettler, Landstreicher, Prostituierte,  
Zuhälter und Fürsorgeempfänger  
in der Korrektions- und Landarmenanstalt  
Breitenau (1874-1949)

Gesamthochschule Kassel  
Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V.  
Kassel 1992





# Inhalt

Vorbemerkung

Einleitung 13

Fragestellung 13

Forschungsstand 16

Quellenlage 22

Die strafrechtliche Arbeitshausunterbringung 25

Geschichte der strafrechtlichen Arbeitshausunterbringung 25

Die Praxis der Arbeitshaushaft 34

Arbeitshäuser als Gefängnisse für die Armen 38

Der Diskurs über Arbeitshäuser im Kaiserreich 44

Die fürsorgerechtliche Arbeitshausunterbringung 55

Die geschlossene Armenarbeitshausunterbringung von  
Unterstützungsempfängern 55

Die Landarmenhäuser 57

Die Zwangsarbeitshausunterbringung durch Verwaltungsentscheidung 62

Die Gründung der Anstalt Breitenau 69

Der Bezirkskommunalverband Kassel als Träger 69

Das Gebäude 71

Die Insassen	78
Korrigendinnen und Korrigenden	79
Männliche Korrigenden	84
Wohnungslose Männer	87
Zuhälter	108
Korrigendinnen	120
Prostituierte	124
Wohnungslose Frauen	137
Landarme	141
Landarme Männer	146
Landarme Frauen	153
"Arbeitsscheue und säumige Nährpflichtige"	156
 Das Personal	 160
Aufseher und Aufseherinnen	160
Der Oberaufseher	169
Der Direktor	171
 Die Arbeit	 178
Zwangsarbeit als Besserungsmittel	178
Gutswirtschaft und Regiebetriebe	184
Außenarbeitskolonnen	186
Industrieproduktion	191
Die Arbeitsprämie	193
 Anstaltsleben in Breitenau	 199
Aufnahmeritual	199
Tagesablauf	204
Verpflegung	208
Verbote und Strafen	210
Sonntagsleben	218

Krankheit und Tod	222
Flucht	225
Entlassung	228
 Reformversuche in der Weimarer Republik	 241
Breitenau am Ende des Ersten Weltkriegs	241
Die Diskussion um ein Bewahrungsgesetz	245
Kritik im Kommunallandtag und die neue Hausordnung	251
Pädagogische Neuerungen	255
Die Anstalt in der Krise	259
 Die Anstalt Breitenau im Nationalsozialismus	 262
Breitenau als Konzentrationslager für politische Gegner der Nationalsozialisten	262
Die Bettlerrazzien vom September 1933	264
Das "Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung"	266
Zwangssterilisationen	275
Verstärkte Einweisungen durch die öffentliche Fürsorge	282
Die Aktion "Arbeitsscheu Reich"	287
Das Justizlager Rodgau	294
Nutzung der Anstalt als Arbeitserziehungslager, Konzentrationssammel- lager, Frauengefängnis und Fürsorgeerziehungsheim	301
Haftbedingungen und Aufenthaltsdauer der Korrigenden	306
Lebenslängliche Internierung	313
Asylunterbringung	317
Die Arbeitshäuser und der nationalsozialistische Mordapparat	319
Arbeitshaushaft wegen Arbeitsvertragsbruchs	322

Nachkriegszeit	328
"Kriegsbedingte Entlassung"	328
Das Arbeitshaus Breitenau als Frauenbewahranstalt	333
Schließung des Arbeitshauses Breitenau durch die Militärregierung	338
Das Ende der Arbeitshausunterbringung 1967/74	342
 Schluß	 346
 Chronologie	 350
 Quellen und Literatur	 352
 Nachweis der Schaubilder und Faksimiles	 391
 Tabellen	 392

## Abkürzungen

ALR	Allgemeines Preußisches Landrecht 1794
BA	Bundesarchiv Koblenz
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
BGBI	Bundesgesetzblatt
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GS	Gesetzsammlung für die Königlich Preußischen Staaten
GStA	Geheimes Staatsarchiv
Hrsg	Herausgeber
HStA	Hauptstaatsarchiv
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz
KZ	Konzentrationslager
LWV	Landeswohlfahrtsverband
MBliV	Ministerialblatt für die Innere Verwaltung
MdI	Ministerium des Innern
NF	Neue Folge
Nr	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RAnz	Deutscher Reichs-Anzeiger und Preußischer Staats-Anzeiger
RdErl	Runderlaß
RFV	Reichsfürsorgepflichtverordnung
RGBI	Reichsgesetzblatt
RKPA	Reichskriminalpolizeiamt
RM	Reichsmark
RMBliV	Reichsministerialblatt für die Innere Verwaltung
RS	Rückseite
S	Seite
SA	Sturmabteilung der NSDAP
Sp	Spalte
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
SS	Schutzstaffel der NSDAP
UWG	Unterstützungswohnsitzgesetz
VD	venereal disease
ZStA	Zentrales Staatsarchiv
ZStdLJV	Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen



## Vorbemerkung

Die vorliegende Studie wurde 1991 vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Gesamthochschule Kassel (Universität) als Dissertation angenommen. Sie wurde mit dem Wissenschaftspreis 1990 des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde e.V. ausgezeichnet.

Die Dissertation wurde von Prof. Dr. Florian Tennstedt und Prof. Dr. Peter-Christian Witt begutachtet. Darüber hinaus hat Prof. Dr. Dietfrid Krause-Vilmar die Arbeit in allen Phasen ihrer Entstehung engagiert betreut. Die Friedrich-Ebert-Stiftung förderte das Promotionsvorhaben durch ein Stipendium. Der Landeswohlfahrtsverband Hessen gab einen Druckkostenzuschuß.

An dieser Stelle will ich allen Beteiligten, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der benutzten Archive und Bibliotheken herzlich danken. Besonderer Dank gilt Helmut Burmeister.

Wolfgang Ayaß





# Einleitung

## Fragestellung

Am Morgen des 1. Oktober 1874 marschierten achtunddreißig Häftlinge der im preußischen Regierungsbezirk Kassel gelegenen Strafanstalt Ziegenhain unter Bewachung zum Bahnhof Treysa. Um 8<sup>40</sup> Uhr bestiegen sie zusammen mit ihren Bewachern den Zug in Richtung Kassel.<sup>1</sup> Die Häftlinge waren keine Schwerverbrecher, sondern harmlose Vagabunden, die von Polizisten aufgegriffen und von Amtsrichtern gemäß § 361 Strafgesetzbuch zu einer kurzen Haftstrafe wegen Bettelei oder Landstreicherei verurteilt worden waren. In einer der Ziegenhainer Strafanstalt angeschlossenen Zwangsarbeitsanstalt mußten die Vagabunden während einer mehrmonatigen *korrekzionellen Nachhaft*, die sich direkt an die eigentliche Haftstrafe anschloß, unter Gefängnisbedingungen Zwangsarbeit leisten. Diese auf Grundlage des § 362 StGB ausgesprochene *korrekzionelle Nachhaft* sollten die Häftlinge nun in einer speziell für diesen Zweck neu eingerichteten Korrekziionsanstalt, dem Arbeitshaus Breitenau, verbüßen.

An der Bahnstation Gensungen, zwanzig Kilometer südlich von Kassel, nahmen die Aufseher der neuen Anstalt die Korrigenden in Empfang und eskortierten sie in einem über zweistündigen Fußmarsch zu ihrer künftigen Haftanstalt.<sup>2</sup> Schon aus einiger Entfernung konnten sie in einer breiten Flußbue zwischen Fulda und Eder deren Umriss erkennen: die wuchtige, die wenigen Gebäude der Umgebung überragende, damals noch turmlose, über siebenhundert Jahre alte Basilika des ehemaligen Benediktinerklosters Breitenau, dessen Gelände von einer vier Meter hohen Ringmauer umgeben war. Durch das Verriegeln der Tore hinter den achtunddreißig Eingelieferten wurde die neue *Corrections- und Landarmen-Anstalt zu Breitenau* formlos ihrer Bestimmung übergeben.<sup>3</sup>

---

1 Vgl. Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1875, Anlage 37, Sp. 8; StA Marburg, Bestand 165, Nr. 2175, S. 3.

2 StA Marburg, Bestand 165, Nr. 2175, S. 55.

3 Eine Namensliste dieser 38 Korrigenden befindet sich im Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 133, S. 2.

Vor allem wohnungslose Menschen, die Ärmsten der Armen, wurden im Rahmen einer repressiven Armenpolitik in den Arbeitshäusern festgehalten. 1895 bestanden im Deutschen Reich 47 Arbeitshäuser; über drei Jahrzehnte später gab es immerhin noch 26 Anstalten.<sup>4</sup> Erst 1969 verschwand die Arbeitshausunterbringung aus dem Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland.

Breitenau war kein besonderes Arbeitshaus. Es existierten größere, traditionsreichere, aber auch modernere Anstalten. Zudem war Breitenau ein relativ unbekanntes Arbeitshaus. Im zeitgenössischen Diskurs über Arbeitshäuser blieb Breitenau gesichtslos. Während sich Direktoren, Anstaltsärzte und Seelsorger anderer Arbeitshäuser immer wieder in Fachzeitschriften zu Wort meldeten, schwieg man in Breitenau. Auch in vergleichenden Arbeitshausuntersuchungen fehlt die Breitenauer Anstalt fast immer. Die Suche nach Bildern, Grundrissen oder Beschreibungen in den einschlägigen Handbüchern des Gefängniswesens und der Anstaltsarchitektur blieb erfolglos. Den Autoren dieser Werke erschienen jeweils andere Arbeitshäuser interessanter. Die seltenen Beschreibungen von Arbeitshaushaft in Romanen beziehen sich ebenfalls nicht auf Breitenau.<sup>5</sup> Die zeitgenössische Fachliteratur übergeht das Arbeitshaus Breitenau fast vollständig. Lediglich Bertha Kunreuther stützt sich in ihrer 1918 erschienenen wirtschaftswissenschaftlichen Dissertation "Untersuchungen über das Landstreicher- und Bettlertum in Preußen", ohne daß der Titel dies zu erkennen gibt, hauptsächlich auf Breitenauer Quellen.

Die vorliegende Arbeit behandelt nicht die gesamte Geschichte der Anstalt Breitenau, sondern beschränkt sich auf die Untersuchung der strafrechtlichen und fürsorgerechtlichen Arbeitshausunterbringung in dieser multifunktional genutzten Anstalt. Der Untersuchungszeitraum endet daher im Jahre 1949, als das Arbeitshaus Breitenau durch die amerikanische Militärregierung geschlossen wurde. Die Anstalt wurde danach hauptsächlich als Fürsorgeerziehungsheim genutzt. Heute befindet sich ein offenes psychiatrisches Krankenhaus auf dem Gelände.

- 
- 4 Vgl. Robert von Hippel, Die strafrechtliche Bekämpfung von Bettel, Landstreicherei und Arbeitsscheu. Eine Darstellung des heutigen Deutschen Rechtszustandes nebst Reformvorschlägen, Berlin 1895, S. 132; vgl. Verzeichnis der Deutschen Arbeitshäuser und der in denselben eingerichteten gewerblichen Betriebe und der Betriebsformen nach dem Stande vom 1. Oktober 1926, in: Blätter für Gefängniskunde, Sonderheft zu Bd. 58, Heidelberg 1927.
- 5 Vgl. Hedwig Hard (d.i. Hans Reinhard), Beichte einer Gefallenen, Berlin <sup>2</sup>1906; vgl. Ernst Schuchhardt, Sechs Monate Arbeitshaus. Erlebnisse eines wandernden Arbeiters, Berlin 1907.

Eine Gesellschaft offenbart sich in ihrer Einstellung zu ihren Randgruppen. Die Frage, ob gesellschaftliche Außenseiter eingegliedert, geduldet oder radikal ausgeschlossen werden sollen, stellt sich immer wieder neu. Die Trennungslinie ist überaus veränderlich und unterliegt permanenten gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen.

In der vorliegenden Arbeit soll am Beispiel des Arbeitshauses Breitenau die dort umgesetzte repressive Armenpolitik in ihrem Spannungsfeld zwischen Fürsorge und Strafvollzug aufgezeigt werden. Durch die Analyse der Entwicklung der strafrechtlichen Verfolgung von Bettelei, Landstreicherei, Prostitution und Zuhälterei soll sowohl ein Beitrag zur historischen Kriminologie wie zur Sozialgeschichte subproletarischer Schichten geleistet werden. Insbesondere bei der Analyse der Entwicklung der strafrechtlichen und fürsorgerechtlichen Einweisungsbestimmungen wird dabei weit über eine enge Schilderung der Breitenauer Anstalt hinausgegangen.

Mein Hauptinteresse gilt den Häftlingen der verschiedenen Insassengruppen, ihrem sozialen Hintergrund, ihren Haftbedingungen und dem Leben innerhalb der Anstalt. Der Versuch, Anstaltswirklichkeit und das Leben der Insassen nach Behördenakten zu rekonstruieren, stößt auf die Schwierigkeit, daß diese Akten die Anstalt und die in ihr gefangenen Menschen aus der Perspektive des Personals beschreiben. Das Anstaltsleben schlägt sich daher nur stark gefiltert und gebrochen in den Akten nieder. Auch die personenbezogenen Fallakten der Anstalt vermitteln in der Regel nur sehr lückenhafte Informationen über die Insassen und deren Lebensweg.<sup>6</sup>

Von besonderem Interesse ist, ob sich in den 75 Jahren von 1874 bis 1949 in Breitenau die Behandlung der Inhaftierten überhaupt nennenswert geändert hat. Wie entwickelten sich die Insassenzahlen? Wie veränderte sich die soziale Zusammensetzung der Gefangenen? Gab es Reformen und wer betrieb sie? Gab es Brüche in der Kontinuität? Schließlich muß eingeschätzt werden, ob und inwieweit die Entwicklung der Anstalt von politischen und ökonomischen Verhältnissen außerhalb beeinflußt wurde.

Von Breitenau hörte ich zum erstenmal vor über zehn Jahren. Damals hatte eine Projektgruppe der Gesamthochschule Kassel in den Anstaltskellern mehrere tausend Akten eines 1933-1934 und 1940-1945 in der Anstalt errichteten, fast vergessenen nationalsozialistischen Konzentrationslagers entdeckt.<sup>7</sup> Im

---

6 Zur Auswertung personenbezogener Fallakten der Sozialbürokratie vgl. Siegfried Müller, Aktenanalyse in der Sozialarbeitsforschung, Weinheim/ Basel 1980.

7 Vgl. Jutta Dillmann/ Dietfrid Krause-Vilmar/ Gunnar Richter (Hrsg.), Mauern des Schweigens durchbrechen. Die Gedenkstätte Breitenau, Kassel 1986, S. 109; vgl. Achtzig Jahre

Laufe der intensiven langjährigen Forschungen über das Konzentrationslager Breitenau erwies sich die Untersuchung der Gesamtgeschichte der Anstalt zunehmend als Desiderat. Das Verhältnis des Konzentrationslagers Breitenau zur Gesamtanstalt, die Frage, ob es in Kontinuität oder Widerspruch zur Geschichte des Arbeitshauses stand, ist eine wichtige Frage meiner Untersuchung. Für die Zeit des Nationalsozialismus gilt es zu klären, in welchem Verhältnis die alten Formen staatlicher Asozialenbekämpfung zu den von den Nationalsozialisten entwickelten Verfolgungsformen standen, insbesondere zu der in den Konzentrationslagern vollstreckten kriminalpolizeilichen Vorbeugungshaft gegen "Asoziale". Schließlich müssen Funktion und Stellenwert des Arbeitshauses Breitenau im Gesamtkontext der nationalsozialistischen Verfolgungsmaschinerie eingeschätzt werden.

## Forschungsstand

Der Forschungsschwerpunkt über die Geschichte der deutschen Arbeitshäuser liegt bislang unübersehbar im 17. und 18. Jahrhundert, in der Entstehungszeit der ersten Anstalten. Es bleibt das Verdienst des Kriminalisten und Göttinger Universitätsprofessors Robert von Hippel (1866-1951), bereits 1898 die Pionierrolle des Amsterdamer *Tuchthuis* von 1595 erkannt zu haben, das als Vorbild der ersten deutschen Arbeitshäuser diente.<sup>8</sup> Im Rahmen der historischen Kriminologie interessierte an den Zucht- und Arbeitshäusern in erster Linie der Aspekt der Entstehung der modernen Freiheitsstrafe in diesen Anstalten. Wilhelm Traphagen beschrieb bereits 1935 die "pädagogische Funktion" der ersten Arbeitshäuser, in denen er vor allem die Umsetzung des Ar-

---

kommunale Selbstverwaltung im Regierungsbezirk Kassel 1867-1947. Im Auftrag der Kommunalverwaltung bearbeitet von Dr. Eduard Becker, Kassel 1949, S. 89.

- 8 Robert von Hippel, Beiträge zur Geschichte der Freiheitsstrafe, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 18 (1898), S. 419-494 u. S. 608-666; vgl. ders., Die geschichtliche Entwicklung der Freiheitsstrafe, in: Erwin Bumke (Hrsg.), Deutsches Gefängniswesen, Berlin 1928, S. 1-15; vgl. ders., Die Entstehung der modernen Freiheitsstrafe und des Erziehungs-Strafvollzugs, Eisenach 1931; vgl. Albert Krebs, Die Forschungen Robert von Hippels über die Entwicklung der modernen Freiheitsstrafe und ihre Bedeutung für das deutsche Gefängniswesen, in: ders., Freiheitsentzug. Entwicklung von Praxis und Theorie seit der Aufklärung, Berlin 1978, S. 181-205; vgl. Thorsten Sellin, Pioneering in Penology. The Amsterdam Houses of Correction in the Sixteenth and Seventeenth Centuries, Philadelphia 1944.

beitserziehungsgedankens des Humanisten Juan Luis Vives verwirklicht sah.<sup>9</sup> Nachhaltigen Einfluß übte die 1939 erschienene Monographie von Georg Rusche und Otto Kirchheimer "Punishment and Social Structure" aus, die lange als Standardwerk der historischen Kriminologie galt.<sup>10</sup> Rusche und Kirchheimer stellten die Entwicklung der Zucht- und Arbeitshäuser in den spezifischen Zusammenhang merkantilistischer Wirtschaftspolitik und griffen damit eine These des österreichischen Sozialisten Max Adler auf, der bereits 1924 in "Fabrik und Zuchthaus" den in diesen Anstalten auf nicht zur Fabrikarbeit bereite Arbeitskräfte ausgeübten außerökonomischen Zwang als konstitutiv für die Ausbildung des Kapitalismus ansah.<sup>11</sup>

Die ökonomische Rolle der Arbeitshäuser steht auch im Mittelpunkt der 1970 erschienenen Arbeit von Helga Eichler, die die Entstehungsgeschichte der Zucht- und Arbeitshäuser der mittleren und östlichen Provinzen Brandenburg-Preußens untersucht. Die Autorin charakterisiert die ökonomische Funktion der von ihr untersuchten Anstalten als eine spezifische Übergangsform zwischen feudaler und kapitalistischer Produktionsweise.<sup>12</sup> Christian Marzahn hat für seine 1980 veröffentlichte Studie "Das Zucht- und Arbeitshaus" zwar keine eigene Quellenforschung betrieben, bietet aber einen Überblick über die zeitgenössische und moderne Arbeitshausliteratur.<sup>13</sup> Marzahn sieht in den Arbeitshäusern die "Kerninstitution frühbürgerlicher Sozialpolitik" im Übergang zum Industriezeitalter.

In Gesamtdarstellungen über die Geschichte der Armut haben die Zucht- und Arbeitshäuser mittlerweile ihren festen Platz. Analog zum Erkenntnisinteresse der Kriminologen galt der Blick der Sozialhistoriker in erster Linie der Frühzeit der Arbeitshäuser. Dementsprechend werden sie von Catharina Lis und Hugo Soly (1979), Christoph Sachße und Florian Tennstedt (1980, 1983),

---

9 Wilhelm Traphagen, Die ersten Arbeitshäuser und ihre pädagogische Funktion, Diss. Göttingen 1935.

10 Georg Rusche/ Otto Kirchheimer, Punishment and Social Structure, New York 1939, deutsch: Sozialstruktur und Strafvollzug, Köln 1974; vgl. Gustav Radbruch, Die ersten Zuchthäuser und ihr geistesgeschichtlicher Hintergrund, in: ders., *Elegantiae juris criminalis. Vierzehn Studien zur Geschichte des Strafrechts*, Basel <sup>2</sup>1950, S. 116-129.

11 Max Adler, *Fabrik und Zuchthaus*, Leipzig o.J. (1924).

12 Helga Eichler, Zucht- und Arbeitshäuser in den mittleren und östlichen Provinzen Brandenburg-Preußens. Ihr Anteil an der Vorbereitung des Kapitalismus. Eine Untersuchung für die Zeit vom Ende des 17. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1970, Teil I, S. 144.

13 Christian Marzahn, *Das Zucht- und Arbeitshaus. Die Kerninstitution frühbürgerlicher Sozialpolitik*, Bremen o.J. (1980); erneut veröffentlicht in ders./ Hans Günther Ritz (Hrsg.), *Zähmen und Bewahren. Die Anfänge bürgerlicher Sozialpolitik*, Bielefeld 1984.

Wolfram Fischer (1982), Bronislaw Geremek (1988) durchweg im Rahmen des Wandels der Armenfürsorge in der Frühen Neuzeit diskutiert.<sup>14</sup>

Die zahlreichen Studien über einzelne Arbeitshäuser beziehen sich ebenfalls fast ausschließlich auf das 17. und 18. Jahrhundert.<sup>15</sup> Die wenigen historiographischen Arbeiten über deutsche Arbeitshäuser im 19. und 20. Jahrhundert erscheinen dagegen fast bedeutungslos. Die 1983 veröffentlichte medizinische Dissertation von Martin Gunga über "Medizin und Theologie in der öffentlichen Sozialfürsorge des 19. Jh. am Beispiel des Landarmen- und Arbeitshauses Benninghausen 1820-1945" liefert nur wenige über die von ihm untersuchte Anstalt hinausreichende Erkenntnisse. Darüber hinaus existiert lediglich über das württembergische Arbeitshaus Vaihingen eine kleine, aber angesichts des Forschungsstands um so wichtigere Studie über die Funktion dieser Anstalt während des Nationalsozialismus.<sup>16</sup>

Ohne die von Hannes Stekl verfaßten Arbeiten sähe im deutschen Sprachraum der Forschungsstand für den hier in Frage kommenden Zeitraum völlig unzureichend aus. Insbesondere die 1978 veröffentlichte Monographie über "Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671-1920" bot wertvolle Hinweise. Dieses Werk hat in Bezug auf die deutschen Arbeitshäuser noch kein gleichwertiges Gegenstück gefunden.<sup>17</sup>

Die Forschungslage suggeriert fast, die Arbeitshäuser hätten im 19. und 20. Jahrhundert in Deutschland keine Rolle mehr gespielt. Dabei erlebte die zwangsweise Arbeitshausunterbringung in der Form der *korrektionalen Nachhaft* in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen bislang völlig un-

---

14 Vgl. Catharina Lis/ Hugo Soly, Poverty and capitalism in pre-industrial Europe, Hassocks 1979, S. 116-129; vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz 1980, S. 112-124; dies., Bettler, Gauner und Proleten. Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte, Reinbek 1983, S. 103-106; Wolfram Fischer, Armut in der Geschichte, Göttingen 1982, S. 44-49; Bronislaw Geremek, Geschichte der Armut. Elend und Barmherzigkeit in Europa, München/ Zürich 1988, S. 257-284.

15 Siehe Literaturverzeichnis.

16 Friedrich K. Grieb/ Ernst A. Schmidt, Das Württembergische Arbeitshaus für Männer in Vaihingen. Ein Vorbericht, in: Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz, Bd. 4, Vaihingen 1985, S. 89-112.

17 Hannes Stekl, Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671-1920. Institutionen zwischen Fürsorge und Strafvollzug, München 1978; vgl. ders., Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser. Zur Geschichte multifunktionaler Vollzugseinrichtungen, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 1978, Heft 2, S. 17-28; vgl. ders., "labore et fame" - Sozialdisziplinierung in Zucht- und Arbeitshäusern des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Christoph Sachße/ Florian Tennstedt (Hrsg.), Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung, Frankfurt 1986, S. 119-147.

beachteten Höhepunkt. Zu Beginn der achtziger Jahre wurden jährlich mehr als zwanzigtausend Menschen zwangsweise in *Corrections-Anstalten* eingeliefert.<sup>18</sup> Einige Arbeitshäuser zählten weit über tausend Gefangene in ihren Mauern. Solche Größenordnungen kannte man in den ersten zwei Jahrhunderten der Arbeitshausgeschichte nur selten.<sup>19</sup>

Sehr viel besser sieht dagegen der Forschungsstand über die Sozialgeschichte wohnungsloser Menschen aus, dem Hauptklientel der Arbeitshäuser. Für das 18. und frühe 19. Jahrhundert ist hier insbesondere die Arbeit von Carsten Küther "Menschen auf der Straße" (1983) zu erwähnen.<sup>20</sup> Über Wanderarbeiter und Wandererfürsorge in Kaiserreich liegen mehrere von Jürgen Scheffler verfaßte Aufsätze vor.<sup>21</sup> Für das 20. Jahrhundert sind zunächst die Arbeiten von Klaus Trappmann über die Sozialgeschichte der wohnungslosen Bevölkerung in der Weimarer Republik von Interesse. Die von Trappmann 1982 konzipierte Ausstellung "Wohnsitz: Nirgendwo" löste ein nachhaltiges Echo aus.<sup>22</sup> In der Folge stellten sich die Verbände der Wandererfürsorge bzw. Nichtseßhaftenhilfe kritisch ihrer eigenen Verbandsgeschichte. Der vom Zentralverband Deutscher Arbeiterkolonien herausgegebene Jubiläumsband "Ein Jahrhundert Arbeiterkolonien" hebt sich wohlthuend von früheren, apologetischen Selbstdar-

---

18 GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8051, S. 21.

19 Vgl. Helga Eichler, 1970, S. 146 f.

20 Carsten Küther, Menschen auf der Straße. Vagierende Unterschichten in Bayern, Franken und Schwaben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1983; vgl. Ernst Schubert, Arme Leute, Bettler und Gauner im Franken des 18. Jahrhundert, Neustadt a.d. Aisch 1983; vgl. Rudolf Weber, Deutsches Armen- und Bettelwesen im 18. Jahrhundert. Sozialpädagogisches Quellenstudium und Begriffsklärung, Diss. Köln 1986.

21 Vgl. Jürgen Scheffler, Die Vagabundenfrage. Arbeit statt Almosen. Herbergen zur Heimat, Wanderarbeitsstätten und Arbeiterkolonien, in: Künstlerhaus Bethanien (Hrsg.), Wohnsitz: Nirgendwo. Vom Leben und vom Überleben auf der Straße, Berlin 1982, S. 71-90; ders., "Dampfdörscher", "Dagglöhner" und "Monarchen". Technischer Wandel, Arbeitsmarkt und Arbeiterschaft in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins 1870-1914, in: Reiner Paetau/Holger Rüdel, Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 179-215; ders., Protestantismus zwischen Vereinswohltätigkeit und verbandlicher Wohlfahrtspflege: Innere Mission und Wandererfürsorge in Westfalen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Westfälische Forschungen 39 (1989), S. 256-282; ders., "Weltstadt" und "Unterwelt". Urbanisierung, Armenpolitik und Obdachlosigkeit in Berlin 1871-1914, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 26 (1990), S. 158-181.

22 Klaus Trappmann (Hrsg.), Landstrasse, Kunden, Vagabunden. Gregor Gogs Liga der Heimatlosen, Berlin 1980; Künstlerhaus Bethanien (Hrsg.), Wohnsitz: Nirgendwo. Vom Leben und vom Überleben auf der Straße, Berlin 1982.

stellungen der Wandererfürsorgeverbände ab.<sup>23</sup> Wichtige, bislang verstreute Materialien und Dokumente vereinigt der von Jürgen Scheffler anlässlich des einhundertjährigen Jubiläums des Deutschen Herbergsvereins herausgegebene Sammelband "Bürger & Bettler".<sup>24</sup> Wolfgang John stellte 1988 erstmals Ursachen und Geschichte der Nichtseßhaftigkeit vom Mittelalter bis zur Gegenwart in einer Längsschnittuntersuchung dar.<sup>25</sup>

Schwieriger erwies sich die Forschungslage bezüglich der Sozialgeschichte der Prostituierten, der nach Bettlern und Landstreichern wichtigsten Insassengruppe der Arbeitshäuser. An sozialgeschichtlich verwertbaren Veröffentlichungen über Prostitution in Deutschland sind die Arbeiten von Richard J. Evans (1976), Regina Schulte (1984), Karin Walser (1985), Gaby Zürn (1986), Lynn Abrams (1988) und Sybille Leitner (1988, 1990) zu nennen.<sup>26</sup> In der fast unübersehbaren zeitgenössischen und modernen Literatur zur Prostitution finden sich für den für die vorliegende Arbeit interessierenden Zeitraum zwar häufig Angaben über die polizeiliche Kontrolle von Prostituierten und die

- 
- 23 Zentralverband Deutscher Arbeiterkolonien (Hrsg.), Ein Jahrhundert Arbeiterkolonien. "Arbeit statt Almosen" - Hilfe für Obdachlose Wanderarme 1884-1984, Bielefeld 1984; vgl. Georg Steigertahl (Hrsg.), Die Herberge. Die wechselnden Aufgaben des Deutschen Herbergswesens in den Jahren 1854-1954, Bielefeld 1954.
  - 24 Jürgen Scheffler (Hrsg.), Bürger & Bettler. Materialien und Dokumente zur Geschichte der Nichtseßhaftenhilfe in der Diakonie, Bd. 1, 1854 bis 1954, Bielefeld 1987.
  - 25 Wolfgang John, Ohne festen Wohnsitz. Ursachen und Geschichte der Nichtseßhaftigkeit und die Möglichkeiten der Hilfe, Bielefeld 1988.
  - 26 Richard J. Evans, Prostitution, State and Society in Imperial Germany, in: Past and Present 70 (1976), S. 106-129; Vera Konieczka, Prostitution im 19. Jahrhundert, Frankfurt/M./Tübingen 1980; Regina Schulte, Sperrbezirke, Tugendhaftigkeit und Prostitution in der bürgerlichen Welt, Frankfurt 1984; Karin Walser, Prostitutionsverdacht und Geschlechterforschung. Das Beispiel der Dienstmädchen um 1900, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 99-111; Gaby Zürn, "A. ist Prostituiertentyp". Zur Ausgrenzung und Vernichtung von Prostituierten und moralisch nicht-angepaßten Frauen im nationalsozialistischen Hamburg, in: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes (Hrsg.), Verachtet, verfolgt, vernichtet, Hamburg 1986, S. 128-151; Lynn Abrams, Prostitutes in Imperial Germany, 1870-1918: Working Girls or Social Outcasts?, in: Richard J. Evans (Ed.), The German Underworld. Deviants and Outcasts in German History, London/ New York 1988, S. 189-209; Sybille Leitner, 'Vermessene Frauen'. Das Sozialprofil der Münchner Prostituierten, in: Friedrich Prinz/ Marita Krauss (Hrsg.), München - Musenstadt mit Hinterhöfen. Die Prinzregentenzeit 1866-1912, München 1988, S. 158-162; dies., Großstadtlust. Prostitution und Münchener Sittenpolizei um 1900, in: Wolfgang Hardtwig/ Klaus Tenfelde (Hrsg.), Soziale Räume in der Urbanisierung. Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850 bis 1933, München 1990, S. 261-276; vgl. Frances Finnegan, Poverty and prostitution. A Study of Victorian prostitutes in York, Cambridge 1979; vgl. Anita Ulrich, Bordelle, Strassendamen und bürgerliche Sittlichkeit in der Belle Epoque, Zürich 1985; vgl. Linda Mahood, The Magdalenes. Prostitution in the nineteenth century, London/ New York 1990.



Praxis der Dirnenlisten, die bei *Kontrollübertritt* drohende strafrechtliche Verfolgung und Arbeitshauseinweisung wird jedoch kaum thematisiert.<sup>27</sup>

Die freiwillige oder zwangsweise Arbeitshausunterbringung von Fürsorgeempfängern in kommunalen Armenhäusern bzw. Landarmenhäusern und Zwangsarbeitsanstalten war bislang in Deutschland nur selten Forschungsgegenstand. In erster Linie ist hier die 1984 veröffentlichte Dissertation von Angelika Baumann über "vorindustriellen Pauperismus und Einrichtungen der Armenpflege in Bayern um 1800" von Interesse.<sup>28</sup> Darüber hinaus ist allenfalls ein bereits 1936 erschienener Aufsatz über die Geschichte des Landarmenhauses Kreuzburg und die Schilderung eines Armenarbeitshauses in der Arbeit von Claudia Schott über die Armenfürsorge in der Reichsabtei Salem zu nennen.<sup>29</sup>

Angesichts des Forschungsstands über die deutschen Arbeitshäuser im 19. und 20. Jahrhundert erschien es notwendig, zunächst eine einzelne Anstalt zu untersuchen. Dazu war es notwendig, die gesamte, multifunktional genutzte Breitenauer Anstalt, mit ihren vielen Haupt- und Nebennutzungen, im Blick zu behalten. Am Beispiel der Breitenauer Anstalt soll sowohl die konkrete Entwicklung dieser Anstalt wie auch die allgemeine Diskussion über den gesellschaftspolitischen Stellenwert der Arbeitshäuser als Gefängnisse für die Armen aufgezeigt werden. Angesichts dieser Aufgabenstellung erwies es sich als unumgänglich, den gesamten Zeitraum des Breitenauer Arbeitshauses von der Gründung 1874 bis zur Schließung 1949 zu untersuchen.

---

27 Vgl. A Bibliography of Prostitution, New York 1977; vgl. Friedrich W. Stallberg, Bibliographie zur Soziologie der Prostitution, Bremen 1982.

28 Angelika Baumann, "Armuth ist hier wahrhaft zu Haus..." Vorindustrieller Pauperismus und Einrichtungen der Armenpflege in Bayern um 1800, München 1984.

29 August Scholz, Geschichte des Landarmenhauses Kreuzburg/Opeln, in: Schriftenreihe der Vereinigung für oberschlesische Heimatkunde, H. 16, 1936, S. 16; Claudia Schott, Armenfürsorge, Bettelwesen und Vagantenbekämpfung in der Reichsabtei Salem, Bühl 1978, S. 45-57; vgl. Gert Paul Tröger, Geschichte der Anstalten der geschlossenen Fürsorge im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben insbesondere während des 19. Jahrhunderts, München 1979, S. 51-54; von besonderem methodischem Interesse war die Arbeit von Marcel Mayer über die Anstaltsunterbringung in der Schweizer Stadt St. Gallen, vgl. Marcel Mayer, Hilfsbedürftige und Delinquenten. Die Anstaltsinsassen der Stadt St. Gallen 1750-1798, Diss. Basel 1987, St. Gallen 1987.

## Quellenlage

Es erscheint nur auf den ersten Blick paradox, daß die Überlieferung über die 'Ränder' der Gesellschaft sich in erster Linie in den Aktenbeständen des 'Zentrums', in Fürsorge- und Strafakten, in den Akten der Anstalten und Gefängnisse finden läßt.<sup>30</sup>

Die Korrektions- und Landarmenanstalt Breitenau eignet sich für eine exemplarische Untersuchung eines Arbeitshauses des 19. und 20. Jahrhunderts und seiner Insassen nicht zuletzt aufgrund der erfreulich günstigen Quellenlage. Der im Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen vorhandene Bestand umfaßt mit über zehntausend Faszikeln die wichtigsten Akten der Anstalt seit ihrer Gründung im Jahre 1874. Bei den Sachakten ergaben sich nachweisbare Verluste lediglich durch 1930 und 1937 vorgenommene Vernichtung von Altakten.<sup>31</sup> 1937 wurden als erhaltenswert eingeschätzte Akten an das Staatsarchiv Marburg abgeliefert.<sup>32</sup> In diesem vergleichsweise kleinen Bestand sind zentrale Quellen wie Insassenaufnahmebücher aus der Zeit des Kaiserreichs gerettet worden.<sup>33</sup>

Die Mehrzahl der erhaltenen Akten sind personenbezogene Fallakten der auf strafrechtlicher Grundlage untergebrachten Korrigenden bzw. der auf fürsorgerechtlicher Grundlage freiwillig oder unfreiwillig eingewiesenen Fürsorgeempfänger. Ebenfalls erhalten sind personenbezogene Fallakten von Schutzhäftlingen der NS-Zeit und von Fürsorgezöglingen.<sup>34</sup> Bei den personenbezogenen Fallakten der Insassen sind erhebliche Verluste zu verzeichnen, deren Ursache im einzelnen nicht festgestellt werden konnte. Von den Fallakten, die für die von 1874 bis 1918 eingelieferten 9 173 Korrigendeninnen und Korrigenden angelegt wurden, sind nur noch einzelne vorhanden. Auch von den 743 eingelieferten Landarmen sind für diesen Zeitraum nur

---

30 Vgl. Jean-Claude Schmitt, Die Geschichte der Außenseiter, in: Jacques Le Goff/ Roger Chartier/ Jacques Revel (Hrsg.), Die Rückeroberung des historischen Denkens, Frankfurt/M. 1990, S. 235.

31 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 41, S. 104-147; dort befindet sich auch eine Liste der kassierten Akten.

32 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 41, S. 252, S. 261.

33 StA Marburg, Bestand 231 [Landesarbeitsanstalt und Landesfürsorgeheim Breitenau].

34 Die über dreitausend personenbezogenen Akten der Schutzhäftlinge befinden sich im Archiv der in einem Gebäude der Anstalt eingerichteten Gedenkstätte Breitenau, vgl. Dietfrid Krause-Vilmar, Der Fall "Gedenkstätte Breitenau". Ein Beitrag zum Datenschutzproblem bei NS-Akten, in: Geschichtswerkstatt, Heft 18, Hamburg 1989, S. 69-72.

vereinzelt Akten erhalten geblieben. Für die Jahre 1919 bis 1932 geben die veröffentlichten Statistiken die Einweisung von 1 001 Korrigendinnen und Korrigenden an. In den vorhandenen Fallakten lassen sich für diesen Zeitraum jedoch nur 235 Einlieferungen nachweisen. Es ist also aus der Weimarer Republik nur etwa ein Viertel der Fallakten erhalten geblieben. Für die Jahre 1933 bis 1945 sieht die Quote der erhaltenen Fallakten sehr viel besser aus. Vom Jahresbeginn 1933 bis zur Befreiung der Anstalt durch US-Truppen am 30. März 1945 wurden nach den Eintragungen des Aufnahmebuchs 1 023 Korrigendinnen und Korrigenden aufgenommen. Für 915 dieser Aufnahmen (= 89,4 %) sind die entsprechenden personenbezogenen Akten vorhanden. Für 108 Aufnahmen, die 99 namentlich festgestellte Personen betreffen, fehlen die Akten.

Die Daten der erhaltenen Aufnahmebücher wurden mit dem Statistikprogramm SPSS/PC+ ausgewertet. Diese Aufnahmebücher enthalten Angaben über die Einlieferung von fast siebentausend Korrigenden bis 1945. Ein Aufnahmebuch der aus dem Regierungsbezirk Kassel von 1875 bis 1919 eingelierten Korrigendinnen ist vollständig erhalten geblieben. Die Aufnahmebücher der männlichen Korrigenden sind erst ab 1885 vorhanden. Bei den Landarmen sind im Zeitraum von 1877 bis 1918 insgesamt 718 Aufnahmen erfaßt. In den Aufnahmebüchern sind gewöhnlich Name, Einlieferungs- und Entlassungsdatum, Geburtstag, Geburtsort, Ehestand, Religion und Beruf verzeichnet. Der für eine gruppenbezogene Auswertung so wichtige konkrete Einlieferungsgrund ist leider erst nach der Jahrhundertwende erfaßt worden. In allen Fällen, in denen eine personenbezogene Fallakte erhalten ist, wurden noch Angaben über Einweisungsgrund, Entlassungsgrund, Anzahl der Vorstrafen und Arbeitshausaufenthalte, Fluchten, Gnadengesuche, Zwangssterilisationen und Entmündigungen zusätzlich aufgenommen. In der vorliegenden Arbeit können dadurch erstmals Sozialdaten der Insassen eines Arbeitshauses detailliert ausgewertet werden.

Im Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen befindet sich neben dem Aktenbestand der Anstalt Breitenau noch ein vergleichsweise kleiner Bestand des Bezirkskommunalverbandes Kassel, dem Träger der Anstalt.<sup>35</sup> Darüber hinaus finden sich im Staatsarchiv Marburg außer in dem schon erwähnten Bestand Breitenauer Anstaltsakten (Bestand 231) noch in den Beständen des

---

35 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband Kassel].

Landeshauptmanns (Bestand 220), des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau (Bestand 150) und der Preußischen Regierung Kassel, Abteilung des Innern (Bestand 165), wichtige Sachakten, die die Anstalt Breitenau betreffen.

# Die strafrechtliche Arbeitshausunterbringung

## Geschichte der strafrechtlichen Arbeitshausunterbringung

In den Zucht- und Arbeitshäusern, die sich seit Beginn des 17. Jahrhunderts auf dem europäischen Kontinent ausbreiteten, flossen vier Entwicklungsstränge zusammen:

- die lange Tradition der Hospitäler als Institutionen stationärer Armenpflege,
- der Arbeitserziehungsgedanke, der die Armenfürsorge immer mehr dominierte,
- die beginnende Ablösung von Todes- und Körperstrafen durch die moderne Freiheitsstrafe als Mittel des Strafvollzugs,
- schließlich das neu entstehende Interesse an Nutzung verfügbarer Arbeitskräfte im Dienste merkantilistischer Wirtschaftsförderung.<sup>1</sup>

Als erstes Arbeitshaus nennt die Fachliteratur übereinstimmend die im Jahre 1555 im Londoner Schloß Bridewell eingerichtete Arbeitsanstalt.<sup>2</sup> Wie viele spätere Armenarbeitsanstalten ist Bridewell mit einem Hospital zu vergleichen, in dem versucht wurde, den Arbeitserziehungsgedanken durchzuführen. Als "Ur-Institution" bürgerlicher Sozialpolitik, wie Christian Marzahn schreibt, können die Arbeitshäuser kaum bezeichnet werden.<sup>3</sup> Für einen solchen Bezugspunkt kämen eher die sehr viel älteren, städtischen Hospitäler des Mittelalters in Frage. Es ist kein Zufall, daß das Londoner Bridewell in frühen Quellen als *hospital* bezeichnet wird und verwaltungsmäßig den anderen Londoner Spitälern angeschlossen war.<sup>4</sup> Als totale Institutionen waren die Arbeitshäuser keine völlige Neuschöpfung, sondern konnten an die aus klösterlicher Tradition her-

---

1 So bei Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, 1980, S. 115; vgl. dies., 1983, S. 103-107.

2 Vgl. Joanna Innes, Prisons for the poor, English bridewells, 1555-1800, in: Francis Snyder/ Douglas Hay (Ed.), Labour, Law, and Crime, London/ New York 1987, S. 42-122.

3 Vgl. Christian Marzahn, 1980, S. 3.

4 Vgl. Eberhard Schmidt, Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, Göttingen <sup>3</sup>1965, S. 188; vgl. Gustav Radbruch, 1950, S. 118; vgl. Claudia Schott, 1978, S. 45.

aus entstandenen bürgerlichen Hospitäler der Städte anknüpfen. Die Spitäler waren, wie die späteren Arbeitshäuser, Sammelinstitute für Versorgungsbedürftige aller Art. Geschichtliche Frühformen der Arbeitshäuser sind in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters anzusetzen, als versucht wurde, Bettler zu zwingen, sich ständig im Spital aufzuhalten und in den Spitälern Arbeitsgelegenheiten eingerichtet wurden.<sup>5</sup> Das entscheidend Neue der Zucht- und Arbeitshäuser war nicht, daß die Armen dort arbeiten mußten, sondern daß sie durch diese Zwangsarbeit gebessert werden sollten.<sup>6</sup> Der umfassende Erziehungsanspruch kann als die eigentliche Innovation angesehen werden.

Als erstes Zucht- und Arbeitshaus des europäischen Kontinents gilt das 1595 in einem ehemaligen Kloster in Amsterdam eröffnete *Tuchthuis*.<sup>7</sup> Robert von Hippel sah in der Amsterdamer Anstalt erstmals die moderne Freiheitsstrafe verwirklicht. Hier habe ein grundlegender Wandel im gesamten Strafvollzug begonnen.<sup>8</sup> Die Gründung der ersten deutschen Zucht- und Arbeitshäuser erfolgte in direktem Bezug auf das Amsterdamer Vorbild.<sup>9</sup> Bereits 1604 ersuchte der Bremer Senat um eine Abschrift der Amsterdamer Anstaltsordnung. Im Jahre 1609 erfolgte in Bremen die Gründung des ersten deutschen Zucht- und Arbeitshauses. Es folgten Lübeck 1613, Hamburg 1620 und Danzig 1629. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts verbreiteten sich die neuen Anstalten in ganz Deutschland. Im Jahre 1786 sollen bereits sechzig Zucht- und Arbeitshäuser bestanden haben. In Preußen wurden 1687 in Magdeburg und Spandau Arbeitshäuser gegründet. Insgesamt sind bis zum Ende des 18. Jahrhunderts allein in Preußen fünfunddreißig Gründungen nachweisbar.<sup>10</sup>

---

5 Vgl. Bronislaw Geremek, 1988, S. 258 u. S. 265.

6 Vgl. Wilhelm Traphagen, 1935, S. 63.

7 Vgl. Robert von Hippel, 1931, S. 4; vgl. Thorsten Sellin, 1944; die Amsterdamer Hausordnung ist abgedruckt bei Robert von Hippel, 1931, S. 39.

8 Vgl. Robert von Hippel, 1928, S. 10; zur Frühgeschichte der Zucht- und Arbeitshäuser vgl. Rudolf Quanter, Deutsches Zuchthaus- und Gefängniswesen von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Leipzig 1905, S. 115-143.

9 Vgl. Miracvla San-Raspini, Das ist Kurtze und historische Beschreibung der Wunderlichen Mirackel oder Wunderwerck/ so in der weitberühmbten Kauff- und HandelStatt Amsterdam/ an einem Orth auff dem heiligen Weg gelegen/ so gemeinlich das ZuchtHaus genannt wirdt/ an vielen fůrgangen/ und noch täglich fůrgehen. Mit zugefügter Beschreibung eines wunderbaren Mirackels/ so von der heiligen Iustitia geschehen. Alles auß Niederländischer Verzeichnuß in Hochteutscher Spraach beschrieben, o.O. 1613.

10 Vgl. Robert von Hippel, 1931, S. 66; zur Bremer Zuchthausordnung vgl. ebenda, S. 72-76; vgl. Carl Eberhard Wächter, Über Zuchthäuser und Zuchthausstrafen, Stuitgart 1786, S. 16 f.; vgl. H. B. Wagnitz, Historische Nachrichten und Bemerkungen über die merkwürdigsten

Viele Zucht- und Arbeitshäuser sind von den Intentionen ihrer Gründer im Zusammenhang mit merkantilistischer Wirtschaftsförderung beziehungsweise der damit zusammenhängenden Peuplierungspolitik zu sehen. In einem langwierigen, widersprüchlichen Prozeß ersetzte man die althergebrachte Abschiebungspolitik gegen Vagabunden durch den vom Peuplierungsgedanken getragenen Wunsch, die brachliegende Arbeitskraft der Vagabunden stattdessen nutzbringend einzusetzen.

Aus dieser merkantilistischen Programmatik ist häufig geschlossen worden, die Zucht- und Arbeitshäuser hätten tatsächlich einen erheblichen Anteil an der Ausbildung des Kapitalismus gehabt und durch "außerökonomische Gewalt" die fehlenden Arbeitskräfte für den entstehenden Kapitalismus geliefert.<sup>11</sup> Der österreichische Sozialist Max Adler behauptete bereits 1924, die Manufakturen hätten einen wesentlichen Teil ihrer Arbeitskräfte aus den Arbeitshäusern bezogen. "Man brauchte Arbeitshände, Industrieroboter. Wo anders sollte man diese Menschen und diesen Arbeitsgeist heranzüchten können als im Zucht- und Arbeitshaus?" Ähnlich wie Max Adler argumentierten später auch Georg Rusche und Otto Kirchheimer in ihrem kriminalsoziologischen Standardwerk "Punishment and Social Structure".<sup>12</sup>

Tatsächlich fehlt jedoch bisher der Nachweis, daß ehemalige Insassen der Zucht- und Arbeitshäuser nach ihrer Entlassung in größerer Anzahl als freie Arbeiter in Manufakturen und Fabriken gearbeitet haben. Der Arbeitermangel der frühen Manufakturen bezog sich zudem vor allem auf qualifizierte Fachkräfte, während ungelernzte Handlanger in der Regel genügend vorhanden waren.<sup>13</sup> Völlig unhaltbar ist die von Angelika Kopecny aufgestellte Behauptung, aus den Arbeitshäusern sei "die erste Generation" der Manufaktur- und Fabrikarbeiter entlassen worden.<sup>14</sup> Sowohl freie Lohnarbeit wie auch Manu-

---

Zuchthäuser in Deutschland, Bd. 1 Halle 1791, Bd. 2 Halle 1792; vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, 1980, S. 113 f.

- 11 So insbesondere Helga Eichler, 1970; Christian Marzahn, 1980; konträr dazu Joanna Innes, 1987.
- 12 Max Adler, 1924, S. 66; vgl. Georg Rusche/ Otto Kirchheimer, 1974, S. 62; vgl. auch Christian Marzahn, 1980, S. 67; vgl. ausführlich Bernhard Stier, Fürsorge und Disziplinierung im Zeitalter des Absolutismus. Das Pforzheimer Zucht- und Waisenhaus und die badische Sozialpolitik im 18. Jahrhundert, Sigmaringen 1988, S. 22-24.
- 13 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Erster Band. Vom Feudalismus des Alten Reichs bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700-1815, München 1987, S. 200.
- 14 Angelika Kopecny, Fahrende und Vagabunden. Ihre Geschichte, Überlebenskünste, Zeichen und Straßen, Berlin 1980, S. 126.

faktoren existierten lange vor den ersten Arbeitshäusern.<sup>15</sup> Unbestritten bleibt jedoch die davon sorgfältig zu unterscheidende Tatsache, daß aus den Zucht- und Arbeitshäusern häufig ganze Gefangeneneinheiten für Manufakturen zur Verfügung gestellt wurden und einzelne Arbeitshäuser selbst als Manufakturen anzusehen sind.<sup>16</sup> Florian Tennstedt und Christoph Sachße sprechen daher von einer fast symbiotischen Beziehung zwischen Manufaktur und Zwangsarbeitsanstalten.<sup>17</sup>

Der direkte ökonomische Nutzen der frühen Arbeitshäuser ist sowohl hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit als auch der Beschaffung qualifizierter Arbeitskräfte eher als gering anzusehen. Programmatik merkantilistischer Wirtschaftspolitik und Wirklichkeit der Anstalten unterschieden sich erheblich.<sup>18</sup> Auch darf die Bedeutung der Zwangsarbeitsanstalten zur Erziehung gesetzestreuer, arbeitsamer Untertanen nicht überschätzt werden, schon allein weil die frühen Anstalten aufgrund ihrer begrenzten Aufnahmekapazität nur einen geringen Teil der Armutspopulation erfaßten.<sup>19</sup> Der eigentliche gesellschaftspolitische Nutzen dürfte in den indirekten Wirkungen gelegen haben. Mit der Errichtung der Zwangsarbeitsanstalten gewann eine neue gesellschaftliche Norm ihren sichtbaren Ausdruck. Müßiggang wurde als unerträglich gebrandmarkt. Die Bestrafung der "Faulen" sollte die "Fleißigen" positiv bestärken. Die Verfolgung einiger tausend "Arbeitsscheuer" sollte Millionen Menschen als warnendes Beispiel dienen.<sup>20</sup>

Eine Abgrenzung von Waisenhäusern, Armenhäusern, Armenarbeits- und Zwangsarbeitshäusern ist häufig nicht eindeutig möglich. Die Quellen-

---

15 Vgl. Joanna Innes, 1987, S. 47.

16 Vgl. Stephanie Reekers, Die Manufakturen in den Zucht- und Fabrikenhäusern Westfalens im 18. Jahrhundert, in: Westfälische Forschungen 31 (1981), S. 34-72; vgl. die Beispiele bei Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. 1, Berlin 1902, S. 823.

17 Vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, 1980, S. 122.

18 Vgl. insbesondere Bernhard Stier, 1988, S. 213; vgl. Stephanie Reekers, 1981, S. 63; vgl. Jürgen Kocka, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990, S. 157; vgl. Pieter Spierenburg, Prisoners and Beggars. Quantitative Data on Imprisonment in Holland and Hamburg, 1597-1752, in: Historical Social Research 15 (1990), No. 4, S. 36-38.

19 Vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, 1980, S. 122.

20 Vgl. Catharina Lis/ Hugo Soly, 1979, S. 117; vgl. Werner Conze, Arbeit, in: Otto Brunner/ Werner Conze/ Reinhart Kosellek (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 165, S. 173; vgl. Lisgret Militzer-Schwenger, Armenerziehung durch Arbeit. Eine Untersuchung am Beispiel des württembergischen Schwarzwaldkreises 1806-1914, Tübingen 1979, S. 157.



bezeichnungen geben keinen sicheren Hinweis auf die tatsächliche Funktion der Häuser. Idealtypisch sind folgende Anstaltsformen unterscheidbar:

- Die Armen wohnen außerhalb der Anstalt und kommen freiwillig zum Arbeiten in die Einrichtung.
- Die Armen wohnen und arbeiten in der Anstalt, haben aber freien Ausgang in der Freizeit.
- Die Armen wohnen und arbeiten formal freiwillig in der Anstalt, haben aber keinen oder nur streng reglementierten Ausgang.
- Zwangsweise Unterbringung aufgrund Verwaltungsentscheidung.
- Zwangsweise Unterbringung aufgrund Richterspruch.

In den Quellen werden solche Einrichtungen Zuchthaus, Werkhaus, Arbeitshaus, Armenhaus oder Korrekptionsanstalt genannt, ohne daß allein aus der Bezeichnung eine Zuordnung zu einem der genannten Anstaltstypen ableitbar wäre.<sup>21</sup> Als *Arbeitshaus* werden recht unterschiedliche Anstalten bezeichnet. Häufig nahm ein- und dieselbe Anstalt im Laufe ihrer Geschichte verschiedene Bezeichnungen an.<sup>22</sup> Die Ursache für die begriffliche Unklarheit liegt darin, daß einzelne Anstalten fast immer mehrere der genannten Funktionen gleichzeitig vereinigten. Auch die preußischen Anstalten des 19. Jahrhunderts - und mit ihnen die Breitenauer Anstalt - wurden durchweg gleichzeitig als formal freiwillige Armenarbeitsanstalt für Armenunterstützungsempfänger mit Landarmenstatus und als Zwangsarbeitsanstalt zur Vollstreckung der *korrekptionellen Nachhaft* genutzt. Die häufig beschworene Ausdifferenzierung der Anstalten kommt in Wirklichkeit bis ins 20. Jahrhundert hinein nicht zum Abschluß. Ihr Charakter als multifunktionale Sammelanstalten in der Tradition mittelalterlicher Hospitäler bleibt über Jahrhunderte erhalten.<sup>23</sup>

Ob die nach dem Vorbild des Amsterdamer *Tuchthuis* von 1595 entstandenen deutschen Zucht- und Arbeitshäuser als Vorläuferinstitutionen der Arbeitshäuser des 19. und 20. Jahrhunderts anzusehen sind, ist seit langem umstritten. Insbesondere Robert von Hippel, die große kriminalhistorische Autorität auf dem Gebiet der Arbeitshausunterbringung, bestritt wiederholt eine solche

---

21 Zur Begriffsgeschichte vgl. Ernst Romfeld, Zur Geschichte der ältesten Zucht-Häuser, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 26 (1906), S. 1-4.

22 Vgl. insbesondere Claudia Schott, 1978, S. 49.

23 Vgl. beispielsweise Martin Eckel, Das Kasseler Werkhaus 1782-1823. Zur Geschichte des Kasseler Armenwesens, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 75/76 (1964/65), S. 431-443.

Kontinuität (1889, 1895), während E. Sichart (1888), Hugo Grobleben (1907) und insbesondere spätere Autorinnen und Autoren wie Hannes Stekl (1978), Lisgret Militzer-Schwenger (1979) und Christian Marzahn (1980) eher geneigt sind, lange Entwicklungslinien zu ziehen.<sup>24</sup> Eine direkte institutionelle Verbindung der einzelnen Arbeitshäuser des 19. Jahrhunderts mit den Zucht- und Arbeitshäusern des 17. und 18. Jahrhunderts läßt sich allerdings mit Sicherheit verneinen. Bei den im Kaiserreich bestehenden Arbeitshäusern handelte es sich fast ausschließlich um Gründungen des 19. Jahrhunderts. Nur fünf der 47 im Jahre 1895 genutzten deutschen Arbeitshäuser waren überhaupt vor 1800 gegründet worden. Das älteste im Kaiserreich bestehende Arbeitshaus war die 1791 gegründete brandenburgische Anstalt in Straußberg. Es folgten 1793 Tapiau (Ostpreußen), 1797 Prenslau (Brandenburg), 1798 Ueckermünde (Vorpommern) und 1799 Neustettin (Hinterpommern).<sup>25</sup> In einem Anstaltsreglement aus dem Jahre 1799 werden Ueckermünde und Neustettin als Anstalten bezeichnet, "worin Bettler und Vagabonden zur Sicherheit des Publikums und ihrer eigenen Besserung aufgenommen, ernährt und beschäftigt, auch möglichst zu bessern und arbeitssamen Menschen gemacht werden können".<sup>26</sup>

Eine wichtige Zäsur in der Entwicklung der Arbeitshäuser bildete das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794. Auf Anregung von Carl Gottlieb Svarez fand die Arbeitshausunterbringung in Form der *korrekzionellen Nachhaft* Eingang in diese große Gesetzeskodifikation.<sup>27</sup> Das Allgemeine Landrecht sah in § 4 des 20. Titels, also im Strafrechtsteil, Ar-

- 
- 24 Vgl. Robert von Hippel, Die korrektionelle Nachhaft, Freiburg i.Br. 1889; ders., Die strafrechtliche Bekämpfung von Bettel, Landstreicherei und Arbeitsscheu, Berlin 1895; Hugo Grobleben, Die juristische Natur der korrekzionellen Nachhaft, in: Der Gerichtssaal 70 (1907), S. 208; Christian Marzahn, 1980, S. 3; E. Sichart, Polizeiliche Verwahranstalten und Arbeitshäuser, in: Franz von Holtzendorff/ Eugen von Jagemann (Hrsg.), Handbuch des Gefängniswesens, Bd. 2, Hamburg 1888, S. 266; Hannes Stekl, 1986, S. 119- 147; ders., Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671-1920, 1978; ders., Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser, 1978, S. 17-28; vgl. Lisgret Militzer-Schwenger, S. 103.
- 25 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 128 f; Elisabeth Meißner nennt 1794 als Gründungsjahr von Tapiau, vgl. Elisabeth Meißner, Die Besserungsanstalt zu Tapiau als erstes preußisches Arbeitshaus moderner Richtung, Diss. Berlin 1940.
- 26 Land-Armen-Reglement für Vor- und Hinterpommern, GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8054, S. 53.
- 27 Vgl. Oskar Adolf Bayer, Maßregeln der Besserung und Sicherung nach dem Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches und Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes, Würzburg 1929, S. 41; zur Entwicklung der strafrechtlichen Arbeitshausunterbringung grundlegend: Johanna Jahn, Zur Geschichte der strafrechtlichen Arbeitshausunterbringung in Deutschland, Diss. Mainz 1966.

beitszwang für Bettler vor. Die konkrete Form der Zwangsarbeit blieb dort allerdings völlig unbestimmt. Die in den §§ 1 024 und 1 160 des 20. Titels eingeführte Arbeitshaushaft galt dagegen explizit nur für Prostituierte und Diebe.<sup>28</sup> Gegen Bettler und Landstreicher - dem Hauptklientel der Arbeitshäuser - war nach dem Allgemeinen Preußischen Landrecht noch keine richterliche Einweisung zur Arbeitshaushaft möglich.<sup>29</sup> Sie konnten allerdings, wie schon zuvor, direkt von den Polizeibehörden in die bestehenden Landarmen- und Arbeitshäuser eingeliefert werden.<sup>30</sup> Ihre Haftdauer blieb dort zeitlich unbegrenzt, die Anstaltsleitungen mußten den zuständigen Regierungspräsidenten halbjährlich Führungsberichte zustellen, auf deren Grundlage über eine eventuelle Entlassung entschieden wurde.<sup>31</sup>

Erst das preußische "Gesetz über die Bestrafung der Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheuen" von 1843 ermöglichte auch gegen Wohnungslose gerichtlich verhängte Arbeitshaushaft: "Wer geschäfts- oder arbeitslos umherzieht, ohne sich darüber ausweisen zu können, daß er die Mittel zu seinem redlichen Unterhalt besitze oder doch eine Gelegenheit zu demselben aufsuche, hat als Landstreicher Gefängniß nicht unter sechs Wochen oder Strafarbeit bis zu sechs Monaten verwirkt. Nach ausgestandener Strafe ist der Ausländer aus dem Lande zu weisen, und der Inländer in eine Korrekptionsanstalt zu bringen."<sup>32</sup>

Im Gegensatz zum mit mindestens sechs Wochen Haft vergleichsweise hohen Strafmaß gegen Landstreicher wurden Bettler nur mit Haft von höchstens sechs Wochen bestraft. Der stets ortsfremde Landstreicher wurde härter bestraft als der gegebenenfalls einheimische Bettler. Wegen bloßer Bettelei konnte eine Einweisung ins Arbeitshaus nur bei wiederholter Verurteilung ausgesprochen werden. Die Haftdauer in den Korrekptionsanstalten wurde nicht von den Strafrichtern festgelegt, sondern war von der Landespolizei "nach den Umständen

---

28 Zur Arbeitshaushaft gegen Diebe vgl. GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 7887, S. 159; Nr. 7885, S. 25-26; die richterliche Einweisung wurde erstmals 1799 in einer Zirkularverordnung geregelt, vgl. Johanna Jahn, 1966, S. 42.

29 Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794. Textausgabe, Frankfurt/M./Berlin 1970, S. 663-713; vgl. Robert von Hippel, 1889, S. 11-17.

30 GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8054, S. 1-110.

31 Vgl. Königliche Allerhöchste Verordnung betreffend des im vormaligen Kloster Benninghausen im Lipstädter Kreise des Regierungs-Bezirks Arnberg für die ganze Provinz Westfalen errichtete Landarmen- und Arbeitshaus. d.d. Berlin den 15<sup>ten</sup> December 1820, GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8054, S. 44; vgl. Alf Lüdtkke, "Gemeinwohl", Polizei und "Festungspraxis". Staatliche Gewaltsamkeit und innere Verwaltung in Preußen, 1815-1850, Göttingen 1982, S. 228-238.

32 Gesetz über die Bestrafung der Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheuen. Vom 6. Januar 1843, in: GS 1843, S. 19.

den zu erlassen". Länger als drei Jahre durfte jedoch kein Arbeitshausgefangener festgehalten werden.

Die preußischen Gesetzesbestimmungen von 1843 gingen nahezu unverändert in die §§ 117 bis 120 des Preußischen Strafgesetzbuchs von 1851 ein, wobei allerdings das Strafmaß für Bettel- und Landstreicherei gleichgesetzt wurde. Beide Delikte konnten nun mit Haft zwischen einer Woche und drei Monaten geahndet werden.<sup>33</sup> Prostituierten drohte in § 146 des preußischen Strafgesetzbuchs von 1851 Haft bis zu acht Wochen und zusätzlich Arbeitshaushaft bis zu einem Jahr.

Mit dem preußischen Strafgesetzbuch von 1851 war die für die strafrechtliche Arbeitshausunterbringung in Frage kommende Deliktgruppe endgültig abgegrenzt. Eine richterliche Verurteilung wegen unerlaubter Prostitution, Bettel-, Landstreicherei, Obdachlosigkeit, Müßiggang oder Arbeitsscheu bildete die unabdingbare Voraussetzung für die Verhängung von Arbeitshaushaft. Nur in den Jahren 1900 bis 1933 kam noch das Zuhälterdelikt dazu. Den Delikten war gemeinsam, daß man sie im fehlenden Arbeitswillen begründet sah. Mit Ausnahme der Zuhälterei waren es Delikte, die keine Einzelpersonen schädigten.

Im Gegensatz zum Allgemeinen Landrecht war nach dem preußischen Strafrecht von 1851 keine Arbeitshausunterbringung verurteilter Diebe mehr möglich.

Eine erhebliche Abmilderung des Strafmaßes nahm das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes von 1870 vor. Die Haftstrafen wegen Bettel-, Landstreicherei und Prostitution wurden in § 361 auf zwischen einem Tag und sechs Wochen festgelegt. Außerdem wurden die genannten Delikte von Vergehen zu Übertretungen herabgestuft. Die Richter konnten gemäß § 362 StGB gleichzeitig mit der Haftstrafe eine "Überweisung an die Landespolizeibehörde" verhängen, die dadurch berechtigt wurde, die Delinquenten bis zu zwei Jahren in Arbeitshäusern festzuhalten.<sup>34</sup> Das Reichsstrafgesetzbuch von 1871 übernahm die beiden Paragraphen wörtlich und ließ den Strafrahmen bestehen.

Vom preußischen Gesetz von 1843 bis zum Erlass des "Gesetzes gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung" von 1933 blieb die als *korrektionale Nachhaft* bezeichnete straf-

---

33 Preußisches Strafgesetzbuch von 1851, in: Gesetz-Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten 1806-1865, Bd. 1, Berlin 1866, S. 230.

34 Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund. Vom 31. Mai 1870, in: BGBl. 1870, S. 265 f.

rechtliche Arbeitshausunterbringung in ihren Grundzügen unverändert.<sup>35</sup> Erst ab 1934 bis zur Schließung der Arbeitshäuser im Jahre 1969 konnten Strafrichter die Arbeitshauseinweisungen unter Wegfall der zuvor üblichen "Überweisung an die Landespolizeibehörde" direkt vornehmen.

Trotz Änderungen im Detail, vor allem hinsichtlich Strafdauer und in Bezug auf erfaßte Personengruppen, blieb das bereits im Allgemeinen Preussischen Landrecht eingeführte Prinzip strafrechtlicher Arbeitshausunterbringung bis zur Schließung des letzten deutschen Arbeitshauses im Jahre 1969 erhalten: Ergreifen der Delinquenten durch Polizisten, Verurteilung durch Strafrichter zu einer begrenzten und im Vergleich zur *korrekzionellen Nachhaft* relativ kurzen Freiheitsstrafe mit der Möglichkeit, die Verurteilten "nach ausgestandener Strafe" für gewöhnlich sehr viel längere Zeit in ein Arbeitshaus zu sperren.

Da die Gründung der Korrektions- und Landarmenanstalt Breitenau, wie unten noch ausgeführt wird, eine direkte Folge der preussischen Annexion Kurhessens im Jahre 1866 war, soll an dieser Stelle abschließend kurz ein Blick auf die Behandlung von Bettlern und Landstreichern im Kurfürstentum Hessen geworfen werden. Die Bestrafung erfolgte hier bis zur preussischen Annexion auf Grundlage einer kurfürstlichen Verordnung aus dem Jahre 1823.<sup>36</sup> Einheimische Bettler erhielten, sofern sie am Wohnort gebettelt hatten, bei der ersten Bestrafung einen Tag Gefängnis, bei der zweiten Bestrafung drei Tage Gefängnis, bei der dritten Verurteilung jedoch Gefängnis oder Zwangsarbeitshaus zwischen acht Tagen und drei Monaten, einschließlich einer körperlichen Züchtigung als "Willkomm". Bei weiteren Bestrafungen sollte die Einsperrung im Zwangsarbeitshaus auf unbestimmte Zeit erfolgen und so lange dauern "bis das Betragen daselbst eine dauernde Besserung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit hoffen läßt".

---

35 Vgl. Johanna Jahn, 1966, S. 47.

36 Verordnung vom 29<sup>ten</sup> November 1823, enthaltend Maasregeln der Sicherheitspolizei wegen der erwerbs- oder heimatlosen und dergleichen verdächtigen Personen, sowie der Reisenden und Fremden, in: Sammlung von Gesetzen für Kurhessen 4 (1823), S. 57-64; vgl. Ludwig Bödicker, Die allgemeinen polizeilichen Anordnungen für den Stadtkreis Cassel, in Verbindung mit den Übertretungen des Strafgesetzbuchs und anderen einschlagenden gesetzlichen Vorschriften, Cassel 1871, S. 59-62; zur Bettlergesetzgebung in der Landgrafschaft Hessen-Kassel vgl. Jürgen Menzler, Die Bettelgesetzgebung des 17. und 18. Jahrhunderts im Gebiet des heutigen Landes Hessen. Dargestellt unter Berücksichtigung des Einflusses der Aufklärung für die Landgrafschaften Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt, die Freie Reichsstadt Frankfurt am Main und die Fürstentümer Nassau-Oranien, Nassau-Weilburg und Nassau-Usingen, Diss. Marburg 1967, S. 17-34.

Landstreicherei und Bettelei außerhalb des Heimatorts bestrafte man in Kurhessen dagegen sehr viel härter. Acht Tage Gefängnis bereits bei der ersten Verurteilung, einen Monat Zwangsarbeitshaus bei der zweiten Verurteilung und schließlich drei Monate Zwangsarbeits- oder Zuchthausstrafe einschließlich Prügel bei Einlieferung bei der dritten Verurteilung. "Die Gerichte können auch erkennen, daß der Landstreicher, welcher mit Zuchthaus-Strafe belegt wird, nach Abbüsung derselben zur Verfügung der Polizei-Direktion in der Art zu stellen sey, daß dieselbe ihn im Zwangsarbeitshause so lange beschäftigen lassen dürfe, bis er gegründete Hoffnung zur Besserung geben werde." Dieses Verfahren ähnelt auffällig der zwei Jahrzehnte später im Preussischen "Gesetz gegen Bettler, Landstreicher und Arbeitsscheue" von 1843 festgeschriebenen *korrektonellen Nachhaft*.<sup>37</sup> Die kurhessische Verordnung von 1823 kannte allerdings keine zeitliche Begrenzung der Zwangsarbeitshausunterbringung.

Nachdem ein Kasseler Werkhaus mit Zwangsarbeitshausabteilung bereits 1823 geschlossen wurde, fungierte ab 1843 bis zur Eröffnung der Breitenauer Anstalt eine Abteilung der Strafanstalt Ziegenhain als Zwangsarbeitshaus für Kurhessen.<sup>38</sup>

## Die Praxis der Arbeitshaushaft

Bei Gründung der Breitenauer Anstalt im Jahre 1874 war die in den Arbeitshäusern vollstreckte *korrektonelle Nachhaft* ausschließlich zulässig nach einer strafrichterlichen Verurteilung wegen Landstreicherei, wegen Bettelei (falls die Angeklagten innerhalb der letzten drei Jahre schon einmal wegen dieses Delikts verurteilt worden waren oder unter Drohung bzw. mit Waffen gebettelt hatten), bei Armut (falls die Gerichte sie durch Spiel, Alkoholmißbrauch oder Müßiggang verursacht sahen), bei gewerbsmäßiger, polizeiwidriger Prostitution, bei unterstellter Arbeitsscheu und bei Obdachlosigkeit. Die genannten Delikte wurden in § 361 StGB als Übertretungen mit Haft bis zu sechs Wochen

---

37 Vgl. Robert von Hippel, 1889, S. 30-32.

38 Vgl. Martin Eckel, Das Kasseler Werkhaus 1782-1823. Zur Geschichte des Kasseler Armenwesens, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 75/76 (1964/65), S. 441; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 3970; vgl. Hans Bennecke, Bemerkungen zur Kriminalstatistik des Großherzogtums Hessen, besonders zur Statistik des Bettels und der Landstreicherei, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, 1890, S. 336; vgl. K. Krohne/ R. Über, Die Strafanstalten und Gefängnisse in Preußen, Berlin 1901, S. 424.

geahndet. Von diesem ohnehin begrenzten Katalog möglicher Einweisungsgründe spielten jedoch bei Männern nur Bettelei und Landstreicherei und bei Frauen Prostitution eine nennenswerte Rolle. Im Jahre 1896, dem ersten Jahr für das eine nach Einweisungsgründen differenzierende Statistik vorliegt, waren in Preußen 90 Prozent der in Arbeitshäuser eingewiesenen Männer wegen Bettelei bzw. Landstreicherei und 76 Prozent der Frauen wegen unerlaubter Prostitution verurteilt worden.<sup>39</sup>

§ 362 StGB bestimmte, daß bei einer Verurteilung aufgrund eines der oben genannten Delikte des § 361 StGB der Delinquent oder die Delinquentin nach verbüßter Strafe der Landespolizei "überwiesen" werden könne. Diese "Überweisung an die Landespolizeibehörde" sprachen die Richter gleichzeitig mit dem Urteil aus. "Die Landespolizeibehörde erhält dadurch die Befugniß, die verurtheilte Person entweder bis zu zwei Jahren in ein Arbeitshaus unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden."

Der Strafraum der Übertretungsdelikte des § 361 StGB reichte, betrachtet man Haft und *korrektionale Nachhaft* zusammen, von einer einzigen Nacht im Polizeigefängnis bis zu sechs Wochen Haft plus zwei Jahre Arbeitshaus, also zusammen 772 Tagen Freiheitsentzug. Der Gesetzgeber ließ den Richtern einen ungewöhnlich großen Ermessensspielraum, denn die Überweisung an die Landespolizeibehörde war, mit der oben schon erwähnten Einschränkung bei erstmaliger Verurteilung wegen Bettelei, stets zulässig, aber andererseits nie notwendig.<sup>40</sup> Die Überweisungsquote war von Amtsgericht zu Amtsgericht verschieden und, so unterstellten die Betroffenen, oft nur von der Laune der Richter abhängig.<sup>41</sup> 1883 wurden in Preußen durchschnittlich 21 Prozent der wegen Bettelei und Landstreicherei verurteilten Personen an die Landespolizeibehörde überwiesen. Württemberg wies mit nur 1,8 Prozent die niedrigste, Bremen mit 71,9 Prozent die höchste Überweisungsquote auf.<sup>42</sup>

Allgemein war als Landespolizeibehörde die der Ortspolizei vorgesetzte Instanz definiert. In Preußen fungierten die Regierungspräsidien als Landespolizeibehörde.<sup>43</sup> Die Regierungspräsidien entschieden nach Aktenlage und

---

39 Statistik der zum Ressort des Königlich Preussischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse für den 1. April 1896/97, Berlin 1898.

40 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 44; vgl. ders., 1904, S. 131.

41 Vgl. Constantin Liebich, Obdachlos. Bilder aus dem sozialen und sittlichen Elend der Arbeitslosen, Berlin <sup>2</sup>1901, S. 180; vgl. Bennecke, 1890, S. 377-379.

42 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 39; GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8054, S. 115.

43 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 74; vgl. Haußmann, Landespolizeibehörde, in: Oskar Karstedt (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, Berlin 1924.

ohne die Gefangenen je zu Gesicht zu bekommen, ob und gegebenenfalls wie lange eine Arbeitshausunterbringung erfolgen sollte.<sup>44</sup> Es handelte sich bei der Arbeitshausunterbringung letztendlich um eine Verwaltungsentscheidung für die der Gerichtsbeschluss der "Überweisung an die Landespolizeibehörde" lediglich die rechtliche Voraussetzung schuf. Keine der beiden Instanzen fühlte sich für die Entscheidung allein verantwortlich, man schob sich stattdessen die Verantwortung gegenseitig zu.<sup>45</sup> In der juristischen Fachdiskussion blieb es im übrigen immer umstritten, ob das seltsame Konstrukt der *korrekzionellen Nachhaft* als Strafe, Nebenstrafe oder polizeiliche Maßregel anzusehen sei.<sup>46</sup>

Träger der Arbeitshäuser waren in Preußen die Landarmenverbände. § 38 des 1871 in Kraft getretenen preußischen Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnsitzgesetz verpflichtete die Landarmenverbände, die in ihrem Bezirk von der Landespolizeibehörde zur Arbeitshaushaft bestimmten Personen unterzubringen.<sup>47</sup> An der Arbeitshausunterbringung waren in Preußen drei voneinander unabhängige Instanzen beteiligt: die Justiz, die Regierungspräsidien als Landespolizeibehörde und schließlich die von der provinziellen Selbstverwaltung gebildeten Landarmenverbände als Betreiber der Anstalten.

Ob und gegebenenfalls wie lange die von den Richtern überwiesenen Delinquenten ins Arbeitshaus gebracht wurden, konnte die Landespolizeibehörde in eigenem Ermessen bestimmen. Weder die Justiz noch die Landarmenverbände als Träger der Arbeitshäuser hatten Entscheidungsgewalt über die Unterbringungsdauer.

Die Quote der von den Landespolizeibehörden tatsächlich in die Arbeitshäuser Eingewiesenen war regional höchst unterschiedlich. In Preußen schwankte sie von 1877 bis 1884 zwischen 81 und 95 Prozent der von den

---

44 Vgl. Hugo Grobleben, 1907, S. 205; vgl. Beseler, Über die Mittel zur Unterdrückung der vagabondirenden Bettelei, in: Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit am 11. und 12. November 1881 zu Berlin, Berlin 1882, S. 118.

45 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 46.

46 Vgl. Hugo Grobleben, 1907, S. 201-286; vgl. Robert von Hippel, 1889, S. 96-115; vgl. Karl Sturm, Die Landstreicherei, Breslau 1909, S. 67-72; vgl. Oskar Adolf Bayer, 1929, S. 44.

47 Gesetz, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz. Vom 8. März 1871, in: GS, 1871, S. 139.



Richtern "überwiesenen" Personen und hing nicht zuletzt von der Aufnahmekapazität der zuständigen Anstalt ab.<sup>48</sup>

	Verurteilte in Preußen § 361,3 u.4 StGB	Vom Gericht an die Landes- polizeibehörde Überwiesene	Von der Landes- polizeibehörde ins Arbeitshaus Eingewiesene	Tatsächlich Eingewiesene in % der Verurteilten
1877	77 712	14 092	12 908	16,6 %
1878	92 685	16 528	14 561	15,7 %
1879	115 841	19 679	17 307	14,9 %
1880	119 269	19 972	17 262	14,4 %
1881	132 123	22 225	19 139	14,4 %
1882	118 245	21 106	19 275	16,3 %
1883	101 128	21 276	18 934	18,7 %
1884	76 426	17 334	16 502	21,5 %

Im genannten Zeitraum ist in Preußen etwa jede fünfte bis siebte wegen Bettelei oder Landstreicherei verurteilte Person schließlich in ein Arbeitshaus gebracht worden. Die Quote der "Überweisungen" lag bei Landstreicherei sehr viel höher als bei Bettelei. Im Jahre 1885 wurden in Preußen von 15 883 wegen Landstreicherei verurteilten Personen 7 729 an die Landespolizeibehörde überwiesen, dagegen nur 8 310 von 58 523 wegen Bettelei verurteilter Personen.<sup>49</sup>

Die Dauer der Arbeitshausunterbringung war innerhalb der in § 362 StGB festgelegten Schranke von maximal zwei Jahren in das Ermessen der Landespolizeibehörde gestellt und wurde von dieser völlig willkürlich gehandhabt.<sup>50</sup> So wies der Regierungsbezirk Wiesbaden seine Korrigenden zunächst nur für

48 Vgl. Hans Bennecke, 1890, S. 352; vgl. Schellmann, Die Überweisung an die Landespolizeibehörden, in: 62. Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft, Düsseldorf 1888, S. 86; GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 7888, S. 39.

49 GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8052, S. 8-12.

50 Vgl. Müller, Die Ausführung der den Landespolizei-Behörden in §. 362 des Strafgesetzbuches zuerkannten Befugnis zur Unterbringung der nach Vorschrift des §. 361 Nr. 3-8 verurteilten Personen in einem Arbeitsause, in: 47. Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft, Düsseldorf 1875, S. 45-51; vgl. Düll, Nach welchen Grundsätzen soll die Dauer der korrekionellen Nachhaft bemessen werden?, in: Blätter für Gefängniskunde 37 (1903), S. 205-227; ZStA Potsdam, Bestand 30.01, Nr. 6331, S. 45-55; Bestand 15.01, Nr. 14021, S. 14-67, S. 136-142.

drei Monate nach Breitenau ein, während der Regierungsbezirk Kassel für dieselbe Anstalt grundsätzlich mindestens sechs Monate Arbeitshaushaft verhängte.<sup>51</sup> Erst ein Ministerialerlaß von 1885 führte zumindest in Preußen zu einer gewissen Vereinheitlichung. Danach sollten in der Regel bei erstmaliger Korrekthaushaft sechs Monate Arbeitshaus verhängt werden. Bei Rückfall sollte dann jedesmal eine Steigerung bis zur gesetzlichen Höchststrafe von zwei Jahren vorgenommen werden.<sup>52</sup> Je nach Führung des Korrigenden oder der Korrigenden war eine nachträgliche Verlängerung, aber auch eine Verkürzung der festgelegten Haftzeit möglich. Der Erlaß von 1885 bestimmte außerdem, daß die Arbeitshaushaft bei allen an die Landespolizeibehörde "Überwiesenen" in der Regel auch tatsächlich vollstreckt werden sollte. Ausnahmen durften lediglich bei schwangeren Frauen und völlig Arbeitsunfähigen gemacht werden. Solange ein Delinquent auch nur zu leichtesten Haus-, Feld- und Gartenarbeiten fähig war, sollte die Arbeitshaushaft nicht ausgesetzt werden. Diese Regelungen konnten 1889 durch einen von Preußen initiierten Bundesratsbeschluß auf das gesamte Deutsche Reich ausgedehnt werden.<sup>53</sup> Dieser Bundesratsbeschluß beendete außerdem die bis dahin gängige Praxis, nur Bürger des jeweiligen Bundesstaats in die Korrekthausanstalten zu bringen, während man, ganz in der Tradition der alten Bettlerschübe, alle Landesfremden kurzerhand auswies.<sup>54</sup>

## Arbeitshäuser als Gefängnisse für die Armen

In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts bestanden in Deutschland etwa fünfzig Arbeitshäuser, über die Hälfte davon in Preußen. Die Anstalten hatten eine Aufnahmekapazität von mehr als 22 000 Korrigenden und Korrigenden-

---

51 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 90 RS.

52 Circular an die Königl. Regierungspräsidenten, Königl. Regierungen ect. vom 22. Oktober 1885, betreffend die Regelung der Festsetzung der korrekthaushaften Nachhaft nach allgemeinen Grundsätzen, in: MBliV 46 (1885), S. 237-240, ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 14021, S. 9-12.

53 Drucksachen zu den Verhandlungen des Bundesrats des Deutschen Reichs, Jahrgang 1889, Bd. 1, Nr. 54; GSTA Berlin, Rep. 84a, Nr. 7888, S. 91-99; ZStA Potsdam, Bestand 30.01, Nr. 6331, S. 45-48.

54 Vgl. Beseler, 1882, S. 118.

dinnen.<sup>55</sup> Eine unveröffentlichte Aufstellung aus dem Jahre 1882 nennt für Preußen die Anstalten Benninghausen, Brauweiler, Breitenau, Breslau, Frankfurt/Oder, Glückstadt, Graudenz, Greifswald, Groß-Salze, Moringen, Halle, Himmelsthür, Konitz, Kosten, Landsberg, Lübben, Neustettin, Prenzlau, Rummelsburg, Schweidnitz, Stralsund, Straußberg, Tapiau, Tost, Ueckermünde, Wunstorf und Zeitz.

Außerhalb Preußens bestanden 1882 Anstalten in Coswig (Anhalt); Kislau (Baden); St. Georgen, Kaiserslautern, Rebdorf, Niederschönfeld, Speyer (Bayern); Wolfenbüttel (Braunschweig); Bremen; Fuhlsbüttel (Hamburg); Dieburg (Hessen-Darmstadt); Detmold (Lippe-Detmold); St. Annen (Lübeck); Güstrow (Mecklenburg-Schwerin); Strelitz (Mecklenburg-Strelitz); Meiningen (für Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen und Reuss ältere Linie), Vechta (für Oldenburg und Schaumburg-Lippe); Hohnstein, Radeberg, Sachsenburg, Waldheim (für Sachsen und Schwarzburg-Rudolstadt); Eisenach (für Sachsen-Weimar, Sachsen-Coburg-Gotha und Reuss jüngere Linie); Vaihingen und Rottenburg (Württemberg).<sup>56</sup>

Am Jahresende 1887 befanden sich in den deutschen Korrekptionsanstalten 14 325 Korrigenden und 2 612 Korrigendinnen, davon 11 405 bzw. 1 945 in den preußischen Anstalten. Für diesen Stichtag werden für die Berliner Arbeitsanstalt Rummelsburg, dem größten deutschen Arbeitshaus, 1 437 Männer und 172 Frauen gemeldet. Die Anstalt mit der zweithöchsten Belegung war Brauweiler bei Köln mit 1 082 Männern und 246 Frauen. Im Jahre 1888 wurden im Deutschen Reich insgesamt 13 512 Männer und 2 680 Frauen in Arbeitshäuser eingeliefert, für die beiden folgenden Jahre werden geringfügig niedrigere Ziffern genannt. Am Jahresende 1890 befanden sich 11 231 Männer und 2 262 Frauen auf strafrechtlicher Grundlage in Arbeitshäusern.<sup>57</sup>

Die Arbeitshäuser waren gefürchtet. Namen wie Brauweiler, Benninghausen, Kislau, Moringen, Rummelsburg, aber auch Breitenau hatten einen schrillen Klang weit über ihr jeweiliges Einzugsgebiet hinaus. "Du kommst nach Brei-

---

55 Die Zahlenangaben der Quellen schwanken geringfügig, weil manchmal Nebenanstalten gesondert gezählt wurden. Vgl. Franz von Holtzendorff/ Eugen von Jagemann (Hrsg.), Handbuch des Gefängniswesens, Bd. 2, Hamburg 1888, S. 274; vgl. Levin Freiherr von Wintzingerode-Knorr, Die deutschen Arbeitshäuser, ein Beitrag zur Lösung der Vagabonden-Frage, Halle a.d.S. 1885, S. 2; vgl. Hans Bennecke, 1890, S. 391; vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 132.

56 GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8051, S. 22; in Elsaß-Lothringen wurde die Arbeitshaushaft in sechs Bezirksgefängnissen vollstreckt. Siehe auch eine Aufstellung aus dem Jahre 1881 in ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 1314, S. 54.

57 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 118, S. 45.

tenau", berichtete Anstaltspfarrer Hollstein, war in den ersten Jahrzehnten der Anstalt für viele "das Schlimmste, was ihnen außer der Todesstrafe widerfahren konnte".<sup>58</sup> Als Ende der dreißiger Jahre behördenintern erwogen wurde, die Breitenauer Arbeitsanstalt zugunsten des badischen Arbeitshauses Kislau zu schließen, gab das Argument des Breitenauer Anstaltsleiters, der abschreckende Name *Breitenau* sei unersetzbar, den Ausschlag für das Weiterführen der Arbeitsanstalt am alten Ort. Auch die Kasseler Bezirkskommunalverwaltung argumentierte damals ähnlich: "Der Name Breitenau ist im Kasseler und Frankfurter Bezirk zu einem Begriff geworden. Wenn noch etwas geeignet ist, auf die arbeitsscheuen und ähnliche Elemente abschreckend einzuwirken, dann ist es die Anstalt Breitenau."<sup>59</sup>

In erster Linie sollten die Arbeitshäuser abschrecken. Dem Besserungsgedanken der Arbeitshäuser kam dagegen im wesentlichen nur theoretische Bedeutung zu. Zwischen programmatischer Zielsetzung und tatsächlichen Zuständen klappte in den Arbeitshäusern stets eine breite Lücke. Der Hauptadressat der Arbeitshauspädagogik befand sich nicht innerhalb, sondern außerhalb der Mauern der Arbeitshäuser. Der allgemein als hoch eingeschätzte Abschreckungseffekt des Arbeitshauses gegenüber unteren sozialen Schichten machte den eigentlichen gesellschaftspolitischen Wert der Korrekptionsanstalten aus. Insofern traf die einhellige Kritik der Fachöffentlichkeit an den verheerenden Zuständen in den Anstalten und den ausbleibenden Besserungserfolgen nicht den Kern des Problems, denn die Korrekptionsanstalten konnten nicht schlimm genug sein, um den gewünschten Abschreckungseffekt zu erreichen. Abgesehen von der zeitlich befristeten "Unschädlichmachung" dürfte der intendierte Haupteffekt der Arbeitshäuser nicht in wie auch immer definierter Besserung oder Umbildung des Charakters der Insassen, sondern in der Disziplinierung potentiell bzw. vermeintlich gefährlicher Randgruppen gelegen haben. Diese Disziplinierung blieb nicht abstrakt, sondern läßt sich in ihrer Auswirkung konkret fassen. Prostituierte wurden durch die Furcht vor dem Arbeitshaus in die sittenpolizeiliche Kontrolle gezwungen. Fürsorgeempfängern, die sich weigerten die unbezahlte Fürsorgepflichtarbeit auszuführen, konnten die Beamten der Fürsorgeämter mit Arbeitshaus drohen. Die Wanderarbeiter und Wohnungslosen führte die Angst vor polizeilichem Zugriff den stationären und halbstationären Einrichtungen der Wandererfürsorge als Klienten zu. Die kurzen Haftstrafen des § 361 StGB reichten dazu als Drohung allein nicht aus.

---

58 Vgl. Hollstein, Kloster Breitenau!, o. O., o. J. (nach 1927), S. 1.

59 Archiv des LWV-Hessen, Bestand I [Bezirksverband], Nr. 141, Bd. 1, S. 139-141.

Gleichgültig nehme der erfahrene Bettler oder Landstreicher die Verurteilung zu einigen Tagen oder Wochen Haft hin, beschrieb Robert von Hippel 1895 die Erfahrung der Strafrichter, "aber Angst und Jammer beginnt, sobald die korrektionelle Nachhaft droht".<sup>60</sup>

Einmütig berichtet die zeitgenössische Fachliteratur, daß Arbeitshäuser weit gefürchteter als Gefängnisse waren.<sup>61</sup> Die Gründe dürften in der schlechteren Verpflegung, dem überaus harten Arbeitszwang und der nur in den Arbeitshäusern möglichen Haftverlängerung aus disziplinarischen Gründen gelegen haben. In vielen Einzelheiten des Haftalltags waren die Gefangenen der Korrekptionsanstalten schlechter gestellt als die der Justizgefängnisse. Die Berufung auf Haftbedingungen der Gefängnisse spielte seitens der Arbeitshausgefangenen, aber auch in verwaltungsinternen Auseinandersetzungen, eine große Rolle.<sup>62</sup> In den Arbeitshäusern, konnte man im Lehrbuch der Gefängniskunde von 1889 unverblümt lesen, sei alles Willkür, "die je nach den Umständen zwischen fast komischer Gemütlichkeit und roher Mißhandlung hin und her schwankt".<sup>63</sup>

Gegenüber den Arbeitshausinsassen stand der Sicherungszweck im Vordergrund. Die "Korrektion", die Besserung der Insassen, blieb leere Programmatik. Von Jarotzky, langjähriger Direktor des Arbeitshauses Brauweiler, sah dies schon 1913 recht nüchtern: "Wenn der erziehlische und bessernde Einfluß der Arbeitsanstalten nicht allzu hoch einzuschätzen ist, so ist doch andererseits zu bedenken, daß die Arbeitsanstalt einen großen Teil jener Leute, welche durch ihr vagabundierendes Leben das Nationalvermögen jährlich um viele tausende Mark schädigen, von der Landstraße fernhält und in einer für die Allgemeinheit segensreichen Weise mit produktiven Arbeiten beschäftigt, und gerade hierin dürfte die Bedeutung der Arbeitsanstalt liegen."<sup>64</sup> Allerdings darf man den Wert der produktiven Arbeiten, die die Gefangenen durchführen mußten, nicht allzu hoch veranschlagen. Die Arbeitsanstalten waren in der Regel

---

60 Robert von Hippel, 1895, S. 191; vgl. Haußmann, Arbeitshäuser, in: Oskar Karstedt (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, Berlin 1924.

61 Vgl. E. Sichert, Bestrafung des Bettels und der Landstreicherei, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 13 (1893), S. 11; vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 192; vgl. Alfred Amschl, Die Scheu vor dem Arbeitshause, in: Archiv für Kriminal-Anthropologie und Kriminalistik 5 (1900), S. 297; vgl. Wilhelm Traphagen, 1935, S. 5.

62 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 30, S. 57.

63 K. Krohne, Lehrbuch der Gefängniskunde, Stuttgart 1889, S. 194.

64 Vgl. v. Jarotzky, Die Rheinischen Provinzial-Anstalten in Brauweiler, in: Chr.J. Klumker, Deutsche Versorgungsanstalten und Heime für Alte, Sieche und Invalide. Deutsche Armen- und Arbeitsanstalten, Halle a.d.S. 1913, S. 19.

Zuschußbetriebe, die kaum in der Lage waren, von ihrer eigenen Wirtschaftskraft zu existieren.<sup>65</sup> Für das Arbeitshaus Breitenau mußte die Bezirkskommunalverwaltung Kassel alljährlich erhebliche Mittel zuschießen. Lediglich im Nationalsozialismus warf die Anstalt Gewinn ab.<sup>66</sup>

Die geschlossene Unterbringung in den Arbeitshäusern litt unter dem Dilemma, daß sie für leichtere Fälle unnötig, für schwerere Fälle aber aussichtslos erschien. Das konkrete Vorgehen lag völlig im Ermessen des einzelnen Richters. Strafrichter, die an das Besserungskonzept der Arbeitshäuser glaubten, schickten vorwiegend junge, ihrer Ansicht nach noch rettbar Vagabunden und Prostituierte in die Arbeitshäuser. Dagegen haben Richter, die in den Arbeitshäusern hauptsächlich den Sicherungszweck sahen, eher alte, notorische Vagabunden und gerichtsbekannte Prostituierte hinter die Anstaltsmauern verbannt. Die Korrigenden und Korrigendinnen der Arbeitshäuser bildeten daher einen äußerst inhomogenen Personenkreis. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr beschrieb 1884 in einem Bericht an die Jahreskonferenz des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit die Insassen der Korrekationsanstalten wie folgt: "In derselben Anstalt befindet sich neben dem alten, entkräfteten Weibe, das sich zur Stillung des Hungers sein Brod erbettelt hat, das gerade mannbar gewordene Mädchen, die tiefgesunkene, meistenstheils vollständig sieche Dirne. Dieselbe Anstalt nimmt den kaum erwachsenen, noch nicht confirmierten Knaben auf, ebenso wie den abgelebten Greis, den eben aus dem zum wiederholten Malen besuchten Zuchthause entlassenen Sträfling, und den erst vor einigen Monaten nach Beendigung der Lehrzeit auf Wanderschaft gegangenen Handwerksburschen, welchen Noth und Unerfahrenheit zum dritten Male wegen Bettels vor den Strafrichter führte. Der routinierte Landstreicher hat vielleicht nur drei Monate, der Gelegenheitsbettler die doppelte Zeit in der Anstalt zu verbringen."<sup>67</sup>

Zu den bunt zusammengewürfelten Korrigenden kamen zusätzlich oft noch weitere Insassengruppen. Nur etwa ein Drittel der deutschen Arbeitshäuser des Kaiserreichs nahm ausschließlich Korrigenden und Korrigendinnen auf. Die meisten Arbeitshäuser, insbesondere die preußischen, dienten darüber hinaus zur Aufnahme weiterer deklassierter Personengruppen, vor allem von Orts-

---

65 Vgl. Robert von Hippel, 1931, S. 35.

66 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 148; Nr. 111, S. 408; Nr. 10352, S. 375.

67 Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 12.

und Landarmen.<sup>68</sup> Entsprechend unterschiedlich lauteten die konkreten Bezeichnungen der Anstalten. Das Arbeitshaus Glückstadt nannte sich schlicht "Korrekptions-Anstalt", Groß-Salze "Arbeits- und Landarmen-Anstalt", Kislau "Polizeiliches Arbeitshaus", Tapiau "Ostpreussische Provinzial-Besserungsanstalt", Konitz "Westpreussische Provinzial-, Besserungs- und Landarmen-Anstalt", Kosten "Arbeits- und Landarmenhaus", Moringen "Landeswerkhaus" und Brauweiler "Rheinische Provinzial-Anstalten".

Die Breitenauer Anstalt plante man sogar von Anfang an als Korrekptions- und Landarmenanstalt. Die auf juristischer Ebene so penibel auseinandergehaltene Differenzierung in freiwillige bzw. fürsorgerechtliche Armenarbeitsanstalten einerseits und Zwangsarbeitsanstalten zur *korrekptionellen Nachhaft* andererseits egalisierte sich somit weitgehend durch die Zusammenfassung rechtlich unterschiedlicher Anstaltstypen in gemeinsamen Anstalten. Die nahezu wahllose Einlieferung verschiedener Insassengruppen, die innerhalb der Anstalten oft nur formal in gesonderte Abteilungen getrennt waren, ließ eine individuelle Behandlung nicht zu und förderte eine problematische Nivellierung nach unten. Wie mittelalterliche Hospitäler fungierten die Arbeitshäuser als Sammelanstalten für die verschiedensten Marginalgruppen. Auf abstrakter Rechtsebene war die Ausdifferenzierung verschiedener Anstaltstypen aus dem alten Hospital weit fortgeschritten. Doch dann erfolgte - auf unterschiedlicher Rechtsgrundlage - wieder Unterbringung in ein- und derselben großen Sammelanstalt.<sup>69</sup> Die tatsächliche Praxis der Anstalten hinkte der Rechtsentwicklung um Jahrhunderte hinterher. "Ich komme mir immer vor, als befände ich mich in einem Hause, das zugleich Arbeits-, Armen- und Irrenhaus sei. Man sucht augenscheinlich alles, was sich bettelnd auf den Straßen umhertreibt, in einem Raum zusammenzusperren und so auf einige Zeit unschädlich zu machen", schrieb ein Anstaltspfarrer eines Arbeitshauses noch 1894.<sup>70</sup>

---

68 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 137-140, vgl. die Reportage über das Berliner Arbeitshaus von Gustav Rasch, Berlin bei Nacht, Berlin 1871, S. 129-141.

69 Über das Berliner Arbeitshaus vgl. hierzu insbesondere Rud. Leubuscher, Ärztlicher Bericht über das Arbeitshaus im Jahre 1851, in: Deutsche Klinik 4 (1852), S. 87-91.

70 Otto Fleischmann, Vorschläge zur Reform der Arbeitshäuser, in: Blätter für Gefängnis-kunde 28 (1894), S. 188.

## Der Diskurs über Arbeitshäuser im Kaiserreich

In der gesamten zeitgenössischen Fachliteratur des Kaiserreichs ist nicht ein Autor zu finden, der die Arbeitshäuser vorbehaltlos verteidigt. Juristen, Fürsorgefunktionäre, die Direktoren, Ärzte und Pfarrer der Anstalten entwickelten eine in der Form oft vehemente Kritik, die inhaltlich jedoch zumeist nur Teilaspekte behandelte und in den Reformvorschlägen halbherzig blieb.

### *Kritik von Ärzten und Psychiatern*

Unter den Wohnungslosen sammelten sich Alte und Kranke, Kriegs- und Arbeitsinvalide, Krüppel, Epileptiker, Alkoholranke und unversorgt gebliebene Geistesranke. Die Tatsache, daß diese Menschen von den Richtern ohne Berücksichtigung ihrer strafrechtlichen Unzurechnungsfähigkeit bzw. ihrer Arbeitsunfähigkeit unterschiedslos in die Korrektionsanstalten geschickt wurden, bildete die Grundlage einer nie widerlegten Kritik von Ärzten und Psychiatern an der gesetzwidrigen Einweisung dieser Personen in die Arbeitshäuser.<sup>71</sup>

Schon 1872 hatte der Psychiater Koster bei Vagabunden einen hohen Prozentsatz "verkanntes Irresein" festgestellt.<sup>72</sup> Sie seien seiner Ansicht nach in den Straf- und Korrektionsanstalten "stets falsch beurteilt". Koster schätzte die Quote der Geistesranken in den Arbeitshäusern auf sechs bis acht Prozent der Insassen.

1886 untersuchte der Psychiater Emanuel Mendel fünfundachtzig von damals etwa eintausend Korrigenden des Berliner Arbeitshauses und diagnostizierte sechs Geistesranke, fünf Schwachsinnige, acht Epileptiker und vierzehn Personen mit chronischen körperlichen Krankheiten. Diese Menschen seien nur deswegen im Arbeitshaus, weil ihnen krankheitsbedingt nichts anderes übrig blieb, als ihr Leben mit Betteln zu fristen. Mendel forderte gründliche

---

71 Vgl. Richard Snell, Alkoholismus in Korrektionsanstalten, in: Der Alkoholismus 1 (1900), S. 84-86.

72 Vgl. Koster, Über Irresein der Vagabonden und Bummeler, in: Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie und psychisch-gerichtliche Medizin 30 (1872), S. 331.



gerichtsärztliche Untersuchungen vor der Einweisung ins Arbeitshaus und gegebenenfalls Dauerunterbringung in den Irrenhäusern.<sup>73</sup>

Zwei Jahre später legte Sanitätsrat Nathan Lissner, der Anstaltsarzt des Arbeitshauses Kosten, einen Bericht über "die Arbeitsfähigkeit der Arbeitshäusler" vor. In expliziter Abgrenzung von Mendel betonte Lissner nicht die Geisteskrankheiten, sondern die körperlichen Defekte der Korrigenden. Von den 2 293 von Oktober 1886 bis September 1887 in die Anstalt Kosten eingewiesenen Männern bezeichnete Lissner 357, also jeden sechsten, als nur sehr eingeschränkt arbeitsfähig bzw. sogar völlig arbeitsunfähig. Auch Lissner forderte eingehende ärztliche Untersuchungen der Korrigenden.<sup>74</sup> Die über Siebzigjährigen wollte er überhaupt nicht mehr in Korrekptionsanstalten einweisen. Bei den Sechzig- bis Siebzigjährigen sollte die Arbeitsfähigkeit in jedem Einzelfall genau untersucht werden.

Aus dem Arbeitshaus Moringen berichtete Anstaltsarzt Kühn 1891 über die Ergebnisse seiner in fünfzehn Dienstjahren an insgesamt zehntausend Korrigenden vorgenommenen Untersuchungen. Nach seiner Einschätzung befanden sich unter ihnen etwa acht Prozent Geisteskranke, die sich allerdings oft dem Anstaltsbetrieb anpaßten und deswegen nicht weiter auffielen. Es widerspreche seinem Humanitäts- und Rechtsgefühl, diese Menschen fortwährend von Gefängnis zu Gefängnis zu stoßen.<sup>75</sup> Kühn forderte, die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit bereits im Strafverfahren in jedem Einzelfall eingehend zu prüfen.

Ein nachhaltiges Echo löste die im Jahre 1900 vorgelegte Studie des Breslauer Psychiaters Karl Bonhoeffer aus. Bonhoeffer hatte 404 wegen Bettellei und Obdachlosigkeit verurteilte Männer, die im Breslauer Zentralgefängnis ihre Haftstrafe verbüßten, untersucht und bei zwölf Prozent Unzurechnungsfähigkeit im Sinne des § 51 StGB diagnostiziert. Insgesamt seien sogar fünfundsiebzig Prozent der inhaftierten Bettler und Landstreicher nur vermindert zurechnungsfähig.<sup>76</sup> Bei diesen Menschen sei die Arbeitshaushaft

---

73 Vgl. E. Mendel, Über die Vagabundenfrage vom gerichtsärztlichen Standpunkte, in: Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen NF 46 (1887), S. 280.

74 Vgl. Lissner, Die Arbeitsfähigkeit der Arbeitshäusler, ein Beitrag zur Vagabundenfrage, in: Blätter für Gefängniskunde 23 (1888), S. 4.

75 Vgl. Adolf Kühn, Über die Geisteskrankheiten der Corrigenden. Ein weiterer Beitrag zur Kenntniss der Beziehungen zwischen Irresein und Gesetzesübertretung, in: Archiv für Psychiatrie und Nervenkrankheiten 12 (1891), S. 348.

76 Vgl. Karl Bonhoeffer, Ein Beitrag zur Kenntnis des großstädtischen Bettel- und Vagabondentums, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 21 (1900), S. 57.

sinnlos. Stattdessen sollten sie zwangsweise in Irrenanstalten, Altersheime oder Einrichtungen der Wandererfürsorge eingewiesen werden.<sup>77</sup>

Unter direktem Bezug auf Bonhoeffers Veröffentlichung legte der Heidelberger Psychiater Karl Wilmanns 1902 eine psychiatrische Untersuchung über die "Psychosen der Landstreicher" vor.<sup>78</sup> Wilmanns schilderte im einzelnen die vielfältigen Diagnosen von 108 Männern und 12 Frauen, die aus dem badischen Arbeitshaus Kislau als Geisteskranke der Wieslocher psychiatrischen Klinik zugeführt worden waren. Im Mittelpunkt der Diagnosen stand eine Gruppe von Erkrankungen, die Wilmanns als *Dementia praecox* zusammenfaßte.<sup>79</sup> In seiner 1906 vorgelegten Habilitationsschrift diagnostizierte Wilmanns diese Krankheit bei 52 von 85 Patienten, die von 1890 bis 1904 aus dem Arbeitshaus Kislau nach Wiesloch überwiesen worden waren. Karl Wilmanns vermutete, daß zehn Prozent der Insassen der Arbeitshäuser an "fortschreitender Verblödung" leide.<sup>80</sup>

Auch Anstaltsarzt Otto Mönkemöller stellte 1908 bei den Korrigendinnen des hannoverischen Frauenarbeitshauses Himmelsthür sechzehn Prozent Unzurechnungsfähige fest.<sup>81</sup> Adolf Riebeth gab in einer ein Jahr später veröffentlichten Studie dieselbe Größenordnung unzurechnungsfähiger Korrigenden an. Riebeth hatte sämtliche 107 männlichen Insassen des Arbeitshauses Prenzlau untersucht. Nur 37 bezeichnete er als psychisch normal. Er sah 18,7 Prozent der Insassen als völlig unzurechnungsfähig und insgesamt 65,4 Prozent als vermindert zurechnungsfähig an. Für den Vollzug der Arbeitshaushaft kämen also gerade 34,6 Prozent der von ihm untersuchten Korrigenden in Frage.<sup>82</sup>

---

77 Ebenda, S. 61.

78 Vgl. Karl Wilmanns, Die Psychosen der Landstreicher, in: Centralblatt für Nervenheilkunde und Psychiatrie 25 (1902), S. 729-746.

79 Vgl. Karl Wilmanns, 1902, S. 739.

80 Vgl. Karl Wilmanns, Ergebnisse einer Untersuchung geisteskranker Landstreicher, Leipzig 1906. Diese Schrift ging vollständig ein in ders., Zur Psychopathologie des Landstreichers. Eine klinische Studie, Leipzig 1906.

81 Vgl. Otto Mönkemöller, Korrekptionsanstalt und Landarmenhaus. Ein soziologischer Beitrag zur Kriminalität und Psychopathologie des Weibes, Leipzig 1908, S. 130; vgl. ders., Psychiatrie und Seelsorge in der Frauen-Korrekptionsanstalt, in: Zeitschrift für Religionspsychologie 1 (1907), S. 146-162.

82 Vgl. Riebeth, Über den geistigen und körperlichen Zustand der Korrigenden, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 5 (1909), S. 691.

Die konkreten medizinisch-psychiatrischen Diagnosen dieser Untersuchungen zeigten ein überaus widersprüchliches Bild.<sup>83</sup> Neben Schwierigkeiten im Umgang mit einer sich erst entwickelnden psychiatrischen Diagnose und Terminologie war das Sample der untersuchten Personen jeweils unterschiedlich gewählt und oft nicht repräsentativ. Auffällig ist jedoch das große Interesse der Ärzte und Psychiater an durch eigene Untersuchungen gewonnenen empirischen Forschungsergebnissen.

Insgesamt war die Psychiatrie weit davon entfernt, eine bestimmte Geisteskrankheit als Hauptursache für Vagabundage oder Prostitution anzusehen. Insbesondere der Nachweis einer speziellen "Vagabundenpsychose" gelang nie.<sup>84</sup> In einem war man sich jedoch einig: Ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Korrigendinnen und Korrigenden war in den Arbeitshäusern völlig fehl am Platz und konnte dort auch beim besten Willen nicht "gebessert" werden. Aufgrund verkannter Geisteskrankheiten und nicht ernstgenommener körperlicher Handikaps, die in den Anstalten allenfalls als Renitenz, Faulheit oder Simulation zur Kenntnis genommen wurden, bevölkerten diese Menschen völlig sinnlos die Arrestzellen der Arbeitsanstalten.<sup>85</sup>

Eine prinzipielle Kritik an der Arbeitshausunterbringung hat keiner der hier zitierten Ärzte und Psychiater entwickelt. Ihr Hauptziel blieb, die als haftungsfähig eingeschätzten Korrigendinnen und Korrigenden aus den Arbeitsanstalten herauszunehmen und - nötigenfalls durch Entmündigung - zur dauernden "Verwahrung" psychiatrischen Kliniken, Heil- und Pflegeanstalten sowie geschlossenen Fürsorgeheimen zuzuführen.<sup>86</sup>

---

83 Vgl. Mönkemöller, Das Landstreichertum und die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung de lege und de lege ferenda, in: Klinik für psychische und nervöse Krankheiten 9 (1914), S. 313-316.

84 Ebenda S. 316; zur rassenhygienischen Pervertierung dieser Diskussion vgl. Friedrich Stumpfl, Geistige Störungen als Ursache der Entwurzelung von Wanderern, in: Der nicht-seßhafte Mensch, München 1938, S. 275-308.

85 Vgl. Otto Mönkemöller, 1914, S. 229.

86 Vgl. Karl Wilmanns, Das Landstreichertum, seine Abhilfe und Bekämpfung, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 1 (1904/05), S. 618-620; vgl. Arbeitshaus und Landstreichertum, nach den Verhandlungen der 17. Versammlung der hessischen Vereinigung für gerichtliche Psychologie und Psychiatrie in Dieburg am 14. Februar 1914, in: Klinik für psychische und nervöse Krankheiten 9 (1916), S. 347 f.

Eher moderat fielen zumindest im 19. Jahrhundert die Forderungen von Seiten der Armenpflege aus. Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, ein Expertenkartell führender Fürsorgefunktionäre, hatte die "Vagabonden-Frage" seit seiner Gründung im Jahre 1880 immer wieder auf den Tagesordnungen seiner Versammlungen stehen.<sup>87</sup> Die Frage der Arbeitshäuser diskutierte man ausführlich auf der Jahrestagung 1884. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr legte dort einen detaillierten Bericht über die Zustände in den deutschen Arbeitshäusern vor. Er forderte die Verkleinerung der Anstalten, Trennung der "Besseren" von den "völlig Verderbten", Einführung der Prügelstrafe in allen Arbeitshäusern, Kontrolle der Entlassenen, verbesserte Ausbildung der Aufseher und den Verzicht auf die Einweisung der Arbeitsunfähigen.<sup>88</sup>

Die Vorlage eines Vorentwurfs für ein neues Strafgesetzbuch veranlaßte den Deutschen Verein 1911, auf seiner 31. Jahresversammlung seine Vorstellungen zu präzisieren.<sup>89</sup> Nach heftiger Debatte, in der allein der Frankfurter Fürsorgeexperte Christian Jasper Klumker entschieden für eine Entkriminalisierung der Vagabundage eintrat, verabschiedeten die versammelten Fürsorgevertreter eine Resolution, in der sie eine eklatante Verschärfung der Strafvorschriften forderten. Bettellei, Landstreicherei und Arbeitsscheu sollten nicht mehr als Übertretung mit bis zu sechs Wochen Haft, sondern als Vergehen mit bis zu sechs Monaten Gefängnis bestraft werden. Bei Rückfälligkeit innerhalb eines Jahres sollte grundsätzlich und ausnahmslos Arbeitshausunterbringung verhängt wer-

---

87 Der Verein wurde in der Weimarer Republik in *Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge* umbenannt; vgl. Emil Münsterberg, Generalbericht über die Tätigkeit des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit während der ersten 25 Jahre seines Bestehens 1880- 1905, Leipzig 1905, S. 30-33; vgl. Beseler, Maßregeln zur Unterdrückung der Bettellei, in: Stenographischer Bericht über die Verhandlungen in der Armenpfleger-Konferenz zu Berlin am 26. und 27. November 1880, S. 3-8; vgl. Beseler/ Bokelmann, Über die Mittel zur Unterdrückung der vagabondirenden Bettellei, in: Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit am 11. und 12. November 1881 zu Berlin, Berlin 1882, S. 115-190; vgl. Elvers, Der Unterstützungswohnsitz und das Landarmenwesen mit Rücksicht auf die vagabondirende Bettellei, in: Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit am 7. und 8. Oktober 1882 zu Darmstadt, Berlin 1883, S. 88-174; vgl. Rudolf Elvers, Zur Vagabondenfrage. Zwölf Thesen und ein Entwurf zu einem Reichsgesetz, Berlin 1882.

88 Vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 33 f.

89 Vgl. von Frankenberg/ Drechsler, Die Behandlung der Bettler, Landstreicher und Arbeitsscheuen, Leipzig 1911, S. 72.

den. Zusätzlich sollte die Höchstdauer der Arbeitshaushaft von zwei auf fünf Jahre ausgedehnt werden.<sup>90</sup> Es blieb einem Gastdelegierten aus der Schweiz vorbehalten, sein Entsetzen darüber zu äußern, daß ausgerechnet ein Armenpflegertag unter dem Zeichen der Strafverschärfung stehe.

Innerhalb der Diskussion über die Zukunft der deutschen Arbeitshäuser war dieser rigorose Standpunkt der Fürsorgeverteter jedoch nicht überraschend. Die Einschätzung, daß die Arbeitshaushaft im Durchschnitt eher zu kurz als zu lang sei, insgesamt zu spät und zu selten verhängt werde, war zu dieser Zeit noch einhellige Meinung der Fachwelt.<sup>91</sup> Erst in der Weimarer Republik stellte der Deutsche Verein die Arbeitshäuser prinzipiell in Frage und forderte den Ersatz der Arbeitshäuser durch sogenannte Bewahranstalten, in denen unter der Regie der Fürsorge eine zeitlich unbestimmte und gegebenenfalls lebenslängliche Unterbringung stattfinden sollte.<sup>92</sup>

Die Position der von Friedrich von Bodelschwingh (1831-1910) geprägten speziellen Wandererfürsorge zur strafrechtlichen Verfolgung der Vagabundage und damit zur Frage der Arbeitshäuser blieb ambivalent. Auf der einen Seite trug der von der Wandererfürsorge betriebene rasche Ausbau von Verpflegungsstationen, Wanderarbeitsstätten, Herbergen zur Heimat und Arbeiterkolonien insbesondere in den achtziger Jahren erheblich zum Rückgang strafrechtlich sanktionierbarer Wohnungslosigkeit bei.<sup>93</sup> Wandernde Arbeiter sollten nach dem Willen der Wandererfürsorge in ein System von Wanderstraßen, halbstationären und stationären Einrichtungen mit Arbeitszwang ("Arbeit statt Almosen") hineingepreßt werden. Man beseitigte die Wohnungslosigkeit nicht, sondern versuchte, die "Wanderarmen" zu organisieren und zu reglementieren. Wohnungslose, die sich dem Reglement der "Wanderordnung" anpaßten, waren - versehen mit einem von der Wandererfürsorge ausgestellten Wanderbuch als Legitimationspapier - als "geordnete Wanderer" vor dem Vorwurf der Landstreicherei einigermaßen sicher.<sup>94</sup> Andererseits betonten

---

90 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der 31. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit am 20. und 21. September 1911 in Dresden, Leipzig 1912, S. 145.

91 Vgl. Otto Fleischmann, 1894, S. 193; vgl. Otto Mönkemöller, 1908, S. 187.

92 Vgl. *Arbeitshaus und Strafrecht*, in: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge* 8 (1927), S. 256-258.

93 Vgl. Friedrich von Bodelschwingh, *Das Wanderarbeitsstättengesetz und zwei Paragraphen des deutschen Reichsgesetzes*, Bethel 1907; vgl. Hubert Kolling, *Vom "Armenhaus" zur "Wanderarbeitsstätte"*. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Marburg im 19. und 20. Jahrhundert, Marburg 1989.

94 Vgl. Jürgen Scheffler, 1989, S. 256.

Vertreter der Wandererfürsorge immer wieder die Notwendigkeit einer straffen polizeilichen Verfolgung aller arbeitsscheuen Vagabunden, worunter sie alle Wohnungslosen verstanden, die sich dem System der "Wanderordnung" nicht unterwerfen wollten.<sup>95</sup> Anzeigen von als arbeitsscheu eingeschätzten Klienten bei der Polizei war für die christliche Wandererfürsorge kein Tabu. Strafrechtliche Verfolgung und Arbeitshauseinweisung blieb für die Wandererfürsorge Bodelschwinghscher Prägung eine notwendige und erwünschte Ergänzung des Hilfeangebots.<sup>96</sup>

Wesentlich schärfer verlief die Diskussion über die Strafbarkeit von Prostitution und Zuhälterei. In der in den neunziger Jahren geführten breiten gesellschaftlichen Debatte über Sittlichkeit und Moral spielte die Frage der strafrechtlichen Bekämpfung von Zuhälterei und Prostitution eine zentrale Rolle.<sup>97</sup> In von Hanna Bieber-Böhm formulierten "Vorschlägen zur Bekämpfung der Prostitution" hatte der Bund deutscher Frauenvereine 1895 in einer Petition an den Reichstag die Umwandlung der Arbeitshäuser in Zwangserziehungsanstalten "unter Leitung gebildeter Frauen" gefordert. Die kurzen Haftstrafen gegen Prostituierte gemäß § 361 Nr. 6 StGB sollten abgeschafft und durch "zwangsweise Unterbringung aller wegen Unsittlichkeit inhaftierter Personen in Erziehungsanstalten auf 1-2 Jahre" ersetzt werden. Als Sofortmaßnahme schlugen die Frauenverbände sogar eine Verschärfung der gängigen Strafpraxis vor. Bereits bei wegen unerlaubter Prostitution erstverurteilten Frauen sollte möglichst häufig Arbeitshaushaft verhängt werden.<sup>98</sup>

---

95 Vgl. Jürgen Scheffler, Vom Herbergswesen für Handwerksgesellen zur Fürsorge für wandernde Arbeiter: Herbergen zur Heimat im Zeitalter der Industrialisierung, 1854-1914, in: ders. (Hrsg.), 1987, S. 18; vgl. Florian Tennstedt, Alleinstehende Wohnungslose in der Geschichte des Fürsorgerechts - ein 100jähriger Weg, in: Materialien zur Wohnungslosenhilfe, Heft 8, Bielefeld 1989, S. 12.

96 Vgl. Welche Maßnahmen sind zu treffen, um die arbeitsscheuen Elemente von unseren Herbergen fern zu halten?, in: Der Wanderer 33 (1916), S. 6; vgl. Walther, Die Bedeutung des Arbeitshauses für die Wandererfürsorge, in: Der Wanderer 49 (1932), S. 293-296.

97 Vgl. Richard J. Evans, 1976; zur Stellung der Sozialdemokratie zur Prostitution vgl. Richard J. Evans, Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Berlin/ Bonn 1979, S. 251-255.

98 Hanna Bieber-Böhm, Vorschläge zur Bekämpfung der Prostitution. (Angenommen vom "Bund deutscher Frauenvereine" als Anlage zu einer Petition an den Reichstag, die Aufhebung der gewerbsmäßigen Prostitution betreffend), Berlin 1895; zur Kritik vgl. Katharina Scheven, Warum erachtet die Föderation die Prostitution nicht als strafbares Vergehen!, in: Der Abolitionist 3 (1904), S. 84; vgl. Anna Pappritz, Die Teilnahme der Frauen an der Sittlichkeitsbewegung, in: Helene Lange/ Gertrud Bäumer (Hrsg.), Handbuch der Frauenbewegung, II. Teil, Berlin 1901, S. 174-176; vgl. Richard J. Evans, The Feminist Movement in Germany 1894-1933, London 1976, S. 42-44.

Im schroffen Gegensatz dazu war die Entkriminalisierung der Prostitution für die um die Jahrhundertwende auch in Deutschland Fuß fassende Abolitionistische Bewegung das ureigenste Anliegen. Der deutsche Zweigverein der Internationalen Abolitionistischen Föderation<sup>99</sup>, eine kleine pressure-group radikaler Feministinnen und fortschrittlicher Ärzte, forderte durch Streichung des § 361 Nr. 6 StGB die Abschaffung der kurzen Haftstrafen gegen Prostituierte wie auch der durch eine Verurteilung aufgrund dieser Strafbestimmung erst möglichen Arbeitshausunterbringung.<sup>100</sup> Auf Initiative der Abolitionistinnen sprach sich die Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine 1902 für eine Streichung des § 361 Nr. 6 StGB aus und brachte damit der von Hanna Bieber-Böhm vertretenen Richtung eine sichtbare Niederlage bei.<sup>101</sup>

Anna Pappritz, neben Katharina Scheven die zentrale Figur der deutschen Abolitionistinnen, schrieb 1907 zur Frage der Arbeitshäuser: "Wir sollten ... das Prinzip der Strafe ausschalten und das Prinzip der Erziehung befolgen, denn es handelt sich fast immer um unreife, unfertige Personen, die erst systematisch zur Arbeit herangebildet werden müßten. Dementsprechend dürften derartige Anstalten auch nicht den Charakter von Gefängnissen tragen, denn es gilt vielmehr, gebrochene und schwankende Existenzen aufzurichten, statt sie durch das beständige Wachhalten des Furcht- und Sündgedankens noch mehr zu deprimieren."<sup>102</sup>

---

99 1875 in England gegründete Bewegung zur Beseitigung der Reglementierung der Prostitution, vgl. Ellen Scheuner, *Die Gefährdetenfürsorge*, Berlin 1930, S. 150 f; vgl. Richard J. Evans, 1976, S. 122-124. Der deutsche Vereinsname lautete *Deutscher Verband zur Förderung der Sittlichkeit*, ab 1920 *Bund für Frauen und Jugendschutz*, das Verbandsorgan *Der Abolitionist* erschien 1902 bis 1933; vgl. Florian Tennstedt, Alfred Blaschko - das wissenschaftliche und sozialpolitische Wirken eines menschenfreundlichen Sozialhygienikers im Deutschen Reich, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 25 (1979), S. 646-655; zur Stellung der Abolitionistinnen in der deutschen Frauenbewegung vgl. Richard J. Evans, *The Feminist Movement in Germany 1894-1933*, London 1976, insbesondere S. 162-168.

100 Vgl. Katharina Scheven, 1904, S. 71-76 u. S. 83-87; zur Auseinandersetzung mit Hanna Bieber-Böhm vgl. Anna Pappritz, 1901, S. 181; vgl. Anna Pappritz/ Katharina Scheven, *Die positiven Aufgaben und strafrechtlichen Forderungen der Föderation*, Dresden <sup>2</sup>1909, S. 21; vgl. Anna Pappritz, *Die abolitionistische Föderation*, in: dies., *Einführung in das Studium der Prostitutionsfrage*, Leipzig 1919, S. 237.

101 Vgl. Richard J. Evans, *The Feminist Movement in Germany 1894-1933*, London 1976, S. 50.

102 Anna Pappritz, "Die Welt von der man nicht spricht!" (Aus den Papieren einer Polizei-Beamtin), Leipzig <sup>2</sup>1907, S. 46.

Die zeitgenössische Literatur zur "juristischen Natur der korrekionellen Nachhaft" ist kaum zu überschauen. Die seit der Jahrhundertwende geführte Diskussion über eine grundlegende Strafrechtsreform, mit ihren vielen offiziellen und inoffiziellen Entwürfen und Gegenentwürfen, bot Anlaß für eine kritische Bestandsaufnahme mit dutzenden Kongreßbeschlüssen, individuellen Stellungnahmen und wenig ergiebigen Dissertationen.<sup>103</sup> Dieser Diskurs blieb fast ausschließlich auf einer allgemeinen rechtsdogmatischen Ebene stehen und berührte kaum die konkreten Verhältnisse in den Arbeitshäusern, die die meisten Autoren aus eigener Anschauung überhaupt nicht kannten. Eine Ausnahme bildete freilich Robert von Hippel, einer der wenigen Autoren, der von der Wirksamkeit der Arbeitshäuser überzeugt war.<sup>104</sup> Robert von Hippel legte 1895 eine detaillierte und materialreiche Studie über die "strafrechtliche Bekämpfung von Bettel, Landstreicherei und Arbeitsscheu" vor. Seine aus profunder Kenntnis des Arbeitshausalltags entwickelten Reformvorschläge bestimmten die Diskussion bis weit in die Weimarer Republik hinein. Nach seinen Vorstellungen sollte die Arbeitshausstrafe als Hauptstrafe ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden und damit die allgemein als sinnlos eingeschätzte kurze Haftstrafe vor der Überweisung ins Arbeitshaus wegfallen. Die Anstalten sollten aus der provinziellen Selbstverwaltung herausgenommen und

---

103 Einen guten Überblick über die Entwürfe bietet Rudolf Ploß, *Das Arbeitshaus nach dem Reichsstrafgesetzbuche, den Strafgesetzentwürfen und dem Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes*, Leipzig 1928, S. 73-83; vgl. Adolf Adrian, *Das Arbeitshaus in der deutschen Strafrechtsreform*, Diss. Frankfurt 1925; Rolf Dietz, *Das Arbeitshaus de lege lata et de lege ferenda*, Diss. Würzburg o.J. (1925); v. Engelberg, *Das Arbeitshaus, seine gegenwärtige Gestaltung in den einzelnen Bundesstaaten und seine Verwendung im künftigen Strafgesetzbuch*, in: *Mitteilungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung* 19 (1912), S. 481-530; Gennat, *Freiheitsstrafen und sichernde Massnahmen im Vorentwurf zum deutschen Strafgesetzbuche*, in: *Blätter für Gefängniskunde* 44 (1910), S. 525-569; Lenhard, *Die Sicherungsmaßnahmen gegen liederliche und arbeitsscheue Rechtsverletzer, gewerbs- und gewohnheitsmäßige Verbrecher nach den Entwürfen für ein künftiges Deutsches Strafgesetzbuch*, in: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 36 (1915), S. 473-483; Hellmut Meyer, *Die Verwertung des Arbeitshauses im künftigen Strafrecht*, Diss. Göttingen 1922; Fritz Mommer, *Das Arbeitshaus und seine Gestaltung nach den Entwürfen zu einem Deutschen Strafgesetzbuch*, Diss. Erlangen 1931; Julius Siegel, *Das Arbeitshaus nach dem geltenden Recht und nach den Entwürfen zu einem Strafgesetzbuch*, Diss. Erlangen 1924; Herbert Schiefelbein, *Das Arbeitshaus in der Strafrechtsreform*, Diss. Göttingen 1930; Wilhelm Schneider, *Das Arbeitshaus nach dem Vorentwurf und dem Gegenentwurf*, Diss. Erlangen 1912; Paul Leonhard Völcker, *Das Arbeitshaus. Eine dogmatisch-kritische Studie*, Diss. Würzburg 1919.

104 Vgl. Robert von Hippel, *Zur Vagabundenfrage*, Berlin 1902, S. 31.



als Staatsanstalten geführt werden. Von Hippel griff damit inhaltlich einen Vorschlag auf, den Hugo Wehr, Landesdirektor der Provinz Westpreußen, bereits 1886 im preußischen Abgeordnetenhaus vorgetragen hatte.<sup>105</sup> Die überaus unterschiedlichen Anstaltsreglements sollten einander angeglichen und die Landarmen aus den Anstalten entfernt werden. Arbeitsunfähige und Personen unter 18 Jahren sollten nicht mehr in die Arbeitshäuser eingewiesen werden. Die vereinzelt noch mögliche Prügelstrafe wollte Robert von Hippel abschaffen. Die Einführung einer "bedingten Entlassung" sollte eine Kontrolle der Entlassenen möglich machen.<sup>106</sup> Die deutsche Sektion der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung nahm die Kernpunkte dieser Vorschläge bereits wenige Wochen nach ihrer Veröffentlichung in ihren Forderungskatalog auf.<sup>107</sup>

In der Strafrechtsreformdiskussion meldeten sich auch vereinzelt Arbeitshausdirektoren als Vertreter der Praxis zu Wort. Hervorzuheben sind hier insbesondere die Stellungnahmen des Direktors des Arbeitshauses Brauweiler H. von Jarotzky, dessen Vorschläge aber im wesentlichen darauf abzielten, den Betrieb und die Verwaltung der Arbeitshäuser zu erleichtern. Von Jarotzky sprach sich dafür aus, die Arbeitsunfähigen und die Zuhälter aus den Arbeitshäusern zu entfernen, die Arbeitshausstrafe als Hauptstrafe im Strafgesetzbuch zu etablieren und die Höchststrafe auf vier Jahre auszudehnen. Durch Übertragung der Befugnis über die Festsetzung der Korrekionshaft vom Regierungspräsidenten auf den Landeshauptmann, dem in Preußen der Betrieb der Arbeitshäuser sowieso unterstand, sollte die Verwaltung vereinfacht werden.<sup>108</sup>

In der Diskussion der Juristen tauchte vereinzelt die Forderung nach vollständiger Schließung der Arbeitshäuser auf. E. Sichart plädierte 1893 für die Abschaffung der Arbeitshaushaft und wollte stattdessen Bettlei und Landstreicherei als normale Hauptstrafe mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft

---

105 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preussischen Hauses der Abgeordneten, 16. Legislaturperiode, 14. Sitzung, 6.2.1886, S. 356-357.

106 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 233-263.

107 Vgl. v. Hippel, Erscheinen die Bedingungen des Reichsstrafgesetzbuchs über die korrektionelle Nachhaft reformbedürftig?, in: Mitteilungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung 5 (1896), S. 377-423.

108 Vgl. H. v. Jarotzky, Die Arbeitsanstalt und ihre Stellung in dem Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch, Brauweiler 1910, S. 85; vgl. auch von Falken, Das Arbeitshaus in dem Entwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuch von 1919, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 43 (1922), S. 356-365; vgl. von Falken-Plachecki, Das Arbeitshaus und seine Zukunft, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 41 (1921), S. 724-754.

wissen.<sup>109</sup> Hugo Grobleben wollte 1907 sogar Bettlerbestrafung und Arbeitshaushaft völlig abschaffen und stattdessen die wohnungslose Bevölkerung zwangsweise in die Kolonien verfrachten lassen.<sup>110</sup>

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands trat seit 1906 für die Abschaffung der Arbeitshäuser ein. In einer auf dem Mannheimer Parteitag angenommenen, von Hugo Haase eingebrachten Resolution zur Strafrechtsreform wurde der Wegfall der Bestrafung von Bettelei, Landstreicherei und Obdachlosigkeit gefordert. Zusätzlich forderte der Parteitag die Abschaffung der "Überweisung an die Landespolizeibehörde" und damit die Beseitigung der Arbeitshäuser in ihrer bestehenden Form.<sup>111</sup> Die Fachdiskussion nahm diese Position der Sozialdemokratie nicht zur Kenntnis. Sie wird an keiner Stelle der Arbeitshausliteratur erwähnt.

---

109 Vgl. E. Sichart, 1893, S. 13.

110 Vgl. Hugo Grobleben, 1907, S. 283.

111 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 26. September 1906, Berlin 1906, S. 142, S. 375, S. 378.

# Die fürsorgerechtliche Arbeitshausunterbringung

## Die geschlossene Armenarbeitshausunterbringung von Unterstützungsempfängern

Im Gegensatz zu England bildete die geschlossene Unterbringung von Armen in Arbeitshäusern in Deutschland nicht die Regel.<sup>1</sup> Versuche, Armenarbeitshausunterbringung grundsätzlich bei allen Unterstützungsempfängern durchzuführen, blieben regional begrenzt.<sup>2</sup> Die zuständigen Armenbehörden konnten allerdings die Form der Hilfe frei bestimmen. Ob die Unterstützung als offene Hauspflege oder als geschlossene Anstaltspflege gewährt wurde, lag im alleinigen Ermessen der Fürsorgebehörden.<sup>3</sup> Nach den Ergebnissen der Reichsarmenstatistik von 1885 wurden im Geltungsbereich des Unterstützungswohnsitzgesetzes 1 063 158 Personen (= 3,3 % der Bevölkerung) von den Ortsarmenverbänden und zusätzlich noch 38 131 Personen (= 0,1 % der Bevölkerung) von den Landarmenverbänden unterstützt. Davon betreuten die Ortsarmenverbände 266 058 Personen (= 20 % der Unterstützten) in geschlossener Pflege. Von den Landarmenverbänden wurden 22 358 Personen (= 58,7 % der von den Landarmenverbänden Unterstützten) in geschlossener Pflege versorgt.<sup>4</sup>

- 
- 1 Zu den englischen Armenarbeitshäusern vgl. M. A. Crowther, *The Workhouse System 1834-1929. The history of an English social institution*, Cambridge 1981; vgl. Anne Digby, *Pauper Palaces*, London 1978; vgl. *Indoor Paupers by One of Them*, London 1885.
  - 2 Vgl. Fr. Bitzer, *Die Bezirks-Armen-Arbeitshäuser im Königreiche Sachsen, mit besonderer Rücksicht auf die Verhältnisse in Württemberg und mit Beifügung der hier bestehenden Vorschriften über Gemeinde-Arbeitshäuser*, Stuttgart/ Oehringen 1864; vgl. ders., *Über öffentliche Arbeitsanstalten für Arme. Vortrag gehalten in der 41. General-Versammlung der Rheinisch-Westfälischen Gefängniß-Gesellschaft, Coeln 1868*; vgl. Ziller, *Über die Einrichtung von Bezirks (Kreis-) Armenhäusern*, in: *Armenpfleger-Kongress 1885*, Nr. 9, S. 2.
  - 3 Gesetz, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz, vom 8. März 1871, in: *GS*, 1871, S. 130, § 1; vgl. *Armenordnung für die Residenzstadt Kassel*, Kassel 1881, S. 14; zur geschlossenen Armenunterbringung vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, 1980, S. 244-257.
  - 4 Statistik des Deutschen Reichs, NF Bd. 29, S. 28\*, S. 33\*.

In Deutschland hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts insgesamt die offene Pflege in der Form des Elberfelder Systems durchgesetzt.<sup>5</sup> Hinter der offenen Hauspflege stand jedoch die geschlossene Unterbringung als beliebig einsetzbares Sanktionsmittel und Ultima ratio der Fürsorgebehörden.<sup>6</sup> Adolf Buehl, der einflußreiche Direktor der Hamburger Armenanstalten, sprach sich 1903 für die offene Pflege als gewöhnliche Unterstützungsform aus, hielt aber gleichzeitig die geschlossene Anstaltsunterbringung "als Druck- und Erziehungsmittel" für unentbehrlich.<sup>7</sup>

Für die geschlossene Unterbringung von Armenunterstützungsempfängern hat sich in Deutschland kein eindeutig abgrenzbarer Anstaltstyp herausgebildet. Die Armenverbände unterhielten eine Vielzahl offener, halboffener bzw. geschlossener Heime, Asyle und Armenhäuser mit und ohne Arbeitsgelegenheiten.<sup>8</sup> Die Übergangsformen vom primitiven, unbeaufsichtigten, offenen Dorfarmenhaus zur geschlossenen, straff geführten großstädtischen Zwangsarbeitsanstalt waren überaus vielfältig. Gemeinsam war den Armenhäusern und Armenarbeitshäusern nur, daß die Insassen dort in den meisten Bundesstaaten nicht zwangsweise festgehalten werden durften. Nicht obrigkeitlicher Zwang, sondern mangelnde Alternativen, dem Elend zu entgehen, band die Unterstützungsempfänger an die Armenhäuser. Bei Verzicht auf Armenunterstützung konnten alleinstehende Unterstützungsempfänger, solange sie nicht entmündigt waren, jederzeit ihre Entlassung aus der Anstalt beantragen. Gegen ihren

- 
- 5 Vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 2, Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz 1988, S. 23.
  - 6 Zusammenstellung der in Deutschland bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Beschäftigung der Armen seitens der Armenverbände, sowie über die Bildung von Gesamtarmenverbänden und Landarmenverbänden, in: Armenpfleger-Kongreß 1885, Nr. 10, Anlage I.
  - 7 Vgl. Adolf Buehl, Die geschlossene Armenpflege, Leipzig 1903, S. 10; ebenso Beseler in der Einleitung zu Georg Osthoff, Die Armen-Arbeitshäuser. Anlage und Einrichtung derselben, Leipzig 1882, S. 12.
  - 8 Zusammenstellung der Mitteilungen über die in Deutschland und der Schweiz bestehenden öffentlichen Armenhäuser und die Einrichtung der Bezirks-, Verbands- und Landarmen-Beschäftigungsanstalten, in: Armenpfleger-Kongreß 1885, Nr. 10, Anlage II; vgl. Osthoff, 1882; vgl. die Beschreibung der Armenabteilung des Berliner Arbeitshauses Rummelsburg bei Hans R. Fischer, Unter den Armen und Elenden Berlins, Berlin 1887, S. 48-52; vgl. Gustav Behnke, Armen-Versorgungs- und Armen-Arbeitshäuser, in: Handbuch der Architektur, 4. Theil, 5. Halb-Band, 2. Heft, Darmstadt 1891, S. 145-148; vgl. Lisgret Militzer-Schwenger, 1979, S. 106; vgl. Claudia Schott, 1978, S. 45-57; vgl. Detlev Duda, Die Hamburger Armenfürsorge im 18. und 19. Jahrhundert, Weinheim/ Basel 1982, S. 162-175; vgl. Gert Paul Tröger, 1979, S. 51-53.

Willen konnten in erster Linie Personen untergebracht werden, deren Angehörige Armenunterstützung erhielten. Hier überschneit sich die - formal freiwillige - geschlossene Armenhausunterbringung mit der zwangsweisen behördlichen Arbeitshausunterbringung.

Die kommunale Fürsorge sah in der geschlossenen Unterbringung als "höchst unangenehmer Unterstützungsart"<sup>9</sup> eine notwendige Ergänzung zur gewöhnlich in offener Pflege gewährten Armenunterstützung. Die geschlossene Armenpflege, berichtete der Direktor der Hamburger Armenanstalten 1903 auf einem Kongreß des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, sei für alte und kranke Personen nicht zu entbehren, insbesondere aber nicht als "Zucht- und Zwangsmittel gegenüber arbeitsscheuen, unbotmäßigen, unwirtschaftlichen, trunksüchtigen oder mit sonstigen sittlichen Defekten behafteten Personen".<sup>10</sup>

## Die Landarmenhäuser

Die Reichspolizeiordnung von 1530 legte fest, daß "eine jede Stadt und Commun ihre Armen selbst ernehren und unterhalten" solle.<sup>11</sup> Diese Pflicht jeder Gemeinde, die von ihr aufgenommenen Personen bei Verarmung zu versorgen ("Heimatprinzip"), blieb in Deutschland bis Mitte des 19. Jahrhunderts Grundprinzip kommunaler Armenfürsorge. Das Heimatprinzip implizierte, daß eine Gemeinde sich gegenüber allen nicht in den Gemeindeverband aufgenommenen Hilfsbedürftigen für unzuständig erklären konnte. Die Ausweisung fremder Bettler wurde bereits im Spätmittelalter praktiziert und war normales Element städtischer Sozialpolitik.<sup>12</sup> Innerhalb der Gedankenwelt des Heimatprinzips galt die Abschiebung fremder Hilfsbedürftiger nicht als Hilferverweigerung, sondern als Rückkehrhilfe an den unterstützungspflichtigen Heimat-

---

9 So Adolf Buehl, 1903, S. 11.

10 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der 23. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit am 24. und 25. September 1903 in Elberfeld, Leipzig 1903, S. 76.

11 Römischer Kayserlicher Majestät Ordnung und Reformation guter Policy, im Heiligen Römischen Reich, zu Augspurg Anno 1530. auffgerichtet, in: Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, Frankfurt 1747, Bd. 1, S. 343.

12 Vgl. Bronislaw Geremek, 1988, S. 242.

ort. Die Bettlerschübe hatten das Heimatprinzip als juristischen Hintergrund.<sup>13</sup> Das Heimatprinzip als Strukturmerkmal der Armenfürsorge erschwerte Fürsorgemaßnahmen gegenüber mobilen Bevölkerungsschichten erheblich. Die im Heimatprinzip immanente Hilfeverweigerung für alle Fremden produzierte und verfestigte geradezu eine mobile Armutsbevölkerung.

Das preußische Armengesetz von 1842 ersetzte mit dem dort eingeführten Unterstützungswohnsitzsystem das bis dahin gültige Heimatrecht.<sup>14</sup> Der Fürsorgeanspruch wurde nun mit dem tatsächlichen Wohnsitz einer Person in Verbindung gebracht. Der Unterstützungswohnsitz war damit ein von Geburtsort oder Gemeindezugehörigkeit unabhängiger Rechtsbegriff.<sup>15</sup> Ein Unterstützungswohnsitz konnte durch Geburt, Heirat oder - als wesentliche Änderung gegenüber dem Heimatprinzip - auch durch mehrjährigen gewöhnlichen Aufenthalt in einer Gemeinde erreicht werden. Armut sollte dort versorgt werden, wo sie entstanden war.

Das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz (UWG) von 1871 brachte, sieht man von einigen Modifikationen ab, eine Ausdehnung der preußischen Regelung von 1842 auf das Deutsche Reich. Lediglich in Bayern und in Elsaß-Lothringen bestand das alte Heimatrecht zunächst weiter. Nach dem UWG wurde ein Unterstützungswohnsitz durch ununterbrochenen, unterstützungsfreien zweijährigen Aufenthalt in einer Gemeinde erreicht. Bei Abwesenheit ging der Unterstützungswohnsitz nach zwei Jahren wieder verloren. Für Fürsorgeleistungen von Personen mit Unterstützungswohnsitz mußte der mit der politischen Gemeinde zumeist identische Ortsarmenverband aufkommen. Für alle Personen ohne Unterstützungswohnsitz, die sogenannten Landarmen, waren die Landarmenverbände als überörtliche Träger subsidiär zahlungspflichtig. Die Landarmenverbände wurden in Preußen im allgemeinen auf Provinzebene eingerichtet. In Ostpreußen bildete jeder Kreis, in Hessen-Nassau

---

13 Vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, 1980, S. 110; vgl. Jürgen Kocka, *Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800*, Bonn 1990, S. 105; vgl. Johann Jakob Cella's freymüthige Gedanken über Landesverweisungen, Arbeitshäuser und Bettelschube, Anspach 1784, S. 37-44.

14 Gesetz über die Verpflichtung zur Armenpflege. Vom 31. Dez. 1842, in: GS, S. 280, zur Entstehungsgeschichte vgl. Harald Schinkel, *Armenpflege und Freizügigkeit in der preußischen Gesetzgebung vom Jahr 1842*, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 50 (1963), S. 459-479.

15 Vgl. Rudolf Elvers, 1882, S. 26; vgl. Hermann Rehm, *Heimatrecht*, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 2. Auflage, Bd. 4, Jena 1900, S. 1173-1175; vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt (Hrsg.), 1983, S. 174.

jeder Regierungsbezirk einen Landarmenverband.<sup>16</sup> Das flächendeckende System von Orts- und Landarmenverbänden schuf zumindest theoretisch ein Hilfesystem, in dem jede hilfsbedürftig werdende Person überall im Geltungsbereich des Unterstützungswohnsitzgesetzes Fürsorgeleistungen beantragen konnte, ohne daß eine rechtliche Möglichkeit bestand, sie an ihren Heimatort zurück zu verweisen.

Die Frist für den Erwerb eines Unterstützungswohnsitzes war identisch mit der Frist für den Verlust. Diese Regelung stellte sich bald als entscheidende Schwachstelle des Unterstützungswohnsitzgesetzes heraus. Bei Ortswechsel konnte eine Person nur dann einen Unterstützungswohnsitz behalten, wenn sie sich direkt und ohne Zeitverlust an den neuen Wohnort begab und dort mindestens zwei Jahre lang blieb.<sup>17</sup> Angesichts der hohen Mobilität in der Industrialisierungsperiode blieb ein derart eingeschränktes Mobilitätsmuster pure Fiktion. Für die hochmobile Fabrikarbeiterschaft blieb der vorübergehende Verlust des Unterstützungswohnsitzes fast unvermeidbar. Zum Risiko wurde das Unterstützungswohnsitzsystem für Personen, die einen neuen Wohnort innerhalb der Zweijahresfrist wieder verließen, weil sie so ihren alten Unterstützungswohnsitz verloren, ohne einen neuen erhalten zu haben. Das System des Unterstützungswohnsitzes benachteiligte insbesondere mobile Industriearbeiter, Wanderarbeiter und landwirtschaftliche Saisonarbeiter. Die armenrechtliche Absicherung der Mobilität wirtschaftlich gesicherter Personen, die allenfalls im Abstand von mehreren Jahren den Wohnort wechselten, wurde allerdings im Vergleich zum Heimatprinzip eher begünstigt.

Es liegen keine statistische Angaben darüber vor, welcher Anteil der Gesamtbevölkerung durch die hohe Mobilität während der Industrialisierung den Unterstützungswohnsitz verlor und somit gegebenenfalls als *landarm* behandelt wurde. Eine von Victor Böhmert 1886 veröffentlichte Untersuchung über das Armenwesen in siebenundsiebzig deutschen Städten ergab, daß dort zwölf Prozent der von der Armenpflege unterstützten Männer und drei Prozent der unterstützten Frauen als Landarme galten. Bei 72 Prozent der unterstützten Männer und 90 Prozent der unterstützten Frauen war der Unter-

---

16 Vgl. die Auflistung der 188 Landarmenverbände des Deutschen Reichs bei Emil Münsterberg, *Das Landarmenwesen*, Leipzig 1890, S. 1-6; vgl. Carl Rocholl, *System des Preussischen Armenpfleregerechts*, Hamm 1864, S. 90-155; zu den Aufgaben der Landarmenverbände vgl. Andreac, *Das Landarmenwesen in der Provinz Hannover*, in: *Sechzig Jahre Hannoversche Provinzialverwaltung*, Hannover 1928, S. 139-149.

17 Vgl. Elvers, 1883, S. 108; vgl. ders., 1882, S. 22.

stützungswohnsitz mit dem Wohnort identisch.<sup>18</sup> Landarme bildeten innerhalb der Armutspopulation nur eine kleine Minderheit, die zeitgenössisch als unterste Schicht der Armutsbevölkerung galt.

Die Einweisung von Armenunterstützungsempfängern mit Landarmenstatus in Landarmenhäuser bildete nur einen Sonderfall der geschlossenen Armenfürsorge. Die Rechtsgrundlage entsprach der Armenhausunterbringung von Ortsarmen.

Die in Preußen im Laufe des 18. Jahrhunderts gegründeten Landarmenhäuser hatten bereits im armenrechtlichen Teil des Allgemeinen Preussischen Landrechts von 1794 (ALR) eine konkret umrissene Funktion. Sie sollten diejenigen Armen aufnehmen, für die weder Privatpersonen, noch Korporationen oder Kommunen aufkamen.<sup>19</sup> Insbesondere sollten die Landarmenhäuser zur Aufnahme von fremden Bettlern dienen, bei denen die Abschiebung über die Grenze nicht ratsam oder aussichtslos erschien.<sup>20</sup> Die Bettler sollten in den Landarmenhäusern, soweit es Gesundheit und Kräfte gestatteten, zu "nützlichen Arbeiten" angehalten werden und so lange in der Anstalt bleiben, bis sichergestellt sei, daß sie für ihren Unterhalt selbst aufkommen konnten.<sup>21</sup>

Im ALR wurde somit, ein halbes Jahrhundert vor dem preussischen Armengesetz von 1842, von der strikten Durchsetzung des Heimatprinzips abgesehen und die Existenz von Landarmen anerkannt, für die sich keine heimatrechtlich zuständige Kommune finden ließ.<sup>22</sup> Ein vorsichtiges Abrücken vom Heimatprinzip läßt sich bereits in einem Edikt Friedrich Wilhelms I. von 1725 nachweisen, in dem inländischen Bettlern befohlen wurde, sich "an den Ort ihrer Heimat, alwo sie gebürtig, oder doch einige Jahre gewohnet und sich sonst genähret gehabt, zurückzugeben".<sup>23</sup> Hier trat bereits neben die

---

18 Vgl. Victor Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden, Dresden 1886, S. 126.

19 ALR, Zweiter Teil, 19. Titel, § 16; vgl. dazu: Königliche Allerhöchste Verordnung, betreffend das in dem vormaligen Kloster Benninghausen im Lipstädter Kreise des Regierungsbezirks Arnberg für die ganze Provinz Westfalen errichtete Landarmen- und Arbeitshaus, d.d. Berlin, den 15<sup>ten</sup> December 1820, GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8054, S. 44-48.

20 ALR, Zweiter Teil, 19. Titel, § 17.

21 ALR, Zweiter Teil, 19. Titel, § 18 und 19.

22 Vgl. E. Loening, Armenwesen, in: G. von Schönberg (Hrsg.), Handbuch der Politischen Oekonomie, Bd. 3.2, Tübingen 1898, S. 407.

23 Wie die Wahren Armen, Versorget und verpfleget, die Muthwilligen Bettler Bestrafet und zur Arbeit angehalten, auch überhaupt keine Bettler gesehen noch geduldet werden sollen. De dato Berlin/ den 21. Junii 1725, § 15.



"Heimat" eine nachgeordnete Unterstützungspflicht für Gemeinden, in denen die Mittellosen einige Jahre ihren Wohnsitz hatten.

In der Regel richtete jeder Landarmenverband für sein Gebiet nur eine oder zwei große Landarmenanstalten ein. In Preußen waren sie durchweg mit den ebenfalls von den Landarmenverbänden betriebenen Korrekptionsanstalten verbunden. Buehl nennt 1903 für Preußen zwanzig Landarmenanstalten mit zusammen 2 840 Insassen.<sup>24</sup>

Die Landarmenverbände sahen in den Landarmenhäusern in erster Linie ein Abschreckungsmittel. Die hannoverische Provinzialverwaltung schrieb 1890, allein die Androhung der Unterbringung in einer Landarmenanstalt wirke disziplinierend, weil sie "die hilfsbedürftigen, nicht selten ihre Hilfsbedürftigkeit übertreibenden Personen zu angestrenzterer Erwerbsthätigkeit anspornt und sie veranlaßt, ihre übertriebenen Ansprüche auf Unterstützung zu ermäßigen oder ganz fallen zu lassen".<sup>25</sup> Der Landarmenverband Pommern berichtete ebenfalls 1890, daß in den Landarmenanstalten Neustettin und Ueckermünde Personen untergebracht waren, "welche irgend eine wohlwollende Rücksichtnahme nicht verdienen". Dies seien in erster Linie Vagabunden, "liederliche Frauenzimmer" und Personen, die durch "Faulheit, Simulation oder Frechheit eine Unterstützung oder Erhöhung derselben erzwingen wollten".<sup>26</sup>

Ein Beamter der Bezirkskommunalverwaltung Kassel berichtete, er habe 1884 die in offener Hauspflege unterstützten Landarmen überprüft und in allen Fällen, in denen er die Hilfsbedürftigkeit bezweifelte, eine Einweisung ins Landarmenhaus Breitenau verfügt. Bei Weigerung der Hilfeempfänger wurde die Unterstützung eingestellt. Auf diese Weise seien innerhalb weniger Jahre 32 landarme Unterstützungsempfänger aus dem Leistungsbezug ausgeschieden.<sup>27</sup>

Die Landarmenunterbringung hatte, wie die geschlossene Armenunterbringung insgesamt, ein Doppelgesicht. Einerseits bekamen die Fürsorgeverbände die wenigen tatsächlich Eingewiesenen in totalen Institutionen vollständig unter ihre Kontrolle, andererseits verloren sie jede Einflußnahme auf diejenigen, die angesichts der angedrohten Anstaltseinweisung auf Fürsorgeleistungen ganz verzichteten.

---

24 Vgl. Adolf Buehl, 1903, S. 21.

25 Vgl. Emil Münsterberg, 1890, S. 19.

26 Vgl. Emil Münsterberg, 1890, S. 17.

27 Vgl. Emil Münsterberg, 1890, S. 48; vgl. die Kontrollberichte des hannoverischen und rheinischen Landarmenverbandes bei Emil Münsterberg, 1890, Anlage 3 u. 3a, S. 143-169.

Da die Zahl der Landarmen in den preußischen Arbeitsanstalten in der Regel sehr viel geringer war als die der Korrigenden, blieben die Landarmenabteilungen ein nur wenig beachtetes Anhängsel der Arbeitsanstalten. Die geforderte Gruppentrennung blieb auf dem Papier stehen, allenfalls nachts fand eine Trennung in verschiedenen Schlafsälen statt. Im Tagesbetrieb der Korrekptions- und Landarmenanstalten waren die Landarmen meist nur durch eine besondere Anstaltskleidung oder durch ein L an der Mütze erkennbar.<sup>28</sup>

Die Aufnahme von Landarmen bildete einen der Hauptkritikpunkte an den Zuständen in den preußischen Arbeitshäusern.<sup>29</sup> Robert von Hippel sah in der Verbindung von Zwangsarbeitsanstalt und freiwilliger Armenanstalt einen unerträglichen Zustand, der nur aus der historischen Entwicklung erklärbar sei.

### Die Zwangsarbeitshausunterbringung durch Verwaltungsentscheidung

Die in Preußen nach einem Ergänzungsgesetz zum Armengesetz von 1842 seit 1855 mögliche armenpolizeiliche Zwangseinweisung Obdachloser, "Arbeitsscheuer" und "säumiger Nährpflichtiger" in eine Arbeitsanstalt fand keinen Eingang in das Unterstützungswohnsitzgesetz von 1871.<sup>30</sup>

Bis zum Erlaß der Reichsfürsorgepflichtverordnung von 1924 bestand auf Reichsebene keine gesetzliche Grundlage für eine Zwangsunterbringung von Armenunterstützungsempfängern. In einzelnen Bundesstaaten existierten jedoch recht unterschiedliche Gesetze und Verordnungen mit deren Hilfe "Arbeitsscheue" auf dem Verwaltungsweg in Arbeitsanstalten zwangseingewiesen werden konnten. Diese polizeilich-administrative Arbeitshausunterbringung zielte vor allem auf Personen, die ihrer Unterhaltungspflicht gegenüber Angehörigen nicht nachkamen.

§ 361 Nr. 5 StGB ermöglichte Haft und anschließende Arbeitshauseinweisung von Spielern, Alkoholikern und Müßiggängern, die sich selbst oder

---

28 Vgl. Lissner, 1888, S. 15.

29 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 246; vgl. Riebeth, 1909, S. 699; vgl. Haußmann, Arbeitshäuser, in: Oskar Karstedt (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, Berlin 1924; vgl. von Falken-Plachecki, 1921, S. 742; gegen eine Trennung von Korrigenden und Landarmen war Otto Mönkemöller, 1908, S. 232.

30 Gesetz zur Ergänzung der Gesetze vom 31. Dezember 1842 über die Verpflichtung zur Armenpflege und die Aufnahme von neu anziehenden Personen. Vom 21. Mai 1855, in: GS, 1855, S. 311-315.

ihre Angehörigen "in einen Zustand geraten ließen, in welchem ... fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß". Eine größere Rolle bei der Bekämpfung von "Müßiggängern" spielte diese Strafbestimmung jedoch nicht. Im Jahre 1900 wurden in ganz Preußen mit Hilfe dieser Strafbestimmung nur 90 Männer und 7 Frauen in Arbeitshäuser eingewiesen. Auch zehn Jahre später waren es in Preußen nur 106 Männer und 7 Frauen.

§ 361 Nr. 7 StGB schließlich erfaßte "arbeitsscheue" Fürsorgeempfänger, die sich beharrlich weigerten, die unbezahlte Fürsorgepflichtarbeit zu leisten. Aufgrund dieser Bestimmung wurden im Jahre 1900 in Preußen jedoch nur sechs Personen und zehn Jahre später nur vierzehn Personen in Arbeitshäuser gesperrt.<sup>31</sup> Fürsorgeempfänger konnten die juristischen Voraussetzungen für eine Verurteilung aufgrund dieser Paragraphen schon allein durch "freiwilliges" Ausscheiden aus dem Unterstützungsbezug kurz vor dem betreffenden Gerichtstermin beseitigen. Erfaßt wurden allenfalls "säumige Nährpflichtige", jedoch diese auch nur dann, wenn ihnen Spiel- oder Alkoholsucht bzw. Müßiggang nachgewiesen werden konnte.

In der Praxis, darüber waren sich Fürsorgeexperten und Juristen einig, versagten diese Strafbestimmungen gegenüber den "Arbeitsscheuen" völlig.<sup>32</sup> Wegen der Schwierigkeiten, mit Hilfe dieser Bestimmungen die strafrechtliche Arbeitshauseinweisung einer Person zu erreichen, unterließen die Fürsorgebehörden solche Strafanzeigen weitgehend, um, wie Hermann Luppe im Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften von 1918 schrieb, "nicht noch durch ständige Freisprechungen und minimale Strafen ihr Ansehen herabzusetzen und zum Mißbrauch der Armenpflege geradezu anzureizen".<sup>33</sup>

Die öffentliche Fürsorge verzichtete notgedrungen auf den umständlichen, zeitraubenden und wenig erfolgversprechenden "indirekten Weg" über die

---

31 Statistik der zum Ressort des Königlich Preussischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse und der Korrigenden, betreffende Jahrgänge; vgl. R. v. Hippel, Verhütung und Bestrafung von Bettel, Landstreicherei und Arbeitsscheu, in: 77. Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft zu Düsseldorf 1904, S. 134-138; vgl. Willy Soltau, Der armenpolizeiliche Arbeitszwang im öffentlichen Armenwesen, Diss. Rostock 1910.

32 GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 10962, S. 204, S. 209-210; vgl. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit am 11. und 12. November 1881 zu Berlin, Berlin 1882, S. 198 f; vgl. v. Frankenberg/ Drechsler, 1911, S. 19.

33 Vgl. H. Luppe, Arbeitsanstalten und Arbeitszwang, in: Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, Jena 1918, Bd. 1, S. 103.

Strafgerichte und setzte auf den "direkten Weg" der Arbeitshauseinweisung durch die Verwaltungsbehörden.<sup>34</sup>

Während bei der strafrechtlichen Arbeitshausunterbringung durch das Reichsstrafgesetzbuch von 1871 eine für das gesamte Deutsche Reich geltende Rechtsgrundlage geschaffen worden war, blieben die Rechtsgrundlagen der polizeilich-administrativen Arbeitshausunterbringung überaus uneinheitlich.<sup>35</sup> Das Königreich Sachsen spielte eine Sonderrolle. Hier war die geschlossene Zwangsunterbringung von Armenunterstützungsempfängern ungewöhnlich weit verbreitet. Auf der Rechtsgrundlage der alten sächsischen Armenordnung von 22. Oktober 1840 waren die Armenpolizeibehörden befugt, "Arbeitsscheue" gegen ihren Willen in den von den Gemeinden und Bezirksverbänden errichteten Anstalten festzuhalten. Erst 1895 wurde in Sachsen die behördliche Zwangsarbeitshausunterbringung auf Personen beschränkt, die für sich selbst oder ihre Angehörigen Armenunterstützung bezogen.<sup>36</sup>

In Oldenburg konnten nach einem Landesgesetz von 1870 "Trunkenbolde", Fürsorgeempfänger (wegen Arbeitsverweigerung oder "schlechtem Betragen") und Frauen, die für uneheliche Kinder Armenfürsorge empfangen und trotzdem erneut schwanger wurden, zwangsweise in die Arbeitsanstalt Vechta eingeliefert werden.<sup>37</sup>

In Württemberg konnten durch ein 1889 verabschiedetes Ausführungsgesetz zum Unterstützungswohnsitzgesetz Personen, die für sich selbst oder für die Ehefrau bzw. Kinder unter vierzehn Jahren Unterstützung bezogen, auf unbestimmte Zeit in Arbeitsanstalten eingewiesen werden.<sup>38</sup> Eine ähnliche Regelung wurde 1890 für Mecklenburg-Schwerin erlassen. Erst nach der Jahrhundertwende folgten Anhalt, Elsaß-Lothringen, Hamburg, Bremen und Lübeck mit vergleichbaren Landesgesetzen. In Bayern und Baden wurden erst

---

34 Vgl. H. Luppe, 1918, S. 103; vgl. A. Quehl, Arbeitszwang für Arbeitsscheue und säumige Nährpflichtige, in: Reichsbote, 3.5.1912.

35 Vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, 1980, S. 246-247; zu den außerpreussischen Regelungen des armenpolizeilichen Arbeitszwangs vgl. Lohse/ Samter, Zwangsmaßregeln gegen Arbeitsscheue und gegen säumige Nährpflichtige, Leipzig 1909, S. 10-16 u. S. 45-58; vgl. Fr. Schlosser, Ausübung der Armenpflege bei Arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen nach dem Gesetz über die Änderung und Ergänzung der Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 23. Juli 1912, Berlin 1913, S. 58-75.

36 Vgl. Fr. Schlosser, 1913, S. 58; vgl. Lohse, 1909, S. 10; vgl. Rumpelt, Arbeitshaus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 1, Jena 1890, S. 667-670.

37 Vgl. Lohse, 1909, S. 49.

38 Ebenda.

1914 gesetzliche Möglichkeiten geschaffen, Fürsorgeempfänger gegen ihren Willen in Arbeitsanstalten unterzubringen.<sup>39</sup>

### *Das preußische "Arbeitsscheuengesetz"*

In Preußen galt ab 1871 der Grundsatz, daß eine zwangsweise Arbeitshausunterbringung nur über eine strafrechtliche Verurteilung zur "Korrekthaus" möglich war. Erst das 1912 geschaffene "Gesetz über die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz" führte in Preußen die mit Einführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes 1871 abgeschaffte Arbeitshausunterbringung durch Verwaltungsentscheidung wieder ein. Das neue Gesetz, kurz "Arbeitsscheuengesetz" genannt, ermöglichte Arbeitshauseinweisung von "säumigen Nährpflichtigen" und "Arbeitsscheuen, welche wegen Müßiggangs, Leichtsinns oder Trunksucht und dergl. der Armenpflege anheimfallen".<sup>40</sup> "Wer selbst oder in der Person seiner Ehefrau oder seiner noch nicht 16 Jahre alten Kinder aus öffentlichen Armenmitteln unterstützt wird, kann gegen seinen Willen auf Antrag des unterstützenden oder des erstattungspflichtigen Armenverbandes durch Beschluß des Kreis- (Stadt-) Ausschusses für die Dauer der Unterstützungsbedürftigkeit in einer öffentlichen Arbeitsanstalt oder in einer staatlich als geeignet anerkannten Privatanstalt untergebracht werden", bestimmte das Arbeitsscheuengesetz.<sup>41</sup> Die Arbeitshauseinweisung gemäß Arbeitsscheuengesetz erfolgte ohne Hinzuziehung von Richtern auf dem Verwaltungsweg.

Das preußische Arbeitsscheuengesetz ging wesentlich auf Initiative des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit zurück.<sup>42</sup> Das Problem der "säumigen Nährpflichtigen" war seit Gründung des Vereins häufiger als irgend ein anderes Thema auf den Jahreskongressen behandelt worden. Bereits

---

39 Für Anhalt, Gesetz vom 27.4.1904; Elsaß-Lothringen, Gesetz vom 8.11.09; Hamburg, Gesetz vom 11.9.07; Bremen, Gesetz vom 21.1.11; Lübeck, Gesetz vom 9.12.11; Bayern, Gesetz vom 21.8.14; Baden, Gesetz vom 8.7.14; vgl. Rumpelt/ Luppe, Arbeitshaus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, Bd. 1, Jena 1923, S. 745.

40 Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz, in: MBlV. 73 (1912), S. 228.

41 Gesetz über die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz. Vom 23. Juli 1912, in: GS, 1912, S. 195.

42 GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 10962, S. 204-207; ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 1293, S. 149; vgl. Rudolf Elvers, 1882, S. 40; vgl. Fr. Schlosser, 1913, S. 2; vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, 1980, S. 247.

auf ihrem zweiten Kongreß im Jahre 1881 forderten die Fürsorgevertreter eine gesetzliche Möglichkeit, zahlungsunwillige Unterhaltspflichtige "ohne vorgängige gerichtliche Prozedur durch eine Verwaltungsprozedur, welche mit den Garantien des Schutzes gegen etwaige Willkür ausgestattet ist, zur Arbeit innerhalb oder außerhalb eines Arbeitshauses anzuhalten".<sup>43</sup> In der Diskussion über die Einführung des verwaltungsrechtlichen Arbeitszwangs in Preußen wurde regelmäßig auf die in der preußischen Armengesetzgebung seit 1855 mögliche und zum Bedauern von Kommunalpolitikern durch das Unterstützungswohnsitzgesetz von 1871 wieder abgeschaffte armenpolizeiliche Arbeitshausunterbringung Bezug genommen.<sup>44</sup>

Der 1912 zunächst dem preußischen Herrenhaus vorgelegte Regierungsentwurf für ein Arbeitsscheuengesetz ging auf einen 1909 von der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses eingebrachten Antrag zurück.<sup>45</sup> In den Debatten des schließlich von beiden Häusern mit großer Mehrheit angenommenen Gesetzes spielten hauptsächlich verfassungsrechtliche Bedenken eine Rolle.<sup>46</sup> Der renommierte Kriminalpolitiker Franz von Liszt, seit 1908 Landtagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei, lehnte das Gesetz ab, weil es auf "schlimmste Weise in die persönliche Freiheit des einzelnen" eingreife.<sup>47</sup> Ein solcher Eingriff sei nur durch ein Strafgesetz möglich, für das der preußische Landtag keine Kompetenz habe. Ähnliche Bedenken äußerten auch die National-Liberalen. Prinzipielle Einwände erhob auch die sozialdemokratische Fraktion. Der Preußische Landtag habe kein Recht, das Gesetz zu verabschieden; der vorgelegte Entwurf sei ein absichtlicher Bruch der

---

43 Vgl. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit am 11. und 12. November 1881 zu Berlin, Berlin 1882, S. 191-206; ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 1293, S. 3; die Resolution wurde 1893 zum wiederholten Male ausdrücklich bekräftigt, vgl. Lohse/ Samter, 1909, S. 3-5; vgl. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der 29. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit am 23. und 24. September 1909 in München, S. 61.

44 GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 10962, S. 211; Hessisches HStA Wiesbaden, Bestand 405, Nr. 2702, S. 62-84; ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 1293, S. 3; vgl. Zwangsmaßregeln gegen Arbeitsscheue, in: Die Post, 2.10.1909.

45 Zur Entstehung des Arbeitsscheuengesetzes vgl. GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 10962, S. 192-230; Nr. 10963, S. 6-150; ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 1320; vgl. Fr. Schlosser, 1913, S. 4-6.

46 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Legislaturperiode, V. Session, 1912/13, S. 2750-2793, S. 6470-6508, S. 6525-6532, S. 6688-6705; vgl. Verhandlungen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, 1. Session, 40. Sitzung, 18.4.1912, Bd. 284, S. 1222 D.

47 Ebenda, S. 6525.

Reichsgesetze. Der Entwurf stärke die Verwaltungsbehörden widerrechtlich auf Kosten der Justiz, das Gesetz sei "reaktionär im wahrsten Sinne des Wortes". Karl Liebknecht bezeichnete die Vorlage im Landtagsplenum als "gesetzgeberischen Vandalismus" und "Ausnahmegesetz gegen die Ärmsten der Armen".<sup>48</sup> Mit den Stimmen des Zentrums, der Freikonservativen und der Konservativen wurde das Arbeitsscheuengesetz schließlich vom preußischen Abgeordnetenhaus angenommen.

Die Zwangsunterbringung des Arbeitsscheuengesetzes war ein reines Verwaltungsverfahren ohne Richter und Verteidiger. Eine Entscheidung konnte allenfalls im Verwaltungsstreitverfahren angefochten werden. Vor der Entscheidung sollten die Betroffenen gewöhnlich angehört werden. Die Unterbringungsbeschlüsse konnten aber auch ohne Wissen der Betroffenen in deren Abwesenheit gefaßt werden. Aus einem Unterbringungsbeschluß des Stadtausschusses Frankfurt vom September 1913 gegen einen in Breitenau inhaftierten "Arbeitsscheuen": "Der Genannte, geb. am 18. April 1870 zu Hannover, hat vor längerer Zeit seine Familie, bestehend aus Frau und 3 Kindern, verlassen und sich seitdem nicht um sie gekümmert. Da die Frau nicht im Stande ist, allein für ihren und ihrer Kinder Unterhalt aufzukommen, muß sie seit vielen Jahren laufend im Wege der öffentlichen Armenpflege unterstützt werden. G. geht schon seit langer Zeit keiner regelmäßigen Arbeit nach, sondern treibt sich bettelnd und vagabundierend in der Welt umher. G. ist zur Zeit unbekannten Aufenthaltes, er hat hier seinen Unterstützungswohnsitz ... Nach dem Ergebnis der mündlichen Verhandlung und der Aktenlage steht fest, daß G. ein arbeitsscheuer Mensch ist, welcher seine aus Frau und drei Kindern bestehende Familie, entgegen seiner Unterhaltungspflicht nicht versorgt, sondern die Versorgung der Armenbehörde überläßt."<sup>49</sup>

Die Haftzeit in einer Arbeitsanstalt durfte in Preußen höchstens ein Jahr betragen, danach mußten die Betroffenen, bevor eine eventuelle erneute Zwangsunterbringung erfolgen konnte, für mindestens drei Monate freigelassen werden.<sup>50</sup> Da alleinstehende Fürsorgeempfänger, die, um der Arbeitshauseinweisung zu entgehen, auf Fürsorgeleistungen verzichteten, auch nach

---

48 Ebenda, S. 2791, S. 6698, S. 6693; vgl. Gegen den armenrechtlichen Arbeitszwang, in: Vorwärts, 28.4.1912, 4. Beilage; vgl. Zwang zur Arbeit, in: Volksblatt für Halle und den Saalkreis, 21.2.1912.

49 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 29; siehe auch Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8048, S. 2.

50 Vgl. Rumpelt/ Luppe, Arbeitshaus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1923, Bd. 1, S. 745.

den Bestimmungen des Arbeitsscheuengesetzes nicht eingesperrt werden konnten bzw. sogar unter Umständen wieder aus der Arbeitsanstalt entlassen werden mußten, spielte das Arbeitsscheuengesetz hauptsächlich gegenüber "säumigen Nährpflichtigen" eine Rolle. Vereinzelt wurden "säumige Nährpflichtige" sogar ins Arbeitshaus eingewiesen, obwohl sie einen Arbeitsplatz nachweisen konnten.<sup>51</sup>

---

51 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8059, S. 9; Nr. 8057, S. 2; Nr. 8082, S. 2; Nr. 9159, S. 8.



# Die Gründung der Anstalt Breitenau

## Der Bezirkskommunalverband Kassel als Träger

Die Planung des Breitenauer Arbeitshauses war unmittelbare Folge der Annexion Kurhessens nach dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866 und der Einführung des preußischen Strafgesetzbuchs bzw. der beabsichtigten Einführung des Unterstützungswohnsitzsystems in der neuen preußischen Provinz Hessen-Nassau.<sup>1</sup> Die Unterhaltung von Korrekptionsanstalten und Landarmenhäusern war in Preußen Aufgabe der Landarmenverbände und damit Angelegenheit provinzieller Selbstverwaltung, d.h. der von den Kreistagen bzw. Stadtverordnetenversammlungen bestimmten Provinziallandtage.<sup>2</sup> In der 1868 gebildeten Provinz Hessen-Nassau bestand eine in Preußen einmalige Besonderheit: auf der Ebene der beiden Regierungsbezirke der Provinz, Kassel und Wiesbaden, wurden Kommunallandtage eingerichtet. Aufgaben, die in anderen preußischen Provinzen von den Provinzialverbänden wahrgenommen wurden, fielen in Hessen-Nassau in den Zuständigkeitsbereich der Bezirkskommunalverbände Wiesbaden und Kassel. Der ansonsten in Preußen geltende Grundsatz, daß der provinzielle Staatsverwaltungsbezirk gebietsmäßig mit dem kommunalen Selbstverwaltungsbezirk der Provinz zusammenfiel, galt in der Provinz Hessen-Nassau nicht.<sup>3</sup> Als Verwaltungsorgan des Bezirkskommunalver-

- 
- 1 Vgl. Thomas Klein, Hessen-Nassau. Von der Annexion zur Integration, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 121 (1985), S. 285.
  - 2 Vgl. Georg-Christoph von Unruh, Die normative Verfassung der kommunalen Selbstverwaltung, in: Jeserich/ Pohl/ Unruh (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, Stuttgart 1984, S. 572.
  - 3 Vgl. Fritz Stier-Somlo, Handbuch des kommunalen Verfassungsrechts in Preußen, 2. Hälfte, Mannheim/ Berlin/ Leipzig <sup>2</sup>1928, S. 609. Zur provinziellen Selbstverwaltung vgl. Heinrich Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1950, S. 588-604. Zur kommunalständischen Verfassung im Regierungsbezirk Kassel vgl. G. A. Grotefend, Handbuch der Provinzial-, Kreis- und Kommunalverwaltung in Hessen-Nassau, Marburg 1878, S. 4-19; vgl. Friedrich Renner, Die Kreis- und Provinzial-Ordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 7. und 8. Juni 1885 und ihre Bedeutung für die Selbstverwaltung des Regierungsbezirks Cassel, Cassel 1886; vgl. Systematische Zusammenstellung der für die Verwaltung des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Cassel geltenden Gesetze, Verordnungen, Reglements und sonstigen Bestimmungen, Cassel 1900, S. VI; vgl. Thomas Klein, Hessen-Nassau, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte, Reihe A: Preußen, Bd. 11, Marburg 1979, S. 288; vgl. Landeswohlfahrtsverband

bandes fungierte der Ständische Verwaltungsausschuß (ab 1895 Landesausschuß), an dessen Spitze der Landesdirektor (ab 1901 Landeshauptmann) als Wahlbeamter stand.

Bei der Annexion Kurhessens hatte der preußische Staat den kurhessischen Staatsschatz beschlagnahmt, der 1867 dem kommunalständischen Verband des neugeschaffenen preußischen Regierungsbezirks Kassel zurückgegeben wurde.<sup>4</sup> Der preußische König bestimmte bei der Rückgabe jedoch den künftigen Bestimmungszweck dieses Vermögens. Außer für Straßenbau, Landesbibliotheken und Landeskrankenanstalten sollte der ehemalige kurhessische Staatsschatz zum Bau bzw. zur Unterhaltung eines Arbeitshauses zur Vollstreckung der *korrek-tionellen Nachhaft* und eines Landarmenhauses verwendet werden.<sup>5</sup> Eine zwin-gende Notwendigkeit, beide Anstalten zusammenzufassen, bestand nicht. Ent-sprechend der Praxis preußischer Provinzen, schufen die Kommunalstände des Regierungsbezirks Kassel 1874 mit der Korrekptions- und Landarmenanstalt Breitenau eine Doppelanstalt, die beide Aufgaben erfüllte.

Es dauerte sieben Jahre bis die Kommunalstände im Regierungsbezirk Kassel die Anweisung des preußischen Königs in die Tat umsetzten. Offensichtlich hatte man in Kassel kein besonderes Interesse an kostspieligen Arbeits- und Armenanstalten. Zunächst mußte sich 1868 ohnehin erst der Kommunallandtag und der ständische Verwaltungsausschuß als dessen Verwaltungsgremium konstituieren.<sup>6</sup> Außerdem bestand aus der Sicht der Kasseler Kommunalstände kein dringender Handlungsbedarf, denn für die strafrechtliche Arbeits-hausunterbringung standen in Ziegenhain und Kassel gegen Bezahlung staat-liche Strafanstalten zur Verfügung. Die geforderte Errichtung eines Land-armenhauses erschien ebenfalls nicht notwendig, weil das Armenrecht des ehemaligen Kurfürstentums Hessen mit dem dort verankerten Heimatprinzip zunächst unangetastet blieb. Erst mit dem Unterstützungswohnsitzgesetz von 1871 wurde im Regierungsbezirk Kassel das dort zuvor unbekannte

---

Hessen (Hrsg.), 150 Jahre Ständehaus. Parlamentarische Tradition in Hessen. Selbstver-waltung im Kommunalverband, Kassel 1986, S. 17.

- 4 Vgl. Thomas Klein, Hessen-Nassau: Vom Oberpräsidialbezirk zur Provinz, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 35 (1985), S. 205; zum kurhessischen Staatsschatz vgl. Heinrich Heffter, 1950, S. 478-480.
- 5 Allerhöchster Erlaß vom 16. September 1867, Betreffend die Überweisung des vormals Kurhessischen Staatsschatzes an den kommunalständischen Verband des Regierungsbezirks Cassel, in: Amtsblatt für den Bezirk der Königlichen Regierung zu Cassel, 1867, S. 808 f.
- 6 Vgl. Georg-Christoph von Unruh, 1984, S. 572; vgl. Achtzig Jahre kommunale Selbstver-waltung im Regierungsbezirk Kassel, Kassel 1949, S. 7 f.

"preußische Institut des Unterstützungswohnsitzes" eingeführt, nach dem zwischen Orts- und Landarmen unterschieden wurde.<sup>7</sup>

In seiner zweiten Sitzungsperiode im Herbst 1869 befaßte sich der Kasseler Kommunallandtag erstmals mit den von der preußischen Zentralverwaltung geforderten Anstalten. Die Abgeordneten nahmen eine Beschlußvorlage des ständischen Verwaltungsausschusses an, der dem Kommunallandtag empfohlen hatte, von der Errichtung einer Arbeitsanstalt Abstand zu nehmen, "weil durch die für den norddeutschen Bund in Aussicht genommene Veränderung der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Strafrechts die gesetzliche Grundlage für das, auch von der Wissenschaft nicht unangefochtene Institut der correctionellen Haft zumindest in Frage gestellt sei".<sup>8</sup> Mit diesem Beschluß hatten die Kommunalstände das Dickicht der bürokratischen Verzögerung des Baus der Arbeits- und Landarmenanstalt verlassen und sich auf das ungeschützte Feld des offenen Widerspruchs begeben, auf dem bei den bestehenden Kräftekonstellationen die vollständige Niederlage unvermeidlich war. Knapp zwei Jahre später, im Mai 1871, mußten die Kommunalstände in Kassel, ohne den oben zitierten Beschluß formal aufgehoben zu haben, klein begeben, nachdem der preußische Staat die Unterbringungsmöglichkeit der Korrigendinnen und Korrigenden in den staatlichen Strafanstalten gekündigt hatte. Der ständische Verwaltungsausschuß beschloß daraufhin, "hinsichtlich der Herstellung einer Landarmen- und einer Correctionsanstalt ... ein Provisorium zu schaffen".<sup>9</sup>

Man schuf in Breitenau ein Provisorium, das bis heute als Anstalt genutzt wird.

## Das Gebäude

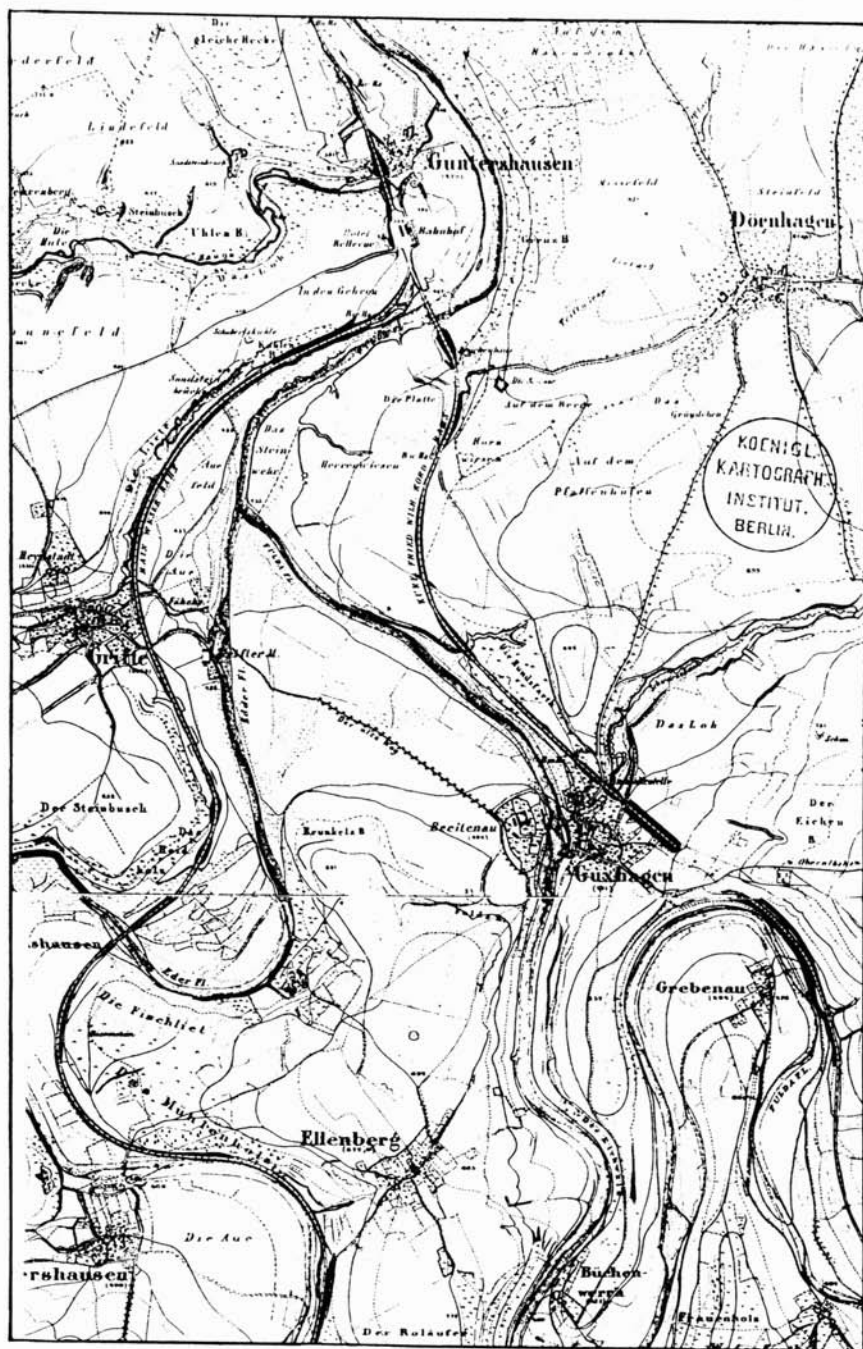
Bei der Suche nach geeigneten Gebäuden - ein Neubau kam aus finanziellen Erwägungen nicht in Frage - stieß die Bezirkskommunalverwaltung schnell auf das leerstehende, 1113 gegründete, ehemalige Benediktinerkloster Breitenau, dessen ummauerter Gebäudekomplex brauchbar erschien. Im Krieg 1870/71 hatte Breitenau für einige Wochen als Kriegsgefangenenlager für 750 französi-

---

7 Die kurhessische Verordnung vom 29.11.1823 wurde durch § 74 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnsitzgesetz aufgehoben, in: GS, 1871, S. 150.

8 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1869, Anlage 16.

9 StA Marburg, Bestand 150, Nr. 303, S. 180.



sche Soldaten gedient und sich somit als Gefangenenerlager bewährt.<sup>10</sup> Ausschlaggebend dürfte letztendlich die außerordentlich günstige Lage Breitenaus am Schnittpunkt der beiden durch Hessen führenden Eisenbahnlinien gewesen sein. Nur vier Kilometer nördlich von Breitenau trafen sich in Guntershausen die über Marburg führende Main-Weser-Bahn und die über Bebra führende Kurfürst-Friedrich-Wilhelm-Nordbahn. Sowohl von Kassel wie von Bebra war Breitenau über die Bahnstation Guxhagen direkt zu erreichen, während aus Richtung Marburg der Bahnhof Guntershausen bzw. die später eröffnete, ebenfalls nur drei Kilometer von der Anstalt entfernte Bahnstation Grifte in Frage kam. Sowohl für die von Kassel aus durchgeführte Dienstaufsicht wie für die Einlieferung der Insassen konnte man außerhalb von Kassel kaum einen verkehrsgünstiger gelegenen Ort finden.<sup>11</sup> Gleichzeitig lagen die Gebäude aber in der breiten Aue zwischen Eder und Fulda faktisch auf einer Halbinsel und waren in den ersten Jahren von Guxhagen und Grifte aus nur über Fähren zu erreichen. Dadurch wurden Fluchten zwar nicht verhindert, aber doch erheblich erschwert. In Sichtweite der Klostergebäude liegt, nur durch die Fulda getrennt, das Dorf Guxhagen. Mit seinen damals etwa eintausend Einwohnern bot es die für Ausbau und Betrieb einer großen Anstalt notwendige Infrastruktur wie Post- und Telegraphenstation, Handwerker und Händler.<sup>12</sup>

Der Einkauf eines alten Gemäuers zur Nutzung als Arbeitsanstalt war nicht ungewöhnlich, da Neubauten von Arbeitshäusern eher eine Ausnahme waren.<sup>13</sup> Nur vereinzelt projektierte man, wie bei der Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts gebauten Berliner Arbeitsanstalt Rummelsburg, vollständig neue Anlagen, meistens nutzte man wie in Kislau und Vaihingen leerstehende Schlösser oder wie in Benninghausen und Hadamar alte Klöster.<sup>14</sup> Auch das berühmteste und mit fast zweitausend Plätzen neben der Berliner Rummelsburg größte Arbeitshaus Deutschlands, das 1809 von Napoleon gegründete Arbeitshaus Brauweiler bei Köln war in einem ehemaligen Benediktinerkloster unter-

---

10 StA Marburg, Bestand 150, Nr. 381, S. 50.

11 Bericht des ständischen Verwaltungs-Ausschusses an den Communalalltag, 1874, Sp. 6.

12 Vgl. Georg Landau, Beschreibung des Kurfürstenthums Hessen, Zweite Ausgabe, Kassel 1867, S. 267.

13 Zur Arbeitshausarchitektur vgl. Theodor von Landauer/ Heinrich Wagner, Sonstige Straf- und Besserungs-Anstalten. Zwangs-Arbeitshäuser, in: Josef Durm (Hrsg.), Handbuch der Architektur, IV, 7. Halbband, Darmstadt 1887, S. 361-379.

14 Vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 2.

gebracht.<sup>15</sup> Die Nutzung alter Schlösser wie im Beispiel des englischen Bridewell oder aufgehobener Klöster wie in Amsterdam blieb über Jahrhunderte Muster der Arbeitshausarchitektur. Die Entwicklung der Gefängnis- und Zuchthausarchitektur im 19. Jahrhundert, mit dem Bau von Anstalten mit Strahlenplan, wie in den Zuchthäusern Bruchsal und Wehlheiden, schlug nicht auf die Arbeitshäuser durch.<sup>16</sup>

Im Mai 1872 beschloß der ständische Verwaltungsausschuß in Kassel, sich mit dem vom Landesdirektor entwickelten Projekt einer Doppelanstalt im ehemaligen Kloster Breitenau einverstanden zu erklären und den Landesdirektor zu ermächtigen, die bereits aufgenommenen Kaufverhandlungen mit dem Regierungspräsidium in Kassel fortzuführen.<sup>17</sup> Für nur achttausend Taler erwarb die Bezirkskommunalverwaltung mit einem auf den 31. Dezember 1872 datierten Kaufvertrag die Gebäude des ehemaligen Benediktinerklosters Breitenau.<sup>18</sup> Der kommunalständische Verband verpflichtete sich im Kaufvertrag ausdrücklich, die in der alten Klosterkirche vorhandenen "Denkmäler und Ornamente" zu erhalten und die sich damals in der alten Zehntscheune des Klosters befindende Kirche der Gemeinden Breitenau, Guxhagen, Büchenwerra und Ellenberg in die Basilika zu verlegen.

Im Sommer 1873 begannen die Umbauarbeiten, für die mit 60 000 Talern ein Vielfaches des Kaufpreises angesetzt werden mußte, weil das Anwesen völlig heruntergekommen war.<sup>19</sup> Kernstück der gekauften Anlage war die romanische Klosterbasilika aus dem 12. Jahrhundert.<sup>20</sup>

---

15 Vgl. Ristelhueber, Historisch-statistische Beschreibung des Land-Arbeitshauses zu Brauweiler, Köln 1828; vgl. von Jarotzky, 1913, S. 12.

16 Vgl. Robert von Hippel, 1928, S. 14.

17 StA Marburg, Bestand 150, Nr. 304, S. 54.

18 Eine Abschrift des Kaufvertrags befindet sich in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 113, S. 29 f.

19 Bericht des ständischen Verwaltungs-Ausschusses über die Verwaltung des Landarmen- und Corrigendenwesens im Regierungsbezirk Cassel in den Jahren 1873 und 1874, in: Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1875, Anlage 37, Sp. 1.

20 Zur Baugeschichte der Basilika bzw. des Klosters Breitenau vgl. Ernst Happel, Romanische Bauwerke in Niederhessen, Cassel 1906, S. 21-31; vgl. Hollstein, Kloster Breitenau!, o.O., o.J.; vgl. Reinhardt Hootz, Kloster Breitenau, Diss. Marburg 1952; ders., Neue Forschungen zur Bau- und Kunstgeschichte des Klosters Breitenau, in: Hessische Heimat 7 (1957/58), H. 6, S. 12-17; vgl. M. Marcard, Kloster Breitenau, in: Heimat-Schollen 10 (1930), S. 29-36; vgl. W. Stock, Die Benedictiner-Klosterkirche zu Breitenau in Hessen, in: Zeitschrift des Architekten- und Ingenieur-Vereins für das Königreich Hannover 4 (1858), Heft 1, S. 117-128; vgl. Ernst Wenzel, Das Kloster Breitenau und seine Pfeilerbasilika, in: Handbuch des Kreises Melsungen für 1928; vgl. Christoph Weber, Aus der

Das Kloster war 1113 von Werner von Grüningen gegründet und seit 1119 von zwölf Hirsauer Mönchen unter Abt Drutwin betrieben worden. Die nach Hirsauer Vorbild gebaute Pfeilerbasilika selbst konnte gegen Ende des 12. Jahrhunderts fertiggestellt werden. Mit der Säkularisation des Klosters gingen im Jahre 1527 Gebäude und Ländereien in den Besitz von Landgraf Philipp dem Großmütigen über. Bereits in den folgenden Jahrzehnten wurden die Seitenschiffe abgebrochen und in die alte Basilika fünf Zwischendecken eingezogen, um sie als Fruchtspeicher und Pferdestall nutzen zu können.<sup>21</sup> Weitere schwere Eingriffe brachten unter Landgraf Moritz dem Gelehrten durchgeführte Umbauten und die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs. Als der kommunalständische Verband 1872 die Gebäude übernahm, waren sie schon dreieinhalb Jahrhunderte nicht mehr als Kloster genutzt.

Im Rahmen von umfangreichen Bauarbeiten, die insgesamt die Zerstörungen der Basilika noch verstärkten, trennte man die Chorräume durch eine massive Mauer ab und brach die vermauerten, Anfang des 16. Jahrhunderts eingebauten, gotischen Spitzbogenfenster wieder auf. Einige Wochen bevor die ersten Korrigenden eingeliefert wurden, konnten die Bürger der umliegenden Gemeinden im August 1874 ihre neue Kirche weihen.<sup>22</sup>

Das Langhaus teilte man durch vier massive Zwischengeschosse, die als Schlaf- und Werkräume für die Korrigenden dienen sollten, so daß sich innerhalb der alten Basilika des Benediktinerklosters nunmehr in ein- und demselben Gebäude gleichzeitig eine Strafanstalt und eine Kirche befanden. Im Westteil zerstörte der Einbau eines Treppenhauses die alte Gebäudegliederung in, wie der Kunsthistoriker Reinhardt Hootz schrieb, "barbarischer Weise".<sup>23</sup> Hootz kommt in seiner 1952 vorgelegten Dissertation über die Klosterbasilika zu dem Ergebnis, daß durch die Errichtung der Anstalt der alten Kirche und den Resten der Klostergebäude insgesamt schlimmster Schaden zugefügt worden sei.<sup>24</sup> Die Zerstörungen setzten sich auch nach Gründung der Anstalt fort.

---

Vergangenheit von Breitenau und Guxhagen, in: Hessischer Gebirgsbote 44 (1938), S. 4-7; vgl. Evangelisches Pfarramt Guxhagen-Breitenau (Hrsg.), Kloster Breitenau, Melsungen o. J. (1987).

21 Vgl. Reinhardt Hootz, 1957/58, S. 13; StA Marburg, Bestand 150, Nr. 381, S. 50; vgl. Ernst Wenzel, 1928.

22 Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1874, Anlage 37, Sp. 4.

23 Reinhardt Hootz, 1957/58, S. 13.

24 Vgl. Reinhardt Hootz, 1952, S. 12; siehe auch "Beschreibung der 1871 noch vorhandenen Baudenkmäler und Ornamente" in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 113, S. 37.



ALTE KÖNIGLICHE RESIDENZ IN BERLIN



Der im Jahre 1900 über dem Hauptportal gebaute Glockenturm zerstörte die Erinnerung an das Hirsauer Vorbild, das zwei getrennte Türme erfordert hätte.<sup>25</sup> Die letzten gotischen Deckengemälde überstrich man schließlich in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts bei einer Renovierung der Kirche. Insgesamt konnte von den Gebäuden nur die Klosterbasilika als künftiges Hauptgebäude für die männlichen Korrigenden und die Zehntscheune für Beamtenwohnungen bzw. Büros genutzt werden. Das Frauenhaus und das Landarmenhaus wurden in den ersten Jahren nach Eröffnung der Anstalt an der Stelle abgerissener baufälliger Gebäude errichtet.

---

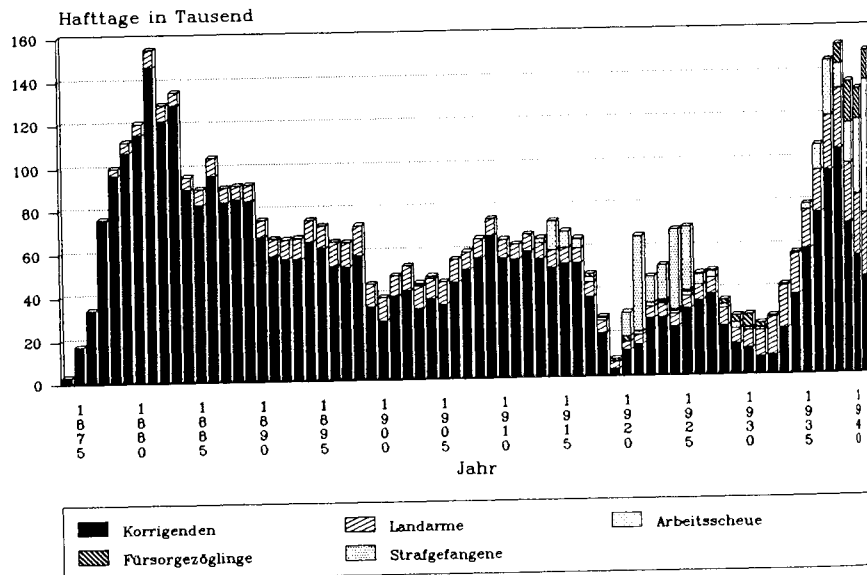
25 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 63, S. 49.

# Die Insassen

Der Kasseler Kommunallandtag hatte Breitenau von Anfang an als Doppelanstalt konzipiert, als Korrektions- und Landarmenanstalt. Innerhalb dieser Doppelnutzung lag insbesondere im Kaiserreich der unübersehbare Schwerpunkt bei der Korrektionsanstalt, d.h. bei der strafrechtlichen Arbeitshausunterbringung. Die auf fürsorgerechtlicher Grundlage untergebrachten Männer und Frauen stellten immer nur eine kleine Minderheit der Insassen. Von 1874 bis 1918 betrafen 88 Prozent der Hafttage der Gesamtanstalt Korrigendinnen und Korrigenden, also die nach einem Gerichtsurteil zur *korrektionalen Nachhaft* Eingewiesenen. Die Landarmen (die anstaltsintern *Pfleglinge* genannt wurden), die ab 1903 vereinzelt untergebrachten Fürsorgezöglinge und die ab 1913 zwangseingewiesenen "Arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen" (anstaltsintern: *Häuslinge*) fielen demgegenüber kaum ins Gewicht.

Schaubild 1

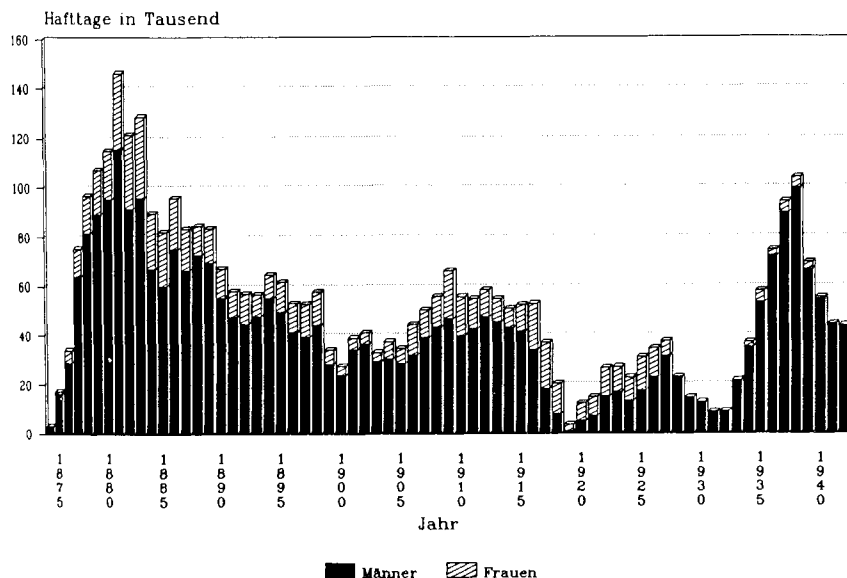
## Anstalt Breitenau Gesamtbelegung 1874-1941 (ohne Schutzhäftlinge)



## Korrigendinnen und Korrigenden

Schaubild 2

### Korrektionsanstalt Breitenau Hafttage 1874–1942



Die Breitenauer Anstalt mußte grundsätzlich sämtliche Korrigendinnen und Korrigenden des Regierungsbezirks Kassel aufnehmen. Außerdem brachte man gegen Bezahlung eines Pflegesatzes jahrzehntelang auch Korrigendinnen und Korrigenden aus den Regierungsbezirken Wiesbaden und Sigmaringen, aus Waldeck-Pyrmont, Schwarzburg-Rudolstadt bzw. nach 1920 aus Thüringen in Breitenau unter. Die größte Gruppe der von außerhalb des Regierungsbezirks Kassel eingelieferten bildeten Korrigenden des Regierungsbezirks Wiesbaden.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Von 1883 bis 1906 brachte der Regierungsbezirk Wiesbaden seine Korrigendinnen und Korrigenden in der zunächst als Arbeitshaus konzipierten späteren Heil- und Pflegeanstalt Hadamar unter. Der starke Rückgang der Breitenauer Korrigendenzahlen im Jahre 1883

In den ersten Jahren nach Gründung der Breitenauer Anstalt wies das Kasseler Regierungspräsidium als Landespolizeibehörde die Korrigendinnen und Korrigenden zunächst auf unbestimmte Dauer nach Breitenau ein. Auf Grundlage eines Vorschlags der Anstaltsleitung wurde dann nach einigen Wochen die endgültige Haftdauer im Rahmen der gesetzlich möglichen Zweijahresfrist festgelegt. Dieses Verfahren konnte das Breitenauer Personal - im Laufe des Jahres 1878 nahm man schon 432 Korrigendinnen und Korrigenden auf - nicht bewältigen. "Zur Vereinfachung des Geschäftsgangs" bestimmte daher das Kasseler Regierungspräsidium ab 1878 die Haftdauer bereits bei der Einweisung.<sup>2</sup> Das Regierungspräsidium Kassel erklärte noch 1884, daß es bei nichtpreußischen Deutschen in der Regel eine vergleichsweise kurze *korrektio-nelle Nachhaft* verhängte, weil die außerpreußischen Staaten Deutschlands gegen Landesfremde überhaupt keine Arbeitshaushaft vollstreckten, sondern die Betroffenen kurzerhand auswiesen.<sup>3</sup> Eine Zirkularverfügung des preußischen Innenministers von 1885 legte schließlich fest, daß bei erstmaliger Einweisung in der Regel sechs Monate Arbeitshaushaft verhängt werden sollten. Bei wiederholter Einweisung konnte dann eine schrittweise Steigerung bis zur Höchststrafe von zwei Jahren erfolgen.<sup>4</sup> "Sechs Monate Arbeitshaus" - wie Ernst Schuchardt bezeichnenderweise seinen 1907 erschienenen Bericht über das Arbeitshaus Groß-Salze betitelte - galten als Standardstrafe für alle erstmals Eingewiesenen.<sup>5</sup> Die tatsächliche Unterbringungszeit dauerte jedoch auch bei den erstmalig Eingewiesenen häufig weit länger. Immerhin die Hälfte der männlichen Korrigenden des Kaiserreichs mußte - hauptsächlich wegen Haftverlängerungen aufgrund schlechter Führung - auch bei erstmaliger Einweisung länger als sechs Monate in Breitenau bleiben. Fünf Prozent der erstmals eingewiesenen Männer mußten sogar die zweijährige Höchststrafe absitzen. Die durchschnittliche Haftdauer betrug fast zehn Monate. Bei erstmals

---

war auf die Überführung von 61 Männern und 17 Frauen nach Hadamar zurückzuführen; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 122, S. 19, S. 55; Hessisches HStA Wiesbaden, Bestand 403, Nr. 1314, Nr. 560, Nr. 488, 23.11.1884.

2 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 27, S. 10.

3 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 27, S. 38.

4 Anweisung über Festsetzung der korrektio-nellen Nachhaft und über das bei der Entlassung der Korrigenden zu beobachtende Verfahren, in: MBliV 46 (1885), S. 239.

5 Vgl. Ernst Schuchardt, 1907; vgl. Düll, Nach welchen Grundsätzen soll die Dauer der korrektio-nellen Nachhaft bemessen werden?, in: Blätter für Gefängniskunde 37 (1903), S. 205-227.

eingewiesenen Frauen betrug die durchschnittliche Haftzeit sogar knapp zwölf Monate. Immerhin fünfzehn Prozent der erstmals in ein Arbeitshaus eingewiesenen Frauen mußten volle zwei Jahre in Breitenau bleiben.<sup>6</sup>

Die durchschnittliche Haftdauer aller nach Breitenau eingewiesenen männlichen Korrigenden, die später regulär entlassen wurden, betrug im Kaiserreich 13,4 Monate und änderte sich im Laufe der Jahrzehnte kaum. Bei Frauen lag die durchschnittliche Haftzeit mit 13,7 Monaten geringfügig höher.

#### Haftdauer der männlichen Korrigenden in Breitenau 1885 bis 1918:

bis 6 Monate	732	25,8 %
7 bis 12 Monate	858	30,3 %
13 bis 18 Monate	576	20,4 %
19 bis 24 Monate	667	23,5 %
nicht ermittelt	1	-

#### Haftdauer der Korrigendinnen in Breitenau 1875 bis 1918:

bis 6 Monate	242	26,3 %
7 bis 12 Monate	253	27,4 %
13 bis 18 Monate	156	17,0 %
19 bis 24 Monate	270	29,3 %
nicht ermittelt	0	-

Länger als zwei Jahre, berechnet ab dem letzten Tag der höchstens sechswöchigen Haftstrafe, durfte kein Korrigend in einem Arbeitshaus festgehalten werden. Über diese Zweijahresfrist hinaus durfte auch keine disziplinarische Haftverlängerung verhängt werden, ja nicht einmal wegen Fluchten versäumte Haftzeiten nachgeholt werden.

---

<sup>6</sup> Auswertung der Aufnahmebücher StA Marburg, Bestand 231; für die Berechnung der Haftdauer wurden alle außergewöhnlichen Entlassungsanlässe wie Tod, Flucht, Ausweisung, Krankenhauseinweisung, Einziehung zur Armee und allgemeine Amnestie nicht berücksichtigt.

Die untere Altersgrenze für eine Arbeitshausunterbringung bildete die bei zwölf Jahren beginnende Strafmündigkeit; ein Höchstalter existierte nicht. Bis 1900 meldeten die Breitenauer Jahresberichte Jahr für Jahr die Einweisung von manchmal nur zwölf, dreizehn oder vierzehnjährigen Kindern. Im Jahre 1881, dem Jahr mit der stärksten Belegung in Breitenau, wurden 22 männliche und 5 weibliche Jugendliche eingeliefert.<sup>7</sup> Im Bewußtsein der Direktion bildeten die eingelieferten Kinder und Jugendlichen ein besonderes Problem. Häufig wurden sie in den Jahresberichten ausführlich einzeln charakterisiert.

Im Jahresbericht 1875 berichtete die Direktion von einem nicht einmal 15 Jahre alten Tischlerlehrling, der wegen Mißhandlungen durch seinen Lehrherrn weggelaufen war und wegen Bettelns oder Landstreichens zu zwei Jahren Arbeitshaushaft verurteilt worden war.<sup>8</sup> Über ein 13jähriges, wegen Prostitution eingewiesenes Mädchen schrieb Direktor Nettelbeck 1878: "Die Verderbtheit dieses Mädchens zu beschreiben, ist fast unmöglich, während meiner langjährigen Dienstzeit ist mir trotz seiner Jugend, ein solch durchtriebenes, schlechtes Subjekt noch nicht vorgekommen ... Sie erklärt mit Frechheit, seit dem 10ten Jahre habe sie schon geschlechtlichen Umgang mit Männern gehabt ... Dieses Mädchen ist nach allen Vorstellungen so schlecht und die Schlechtigkeit so tief eingewurzelt, daß ich behaupte, sie wird nie besser, sondern steter Bewohner der Correctionsanstalten, Gefängnisse und Zuchthäuser sein."<sup>9</sup>

### *Arbeitsbeschränkte*

Ein größeres Problem als die Kinder und Jugendlichen bildeten jedoch die vielen alten, gebrechlichen, arbeitsbeschränkten Korrigenden. Immer wieder lieferten die Regierungspräsidien über siebzigjährige Männer und Frauen nach Breitenau ein.<sup>10</sup> Der älteste nach Breitenau eingelieferte Korrigend war 87 Jahre alt. Männer mit doppelten Leistenbrüchen, Arm- und Beinamputierte, ja sogar Blinde sollten in Breitenau durch Zwangsarbeit gebessert werden.

Das Problem der Arbeitsunfähigen bestand in Breitenau vom ersten Tag an. Unter den am 1. Oktober 1874 Eingelieferten befand sich auch ein 65jähriger,

---

7 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60.

8 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 18.

9 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 75.

10 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 27, S. 164.

todkranker Mann. Um seine Entlassung zu veranlassen, verfaßte der Anstaltsarzt ein Gutachten, das dem Kasseler Regierungspräsidium zugestellt wurde: "Der Corrigend Heinrich B., 65 Jahre alt, ist von sehr decipider Constitution. Er hat das Aussehen eines Mannes zwischen 70 und 80 Jahren. Seine Gestalt klein, mager, seine Bewegung ohne Energie und zitternd. Er ist in höchstem Grade harthörig, leidet an Emphysme der Lunge mit chronischem Bronchialkatarrh und hat einen doppelten Leistenbruch, der durch ein doppeltes Bruchband zurückgehalten werden muß. Es ist nicht anzunehmen, daß B. noch im Stande ist, sich selbst seinen Lebensunterhalt durch Handarbeit zu verdienen."<sup>11</sup>

Obwohl schon fast zwei Drittel der auf neun Monate festgelegten Arbeitshaushaft verbüßt waren, lehnte das Regierungspräsidium die vorzeitige Entlassung des alten Mannes ab, "da aus der vom Arzt bescheinigten Unfähigkeit desselben, sich seinen Lebensunterhalt durch Händearbeit zu erwerben, eine Unmöglichkeit der Vollstreckung einer Korrektionsnachhaft durch Anhaltung zu leichten Arbeiten noch nicht zu folgern ist". Der Korrigend starb einige Wochen später in der Anstalt.

Die Kontroverse zwischen dem Breitenauer Anstaltsarzt und dem Kasseler Regierungspräsidenten berührte ein strukturelles Problem und eine zentrale Streitfrage der Arbeitshausunterbringung. Völlig Arbeitsunfähige, darüber bestand Einigkeit, hatten im Arbeitshaus nichts zu suchen. Aber wie sollte man mit den vielen arbeitsbeschränkten Korrigenden umgehen? Wintzingeroda-Knorr stellte 1885 in seiner oben bereits zitierten Untersuchung fest, daß in den Arbeitshäusern zahlreiche Insassen nicht mehr arbeitsfähig seien. Viele Korrigenden wären in einem Altersheim besser aufgehoben als im Arbeitshaus.<sup>12</sup> Am Beispiel der arbeitsunfähigen und damit in der Logik der Arbeitshauspädagogik auch besserungsunfähigen Korrigenden ließ sich das Besserungspostulat der Arbeitshäuser leicht ad absurdum führen.

Die Anstaltsleitungen hätten die arbeitsbeschränkten Insassen, die in ihren Augen den allgemeinen Arbeitsbetrieb nur behinderten und die wirtschaftliche Effizienz der Anstalten beeinträchtigten, lieber heute als morgen entlassen. Die arbeitsbeschränkten Insassen seien "eine Plage der Arbeitsanstalten", klagte 1888 der Direktor des Arbeitshauses Brauweiler.<sup>13</sup> Den einweisenden Gerichten und Landespolizeibehörden dagegen, für die der Sicherungszweck der Ar-

---

11 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 3970.

12 Vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 9.

13 Vgl. Schellmann, 1888, S. 91.

beitshäuser im Vordergrund stand, genügte es dagegen vollkommen, wenn die arbeitsbeschränkten Insassen hinter Schloß und Riegel saßen und dort notdürftig beschäftigt wurden.

Ein Bundesratsbeschluß von 1889 entschied die Streitfrage - wie nicht anders zu erwarten - im Sinne des Sicherungszwecks. Danach sollte ein Korrigend erst dann wegen Arbeitsunfähigkeit aus einem Arbeitshaus entlassen werden, wenn er selbst leichteste Arbeiten nicht mehr ausführen konnte.<sup>14</sup> Ob der Betreffende noch in der Lage war, auf dem freien Arbeitsmarkt unterzukommen, sollte bei der Entscheidung über eine Arbeitshausunterbringung keine Rolle spielen.

## Männliche Korrigenden

Von 1877 bis 1883 wurden Jahr für Jahr etwa dreihundert im Regierungsbezirk Kassel verhaftete Männer nach Breitenau eingeliefert. Ab 1884 setzte ein drastischer Rückgang der Einweisungen ein. Zehn Jahre später wird letztmals eine Einweisungsziffer von über einhundert Männern pro Jahr verzeichnet. Der überaus dramatische Rückgang der Einweisungen aus dem Regierungsbezirk Kassel nach 1884 wird in Relation zur Bevölkerungsentwicklung noch deutlicher. 1880 kam im Regierungsbezirk Kassel eine Arbeitshauseinweisung auf 1 346 männliche Einwohner. Zwanzig Jahre später betrug das Verhältnis nur noch eine Einweisung auf 6 237 männliche Einwohner.

Bei der Volkszählung des Jahres 1880 zählte man im Regierungsbezirk Kassel 246 320 ortsanwesende Männer im Alter von über fünfzehn Jahren. Der Kasseler Regierungspräsident lieferte im genannten Jahr 296 Männer nach Breitenau ein, d.h. auf 832 über fünfzehnjährige ortsanwesende Männer kam immerhin eine Arbeitshauseinweisung.<sup>15</sup>

---

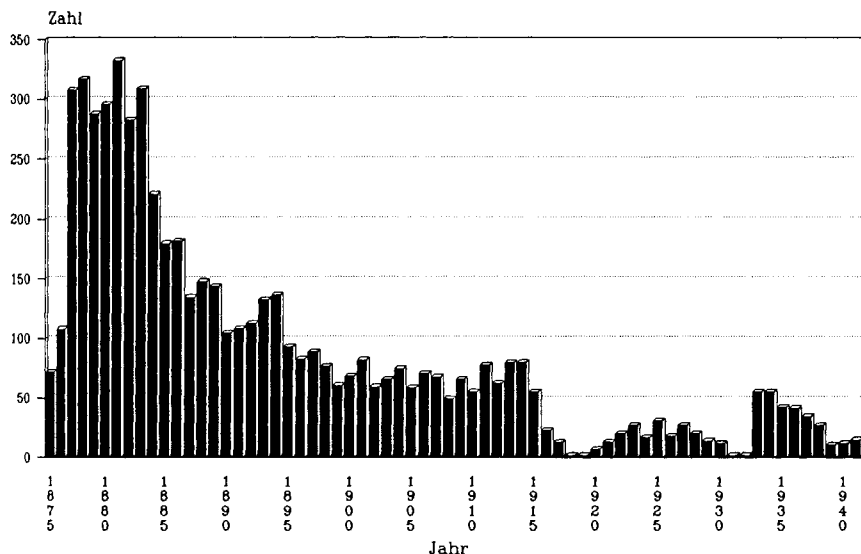
14 Drucksachen zu den Verhandlungen des Bundesraths des Deutschen Reichs, 1889, Bd. 1, Nr. 54; zur Kritik an diesem Bundesratsbeschluß vgl. von Falken, 1922, S. 363.

15 Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 57, S. 16; Bd. 150, S. 220; Bd. 57, S. 121.



Schaubild 3

# Korrektionsanstalt Breitenau Einweisungen von Männern aus dem Regierungsbezirk Kassel 1875–1941



## Einweisungsgründe

Weder die Breitenauer Aufnahmebücher noch die veröffentlichten preußischen Statistiken liefern vor 1896 quantifizierbare Angaben über die individuellen Einweisungsgründe der Korrigenden. Die von 1896 bis 1915 eingewiesenen männlichen Korrigenden verteilen sich laut einer vom preußischen Innenministerium veröffentlichten Statistik auf folgende Einweisungsparagrafen<sup>16</sup>:

<sup>16</sup> Statistik der zum Ressort des Königlich Preussischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse, betreffende Jahrgänge.

#### Männliche Korrigenden 1896-1899, Arbeitshaus Breitenau:

Landstreicherei und Bettelei, § 361 Nr. 3 u. 4	464	97,9 %
Müßiggang, § 361 Nr. 5	6	1,3 %
Arbeitsscheu, § 361 Nr. 7	0	0,0 %
Obdachlosigkeit, § 361 Nr. 8	4	0,8 %

#### Männliche Korrigenden 1896-1899, sämtliche preußischen Arbeitshäuser:

Landstreicherei und Bettelei, § 361 Nr. 3 u. 4	39 218	92,7 %
Müßiggang, § 361 Nr. 5	324	0,8 %
Arbeitsscheu, § 361 Nr. 7	40	0,1 %
Obdachlosigkeit, § 361 Nr. 8	2 729	6,4 %

Männliche Korrigenden kamen vor der Jahrhundertwende fast ausschließlich wegen Bettelei, Landstreicherei oder Obdachlosigkeit in die Arbeitshäuser. Erst nachdem ab 1900 auch Zuhälter zur Arbeitshaushaft verurteilt werden konnten, verschoben sich die Prozentziffern etwas.

#### Männliche Korrigenden 1900-1915, Arbeitshaus Breitenau:

Landstreicherei und Bettelei, § 361 Nr. 3 u. 4	1 475	79,9 %
Müßiggang, § 361 Nr. 5	20	1,1 %
Arbeitsscheu, § 361 Nr. 7	8	0,4 %
Obdachlosigkeit, § 361 Nr. 8	62	3,4 %
Zuhälterei, § 181a	282	15,2 %

#### Männliche Korrigenden 1900-1915, sämtliche preußischen Arbeitshäuser:

Landstreicherei und Bettelei, § 361 Nr. 3 u. 4	92 836	84,4 %
Müßiggang, § 361 Nr. 5	1 654	1,5 %
Arbeitsscheu, § 361 Nr. 7	136	0,1 %
Obdachlosigkeit, § 361 Nr. 8	12 347	11,2 %
Zuhälterei, § 181a	3 153	2,9 %

Die in den folgenden Kapiteln vorgenommene getrennte Darstellung der Korrigenden nach Einweisungsgründen mag etwas künstlich erscheinen, weil innerhalb der Breitenauer Anstalt der Einlieferungsgrund für die Behandlung

der Insassen weitgehend keine Rolle spielte. Mit Ausnahme einiger in einem Zellenbau untergebrachter Zuhälter schliefen und arbeiteten die Insassen gemeinsam. Arbeitshausunterbringung bedeutete einheitliche Zwangsbehandlung ganz unterschiedlicher Menschen. In den nächsten Kapiteln werden die Insassen dennoch nach den in den Aufnahmebüchern genannten Einweisungsgründen differenziert, um deutlich zu machen, daß sehr verschiedene Personengruppen in den Arbeitshäusern weitgehend unterschiedslos zusammengesperrt wurden. Eine undifferenzierte Auswertung der für Männer seit 1885 und für Frauen seit 1875 vorliegenden Sozialdaten der Aufnahmebücher würde gerade diese Unterschiede verwischen. Eine Differenzierung nach konkreten Einweisungsgründen des aus den Breitenauer Aufnahmebüchern gewonnenen Datenmaterials über insgesamt 3 811 Einweisungen männlicher Korrigenden während des Kaiserreichs ist jedoch nur für die Jahre 1902 bis 1918 möglich, weil nur in diesem Zeitraum der jeweilige Einweisungsparagraph vermerkt wurde.<sup>17</sup>

## Wohnungslose Männer

Von den 1 793 zwischen 1902 und 1918 nach Breitenau eingewiesenen männlichen Korrigenden wurden 1 400 (= 78,1 %) wegen Landstreicherei, Bettelei oder Obdachlosigkeit bzw. einer Kombination dieser Vorwürfe eingeliefert.<sup>18</sup>

"Wer als Landstreicher umherzieht", bestimmte das Reichsstrafgesetzbuch von 1871 in § 361 Nr. 3, konnte mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft werden. § 361 Nr. 4 StGB bedrohte Bettelei mit demselben Strafmaß. Bestraft werden konnte, "wer bettelt oder Kinder zum Betteln anleitet oder ausschickt, oder Personen, welche seiner Gewalt und Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, vom Betteln abzuhalten unterläßt".

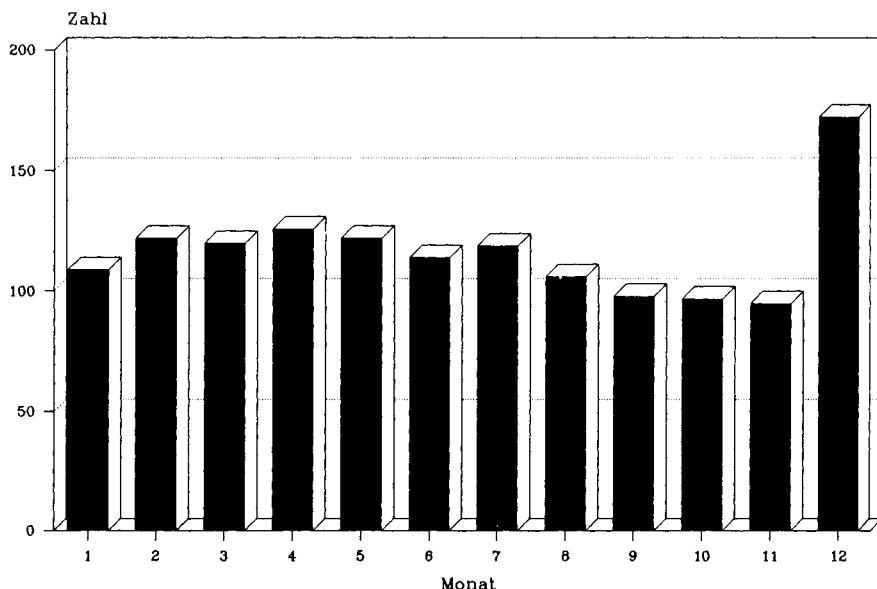
---

17 Nach 1918 ist der Einweisungsgrund eines Korrigenden nur aus der eventuell vorhandenen personenbezogenen Fallakte ersichtlich.

18 Wegen Bettelei, Landstreicherei und Obdachlosigkeit Eingewiesene werden hier zusammen als 'Wohnungslose' dargestellt, die genannten Delikte als 'Betteleidelikte' zusammengefaßt.

#### Schaubild 4

### Korrektionsanstalt Breitenau Einlieferungsmonate von Wohnungslosen



Die Verurteilungsziffern von Bettelei und Landstreicherei hingen stark von Konjunkturlage und Jahreszeit ab. Immerhin zwei Drittel der Verurteilungen fielen auf das Winterhalbjahr.<sup>19</sup> Im Januar verurteilten die Amtsrichter durchschnittlich fast dreimal so viele Menschen wegen Bettelei oder Landstreicherei wie im Juli oder August.<sup>20</sup>

Straffreiheit wegen einer Notlage konnten die Verhafteten nicht reklamieren, da es in Deutschland existenzielle Not eigentlich nicht geben konnte, weil Hilfsbedürftige aufgrund § 28 des Unterstützungswohnsitzgesetzes an jedem

---

19 So von 1884 bis 1888 im Großherzogtum Hessen, vgl. Hans Bennecke, 1890, S. 376; vgl. W. Bloch, Bettel. Kriminalität, in: Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff. Fünfter Band. Die Krisis auf dem Arbeitsmarkte, Leipzig 1903, S. 274.

20 Vgl. Victor Böhmert, Sächsische Bettler- und Vagabunden-Statistik von 1880 bis 1887, in: Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Bureaus 34 (1888), S. 17.

Ort Armenfürsorge beantragen konnte.<sup>21</sup> Strafrechtliche Bettlerverfolgung wurde immer unter der Prämisse eines angeblich funktionierenden Fürsorgesystems gesehen. Daß insbesondere kleinere Gemeinden Fürsorgeleistungen für Wohnungslose rundweg ablehnten, stand auf einem anderen Blatt.<sup>22</sup>

Die über das Jahr unterschiedlich verteilten Verurteilungsziffern wegen Bettelei und Landstreicherei schlagen sich auch in einer ungleichen Verteilung der Einlieferungen nach Breitenau nieder. Da die der Arbeitshaushaft vorausgehende Haftstrafe zwischen einem Tag und sechs Wochen betragen konnte, spiegelt die Verteilung der Einweisungsmonate den Zeitpunkt der Verhaftung nur stark abgeflacht wider. Deutlich bleibt dennoch, daß in den Erntemonaten die geringsten Einweisungen von Wohnungslosen nach Breitenau erfolgten, während der Beginn des Winters im Dezember die weitaus meisten Einlieferungen brachte. Von den 144 wohnungslosen Männern, die als Beruf Tagelöhner angaben, wurden immerhin 25 im Dezember eingeliefert. Im Erntemonat Oktober wurden dagegen nur 9 Tagelöhner eingeliefert.

Verhaftet wurden Wohnungslose in der Regel, weil sie der Polizei direkt in die Arme liefen, seltener nach Denunziationen aus der Bevölkerung.<sup>23</sup> Nach einer Nacht in Polizeigewahrsam führte man sie zum Verhör. Aufgrund landespolizeilicher Bestimmungen in Verbindung mit § 453 Strafprozeßordnung konnten Haftstrafen bis zu 14 Tagen in Preußen, Sachsen, Württemberg, Baden, Mecklenburg, Braunschweig, Hamburg, Lübeck und Bremen direkt von den Polizeibehörden per polizeilicher Strafverfügung verhängt werden. Verurteilungen zur Arbeitshaushaft waren in diesem verkürzten Verfahren allerdings ausgeschlossen.<sup>24</sup> Nur eine Minderheit der Verhafteten wurde - meist truppweise - vor die Strafrichter der Amtsgerichte geführt. Die Praxis war recht unterschiedlich. In Sachsen gelangten in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts etwa 40 Prozent der wegen Bettelei oder Landstreicherei Beschuldigten vor den Amtsrichter, in Baden dagegen nur sechs bis sieben Prozent.<sup>25</sup> Gaben die Beschuldigten vor dem Strafrichter die Tat zu, konnten sie gemäß

---

21 Vgl. K. Mörchen, Die Wanderarmen und der § 28 U.W.G., in: Die Verteilung der Armenlasten, Leipzig 1902, S. 97-126.

22 Vgl. O. Märker, Vagabundennoth, Arbeiterkolonien und Verpflegungsstationen, Heilbronn 1887, S. 4-6.

23 Vgl. Proletarierleben, in: Vorwärts, Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands, Nr. 84 vom 20. Juli 1877.

24 Vgl. Die Einrichtungen zur Bekämpfung des Vagantenthums in Württemberg, in: Blätter für das Armenwesen 35 (1882), S. 172.

25 Vgl. Victor Böhmert, 1888, S. 16; vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 49.

§ 211 Strafprozeßordnung auch ohne Einholung der Vorstrafenregister verurteilt werden. Da auch in diesem Fall die gefürchtete Arbeitshausunterbringung nicht verhängt werden durfte, beeilten sich erfahrene "Kunden", die vorgeworfenen Betteleidelikte schleunigst zuzugeben. Das Verfahren dauerte dann oft nicht einmal eine Minute. In größeren Amtsgerichten lagen die notwendigen Protokolle und Urteile bereits gedruckt vor, die Richter unterzeichneten lediglich die Urteile.<sup>26</sup>

Bettelei und Landstreicherei waren Übertretungen, die zwar wie Verbrechen und Vergehen im individuellen Vorstrafenregister vermerkt, jedoch von der Reichskriminalstatistik nicht erfaßt wurden.<sup>27</sup> Die Reichskriminalstatistik weist weder die Verurteilungen gemäß § 361 StGB noch die Arbeitshauseinweisungen gemäß § 362 StGB aus. Für Preußen existiert lediglich von 1895 bis 1915 eine bereits wiederholt zitierte Arbeitshausstatistik. Ebenfalls für Preußen ist durch die von W. Starke 1884 veröffentlichte Zusammenstellung der "Verbrechen und Verbrecher in Preußen 1854-1878" die Zahl der wegen Bettelei, Landstreicherei und Arbeitsscheu eingeleiteten Untersuchungen be-

---

26 Dies berichtet der Amtsrichter E. Dosenheimer, Vorschläge zur Bekämpfung des Bettels und der Landstreicherei, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 5 (1908/09), S. 658; vgl. Carl Haslind, Die Landstreicherei und ihre Bekämpfung, Diss. Greifswald 1918, S. 24 f; vgl. Hans Bennecke, 1890, S. 378; vgl. Schellmann, 1888, S. 80; vgl. Hugo Grobleben, 1907, S. 278; einen Prozeß wegen Bettelei schildert Hans Ostwald, Vagabunden, Frankfurt/M./ New York 1980, S. 198-208; vgl. die Schilderung von Massenverurteilungen im Schnellverfahren in Berlin: Das Gericht der Verlorenen, in: Vorwärts, Nr. 97, 27.2.1924.

27 GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8053, S. 4; an Regionalstatistiken liegen vor für Sachsen: Victor Böhmert, 1888; für das Großherzogtum Hessen: Hans Bennecke, 1890; für Bayern: Ferdinand Knoblauch, Bettel und Landstreicherei im Königreich Bayern von 1893-1899. Eine kriminalstatistische Studie nach amtlichem Material bearbeitet, München 1910; entgegen dem Titel liefert Knoblauch nur undifferenziertes Zahlenmaterial über sämtliche Übertretungen des § 361 StGB; die für einzelne Länder aufgestellten Statistiken über Bestrafungen wegen Bettelei und Landstreicherei sind mit größter Vorsicht zu betrachten, weil in ihnen die in einigen Ländern möglichen Aburteilungen durch polizeiliche Strafverfügung gemäß § 453 StPO nicht immer erfaßt sind; vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 41, S. 278; ausgezeichnet und ungewöhnlich detailliert dagegen die sächsische Bettler- und Vagabundenstatistik von 1880 bis 1887 bei Victor Böhmert, 1888, S. 14-27; vgl. dazu insbesondere W. Bloch, 1903, S. 265-280; für Österreich vgl. Hugo Herz, Die Vagabundage in Österreich in ihren Beziehungen zur Volkswirtschaft und zum Verbrechertume, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 14 (1905), S. 571-626; siehe auch ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 1315, S. 3; zur Kriminalstatistik im 19. Jahrhundert vgl. Helmut Graff, Die deutsche Kriminalstatistik. Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1975; vgl. Herbert Reinke, Kriminalität als "zweite" Wirklichkeit von Tätigkeitsnachweisen der Justizverwaltung: Bemerkungen zu Kriminalstatistiken des 19. Jahrhunderts als Materialien einer historisch orientierten Kriminologie, in: Kriminologisches Journal, 2. Beiheft 1987, S. 176-184.

kannt, wobei das Jahr 1865 mit 11 640 Fällen die niedrigste und das Jahr 1856 mit 20 414 Fällen die höchste Ziffer aufwies.<sup>28</sup> Für das gesamte Deutsche Reich liegt lediglich für die Jahre 1877 bis 1884 eine auf Anordnung Bismarcks vom Reichsamt des Innern nach Angaben der Bundesstaaten zusammengestellte Statistik vor.<sup>29</sup> Bestrafungen wegen Bettellei und Landstreicherei im Deutschen Reich<sup>30</sup>:

	Bestrafungen § 361 Nr. 3 u. 4	davon mit Einweisung ins Arbeitshaus
1877	219 514	15 575
1878	280 518	17 678
1879	316 846	21 229
1880	320 548	21 269
1881	319 259	23 379
1882	278 040	24 482
1883	242 473	23 752
1884	203 478	21 259

Nehmen wir das Jahr 1880 als herausragendes Beispiel. In jenem Jahr verhängten die Richter 320 548 Bestrafungen wegen Bettellei oder Landstreicherei. Bei einer ortsanwesenden Bevölkerung von 45 234 061 Menschen kamen im genannten Jahr auf je 10 000 Einwohner 70,9 Verurteilungen. Im Durchschnitt der Jahre 1877 bis 1884 betrug die Quote 60,3 Verurteilungen auf 10 000 Einwohner. Die ungeheure Dimension der Bettelidelikte wird auch deutlich in der Relation zu anderen Delikten. Im Jahre 1882 kamen an den deutschen Amts- und Landgerichten insgesamt 2 011 997 Strafsachen durch Urteil oder Strafbefehl zum Abschluß, sämtliche Forst- und Feldrügésachen, Übertretungen, Ver-

28 Vgl. W. Starke, Verbrechen und Verbrecher in Preußen 1854-1878, Berlin 1884, S. 115.

29 Vgl. Hans Bennecke, 1890, S. 373; vgl. Statistik der Bestrafungen der Bettler und Landstreicher im Grossherzogthum Hessen in den Jahren 1877-1884, in: Mittheilungen der Grossherzoglich Hessischen Centralstelle für Landesstatistik, Nr. 352, 1886, S. 17-24; GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8050, Nr. 8051; ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 1314, S. 10, S. 45, S. 166; vgl. E. Hirschberg, Die Arbeitsscheu und ihre Statistik, in: Soziale Praxis 5 (1895), Sp. 34-38; für die Jahre 1885 bis 1887 siehe GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8052, S. 8-12; ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 1315, S. 27.

30 ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 1314, S. 207. Die aufgeführte Zahlenreihe enthält aus einigen kleinen Bundesstaaten sowohl gerichtliche wie polizeiliche Bestrafungen. Die Ziffern der tatsächlichen gerichtlichen Bestrafungen liegen daher etwas niedriger.

gehen und Verbrechen zusammengenommen.<sup>31</sup> In diesem Jahr betrug die Zahl der Übertretungen wegen Bettelei und Landstreicherei 278 040 Fälle. Bettelidelikte bildeten in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts den häufigsten Anklagegrund. Mit den Übertretungsdelikten Bettelei, Landstreicherei und Obdachlosigkeit stand die Armut unmittelbar vor Gericht. Von insgesamt 29 819 von der Berliner Polizei im Jahre 1880 verhafteten bzw. in Polizeigewahrsam genommenen Männern waren nicht weniger als 14 644 wegen Bettelei und weitere 8 558 wegen Obdachlosigkeit sistiert worden.<sup>32</sup> Noch 1909 stellte der Kieler Oberstaatsanwalt fest, daß insbesondere in den kleinen Amtsgerichtsgefängnissen die meisten Gefangenen Bettler und Landstreicher waren.<sup>33</sup> Bettelei, Landstreicherei und Obdachlosigkeit waren Massendelikte, die eindrucksvoll die Not im Kaiserreich dokumentieren.

Obdachlosigkeit war in § 361 Nr. 8 StGB ebenfalls mit Haft bis zu sechs Wochen bedroht. Bestraft werden konnte, "wer nach Verlust seines bisherigen Unterkommens binnen der ihm von der zuständigen Behörde bestimmten Frist sich kein anderweitiges Unterkommen verschafft hat und auch nicht nachweisen kann, daß er solches der von ihm angewandten Bemühungen ungeachtet nicht vermocht hat". Die "polizeiliche Unterkommensauflage" wurde vor allem in größeren Städten, insbesondere Berlin, eingesetzt und diente dazu, wohnungslose Menschen aus der Stadt zu vertreiben. Einer Verurteilung konnten Betroffene, die in der jeweiligen Stadt bleiben wollten, allenfalls dadurch entgehen, daß sie sich ihre erfolglose Wohnungssuche von Wohnungsvermittlern schriftlich bestätigen ließen.<sup>34</sup> Die oben zitierte Reichsstatistik weist für den Zeitraum 1877 bis 1884 im Jahr 1882 mit immerhin 17 572 Verurteilungen wegen Obdachlosigkeit die höchste Ziffer auf.

Wegen Bettelei, Landstreicherei und Obdachlosigkeit Inhaftierte stellten von der Gründung bis zur Aufhebung des Arbeitshauses Breitenau die überwiegende Mehrheit der männlichen Korrigenden. Im 19. Jahrhundert wurde ein männlicher Insasse nur ganz selten mit einer anderen Begründung nach Breitenau zwangseingeliefert.

---

31 Vgl. Kriminalstatistik für das Jahr 1882, in: Statistik des Deutschen Reichs, NF Bd. 8, S. 7.

32 Verwaltungs-Bericht des Königlichen Polizei-Präsidiums von Berlin für die Jahre 1871-1880, Berlin 1882, S. 472-485.

33 GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8053, S. 43-44.

34 Zur Kritik vgl. Robert von Hippel, 1904, S. 135; vgl. Friedrich von Bodelschwingh, 1907, S. 4; zur Polizeipraxis vgl. Richtlinien der Berliner Kriminalpolizei bzgl. § 361 Nr. 8 StGB, GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8053, S. 159 f; Hessisches HStA Wiesbaden, Bestand 407, Nr. 287, S. 50; Nr. 292, S. 18; vgl. E. K. Werber, Asozialenbehandlung bei der Polizei, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 2 (1926/27), S. 291.



Hinsichtlich der formalen Haftgründe erscheinen die männlichen Breitenauer Korrigenden als recht homogene Population. Es wäre allerdings abwegig daraus abzuleiten, die Breitenauer Arbeitshausgefangenen hätten sich aus einer festumrissenen auch außerhalb der Anstaltsmauern definierbaren sozialen Gruppe rekrutiert. Den Menschen, auf die die Strafverfolgungsbehörden mit dem Vorwurf Bettelei, Landstreicherei oder Obdachlosigkeit zutrifften, war nur gemeinsam, daß sie wohnungs- und mittellos auf den Straßen lebten. Darüber hinaus kann kein fester sozialer Zusammenhang und insbesondere kein Gruppenbewußtsein festgestellt werden. Nicht zuletzt deswegen waren Wohnungslose kaum in der Lage, ihre Interessen organisiert zu vertreten. Die ohnehin seltenen Versuche, Wohnungslose in die organisierte Arbeiterbewegung einzubinden, scheiterten durchweg. Eine Ausnahme bildete allenfalls die Ende der Weimarer Republik von einigen Sozialrevolutionären, meist verarmten Intellektuellen und Künstlern, gegründete "Bruderschaft der Vagabunden".<sup>35</sup> Die immer wieder vertretene Ansicht, es hätte einmal eine "geschlossene Landstreicherkultur" mit eigener "Kundensprache", eigenen Liedern, Bettlerzinken und geheimen Wegen gegeben, gehört ins Reich der Sozialromantik und verallgemeinert Beobachtungen, die - wenn überhaupt - allenfalls bei kleinen Teilpopulationen gemacht werden konnten.<sup>36</sup> Subkulturelle Zusammenhänge lassen sich bestenfalls, zeitlich und regional eng abgegrenzt, bei regelmäßig wiederkehrenden Ernteeinsätzen etwa beim Spalter Hopfenzupfen oder bei der Getreideernte auf Fehmarn und im Dithmarschen nachweisen.<sup>37</sup>

Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein führte Arbeitslosigkeit häufig unmittelbar oder mit geringer zeitlicher Verzögerung auch zu Obdachlosigkeit. Arbeitslose, die als Wanderarbeiter ihr Glück versuchten, dürften das Hauptkontingent der wohnungslosen Bevölkerung gestellt haben. Dazu kamen landwirtschaftliche Saisonarbeiter, die außerhalb der Saison vom Betteln leben mußten, unterbeschäftigte Tagelöhner und Haftentlassene.<sup>38</sup> Auf den Straßen sammelten sich schließlich Kriegs-, Arbeits- und Altersinvaliden, außerdem viele Menschen

---

35 Vgl. Klaus Trappmann (Hrsg.), 1980; vgl. Künstlerhaus Bethanien, 1982.

36 Vgl. Angelika Kopečný, 1980; vgl. Alexander Lipping/ Björn Grabendorff, Lieder der Landstraße, Frankfurt/M. 1984, S. 13 f.

37 Vgl. Jürgen Scheffler, "Dampfdöcher", "Dagglöhner" und "Monarchen". Technischer Wandel, Arbeitsmarkt und Arbeiterschaft in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins 1870-1914, in: Rainer Paetau/ Holger Rüdel, Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 206-212; vgl. Hans Horn, Die Kriminalität der Hopfenzupfer von Spalt, Diss. Heidelberg 1924.

38 Vgl. Jürgen Scheffler, "Dampfdöcher", "Dagglöhner" und "Monarchen", 1987, S. 179-215.

mit Geisteskrankheiten und psychischen Störungen, die unversorgt auf den Straßen dahinvegetierten. Freiwillige Aussteiger aus der bürgerlichen Gesellschaft dürften den geringsten Prozentsatz der Wohnungslosen gestellt haben. Auf den Straßen und in den Nachtasylen der Städte sammelte sich das Elend. Es waren eher Hinausgeworfene als Aussteiger.<sup>39</sup>

Auf dieses bunte Sammelsurium von Marginalen griffen die staatlichen Verfolgungsbehörden mit dem stereotypen Vorwurf "Bettler" oder "Landstreicher" zu. Keine andere Bestimmung des Strafgesetzbuchs kriminalisierte so unmittelbar materielle Armut. Wohnungslose gerieten schon allein aufgrund ihrer sozialen Lage in die Mühlen der Justiz. Was überhaupt unter strafbarem Betteln oder unter strafbarer Landstreicherei verstanden wurde, ob beispielsweise die Postkarten- und Schnürsenkelverkäufer als Bettler oder ob arbeitslose Wanderarbeiter bzw. wandernde Handwerksburschen als Landstreicher anzusehen seien, darüber schwieg sich das Gesetz aus.<sup>40</sup> Wie wollte ein Tagelöhner oder landwirtschaftlicher Wanderarbeiter den Nachweis bringen, daß er nicht als Landstreicher umherzog?

Die Zahl der Wohnungslosen im Kaiserreich blieb umstritten. Bei Volkszählungen wurden sie nicht erfaßt. Konkretes Zahlenmaterial bietet allenfalls die gut dokumentierte Inanspruchnahme von Fürsorgeeinrichtungen und die erstaunlicherweise sehr viel schlechter belegte Delinquenz der Wohnungslosen.<sup>41</sup> Die zeitgenössischen Angaben über Wohnungslosenzahlen beruhen durchweg auf groben, wenig belegten Schätzungen, bei denen in der Regel aus regionalem Zahlenmaterial über unterstützte Personen, Übernachtungen oder Verhaftungen die tatsächliche Wohnungslosenzahl einer Region geschätzt und die so ermittelte Ziffer dann auf das gesamte Reichsgebiet hochgerechnet wurde.<sup>42</sup>

---

39 Vgl. Hans R. Fischer, 1887; vgl. Peter Bonn, Aus dem Nachtasyl. Wahrheitsgetreue Geschichten aus den Leben der Obdachlosen und Gescheiterten, Leipzig 1912; vgl. Paul Grulich, Dämon Berlin. Aufzeichnungen eines Obdachlosen, Berlin 1907.

40 Vgl. E. Sichart, 1893, S. 2; vgl. M. Bertsch, Über Landstreicherei und Bettel. Reichsstrafgesetzbuch § 361 Nr. 3 und 4, Diss. Tübingen 1893, S. 27-69; vgl. Max Josef Erbig, Die strafrechtliche Bekämpfung des Bettels, Diss. Würzburg 1920, S. 13-59; vgl. Richard Korrell, Dogmatisches über den Begriff der Landstreicherei und ihrer Bestrafung, Diss. Heidelberg 1912; vgl. Josef Forck, Das Betteln unter Drohungen nach Tatbestand und Rechtsfolgen, Diss. Rostock 1919, S. 8-20; vgl. Carl Haslind, 1918, S. 21; vgl. Karl-Heinz Osang, Der Begriff der Landstreicherei, Diss. Hamburg 1933, S. 11-38; das formaljuristische Verfahren bei der Aburteilung beschreibt detailliert P. Stelling, Über das Umherziehen als Landstreicher, Hamburg 1891.

41 Vgl. die Berechnungen von Wolfgang John, 1988, S. 264.

42 Vgl. O. Märker, 1887, S. 9; vgl. Otto Krause, Arbeitslosigkeit, Bettelei und Wanderverpflügung, Leipzig 1893, S. 17.

In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde häufig eine Größenordnung von zweihunderttausend "Wanderern" genannt.<sup>43</sup> Im öffentlichen Bewußtsein existierte neben der "socialen Frage" auch die lebhaft debattierte "Vagabonden-Frage" als sozialpolitisches Problem erster Ordnung.<sup>44</sup>

Es ist schwer abzuschätzen, wie groß die Gefahr für Wohnungslose war, in eine Arbeitsanstalt eingeliefert zu werden. Friedrich von Bodelschwingh vermutete 1904, daß pro Jahr durchschnittlich einer von zehn Wohnungslosen ins Arbeitshaus kam.<sup>45</sup> Bei einer durchschnittlichen Haftdauer von über einem Jahr hätte dies bedeutet, daß mindestens zehn Prozent der wohnungslosen Bevölkerung in Arbeitshäusern gefangengehalten wurde.

Wichtiger als die tatsächliche Inhaftierungsquote erscheint die große Rechtsunsicherheit. Wohnungslose Menschen lebten faktisch illegal. Jedes Auftauchen eines Polizisten konnte zur Festnahme führen, und das Ergebnis der eventuellen Gerichtsverhandlung blieb völlig unkalkulierbar. Jede Vorführung eines Wohnungslosen vor ein Strafgericht konnte im Arbeitshaus enden. Ob ein wegen Bettelei oder Landstreicherei Angeklagter mit einigen Tagen Haft davontkam oder ob zusätzlich eine "Überweisung" ins Arbeitshaus ausgesprochen wurde, lag völlig im Ermessen des Gerichts. Unter Umständen konnte ein Wohnungsloser viele Jahre auf der Straße leben, ohne ins Arbeitshaus zu kommen. Manchmal erhielt ein Wohnungsloser mehrere Dutzend kurze Haftstrafen wegen Bettelidelikten, bis er zum ersten Mal ins Arbeitshaus geschickt wurde, in anderen Fällen geschah dies schon bei der zweiten oder dritten Verurteilung. Eine 1911 im hannoverischen Arbeitshaus Moringen bei 209 Korrigenden durchgeführte Analyse der Vorstrafenlisten ergab durchschnittlich 5,7 einschlägige Vorstrafen (bei einer Spannweite von 1 bis 23) vor

---

43 Vgl. Rudolf Elvers, 1882, S. 7; vgl. Fr. von Bodelschwingh, Die Ackerbau-Kolonie "Wilhelmsdorf" nach ihren bisherigen Erfahrungen, Bielefeld 1883, S. 10; vgl. Huzel, Das System der communalen Naturalverpflegung armer Reisender zur Bekämpfung der Wanderbettelei, Stuttgart 1883, S. 3; vgl. Otto Krause, Wie viel giebt es Vagabunden? Eine Studie erzgebirgischer Bettler-Verhältnisse, Annaberg 1885; Wolfgang John errechnete allerdings weit höhere Größenordnungen, vgl. Wolfgang John, 1988, S. 288.

44 Vgl. die Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus vom 28.11.1882 bzw. 4.12.1882; Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 15. Legislaturperiode, I. Bd., S. 165-175 u. S. 235-254.

45 Vgl. die Rede von Friedrich von Bodelschwingh über die Fürsorge für arbeitssuchende Wanderer im Preußischen Abgeordnetenhaus am 17. Juni 1904, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 20. Legislaturperiode, I. Session 1904/05, S. 6061.

der ersten Arbeitshauseinweisung.<sup>46</sup> Die zeitgenössische Fachliteratur berichtete von Einzelfällen, in denen Wohnungslose erst nach über einhundert Vorstrafen wegen Bettellei in ein Arbeitshaus gesperrt wurden.

In Breitenau kamen die meisten der von 1902 bis 1918 eingewiesenen Wohnungslosen bereits zum wiederholten Mal in ein Arbeitshaus. Nur knapp 35 Prozent der Eingelieferten waren erstmalig Eingewiesene.<sup>47</sup>

erste Einweisung	440	34,9 %
zweite Einweisung	266	21,1 %
dritte Einweisung	147	11,7 %
vierte Einweisung	113	9,0 %
fünfte Einweisung	77	6,1 %
sechste Einweisung	56	4,4 %
siebte Einweisung	44	3,5 %
achte Einweisung	36	2,9 %
neunte Einweisung	31	2,5 %
zehn und mehr Einweisungen	51	4,0 %
nicht ermittelt	140	-

Die hohe Quote wiederholt Eingelieferter zeigt, daß die insgesamt recht heterogene Wohnungslosenpopulation einen harten, vollständig deklassierten Kern hatte. Immerhin 17,3 Prozent der in Breitenau eingesperrten männlichen Wohnungslosen war bereits mehr als fünfmal in einem Arbeitshaus.

Der jüngste Korrigend des hier untersuchten Samples der Jahre 1902 bis 1918 war gerade 16 Jahre alt, der älteste immerhin 76 Jahre. Das Durchschnittsalter betrug fast 43 Jahre, die stärkste Altersklasse stellten die 40- bis 50jährigen. Arbeitshauseinweisung wegen Bettelidelikten traf ver-

---

46 Vgl. v. Frankenberg/ Drechsler, 1911, S. 67; vgl. Düll, 1903, S. 215; vgl. Franz Exner, Die mittellosen Wanderer vor den Strafgerichten, in: Der nichtseßhafte Mensch, München 1938, S. 91.

47 In den im StA Marburg, Bestand 231, vorhandenen Aufnahmebüchern konnte zwischen 1902 und 1918 bei 1 400 Männern der Einweisungsgrund Bettellei, Landstreicherei oder Obdachlosigkeit nachgewiesen werden. Die statistischen Angaben dieses Kapitels beziehen sich auf dieses Sample. Bei den Angaben über Schulbildung, Beruf, Ehestand und Kinderzahl wurden bei wiederholter Einlieferung derselben Person nur die Angaben der ersten Einweisung berücksichtigt (1 212 Fälle).



*Wegen Bettelei in Breitenau inhaftiert...*

stärkt Männer, die den Höhepunkt ihrer Arbeitsfähigkeit bereits überschritten hatten, nach den besten Jahren ihres Arbeitslebens.

unter 20 Jahre	35	2,5 %
20 bis 29 Jahre	188	13,6 %
30 bis 39 Jahre	329	23,8 %
40 bis 49 Jahre	386	27,9 %
50 bis 59 Jahre	341	24,7 %
60 bis 69 Jahre	98	7,1 %
70 Jahre und älter	6	0,4 %
nicht ermittelt	17	-

Nur 6,5 Prozent der wegen Bettelei, Landstreicherei oder Obdachlosigkeit eingewiesenen Männer waren verheiratet. 77,9 Prozent waren ledig geblieben; weitere 15,7 Prozent waren bereits verwitwet, geschieden oder lebten dauernd getrennt von der Ehefrau. Männer im Alter von über vierzig Jahren, die nicht- oder nicht mehr - durch eine Ehe gebunden waren, stellten mit 55 Prozent die Mehrheit der wegen Betteleidelikten nach Breitenau Eingewiesenen.

Nur 15,3 Prozent waren Vater von einem oder mehreren Kindern. Die in Breitenau inhaftierten Wohnungslosen waren überwiegend ohne familiäre Bindungen. Auch die erhaltenen Fallakten geben nur in Ausnahmefällen Hinweise auf bestehende Kontakte zu Verwandten durch Briefverkehr oder Besuche.

Um zumindest zu einer gewissen Einschätzung über die Mobilität der Wohnungslosen zu kommen, wurde der im Aufnahmebuch der Anstalt verzeichnete Geburtsort in eine Karte des Deutschen Reichs eingetragen.

Bei 723 von 1902 bis 1918 von Amtsgerichten des Regierungsbezirks Kassel verurteilten und nach Breitenau eingewiesenen Wohnungslosen ließ sich der Geburtsort feststellen. Von ihnen waren immerhin 151 Männer (= 20,9 %) in Orten des Regierungsbezirks Kassel geboren. 526 Männer stammten aus den übrigen Gebieten des Deutschen Reichs. Bei 46 Männern handelte es sich um im Ausland geborene, die, falls sie keine deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, in der Regel nach Verbüßung der Arbeitshaushaft abgeschoben wurden.<sup>48</sup>

---

48 Bei wiederholter Einlieferung derselben Person wurde nur die Angabe der ersten Einweisung berücksichtigt. Es stammten aus den Verwaltungsbezirken Königsberg 14, Gumbinnen 8, Danzig 4, Marienwerder 7, Stadt Berlin 5, Potsdam 5, Frankfurt/Oder 12, Stettin 6, Köslin 5, Posen 8, Bromberg 3, Breslau 22, Liegnitz 18, Oppeln 27, Magdeburg 12, Merseburg 29, Erfurt 23, Schleswig 1, Hannover 9, Hildesheim 12, Osnabrück 1, Aurich 1, Münster 6, Minden 6, Arnsherg 20, Kassel 151, Wiesbaden 22, Koblenz 3, Düsseldorf

Geburtsorte der zwischen 1902 und 1918 im Regierungsbezirk Kassel zu Arbeitshaushaft verurteilten wohnungslosen Männer:



Die Karte zeigt, daß die Mobilität der Wohnungslosen geringer war, als man zunächst vermuten sollte. Die Geburtsorte gruppieren sich deutlich um den in

---

21, Köln 8, Trier 4, Aachen 7, Oberbayern 2, Niederbayern 2, Pfalz 3, Oberpfalz 1, Oberfranken 3, Mittelfranken 8, Unterfranken 11, Schwaben 2, Dresden 10, Leipzig 10, Zwickau 13, Bautzen 2, Neckarkreis 7, Schwarzwaldkreis 2, Jagstkreis 1, Freiburg 2, Lörrach 1, Karlsruhe 1, Heidelberg 2, Mosbach 1, Starkenburg 12, Oberhessen 16, Rheinhessen 3, Mecklenburg-Schwerin 2, Sachsen-Weimar 17, Braunschweig 3, Sachsen-Meiningen 21, Sachsen-Altenburg 3, Sachsen-Koburg-Gotha 11, Anhalt 8, Schwarzburg-Rudolstadt 2, Schwarzburg-Sondershausen 4, Waldeck 4, Reuss jüngere Linie 3, Schaumburg-Lippe 1, Lippe 1, Lübeck 1, Bremen 1, Hamburg 1, aus dem Ausland 45.

der Mitte der Karte eingezeichneten Regierungsbezirk Kassel, in dem die für diese Auswertung herangezogenen Männer verhaftet worden waren. Die Auswertung der Geburtsorte läßt keine Wanderungsrichtung etwa von Ostdeutschland nach Westdeutschland erkennen.

In den Aufnahmebüchern ist in der Rubrik über die Schulbildung bei der Hälfte der wohnungslosen Männer die höchste in diesen Büchern vorhandene Stufe angegeben. Bei 50,1 Prozent lautet die Eintragung "kann lesen, schreiben, rechnen". Bei weiteren 47,2 Prozent der Männer ist "kann lesen und schreiben" angegeben. Nur "kann lesen" findet sich bei 0,8 Prozent der Männer. Bei weiteren 1,9 Prozent findet sich in der Rubrik über die Schulbildung keinerlei Eintrag.

Die Breitenauer Aufnahmebücher verzeichnen durchgängig eine Berufsangabe der Eingewiesenen, die vermutlich auf der vom Personal nicht nachgeprüften Angabe der Insassen beruhte. Dabei bleibt zunächst unklar, ob es sich bei der genannten Berufsbezeichnung um den ursprünglich erlernten oder den zuletzt ausgeübten Beruf handelte. Der zu unterstellende Wunsch nach einer akzeptablen Selbstdarstellung läßt jedoch die Vermutung zu, daß die Insassen die höchste in ihrem Leben erreichte Berufsqualifikation angaben, auch wenn die letzte Ausübung des Berufs unter Umständen schon viele Jahre zurücklag. Dafür spricht insbesondere, daß bei eingewiesenen Männern bei wiederholter Einlieferung fast immer derselbe Beruf verzeichnet wurde.

Bei den zwischen 1902 und 1918 nach Breitenau eingewiesenen männlichen Wohnungslosen war 'Arbeiter' die häufigste Berufsangabe. 289 von 1 212 Personen (= 23,8 %) gaben diese unspezifizierte Berufsbezeichnung an.<sup>49</sup> Bei weiteren 144 Personen (= 11,9 %) lautete die Eintragung der Aufnahmebücher 'Tagelöhner'. Durch diese Sammelangaben bleibt bei immerhin 35,7 Prozent der wegen Betteleidelikten eingewiesenen männlichen Korrigenden unklar, auf welche konkrete Tätigkeit sich die Berufsangaben bezogen. Insbesondere bei der Berufsangabe 'Tagelöhner' bleibt offen, ob es sich um landwirtschaftliche Arbeiter oder etwa um Bauhilfsarbeiter handelte. Häufigste konkrete Berufsbezeichnung ist 'Schlosser' in 52 Fällen. Weitere häufig genannten Berufe sind 'Metzger' bzw. 'Schlachter' in 42 Fällen, 'Schuhmacher' in 40 Fällen, 'Bäcker' in 34 Fällen, 'Schreiner' in 30 Fällen, 'Maurer' bzw. 'Bauarbeiter' in 32 Fällen, 'Schneider' in 28 Fällen und 'Kaufmann' in 25 Fällen.

---

49 Bei wiederholter Einweisung derselben Person wurde nur die Angabe der ersten Aufnahme berücksichtigt.





*Breitenau war sein fünftes Arbeitshaus...*

Um die Angaben der Breitenauer Korrigenden mit der Berufsgliederung der männlichen Erwerbsbevölkerung vergleichen zu können, wurden die Berufsangaben der Aufnahmebücher mit dem Erhebungsinstrumentarium der Berufszählung von 1907 erfaßt. Bezüglich der bei der Berufszählung 1907 gebildeten Berufsgruppen ergibt sich folgende Verteilung<sup>50</sup>:

Berufsgruppen	Breitenau	Berufszählung 1907 Deutsches Reich
Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht	49 4,0 %	27,7 %
Forstwirtschaft und Fischerei	0 0,0 %	0,7 %
Bergbau, Hütten und Salinenwesen, Torfgräberei	8 0,7 %	5,1 %
Industrie der Steine und Erden	32 2,6 %	3,5 %
Metallverarbeitung	111 9,2 %	6,0 %
Maschinen, Instrumente, Apparate	16 1,3 %	4,6 %
Chemische Industrie	1 0,1 %	0,7 %
Forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe	0 0,0 %	0,4 %
Textilindustrie	23 1,9 %	2,8 %
Papierindustrie	11 0,9 %	0,7 %
Lederindustrie	23 1,9 %	1,1 %
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	63 5,2 %	4,0 %
Nahrungs- und Genußmittel	107 8,8 %	4,7 %
Bekleidungsgewerbe	73 6,0 %	3,8 %
Reinigungszwecke	7 0,6 %	0,6 %
Baugewerbe	106 8,7 %	10,1 %
Polygraphische Gewerbe	10 0,8 %	0,9 %
Künstlerische Gewerbe	0 0,0 %	0,3 %
Fabrikanten, Fabrikarbeiter, Gesellen und Gehilfen deren nähere Erwerbstätigkeit zweifelhaft bleibt	311 25,7 %	0,1 %
Handelsgewerbe	48 4,0 %	6,4 %
Versicherungsgewerbe	0 0,0 %	0,3 %
Verkehrsgewerbe	12 1,0 %	5,2 %
Gast- und Schankwirtschaft	16 1,3 %	1,7 %
Häusliche Dienste, Lohnarbeit wechselnder Art	168 13,9 %	0,9 %

50 Statistik der Deutschen Reichs, NF 209, S. 7\*-10\*; NF 211, S. 124, die Vergleichszahlen der Berufszählung von 1907 beziehen sich auf hauptberuflich Erwerbende männlichen Geschlechts.

Militär-, Hof-, bürgerlicher und kirchlicher Dienst	11	0,9 %	7,7 %
Ohne Beruf und Berufsangabe	6	0,5 %	-

Die Berufsangaben der wegen Betteleidelikten nach Breitenau eingewiesenen Männer weichen erheblich von der Berufsgliederung der männlichen Erwerbspersonen des Deutschen Reichs ab. Da 'Arbeiter' in der Systematik der Berufszählung von 1907 in die Berufsgruppe 'Fabrikanten, Fabrikarbeiter, Gesellen und Gehilfen' eingeteilt wurden bzw. 'Tagelöhner' in 'Häusliche Dienste, Lohnarbeit wechselnder Art' sind diese Berufsgruppen in den Breitenauer Angaben am häufigsten vertreten, was einen Vergleich der Breitenauer Ziffern mit den Ergebnissen der Berufszählung des Deutschen Reichs erheblich erschwert. Trotz dieser Einschränkung zeigt sich, daß die Berufsgruppen Metallverarbeitung, Holz- und Schnitzstoffe, Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidungs-gewerbe bei den wegen Betteleidelikten nach Breitenau eingewiesenen Männern häufiger auftraten als bei den männlichen hauptberuflich Erwerbstätigen.

Die oben erstellte Auswertung nach Berufsgruppen abstrahiert völlig von der sozialen Stellung der Betroffenen. Bauhilfsarbeiter, gelernte Maurer und selbständige Bauunternehmer werden dabei in dieselbe Berufssparte eingetragen. Im folgenden soll versucht werden, aus der Berufsangabe der Breitenauer Korrigenden auf deren soziale Herkunft zu schließen. Für diese Erhebung wurde unterstellt, daß alle unspezifizierten Berufsangaben wie 'Arbeiter' und 'Tagelöhner' sich auf ungelernte Kräfte bezogen. Wurde in den Aufnahmebüchern ein Beruf konkret benannt (z.B. 'Schlosser') wurde unterstellt, daß es sich um einen tatsächlich erlernten Beruf handelte.

Ambulantes Gewerbe (z.B. Hausierer)	9	0,7 %
ungelernte Arbeiter (z.B. Tagelöhner)	538	43,6 %
gelernte Arbeiter und Handwerker	616	50,5 %
Meister	0	0,0 %
Freie Berufe (z.B. Musiker)	8	0,7 %
Beamte	1	0,1 %
Untere Angestellte (z.B. Handlungsgehilfen)	16	1,3 %
Akademiker	0	0,0 %
Kaufleute	29	2,4 %
Selbständige Landwirte	0	0,0 %
Leitende Angestellte	1	0,1 %
Ohne Angabe	3	0,2 %
Armenunterstützungsempfänger	1	0,1 %

Arbeitshauseinweisung infolge einer Verurteilung wegen Betteleidelikten war Arbeiterschicksal. 94,1 Prozent der wegen Bettelei, Landstreicherei oder Obdachlosigkeit nach Breitenau eingewiesenen Männer waren gelernte oder ungelernete Arbeiter aus Industrie, Handwerk oder Landwirtschaft bzw. waren vor ihrer sozialen Entwurzelung Arbeiter gewesen.

Die in Breitenau gefangenen Wohnungslosen hatten oft bereits dutzende Verurteilungen wegen Bettelei und Landstreicherei erleben müssen. Bettelei, Landstreicherei und Obdachlosigkeit waren Dauerdelikte, weil die Richter keine Einzeltat, sondern eine kriminalisierte Überlebensform bestraften. Ob die Strafe letztendlich wegen Bettelei, Landstreicherei oder Obdachlosigkeit ausgesprochen wurde, blieb dem Zufall überlassen.<sup>51</sup> Da Bettelei als konkret faßbarer Tatbestand leichter nachzuweisen war, taucht diese Begründung häufiger auf. Häufig lautete das Urteil auch auf Haft wegen "Bettelei und Landstreicherei". Daneben finden sich in den Vorstrafenlisten immer wieder Delikte, die in direktem Zusammenhang mit der Wohnungslosigkeit standen. Wollte sich ein Wohnungsloser ohne Fahrkarte in einem Wartesaal der Eisenbahn wärmen, konnte das als Hausfriedensbruch bestraft werden. Hausieren ohne Wandergewerbeschein machten die Richter zum Gewerbevergehen. Aus Hunger begingen Obdachlose Straftaten wie Diebstahl, Wilderei und Betrügereien. Schließlich weisen die Vorstrafenlisten häufig Delikte auf, die erst im direkten Zusammenhang mit der polizeilichen Verfolgung entstanden: falsche Namensangabe bei Überprüfung, Bannbruch, unerlaubte Rückkehr und nicht selten Beleidigung bzw. Widerstand gegen Beamte bei der Festnahme.

Wie eng Wohnungslosigkeit und Kleinkriminalität zusammenhingen, zeigt das Vorstrafenregister eines 1937 nach Breitenau eingelieferten Hausierers.<sup>52</sup> Bei diesem Hausierer standen die reinen Betteleidelikte nicht einmal im Mittelpunkt, wie dies bei den meisten wegen Bettelei und Landstreicherei eingewiesenen Korrigenden der Fall war.

---

51 Vgl. Hermann Baumgärtner, Die Straffälligkeit der mittellosen Wanderer, in: Der nicht-seßhafte Mensch, München 1938, S. 132.

52 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8648.

1926	Gewerbevergehen	6 Tage Haft
1927	Betteln	10 Tage Haft
1927	Hausfriedensbruch	16 Tage Gefängnis
1927	Unterschlagung	7 Tage Gefängnis
1928	Betteln	14 Tage Haft
1930	Betrug	6 Wochen Gefängnis
1932	Gewerbevergehen	2 Tage Haft
1933	Verkauf ohne Wandergewerbeschein	2 Tage Haft
1934	Hausieren nach 19 Uhr	10 Tage Gefängnis
1934	Betrug	2 Wochen Gefängnis
1935	Betteln	4 Wochen Haft
1935	Verkauf ohne Gewerbeschein	5 Tage Haft
1937	Betteln	6 Wochen Haft
1937	Betteln	6 Wochen Haft und 13 Monate Arbeitshaus.

Die Breitenauer Korrigenden hatten in der Regel, wie die Direktion gern schrieb, "unzählige Vorstrafen", die sich bei genauerer Analyse jedoch fast immer als wenig gehaltvoll erwiesen. Die langen Vorstrafenlisten, mit durchschnittlich immerhin 27 Eintragungen, setzten sich überwiegend aus Übertretungen zusammen, weniger aus Verbrechen und Vergehen. Natürlich befanden sich in Breitenau auch heruntergekommene Schwerverbrecher, die nach jahrelanger Zuchthaushaft wohnungslos geblieben waren. Doch sie blieben eher Ausnahme. Rein numerisch nehmen sich die Vorstrafenregister der eingewiesenen Wohnungslosen allerdings recht stattlich aus:

keine Vorstrafen	18	1,4 %
1 bis 10 Vorstrafen	282	21,2 %
11 bis 20 Vorstrafen	332	25,0 %
21 bis 30 Vorstrafen	269	20,2 %
31 bis 40 Vorstrafen	156	11,7 %
41 bis 50 Vorstrafen	94	7,1 %
51 bis 60 Vorstrafen	61	4,6 %
61 bis 70 Vorstrafen	41	3,1 %
71 bis 80 Vorstrafen	29	2,2 %
81 bis 90 Vorstrafen	23	1,7 %
91 bis 100 Vorstrafen	8	0,6 %

101 und mehr Vorstrafen	17	1,3 %
nicht ermittelt	70	-

### *Josef W.*

Mehr als achtzehn Jahre seines Lebens war der 1869 geborene Tagelöhner Josef W. in Arbeitshäusern gefangen. Seine erste gerichtliche Strafe erhielt er als Siebzehnjähriger wegen Diebstahls. Er wird nicht viel gestohlen haben, denn das Gericht verurteilte ihn nur zu einem einzigen Tag Gefängnis.

Josef W. war bei den Eltern in einem Dorf im Kreis Westerbürg aufgewachsen; Geschwister hatte er keine. Als er sechzehn Jahre alt war, starb seine Mutter. Sein Vater war Tagelöhner. Auch Josef W. erlernte keinen Beruf und bezeichnete sich ebenfalls als Tagelöhner. Ob er überhaupt eine Schule regelmäßig besucht hatte, bleibt unklar. Lesen und Schreiben hatte er jedenfalls nicht gelernt. Nicht einmal seinen Namen konnte er schreiben; er mußte mit drei Kreuzen unterzeichnen. Im Alter von 21 Jahren verurteilte ihn ein Amtsrichter seines Heimatkreises erstmals wegen Bettelei. Der Richter zeigte sich nachsichtig; Josef W. erhielt nur drei Tage Haft.

Bei seiner sechsten Bestrafung wegen Bettelei sieben Jahre später überwies ihn das Amtsgericht Hadamar ins Arbeitshaus. Er erhielt die für erstmals Eingewiesene übliche Strafe von sechs Monaten, die "sechs Frösche", wie die Arbeitshausgefangenen diese Strafmaß nannten.<sup>53</sup> Seine zweite Arbeitshaushaft dauerte neun Monate, seine dritte zwölf Monate, seine vierte Einweisung war zunächst auf achtzehn Monate festgesetzt. Erst bei seiner fünften Arbeitshaushauseinweisung mußte er die Höchststrafe von vierundzwanzig Monaten absitzen.

Josef W. war ein recht seßhafter Mensch, der nach jeder Haftentlassung wieder an seinen Geburtsort zurückkehrte. Während bei mobileren Bettlern und Landstreichern oft ein- oder zweidutzend Bettlerstrafen zwischen zwei Arbeitshaushauseinweisungen lagen, wiesen die Wallmeroder Amtsrichter den ihnen nur allzugut bekannten "unverbesserlichen" Josef W. ab 1899 immer wieder rücksichtslos ins Arbeitshaus.

Josef W. wurde in den Arbeitshäusern nicht "gebessert". Seine Lebenssituation war nach der Entlassung stets dieselbe wie vor der Verhaftung. Als ungelerner Tagelöhner war er immer wieder aufs Betteln angewiesen. Obwohl er sich mit Ausnahme der Haftzeiten offensichtlich immer in seiner Heimatregion aufgehalten hatte, konnte er schon bei seiner zweiten Arbeits-

---

53 Vgl. Richard Groß, Sprache, Zeichen und Poesie der Landstraße. Lexikon der Landstreichersprache, 2. verbesserte Aufl., Schwerin i.M. 1919.

hauseinweisung keinen Unterstützungswohnsitz mehr nachweisen. Hätte er nach einer Arbeitshausentlassung in seinem Heimatort Armenunterstützung beantragt, wäre er als wohnungsloser Landarmer in ein an ein Arbeitshaus angeschlossenes Landarmenhaus eingewiesen worden. Darauf konnte Josef W. allerdings verzichten.

Innerhalb der Arbeitshäuser war Josef W. keinesfalls ein angepaßter Häftling. Immer wieder erhielt er Disziplinarstrafen wegen Widerworten gegen Aufseher, aber auch wegen Nachlässigkeit bei der Arbeit und Zankereien bzw. Schlägereien mit Mitgefangenen. Bei seiner dritten und bei seiner fünften Arbeitshauseinweisung erhielt er deswegen zwei bzw. drei Monate Haftverlängerung.

Im Alter von 66 Jahren wies ihn das Amtsgericht Wallmerod 1935 zum nunmehr neunten Mal in ein Arbeitshaus ein. Im Nationalsozialismus war für "unverbesserliche Asoziale" kein Platz mehr. Über sieben Jahre, bis zu seinem Tod im Jahre 1942, blieb der längst arbeitsunfähige und von der Direktion als "Wrack" bezeichnete Josef W. in Breitenau gefangen.

Das Vorstrafenregister des 1869 geborenen Tagelöhners Josef W.<sup>54</sup>:

1886	Schöffengericht Wallmerod	Diebstahl	1 Tag Gefängnis
1890	Amtsgericht Wallmerod	Betteln	3 Tage Haft
1890	Amtsgericht Wallmerod	Betteln	1 Woche Haft
1894	Amtsgericht Horchheim	Betteln	5 Tage Haft
1894	Schöffengericht Hadamar	Betteln	14 Tage Haft
1896	Schöffengericht Wallmerod	Betteln	1 Woche Haft
		Beleidigung	14 Tage Gefängnis
1897	Schöffengericht Hadamar	Betteln	14 Tage Haft und Überweisung,
	Regierungspräsidium Wiesb.		6 Monate Arbeitshaus Hadamar
1899	Schöffengericht Wallmerod	Betteln	17 Tage Haft
1899	Schöffengericht Wallmerod	Betteln	12 Wochen Haft und Überweisung,
	Regierungspräsidium Wiesb.		9 Monate Arbeitshaus Hadamar
1901	Amtsgericht Wallmerod	Betteln	3 Tage Haft
1901	Schöffengericht Wallmerod	Betteln	6 Wochen Haft und Überweisung,
	Regierungspräsidium Wiesb		12 Mon. Arbeitshaus Hadamar und zwei Monate Verlängerung
1904	Amtsgericht Wallmerod	Betteln	3 Tage Haft

---

54 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9599.

1905	Strafkammer Limburg	Sittlichkeitsverb.	1 Jahr Zuchthaus
		Landstreicherei	4 Wochen Haft und Überweisung,
	Regierungspräsidium Wiesb.		18 Mon. Arbeitshaus Hadamar
1908	Schöffengericht Wallmerod	Betteln	5 Wochen Haft und Überweisung
	Regierungspräsidium Wiesb.		24 Mon. Arbeitshaus Breitenau
1910	Schöffengericht Wallmerod	Betteln	3 Wochen Haft und Überweisung,
	Regierungspräsidium Wiesb.		21 Mon. Arbeitshaus Breitenau und drei Monate Verlängerung
1923	Landgericht Limburg	Sittlichkeitsverb.	18 Monate Zuchthaus
		Landstreicherei	12 Wochen Haft und Überweisung
	Regierungspräsidium Wiesb.		24 Mon. Arbeitshaus Breitenau
1930	Amtsgericht Wallmerod	Betteln	3 Wochen Haft und Überweisung,
	Regierungspräsidium Wiesb.		15 Mon. Arbeitshaus Breitenau
1935	Amtsgericht Wallmerod	Landstreicherei	6 Wochen Haft und Einweisung ins Arbeitshaus Breitenau

Gestorben 1942 im Arbeitshaus Breitenau.

## Zuhälter

Seit 1881 ging die Unterbringung von Korrigendinnen und Korrigenden in Breitenau kontinuierlich zurück. Im Jahre 1900 erreichten die verbüßten Hafttage gerade noch 19 Prozent des Jahres 1881, dem Jahr mit der stärksten Belegung in Breitenau. Die im Jahre 1900 vorgenommene Ausweitung der Arbeitshaushaft auf den neugeschaffenen Straftatbestand *Zuhälterei* brachte der Anstalt bis zum Ersten Weltkrieg eine Stabilisierung der Häftlingsziffern.

Zuhälterei ist erst seit 1900 ein vom Strafgesetzbuch erfaßtes Delikt. Zuvor waren Zuhälter nicht kriminalisiert und konnten allenfalls über den Kuppeleiparagraphen belangt werden.<sup>55</sup> Der im Jahre 1891 vor dem Berliner Schwurgericht verhandelte Mordprozeß Heinze gab den Anstoß zur Einführung der von Sittlichkeitsvereinen schon lange vehement geforderten strafrechtlichen Ahndung der Zuhälterei. Den Eheleuten Heinze, einem 27jährigen Zuhälter

---

55 Vgl. Paul Herr, Der Begriff des Zuhälters, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 21 (1901), S. 805; vgl. Michael Bargon, Prostitution und Zuhälterei. Zur kriminologischen und strafrechtlichen Problematik mit einem geschichtlichen und rechtsvergleichenden Überblick, Lübeck 1982.



und einer wegen Kontrollübertritt vielfach vorbestraften, 15 Jahre älteren Prostituierten, war vorgeworfen worden, im Norden Berlins einen Nachtwächter ermordet zu haben. In der Schwurgerichtsverhandlung waren die Zustände in Berliner Zuhälterkreisen ausführlich beleuchtet worden.<sup>56</sup> Unter ausdrücklichem Bezug auf diesen aufsehenerregenden Mordprozeß forderte Kaiser Wilhelm II. in einem Erlaß vom 22. Oktober 1891 das preußische Staatsministerium zu gesetzgeberischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Zuhältertums auf. Der Mordprozeß Heinze habe gezeigt, "daß das Zuhältertum, neben einer ausgedehnten Prostitution in den großen Städten, sich zu einer gemeinen Gefahr für Staat und Gesellschaft entwickelt hat".<sup>57</sup>

Nach jahrelangen parlamentarischen Beratungen konnte schließlich im Jahre 1900 mit der lex Heinze der neugeschaffene § 181a StGB in Kraft treten: "Eine männliche Person, welche von einer Frauensperson, die gewerbsmäßig Unzucht treibt, unter Ausbeutung ihres unsittlichen Erwerbes ganz oder teilweise den Lebensunterhalt bezieht, oder welcher einer solchen Frauensperson gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz in Bezug auf die Ausübung des unzuchtigen Gewerbes Schutz gewährt oder sonst förderlich ist (Zuhälter), wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft". Handelte es sich um den Ehemann der Prostituierten, war Bedrohung oder Gewalt im Spiel, betrug die Gefängnisstrafe mindestens ein Jahr. In allen Fällen konnten die Richter eine "Überweisung an die Landespolizeibehörde" mit dem Ziel einer sich an die Gefängnisstrafe anschließenden Arbeitshausunterbringung aussprechen.<sup>58</sup> Für eine Verurteilung wegen Zuhälterei genügte bereits der Nachweis, von einer Prostituierten Geld angenommen zu haben. Bedenklich war zudem die im deutschen Strafrecht zuvor ungewöhnliche wörtliche Benennung eines Tätertyps

---

56 Vgl. Wilhelm Fischer, *Der Mordprozeß Heinze*, Heilbronn 1903, S. 189.

57 *Reichsanzeiger*, 22.10.1891; vgl. Richard J. Evans, *Prostitution, State and Society in Imperial Germany*, 1976, S. 119.

58 Gesetz, betreffend Änderung und Ergänzung des Strafgesetzbuchs. Vom 25. Juni 1900, in: *RGBl.*, 1900, S. 301-303; zur Entstehungsgeschichte vgl. Otto Müller, *Die lex Heinze*, Diss. Freiburg 1900; vgl. Sally Jaffa, *Der Begriff des Zuhälters im Reichsstrafgesetzbuch*, Berlin 1902; vgl. R. Schmidt-Ernsthausen, *Die Zuhälterei im deutschen Reichsstrafrecht*, in: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 24 (1904), S. 184-186; vgl. Willy Hartung, *Der Zuhälterparagraph (§ 181a St.G.B.)*, in: *Der Gerichtssaal* 72 (1908), S. 312-325; vgl. Robert Bloch, *Der Zuhälterparagraph (§ 181a) im Reichsstrafgesetzbuch und im Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch*, Diss. Heidelberg 1913; vgl. Carl H. Werner, *Die lex Heinze und ihre Geschichte*, Diss. Freiburg 1935; zu den gesellschaftspolitischen Hintergründen der lex Heinze vgl. R. J. V. Lenman, *Art, Society, and Law in Wilhelmine Germany: the Lex Heinze*, in: *Oxford German Studies* 8 (1973), S. 86-113.

(`Zuhälter') als Ersatz für eine abschließende Definition einer konkret benannten Straftat.<sup>59</sup> Der Berliner Milieukenner Hans Ostwald hatte schon früh darauf aufmerksam gemacht, daß der in der Diskussion um die lex Heinze angenommene Typ des gewalttätigen, gemeingefährlichen Zuhälters, der die Prostituierte zwangsweise festhalte und das von ihr gewünschte `Ehrlichwerden' verhindere, mit den tatsächlichen Verhältnissen wenig zu tun habe.<sup>60</sup> Ostwald wies auf die hohe Bedeutung der erotischen Beziehung zwischen Zuhältern und Prostituierten hin.<sup>61</sup>

Spätere empirische Untersuchungen, die durchweg auf Grundlage von Strafakten verurteilter Zuhälter durchgeführt wurden, bestätigten die zunächst belächelten Thesen Ostwalds. Der Kriminologe Hans von Hentig wies 1927 in einem lebhaft diskutierten Aufsatz mit dem Titel "Eigenartige Formen der Zuhälterei" erstmals auf den Typ des "genommenen Zuhälters" hin.<sup>62</sup> In vielen zuhälterischen Verhältnissen dominiere die oft ältere Prostituierte. In der kriminalpsychologischen Forschung über Zuhälter wurde seither immer wieder auf den hohen Stellenwert der affektiven Beziehung zwischen Prostituierten und Zuhältern hingewiesen. Inzwischen ist von der kriminologischen Forschung allgemein anerkannt, daß der in der Diskussion um die lex Heinze postulierte typische Zuhälter eine Fiktion des Strafrechts war.<sup>63</sup> Der aktive, gewalttätige Zuhälter, dessen Existenz natürlich nicht bestritten werden konnte, sei nur eine von mehreren Erscheinungsformen. Eine große Rolle spielten auch eher passive, in der Fachliteratur oft als "willensschwach" und "asozial"

---

59 Vgl. Clemens Amelunxen, *Der Zuhälter. Wandlungen eines Tätertyps*, Hamburg 1967, S. 7; vgl. Jürgen Fock, *Das Problem des Zuhältertums*, Diss. Berlin 1965, S. 4.

60 Vgl. Hans Ostwald, *Zuhältertum in Berlin*, Berlin/ Leipzig o.J. (= Großstadtdokumente Bd. 5), S. 58-67; vgl. Hans Ostwald, *Ausbeuter der Dirnen*, Leipzig o.J. (= Das Berliner Dirlentum, Bd. 10), S. 25.

61 Dies bestätigte bereits die erste empirische Untersuchung über verurteilte Zuhälter von R. Bloch, *Die soziale Gefährlichkeit des Zuhältertums*, in: *Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform* 11 (1914/15), S. 194; vgl. Berndt van der Laan, *Das Zuhältertum in Mannheim*, Diss. Heidelberg 1933, S. 470-475.

62 Hans von Hentig, *Eigenartige Formen der Zuhälterei*, in: *Zeitschrift für Sexualwissenschaft* 14 (1927), S. 129-135; zur Diskussion vgl. Bd. 18 (1927) und insbesondere Bd. 19 (1928) der *Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform*; vgl. Jürgen Fock, 1965, S. 27-32.

63 Vgl. Berndt van der Laan, 1933, S. 475-496; vgl. Jürgen Fock, 1965, S. 32; Vgl. Friedrich-Christian Schroeder, *Neue empirische Untersuchungen zur Zuhälterei*, in: *Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform* 61 (1978), S. 62-67; vgl. Hans Groß/ Friedrich Geerds, *Handbuch der Kriminalistik*, Berlin <sup>10</sup>1977, Bd. 1, S. 358.

charakterisierte Männer.<sup>64</sup> Als gemeinsames Charakteristikum der verschiedenen Zuhältertypen wurde ihre "Arbeitsscheu" angesehen.<sup>65</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg stellten die Zuhälter durch den fortwährenden Rückgang der Arbeitshaushaft bei Wohnungslosen einen immer größeren Anteil der männlichen Insassen der Arbeitshäuser. Während der Weimarer Republik war in Breitenau jeder vierte männliche Korrigend ein Zuhälter. Im Februar 1929 standen 39 wegen Betteleidelikten eingewiesenen Korrigenden immerhin 21 Zuhälter gegenüber.<sup>66</sup> Die seit dem Bundesratsbeschuß von 1889 gängige Praxis, bei erstmaliger Einweisung grundsätzlich sechs Monate Arbeitshaushaft zu verhängen, wurde 1920 gegenüber Zuhältern aufgegeben. Zuhälter erhielten auch bei erstmaliger Arbeitshaushaft durchweg höhere Strafzeiten.<sup>67</sup>

Die Zuhälter zählten in Breitenau bald zu den, wie die Direktion schrieb, "schwierigsten Elementen unter den Anstaltsinsassen".<sup>68</sup> Tatsächlich waren die höchst agilen Zuhälter kaum mit den eher angepaßten Bettlern und Landstreichern vergleichbar. Sie waren im Durchschnitt weit jünger als die Wohnungslosen und stammten durchweg aus den großstädtischen Prostitutionszentren Frankfurt und Wiesbaden, in geringer Zahl auch aus Kassel. Die Zuhälter waren, wie die Direktion bald bemerken mußte, den Breitenauer Aufsehern "mündlich, schriftlich und juristisch" weit überlegen.<sup>69</sup> Wenn wegen Betteleidelikten Eingewiesene aufbegehrten, verweigerten sie normalerweise die Arbeit oder beschimpften den nächstbesten Aufseher. Die Sachlage war gewöhnlich klar und der Korrigend wanderte für Tage oder Wochen in die Arrestzellen. Die Zuhälter stellten sich geschickter an und verlegten sich aufs Beschwerdenschreiben, was für das Breitenauer Personal wegen des damit verbundenen Schriftwechsels sehr viel unangenehmer war. Die angerufene Beschwerdeinstanz konnte nicht hoch genug sein. Einzelnen Zuhältern gelang es sogar, ihre Beschwerden direkt an das Reichsinnenministerium zu senden.<sup>70</sup>

---

64 Vgl. Alexander Elster, Zuhälter, in: ders./ Heinrich Lingemann (Hrsg.), Handwörterbuch der Kriminologie, Bd. 2, Berlin und Leipzig 1936, S. 1156-1159; vgl. Rolf Borchers, Zuhälter in Hamburg 1956-1960. Ein kriminologischer Beitrag zur Strafrechtsreform, Diss. Hamburg 1967, S. 71; vgl. Jürgen Fock, 1965, S. 107.

65 Vgl. Alexander Elster, 1936, S. 1156.

66 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 4, 15.2.29.

67 ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 14021, S. 250-296.

68 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 101. S. 145.

69 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9743, S. 3 RS.

70 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 4189; Nr. 4179.

Während die wegen Betteleidelikten Eingewiesenen in der Regel schon dutzende Obdachlosenasyile, Wanderarbeitsstätten, Herbergen zur Heimat, Arbeiterkolonien, Gefängnisse und Arbeitshäuser durchlaufen hatten und durch die dort erlebten Demütigungen längst einschlägig sozialisiert waren, paßten sich die Zuhälter nicht ohne weiteres an. Mit den bis dahin in Breitenau angewandten disziplinarischen Maßnahmen war diese neue Korrigendengruppe nicht in den Griff zu bekommen. Explizit mit der verstärkten Einlieferung von Zuhältern begründete die Direktion im Jahre 1905 die zuvor nicht notwendig erachtete Bewaffnung der Aufseher mit Revolvern.<sup>71</sup>

"Die Zuhälter zählen zu den gefährlichsten Elementen unter den Anstaltsinsassen: äußerst gesetzeskundig und mundfertig kritisieren sie im Arbeits-, Speise- und Schlafsaal alle Anordnungen der Aufseher, ihr ganzes Tun und Trachten ist auf Erlangung der Freiheit gerichtet."<sup>72</sup> Eine Trennung der Zuhälter von den übrigen Insassen sei dringend notwendig. Die Zuhälter verführten andere Häftlinge zur Disziplinlosigkeit und hätten, berichtete die verzweifelte Anstaltsleitung dem Kasseler Kommunallandtag, "die Anstalt revolutioniert".<sup>73</sup> Das Aufsichtspersonal sei aufgrund wiederholter Beschwerden und Strafanzeigen wegen Mißhandlung vollständig in die Defensive geraten. Die Disziplin werde immer lockerer. "Der gute Ruf der Anstalt Breitenau geht dahin, bisher war die Anstalt gefürchtet, jetzt ist sie für die Zuhälter nur mehr ein Sanatorium, leider begrenzt durch die Eisengitter."<sup>74</sup> Direktor Schmidt schilderte das Treiben der Zuhälter in dunkelsten Farben, beschwor die Gefahr einer bislang in Breitenau nie erlebten Massenflucht. Man müsse "täglich auf eine Revolte gefaßt sein". Die großen, nachts unbeaufsichtigten Gemeinschaftsschlafsäle seien "Brutstätte aller Schlechtigkeiten".<sup>75</sup> Aufgrund des Hilferufs der Direktion beschloß der Kasseler Kommunallandtag 1911 den Neubau eines dreistöckigen Zellenbaus mit acht Arbeitszellen pro Stockwerk und drei zusätzlichen Strafzellen im Untergeschoß. Der Zellenbau sollte, wie Direktor Schmidt betonte, nach den Regeln moderner Gefängnisbauten ausgeführt werden.<sup>76</sup> "Das Zusammenleben dieser Zuhälter mit anderen

---

71 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, 30.10.1905.

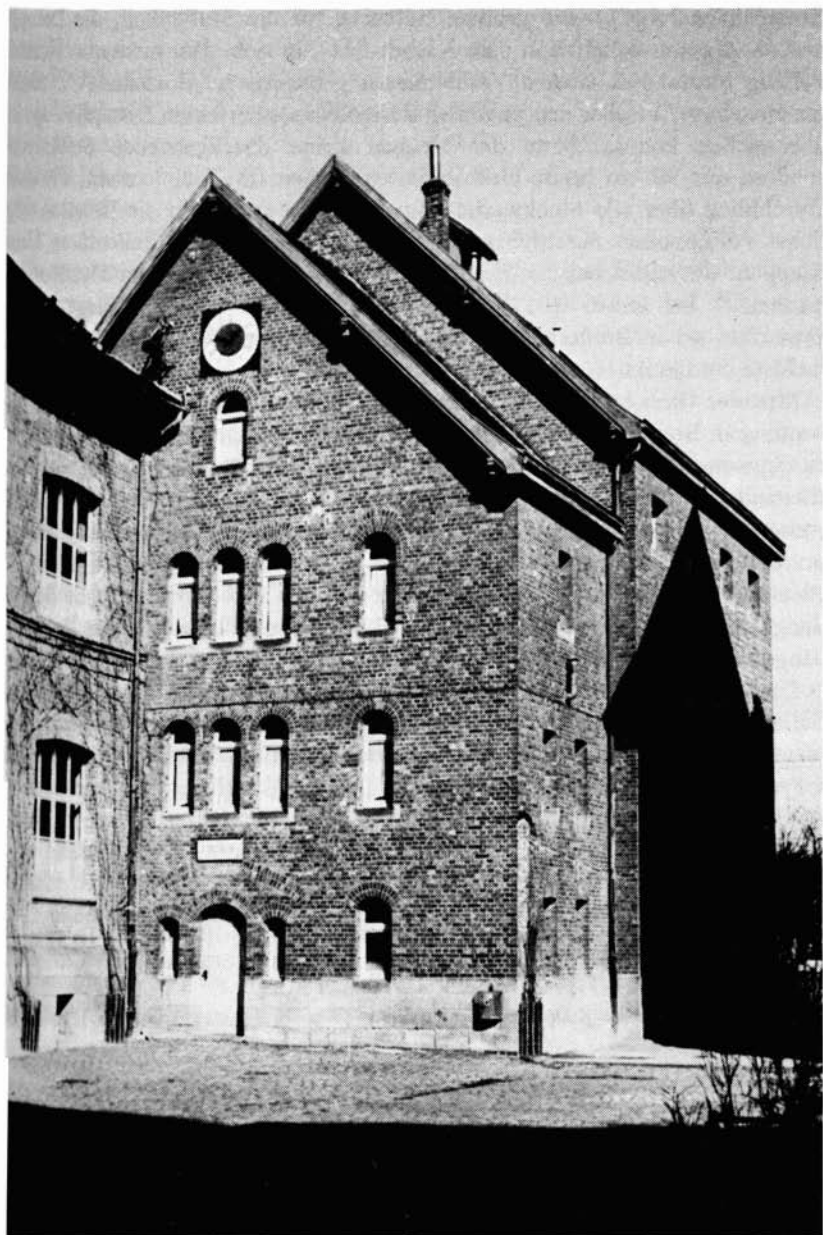
72 Bericht des Landesausschusses über die Ergebnisse der Verwaltung des Bezirksverbandes für den Zeitraum vom 1. April 1904 bis dahin 1909, in: Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1910, Anlage 34, Sp. 20.

73 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1910, Sp. 93.

74 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9743, S. 4.

75 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9743, S. 1-4.

76 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9743, S. 13.



*Der Zellenbau*

Korrigenden birgt ... die größten Gefahren für die Sittlichkeit, die Disziplin und das Gesamtverhalten in dem Anstaltsleben in sich. Der moderne Nachhaftvollzug fordert bei solchen Verhältnissen gebieterisch 'Einzelhaft'.<sup>77</sup> Damit ein einzelner Aufseher den gesamten Zellenbau als perfekten Disziplinarapparat überwachen konnte, hatte der Neubau keine durchgehenden Stockwerke, sondern nur 90 cm breite eiserne Seitengalerien im Zuchthausstil, die einen Durchblick über alle Stockwerke hinweg freiließen.<sup>78</sup> Um die Isolation möglichst vollkommen durchführen zu können, erhielten die Zellentüren kleine Klappen, um selbst bei der Essenausgabe das Öffnen der Türen überflüssig zu machen.<sup>79</sup> Im Januar 1912 konnte der Zellenbau erstmals belegt werden. Daraufhin sei in Breitenau wieder Ordnung, Sicherheit und Ruhe eingekehrt, meldete die Direktion erleichtert.<sup>80</sup>

Mit der Errichtung des Zellenbaus etablierte die Bezirkskommunalverwaltung in Breitenau faktisch ein Zweistufensystem, denn in den neuen Zellenbau sperrte man nicht nur Zuhälter ein, sondern auch "sonstige unbotmäßige Elemente".<sup>81</sup> Die überwiegende Mehrheit der männlichen Korrigenden blieb weiterhin in den großen Schlafsälen der ehemaligen Klosterbasilika untergebracht und wurde in landwirtschaftlichen Außenkolonnen beschäftigt. Für alle Fluchtverdächtigen und Aufmüpfigen konnte die Direktion nun ohne Begründung jederzeit strenge Einzelhaft mit Beschäftigung innerhalb der Zelle verhängen.<sup>82</sup>

Die erhaltenen Aufnahmebücher geben für die Jahre 1904 bis 1918 in 302 Fällen 'Zuhalterei' als Einweisungsgrund nach Breitenau an.<sup>83</sup> Diese Zuhälter waren bei Einlieferung nach Breitenau durchschnittlich erst 29 Jahre alt. Nur 5 Prozent waren über 40 Jahre alt.

---

77 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1911, Anlage 14, Sp. 3.

78 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1911, Anlage 14, Sp. 4; vgl. Michel Foucault, Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt 1977, S. 224.

79 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1911, Anlage 14, Sp. 5.

80 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 269.

81 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 286 RS.

82 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 267 RS.

83 StA Marburg, Bestand 231, die statistischen Angaben dieses Kapitels beziehen sich auf dieses Sample von 302 Fällen. Für die Auswertung von Schulbildung, Berufsangabe, Ehestand und Kinderzahl wurde bei wiederholter Einweisung derselben Person nur die Angaben der ersten Einweisung berücksichtigt (279 Fälle).

unter 20 Jahre	3	1,0 %
20 bis 29 Jahre	165	54,8 %
30 bis 39 Jahre	118	39,2 %
40 bis 49 Jahre	12	4,0 %
50 bis 59 Jahre	3	1,0 %
nicht ermittelt	1	-

Die Breitenauer Zuhälter waren seltener als die wegen Bettelidelikten eingewiesenen Korrigenden ledig geblieben. 73,8 Prozent waren bei ihrer ersten Einweisung ledig, 16,0 Prozent waren verheiratet. 10,2 Prozent waren geschieden, lebten getrennt oder waren bereits verwitwet. 89,3 Prozent der Breitenauer Zuhälter waren kinderlos. Nur 7,1 Prozent hatten ein Kind, weitere 3,6 Prozent hatten zwei Kinder.

Die Zuhälter waren in der Regel aus bestehenden sozialen Zusammenhängen heraus verhaftet worden. Sie hatten zum Zeitpunkt der Verhaftung definitionsgemäß eine Beziehung zu einer Frau. In der Regel waren sie nicht wohnungslos, nicht selten hatten sie auch eine Arbeitsstelle. Sie hatten Kontakte zu Freunden bzw. Verwandten und daher häufiger als andere Breitenauer Insassen Briefwechsel und Besuch. Sonntags tauchten in Breitenau manchmal ganze Zuhältercliquen auf, die einen inhaftierten "Kollegen" besuchen wollten.

Zuhälter galten in Breitenau grundsätzlich als fluchtverdächtig. Im hier untersuchten Sample gelang immerhin 24 von 302 eingewiesenen Zuhältern eine dauerhafte Flucht, die vielen gescheiterten Fluchten nicht einmal berücksichtigt. Vor der Errichtung des Zellenbaus gehörten Fluchtversuche von Zuhältern zur Tagesordnung. Im Sommer 1910 gelang drei Zuhältern sogar eine halsbrecherische nächtliche Flucht über das hohe Dach der Klosterbasilika.<sup>84</sup>

Trotz der in der Fachliteratur durchgängig geübten Kritik an der Arbeitshausunterbringung von Zuhältern<sup>85</sup> waren diese im gewissen Sinn die einzige Insassengruppe, bei der die Arbeitshaushaft überhaupt die beabsichtigte besessende Wirkung zeigte. Zwar wurden Zuhälter im Arbeitshaus genausowenig

<sup>84</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9743, S. 6.

<sup>85</sup> Vgl. insbesondere H. von Jarotzky, 1910, S. 59-74; vgl. von Falken-Plachecki, 1921, S. 741; vgl. Robert von Hippel, Das Arbeitshaus, in: Vossische Zeitung, Morgenausgabe, 14. Juni 1921; vgl. Georg Steigertahl, Zwangsfürsorgereische Maßnahmen gegenüber erwachsenen Personen. Ein Beitrag zur Geschichte des Arbeitshauswesens und zum Problem der Bewahrung, Berlin 1926, S. 42; vgl. ders., Über die Bestrafung von Zuhältern, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 18 (1927), S. 641.

wie andere Korrigenden positiv beeinflußt, da sie aber durch die lange Gefängnishaft bzw. Arbeitshaushaft in der Regel für einige Jahre aus dem Verkehr gezogen waren, gelang es ihnen nach ihrer Haftentlassung kaum, im Zuhältermilieu wieder Fuß zu fassen, weil sich dort längst andere etabliert hatten. Da Zuhälterei hauptsächlich ein Delikt junger Männer war, "besserten" sich die ins Arbeitshaus eingewiesenen Zuhälter allein dadurch, daß sie während der Haftzeit einige Jahre älter wurden und danach zumindest für das Delikt Zuhälterei nicht mehr in Frage kamen. Im Gegensatz zu den wegen Bettelidelikten eingewiesenen kamen Zuhälter deswegen in der Regel nur einmal in eine Arbeitsanstalt. Eine wiederholte Einweisung in ein Arbeitshaus läßt sich nur bei knapp 16 Prozent nachweisen.<sup>86</sup>

erste Einweisung	221	84,4 %
zweite Einweisung	34	13,0 %
dritte Einweisung	7	2,7 %
nicht ermittelt	40	-

Die Haftdauer der wegen Zuhälterei Eingewiesenen war mit fast 14 Monaten durchschnittlich 1,3 Monate länger als die Haftdauer der wegen Bettelidelikten eingewiesenen Männer.

bis 6 Monate	35	15,2 %
7 bis 12 Monate	121	52,4 %
13 bis 18 Monate	47	20,3 %
19 bis 24 Monate	28	12,1 %

Die Vorstrafenlisten der Breitenauer Zuhälter waren durchschnittlich wesentlich kürzer als die der anderen Korrigenden, da bei ihnen die vielen kurzen Haftstrafen der Übertretungsdelikte nur selten verhängt worden waren. Die überwiegende Mehrheit hatte nur wenige Vorstrafen, die allerdings in der Regel wegen Vergehen und Verbrechen verhängt und mit entsprechend langen Haftzeiten geahndet worden waren.

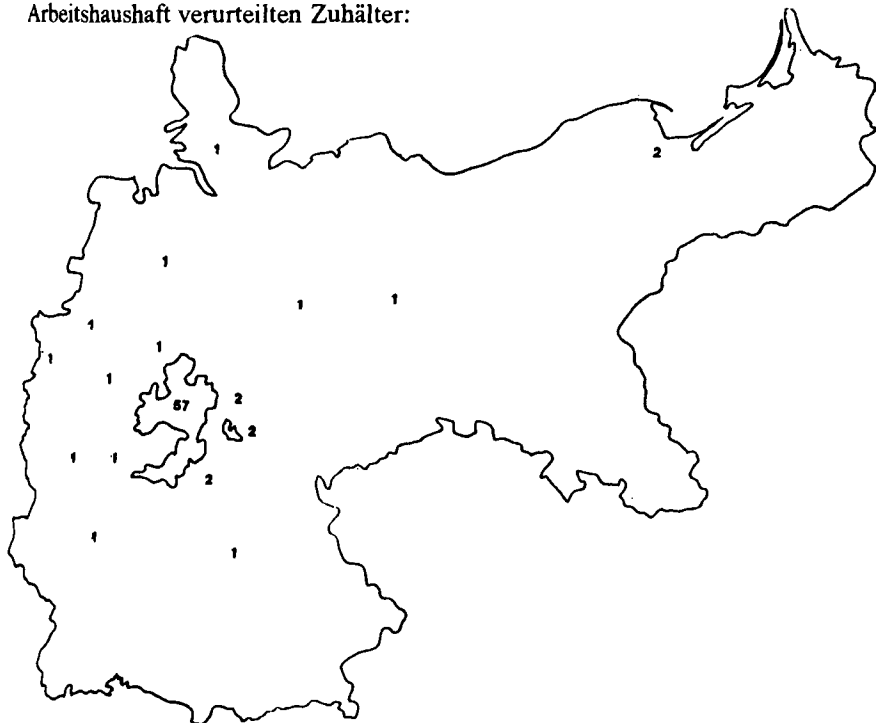
---

86 Auch in der Weimarer Republik betrug der Prozentsatz der erstmalig nach Breitenau eingewiesenen Zuhälter 88 Prozent; der hohe Prozentsatz erstmalig Eingewiesener kam also nicht dadurch zustande, daß Zuhälterei erst im Jahre 1900 strafbar wurde.



keine Vorstrafen	26	9,2 %
1 bis 10 Vorstrafen	178	63,1 %
11 bis 20 Vorstrafen	57	20,2 %
21 bis 30 Vorstrafen	16	5,7 %
mehr als 30 Vorstrafen	5	1,8 %
nicht ermittelt	20	-

Geburtsorte der zwischen 1904 und 1918 im Regierungsbezirk Kassel zu Arbeitshaushaft verurteilten Zuhälter:



Bei den von Gerichten des Regierungsbezirks Kassel zwischen 1902 und 1918 zu Arbeitshaushaft verurteilten 80 Zuhältern ließ sich in 78 Fällen der Geburtsort feststellen. 57 von ihnen (= 70 %) waren im Regierungsbezirk Kassel geboren. Immerhin 31 Zuhälter stammten direkt aus der Stadt Kassel. Nur 21 Zuhälter stammten aus Gebieten des Deutschen Reichs außerhalb des

Regierungsbezirks Kassel.<sup>87</sup> Die Breitenauer Zuhälter waren damit die Korrigendengruppe mit der mit Abstand geringsten Mobilität. Sie waren - wie zu erwarten - weit weniger mobil als die Wohnungslosen, aber auch überraschend weniger mobil als die in Breitenau gefangenen Prostituierten.

Die in den Aufnahmebüchern angegebene Schulbildung lautete bei 76,2 Prozent der Zuhälter "kann lesen, schreiben, rechnen". Bei 22,7 Prozent ist "kann lesen und schreiben" angegeben. Kein Eintrag findet sich nur bei 1,1 Prozent der Zuhälter.

Bei den in den Aufnahmebüchern angegebenen Berufen fällt zunächst der hohe Anteil der Kellner auf. Nicht weniger als 38 von 280 (= 13,6 %) wegen Zuhälterei Eingewiesene gaben diesen Beruf an. Mit der Tatsache, daß Zuhälterei eine großstädtische Erscheinung ist, korrespondiert das im Vergleich zu den eingewiesenen Bettlern stärkere Auftreten städtischer Dienstleistungsberufe wie Kellner, Kutscher und Kaufleute. 'Arbeiter' wird in 32 Fällen genannt; 'Schlosser' in 24 Fällen, 'Kutscher' bzw. 'Fahrbursch' wird in 13 Fällen genannt, 'Bäcker' in 11 Fällen, 'Metzger' bzw. 'Schlachter' ebenfalls in 11 Fällen.

Wie oben bei den wegen Betteleidelikten Eingewiesenen soll auch bei den Zuhältern versucht werden, aus der Berufsangabe auf die soziale Herkunft zu schließen:

Ambulantes Gewerbe	5	1,8 %
Ungelernte Arbeiter	58	20,7 %
Gelernte Arbeiter und Handwerker	179	63,9 %
Meister	0	0,0 %
Freie Berufe (darunter 5 'Zuhälter')	11	3,9 %
Beamte	1	0,4 %
Untere Angestellte	1	0,4 %
Akademiker	0	0,0 %
Kaufleute	24	8,6 %
Selbständige Landwirte	0	0,0 %
Leitende Angestellte	0	0,0 %
Unternehmer	0	0,0 %

---

87 Bei wiederholter Aufnahme wurde nur die Angabe der ersten Einweisung berücksichtigt. Es stammten aus den Verwaltungsbezirken Danzig 2, Stadt Berlin 1, Magdeburg 1, Erfurt 2, Schleswig 1, Hannover 1, Münster 1, Minden 1, Arnberg 1, Kassel 57, Wiesbaden 1, Koblenz 1, Düsseldorf 1, Pfalz 1, Mittelfranken 1, Unterfranken 2, Neckarkreis 1, Sachsen-Weimar 1, Sachsen-Koburg-Gotha 1 Person.

Die Ende der zwanziger Jahre geführte Fachdiskussion über die Existenz verschiedener Zuhältertypen läßt sich an den im Breitenauer Aktenbestand noch vorhandenen personenbezogenen Fallakten ansatzweise nachprüfen. Soweit die insgesamt achtundfünfzig aus der Zeit der Weimarer Republik noch vorhandenen Akten überhaupt Angaben liefern, zeichnen sie von den Zuhältern tatsächlich keineswegs ein homogenes Bild. Natürlich waren darunter "typische Zuhälter", die Frauen mit Gewalt zur Prostitution gezwungen hatten. Wie oben bereits beschrieben, genügte für eine Verurteilung wegen Zuhälterei jedoch bereits, "Unzuchtsgeld" von einer Prostituierten entgegengenommen zu haben. Beaufsichtigung der Prostituierten, Bedrohung oder Gewaltanwendung mußte nicht nachgewiesen werden. Strafbar war somit auch eine erklärtermaßen freiwillig gewährte Geldzahlung einer Prostituierten an ihren Partner.<sup>88</sup> Nicht alle der in Breitenau als Zuhälter einsitzenden Männer entsprachen daher dem öffentlichen Bild vom brutalen Zuhälter. Im Einzelfall war nur ein obdachloses Pärchen, das von den Prostitutionseinkünften der Frau lebte, in die Mühlen der Justiz geraten. Aus einem Urteil des Landgerichts Frankfurt: "Der Angeklagte hat ... öfters gebettelt und Gelegenheitsarbeiten verrichtet. Da der Angeklagte wegen seines geringen Einkommens zeitweise nicht das Schlafgeld bezahlen konnte und auch nicht immer in der Lage war, sich zu beköstigen, hat die Zeugin von ihrem durch die Gewerbsunzucht erlangten Geld Schlafgeld und Beköstigung für den Angeklagten bezahlt ... Er hat somit den unsittlichen Erwerb der Zeugin ausgebeutet."<sup>89</sup>

Für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeitshäuser erwies sich die Aufnahme von Zuhältern ab 1900 als folgenreiche Fehlentscheidung. In den Männerabteilungen der Arbeitshäuser befanden sich dadurch zwei Insassengruppen, die sich in jeder Beziehung erheblich voneinander unterschieden. Obwohl die Zuhälter nur eine starke Minderheit der männlichen Korrigenden stellten, bestimmten die ihnen gegenüber für notwendig erachteten Sicherungsmaßnahmen auch die Haftbedingungen anderer Insassengruppen weitgehend. Für alle Bestrebungen, innerhalb der Arbeitshäuser den fürsorglichen Aspekt stärker zu betonen, bildete die Einlieferung der Zuhälter einen schweren Rückschlag. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde mit Hinweis auf die Gefährlichkeit der Zuhälter der Gefängnischarakter der Arbeitshäuser zunächst verstärkt.

---

<sup>88</sup> Vgl. Berndt van der Laan, 1933, S. 10.

<sup>89</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9487.

## Korrigendinnen

Ein Jahr nachdem die ersten männlichen Korrigenden nach Breitenau eingeliefert worden waren, konnte die Anstalt für die Frauen sämtlicher In-sassengruppen ein eigenes Frauenhaus eröffnen. Am 1. Oktober 1875 überführte man neun, durchschnittlich 26 Jahre alte Korrigendinnen aus der Arbeitshausabteilung einer Kasseler Strafanstalt nach Breitenau. Sieben von ihnen waren wegen 'Gewerbsunzucht' und zwei wegen Landstreicherei verurteilt worden.<sup>90</sup> Die erste Korrigendin, die das Personal in das Aufnahmebuch der aus dem Regierungsbezirk Kassel eingelieferten Korrigendinnen eintrug, war die 32 Jahre alte Anna A. Sie war wegen verschiedener Delikte bereits siebzehn Mal vorbestraft und mußte in Breitenau wegen "Landstreicherei und Unfug" eine zwölfmonatige Arbeitshaushaft verbüßen, die wegen schlechter Führung um drei Monate verlängert wurde. Anna A. war unverheiratet und hatte eine dreijährige Tochter. Sie konnte weder lesen noch schreiben.<sup>91</sup>

Es wurden weit weniger Frauen als Männer in die Arbeitshäuser eingewiesen. Im Kaiserreich betrafen nur 16,8 Prozent aller Einweisungen ins Arbeitshaus Breitenau Frauen, die mit Ausnahme der Jahre 1917-1922 und 1943-1949 nur eine Minderheit der Breitenauer Insassen bildeten.

Während des Kaiserreichs bezeichnete das Breitenauer Personal die inhaftierten Frauen durchweg als "Weiber". Erst 1920 verbot die Direktion diese Bezeichnung, weil damit im gewöhnlichen Sprachgebrauch meistens eine schlechte Person bezeichnet werde.<sup>92</sup>

Wie bei den männlichen Korrigenden erreichten die Arbeitshauseinweisungen von Frauen in Breitenau in der ersten Hälfte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts einen später nicht wieder erreichten Höhepunkt.<sup>93</sup> Danach gingen die Einweisungsziffern kontinuierlich zurück. Lediglich während des Ersten Weltkriegs stieg die Zahl inhaftierter Prostituierten noch einmal steil an. Bereits ab 1900 konnten verurteilte Prostituierte von den Landespolizeibehörden statt ins Arbeitshaus auch in Fürsorgeheime eingewiesen werden. Nachdem mit der faktischen Freigabe der Prostitution im Jahre 1927 der wichtigste Ein-

---

90 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 21.

91 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 21.

92 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 139.

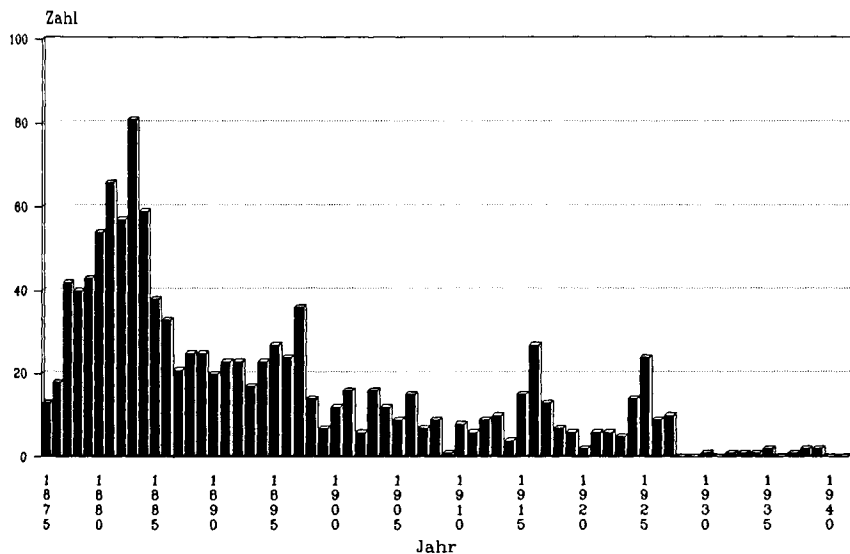
93 Vgl. die Einweisungsziffern für das Arbeitshaus Himmelstür bei Otto Mönkemöller, 1908, S. 17.

lieferungsgrund für Frauen wegfiel, kamen nur noch einzelne Frauen zur Verbüßung einer Arbeitshaushaft nach Breitenau.

Die Einweisungsgründe der Korrigendinnen wiesen eine völlig andere Struktur als die männlicher Korrigenden auf. Während Männer überwiegend wegen Bettelei oder Landstreicherei in die Arbeitshäuser gesperrt wurden, stand bei Frauen der Prostitutionsvorwurf im Mittelpunkt.

Schaubild 5

### Korrektionsanstalt Breitenau Einweisungen von Frauen aus dem Regierungsbezirk Kassel 1875–1941



Die Einweisungsgründe der Frauen sind in Breitenau wie bei den männlichen Korrigenden erst ab 1896 statistisch erfaßt.

## Korrigendinnen 1896-1915, Arbeitshaus Breitenau:

Landstreicherei und Bettelei, § 361 Nr. 3 u. 4	56	10,4 %
Müßiggang, § 361 Nr. 5	4	0,7 %
Prostitution, § 361 Nr. 6	469	87,0 %
Arbeitsscheu, § 361 Nr. 7	1	0,2 %
Obdachlosigkeit, § 361 Nr. 8	9	1,7 %

## Korrigendinnen 1896-1915, sämtliche preußischen Arbeitshäuser:

Landstreicherei und Bettelei, § 361 Nr. 3 u. 4	3 403	16,0 %
Müßiggang, § 361 Nr. 5	128	0,6 %
Prostitution, § 361 Nr. 6	16 051	75,3 %
Arbeitsscheu, § 361 Nr. 7	32	0,2 %
Obdachlosigkeit, § 361 Nr. 8	1 696	8,0 %

Mit Ausnahme des hannoverischen Arbeitshauses Himmelstür waren in Preußen männliche und weibliche Korrigenden stets in denselben Anstalten, jedoch in streng getrennten Abteilungen, untergebracht.<sup>94</sup> Während die Trennung verschiedener Insassengruppen in den Arbeitshäusern, insbesondere in den vergleichsweise kleinen Frauenabteilungen, hauptsächlich auf dem Papier stehen blieb, versuchte das Personal die Trennung von Männern und Frauen absolut zu gestalten. Schon das Breitenauer Bauprogramm von 1874 bestimmte, die Trennung nach Geschlechtern habe einen strengeren Charakter,

---

94 Zu in Arbeitshäusern untergebrachten Frauen vgl. H. Stursberg, Die Prostitution in Deutschland und ihre Bekämpfung, Düsseldorf 1886, S. 59-70; Otto Mönkemöller, 1908; ders., Die Kriminalität der Korrigendin, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 5 (1908), S. 506-536; Robert von Hippel, 1895, S. 265-268; Erna Runkel, Der Einfluß des Arbeitshauses auf die weibliche Kriminalität, Diss. Göttingen 1926; Luzie Heinrich, Erzieherisches Wirken in einem Arbeitshaus, in: Mädchenschutz 3 (1926), S. 1-5; Orth, Erziehungsarbeit an den weiblichen Insassen des Arbeitshauses Brauweiler, in: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz 3 (1927), S. 207-209; Löw, Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der Arbeitsanstalt, in: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz 3 (1927), S. 156-158; L. Schemmel, Herkunft und Persönlichkeit von 400 Insassinnen des Arbeitshauses Aichach, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 27 (1936), S. 161-169; Carla Fratzscher, Der Vollzug von Arbeitshaus- und Sicherungsverwahrung an Frauen in den Lübecker Gefangenenanstalten, in: Zeitschrift für Strafvollzug 10 (1961), S. 79-81; Lerke Gravenhorst, Soziale Kontrolle abweichenden Verhaltens. Fallstudien an weiblichen Insassen eines Arbeitshauses, Frankfurt <sup>2</sup>1972; für das Arbeitshaus Breitenau vgl. Bertha Kunreuther, 1918, S. 84-88.

als die Trennung der Landarmen von den Korrigenden.<sup>95</sup> Jeder Kontakt zwischen männlichen und weiblichen Anstaltsinsassen war streng verboten und wurde gegebenenfalls disziplinarisch hart bestraft. Männer und Frauen sollten sich nicht einmal aus der Ferne sehen. Ein ehemaliger Breitenauer Häftling erinnert sich, daß die Aufseher beim morgendlichen Antreten der Arbeitskolonnen auf dem Anstaltshof beim Erscheinen von weiblichen Häftlingen sofort "kehrt um!" riefen. Die Männer mußten dann mit dem Gesicht zur Wand stehen bis die Frauen außer Sichtweite waren. Gleichzeitig wird jedoch berichtet, daß Männer und Frauen sich gegenseitig in den vis à vis gelegenen Schlafsälen heimlich beim Umkleiden beobachten konnten.<sup>96</sup> Im übrigen fanden Häftlinge verschiedenen Geschlechts stets Mittel und Wege zum Austausch von Kassibern. Eine Zeitlang diente hierfür die Anstaltsschusterei als für beide Geschlechter erreichbare geheime Poststation.<sup>97</sup>

Obwohl die Breitenauer Frauenabteilung nach der Jahrhundertwende meist unterbelegt war, konnte sich die Verwaltung nicht zu einer völligen Schließung der Frauenabteilung durchringen, weil mit Ausnahme der Küche die gesamte Hauswirtschaft, die Wäscherei und das Instandsetzen der Anstaltskleidung ausschließlich in den Händen weiblicher Gefangener lag.

Insgesamt verkomplizierte die gemeinsame Unterbringung von Männern und Frauen den Anstaltsbetrieb erheblich. Für die Frauenabteilung mußten eigens Aufseherinnen eingestellt werden. Ständig mußte darauf geachtet werden, daß männliche und weibliche Insassen vollständig getrennt blieben. Da im Arbeitsbetrieb Frauenkolonnen manchmal von männlichen Aufsehern beaufsichtigt wurden, lassen sich auch sexuelle Übergriffe von Aufsehern auf weibliche Anstaltsinsassen nachweisen.<sup>98</sup>

Die weiblichen Insassen bereiteten dem Breitenauer Anstaltspersonal größere Disziplinschwierigkeiten als die männlichen Korrigenden.<sup>99</sup> "Die Faulheit, Frechheit und Unbotmäßigkeit dieser Weiber läßt sich nicht beschreiben, es

---

95 Bauprogramm für die zu Breitenau herzustellende Corrigenden- und Landarmen-Anstalt, in: Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1875, Anlage 37, Unteranlage 1, Sp. 17.

96 Gespräch mit Gustav K., 14.8.1987; siehe auch Archiv des LWV- Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9783, 26.6.1930.

97 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8962.

98 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 59, S. 60; Nr. 9514, S. 22.

99 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 60 RS, S. 98 RS; zu den Disziplinschwierigkeiten mit Korrigendinnen vgl. Georg Steigertahl, Die Bekämpfung asozialer Elemente durch die Nachhaftstrafe, in: Jahrbuch der Gefängnisgesellschaft für die Provinz Sachsen und Anhalt, Halle 1925, S. 97.

sind bis jetzt alle Disziplinarstrafen erfolglos geblieben", klagte Direktor Nettelbeck bereits im Jahresbericht 1878 über eingelieferte Frauen.<sup>100</sup> Gegen Frauen verhängte die Direktion erheblich häufiger als gegen Männer Disziplinarstrafen und die gefürchteten Haftverlängerungen. Von 1886 bis 1918 wurde bei 26 Prozent der Männer, aber bei nicht weniger als 60 Prozent der Frauen die Haftzeit verlängert. Es wäre jedoch voreilig, diesen eklatanten Unterschied allein mit einer geschlechtsspezifisch größeren Unangepaßtheit der Korrigendinnen erklären zu wollen. Da die Frauen fast ausschließlich innerhalb der Anstaltsmauern in geschlossenen Räumen beschäftigt wurden, sind bei ihnen als Renitenz geahndete Haftpsychosen häufiger aufgetreten als bei den hauptsächlich mit landwirtschaftlichen Außenarbeiten beschäftigten Männern. Außerdem bleibt unklar, ob die Frauen tatsächlich undisziplinierter waren oder nur vom Personal härter bestraft wurden.

## Prostituierte

Wegen 'Gewerbsunzucht' bzw. 'Kontrollübertritt' verurteilte Frauen stellten die überwiegende Mehrheit der nach Breitenau eingelieferten Korrigendinnen. Von 1896 bis 1915 wurden 469 von 539 eingelieferten Frauen (= 87 %) wegen Prostitution nach Breitenau gebracht.<sup>101</sup>

§ 361 Nr. 6 des Strafgesetzbuchs von 1871 bedrohte "eine Weibsperson, welche, polizeilichen Anordnungen zuwider, gewerbsmäßig Unzucht treibt" mit bis zu sechswöchiger Haft. Diese Formulierung erwies sich jedoch schnell als zu ungenau, insbesondere weil Prostitution in Orten straffrei blieb, in denen keine konkreten polizeilichen Anordnungen zur Reglementierung der Prostitution verfügt waren. Der Wortlaut des Gesetzes ließ die Interpretation zu, daß Prostitution grundsätzlich straffrei blieb und sich Prostituierte lediglich auferlegten polizeilichen Anordnungen fügen mußten. Eine Novelle zum Reichsstrafgesetzbuch von 1876 beseitigte diese Unsicherheit. Nun war eine "Weibsperson" mit Haft bedroht, "welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt ist, wenn sie den in dieser Hinsicht zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes

---

100 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 81 RS.

101 Statistik der zum Ressort des Königlich Preußischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse, 1896-1915.



erlassenen polizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, oder welche, ohne einer solchen Aufsicht unterstellt zu sein, gewerbsmäßig Unzucht treibt".<sup>102</sup> Jetzt war Prostitution eindeutig grundsätzlich strafbar. Nur wenn die Prostituierten sich in die sittenpolizeilichen Dirnenlisten einschreiben ließen und die überaus strengen Vorschriften beachteten, blieb Prostitution geduldet.<sup>103</sup>

Diese Vorschriften gegen die freiwillig oder auf bloßen Verdacht hin zwangsweise unter sittenpolizeiliche Überwachung gestellten Frauen ('Kontrollmädchen') waren so eng, daß ein strafbarer 'Kontrollübertritt' kaum vermeidbar war, wenn eine der Kontrolle unterstellte Frau nur halbwegs am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wollte. Die Reglementierungsvorschriften wurden für jede Stadt gesondert erlassen und bestimmten neben den gesundheitspolizeilichen Vorgaben in erster Linie die Straßen und Stadtgebiete, die als Sperrgebiete von Prostituierten grundsätzlich nicht betreten werden durften. In Kassel durften eingeschriebene Prostituierte nach einer 1897 gültigen Vorschrift die Obere Königsstraße, den Friedrichsplatz, die Schöne Aussicht, die Karlsau, den Fürstengarten und das Tannenwäldchen nicht betreten.<sup>104</sup>

Außerdem war Prostituierten gewöhnlich der Besuch von Theatern, Konzerten, Museen und Ausstellungen untersagt. Ferner schränkten die Vorschriften den Aufenthalt in Gaststätten, Cafés, Lokalen und öffentlichen Parkanlagen stark ein oder verboten ihn ganz. Ob der Besuch eines verbotenen Gebiets mit einem 'Unzuchtsgang' verbunden war, blieb dabei völlig unerheblich. Frauen, die als Prostituierte arbeiteten, sollten vollständig aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Außerdem reglementierten die Vor-

---

102 Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich, RGBL., 1876, S. 112; vgl. Ellen Scheuner, Die Gefährdetenfürsorge, Berlin 1930, S. 102; zur Rechtsgeschichte der Bestrafung der Prostitution vgl. Robert Schmölder, Die Bestrafung und polizeiliche Behandlung der gewerbsmäßigen Unzucht, Düsseldorf 1892; vgl. ders., Die Prostituierten und das Strafrecht, München 1911; vgl. A. Korn, Strafrechtsreform oder Sittenpolizei? (Zu § 361 Nr. 6 des Reichsstrafgesetzbuchs), Leipzig 1897; vgl. Alix Westerkamp, Gesetzliche Bestimmungen, in: Anna Pappritz (Hrsg.), Einführung in das Studium der Prostitutionsfrage, Leipzig 1919, S. 47-98; vgl. Hilde Schrakamp, Die Strafrechtliche Bekämpfung der gewerbsmäßigen Unzucht und ihrer Nebenerscheinungen, Diss. Münster 1928; vgl. Carl Brintzer, Strafrechtliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Prostitution. Eine rechtshistorische Untersuchung, Diss. Kiel 1933.

103 Vgl. Robert Schmölder, Die gewerbsmäßige Unzucht und die zwangsweise Eintragung in die Dirnenliste, Berlin 1894, S. 13-16; vgl. Eva Lewin, Das moderne Prostitutionswesen. Eine verwaltungsrechtliche und sozialpolitische Studie unter besonderer Berücksichtigung preussischer Verhältnisse, Diss. Tübingen 1925, S. 57 f; vgl. Michael Bargon, 1982, S. 73; StA Marburg, Bestand 175, Nr. 186; vgl. Sybille Leitner, 1990, S. 270 f.

104 StA Marburg, Bestand 175, Nr. 186, 4.1.1897, Nr. 193, S. 25.

schriften genauestens die eigentliche Ausübung der Prostitution.<sup>105</sup> Den eingeschriebenen Frauen war untersagt, Männer anzusprechen oder sich am Fenster ihrer Wohnung zu zeigen.

Grundsätzlich kriminalisiert waren alle Frauen, die als Prostituierte arbeiteten, ohne in die polizeilichen Listen eingeschrieben zu sein. Dies betraf in erster Linie die vielen Gelegenheitsprostituerten und alle minderjährigen Frauen, die - weil nicht sein kann, was nicht sein darf - grundsätzlich nicht unter sittenpolizeiliche Kontrolle gestellt wurden.

Nur eine Minderheit der als Prostituierte arbeitenden Frauen war in die polizeilichen Dirnenlisten eingeschrieben. Das Dunkelfeld war mindestens zehnmal so groß.<sup>106</sup> Speziell ausgebildete Beamte der Sittenpolizei kontrollierten in Straßen und Lokalen, ob die Vorschriften eingehalten wurden. Außerdem fahndeten sie nach Frauen, die sie für heimliche Prostituierte hielten.<sup>107</sup> Verdächtig waren alle Frauen, die mit verschiedenen Männern Verabredungen trafen, insbesondere wenn sie kein geregeltes Einkommen nachweisen konnten.

Wegen Prostitutionsverdacht festgenommene Frauen wurden nach einer Nacht im Polizeigefängnis am nächsten Morgen verhört und bei Verdacht auf Geschlechtskrankheiten ärztlich untersucht. Erstmals aufgegriffene Frauen

---

105 Vgl. die Berliner Polizeivorschriften zur Regelung der Prostitution von 1902 bei Wilhelm Hammer, *Zehn Lebensläufe Berliner Kontrollmädchen*, Berlin/ Leipzig<sup>18</sup> o.J., S. 22-26; vgl. Verwaltungs-Bericht des Königlichen Polizei-Präsidiums von Berlin für die Jahre 1871-1880, Berlin 1882, S. 500-502; vgl. die von 1876 bis 1922 in Hamburg gültige Polizeivorschrift, abgedruckt bei Alfred Urban, *Staat und Prostitution in Hamburg vom Beginn der Reglementierung bis zur Aufhebung der Kasernierung (1807-1922)*, Hamburg 1927, S. 86-88; vgl. die Münchener Vorschriften bei Carl Brintzer, 1933, S. 114; siehe auch Sybille Leitner, 1990, S. 272 f; für Wiesbaden Hessisches HStA Wiesbaden, Bestand 405, Nr. 8962, S. 10 f; für Hannover, Frankfurt, Köln, Magdeburg, Erfurt vgl. StA Marburg, Bestand 175, Nr. 193, S. 202-222; materialreich H. Stursberg, 1886, S. 31-36; vgl. Camillo Karl Schneider, *Die Prostituierte und die Gesellschaft*, Leipzig 1908, S. 22-25; vgl. Ellen Scheuner, 1930, S. 104; vgl. Paul Kampffmeyer, *Die Prostitution als soziale Klassenerscheinung und ihre sozialpolitische Bekämpfung*, Berlin 1905, S. 61-67; vgl. Abraham Flexner, *Die Prostitution in Europa*, Berlin 1921, S. 410-431.

106 Vgl. Paul Hirsch, *Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen*, Berlin 1907, S. 121; vgl. Lynn Abrams, 1988, S. 193; vgl. Ellen Scheuner, 1930, S. 146; vgl. Röschmann, *Prostitution*, in: Julia Dünner (Hrsg.), *Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege*, Berlin<sup>2</sup> 1929, S. 504; vgl. Abraham Flexner, 1921, S. 26 f.

107 Vgl. H. Stursberg, 1886, S. 38; vgl. Max Hagemann, *Sittenpolizei*, in: Fritz Stier-Somlo/ Alexander Elster (Hrsg.), *Handwörterbuch der Rechtswissenschaft*, Bd. 5, Berlin/ Leipzig 1928, S. 502-505; vgl. Abraham Flexner, 1921, S. 134; vgl. Verwaltungs-Bericht des Königlichen Polizei-Präsidiums von Berlin für die Jahre 1871-1880, Berlin 1882, S. 498-506; zum Aufgabengebiet der Sittenpolizei vgl. Gustav Roscher, *Großstadtpolizei*, Hamburg 1912, S. 255-259.

wurden in der Regel nur verwarnt, wiederholt aufgegriffene Frauen zwangsweise unter sittenpolizeiliche Kontrolle gestellt.

Gegebenenfalls erfolgte die Vorführung vor die Strafrichter.<sup>108</sup> Wie bei angeklagten Bettlern und Landstreichern dauerten bei Prostituierten die Gerichtsverhandlungen in der Regel nur wenige Minuten. Der Berliner Kammergerichtspräsident schilderte 1925 eine Massenverhandlung gegen dreißig wegen Prostitutionsverdachts angeklagte Frauen, die insgesamt gerade fünfzehn Minuten dauerte: "Die Angeklagten, die meist schon vor Gericht gestanden haben, geben nach Aufruf sogleich ohne Aufforderung ihre Personalien an. Nach kurzem Frage- und Antwortspiel zwischen Richter und Angeklagten wendet sich jener an den Amtsanwalt, der meist ohne Begründung und kaum verständlich einen Strafantrag - vorwiegend auf 1-2 Tage Haft - stellt. Noch bevor der Richter unmittelbar darauf das Erkenntnis verkündet, haben sich die Angeklagten vielfach wieder in den Hintergrund der umfriedeten Anklagebank zurückgezogen und beantworten von dort die Frage des Richters 'zufrieden?' oder ähnlich, gewöhnlich mit 'ja'. Die ganze Verhandlung hat etwas Schablonenhaftes, Automatisches an sich..."<sup>109</sup>

### *Prostituierte in Breitenau*

Das Aufnahmebuch der aus dem Regierungsbezirk Kassel in das Arbeitshaus Breitenau eingelieferten Korrigendinnen gibt für die Jahre 1902 bis 1918 in 140 Fällen Prostitution als Einweisungsgrund an.<sup>110</sup> Die Hälfte dieser Frauen war unter 25 Jahre alt. Das Durchschnittsalter lag bei 29 Jahren. Die älteste wegen Prostitution eingewiesene Frau war 57 Jahre alt.

---

108 Das Verfahren ist ausführlich geschildert bei Abraham Flexner, 1921, S. 129-131; vgl. P. Martell, Polizei und Sittenkontrolle, in: Archiv für soziale Hygiene und Demographie 2 NF (1926/27), S. 465-468.

109 GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8053, S. 165 RS; Über Verurteilungsziffern wegen "Gewerbsunzucht" oder "Kontrollübertritt" aufgrund des Paragraphen 361 Nr. 6 StGB liegen reichsweit keine Statistiken vor.

110 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 21; die Zahlenangaben dieses Kapitels beziehen sich auf dieses Sample von 140 Aufnahmen. Bei der Auswertung der Angaben für Ehestand, Kinderzahl, Schulbildung, Beruf und Geburtsort wurden bei wiederholten Aufnahmen nur die Angaben bei der ersten Aufnahme berücksichtigt (109 Fälle).

bis 20 Jahre	5	3,6 %
20 bis 29 Jahre	86	61,9 %
30 bis 39 Jahre	31	22,3 %
40 bis 49 Jahre	11	7,9 %
50 bis 59 Jahre	6	4,3 %
nicht ermittelt	1	-

Die wegen Prostitution eingelieferten Frauen waren im Untersuchungszeitraum weit weniger Dauerkunden der Arbeitshäuser als die Hauptgruppe der Insassen, die männlichen Bettler und Landstreicher. Fast die Hälfte der Frauen wurde erstmals in eine Arbeitsanstalt eingeliefert.

erste Einlieferung	60	48,8 %
zweite Einlieferung	25	20,3 %
dritte Einlieferung	12	9,8 %
vierte Einlieferung	14	11,4 %
fünfte Einlieferung	2	1,6 %
sechste Einlieferung	8	6,5 %
siebte Einlieferung	2	1,6 %
nicht ermittelt	17	-

Im Gegensatz zu den Bettlern und Landstreichern hat es bei den in den Jahren 1902 bis 1918 nach Breitenau eingewiesenen Prostituierten nur einen sehr kleinen harten Kern gegeben, auf den Polizisten und Richter immer wieder zugegriffen. Zwei Drittel der wegen Prostitution nach Breitenau eingewiesenen Frauen waren überhaupt noch nie oder nur einmal zuvor in einer Arbeitsanstalt. Die Ziffern bestätigen die von A. Flexner und E. Grabe bereits in den zwanziger Jahren vertretene und jüngst von Lynn Abrams bekräftigte These, daß es aus dem Prostitutionsmilieu durchaus wieder Wege zurück ins bürgerliche Leben gab.<sup>111</sup>

Die Durchschnittsdauer der Arbeitshaushaft der regulär entlassenen Prostituierten betrug 12,2 Monate. Zwei Drittel der Frauen waren spätestens nach einem Jahr wieder aus Breitenau entlassen.

---

<sup>111</sup> Vgl. Abraham Flexner, 1921, S. 19; vgl. E. Grabe, Spätschicksale von Fürsorgezöglingen und Prostituierten, in: Archiv für Kriminologie 75 (1923), S. 171-200; vgl. Lynn Abrams, 1988, S. 197; vgl. Sybille Leitner, 1988, S. 162.

bis 6 Monate	40	33,1 %
7 bis 12 Monate	39	32,2 %
13 bis 18 Monate	17	14,0 %
19 bis 24 Monate	25	20,7 %

Keine Breitenauer Korrigendengruppe erhielt so häufig diziplinarische Haftverlängerungen wie die Prostituierten. Bei 26,4 Prozent der in den Jahren 1902 bis 1918 eingelieferten Prostituierten verlängerten die Regierungspräsidien auf Antrag der Direktion die Haftzeit. Bei den wohnungslosen Männer betrug die Verlängerungsquote im genannten Zeitraum 13,1 Prozent; bei Zuhältern 13 Prozent; bei wohnungslosen Frauen 16,2 Prozent.

66,6 Prozent der wegen Prostitution eingelieferten Frauen waren bei ihrer ersten Breitenauer Einweisung ledig; verheiratet waren 24,1 Prozent. 9,3 Prozent der Frauen waren bereits verwitwet, geschieden oder getrennt lebend. 78,9 Prozent der Frauen waren kinderlos, 14,7 Prozent hatten ein Kind. Mehr als ein Kind hatten nur 6,4 Prozent der eingewiesenen Prostituierten.

Die Angaben über die Schulbildung lauten "kann lesen, schreiben, rechnen" bei 47,5 Prozent, "kann lesen, schreiben" ebenfalls 47,5 Prozent. Keine Angabe findet sich bei 5,0 Prozent der wegen Prostitution eingewiesenen Frauen.

Ähnlich wie Bettler und Landstreicher konnten auch die Breitenauer Prostituierten recht lange Vorstrafenlisten mit durchschnittlich 27 Eintragungen vorweisen, die sich jedoch hauptsächlich aus Übertretungen gemäß § 361 Nr. 6 StGB zusammensetzten.<sup>112</sup>

keine Vorstrafen	6	4,3 %
1 bis 10 Vorstrafen	51	37,5 %
11 bis 20 Vorstrafen	26	19,1 %
21 bis 30 Vorstrafen	13	9,6 %
31 bis 40 Vorstrafen	11	8,1 %
41 bis 50 Vorstrafen	9	6,6 %
51 bis 60 Vorstrafen	2	1,5 %
61 bis 70 Vorstrafen	2	1,5 %
71 bis 80 Vorstrafen	3	2,2 %
81 bis 90 Vorstrafen	2	1,5 %
91 bis 100 Vorstrafen	2	1,5 %

---

112 Vgl. Mönkemöller, 1908; Mönkemöllers Untersuchung der Vorstrafenlisten von 1 920 Korrigendinnen des Arbeitshauses Himmelstür differenziert leider nicht nach Einweisungsparagrafen.

über 100 Vorstrafen	9	6,6 %
nicht ermittelt	4	-

Bis zur faktischen Freigabe der Prostitution im Jahre 1927 lebten Frauen, die als Prostituierte arbeiteten, entweder als 'geheime Prostituierte' vollständig illegal, oder waren als 'Kontrollmädchen' in ihren Lebensäußerungen so eingeschränkt, daß sich der strafbare 'Kontrollübertritt' kaum vermeiden ließ. Konflikte mit der Polizei und gegebenenfalls Anklage drohten täglich. In München wurden 1907 jährlich durchschnittlich 2,5 Strafverfahren gegen eine registrierte Prostituierte eingeleitet.<sup>113</sup> Wie bei angeklagten Wohnungslosen hatten die Richter bei vor Gericht stehenden Prostituierten völlig freie Hand, ob sie im Anschluß an eine Haftstrafe wegen 'Kontrollübertritt' oder 'Gewerbsunzucht' eine Überweisung an die Landespolizeibehörde zwecks Arbeitshausunterbringung aussprachen. Bei immerhin sechs der von 1902 bis 1918 nach Breitenau eingewiesenen Prostituierten verhängten Richter auch gegen zuvor völlig unbestrafte Frauen eine Arbeitshauseinweisung, die bei anderen Frauen erst nach ein oder zwei Dutzend Übertretungen sittenpolizeilicher Vorschriften ausgesprochen wurde.

Im Jahre 1880 wurden von der Berliner Sittenpolizei insgesamt 12 872 Frauen sistiert, von denen 7 593 Frauen gemäß § 361 Nr. 6 StGB bestraft wurden. 459 Frauen, d.h. jede 28. der ursprünglich aufgegriffenen Frauen, wurden zur Arbeitshaushaft verurteilt.<sup>114</sup> Aus München liegen ähnliche Ziffern vor. Dort kamen 1891 auf 246 gerichtliche Verfahren wegen 'Gewerbsunzucht' nur 16 Arbeitshauseinweisungen.<sup>115</sup>

Der Mediziner Arthur Hermann Hübner hat 1907 die Vorstrafenlisten von vierundsechzig in eine Berliner psychiatrische Anstalt eingelieferten Prostituierten ausgewertet. Die vierundsechzig Frauen hatten insgesamt 1 966 Strafen erhalten, davon allein 1 700 Strafen wegen unerlaubter Prostitution. Insgesamt wurden dabei 36 Arbeitshausunterbringungen verhängt, d.h. nur jede 47. Verurteilung wegen Prostitution war mit einer Arbeitshauseinweisung verbunden.<sup>116</sup>

---

113 Vgl. Sybille Leitner, 1990, S. 273.

114 Verwaltungsbericht des Königlichen Polizei-Präsidiums von Berlin für die Jahre 1871-1880, Berlin 1882, S. 506.

115 Vgl. Sybille Leitner, 1990, S. 271.

116 Vgl. Arthur Hermann Hübner, Über Prostituierte und ihre strafrechtliche Behandlung, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 3 (1907), S. 646.

Auch der Kölner Arzt Kurt Schneider fand in den Lebensgeschichten von siebzig in den Jahren 1913/14 zur Zwangsbehandlung wegen Geschlechtskrankheiten in die Kölner Universitätsklinik eingewiesenen Prostituierten zwar durchweg Vorstrafen wegen 'Gewerbsunzucht' oder 'Kontrollübertritt', aber nur zwölf Lebensläufe mit Arbeitshausunterbringung.<sup>117</sup>

Die zitierten Untersuchungen zeigen, daß der Konflikt mit Polizei und Strafrecht zum Alltag von Prostituierten gehörte, eine Arbeitshauseinlieferung jedoch vergleichsweise selten stattfand. Haupteffekt der strafrechtlichen Bedrohung der Prostituierten war das Hinabdrücken in einen von großer Unsicherheit geprägten entrechteten Status. Die Gefahr einer Arbeitshauseinweisung drohte täglich, auch wenn die tatsächliche Einlieferung relativ selten vorgenommen wurde. Im Lebenslauf von Prostituierten spielte die Arbeitshausunterbringung insgesamt keine große Rolle. Insofern erfüllte die Reglementierung auch beim riesigen Dunkelfeld der nicht in die Dirnenlisten eingeschriebenen Prostituierten durchaus ihren Zweck. Die - bezogen auf die Gesamtzahl aller Prostituierten - seltenen Arbeitshausstrafen sollten die Frauen dazu zwingen, sich entweder den sittenpolizeilichen Vorschriften zu fügen oder so verdeckt zu arbeiten, daß ihre Tätigkeit weder für gesittete Bürger noch für die Polizei ruchbar wurde.<sup>118</sup> Bezogen auf die Minderheit der polizeibekannten, in die sittenpolizeilichen Listen eingeschriebenen Prostituierten spielte das Arbeitshaus allerdings eine nicht zu unterschätzende Rolle. Am 18. Juni 1888 waren in Kassel laut Angabe des Polizeipräsidioms 128 Frauen unter sittenpolizeiliche Kontrolle gestellt. Davon waren 46 Frauen in Kassel anwesend, bei 49 Frauen war der Aufenthalt unbekannt und 33 Frauen sollen sich in Strafanstalten, Arbeitshäusern und Asylen aufgehalten haben. Am genannten Stichtag befanden sich von den 128 in die Kasseler Dirnenliste eingeschriebenen Frauen immerhin zwölf als Korrigendinnen in Breitenau.<sup>119</sup>

Zeitgenössische Untersuchungen über die berufliche und soziale Herkunft von Prostituierten im Kaiserreich betonten immer wieder den hohen Anteil von Dienstmädchen und Kellnerinnen.<sup>120</sup> Auch in neueren Arbeiten ist daraus eine

---

117 Vgl. Kurt Schneider, Studien über Persönlichkeit und Schicksal eingeschriebener Prostituerter, Berlin 1921; vgl. auch E. v. Grabe, 1923, S. 185.

118 Vgl. Kurt Schneider, 1921, S. 124; vgl. Regina Schulte, 1979, S. 182.

119 StA Marburg, Bestand 175, Nr. 193, S. 94, nach Vergleich mit dem Frauenaufnahmebuch, Bestand 231, Nr. 21.

120 Vgl. Alfred Blaschko, Die Prostitution im 19. Jahrhundert, Berlin 1902, S. 24; vgl. Bonhoeffer, Zur Kenntnis des großstädtischen Bettel- und Vagabondentums, Zweiter Beitrag: Prostituierte, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 23 (1903), S. 109; vgl. Eva Lewin, 1925, S. 21; vgl. Paul Kampffmeyer, 1905, S. 115-120; vgl. Paul Hirsch,

besondere Gefährdung von Dienstmädchen und Kellnerinnen abgeleitet worden.<sup>121</sup> Karin Walser hat 1985 darauf hingewiesen, daß der hohe Dienstmädchenanteil unter den Prostituierten lediglich die tatsächliche Berufsverteilung der in Frage kommenden Altersgruppen widerspiegelte. Von einer überdurchschnittlichen Gefährdung der Frauen dieser Berufe könne daher keine Rede sein.<sup>122</sup>

Die Berufsangaben des Breitenauer Frauenaufnahmebuchs sind im Zusammenhang dieser Kontroverse wenig ergiebig. Bei wiederholten Einweisungen derselben Frau wechseln die im Frauenaufnahmebuch verzeichneten Berufsangaben recht häufig, weil es letztendlich dem Breitenauer Büropersonal überlassen blieb, ob eine eingelieferte Prostituierte als 'liederliche Dirne', 'Ehefrau' oder 'Arbeiterin' in die Bücher eingetragen wurde. 67,9 Prozent der Berufsangaben der in den Jahren 1902 bis 1918 eingewiesenen Prostituierten lauten 'liederliche Dirne', 'Dirne' oder 'Prostituierte'. 'Ehefrau' wird in 7,3 Prozent der Eintragungen genannt. Häufigste Berufsbezeichnung, die auf eine frühere Berufstätigkeit schließen läßt, ist mit 14,7 Prozent 'Dienstmagd' bzw. 'Dienstmädchen'. 'Arbeiterin' bzw. 'Fabrikarbeiterin' wird bei 8,3 Prozent der Frauen genannt; 'Schneiderin' und 'Waschfrau' taucht je einmal als Berufsangabe auf. Die konkrete Bezeichnung für eine Prostituierte lautet im Frauenaufnahmebuch von 1875 an durchgängig 'liederliche Dirne'. 1895 taucht erstmals die Bezeichnung 'Prostituierte' auf. Bis 1918 wechselt dann die Bezeichnung zwischen 'Prostituierte' und 'Dirne'.

Bei 105 von Amtsgerichten des Regierungsbezirks Kassel von 1902 bis 1918 wegen Prostitution nach Breitenau eingewiesenen Frauen konnte der Geburtsort festgestellt werden. Immerhin 62 Frauen (= 59,0 %) waren im Regierungsbezirk Kassel geboren, 15 von ihnen in der Stadt Kassel. Nur 41 Frauen stammten aus den übrigen Gebieten des Deutschen Reichs. Zwei Frauen waren in Österreich geboren.<sup>123</sup> Die Karte zeigt, daß die Geburtsorte sich

---

1907, S. 96-99; vgl. Hans Haustein, Die Prostitutionsfrage als sozialökonomisches Problem, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 1 (1925/26), S. 308.

121 Vgl. Regina Schulte, 1979, S. 69-88.

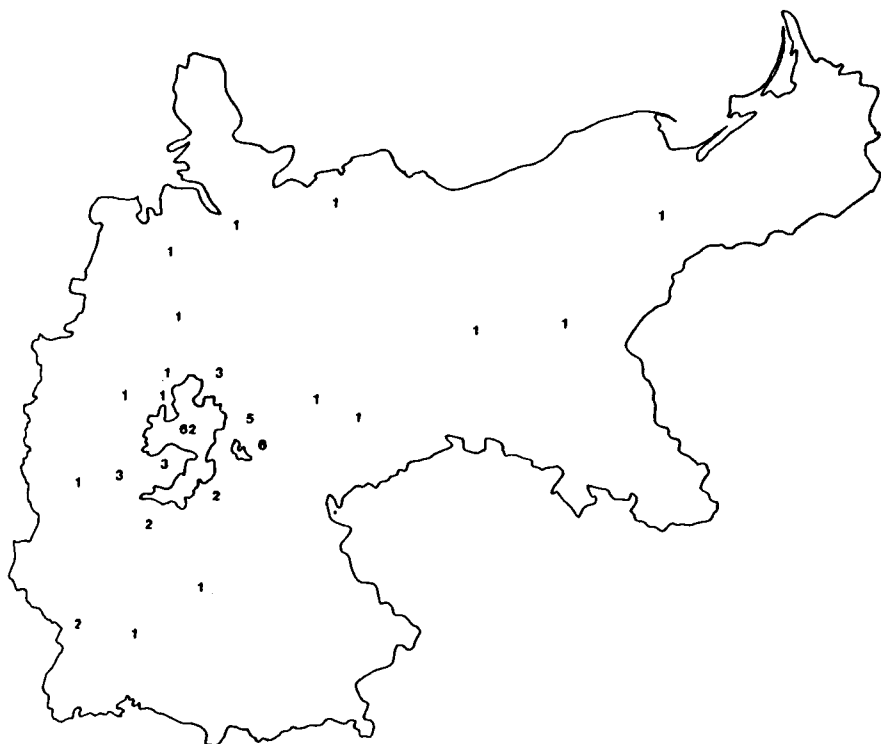
122 Vgl. Karin Walser, 1985, S. 99-111; vgl. Sybille Leitner, 1988, S. 161.

123 Bei wiederholter Aufnahme wurde nur die Angabe der ersten Aufnahme berücksichtigt. Es waren geboren in den Verwaltungsbezirken Marienwerder 1, Frankfurt/Oder 1, Posen 1, Merseburg 1, Erfurt 5, Hildesheim 3, Minden 1, Arnshagen 1, Kassel 62, Wiesbaden 3, Koblenz 1, Unterfranken 2, Leipzig 1, Schwarzwaldkreis 1, Jagstkreis 1, Starkenburg 2, Oberhessen 3, Mecklenburg-Schwerin 1, Sachsen-Weimar 4, Sachsen-Koburg-Gotha 2, Waldeck 1, Schaumburg-Lippe 1, Bremen 1, Hamburg 1, Unterelsaß 2, in Österreich 2 Personen.



deutlich um den in der Mitte der Karte eingezeichneten Regierungsbezirk Kassel gruppieren. Bei den wegen Prostitution nach Breitenau eingelieferten Frauen handelte es sich mehrheitlich offensichtlich nicht um völlig entwurzelte Frauen. Auffällig ist, daß die Mobilität der nach Breitenau eingewiesenen Zuhälter geringer war als die der Prostituierten.

Geburtsorte der zwischen 1902 und 1918 im Regierungsbezirk Kassel wegen Prostitution ins Arbeitshaus Breitenau eingewiesenen Frauen:



Eine im Jahre 1900 im Zusammenhang mit der lex Heinze verabschiedete Novelle des § 362 StGB bestimmte, daß die Landespolizeibehörden bei Prostituierten anstelle von Arbeitshausunterbringung auch Zwangseinweisung in Besserungs- und Erziehungsanstalten verhängen konnten. Als Besserungsan-

stalten kamen neben den "Magdalenen-Asylen" insbesondere die Klöster "Zum guten Hirten" in Frage, die 1918 immerhin etwa viertausend Plätze für "gefallene Mädchen" boten. Genutzt werden konnten aber auch die vielen Heime privater und kirchlicher Wohlfahrtsorganisationen, wie die des Katholischen Fürsorgevereins, der in den dreißiger Jahren gut einhundert Heime mit etwa sechstausend Plätzen betrieb.<sup>124</sup> Eine Heimunterbringung auf der Grundlage des § 362 StGB durfte, wie die eigentliche Arbeitshausunterbringung, zwei Jahre nicht überschreiten. Die Unterbringungszeit wurde jedoch von den Landespolizeibehörden in der Regel für einen längeren Zeitraum angesetzt als eine ursprünglich vorgesehene Arbeitshaushaft. So hatte das Regierungspräsidium Wiesbaden 1923 eine zwanzigjährige Prostituierte ursprünglich für sechs Monate nach Breitenau eingewiesen, die Arbeitshaushaft dann aber zugunsten einer einjährigen Unterbringung in einer Erziehungsanstalt ausgesetzt.<sup>125</sup>

Die Herausnahme von als noch rettbar eingeschätzten jungen Prostituierten aus den Arbeitsanstalten und deren Einweisung in Fürsorgeanstalten dokumentiert, daß um die Jahrhundertwende sowohl Gesetzgeber wie Fürsorgeexperten vom Besserungsgedanken der Arbeitshäuser nicht mehr vollkommen überzeugt waren.

Nach jahrzehntelangem Kampf der Abolitionistischen Bewegung<sup>126</sup> und langem parlamentarischem Tauziehen wurde 1927 die Prostitution weitgehend legalisiert.<sup>127</sup> Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 galt allgemein als Kompromiß zwischen völliger Freigabe und

---

124 Vgl. Ellen Scheuner, 1930, S. 157-158; vgl. Paul Kampffmeyer, 1905, S. 111-114; vgl. H. Stursberg, 1886, S. 82-92.

125 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9749, S. 3-4; Nr. 118, S. 168.

126 Vgl. Veritas (d.i. Irma v. Troll-Borostyáni), Die Prostitution vor dem Gesetz. Ein Appell an's deutsche Volk und seine Vertreter, Leipzig 1893; vgl. Alfred Blaschko, 1902; vgl. Katharina Scheven, Die Übel der Reglementierung der Prostitution, Dresden <sup>3</sup>1903 (= Abolitionistische Flugschriften, Heft 2); Anna Pappritz, 1907, S. 46; zu Differenzen zwischen Abolitionisten und Sozialdemokratie vgl. Paul Kampffmeyer, 1905, S. 71; vgl. Max Quarck, Gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten, Berlin 1921; vgl. Mechthild Deutmoser/ Birgit Ebert, "Leichte Mädchen", hohe Herren und energische Frauen. Die Hamburger Frauenbewegung im Kampf gegen Prostitution und Doppelmoral 1896-1906, in: Jörg Berlin (Hrsg.), Das andere Hamburg, Köln 1981, S. 140-161; vgl. Florian Tennstedt, 1979, S. 646-655.

127 RGBl., 1927, Teil I, S. 61; vgl. Anna Pappritz, Die Reglementierung, eine vergangene Form der Prostitutionsbekämpfung, in: Freie Wohlfahrtspflege 2 (1927), S. 204-213; vgl. Eva Lewin, 1925, S. 80 ff; vgl. Max Quarck, Gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten. Zur Durchführung des Gesetzes vom 18. Februar 1927, Kiel o.J.; vgl. Max Hagemann, Prostitution, in: Alexander Elster/ Heinrich Lingemann (Hrsg.), Handwörterbuch der Kriminologie, Berlin/ Leipzig 1936, S. 414-419.

der längst gescheiterten straffen Reglementierung der Prostitution.<sup>128</sup> Die Aufsicht über die Prostituierten wurde von der Sittenpolizei auf die kommunalen Gesundheitsämter übertragen. Medizinische und fürsorgerische Prophylaxe sollte die polizeiliche Repression ersetzen.<sup>129</sup> Die Reglementierung und polizeiliche Erfassung in Dirnenlisten fiel vollständig weg. Damit wurde insbesondere die Situation der vielen heimlichen Prostituierten und der Gelegenheitsprostituerten verbessert.<sup>130</sup> Nach § 361 Nr. 6 StGB strafbar war jetzt nur noch Prostitution an bestimmten Orten, oder falls Frauen sich in Sitte und Anstand verletzender Weise öffentlich prostituierten.<sup>131</sup> Die Möglichkeit einer Arbeitshausunterbringung in Anschluß an eine Verurteilung wegen Prostitution blieb unverändert bestehen. Da jedoch nach dem neugefaßten § 361 Nr. 6 StGB nur noch sehr eingeschränkt abgeurteilt werden konnte, war ab 1927 strafrechtliche Arbeitshausunterbringung aufgrund des Prostitutionsvorwurfs faktisch abgeschafft.

Von 1927 bis zum Machtantritt der Nationalsozialisten weist der Breitenauer Aktenbestand nur eine Einweisung wegen Prostitution nach. Aufgrund einer erneuten Verschärfung der Strafbarkeit der Prostitution im Jahre 1933 erlebten die Einweisungen von Prostituierten mit bis 1938 insgesamt 35 Einlieferungen wieder einen gewissen Aufschwung, ohne daß jedoch die Einweisungsziffern des Kaiserreichs erreicht wurden.<sup>132</sup>

*Elisabeth D.*

Zwei Drittel der nach Breitenau eingelieferten Prostituierten kam zum ersten oder zweiten Mal in ein Arbeitshaus. Häufigere Einlieferungen waren bei den Prostituierten weit seltener als bei den wohnungslosen Männern.

---

128 Das Scheitern der Reglementierung ist hervorragend geschildert bei A. Blaschko, Prostitution, in: A. Grotjahn/ J. Kaup (Hrsg.), Handwörterbuch der sozialen Hygiene, Bd. 2, Leipzig 1912, S. 184-189; vgl. Hans v. Pezold, Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten als Kompromiß, in: Archiv für soziale Hygiene und Demographie 2 NF (1926/27), S. 468; vgl. Richard J. Evans, Prostitution, State and Society in Imperial Germany, 1976, S. 112-115; vgl. Abraham Flexner, 1921, S. 275-296.

129 Vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, 1988, S. 31.

130 Vgl. Gaby Zürn, 1986, S. 132.

131 Vgl. Kurt Wespe, Die rechtliche Regelung der Prostitution, Diss. Hamburg 1930; vgl. Leopold Schäfer, Prostitution und Rechtsprechung, Berlin 1933.

132 Diese Verschärfung wurde vom Reichsministerium des Innern bereits in den letzten Jahren der Weimarer Republik betrieben, siehe ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 27217/8, S. 93; Gesetz zur Abänderung strafrechtlicher Vorschriften. Vom 26. Mai 1933, RGBl., 1933, Teil I, S. 297; vgl. Max Hagemann, 1936, S. 418 f.

Die Kasseler Prostituierte Elisabeth D. bildete eher eine Ausnahme. Sie erlebte in einem Zeitraum von drei Jahrzehnten sechs Einweisungen nach Breitenau.<sup>133</sup> Elisabeth D. war gerade zwanzig Jahre alt, als 1895 ein Kasseler Amtsrichter gegen sie die erste Überweisung an die Landespolizeibehörde verfügte, die ihrerseits die in Breitenau zu verbüßende Arbeitshaushaft auf sechs Monate festlegte. Zu diesem Zeitpunkt hatte die junge Frau bereits zwölf Vorstrafen, davon zehn wegen 'Gewerbsunzucht', weshalb die Breitenauer Bürobeamten in Akten und Aufnahmebüchern "liederliche Dirne" als Berufsbezeichnung einsetzten.

Die Breitenauer Aufseherinnen hatten mit Elisabeth D. ihre liebe Not. Während ihres ersten Aufenthalts erhielt die Zwanzigjährige immerhin 16 Disziplinarstrafen, mit insgesamt 32 Tagen Arrest, unter anderem wegen "frechen Widerspruchs", lautem Sprechen im Schlafsaal und zu geringer Arbeitsleistung. Die Direktion beantragte deswegen beim Regierungspräsidenten Haftverlängerung. Die Begründung: "Die Hausordnung hat sie wiederholt nicht befolgt, an Reinlichkeit war sie nicht zu gewöhnen und bei der Arbeit zeigt sie eine ebenso große Faulheit und Gleichgültigkeit als sie bei allen anderen Gelegenheiten sich nur in frechen Redensarten bewegt. Zur Erreichung des Correctionszwecks ist jedenfalls eine wesentliche Nachhaftverlängerung nötig".

Die Verlängerung betrug zwölf Monate, das Doppelte der ursprünglichen Strafe. Auch während der Haftverlängerung verstieß Elisabeth D. wiederholt gegen die Hausordnung, so daß eine zweite Verlängerung von nunmehr sechs Monaten verhängt wurde. Eine nochmalige Verlängerung war nicht mehr möglich, weil die gesetzliche Höchststrafe von vierundzwanzig Monaten erreicht worden war. Nach zweijähriger Haft wurde Elisabeth D. mit 13,59 Mark Entlassungsgeld freigelassen, nachdem sie zuvor wie jede zur Entlassung anstehende Korrigendin schriftlich ermahnt wurde, "sich in Zukunft eines recht-schaffenen Wandels zu befleißigen".

Schon zwei Jahre später wurde sie wieder nach Breitenau eingeliefert. Die inzwischen 24jährige konnte jetzt schon eine Vorstrafenliste mit 32 Eintragungen, davon 27 wegen Prostitution vorweisen. Während der auf zwölf Monate angesetzten Arbeitshaushaft wurde sie wegen "Zankerei" mit ihren weiblichen Mitgefangenen und - was schwerer wog - wegen verbotener Kontaktaufnahme mit männlichen Gefangenen bestraft. Um die Höchststrafe von vierundzwanzig Monaten nicht allzu schnell auszuschöpfen, ging der Regierungspräsident diesmal bei den Haftverlängerungen behutsamer vor. Zwei-

---

133 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 3984.

mal verlängerte man die Haft um je vier Monate, dann um drei und schließlich verlängerte man die Haftzeit auch noch um den letzten gesetzlich möglichen vierundzwanzigsten Monat.

Elisabeth D. war nur sechs Monate in Freiheit bis sie zum dritten Mal, diesmal zunächst für achtzehn Monate nach Breitenau eingeliefert wurde. Auch diesmal erhielt sie wegen schlechter Führung fünf Monate Verlängerung. Bis zur vierten Breitenauer Einweisung vergingen über neun Jahre, von denen sie allerdings zwei Jahre im hannoverischen Arbeitshaus Himmelstür verbringen mußte. Die vierte Einweisung lautete 1912 auf einundzwanzig Monate, die fünfte 1923 auf fünfzehn Monate. Im Aufnahmebogen dieser fünften Einweisung schrieb der Anstaltspfarrer: "Will sich endlich bessern", setzte aber, da er wohl selbst nicht so recht an diese Beteuerung glauben wollte, ein Fragezeichen hinter diese Äußerung. Während der vierten und fünften Einweisung hatte Elisabeth D. keine Disziplinarstrafen mehr erhalten. Im Entlassungsbericht des fünften Breitenauer Aufenthalts wird Führung und Fleiß sogar als "gut" bezeichnet.

1925 wurde Elisabeth D., die inzwischen 144 Vorstrafen erhalten hatte, zum sechsten und letzten Mal wegen unerlaubter Prostitution nach Breitenau eingeliefert. Als man sie im Sommer 1926 entließ, hatte die inzwischen 51jährige seit 1895 insgesamt zwölf Jahre und fünf Monate in Arbeitshäusern zugebracht, außerdem wegen verschiedener Delikte noch fast zweieinhalb Jahre in Gefängnissen. Die etwa 130 kurzen Haftstrafen wegen Prostitution sind hierbei nicht berücksichtigt.

Im bei ihrer letzten Entlassung angefertigten Führungsbericht schrieb die Direktion an den Polizeipräsidenten in Kassel: "Führung: gut. Während ihrer 1. und 2. Unterbringung in der hiesigen Anstalt wurde die Nachhaft wegen tadelhafter Führung wiederholt verlängert." Daß die erste Einweisung 31 Jahre und die zweite 25 Jahre zurücklag, vergaß die Anstaltsleitung hinzuzufügen.

## **Wohnungslose Frauen**

Innerhalb der ohnehin kleinen Breitenauer Frauenabteilung bildeten die mit dem Vorwurf Bettelei, Landstreicherei oder Obdachlosigkeit eingewiesenen Frauen nur eine kleine Minderheit. Von 535 in den Jahren 1896 bis 1915 eingewiesenen Frauen wurden nur 65 (= 12,1 %) wegen dieser Delikte nach

Breitenau gebracht. Das Breitenauer Frauenaufnahmebuch gibt für die Jahre 1902 bis 1918 bei 37 Aufnahmen Bettelei, Landstreicherei oder Obdachlosigkeit als Einweisungsgrund an.<sup>134</sup> Die Frauen waren bei der Aufnahme in die Anstalt durchschnittlich 43 Jahre alt.

bis 20 Jahre	2	6,1 %
20 bis 29 Jahre	4	12,1 %
30 bis 39 Jahre	6	18,2 %
40 bis 49 Jahre	10	30,3 %
50 bis 59 Jahre	6	18,2 %
60 bis 69 Jahre	5	15,2 %
nicht ermittelt	4	-

Die Zahl der Vorstrafen war mit durchschnittlich elf Strafen vergleichsweise gering. Zwei Frauen hatten überhaupt keine Vorstrafen; 21 Frauen zwischen einer und zehn Vorstrafen. 18 Frauen, also fast die Hälfte, kam zum ersten Mal in eine Arbeitsanstalt. Bei acht Frauen war es die zweite, bei fünf die dritte Einweisung.

Die Bettlerinnen machten der Breitenauer Direktion vergleichsweise geringe Disziplinschwierigkeiten. Nur bei sechs der siebenunddreißig Einweisungsfälle (= 16,2 %) mußte die Arbeitshaushaft wegen schlechter Führung verlängert werden. Die Verlängerungsquote lag damit deutlich unter der von inhaftierten Prostituierten des hier untersuchten Zeitraums, bei denen in 26,4 Prozent der Einweisungsfälle eine Verlängerung ausgesprochen wurde.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitshaushaft lag bei den dreiunddreißig regulär Entlassenen bei 13,3 Monaten und war damit gut einen Monat länger als bei den Prostituierten.

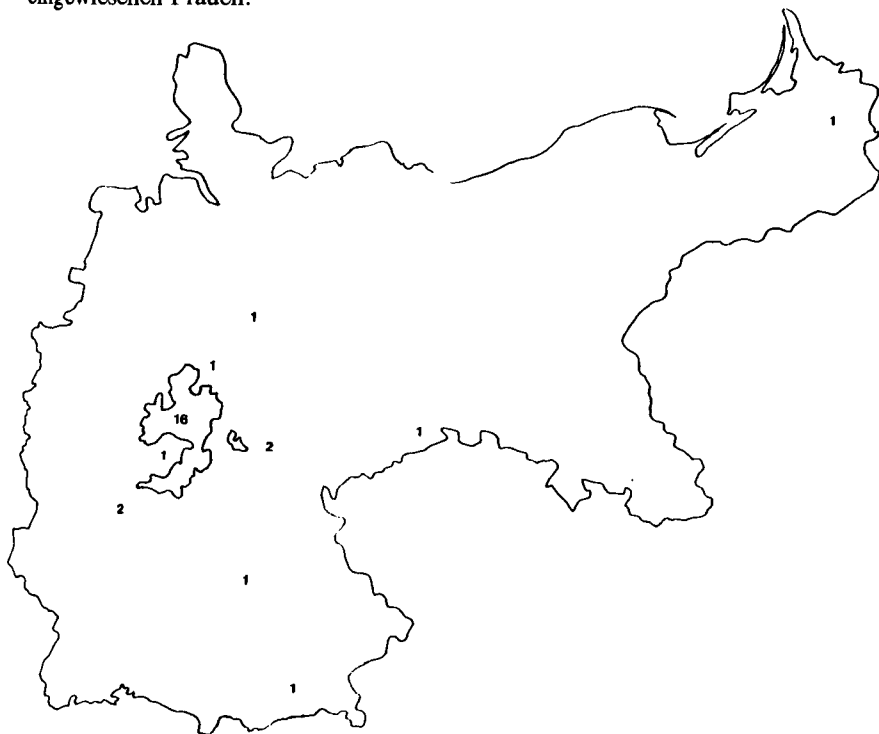
bis 6 Monate	12	36,4 %
7 bis 12 Monate	5	15,2 %
13 bis 18 Monate	6	18,2 %
19 bis 24 Monate	10	30,3 %

---

134 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 21; die folgenden Angaben beziehen sich auf dieses Sample (37 Fälle). Für die Auswertung von Berufsangabe, Schulbildung, Ehestand und Kinderzahl wurden bei wiederholter Einweisung derselben Frau nur die Angaben der ersten Einweisung berücksichtigt (29 Fälle).

Bei 28 wegen Bettelei, Landstreicherei oder Obdachlosigkeit in den Jahren 1902 bis 1918 von Gerichten des Regierungsbezirks Kassel verurteilten und nach Breitenau eingewiesenen Frauen ließ sich der Geburtsort feststellen. 16 von ihnen waren im Regierungsbezirk Kassel geboren. Nur 12 Frauen stammten aus anderen Gebieten des Deutschen Reichs.<sup>135</sup> Während bei den in Breitenau inhaftierten wohnungslosen Männern nur jeder fünfte aus dem Regierungsbezirk Kassel stammte, war mehr als die Hälfte der wohnungslosen Frauen in dem Regierungsbezirk geboren, in dem sie verhaftet wurden.

Geburtsorte der im Regierungsbezirk Kassel zwischen 1902 und 1918 wegen Bettelei, Landstreicherei oder Obdachlosigkeit in das Arbeitshaus Breitenau eingewiesenen Frauen:



<sup>135</sup> Bei wiederholter Aufnahme wurde nur die Angabe der ersten Aufnahme berücksichtigt. Es waren geboren im Verwaltungsbezirk Gumbinnen 1, Hildesheim 1, Kassel 16, Oberbayern 1, Mittelfranken 1, Dresden 1, Oberhessen 1, Rheinhausen 2, Sachsen-Weimar 1, Braunschweig 1, Sachsen-Koburg-Gotha 1 Person.

Die häufigste Berufsangabe der wohnungslosen Frauen ist in acht Fällen 'Arbeiterin', dreimal wurde 'Händlerin' bzw. 'Hausiererin' angegeben, zweimal 'Dienstmagd', viermal 'Tagelöhnerin', viermal wurde als Berufsbezeichnung 'Ehefrau' angegeben, zweimal 'Prostituierte' und einmal 'ohne Gewerbe'. Bei fünf Frauen gibt das Frauenaufnahmebuch 'Zigeunerin' als Berufsbezeichnung an. Dies ist im übrigen einer der wenigen Hinweise des gesamten Breitenauer Aktenbestandes auf eine Zugehörigkeit von Insassen zu den Volksgruppen der Sinti und Roma.

Bei keiner Breitenauer Insassengruppe fielen die Angaben über die Schulbildung so dürftig aus, wie bei den wohnungslosen Frauen. "Lesen, schreiben, rechnen" konnten sieben Frauen, "lesen und schreiben" dreizehn Frauen, nur "kann lesen" ist bei einer Korrigendin vermerkt. Bei immerhin acht der neunundzwanzig Frauen ist kein Eintrag über Lese- und Schreibfertigkeiten zu finden.

Nur zehn der wegen Betteleidelikten eingewiesenen Frauen waren ledig geblieben; ebenfalls zehn waren verheiratet, während neun geschieden oder verwitwet waren. Zehn der neunundzwanzig Frauen waren kinderlos geblieben.

Auch von 1919 bis 1945 findet sich nur in 15 von 109 erhaltenen Fallakten eingewiesener Frauen die Begründung Bettelei oder Landstreicherei. Von den fünfzehn Frauen zogen fünf mit einem Mann bzw. als Angehörige von Sinti- und Romafamilien umher. Bei zwei Frauen handelte es sich um wohnungslose Prostituierte, die von den Richtern nur über die Hilfsbegründung "Landstreicherei" verurteilt werden konnten. Nur vier der fünfzehn Frauen zogen nach Auskunft der Akten als alleinstehende wohnungslose Frauen umher. Elf der fünfzehn Frauen wurden zum ersten Mal ins Arbeitshaus eingewiesen.

Zwischen 1896 und 1915 wurden 2 005 Männer, jedoch nur 65 Frauen wegen Bettelei, Landstreicherei oder Obdachlosigkeit nach Breitenau eingeliefert.<sup>136</sup> Im Breitenauer Arbeitshaus kam im genannten Zeitraum auf einunddreißig männliche Wohnungslose nur eine wohnungslose Frau.

Der Frauenanteil der Wohnungslosen im Kaiserreich war gering, es werden durchweg Prozentziffern von unter zehn Prozent genannt. Victor Böhmert ermittelte bei den in den Jahren 1880 bis 1887 in Sachsen wegen Bettelei oder Landstreicherei bestraften Personen einen Frauenanteil zwischen 4,5 und 6,6 Prozent.<sup>137</sup> Vermutlich trat Obdachlosigkeit in geschlechtsspezifischen Erschei-

---

136 Statistik der zum Ressort des Königlich Preußischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse, 1896-1915.

137 Vgl. Victor Böhmert, 1888, S. 18; vgl. Georg Steigertahl, 1926, S. 21; zu wohnungslosen Frauen vgl. Hans Ostwald, Wandernde Frauen, in: Frankfurter Zeitung, 30.12.1927; vgl.



nungsformen auf. Während Männer vor Einführung der Arbeitslosenversicherung bei Arbeitslosigkeit, materieller Not und Obdachlosigkeit fast zwangsläufig zu Vagabunden wurden, blieb für Frauen in derselben Lebenssituation noch Prostitution als Überlebensform.<sup>138</sup> Als alleinige Erklärung reicht dies sicher nicht aus. Wichtiger erscheint, daß Frauen von vorneherein seltener in die kritischen Lebenssituationen gerieten, in denen Männer obdachlos wurden. Der weitgehende Ausschluß der Frauen aus dem öffentlichen Leben, ihre traditionelle Bindung an Heim und Herd, ihre geringere Mobilität und ihre niedrigere Delinquenz bildeten einen gewissen Schutz vor Krisensituationen, die in sozialer Entwurzelung enden konnten.<sup>139</sup>

## Landarme

Wie die meisten preußischen Arbeitshäuser diente die Breitenauer Anstalt nicht nur zur strafrechtlichen Arbeitshausunterbringung, sondern fungierte zugleich als Landarmenanstalt. Eine gesetzliche Verpflichtung, beide Anstaltstypen zusammenzulegen, existierte nicht. Es waren reine "Zweckmäßigkeits-Rücksichten", wie es im Breitenauer Bauprogramm hieß.<sup>140</sup> Die Vereinigung der Landarmenhäuser mit den ebenfalls von den Landarmenverbänden betriebenen Korrekptionsanstalten diskriminierte die Landarmen zudem in der Öffentlichkeit als Arbeitsscheue. Die geschlossene Landarmenunterbringung erhielt dadurch unverblünten Strafcharakter, der durch die Tatsache verstärkt wurde, daß nicht alle Landarmen in die geschlossenen Landarmenanstalten eingewiesen wurden. Aus dem Regierungsbezirk Kassel wurde 1887 berichtet, daß in die Landarmenanstalt Breitenau "nur bescholtene oder der Arbeitsscheu ver-

---

A.Schneble, Momente aus dem weiblichen Vagantenleben, in: Freiburger Tagespost, 7.2.1929; vgl. A. Fuchs, Frauen auf der Landstraße, in: Gisela Brinker-Gabler (Hrsg.), Frauenarbeit und Beruf, Frankfurt/M. 1979, S. 103-106.

138 Kritisch zu diesem Ansatz Wolfgang John, 1988, S. 43.

139 Vgl. Thomas Meier/ Rolf Wolfensberger, Nichtsesshaftigkeit und geschlechtsspezifische Ausprägungen von Armut, in: Anne-Lise Head/ Brigitte Schnegg (Hrsg.), Armut in der Schweiz (17.-20. Jh.), Zürich 1989, S. 33-42.

140 Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1875, Anlage 37, Unteranlage 1, Sp. 14.

dächtige" Personen, sowie Menschen mit "übertriebenen Ansprüchen an die öffentliche Armenpflege" geschickt wurden.<sup>141</sup>

Eine Unterbringung im Landarmenhaus dauerte definitionsgemäß nur so lange, wie öffentliche Armenunterstützung in Anspruch genommen wurde. Im Gegensatz zu den Korrigenden waren die Landarmen formal freiwillig in der Anstalt, da sie auf die Gewährung von Fürsorge verzichten konnten und dadurch die Rechtsgrundlage der Unterbringung wegfiel.<sup>142</sup> "Zur Aufnahme in das Landarmenhaus sind diejenigen Landarmen und Ortsarmen befähigt, hinsichtlich derer es für geeignet erachtet wird, die öffentliche Unterstützung, so lange dieselbe in Anspruch genommen wird, mittelst Unterbringung in einem Armenhause ... zu gewähren", hieß es im Regulativ für das Breitenauer Landarmenhaus von 1877.<sup>143</sup>

Die Landarmen spielten in der Breitenauer Anstalt nur eine untergeordnete Rolle. Bis 1919 waren gewöhnlich nur zwanzig bis dreißig männliche und, strikt von ihnen getrennt, fünf bis zehn weibliche Insassen in der Landarmenabteilung untergebracht. Die Aufnahmebücher für Landarme verzeichnen bis zum Ende des Kaiserreichs insgesamt 525 Aufnahmen von Männern und 110 Aufnahmen von Frauen.

In geringer Zahl brachte man in Breitenau auch Ortsarme unter, wobei 'ortsarm' in diesem Zusammenhang nicht bedeutete, daß diese Personen aus der näheren Umgebung der Anstalt stammten, sondern daß sie einen Unterstützungswohnsitz nachweisen konnten und vom zuständigen Ortsarmenverband gegen Bezahlung eines Tagespflegesatzes eingewiesen worden waren.<sup>144</sup> Als Ortsarme nahm die Anstalt von 1877 bis 1919 nur 83 Personen auf, die in Breitenau in jeder Beziehung wie die Landarmen behandelt wurden.<sup>145</sup>

---

141 Dehn-Rothfelser, Provinz Hessen-Nassau, in: F. Frhr. von Reitzenstein (Hrsg.), Die ländliche Armenpflege und ihre Reform, Freiburg i.B. 1887, S. 111.

142 Vgl. von Jarotzky, 1913, S. 31-33.

143 Regulativ über die innere Einrichtung und Verwaltung des communalständischen Landarmenhauses zu Breitenau, in: Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1877, Anlage 6, § 4.

144 Im Jahre 1888 60 Pf für Gesunde und 80 Pf für Kranke, Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 28, S. 12.

145 Aufnahme-Buch für Landarme Männer 1877-1919, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 27; Aufnahme-Buch Landarme Weiber 1877-1919, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 28; Aufnahme-Buch für Orts-Arme 1877-1919, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 26.

Die unmittelbare Verwaltung des Landarmenhauses war mit der Verwaltung der Korrektionanstalt identisch.<sup>146</sup> Hinsichtlich Trägerschaft, Dienstaufsicht, Haushaltsplan, Leitung, Personal, dem Guts- und Arbeitsbetrieb und der Verpflegung der Insassen haben wir zweifellos eine gemeinsame Anstalt vor uns. Trotzdem betonte die Verwaltung, vor allem in der Darstellung der Anstalt nach außen, den Charakter der Doppelanstalt und unterschied formal zwischen Korrigenden und Landarmen. Die Bezirkskommunalverwaltung erließ für die Korrektionsanstalt und die Landarmenanstalt jeweils getrennte Regulative und Hausordnungen. Die Anstaltskleidung der Landarmen unterschied sich in Farbe und Schnitt von der Uniform der Korrigenden. In Breitenau trugen die Korrigenden graue, die Landarmen dagegen blaue Anstaltskleidung.<sup>147</sup> Man brachte zumindest die männlichen Korrigenden und Landarmen so gut es ging in getrennten Gebäuden unter. Reglements und Hausordnungen bestimmten sogar eine in der Praxis nicht durchgeführte vollkommene Trennung der Landarmen von den Korrigenden. Die Hausordnung für das Landarmenhaus von 1877 verbot den Landarmen, überhaupt mit den Korrigenden zu sprechen.<sup>148</sup> Im Anstaltsalltag sind solche Bestimmungen dann aber eher pragmatisch gehandhabt worden. Zumindest für den Arbeitsbetrieb läßt sich eine strenge Gruppentrennung nicht mehr nachweisen. Das Regulativ für das Landarmenhaus von 1877 wies die Aufseher an, die Landarmen "unbeschadet des zur Erhaltung ihres amtlichen Ansehens erforderlichen Ernstes mit Freundlichkeit und Milde zu behandeln". Die Beamten sollten beachten, daß die Aufnahme der Landarmen keine Strafe darstellte. Den Armenunterstützungsempfängern solle ein Asyl geboten werden "in welchem sie bei Fleiß und Arbeitsamkeit, gesittetem Betragen und bescheidener Führung befriedigende Lebensbedingungen zu finden, erwarten dürfen".<sup>149</sup> Trotz dieser Bestimmungen unterschied sich der Anstaltsalltag der Landarmen kaum von dem der Korrigenden. Sie mußten Anstaltskleidung tragen, erhielten dieselbe Verpflegung wie die Korrigenden und wurden in einem Massenschlafsaal untergebracht. Nicht einmal Kranke und Sterbende konnten in ein besonderes Zimmer gelegt werden.<sup>150</sup> Noch 1914

---

146 Regulativ über die innere Einrichtung und Verwaltung des communalständischen Landarmenhauses zu Breitenau, 1877, § 3.

147 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 188, S. 14 RS.

148 Hausordnung für das Landarmenhaus zu Breitenau, in: Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1879, Anlage 3, Unteranlage 59, Sp. 25.

149 Ebenda, S. 12.

150 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 112, Bd. 1, S. 75.

wurde bei einer allgemeinen Revision der Anstalt moniert, daß das Landarmenhaus einen "ziemlich öden Eindruck" mache.<sup>151</sup>

Die Landarmen genossen allerdings einige symbolische Privilegien gegenüber den Korrigenden. Sie mußten von den Aufsehern mit 'Ihr' angesprochen werden, während bei den Korrigenden bis 1912 das degradierende 'du' erlaubt war.<sup>152</sup> Die auf fürsorgerechtlicher Grundlage Untergebrachten waren außerdem von der bei männlichen Korrigenden vorgeschriebenen "Beschneidung des Haupthaars und Abnahme des Bartes" ausgenommen. Den Landarmen war gestattet, an Sonn- und Feiertagen unbeaufsichtigt Spaziergänge "im viertelmeiligen Umkreis" der Anstalt zu unternehmen, wofür spezielle Erlaubnis-karten ausgegeben wurden, mit denen die Anstaltspforte passiert werden durfte. Bei diesen Sonntagsspaziergängen war "jedes Ansprechen der Mildthätigkeit und jeder Besuch von Wirtshäusern, Bier- oder Brantweinschenken" streng verboten.<sup>153</sup> Trotz dieses Verbots wurde es für die Anstaltsleitung zum ärgerlichen Dauerproblem, daß die Landarmen von ihren Ausflügen regelmäßig völlig betrunken zurückkehrten, weil sie sich Geld für Alkoholika zusammengebettelt oder Anstaltsbrot gegen Schnaps eingetauscht hatten.<sup>154</sup> Infolge eines Beschlusses des Kommunallandtags konnte ab 1899 auch gegen Landarme Arrest als Disziplinarstrafe verhängt werden, während zuvor allenfalls Essensentzug möglich war.<sup>155</sup> Der Versuch Arreststrafen für Landarme einzuführen, scheiterte 1889 zunächst am Einspruch des Oberpräsidenten.<sup>156</sup> Der Kommunallandtag unterlief diesen Einspruch, indem man den trotzdem eingeführten Arrest verschämt "Absonderung" nannte. Um den angeblichen Unterschied zum gegen Korrigenden verhängten Arrest deutlich zu machen, blieb eine zuvor für Korrigenden genutzte Arrestzelle ausschließlich für diese "Absonderung" vorbehalten.<sup>157</sup> Die "Absonderung" von Landarmen konnte bis zu vierzehn Tagen dauern, das Essen konnte dabei auf

---

151 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 58; Nr. 1, S. 4 RS, Nr. 188, S. 144.

152 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10411, 20.1.12, 10.2.12.

153 Hausordnung für das Landarmenhaus zu Breitenau, in: Verhandlungen des Kommunal-Landtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1879, Anlage 3, Unteranlage 59, Sp. 23.

154 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 74; Nr. 9536, S. 9.

155 Verhandlungen des Kommunal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1890, Bd. 1, Sp. 50; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 25; Verhandlungen des Kommunal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1899, Sp. 50.

156 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 60.

157 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 66.

drei Viertel der üblichen Menge begrenzt werden. Direktor Schmidt berichtete im Jahresbericht 1899, er sei dadurch in den Lage, "die widerspenstigen und aufreizenden Elemente" unter den Landarmen zur Raison zu bringen.<sup>158</sup>

Auch die Landarmen unterlagen in Breitenau striktem Arbeitszwang, der sich aus der allgemeinen Arbeitspflicht von Fürsorgeempfängern ergab. Arbeitsverweigerung von Fürsorgeempfängern konnte aufgrund von § 361 Nr. 7 StGB mit Haft und Arbeitshauseinweisung strafrechtlich verfolgt werden. Die oft arbeitsbeschränkten Landarmen beschäftigte man in Breitenau zumeist mit häuslichen Arbeiten wie Kartoffelschälen und Gemüseputzen. "Die Leistungsfähigkeit derselben ist gleich null", schrieb Direktor Nettelbeck im Jahresbericht 1877.<sup>159</sup>

Mitunter erhielten Landarme Vertrauensposten im Anstaltsbetrieb. So wurde 1880 ein einarmiger Landarmer zur Aufsicht im Viehstall eingesetzt, um die dort beschäftigten Korrigenden bei der Arbeit einzuweisen. Ebenfalls in den achtziger Jahren versahen Landarme den Pfortendienst der Anstalt.<sup>160</sup>

Eingewiesene Landarme konnten, bei Verzicht auf jede weitere Armenunterstützung, jederzeit ihre Entlassung verlangen.<sup>161</sup> 1877 beantragte bereits im ersten Monat nach Eröffnung des Landarmenhauses ein 56jähriger Metallendreher nach nur sieben Unterbringungstagen seine Freilassung. "Wenn er arbeiten solle", zitierte ihn die Direktion im Jahresbericht, "bliebe er nicht in der Anstalt, dann könne er sich auch noch außerhalb seinen Unterhalt erwerben".<sup>162</sup> Im Jahre 1879 beantragten vier von vierzehn eingewiesenen Landarmen ihre unverzügliche Entlassung. Im Jahresbericht 1879 charakterisierte sie Direktor Nettelbeck:

1. Johannes F., 30 Jahre alt, war sehr gut im Stande sich seinen Unterhalt zu erwerben.
2. Johannes L., 60 Jahre alt, ein herumziehender Uhrmacher, wurde kurze Zeit nach der Entlassung als Corrigend eingeliefert, er hätte sich seinen

---

158 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 25; im Landarmenhaus Himmelstür konnten härtere Strafen verhängt werden, vgl. Otto Mönkemöller, 1908, S. 228.

159 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 59; Nr. 64, S. 132 RS, S. 258 RS.

160 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 115, S. 150 RS.

161 Vgl. dazu das Formular in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8479, S. 29; Nr. 8686, S. 1.

162 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 57.

Unterhalt erwerben können, aber der Hang zum Herumziehen ist zu vorherrschend bei ihm.

3. Conrad M., 58 Jahre alt, machte allerlei Versprechungen vom Unterkommen pp. wurde aber bald wiedergebracht, ein ebenso fauler als auch lügenhafter Mensch.
4. Elisabeth H., 52 Jahre alt, war ein vollständig gesundes Frauenzimmer, die sich ihren Lebensunterhalt selbst erwerben konnte, gab selbst an, daß sie in Folge des Brandweintrinkens so heruntergekommen sei, daß sie die Unterstützung aufgesucht habe, es wäre ihr aber klar geworden, daß sie ohne Brandwein trinken recht gut arbeiten könne."<sup>163</sup>

Eine rechtlich fragwürdige Ausnahme vom Prinzip der formal freiwilligen Arbeitshausunterbringung von Unterstützungsempfängern bildeten unterhaltspflichtige Personen, deren Angehörige Armenunterstützung erhielten. Diese Personen wurden vereinzelt auch gegen ihren Willen in der geschlossenen Armenpflege festgehalten. So lehnte der Landesdirektor im Jahre 1884 ein Entlassungsgesuch eines auf Kosten des Ortsarmenverbandes Hanau untergebrachten 69jährigen Tagelöhners ab, weil eines seiner Kinder Armenunterstützung erhielt.<sup>164</sup> Der Tagelöhner blieb bis zu seinem Tod im Sommer 1885 in der Breitenauer Landarmenabteilung.

## Landarme Männer

Die 514 in den Aufnahmebüchern verzeichneten Aufnahmen landarmer Männer zwischen 1877 und 1919 bezogen sich aufgrund wiederholter Aufnahmen auf nur 362 verschiedene Personen. Hinsichtlich der Aufenthaltsdauer lassen sich drei Grundmuster unterscheiden:

- Einmalige Aufnahme mit Entlassung innerhalb weniger Monate. 103 der 362 im Kaiserreich aufgenommenen landarmen Männer haben das Breitenauer Landarmenhaus innerhalb von sechs Monaten wieder verlassen, ohne später erneut aufgenommen zu werden.

---

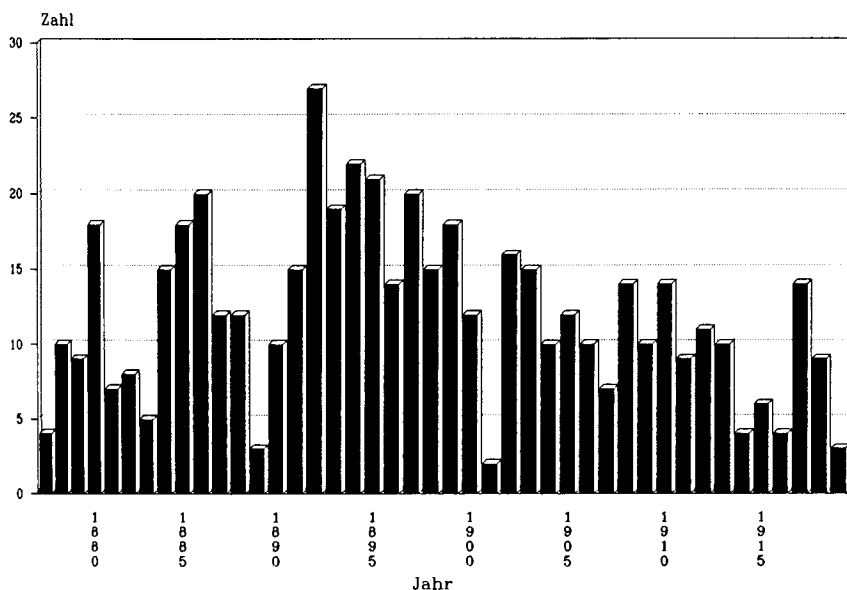
163 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 95.

164 StA Marburg, Bestand 171, Nr. 253.

- Aufenthalt bis zum Tod. 119 der nur einmal Aufgenommenen blieben bis zum Tod in der Anstalt, wobei 51 Männer sogar innerhalb Jahresfrist starben. Hierunter fielen insbesondere wegen Entlassungsunfähigkeit als Landarme übernommene bettlägerige Korrigenden. Fünf Männer starben erst nach über zehnjährigem ununterbrochenem Aufenthalt im Landarmenhaus. Die längste Unterbringungsdauer betrug 19 Jahre.
- Häufiger Wechsel zwischen Freiheit und Landarmenhaus. 13 Männer wurden dreimal, 8 viermal, 4 fünfmal, 2 sechsmal und jeweils 3 sieben bzw. achtmal nach Breitenau eingewiesen.

Schaubild 6

### Landarmenhaus Breitenau Einweisungen von Männern 1877–1919



Der permanente Wechsel zwischen Freiheit und Landarmenhaus läßt sich bei einigen Insassen anhand der Aufnahmebücher nachzeichnen. Der bei seiner ersten Landarmenhausunterbringung 69jährige Johann M. wurde zwischen 1891 und 1898 insgesamt achtmal ins Landarmenhaus Breitenau eingeliefert. Johann M. starb 1902 fast achtzigjährig in der Anstalt. Zwischen seinen Anstaltsaufenthalten befand er sich manchmal nur wenige Wochen in Freiheit. Johann M. befand sich im Landarmenhaus Breitenau:

16.11.1891 bis 7. 4.1892 5 Monate  
27. 6.1892 bis 26. 2.1893 8 Monate  
10. 2.1894 bis 15. 6.1894 4 Monate  
12. 7.1894 bis 21. 6.1895 11 Monate  
27. 7.1895 bis 20. 5.1896 10 Monate  
23. 7.1896 bis 05. 6.1897 10 Monate  
02. 7.1897 bis 28. 3.1898 9 Monate  
15.10.1898 bis 06.11.1902 49 Monate.

Für die Anstaltsverwaltung war die wiederholte Aufnahme von Landarmen, die manchmal bereits nach wenigen Tagen erneut ihre Entlassung beantragten, nur lästig, weil diese nur "Schreibereien" verursachten, aber gleichzeitig im Arbeitsbetrieb kaum Leistung lieferten.

Die Direktion forderte wiederholt Maßnahmen, um die Landarmen gegebenenfalls zwangsweise zurückhalten zu können. Die Kasseler Bezirkskommunalverwaltung wies dies mit Hinweis auf die eindeutige Rechtslage stets zurück.<sup>165</sup> "Mit beginnendem Frühjahr", klagte die Direktion, "kommen alljährlich die Landarmen in großer Zahl u. bitten um Entlassung. In den seltensten Fällen sind diese Gesuche begründet; die Antragsteller wollen nur Veränderung ihrer Lebensweise, ernähren sich im Sommer vom Betteln, arbeiten wohl auch hier und da zur Aushilfe gegen Kost u. eine etwaige geringe Vergütung bringen sie in gewohnter Weise durch. Wenn sie dann körperlich wieder so herunter sind, daß sie niemand mehr beschäftigen will, oder wenn der Winter in Sicht ist, melden sie sich wieder beim Landarmen-Verband."<sup>166</sup> Schaubild 7 zeigt, daß die Landarmen tatsächlich zum überwiegenden Teil im Frühjahr entlassen wurden.<sup>167</sup>

---

165 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 28, S. 14-16 RS.

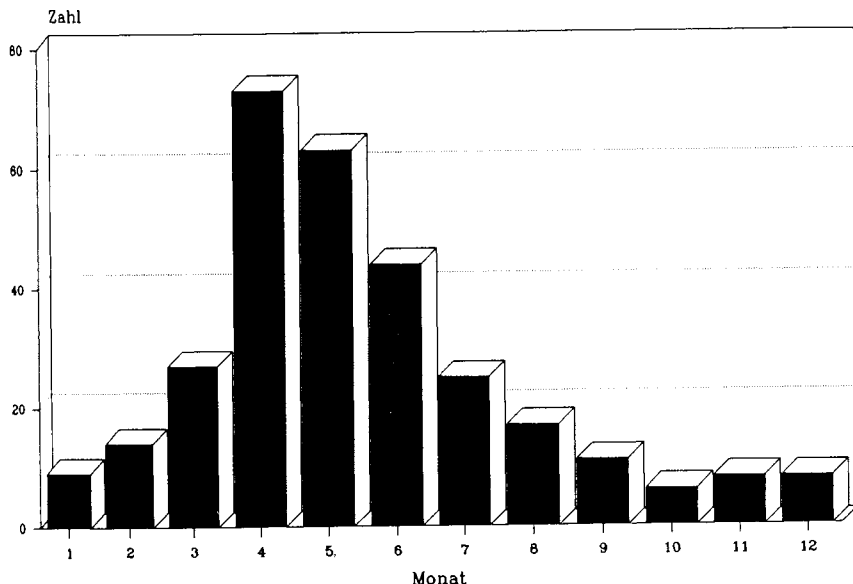
166 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 28, S. 13 RS.

167 Für das Schaubild 7 wurden nur die 305 Entlassungen in Freiheit herangezogen.



Schaubild 7

# Landarmenhaus Breitenau Entlassungsmonate der Männer 1877-1919

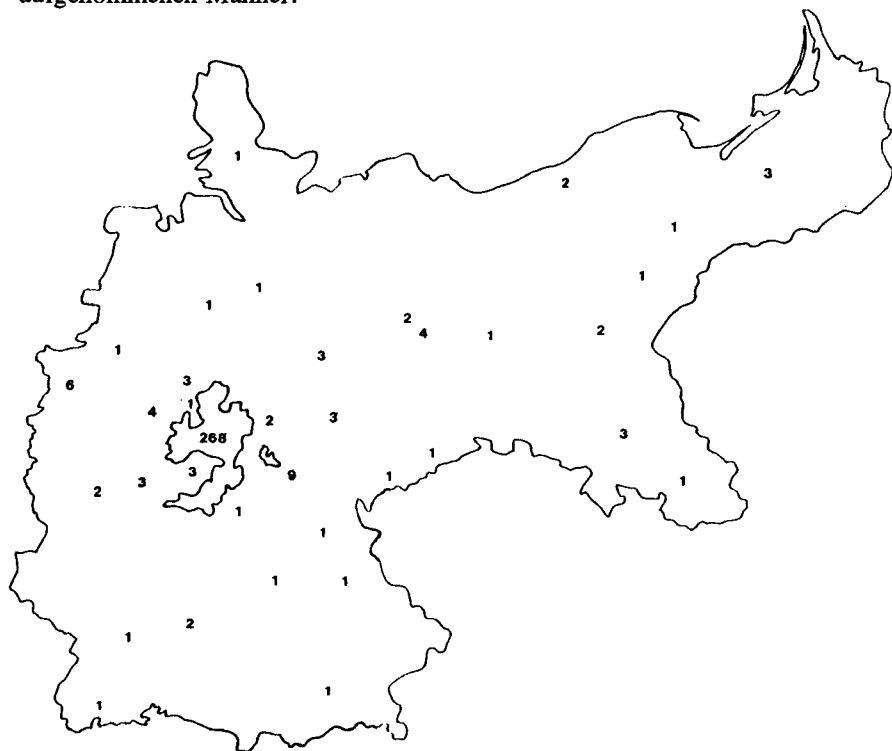


Die in Breitenau untergebrachten landarmen Männer stammten nur zum kleinen Teil aus hochmobilen Bevölkerungsschichten. Die Mehrheit der als Landarme eingewiesenen Männer war im Regierungsbezirk Kassel geboren. Bei 352 der 362 männlichen Landarmen ließ sich der Geburtsort bestimmen. Bei 268 von ihnen (= 76,1 %) gibt das Aufnahmebuch "Landarme Männer" einen Ort des Regierungsbezirks Kassel als Geburtsort an. Nur 76 Männer stammten aus anderen Gebieten Deutschlands, 8 Männer waren im Ausland geboren.<sup>168</sup> Das

<sup>168</sup> Bei wiederholter Aufnahme wurde nur die Angabe der ersten Aufnahme berücksichtigt. Es waren geboren im Verwaltungsbezirk Königsberg 3, Marienwerder 1, Stadt Berlin 2, Potsdam 4, Frankfurt/ Oder 1, Köslin 2, Posen 2, Bromberg 1, Breslau 3, Oppeln 1, Magde-

zeitgenössische Bild vom heimatlosen Landarmen, der als wurzelloser Wanderer durch das gesamte Reich vagabundiert und mehr oder weniger zufällig einem beliebigen Landarmenverband zur Last fällt, war eine Fiktion.<sup>169</sup> Drei Viertel der in Breitenau untergebrachten Landarmen waren Einheimische des Kasseler Regierungsbezirks, die durch Wohnungsverlust oder Wohnortwechsel ihren Unterstützungswohnsitz verloren hatten.

Geburtsorte der zwischen 1875 und 1918 in die Landarmenanstalt Breitenau aufgenommenen Männer:



burg 3, Merseburg 3, Erfurt 2, Schleswig 1, Hannover 1, Lüneburg 1, Münster 1, Minden 3, Arnsherg 4, Kassel 268, Wiesbaden 3, Koblenz 2, Düsseldorf 6, Oberbayern 1, Oberpfalz 1, Oberfranken 1, Mittelfranken 1, Unterfranken 1, Dresden 1, Zwickau 1, Neckarkreis 2, Lörrach 1, Heidelberg 1, Oberhessen 3, Sachsen-Weimar 2, Sachsen-Meiningen 1, Sachsen-Koburg-Gotha 2, Anhalt 1, Schwarzburg-Rudolstadt 3, Waldeck 1, im Ausland 8 Personen.

<sup>169</sup> So bei Emil Münsterberg, 1890, S. 68.

Die landarmen Männer waren bei ihrer ersten Einlieferung durchschnittlich 57 Jahre alt. Der jüngste Landarme war bei der Aufnahme gerade 14 Jahre alt, der älteste 84 Jahre. Die Hälfte der erstmals eingelieferten männlichen Landarmen war über 59 Jahre alt. Die am stärksten besetzte Altersklasse war die der 60- bis 69jährigen, in der sich fast ein Drittel der Aufgenommenen befand.

unter 20 Jahre	5	1,4 %
20 bis 29 Jahre	7	2,0 %
30 bis 39 Jahre	24	6,8 %
40 bis 49 Jahre	57	16,1 %
50 bis 59 Jahre	87	24,5 %
60 bis 69 Jahre	113	31,8 %
70 bis 79 Jahre	61	17,2 %
über 80 Jahre	1	0,3 %
nicht ermittelt	7	-

Diese Altersangaben beziehen sich auf den Tag der ersten Einlieferung. Die Altersstruktur an einem bestimmten Stichtag ergibt daher wesentlich höhere Werte. So waren die elf am 1. Januar 1890 anwesenden landarmen Männer durchschnittlich 68 Jahre alt. Fünf von ihnen waren über siebzig Jahre alt. Die Breitenauer Landarmenabteilung war nichts anderes als ein primitives Altersheim für Hilfsbedürftige.

Bei ihrer ersten Einweisung waren 58,4 Prozent der landarmen Männer ledig, 30,4 Prozent waren bereits verwitwet, weitere 0,9 Prozent waren geschieden oder lebten getrennt. Nur bei 10,3 Prozent der landarmen Männer bestand eine Ehe.

71,7 Prozent der Männer gaben an, keine Kinder zu haben. 9,0 Prozent der landarmen Männer hatte ein Kind, 8,7 Prozent zwei Kinder. Drei oder mehr Kinder sind bei 10,5 Prozent der landarmen Männer verzeichnet.

Die Schulbildung wurde bei 70,8 Prozent mit "kann lesen und schreiben" angegeben, "kann lesen, schreiben, rechnen" mit weiteren 15,3 Prozent. Nur "kann lesen" wurde bei 6,2 Prozent der Männer eingetragen, während bei 7,1 Prozent der Männer überhaupt kein Eintrag über Schulbildung zu finden ist.

Im Aufnahmebuch "Landarme Männer" ist für die Jahre 1877 bis 1918 bei 118 von 362 aufgenommenen Männern (= 32,6 %) 'Tagelöhner' als Beruf angegeben. In weiteren 34 Fällen lautet die Eintragung 'Arbeiter'. Häufigste konkrete Berufsbezeichnung ist 'Schneider' in 16 Fällen, 'Dienstknecht' bzw.

`Knecht' wird in 14 Fällen, `Schuhmacher' in 9 Fällen, `Kaufmann' und `Schreiner' in jeweils 8 Fällen genannt.

Bei immerhin 92 Prozent der eingewiesenen Landarmen handelte es sich um gelernte oder ungelernte Arbeiter:

Ambulantes Gewerbe	1	0,3 %
Ungelernte Arbeiter	176	48,6 %
Gelernte Arbeiter und Handwerker	157	43,4 %
Meister	0	0,0 %
Freie Berufe	0	0,0 %
Beamte	0	0,0 %
Untere Angestellte	9	2,5 %
Akademiker	0	0,0 %
Kaufleute	10	2,8 %
Selbständige Landwirte	1	0,3 %
Leitende Angestellte	0	0,0 %
Unternehmer	0	0,0 %
Ohne Angabe	6	1,6 %
Kinder	2	0,6 %

161 der 362 nach Breitenau eingelieferten landarmen Männer starben in der Anstalt. Dabei fällt auf, daß ein recht hoher Anteil bereits in den ersten Monaten nach der Aufnahme starb. Offensichtlich wurden viele Landarme bereits krank in die Anstalt eingeliefert. Gestorbene Landarme wurden auf dem Breitenauer Anstaltsfriedhof beerdigt, während die Leichen von Korrigenden der Anatomie in Marburg zugeführt werden konnten. Dieses für das Selbstwertgefühl der Landarmen gegenüber den Korrigenden sicher nicht zu unterschätzende Privileg wurde 1890 abgeschafft. Danach lieferte die Anstaltsleitung auch die Leichen verstorbener Landarmer an die Marburger Anatomie ab, sofern nicht "ein aus eigenem Antrieb geäußerter Wunsch" des Verstorbenen entgegenstand.<sup>170</sup>

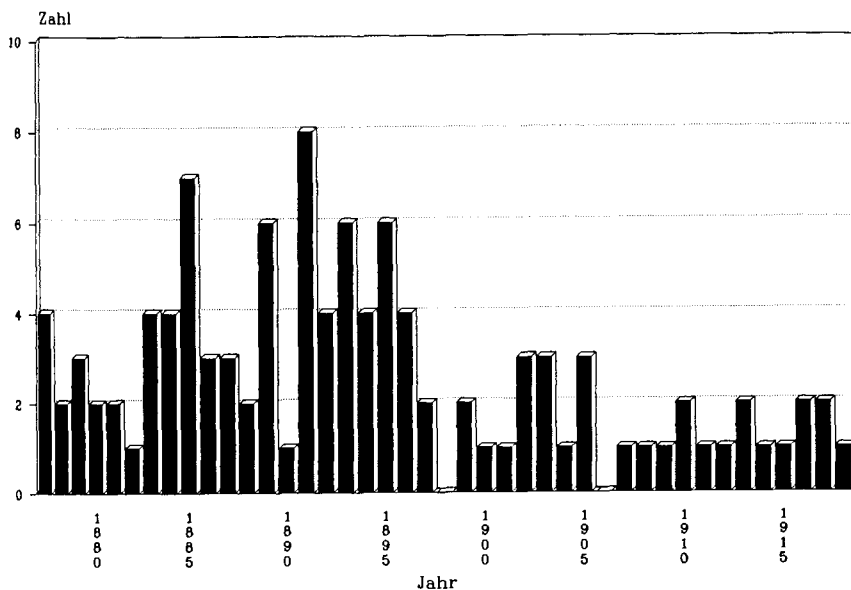
---

<sup>170</sup> Verhandlungen des Kommunal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1890, Sp. 50; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8479, S. 66.

## Landarme Frauen

Schaubild 8

### Landarmenhaus Breitenau Einweisungen von Frauen 1877–1918



Die Zahl der in Breitenau untergebrachten landarmen Frauen fiel weit hinter die der landarmen Männer zurück. Von 1877 bis 1918 wurden nur 89 Frauen mit fürsorgerechtigem Landarmenstatus eingewiesen, davon 78 Frauen nur einmal, 6 zweimal, 3 dreimal und jeweils eine Frau vier bzw. fünfmal. Der bei den Männern recht häufige Wechsel zwischen Freiheit und Landarmenhaus spielte bei den landarmen Frauen nur eine geringe Rolle. Nur 5 der 89 Frauen

sind mehr als zweimal in die Breitenauer Landarmenabteilung eingewiesen worden.

Wie bei den landarmen Männern lassen sich auch bei den landarmen Frauen verschiedene Aufenthaltsmuster unterscheiden:

- Einmalige Aufnahme mit Entlassung innerhalb weniger Monate. 27 der 78 einmalig aufgenommenen Frauen haben das Breitenauer Landarmenhaus bereits innerhalb von sechs Monaten auf eigenen Wunsch wieder verlassen.
- 22 der 78 nur einmal aufgenommenen Frauen blieben bis zum Tod in der Anstalt. Die längste Aufenthaltsdauer betrug 9,5 Jahre.
- Neun der insgesamt 89 Frauen wurden von Breitenau aus in eine Heil- und Pflegeanstalt überwiesen.

Geburtsorte der zwischen 1875 und 1918 in die Landarmenanstalt Breitenau aufgenommenen Frauen:



Die Quote der innerhalb des Regierungsbezirks Kassel geborenen landarmen Frauen war etwas geringer als bei landarmen Männern. Bei 85 der 89 Frauen ließ sich der Geburtsort verifizieren. 61 Frauen (= 71,7 %) waren im Gebiet des Regierungsbezirks Kassel geboren. Sieben Frauen stammten aus dem Ausland. Nur 18 Frauen stammten aus Gebieten des Deutschen Reichs außerhalb des Regierungsbezirks Kassel.<sup>171</sup> Die landarmen Frauen waren, wie die landarmen Männer, keineswegs durch das Deutsche Reich vagabundierende, entwurzelte Menschen. Ihre Armut und Hilfsbedürftigkeit war überwiegend im Regierungsbezirk Kassel entstanden.

Das durchschnittliche Alter der landarmen Frauen betrug bei der ersten Einweisung fast 48 Jahre und lag damit um neun Jahre niedriger als das der landarmen Männer. Die jüngste Frau war 15 Jahre, die älteste 78 Jahre alt. Die Hälfte der Frauen war älter als 48 Jahre. Die stärkste Altersklasse war die der 50- bis 59jährigen.

unter 20 Jahre	4	4,8 %
20 bis 29 Jahre	6	7,2 %
30 bis 39 Jahre	20	24,1 %
40 bis 49 Jahre	13	15,7 %
50 bis 59 Jahre	22	26,5 %
60 bis 69 Jahre	10	12,0 %
70 bis 79 Jahre	8	9,6 %
nicht ermittelt	6	-

58,1 Prozent der landarmen Frauen waren ledig geblieben. 27,9 Prozent waren bei ihrer ersten Einlieferung bereits verwitwet. Nur bei 14,0 Prozent der Frauen bestand eine Ehe. Fast zwei Drittel der landarmen Frauen (66,3 %) hatte keine Kinder geboren. 14,5 Prozent hatte ein Kind, 13,3 Prozent zwei Kinder und 6,0 Prozent drei und mehr Kinder.

Die im Aufnahmebuch "Landarme Weiber" dokumentierte Schulbildung fällt weit hinter die der männlichen Landarmen zurück. Bei nur 55,4 Prozent wurde "kann lesen und schreiben" angegeben. Weitere 7,2 Prozent konnten "lesen, schreiben, rechnen". Bei 7,2 Prozent der landarmen Frauen wurde lediglich Lesefertigkeit vermerkt. Bei nicht weniger als 30,1 Prozent der eingewiesenen

---

<sup>171</sup> Bei wiederholter Aufnahme wurde nur die Angabe der ersten Aufnahme berücksichtigt. Es waren geboren im Verwaltungsbezirk Bromberg 1, Liegnitz 1, Merseburg 2, Erfurt 2, Hildesheim 1, Münster 1, Kassel 61, Unterfranken 4, Oberhessen 3, Sachsen-Weimar 2, im Ausland 7 Personen.

weiblichen Landarmen befindet sich in der Rubrik über die Schulbildung kein Eintrag.

Der im Aufnahmebuch bei den insgesamt 89 aufgenommenen Frauen am häufigsten genannte Beruf ist 'Tagelöhnerin' in 22 Fällen. Zusammen 22 mal wird 'Dienstmagd', 'Dienstmädchen' oder 'Dienstbote' genannt. In fünf Fällen lautet der Eintrag 'Arbeiterin'. Bei zusammen 16 Frauen verzeichnet das Aufnahmebuch 'Ehefrau' oder 'Witwe' als Beruf. Vier Frauen gaben 'Näherin' als Beruf an. Bei drei Frauen wurde 'Prostituierte' ins Aufnahmebuch eingetragen. Jeweils einmal wird 'landwirtschaftliche Arbeiterin', 'Privatlehrerin' und 'Wirtschafterin' genannt. Bei 14 Frauen fehlt jede Berufsangabe.

## "Arbeitsscheue und säumige Nährpflichtige"

Ab 1913 weisen die Breitenauer Statistiken mit den *Arbeitshäuslingen* eine neue Insassengruppe nach.<sup>172</sup> Es handelte sich um sesshafte Fürsorgeempfänger, die von örtlichen Armenverwaltungen auf der Grundlage des 1912 geschaffenen preußischen "Arbeitsscheuengesetzes" zwangseingeliefert worden waren.

Bis zum Sommer 1914 sind siebenunddreißig Männer und vier Frauen als "Arbeitsscheue" bzw. "säumige Nährpflichtige" nach Breitenau eingeliefert worden.

Es waren hauptsächlich großstädtische Armenbehörden, die sich des neuen Gesetzes bedienten.<sup>173</sup> Aus dem Regierungsbezirk Kassel kamen elf Personen, davon sieben aus der Stadt Kassel. Aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden wurden dreißig Personen eingeliefert, davon vierzehn aus Frankfurt und neun aus Wiesbaden. Von 1913 bis 1918 sind auf Grundlage des preußischen Arbeitsscheuengesetzes insgesamt 104 Männer und 24 Frauen als *Arbeitshäuslinge* nach Breitenau eingewiesen worden.

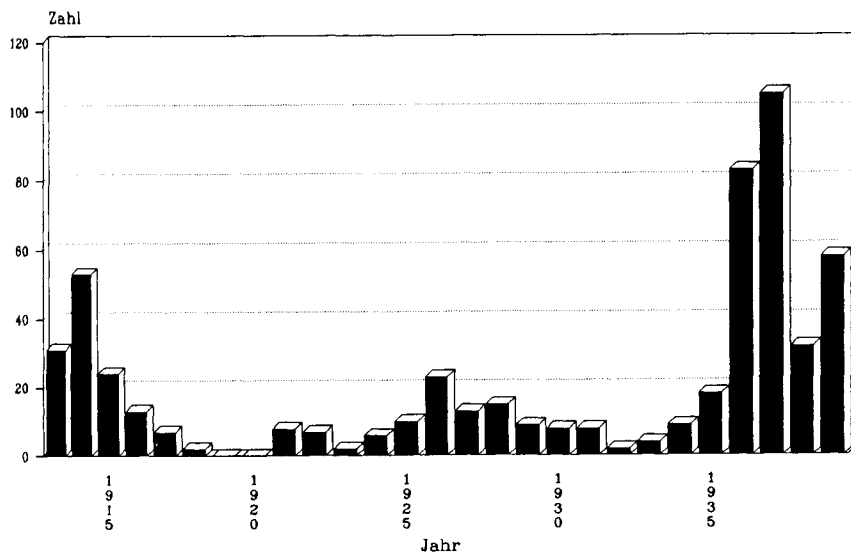
---

172 Vor 1914 wird in den Quellen der Begriff *Arbeitshäuslinge* bzw. *Häuslinge* insbesondere von höheren Dienststellen häufig auch für die Landarmen und, um die Konfusion zu vervollständigen, gelegentlich sogar für die Korrigenden verwandt. Zudem waren die Breitenauer Bezeichnungen nicht mit denen anderer Arbeitshäuser identisch.

173 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 53, S. 37.



# Arbeitsanstalt Breitenau Einweisungen von "Arbeitsscheuen" und "Säumigen Nährpflichtigen" 1913–1939



Formal wurde für die "Arbeitsscheuen" innerhalb der Breitenauer Anstalt zusätzlich zur Korrekptionsanstalt und zum Landarmenhaus eine *Arbeitsanstalt* eingerichtet.<sup>174</sup> Die Hausordnung für diese Arbeitsanstalt übernahm im wesentlichen die Vorschriften der für die Korrigenden gültigen Hausordnung.<sup>175</sup> Ausdrücklich wurde bestimmt, daß die für die Korrigenden erlassene Tagesordnung auch für die "Arbeitsscheuen" gelte. Als Strafen konnte die Direktion den Entzug von Büchern und den Entzug der Verfügung über die Arbeitsprämie bzw. sogar Streichen bereits verdienster Prämien verhängen. Wie

<sup>174</sup> Der Begriff der *Arbeitsanstalt* gemäß Arbeitsscheuengesetz ist zu unterscheiden von der *Korrekptionsanstalt* gemäß § 362 StGB, vgl. v. Falken, 1922, S. 356.

<sup>175</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 2; zu den "Arbeitsscheuen" allg. Nr. 53.

bei den Korrigenden war auch Essensentzug als Strafe möglich. Bis zu sechs Tage mußten die Bestraften unter Umständen bei Wasser und Brot darben. Schärfste Strafe war vierwöchige "einsame Einsperrung in einem hellen Gemach" mit tageweisem Essensentzug.<sup>176</sup>

Die männlichen "Arbeitsscheuen" wurden im Giebelraum des Landarmenhauses, die wenigen weiblichen "Arbeitsscheuen" zusammen mit den weiblichen Landarmen im Frauenhaus untergebracht.<sup>177</sup> Die "Arbeitsscheuen" erhielten dieselbe blaue Anstaltsuniform wie die Landarmen.<sup>178</sup> Die ursprünglich vorgesehene völlige Trennung der "Arbeitsscheuen" von den Korrigenden ließ sich auf Dauer nicht durchführen. Schon 1916 werden im Breitenauer Jahresbericht gemeinsame Arbeitskolonnen beider Insassengruppen erwähnt.<sup>179</sup>

Die Bestimmungen des preußischen Arbeitsscheuengesetzes gingen 1924 inhaltlich in § 20 der Reichsfürsorgepflichtverordnung (RFV) ein.<sup>180</sup> Während der Weimarer Republik wiesen die Fürsorgebehörden insgesamt etwa einhundert Personen als "Arbeitshäuslinge" nach Breitenau ein, so daß dieser Häftlingsgruppe auch in diesem Zeitabschnitt nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt.<sup>181</sup>

Die Ausweitung der Arbeitshausunterbringung auf eine weitere zwangsweise untergebrachte Insassengruppe betonte den Strafaspekt der Arbeitshäuser. Gleichzeitig wurde der multifunktionale Charakter der Arbeitshäuser verstärkt. Die Anstalt Breitenau war ab 1913 gleichzeitig *Korrektionsanstalt* zur straf-

---

176 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 2 RS.

177 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 298 RS; Nr. 147, S. 50; Nr. 188, S. 148.

178 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 299.

179 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 299; Nr. 147, S. 56.

180 Vgl. Sperling, Der polizeiliche Arbeitszwang, in: Ein deutsches Reichsarmengesetz, München/ Leipzig 1913, S. 67-93; vgl. A. Schott, Arbeitszwang (RFV. § 20), in: Julia Dünner (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, Berlin <sup>2</sup>1929, S. 92 f; vgl. Günther Roestel, Arbeitshaus, in: Hermann Althaus/ Werner Betsche (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, 3. Auflage, Berlin o.J. (1939); vgl. Calow, Vagabundentum und Gesetzgebung, in: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 34 (1925), Sp. 688; vgl. Hans Muthesius, Fürsorgerecht, Berlin 1928, S. 110; vgl. Arbeitshausunterbringung auf Grund der RFV in Preußen, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 14 (1933), S. 109; Eduard Becker macht fälschlicherweise aus den gemäß Arbeitsscheuengesetz und später gemäß RFV Eingewiesenen zwei verschiedene Insassengruppen, vgl. Achtzig Jahre kommunale Selbstverwaltung im Regierungsbezirk Kassel 1867-1947, 1949, S. 88 f.

181 Zu den nach § 20 der RFV in ein Arbeitshaus Eingewiesenen vgl. Walther, Die Provinzial-Arbeitsanstalt Schweidnitz (Schlesien) und die ihr angeschlossenen Anstalten, in: Der Wanderer 46 (1929), S. 81 f.

rechtlichen Arbeitshausunterbringung gemäß § 362 StGB, *Arbeitsanstalt* zur Arbeitshausunterbringung gemäß dem preußischen Arbeitsscheuengesetz und *Landarmenhaus* zur fürsorgerechtlichen Armenarbeitshausunterbringung.

# Das Personal

## Die Aufseher und Aufseherinnen

Aufgabenbereich der Aufseher und Aufseherinnen war die Bewachung der Insassen und deren Beaufsichtigung auf den Arbeitsstellen innerhalb und außerhalb des Anstaltsgeländes. Darüber hinaus hatten die Aufseher den Tagesablauf des allgemeinen Anstaltslebens zu organisieren und auf die Einhaltung der Hausordnungen und Reglements zu achten. Außerdem sollte das Personal den Insassen als Vorbild dienen. Ein Aufseher habe sich, so eine Dienstanweisung von 1874, "steter Vorsicht und ruhiger Besonnenheit zu befleißigen. Er soll niemals durch unangemessenes tadelhaftes Benehmen, sei es in oder außer dem Dienste, denen Ärgerniß und böses Beispiel geben, die in der Anstalt und zwar unter seiner Mitwirkung zu strenger Ordnung angehalten und gebessert werden sollen. In seiner Kleidung hat er sich reinlich und anständig zu halten, und vor allen Dingen stets nüchtern, wachsam und pünktlich zu sein".<sup>1</sup>

### *Soziale Herkunft der Aufseher*

Die bei Eröffnung der Anstalt 1874 eingestellten Aufseher waren mehrheitlich zuvor bereits im öffentlichen Dienst tätig, drei als Bahnbedienstete, einer als Bürodiener. Später gelang es der Direktion nur noch selten, Beamte oder Angestellte zum Eintritt in den Dienst der Korrekptionsanstalt zu bewegen. Aus den achtziger Jahren sind Angaben über die vorherige Tätigkeit der fünf damals beschäftigten männlichen Aufseher erhalten. Der in Guxhagen geborene Jakob Kramm, der 1875 als 25jähriger in den Anstaltsdienst getreten war, verdingte sich zuvor als Tagelöhner. Der ebenfalls in Guxhagen geborene Georg Christian Bartholomai war Maurer. Adam Gerlach aus Deute arbeitete, ebenso wie Adam Werner aus Guxhagen, als Tagelöhner. Eine Ausnahme bildete lediglich Philipp Habicht, der zehn Jahre als Soldat gedient hatte und nun als

---

1 Dienst-Instruction für die Aufseher in der Corrections- und Landarmen-Anstalt Breitenau, in: Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1875, Anlage 37, Unteranlage 6, Sp. 85.

Zivilversorgungsberechtigter bevorzugt in den Beamtendienst übernommen wurde.<sup>2</sup> Drei Tagelöhner, ein Maurer und ein ehemaliger Soldat als Aufseher über hunderte Korrigenden und Landarme - von qualifiziertem Personal konnte nicht einmal ansatzweise die Rede sein. Die mangelnde Qualifikation und Ausbildung des Personals - die Zustände in anderen Arbeitshäusern waren kaum besser - sahen auch Verfechter des Arbeitshausgedankens als einen der dunkelsten Punkte der deutschen Arbeitshäuser an.

Soweit die Anstaltsakten für die Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik Hinweise auf die frühere Tätigkeit von Aufsehern geben, zeigt sich, daß das männliche Aufsichtspersonal sich beinahe ausschließlich aus Arbeitern und Bauern der benachbarten Dörfer rekrutierte. Neunmal wird landwirtschaftliche Tätigkeit genannt, siebenmal Tagelöhner bzw. Arbeiter. Vier Aufseher arbeiteten zuvor als Maurer, und insgesamt elf übten verschiedene Handwerksberufe aus. Vorhergehende Tätigkeit im Staatsdienst bildete die Ausnahme. Nur zweimal wird Soldat als Berufsbezeichnung genannt, je einmal Polizist, Bahnbeamter und Oberaufseher einer anderen Arbeitsanstalt.<sup>3</sup>

Die männlichen Aufseher waren größtenteils in Guxhagen oder den benachbarten Dörfern geboren. Als idealtypische Aufseherfigur könnte man den in einem Dorf unweit der Anstalt geborenen, militärdiensttauglichen 'gedienten' Bauern, Tagelöhner oder Handwerker bezeichnen. Den Breitenauer Insassen blieb die ländliche Herkunft ihrer Aufseher nicht verborgen; die Beschimpfung eines Aufsehers als "Bauer" war gang und gäbe.<sup>4</sup>

Wie sämtliche Stellen des öffentlichen Dienstes, waren die Breitenauer Aufseherstellen zunächst zivilversorgungsberechtigten ehemaligen Soldaten anzubieten. Es fanden sich jedoch nur selten Bewerber aus diesem Kreis bereit, den anstrengenden Aufseherdienst anzutreten.<sup>5</sup> Die gewöhnliche Wehrpflicht hatten allerdings fast alle Aufseher geleistet, einige hatten es bis zum Unteroffizier gebracht. Da die Anstalt in vielen Einzelheiten wie eine Kaserne organisiert war, dürften in der Armee erworbene Erfahrungen eine besondere Ausbildung der

---

2 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 8.

3 Diese Berufsangaben befinden sich oft zufällig an verschiedenen Stellen der Akten. Etwa vorhandene Angaben aus der Zeit des Nationalsozialismus wurden für diese Aufstellung nicht berücksichtigt, weil hier andere Einstellungskriterien galten.

4 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 4200.

5 Reglement über die innere Einrichtung und Verwaltung der Kommunalständischen Corrections-Anstalt zu Breitenau, in: Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1875, Anlage 37, Unteranlage 3, Sp. 35; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9764, S. 42 RS; vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 5.

Aufseher zumindest teilweise ersetzt haben. Die Aufgaben der Aufseher entsprachen weitgehend den Führungsaufgaben von Unteroffizieren. Die dreigeteilte militärische Hierarchie zwischen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften spiegelte sich in den Arbeitshäusern in der Hierarchie zwischen Direktor, Aufsehern und Insassen wider. Die Anlehnung an Militärhierarchie und Kasernenreglement gab den Aufsehern, aber auch den Insassen, eine gewisse Rollensicherheit.<sup>6</sup>

Das Spannungsfeld zwischen dienstlicher Unterordnung, schlechter Bezahlung, fehlender Ausbildung und übergroßer Machtbefugnis über sozial Diskriminierte führte bei den überforderten Aufsehern zu einer Überbetonung der Ordnungsbefugnisse. Bereits 1876 mußte die Direktion Hilfsaufsehern wegen Mißhandlungen von Korrigenden kündigen.<sup>7</sup> Berichte und Beschwerden über Schläge von Aufsehern lassen sich in den Akten vom ersten bis zum letzten Jahr des Arbeitshauses Breitenau nachweisen.<sup>8</sup>

### *Aufseherinnen*

Für die vergleichsweise kleine Frauenabteilung wurde 1875 zunächst eine, in den neunziger Jahren noch eine zweite Aufseherin eingestellt. Zumindest bis 1926 wohnten die Aufseherinnen direkt im Frauenhaus.<sup>9</sup> Im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen stammten die Aufseherinnen durchweg nicht aus der Region um Breitenau. Eine Ausnahme bildete lediglich die 1884 in Breitenau geborene Katharina Steinmetz, die mit 32 Dienstjahren bedeutendste Aufseherin der Anstalt. Sie war Tochter eines bereits in den ersten Jahren der Anstalt in den Aufseherdienst getretenen ehemaligen Tagelöhners und hatte als Kind noch Gründungsdirektor Nettelbeck und den langjährigen Oberaufseher Bartholomäus erleben können. Als 29jährige Witwe, mit zwei zu versorgenden Kindern, begann sie 1913 als Aufseherin in der Anstalt, in der zu diesem Zeitpunkt bereits ihr Vater und dessen Bruder als Aufseher arbeiteten.

---

6 Vgl. die Beschreibung des Berliner Arbeitshauses Rummelsburg bei Hans R. Fischer, 1887, S. 55.

7 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 39.

8 Beispielsweise Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8915, 2.4.1941; Nr. 160, S. 146; Nr. 10400, S. 31; Nr. 10414, 10.7.1901; Nr. 9994/9993.

9 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 97, S. 156.

Gewöhnlich begannen Aufseher ihren Dienst in Breitenau als im Tagelohn angestellte Hilfsaufseher.<sup>10</sup> Ihr Tageslohn betrug 1878 zwei Mark, bis 1915 hatte sich der Tagesverdienst auf 2,65 Mark gesteigert. Bei einer vierzehnstündigen Arbeitszeit bekamen die Hilfsaufseher gerade 19 Pfennig pro Stunde. Die normalen Arbeiterstundenlöhne der Gegend betrugen zu dieser Zeit vierzig bis fünfzig Pfennig.<sup>11</sup> Als für das Dorf Guxhagen größter Arbeitgeber hatte die Anstalt trotzdem nie Schwierigkeiten, Hilfsaufseherstellen zu besetzen, denn beim Freiwerden etatmäßiger Aufseherposten und einigen Jahren Bewährung übernahm der Bezirksverband immer wieder Hilfsaufseher in den begehrten unkündbaren Beamtendienst. Ein Anspruch auf Beförderung bestand jedoch nicht, es dauerte manchmal über ein Jahrzehnt, bis ein Hilfsaufseher verbeamtet wurde.<sup>12</sup>

Bei Dienstvergehen kündigte die Direktion Hilfsaufsehern recht schnell.<sup>13</sup> Durch kurzfristige Einstellung und Entlassung von Hilfsaufsehern konnte die Anstalt ihren Personalstand problemlos an die schwankenden und nicht voraussehbaren Insassenzahlen anpassen.<sup>14</sup>

Innerhalb der Kasseler Bezirkskommunalverwaltung zählten die Breitenauer Aufseher zu den am schlechtesten bezahlten Beamten. Nur die Wärter der Landeshospitäler und Irrenheilanstalten waren niedriger eingestuft.<sup>15</sup> Eine Gehaltsliste aus dem Jahre 1886 weist den Direktor mit einem Jahresgehalt von 3 450 Mark aus. Der Oberaufseher erhielt 1 200 Mark, die beamteten Aufseher, sofern sie in der Anstalt wohnten, 900 Mark und eine Aufseherin 800 Mark Jahresgehalt. Die Hilfsaufseher konnten, sofern sie das gesamte Jahr beschäftigt wurden, was keineswegs selbstverständlich war, höchstens 730 Mark verdienen.<sup>16</sup> Die Aufseher der Außenarbeitskolonnen erhielten zusätzlich täglich eine Mark "Kommandogeld" als Aufwandsentschädigung.

Mietfreies Wohnen auf dem Anstaltsgelände bzw. in anstaltseigenen Beamtenwohnungen unweit der Anstalt und der ab 1897 gewährte Zuschuß zur

---

10 Vgl. allg. Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 160.

11 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 98, S. 62.

12 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9764, S. 42; Nr. 98, S. 18 RS.

13 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 160, S. 124; Nr. 60, S. 39.

14 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 160; Nr. 60, S. 39.

15 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 98, S. 16.

16 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 18, 1886.

vorgeschriebenen Dienstuniform bildeten allerdings eine gewisse Verbesserung der niedrigen Einkünfte.<sup>17</sup> Zudem bot die Einbindung in den Anstaltsbetrieb den Aufsehern und Aufseherinnen vielfältige offizielle, halboffizielle und illegale Möglichkeiten, ihr eigenes Haushaltsbudget zu schonen, beispielsweise durch die private Nutzung der Arbeitskraft der Insassen gegen geringes Entgelt, die Herstellung und Reparatur von Schuhen in der Anstaltsschusterei oder das zunächst nur geduldete, später offiziell genehmigte, kostenfreie Ausbacken privaten Brots in der Anstaltsbäckerei.<sup>18</sup> Andererseits bedeutete für die Aufseher das Wohnen auf dem ummauerten Anstaltsgelände eine faktische Kasernierung und Verfügbarkeit auch in der ohnehin knapp bemessenen Freizeit. Das Reglement von 1874 bestimmte sogar ausdrücklich, daß die Beamten ohne Genehmigung des Direktors sich nicht über Nacht aus dem Ort entfernen durften.<sup>19</sup>

Ihre durch Unkündbarkeit gesicherte Stellung und ihren Pensionsanspruch mußten die Breitenauer Beamten mit geringer Besoldung und extremer Dienstzeitbelastung erkaufen. Trotz schlechter Bezahlung bedeutete der Eintritt in den krisensicheren Dienst der Bezirksverwaltung für die hauptsächlich aus der Dorfarmut stammenden Aufseher eine deutliche Verbesserung ihrer sozialen Lage, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß ein Gefängniswärter kein hohes Sozialprestige genoß.

### *Arbeitszeit*

Die Arbeitsbedingungen der Aufseher waren in erster Linie durch eine extrem lange Arbeitszeit bestimmt. Noch 1901 klagte Direktor Schmidt, sein Personal habe einen sehr anstrengenden und aufreibenden Dienst, der im Winter täglich 14 Stunden und im Sommer sogar 15 Stunden betrage.<sup>20</sup> Aus dem Jahre 1913 wird berichtet, daß der Aufseherdienst frühmorgens um 4<sup>40</sup> Uhr begann und bis abends 19 Uhr dauerte.<sup>21</sup> Die für Außenkommandos eingeteilten Aufseher waren, manchmal wochenlang, rund um die Uhr im Dienst und durften ihre Kolonne nicht einmal nachts verlassen. Zu Beginn der

---

17 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, 18.2.1897.

18 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9785, 9.1.28; Nr. 159, S. 219-222; Nr. 59, S. 189; Nr. 59, S. 37.

19 Reglement über die innere Einrichtung und Verwaltung der kommunalständischen Corrections-Anstalt zu Breitenau, 1875, Sp. 36.

20 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, 17.12.01.

21 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10414.



Weimarer Republik verkürzte sich die Arbeitszeit der Aufseher erheblich, ohne jedoch den Achtstundentag auch nur annähernd zu erreichen. Die Aufseher mußten nun offiziell 54 Stunden pro Woche arbeiten.<sup>22</sup> Die tägliche Dienstzeit dauerte einschließlich Pausen von 6 Uhr bis 18 Uhr.

Urlaub, freie Tage oder anderer Ausgleich für die extreme Dienstzeitbelastung wurde den Aufsehern im 19. Jahrhundert nicht gewährt. Nicht einmal der Sonntagsdienst wurde mit Freizeit abgegolten. Noch 1917 hatten die Aufseher je nach Dienstalster nur jeden zweiten bis vierten Sonntag dienstfrei.<sup>23</sup> Ab Sommer 1914 erhielten die Aufseher erstmals einen freien Nachmittag pro Woche.<sup>24</sup> 1922 hatte sich dann eine Regelung durchgesetzt, die dem Aufsichtspersonal innerhalb von zwei Kalenderwochen vier freie Tage gewährte, von denen einer auf einen Sonntag fallen mußte.<sup>25</sup> Im Jahre 1920 erhielten Aufseher vierzehn Tage Jahresurlaub, Hilfsaufseher je nach Dienstalster sechs bis zehn Tage.<sup>26</sup>

### *Uniform*

Wie alle Bedienstete der Bezirkskommunalverwaltung trugen die Breitenauer Aufseher die für Unterbeamte vorgeschriebene Uniform aus einem dunkelblauen Rock mit gleichfarbigem Kragen und blanken Knöpfen mit der Aufschrift 'Communalstände zu Kassel' (ab 1895 'Bezirksverband Kassel') sowie einer dunkelblauen Tuchmütze mit Kokarde.<sup>27</sup> Nach der Jahrhundertwende steckte man die Breitenauer Aufseher in abgelegte Offiziersmäntel aus Heeresbeständen, von denen die Achselstücke und Militärknöpfe entfernt und letztere durch versilberte Metallknöpfe mit dem Bezirksverbandswappen ersetzt wurden.<sup>28</sup> Als Rangabzeichen diente ein Stern für Hilfsaufseher, zwei Sterne für Aufseher und drei Sterne für den Oberaufseher.

Während die vorherige Uniform dem allgemeinen Standard preußischer Unterbeamten entsprach, bedeutete die Ausstaffierung des Aufsichtspersonals

---

22 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 14, S. 69; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 117, S. 4; StA Marburg, Bestand 231, Nr. 4, 30.1.1930.

23 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 98, S. 133.

24 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10414, 29.6.14.

25 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 14, S. 69.

26 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 14, S. 28 RS.

27 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, S. 17 f; vgl. Bernd Wunder, *Geschichte der Bürokratie in Deutschland*, Frankfurt/M. 1986, S. 42.

28 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, 10.12.1901.

mit abgeschabten Offiziersuniformen, die zudem noch mit anstaltsinternen Rangabzeichen ausgestattet waren, eine auf den ersten Blick seltsame Verkleidung, die jedoch ihren tieferen Sinn hatte.<sup>29</sup> In erster Linie sollte damit der Kasernencharakter der Anstalt unterstrichen werden. Da sowohl Aufseher wie Insassen aus unteren Sozialschichten stammten, mußte zwischen ihnen eine künstliche Distanz geschaffen werden, für die sich die allgemein bekannte und mit hohem Sozialprestige ausgestattete Offiziersuniform als Symbol geradezu anbot. Allerdings war eine Offiziersuniform - sozial gesehen - für die meisten Aufseher einige Nummern zu groß. Die Aufseher hatten aufgrund Herkunft und Vorbildung in der Armee in der Regel nur Mannschaftsdienstgrade, höchstens jedoch Unteroffiziersränge bekleidet. Im Breitenauer Arbeitshaus durften dieselben Männer dann in Offiziersuniform auftreten, aber dort keine Soldaten, sondern nur verachtete Vagabunden und Prostituierte befehligen. In der Weimarer Republik ersetzte man die Offiziersuniform durch einfache blaue, später dann feldgraue Uniformen mit Mütze, wobei für Hilfsaufseher die Mütze als - allerdings unverzichtbares - Hoheitszeichen genügte.<sup>30</sup>

Natürlich erließ die Direktion auch für die Aufseherinnen eine genaue Bekleidungsvorschrift. Die weiblichen Aufsichtskräfte mußten einen "dunkelblauen, bis an den Hals anschließenden Rock aus Wollstoff mit einfachem weißen Überschlagerkragen, eine schwarze wollene Schürze und eine weiße Haube mit gleichfarbigem Bande" tragen.<sup>31</sup>

### *Waffen*

In der Gründungsphase hatten die Aufseher Zündnadelkarabiner mit Bajonetten erhalten, die hauptsächlich bei der Bewachung von Außenkolonnen getragen wurden. Die Dienstvorschriften schränkten den Waffengebrauch jedoch stark ein.<sup>32</sup> Nur bei tätlichem Angriff auf Aufseher, gemeinschaftlicher Revolte oder bewaffneter Flucht durfte von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden. Hinter einem unbewaffnet flüchtenden Korrigenden herzuschießen, ließen die Instruktionen nicht zu. Diese Vorschrift scheint eingehalten worden

---

29 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, 17.12.1901.

30 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, 14.3.22, 15.9.28.

31 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, 11.5.22.

32 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, S. 38; Nr. 9815, S. 4; Dienst-Instruction für die Aufseher in der Corrections- und Landarmen-Anstalt Breitenau, 1875, Sp. 88; Reglement über die innere Einrichtung und Verwaltung der kommunalständischen Corrections- Anstalt zu Breitenau, 1875, Sp. 36.

zu sein, in den Akten und Jahresberichten wird im Kaiserreich und der Weimarer Republik kein Schußwaffengebrauch erwähnt. Die Direktion konnte 1905 berichten, die im Laufe der Jahre völlig unbrauchbar gewordenen Gewehre seien nie zur Anwendung gekommen und deswegen schon 1894 ausrangiert worden.<sup>33</sup>

Völlig unbewaffnet traten die Aufseher den Insassen trotzdem nicht gegenüber, denn zur Uniform der Aufseher gehörte ein kurzer stumpfer Degen ("Seitengewehr"), während der Oberaufseher sogar mit einem großen Füsiliersäbel mit Portepée auf dem Anstaltsgelände herumstolzieren durfte.<sup>34</sup> Viele Jahre hatte diese schußwaffenlose Ausrüstung genügt, bis die Direktion 1906 - nach der Einlieferung der ersten Zuhälter - die Beschaffung von sechs Armeeevolvern für unumgänglich hielt und Nachtwächter, Zellenbauaufseher und Aufseher der Außenkommandos damit ausrüsten ließ.<sup>35</sup> Bis 1921 hatte man die Waffenausrüstung der Anstalt wieder mit 25 Karabinern verschiedener Modelle vervollständigt.<sup>36</sup> Die normale Bewaffnung des Tagesdienstes innerhalb der Anstalt beschränkte sich jedoch nach wie vor auf den "Seitengewehr" genannten kurzen Degen.

Erst in der Zeit des Nationalsozialismus wurden auf Antrag der Direktion sämtliche Aufseher mit Pistolen ausgerüstet, Schießübungen veranstaltet und das Verbot aufgehoben, auf unbewaffnet Fluchtende zu schießen.<sup>37</sup> Im Jahresbericht 1937 wird erstmals in der Geschichte der Anstalt Schußwaffengebrauch erwähnt. Ein Aufseher hatte einem zwangsuntergebrachten Fürsorgeempfänger bei einem Fluchtversuch in den Arm geschossen.<sup>38</sup>

### *Strafen*

Im Kompetenzbereich des Direktors lag die Verhängung von Disziplinarstrafen gegenüber Aufsehern, die von Verweisen über die Streichung freier Tage bis zu empfindlichen Geldstrafen reichten.<sup>39</sup> Diese Geldstrafen konnten

---

33 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, S. 38.

34 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, S. 36.

35 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, S. 38 RS; Nr. 9871, S. 6 RS; StA Marburg, Bestand 231, Nr. 5, S. 18.

36 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, 18.4.1921.

37 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, 10.5.1935, 5.6.1937.

38 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 118, S. 89.

39 Vgl. Dienst-Instruction für die Aufseher in der Corrections- und Landarmen-Anstalt Breitenau, 1875, Sp. 94.

mit bis zu zehn Mark die Höhe mehrerer Tageslöhne erreichen. So erhielt ein Aufseher, der sich auf einem Außenkommando so sehr betrunken hatte, daß er nicht mehr allein in die Anstalt zurückgehen konnte, eine Geldstrafe von drei Mark. Mit Geldstrafen ahndete die Direktion aber auch das unabsichtliche Verschütten einer Kanne Milch oder das Zerschlagen von Geschirr. Zuspätkommen von fünf Minuten zog in der Regel den Verlust eines freien Tages nach sich. Bestraft wurde auch 'Insubordination' gegenüber dem Oberaufseher, worunter schon einfache Widerworte verstanden wurden.<sup>40</sup>

Eine Strafliste der Aufseher enthält von 1913 bis 1928 insgesamt dreißig Bestrafungen mit einem Strafmaß vom Verweis bis zur Geldstrafe von fünf Mark. Die Hälfte der Strafen bezog sich auf Nachlässigkeit bei der Bewachung der Insassen und fahrlässige Begünstigung von Fluchten. In Einzelfällen bestrafte der Direktor aber auch - leider nicht näher erläuterte - "ungebührliche Behandlung" von Insassen. Mit fünf Mark Geldstrafe wurde 1926 ein Hilfsaufseher belegt, der ein Arbeitskommando verlassen und die Aufsicht seinem Schwiegervater übertragen hatte. Im gleichen Jahr bestrafte Direktor Baetz eine langjährige Aufseherin mit einer Verwarnung, weil sie den Wunsch einer Korrigenden, den Direktor zu sprechen, nicht weiterleitete.<sup>41</sup>

### *Distanz zu den Insassen*

Das Aufrechterhalten der Distanz von Personal und Insassen gehörte für die Direktion zum unerläßlichen Herrschaftsmittel. Noch 1927 entließ die Direktion einen Gehilfen der Anstaltsmühle, weil er sich mit einer entlassenen Korrigenden "herumgetrieben" hatte.<sup>42</sup> Gewöhnlich achteten aber die Aufseher selbst penibel auf Statusunterschiede zu den Insassen. So beschwerte sich 1913 ein Hilfsaufseher bitter, weil er im Außenkommando in der Landesheilanstalt Haina dieselbe Verpflegung wie die ihm unterstellte Korrigendenkolonne erhielt, obwohl frühere Aufseher ein besseres Essen bekommen hatten.<sup>43</sup>

Das Breitenauer Personal behandelte die Anstaltsinsassen als Menschen zweiter Klasse. "Frechheit" gegenüber einem Aufseher bestrafte man in der Regel härter als den Schlag eines Korrigenden ins Gesicht eines Mitgefangenen.

---

40 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10230, S. 29; Nr. 10314, S. 46; Nr. 10262, S. 23; Nr. 10245.

41 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9871.

42 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1927.

43 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9813, 4.5.13.

So gut es ging versuchte man die Welt des Personals und die Welt der Insassen getrennt zu halten, was natürlich nicht durchgängig gelang. Auf die ähnliche soziale Herkunft von Insassen und unteren Personalsrängen wurde bereits hingewiesen. Insbesondere bei unerfahrenen Hilfsaufsehern drohte immer wieder die Gefahr der Fraternisierung mit Insassen. In Einzelfällen wurden Hilfsaufseher, die gegenüber Insassen nachlässig gewesen waren, von diesen erpreßt.<sup>44</sup>

Darüber hinaus läßt sich sogar nachweisen, daß die Anstalt ihr Personal manchmal direkt aus den zur Entlassung anstehenden Insassen rekrutierte. Schon 1875 beschäftigte Direktor Nettelbeck einen Korrigenden in seinem Büro und behielt ihn gegen eine Vergütung von zwei Mark täglich auch nach der Entlassung aus der Arbeitshaushaft.<sup>45</sup> Für die vielfältigen Schreib- und Abschreibarbeiten beschäftigte das Anstaltsbüro immer wieder Korrigenden der in Frage kommenden Berufe. 1915 behielt die Direktion wieder einen Korrigenden, einen gelernten Buchhalter, nach dessen Freilassung als Bürogehilfen in der Anstalt.<sup>46</sup> Die Jahresberichte 1929 und 1930 vermerken die Einstellung von jeweils einem entlassenen Korrigenden als Schweinefütterer, von denen allerdings der eine sofort und der andere nach wenigen Wochen das Weite suchte.<sup>47</sup> Bei Bürogehilfen und Aushilfskräften des Gutsbetriebs, in den untersten Personalsrängen, verwischte sich de facto die gewünschte klare Abgrenzung zwischen Personal und Insassen.

## Der Oberaufseher

Leiter des unmittelbaren Anstaltsbetriebs war der Oberaufseher. Er fungierte als direkter Vorgesetzter der Aufseher und Hilfsaufseher und war für deren Diensterteilung verantwortlich. Außerdem unterstanden ihm die Werkstätten, die Küche und insbesondere die Kleider- und Effektenkammer. Für etwaige Fehlbestände in Küche und Kleiderkammer haftete der Oberaufseher persönlich. Das konkrete Verhalten von Aufsehern und Insassen sowie das gesamte

---

44 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9813.

45 Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1875, Anlage 20, Unteranlage 1.

46 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 25.

47 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresberichte 1929 und 1930.

innere Anstaltsleben kannte der Oberaufseher weitaus besser als der hauptsächlich mit Verwaltungsaufgaben belastete Direktor.

Die Dienstinstruktion für den Oberaufseher von 1874 bestimmte: "Der Oberaufseher hat durch sein gesamtes Verhalten in und außer dem Amte der Achtung und des Ansehens, die sein Beruf erfordert, sich stets würdig zu beweisen und hierin dem Aufsichtspersonal zum Vorbild zu dienen. Er muß sich deshalb einer leidenschaftslosen Ruhe, der größten Wahrheitsliebe und Gewissenhaftigkeit befleißigen und dem ihm unterstellten Personal sowie den Detinirten gegenüber Unpartheilichkeit, Besonnenheit, Umsicht, Energie und, wo es darauf ankommt unerschrockenen Muth zeigen, auch stets den obersten Zweck der Anstalt, die thunlichste moralische Besserung der Corrigenden vor Augen behalten."<sup>48</sup>

Wilhelm Mohr, ehemaliger Vizefeldwebel und Stationsassistent des Bahnhofes Guxhagen, hatte 1874 das Glück, als erster Oberaufseher in den Dienst der neuen Korrekptionsanstalt treten zu können. Er blieb nur knapp zwei Jahre in Breitenau, weil er bereits 1876 von der Bezirksverwaltung als Oberwärter in die Irrenanstalt Marburg versetzt wurde.<sup>49</sup> In den folgenden Jahren hatte die Verwaltung bei der Besetzung der Oberaufseherstelle keine glückliche Hand. Mohrs Nachfolger mußte 1878 krankheitsbedingt entlassen werden. Drei weitere Oberaufseher bewährten sich ebenfalls nicht und wurden schon nach jeweils wenigen Wochen ersetzt.<sup>50</sup> Mit dem daraufhin eingestellten Oberaufseher Scholz glaubte man schließlich einen geeigneten Mann gefunden zu haben. Er wurde jedoch nach fünfjähriger erfolgreicher Tätigkeit vom Bezirkskommunalverband Wiesbaden für die 1883 eröffnete Korrekptionsanstalt Hadamar abgeworben.<sup>51</sup>

Mit Johannes Bartholomäus ernannte die Bezirkskommunalverwaltung 1884 erstmals einen bereits im Dienst der Anstalt stehenden Beamten zum Oberaufseher. Bartholomäus hatte 1874 gerade 26jährig als einer der ersten Aufseher in Breitenau begonnen und kannte die Anstalt seit ihrem Gründungstag. Zuvor hatte er als Bürodienner einer Kasseler Behörde sein Brot verdient.<sup>52</sup> Johannes Bartholomäus blieb über zweieinhalb Jahrzehnte Oberaufseher der Korrekptions-

---

48 Dienst-Instruction für den Ober-Aufseher der Corrections- und Landarmen-Anstalt zu Breitenau, in: Verhandlungen des Communal- Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1875, Anlage 37, Untieranlage 5, Sp. 69 f.

49 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 38 RS.

50 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 69 f.

51 Hessisches HStA Wiesbaden, Bestand 403, Nr. 488, Jahresbericht 1883, S. 7.

52 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 8.

und Landarmenanstalt Breitenau. Sein Karrieremuster blieb auch für spätere Oberaufseher typisch. Im Gegensatz zu den Direktoren, die immer von außerhalb kamen, rekrutierten sich die Oberaufseher von nun an - mit einer Ausnahme - aus den Anstaltsaufsehern, wobei für diese wichtige, mit großer Macht ausgestattete Position, nur erfahrene Aufseher in Frage kamen, die durchweg schon über ein Jahrzehnt im Breitenauer Anstaltsdienst arbeiteten. Die Position des Oberaufsehers bot den Aufsehern, die ihrerseits größtenteils verbeamtete Hilfsaufseher waren, die Möglichkeit zum beachtlichen beruflichen Aufstieg, dem allerdings langjährige Bewährung im Hilfsaufseher- und Aufseherdienst vorhergehen mußte. Der begehrte Oberaufseherposten bot besitzlosen Guxhagener Bürgern die Möglichkeit zum Aufstieg von im Tagelohn beschäftigten Hilfsaufsehern zu beamteten Vorgesetzten des gesamten Aufsichtspersonals und Verantwortlichen über hunderte Anstaltsinsassen.

Eine leichte Aufgabe war die Tätigkeit eines Oberaufsehers sicher nicht. Der Oberaufseher mußte rund um die Uhr auf dem Anstaltsgelände erreichbar sein und sein offizieller Dienst dauerte laut einer nie aufgehobenen Dienstanweisung aus dem Jahre 1874 tagtäglich "vom Morgen-Aufschluß der Corrigenden bis zur Beendigung des von ihm entgegen zu nehmenden Abend-Rapportes".<sup>53</sup>

## Der Direktor

Der Direktor fungierte als unumschränkter Gesamtleiter der Anstalt. Er vertrat die Anstalt nach außen, leitete die Verwaltung, den Guts- und Arbeitsbetrieb, war Vorgesetzter des gesamten Personals (mit Ausnahme des Arztes und der Seelsorger) und schließlich der gefürchtete "Herr Direktor" für die Insassen. Als patriarchalischer Leiter residierte der Direktor mit seiner Familie in einer Dienstwohnung auf dem Anstaltsgelände. Die Dienstinstruktion für den Direktor von 1874 bestimmte: "Da der Erfolg der ganzen Wirksamkeit des ersten Beamten der Anstalt wesentlich von der Achtung abhängt, welche sein persönliches Verhalten erzeugt, so wird dem Inspector vor Allem ein tadelloser Lebenswandel und die gewissenhafte Haltung in seinem amtlichen und außer-

---

53 Dienst-Instruktion für den Ober-Aufseher der Corrections- und Landarmen-Anstalt zu Breitenau, 1875, Sp. 71.

amtlichen Verfahren, sowie eine unermülich besonnene Thätigkeit zur Pflicht gemacht.“<sup>54</sup>

### *Die Anstaltsleiter*

Friedrich Wilhelm Nettelbeck	1874-1892
Louis Schmidt	1892-1913
Baetz	1913-1931
Josef Schrötter	1931-1933 (kommissarisch)
Heinrich Klimmer	1933-1940
Georg Sauerbier	1940-1945
Wilhelm Engelbach	1945-1949
Dr. Otto Alter	1949-1956

Keiner der Direktoren konnte eine spezielle Qualifikation zur Leitung einer Arbeitsanstalt nachweisen. Trotzdem waren die meisten Direktoren Fachleute im weiteren Sinn und konnten zumindest auf Verwaltungserfahrung zurückgreifen. Gründungsdirektor Nettelbeck arbeitete zuvor als "Inspector und Rendant" der Breslauer Strafanstalt, hatte also Erfahrung in der Leitung einer großen Anstalt.<sup>55</sup> Nettelbeck leitete das Breitenauer Arbeitshaus mit harter Hand ohne jedes pädagogisches Verständnis. Noch 1886 sprach er vom "Strafanstaltsdienst" in Breitenau.<sup>56</sup> Seine Jahresberichte waren von Haß und Mißtrauen gegen die Anstaltsinsassen geprägt. Unangepaßte Insassen beschimpfte er als "durchtriebene, listige, in allen Schlechtigkeiten erfahrene Subjecte", angepaßte Insassen dagegen als "Heuchler".<sup>57</sup> Die Korrigenden besäßen weder "Ehr noch Schamgefühl", an deren Stelle sei "Faulheit, Lüge, Frechheit und Schamlosigkeit im höchsten Grade" getreten. Schuld daran sei "teils der Hang zum Saufen und dadurch Müßiggang, sowie schlechte Erziehung".<sup>58</sup>

---

54 Instruction für den Inspector der Corrections- und Landarmen- Anstalt zu Breitenau, in: Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1875, Anlage 37, Unteranlage 4, Sp. 53.

55 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 5 RS.

56 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 211.

57 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 6 RS, S. 60 RS.

58 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 97 RS.



Im Sommer 1886 unternahm ein Korrigend einen Angriff auf Direktor Nettelbeck, an dessen Folgen Nettelbeck lange zu leiden hatte. Der Korrigend wurde wegen Mordversuchs zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.<sup>59</sup>

Als Nettelbeck 1892 in Pension ging, ernannte die Bezirkskommunalverwaltung Louis Schmidt zu seinem Nachfolger. Schmidt leitete zuvor die hessische Arbeiterkolonie Neu-Ulrichstein, eine stationäre Einrichtung der Wandererfürsorge, und kannte das Schicksal wohnungsloser Menschen, die den weitaus größten Anteil der Breitenauer Insassen stellten, bereits aus eigener Berufserfahrung.<sup>60</sup> Schmidt blieb zweiundzwanzig Jahre in Breitenau und war der Direktor mit der längsten Dienstzeit in der Breitenauer Anstaltsgeschichte. Direktor Schmidt schlug gegenüber den Insassen einen moderateren Ton an und entwickelte ein gewisses pädagogisches Gespür, etwa wenn er Aufseherbeschwerden über renitente Insassen als Selbstbezüglichungen unfähiger Aufseher einschätzte. Schmidt hielt sich insbesondere bei Verhängung von Arreststrafen merklich zurück und setzte dagegen auf die disziplinierende Wirkung von Haftverlängerungen.

Der nach Schmidts Tod 1913 eingesetzte Direktor Baetz hatte sich im Gegensatz zu seinen Vorgängern innerhalb der Bezirkskommunalverwaltung hochgedient und war zuvor Hospitalrentmeister in der ebenfalls der Kasseler Bezirksverwaltung unterstehenden Landesheilanstalt Haina. Um ihm die nötigen Kenntnisse über Arbeitshäuser zu vermitteln, schickte man ihn vor seinem Dienstantritt in Breitenau für vier Wochen zu einem Hospitationspraktikum ins westfälische Arbeitshaus Benninghausen.<sup>61</sup> In die Dienstzeit von Direktor Baetz fiel die noch zu schildernde Reformperiode der Anstalt. Als Baetz 1931 nach langer Krankheit starb, ließ die Bezirkskommunalverwaltung den Direktionsposten der zu diesem Zeitpunkt fast leerstehenden Anstalt für zwei Jahre unbesetzt. Die Direktionsaufgaben versah provisorisch der Breitenauer Bürobienstete Josef Schrötter, der diese Funktion schon während der Krankheit des letzten Direktors ausgeübt hatte.<sup>62</sup>

Erst im Oktober 1933, als die Anstalt mittlerweile mit politischen Schutzhäftlingen und aufgrund der Bettlerrazzien der Nationalsozialisten mit neu eingelieferten Korrigenden wieder gut belegt war, besetzte die Bezirkskommunalverwaltung den Direktionsposten erneut. Heinrich Klimmer, der

---

59 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 215 RS.

60 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 63, S. 86. Zur Geschichte und Funktion der Arbeiterkolonien vgl. Zentralvorstand Deutscher Arbeiterkolonien (Hrsg.), 1984.

61 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 302.

62 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 1, 29.9.31.

	<p style="text-align: center;"><b>Ausweis</b> <b>Nr. 10</b></p> <p style="text-align: center;">für <b>Georg Sauerbier</b> Provinzialgüterdirektor und kommissarischer Leiter der Landes arbeitsanstalt Breitenau, wohnhaft in <b>Breitenau</b> Krs. Melsungen.</p>
--	--

<p style="text-align: center;">Kassel, den 24. Juni 1940</p> <p>Die polizeilichen Dienststellen werden ersucht, dem durch diese Urkunde ausgewiesenen Provinzialgüterdirektor <b>Georg Sauerbier</b> in der Erledigung seiner Dienst- geschäfte bei Absperrungen unge- hindert Durchlaß und nötigen- falls Schutz und Hilfe zu gewäh- ren. Der Ausweis gilt nur für die Person des Inhabers und hat dauernde Gültigkeit.</p> <p style="text-align: center;"><b>Der Oberpräsident</b> (Verwaltung d. Bezirksamts. Hessen) In Vertretung: <i>[Signature]</i> Landeshauptmann.</p>	<div style="text-align: center;">  </div> <p style="text-align: center;"><i>Georg Sauerbier</i> Eigenhändige Unterschrift des Inhabers.</p>
---	---

neue Direktor, war Mitglied der NSDAP und dort bereits im Sommer 1932 Funktionsträger.<sup>63</sup> Wie Direktor Baetz arbeitete Heinrich Klimmer zuvor innerhalb der Bezirkskommunalverwaltung als Landesoberrentmeister in Haina.<sup>64</sup> Im Februar 1940 wurde Klimmer in die im besetzten Polen liegende Korrigenden- und Landarmenanstalt Konitz abgeordnet.<sup>65</sup> Nach dem "Altkämpfer" der NSDAP Heinrich Klimmer benannte die Gemeinde Guxhagen nach dem Zweiten Weltkrieg in unmittelbarer Nähe der Anstalt eine Straße, die diesen Namen noch heute trägt.

Der zu seinem Nachfolger ernannte Georg Sauerbier war der erste Direktor, der die Anstalt schon vor seinem Dienstantritt kannte. Sauerbier war Beamter des Bezirkskommunalverbandes Wiesbaden und dort seit 1933 mit der Überwachung der Landwirtschaftsbetriebe des dortigen Bezirksverbandes beauftragt. Im Sommer 1937 übernahm er als Provinzialgüterdirektor auch die Verantwortung für die landwirtschaftlichen Güter des Bezirksverbandes Kassel und damit auch für das Breitenauer Anstaltsgut.<sup>66</sup> Wie sein Vorgänger Heinrich Klimmer war auch Georg Sauerbier "Altkämpfer" der NSDAP. Die Errichtung eines Konzentrationssammellagers und eines Arbeitserziehungslagers innerhalb der Anstalt ab Sommer 1940 fiel ausschließlich in seine Dienstzeit. Sauerbier blieb bis Kriegsende in Breitenau, wurde am 13. Juni 1945 von den US-Militärbehörden verhaftet und erst danach, am 28. Juni, vom Oberpräsidenten aus dem Dienst der Bezirkskommunalverwaltung entlassen.<sup>67</sup>

Danach setzte die Bezirksverwaltung den bereits 65jährigen Wilhelm Engelbach als Anstaltsleiter ein, der ebenfalls schon langjähriger Bediensteter der Bezirksverwaltung war. Für Engelbach sprach insbesondere, daß er als SPD-Mitglied als politisch zuverlässig galt und sich vor 1933 in Organisationen wie der *Liga für Menschenrechte* betätigt hatte. Als von der SPD vorgeschlagener Vertreter fungierte Engelbach während seiner Breitenauer Tätigkeit auch als Beisitzer in Spruchkammerverfahren im Rahmen der Entnazifizierung. Wilhelm Engelbach ging Ende Februar 1949 in den Ruhestand.

Sein Nachfolger, Dr. Otto Alter, war als Lehrer der erste pädagogisch ausgebildete Direktor in der Geschichte des Breitenauer Arbeitshauses. Als Dr. Alter im März 1949 seinen Dienst in Breitenau antrat, war die Aufhebung der

---

63 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9764, S. 282.

64 StA Marburg, Bestand 150, Nr. 2293, S. 385.

65 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 140, 12.4.40.

66 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9906, S. 97.

67 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 119, S. 2; Nr. 118, S. 65.

Arbeitshäuser in der amerikanischen Besatzungszone bereits beschlossen. Als Leiter des Mädchenerziehungsheims *Fuldatal* blieb Dr. Alter bis 1956 Breitenauer Anstaltsdirektor.

Der Bezirkskommunalverband setzte bei der Auswahl der Direktoren hauptsächlich auf Verwaltungserfahrung. Die Leitung der Anstalt durch einen Arzt, einen Lehrer oder einen Theologen zog man bis 1949 nicht in Erwägung. Breitenau fiel damit spätestens in den dreißiger Jahren hinter den Stand anderer Arbeitshäuser zurück. Im Arbeitshaus Benninghausen berief die dortige Provinzialverwaltung bereits 1931 einen Arzt als Anstaltsleiter.<sup>68</sup> Auch das Arbeitshaus Moringen wurde seit den dreißiger Jahren von einem ausgebildeten Volksschullehrer geleitet.<sup>69</sup> Im Gegensatz zu den Oberaufsehern rekrutierten sich die Direktoren nur im Fall des kommissarisch eingesetzten Vorstehers Schrötter aus Breitenauer Anstaltspersonal. Die wichtigste Position der Anstalt besetzte der Landeshauptmann mit anstaltsfremden, jedoch häufig innerhalb der Bezirkskommunalverwaltung bereits bewährten Kräften. Der Aufstieg vom Aufseher über den Oberaufseherposten zum Direktor lag außerhalb des Denkbaren. Dadurch sollte die Distanz des Direktors zum übrigen Personal verstärkt werden. Der Anstaltsleiter sollte nicht in die vielfältigen nachbarschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen des Personals verwickelt sein, das größtenteils in den Dörfern um Breitenau, insbesondere in Guxhagen gebürtig war. Im übrigen dürfte zwischen Direktor und sonstigem Personal kaum ein kollegiales Verhältnis im heutigen Sinn bestanden haben. Das Verhältnis entsprach eher dem vom Offizier zu Unteroffizieren. Die soziale Distanz konstituierte sich allein schon durch ein für heutige Begriffe überaus großes Gehaltsgefälle zwischen Direktor und Aufsehern. So bezog Direktor Nettelbeck 1876 mit 200 Mark pro Monat das Doppelte des Oberaufsehers und fast das Dreifache der Aufseher.<sup>70</sup>

Der Erfahrungsaustausch Breitenauer Direktoren mit Leitern anderer Arbeitshäuser war eng begrenzt und beschränkte sich mit wenigen Ausnahmen auf gelegentliche Korrespondenz. Ob Gründungsdirektor Nettelbeck je ein anderes Arbeitshaus gesehen hat, erscheint fraglich. Ein Fachtreffen von Arbeitshausdirektoren mit Breitenauer Beteiligung läßt sich erstmals 1894 nachweisen, zwei Jahrzehnte nach Gründung der Anstalt.<sup>71</sup> Ein besonderer Fach-

---

68 Vgl. Martin Gunga, 1983, S. 144.

69 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 160, Bd. 2, S. 76.

70 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 18, 1876, S. 5.

71 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9809, S. 10.

verband für Bedienstete der Arbeitsanstalten existierte nicht. Fachdiskussionen fanden, wenn überhaupt, auf den Jahrestagungen der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft statt, in der die Breitenauer Direktion ab 1918 Mitglied war.<sup>72</sup> Direktor Schmidt nahm zuvor mehrmals an Versammlungen des Vereins deutscher Strafanstaltsbeamten teil.<sup>73</sup> Lediglich von Direktor Baetz ist bekannt, daß er neben seinem Praktikum im Arbeitshaus Benninghausen einige Jahre später den Rheinischen Provinzialanstalten Brauweiler einen Besuch abstattete.<sup>74</sup> Insgesamt haben die vielen wiederholt in ein Arbeitshaus eingewiesenen Insassen die Praxis anderer Arbeitshäuser weitaus besser gekannt als das Breitenauer Personal.

---

72 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9809, S. 26.

73 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 67, S. 77 u. S. 95.

74 StA Marburg, Bestand 220, Nr. 479, S. 6.17.

# Die Arbeit

## Zwangsarbeit als Besserungsmittel

Arbeitshausunterbringung schrieb den Eingewiesenen mangelnden Arbeitswillen zu. Die Delikte des Strafgesetzbuchs, bei denen eine Arbeitshauseinweisung möglich war, hatten - so wurde unterstellt - Arbeitsscheu als gemeinsames Charakteristikum. Bettelerei, Landstreicherei, Obdachlosigkeit, Müßiggang, Prostitution und Zuhälterei habe in fehlender Arbeitsfreude ihre entscheidende Ursache. Im Falle des § 361 Nr. 5 StGB wurde "Arbeitsscheu" sogar unmittelbar als Einweisungsgrund genannt.

Die bei Gründung der Breitenauer Anstalt erlassenen Instruktionen und Reglements definierten die Zwangsarbeit der Korrigendinnen und Korrigenden nicht als Strafe, sondern als Besserungsmittel. Arbeitshausunterbringung enthielt ein pädagogisches Programm. Durch zeitlich begrenzten Arbeitszwang sollten die Korrigenden ("die zu Verbessernden") positiv beeinflusst werden. Der Freiheitsentzug sei, hieß es im Bauprogramm von 1874, nicht Selbstzweck wie bei normalen Haftstrafen, sondern nur Mittel zum Zweck, um die dem "gesellschaftsordnungswidrigen Hange ergebenden Personen durch eine geordnete Lebensweise in der Anstalt und vor Allem durch strenges Anhalten zu fortwährender Beschäftigung an eine solche zu gewöhnen und soweit thunlich durch Einwirkung auf das Gemüth des Gesunkenen und weitere Ausbildung seiner Fähigkeiten denselben tauglich zu machen, als ein nützliches Glied in die menschliche Gesellschaft wieder einzutreten".<sup>1</sup> Die arbeitsscheu und verkommen eingelieferten Prostituierten und Vagabunden sollten einige Monate später die Anstalt als geläuterte, arbeitshungrige Bürgerinnen und Bürger wieder verlassen. Das Bauprogramm von 1874 enthielt sogar, später nicht durchgeführte, Vorschläge hinsichtlich Arbeitsschulung in ursprünglich erlernten Berufen. Das Ziel sei, "thunlichst einen jeden so zu beschäftigen wie er es außerhalb der Anstalt erlernt hat, um ihm von Neuem Lust an dieser Be-

---

1 Bauprogramm für die zu Breitenau herzustellende Corrigenden- und Landarmen-Anstalt, in: Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1875, Anlage 37, Unteranlage 1, Sp. 14.

schäftigung einzuflößen".<sup>2</sup> Ein relativ kurzer, scharfer Schock harter Zwangsarbeit sollte die "Gesunkenen" aus ihrer Lethargie reißen.

Aus Sicht des Personals erschien der Arbeitszwang als der entscheidende Hebel, über den ein konformes Verhalten erreicht und Einfluß auf die gesamte Persönlichkeit genommen werden konnte. Die Besserung der Häftlinge wurde allein über ihre Arbeitsleistung gemessen. Die proklamierte Besserungstechnologie reduzierte sich darauf, angeblich arbeitsentwöhnte Individuen während der Arbeitshaushaft zur Arbeitsleistung anzuhalten. Andere Notwendigkeiten des Arbeitslebens wie selbständige Arbeitseinteilung und Pünktlichkeit wurden im Arbeitshaus nicht eingeübt. Der gesamte Freizeit- und Wohnbereich gehörte ebenfalls nicht zum Themengebiet der Arbeitshauspädagogik. Haushaltsführung, Sparsamkeit, Nähen, Waschen, Kochen wurde weder bei Männern noch bei Frauen trainiert. Außerdem fehlte jede bewußte Auseinandersetzung mit Familienleben, Kindererziehung und Sexualverhalten. Der Lehrplan der Arbeitshäuser enthielt nur das Fach 'Zwangsarbeit'.

Als Erfolg galt die zunächst innerhalb der Anstalt zwangsweise, dann "draußen" freiwillige Unterwerfung in den Arbeitsprozeß. Die während der Haft wiedererweckte Arbeitsfreude sollte die Korrigenden und Korrigendinnen befähigen, nach der Entlassung auf dem freien Arbeitsmarkt unterzukommen. Das sicherste Besserungsmittel, hieß es in einer Breitenauer Dienstanweisung, liege in einer "angemessenen ununterbrochenen Beschäftigung" der Korrigenden.<sup>3</sup> Gründungsdirektor Nettelbeck schrieb im Jahresbericht 1875, Zweck der Anstalt sei, daß "die Corrigenden erkennen lernen, daß sie im Stande sind, sich ihren Unterhalt auf redliche Weise zu erwerben und es nur an ihnen selbst liegt, wieder ein nützliches Glied der Menschheit zu werden, dagegen sie aber durch Fortsetzung ihres früheren Lebenswandels geistig und körperlich untergehen".<sup>4</sup> Noch 1908 wiederholte eine Dienstanweisung für den Direktor das Postulat der "ununterbrochenen" Beschäftigung: "Die Arbeit bis zur Ermüdung soll dazu dienen, den Geist und den Körper zu stärken und das Individuum gewandt zu machen, damit der im Menschen ruhende Sinne für eigene Ernährung in ihm geweckt und er vom Pfade des Müßiggangs und Vagabundierens abgeleitet werde."<sup>5</sup>

---

2 Ebenda, Sp. 18.

3 Instruction für den Inspector der Corrections- und Landarmen-Anstalt zu Breitenau, 1875, § 18.

4 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 23.

5 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9751, S. 12.

An der Effizienz dieser eindimensionalen, nur auf Zwangsarbeit ausgerichteten, Besserungstechnologie hatten die Breitenauer Direktoren keinen Zweifel. Direktor Schmidt schrieb in den neunziger Jahren, er erkläre dies den Gefangenen folgendermaßen: "A r b e i t e n soll hier gelernt werden - sich wieder an die Arbeit zu gewöhnen sei der Zweck des Aufenthaltes, dann könne sich jeder draußen wieder ehrlich ernähren u. brauche keiner sein Leben in den Arbeitshäusern zuzubringen."<sup>6</sup>

Es lag außerhalb des Erkenntnishorizonts der Breitenauer Direktoren, daß für diese Intention eine künstliche Anstaltswelt mit ihrem vollständig fremdbestimmten Tagesablauf kaum geeignet war. Innerhalb der Anstalt war die Lebensorganisation vollständig von den Insassen weggenommen und jede Lebensäußerung bis ins Kleinste reglementiert. Daß die Insassen gerade von diesen künstlichen Bedingungen abhängig gemacht wurden, was das sich anschließende Leben "draußen" letztendlich sogar erschwerte, war im 19. Jahrhundert noch weitgehend unbekannt. Die infolge langer Anstaltsunterbringung entstehenden, später von der medizinischen Forschung als Hospitalismus bzw. Deprivationssyndrom diagnostizierten Persönlichkeitsstörungen erlebte das Breitenauer Personal immer wieder, ohne sie auch nur ansatzweise erklären zu können. Fassungslos mußten Aufseher und Direktion zusehen, wie gerade die innerhalb der Anstalt besten und ordentlichsten Insassen auf vereinzelt vermittelten Arbeitsstellen "draußen" dann völlig versagten.<sup>7</sup> Für solche Mißerfolge hatte das Personal bestenfalls die hilflose Erklärung, daß die Arbeitshaushaft zu kurz gewesen sei und deswegen keine wirklich tiefgreifende Besserung stattgefunden habe. Die Korrigenden seien charakterlich völlig verkommen und heuchelten ihre Besserung nur.

Am Besserungskonzept der Arbeitshäuser war schon die pauschale Unterstellung falsch, daß es sich bei den "Gesunkenen" grundsätzlich um arbeitsscheue oder doch zumindest arbeitsentwöhnte Menschen handelte. Die allgemein anerkannte und nie bestrittene Abhängigkeit der Bestrafungen wegen Bettellei und Landstreicherei von jahreszeitlichen und konjunkturellen Beschäftigungsschwankungen beweist, daß es sich zumindest bei einem Teil der "Gesunkenen" um vom stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse unfreiwillig aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossene Menschen handelte. Die von der Fachwelt stets heftig kritisierte, jedoch nie eingeschränkte Einweisung arbeitsunfähiger Menschen ist ein weiteres Indiz, daß es bei der Arbeitshaus-

---

6 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10282, S. 16, Hervorhebungen im Original.

7 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 167.



unterbringung in erster Linie kaum um die Arbeitsschulung der dort Inhaftierten ging. Der Haupteffekt der Arbeitshäuser lag in der Bekämpfung der sich stets neu bildenden und als "gesellschaftsordnungswidrig" eingeschätzten subproletarischen Schichten, mit einem durchaus beabsichtigten Abschreckungseffekt bezüglich der Masse der Armen. Der Stellenwert des Arbeitshauses als präventive Armenpflege ist deswegen bezüglich der dort Inhaftierten als äußerst gering einzuschätzen, zumal Berufsausbildung oder auch nur Auffrischkurse in eventuell erlernten Berufen weder in Breitenau noch in anderen deutschen Arbeitshäusern angeboten wurden.<sup>8</sup>

Hauptbeschäftigungszweig in den Arbeitshäusern waren Arbeiten zur Unterhaltung und Finanzierung der Anstalten. Die Einflußnahme auf die Persönlichkeit der Gefangenen, sei es in persönlicher Berufsausbildung, moralischer Läuterung oder Aneignung von elementaren Schulkenntnissen trat demgegenüber in den Hintergrund. Eine sozialtherapeutische Verklärung der Zwangsarbeit fand im Breitenauer Arbeitshaus im übrigen nicht statt. Der in der Fachdiskussion der Arbeitshäuser Anfang der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts auftauchende Begriff *Arbeitstherapie* wurde vom Breitenauer Personal nicht verwendet.<sup>9</sup>

Die 1874 als "sicherstes Besserungsmittel" empfohlene "ununterbrochene Beschäftigung" der Breitenauer Korrigenden, die den Tagesablauf auf Arbeiten, Essen und Schlafen reduzierte, war keine Breitenauer Besonderheit. Die Arbeitszeit der deutschen Arbeitshäuser bewegte sich im Kaiserreich durchweg zwischen 11,5 und 12 Stunden im Sommer und 10,5 und 11 Stunden im Winter und lag damit am oberen Rand der Größenordnung der etwa in Textilfabriken üblichen Arbeitszeit.<sup>10</sup> In Breitenau begann laut der Hausordnung von 1874 die Arbeit im Sommer um 5<sup>20</sup> Uhr, im Winter um 6<sup>20</sup> Uhr. Sie dauerte, nur unterbrochen durch die Pausen, bis abends 19 Uhr. Noch 1918 wird aus Breitenau von zwölfstündiger Arbeitszeit an sechs Tagen der Woche berichtet, die mit Pausen von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends dauerte.<sup>11</sup> Im November 1919 führte die Breitenauer Direktion für die Insassen den Zehnstudentag ein, der jedoch die Gesamtlänge des Arbeitstags nur wenig verkürzte, weil man die

---

8 Vgl. Otto Fleischmann, 1894, S. 190-192.

9 Vgl. Walther, 1932, S. 295. Im Aktenbestand der Anstalt taucht der Begriff *Arbeitstherapie* erstmals 1934 in einem Schreiben des Oberpräsidenten an die Anstaltsleitung auf, Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 59, S. 189.

10 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 153; vgl. Jürgen Kocka, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990. S. 485.

11 Vgl. Bertha Kunreuther, 1918, S. 119.

nicht zur Arbeitszeit zählenden Pausen verlängerte.<sup>12</sup> Erst 1930 hatte sich mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 47 Stunden der Achtstudentag in Breitenau durchgesetzt.<sup>13</sup>

Das Hauptproblem der Breitenauer Anstaltsleitung war, die geforderte "ununterbrochene Beschäftigung" der Insassen auch tatsächlich garantieren zu können. Ständige Fluktuation, große Heterogenität in der Berufs- und Altersgliederung, die oft beschränkte Leistungsfähigkeit der Korrigenden und insbesondere der Landarmen bildeten nur schwer zu überwindende Hindernisse für einen kontinuierlichen Arbeitsbetrieb.<sup>14</sup> Zudem waren die Einlieferungen in die Anstalt, die bei allen Insassengruppen völlig außerhalb der Entscheidungsbefugnis der Anstaltsleitung lagen, nicht im voraus zu planen. Das Personal war daher gezwungen, ein möglichst vielseitiges und flexibles Arbeitsangebot zu schaffen.<sup>15</sup> Die Beschäftigung der Insassen läßt sich in drei Arbeitszweige unterteilen, die je nach Jahreszeit, Konjunkturlage und Belegungszahl unterschiedlich gewichtet waren:

- Beschäftigung im eigentlichen Anstaltsbetrieb bzw. in Regiebetrieben der Anstalt,
- Vermietung von Außenarbeitskolonnen an öffentliche und private Arbeitgeber,
- Vermietung von Arbeitskräften an private Unternehmer mit Beschäftigung innerhalb der Anstaltsmauern.

Oberstes Prinzip war, möglichst alle in der Anstalt anfallenden Arbeiten soweit nur irgend möglich von Insassen ausführen zu lassen. Man entwickelte hierfür ein regelrechtes Autarkieprogramm. Die Anstaltskleidung wurde in einer eigenen Schneiderei hergestellt, die Schuhe in einer eigenen Schusterei, die notwendigen Möbel lieferte eine Schreinerei und anfallende Schlosserarbeiten erledigte die Anstaltsschlosserei. Soweit möglich beschäftigte man Insassen mit entsprechender Berufserfahrung in diesen Werkstätten.

---

12 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 133 RS.

13 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 4, 8.7.30.

14 Vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 22.

15 Zu den im Arbeitshaus Dieburg durchgeführten Arbeiten vgl. Hans Bennecke, 1890, S. 361; zum Arbeitshaus Moringen vgl. Koepchen, Korrigendenwesen und das Provinzialwerkhaus Moringen, in: Sechzig Jahre hannoversche Provinzialverwaltung, Hannover 1928, S. 157; zum Arbeitshaus Benninghausen vgl. Pothmann, Korrigendenwesen, in: Die provinzielle Selbstverwaltung Westfalens, Münster i.W. 1903, S. 280.

# Kaufrechnung

über die Kaufschätzung des männlichen Leinwandens  
am 16. Dec 1887.

Kaufschätzung:

für die Firma Hitzemann & Co 50 Leinwand

bei Herrn Antiquar G. Hitzemann 10' —

„ „ H. Hitzemann & Co 10' „

„ „ G. Hitzemann & Co 10' „

„ „ H. Hitzemann 10' „

„ „ L. Hitzemann 10' „

an der Leinwand 12' „

an der Leinwand zu Hitzemann 15' „

alt. Hitzemann 3' „

„ Hitzemann 1' „

„ Hitzemann 3' „

an der Leinwand 3' „

alt. Hitzemann 5' „

„ Hitzemann 2' „

„ Hitzemann 3' „

„ Hitzemann 1' „

„ Hitzemann 1' „

„ Hitzemann 2' „

an der Leinwand 2' „

alt. Hitzemann 2' „

„ Hitzemann 1' „

„ Hitzemann 1' „

an der Leinwand 1' „

bei der Leinwand zu Hitzemann 6' „

Hitzemann 7' „

an der Leinwand 7' „

an der Leinwand 4' „

Re 188 Leinwand

Der anstaltseigene Gutsbetrieb lieferte kostengünstig einen Großteil der für die Ernährung der Insassen benötigten Lebensmittel. Das auf eigenem Grund- und Boden angebaute Getreide ließ man in der Anstaltsmühle mahlen. Die Anstaltsbäckerei schließlich lieferte Brot für die gesamte Breitenauer Anstalt.

Der Gutsbetrieb war eine tragende Säule der Breitenauer Anstaltsökonomie. Die Anstaltsleitung war ständig bestrebt, den Grundbesitz auszuweiten. Beim Kauf des Klostergeländes erwarb der kommunalständische Verband lediglich knapp zwei Hektar Land in der unmittelbaren Umgebung der Gebäude.<sup>16</sup> Der Grundbesitz der Anstalt mußte erst nach und nach zusammengekauft werden. Während das Bauprogramm von 1874 nur sechs Acker Gartenland nachwies, konnte der Grundbesitz schon Anfang der achtziger Jahre durch den Ankauf der Mühle mit 33 Hektar Land erheblich ausgeweitet werden. Bis 1881 hatte man den Grundbesitz bereits auf 45 Hektar vergrößert. 1890 gelang es, weitere 34 Hektar Ackerland, Wiesen und Weiden dazuzukaufen. 1917 konnte die Enklave "Fuldaberg" erstanden werden, so daß die Anstalt dann fast 91 Hektar Land besaß.<sup>17</sup> Allerdings bot der Gutsbetrieb in Feldern, Gärten und Ställen höchstens einem Dutzend Insassen Dauerbeschäftigung. Infolge seiner verstreuten Feldlage, der wechselnden Böden und der großen Entfernungen zur Anstalt galt das Breitenauer Gut trotz seiner beachtlichen Größe als landwirtschaftlich schwieriger Betrieb.<sup>18</sup>

Außer der Gutswirtschaft, der schon erwähnten Bäckerei und der Mühle führte die Anstalt schon seit den achtziger Jahren eine Baumschule als Regiebetrieb.<sup>19</sup> Während Mühle und Bäckerei neben den festangestellten Meistern nur ein bis zwei Insassen Arbeit boten, war die Baumschule relativ beschäftigungsintensiv. Allerdings schloß die Baumschule häufig mit Defizit ab,

---

16 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 113, S. 33.

17 Bauprogramm für die zu Breitenau herzustellende Corrigenden und Landarmen-Anstalt, 1875, Sp. 15; Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1881, Anlage 22, Sp. 1; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 148, S. 63 RS.; Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1890, Bd. I, Sp. 25; ebenda, 1918, Anlage 14, Sp. 3; vgl. Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 77.

18 Vgl. dazu ein Gutachten aus dem Jahre 1946 in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 118, S. 185.

19 Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1887, Anlage 14, Sp. 2.

während Gutsbetrieb, Bäckerei und Mühle in der Regel einen stattlichen Gewinn abwarfen.

Die wenigen Funktionsposten in Werkstätten, Gutsbetrieb, Mühle und Bäckerei waren bei den Insassen äußerst begehrt, weil sie dort geringeren Kontrollen unterlagen und höhere Arbeitsprämien verdienen konnten. Insbesondere auf Arbeitsplätzen innerhalb des Anstaltsgeländes ließ sich eine strikte Trennung der verschiedenen Insassengruppen nicht mehr aufrechterhalten.<sup>20</sup>

Eine untergeordnete Rolle spielte das Privileg von Anstaltsbediensteten, sich billig Insassen für persönliche Hilfsarbeiten zu mieten. Beispielsweise führten Korrigenden 1904 beim privaten Hausbau des Anstaltsarztes umfangreiche Erdarbeiten aus.<sup>21</sup> Darüber hinaus wurden Insassen insbesondere für Gartenarbeiten, Holzspalten, Wäschewaschen, aber auch für kleinere Schlosserarbeiten, Schuhreparaturen und Kleiderflicken herangezogen.<sup>22</sup> Hierfür verzeichnete die Anstaltskasse 1907 40 Pfennig pro Arbeitstag. Für Werkstättenarbeit betrug der Lohnsatz 80 Pfennig. 1892 schränkte der Landesausschuß diese in einem besonderen Spannungsverhältnis stehenden Hilfsarbeiten drastisch ein und ließ für über ein Jahrzehnt nur ganztägige Gartenarbeiten im Freien zu.<sup>23</sup> Großen Umfang nahm die Arbeit der Insassen bei Anstaltsbeamten - soweit sie offiziell abgerechnet wurde - nicht an. Im Rechnungsjahr 1922 wurden für Beamte monatlich zwischen 54 und 87 Arbeitsstunden geleistet. Auch 1931 wird mit 392 Arbeitstagen im Jahr von einer geringen Größenordnung berichtet.<sup>24</sup>

Die Frauen der vergleichsweise kleinen Frauenabteilung wurden hauptsächlich innerhalb des Anstaltsgeländes eingesetzt. Der Einsatz von geschlossenen Frauenkolonnen bei fremden Arbeitgebern außerhalb der Anstalt fand nur während der Erntemonate statt.<sup>25</sup> Innerhalb des anstaltseigenen Gutsbetriebs wurden die Frauen hauptsächlich zum Melken und im Gemüsegarten eingesetzt. Ausschließlich Aufgabe der Frauen war das Waschen und Flickern der Anstaltskleidung bzw. der Bettwäsche sowie das Strümpfestricken. Außerdem

---

20 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 53, S. 15.

21 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 59, S. 79.

22 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 59, S. 38 RS.

23 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 34.

24 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9785; Nr. 1, S. 16.

25 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 56; Nr. 64, S. 217 RS; Nr. 59, S. 61.

zählten sämtliche Putzarbeiten innerhalb der Anstalt zum Aufgabenbereich der weiblichen Insassen.<sup>26</sup>

## Außenarbeitskolonnen

Ein wesentlicher Unterschied der Arbeitshäuser zu Gefängnissen und Zuchthäusern bestand in der außergewöhnlich großen Rolle von kolonnenweisen Außenarbeiten. Es wurden hauptsächlich landwirtschaftliche Arbeiten auf den Ländereien der Anstalten und bei privaten Arbeitgebern durchgeführt.<sup>27</sup> In Breitenau bildete Landarbeit bei Bauern und Grundbesitzern der Gegend den wichtigsten Beschäftigungszweig der Korrigenden. Den verschiedenen Arbeiten innerhalb des Anstaltsgeländes und im anstaltseigenen Gutsbetrieb kam demgegenüber geringere Bedeutung zu.

Die Anstaltsleitung erklärte wiederholt, es sei ihr oberstes Prinzip, möglichst viele im Anstaltsbetrieb nicht benötigte Arbeitskräfte kolonnenweise bei fremden Arbeitgebern außerhalb der Anstalt zu beschäftigen. Bereits 1875 stellte man drei Gutsbesitzern Arbeitskolonnen zur Verfügung. Eine weitere Kolonne arbeitete in einem privaten Steinbruch.<sup>28</sup> Die Bevölkerung der Gegend gewöhnte sich schnell an die Marschkolonnen der Korrigenden, die zumeist in der Stärke von zehn Gefangenen, bewacht von einem bewaffneten Aufseher, frühmorgens zu den Bauern und Grundbesitzern ausrückten. Lag die Arbeitsstelle in der Nähe der Anstalt, kehrte die Kolonne abends zurück, ansonsten blieben Aufseher und Kolonne die ganze Woche auf der Arbeitsstelle und kamen erst samstagabends wieder nach Breitenau. Einzelne Kolonnen arbeiteten sogar monatelang an ihren Einsatzorten, ohne nach Breitenau zurückzukehren, wodurch die Anstalt weit über ihre eigentliche Kapazität hinaus belegt werden konnte. Die Verbindung solcher Außenkolonnen mit der Anstalt gestaltete sich denkbar lose und beschränkte sich in der Regel auf einen wenige Zeilen umfassenden wöchentlichen Tätigkeitsbericht des Aufsehers, in dem dieser das Arbeitsfeld und besondere Vorkommnisse schilderte bzw.

---

26 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 122, S. 108 RS; Nr. 27, S. 126.

27 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 240; vgl. Robert Meixner, Das Arbeitshaus in der Gegenwart und in der Zukunft, Diss. Erlangen 1935, S. 41.

28 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 171; Nr. 59, S. 2; Nr. 60, S. 58 RS, S. 79; Nr. 9760, S. 7.1881.

benötigte Gegenstände anforderte.<sup>29</sup> Der Direktor war verpflichtet, die Außenkolonnen mindestens einmal im Monat persönlich zu kontrollieren.

Die Vermietung von Arbeitskolonnen zu Außenarbeiten war für die Anstalt recht lukrativ und brachte weit mehr Gewinn als die Vermietung von Arbeitskräften zu industrieller Arbeit innerhalb der Anstalt.<sup>30</sup> Insbesondere wenn die Kolonne wochenweise "auf Kommando" blieb, entlastete sie den Anstaltsetat. Die privaten Arbeitgeber mußten die Kolonnen verpflegen und außerdem Lohn für die Korrigenden und den Aufseher bezahlen.<sup>31</sup>

Da normalerweise nur vollständige Kolonnen mit mindestens zehn Korrigenden oder Korrigendinnen angefordert werden konnten, haben im wesentlichen nur große Bauern und Grundbesitzer vom Breitenauer Arbeitskräfteangebot profitieren können. Bei kürzerem Arbeitseinsatz forderten die Bauern die Kolonnen mündlich oder formlos per Postkarte an:

- "Möchte hiermit anfragen, ob ich am 18. d.M. zum Dreschen wieder 12 Mann bekommen kann ..."
- "Wie bereits im vergangenen Jahr, erlaube ich mir auch in diesem Jahr an Sie die Bitte zu richten, mich mit 10 bis 12 Mann beim Einbringen meiner Kartoffelernte zu unterstützen".
- "Ich hatte gestern neun Leute von dort zum Kartoffelnlesen, die Leute haben gut gearbeitet, und ich bitte Sie mir nächste Woche nochmals 14 Mann zum Kartoffelnlesen abzulassen. Ich bin augenblicklich sehr im Druck ..."
- "Um in der arbeitsreichen Zeit auch Leute von Ihnen holen zu können, möchte ich schon jetzt (im April, W.A.) meinen Bedarf an Leuten anmelden. Ich benötige im Monat Juni eine Kolonne von 10 Männern oder auch 12 Frauen für folgende Tage ..."<sup>32</sup>

Als ständige Außenkommandos werden, neben einer 'fliegenden Kolonne', über Jahrzehnte immer wieder dieselben Arbeitsstellen erwähnt<sup>33</sup>:

---

29 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 139; Nr. 9754.

30 StA Marburg, Bestand 220, Nr. 478, 6.7.1907; vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 240.

31 StA Marburg, Bestand 220, Nr. 478, 23.6.1896.

32 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9785, 1.11.37, 28.8.38, 2.19.36, 6.4.37.

33 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 3; Nr. 134-139; Nr. 9793, 13.10.34; Nr. 9785, 24.8.1936; StA Marburg, Bestand 220, Nr. 478, 6.4.07, 30.8.12.

- Domäne Mittelhof, Gensungen
- Domäne Fahre, Malsfeld
- Rittergut Heydenreich, Malsfeld
- Ökonomierat Sinning, Dörnhagen
- Gutsbesitzer Fritz Sinning, Grifte
- Gutsbesitzer Friedrich Koch, Gensungen
- Gutsbesitzer Adolf Schmidt, Breitenau

Bei längerfristiger Arbeitskräftevermietung schloß die Anstalt mit den Arbeitgebern Verträge ab. So verpflichtete sich der Rittergutsbesitzer Heydenreich aus Malsfeld 1886 vertraglich, ganzjährig zehn männliche Korrigenden zu beschäftigen. Die Anstalt behielt sich das Recht vor, die Männer dieser Kolonne auszuwählen, die montagsmorgens mit dem ersten Zug ins etwa fünfzehn Kilometer entfernte Malsfeld in Marsch gesetzt wurden. Für einen Schlafsaal für die Gefangenen und einen zusätzlichen Raum für den Aufseher hatte der Gutsbesitzer, für die Bettwäsche dagegen die Anstalt zu sorgen. Auch die Verpflegung einschließlich täglich 250 Gramm Brot pro Gefangenen hatte der Arbeitgeber zu stellen, die etatmäßige Brotration lieferte die Anstaltsbäckerei zusätzlich. Dieser Gutsbesitzer mußte pro Korrigend und Arbeitstag im Sommer 50 Pfennig und im Winter 40 Pfennig an die Anstalt bezahlen.<sup>34</sup> Außerdem mußte er noch täglich zwei Mark für den Aufseher vergüten, wovon dieser eine Mark als 'Kommandogeld' erhielt.

Der Tarif für die Arbeitskolonnen hing davon ab, ob der Arbeitgeber für Verpflegung und Unterkunft zu sorgen hatte und insbesondere, ob er bereit war, die Kolonne für längere Zeit und damit auch über die landwirtschaftliche Saison hinaus zu beschäftigen. 1891 galt bei nichtständiger Beschäftigung ein Tagesarif von 50 Pfennig im Winter und 60 Pfennig im Sommer, bei ganzjähriger Beschäftigung ermäßigte sich der Tarif um je 10 Pfennig.<sup>35</sup> Außerdem mußte bei diesem Tarif die Verpflegung gestellt und pro Aufsehertag zwei Mark zusätzlich gezahlt werden. Frauenarbeit war im übrigen jeweils 10 Pfennig billiger.<sup>36</sup>

1911 bewegten sich die Tagesarife zwischen 40 Pfennig für ständige Frauenarbeit mit Verpflegung im Winter und einer Mark für kurzfristige Männerarbeit ohne Verpflegung im Sommer. Erst 1917 fand eine Erhöhung der

---

34 StA Marburg, Bestand 220, Nr. 478, 30.3.1886.

35 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 63, S. 64 RS.

36 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 217.



Tarife statt, nachdem im Kommunallandtag gerügt worden war, daß diese niedrigen Sätze der Lage auf dem Arbeitsmarkt schon lange nicht mehr entsprachen.<sup>37</sup> Ab 1922 ging die Anstalt dazu über, die für die Justizverwaltung festgelegten Arbeitslöhne auch für Breitenau anzuwenden. Durch diese geringen Lohnsätze fungierte Breitenau in der Region als Lohndrucker. Die Löhne von freien Arbeitern betrugen etwa das Vierfache der an die Anstalt gezahlten Lohnsätze.<sup>38</sup> Während der Erntezeit konnte sich die Anstalt vor Anfragen nach Arbeitskolonnen kaum retten. Die Jahresberichte wiederholten Jahr für Jahr, daß die Anstalt im Sommer und vor allem während der Ernte die Nachfrage nach Arbeitskolonnen nicht befriedigen konnte.

Die Breitenauer Direktoren sahen in den landwirtschaftlichen Arbeitskolonnen die ideale Beschäftigung. So äußerte Direktor Schmidt 1892 mit Blick auf die vielen in der Anstalt untergebrachten, seiner Ansicht nach unbrauchbaren, Handwerker, es sei eine Hauptaufgabe der Korrekptionsanstalten, solche "ihrem Geschäft ganz entfremdeten" Menschen zu Landarbeitern auszubilden, damit der Landwirtschaft die notwendigen Arbeitskräfte zugeführt werden.<sup>39</sup> Dies sei auch im Interesse der Korrigenden, weil diese nach ihrer Entlassung am ehesten in der Landwirtschaft ihren Unterhalt verdienen könnten. Von der in Breitenau durchgeführten Industrieproduktion hielt Direktor Schmidt wenig, weil hier die Disziplin nur schwierig aufrecht erhalten werden könne und die Gesundheit der Insassen leide. "Die Leute verlieren ihre Arbeitskraft. Die Muskeln und Nerven erschlaffen u. wenn ein Mann Jahre lang im Hause mit irgend einer industriellen Arbeit beschäftigt gewesen ist, so weiß er, plötzlich in Freiheit gesetzt, seine Glieder nicht mehr zu gewöhnlichen Handarbeiten - wozu diese Art von Menschen doch schließlich immer wieder greifen müssen - zu gebrauchen: Er hat seine Arbeitskraft im Gefängnis verloren. Aus diesem Grunde sehe ich die häusliche Beschäftigung nur als ein Notbehelf an u. beschränke sie daher auch auf das thunlichst geringste Maß. Die allerbeste Art der Beschäftigung unserer Corrigenden ist und bleibt die mit landwirtschaftlichen, gärtnerischen oder forstlichen Arbeiten."<sup>40</sup>

Natürlich zogen sowohl die Kasseler wie auch die Wiesbadener Bezirkskommunalverwaltung Breitenauer Korrigenden so oft wie nur möglich zu in ihrem Aufgabenbereich liegenden Arbeiten heran. Breitenauer Korrigenden

---

37 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1917, Sp. 28.

38 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 59, S. 157.

39 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 59, S. 39, S. 49.

40 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 122, S. 37.

wurden eingesetzt, als Mitte der achtziger Jahre nahe der Anstalt die Brücken über Fulda und Eder gebaut wurden.<sup>41</sup> Zu verschiedenen Arbeiten auf den Gütern der zur Kasseler Bezirksverwaltung gehörenden Krankenhäuser Haina und Merxhausen bzw. des dem Wiesbadener Bezirksverband unterstehenden Krankenhauses Hadamar mußte Breitenau jahrzehntelang Kolonnen stellen, die dort monatelang blieben und über die jeweiligen Anstalten verpflegt wurden.<sup>42</sup> Für die Wiesbadener Bezirksverwaltung mußte aus Breitenau von 1907 bis 1916 ein Wegebaukommando gestellt werden, das jeweils den gesamten Sommer über Straßen im Regierungsbezirk Wiesbaden instand setzte. Dieses Kommando war in einem speziell für diesen Zweck gebauten Wohnwagen untergebracht, der Küche, Schlafräum für den Aufseher und Kojen für zwölf Korrigenden vereinigte. Die Gefangenen mußten diesen Wohnwagen kilometerweit von Einsatzort zu Einsatzort ziehen.<sup>43</sup>

Die Außenkommandos bedeuteten für die Korrigenden eine nicht zu unterschätzende Hafterleichterung, die Haftpsychosen weitgehend verhindert haben dürfte. Die Zulassung zu einer Außenkolonne galt als gewisses Privileg, das fluchtverdächtigen oder aufsässigen Insassen nicht gewährt wurde. Außerdem war die Verpflegung der Außenkolonnen durch eine tägliche Zusatzration von 250 Gramm Brot etwas besser. Schließlich war fernab vom lärmenden Anstaltsbetrieb die Disziplin lockerer, insbesondere wenn ein einzelner Aufseher monatelang mit denselben Korrigenden auf einer Außenarbeitsstelle blieb. Für Korrigenden, die aus der Region stammten, hatten die Außenkolonnen allerdings den Nachteil, daß sie erkannt werden konnten und ihre Arbeitshausunterbringung allgemein bekannt wurde.

---

41 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 165.

42 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9813; Nr. 9785; Nr. 64, S. 259; StA Marburg, Bestand 220, Nr. 478, 19.4.13; Hessisches HStA Wiesbaden, Bestand 403, Nr. 560.

43 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 139, S. 2, S. 131; StA Marburg, Bestand 220, Nr. 478, 6.4.07; Hessisches HStA Wiesbaden, Bestand 403, Nr. 502, 7.10.15.

## Industrieproduktion

Weit schwieriger als die Vermietung von Außenkolonnen gestaltete sich für die Anstalt die Beschäftigung der Insassen mit industrieller Arbeit in den Arbeitssälen innerhalb der Anstaltsmauern.

Die Anforderungen an diese Arbeiten waren vielfältig. Zum einen mußten sie angesichts der begrenzten Haftzeit der Insassen schnell erlernbar sein und insbesondere auch von den arbeitsbeschränkten Insassen, die in den landwirtschaftlichen Kolonnen nicht einsetzbar waren, ausgeführt werden können. Zum anderen mußten es Tätigkeiten sein, die ohne Termindruck flexibel durchführbar waren und auch bei schwankenden Insassenzahlen und im Winter bei brachliegender Landwirtschaft genügend Arbeit boten. Die Beschäftigung der Korrigenden und Korrigendinnen in den Wintermonaten, in denen weder die eigene Gutswirtschaft noch die Grundbesitzer Arbeitskräfte benötigten, bildete das Hauptproblem des Arbeitsbetriebs der Anstalt.<sup>44</sup> Man benötigte daher die Industrieproduktion in erster Linie als Ausgleich für Zeiten mit Unterbeschäftigung der Insassen. Schließlich mußte die Produktion so gestaltet sein, daß sich Verluste infolge falscher Bearbeitung in vertretbaren Grenzen hielten.

In den ersten fünf Jahrzehnten entwickelte die Breitenauer Anstalt mit Ausnahme der für den Anstaltsbedarf eingerichteten Werkstätten, der schon erwähnten Mühle und der Bäckerei, keine in eigener Verantwortung durchgeführte Produktion. Stattdessen forderte die Anstaltsleitung Privatunternehmer auf, Industrieproduktion innerhalb der Anstaltsmauern durchzuführen. Dieses in deutschen Arbeitshäusern und Gefängnissen allgemein übliche Verfahren befreite das Personal von der Produktionsorganisation und die Anstalt vom Vertriebsrisiko der hergestellten Waren.<sup>45</sup> Transportkosten, Kapitalkosten für Maschinen, Kosten und Risiko des Vertriebs waren Angelegenheit des Fremdentnehmers. Die Anstalten stellten nur Arbeitskräfte und Produktionsräume zur Verfügung.

Ab 1876 ließ die Breitenauer Direktion wiederholt Anzeigen in den Zeitungen der Region veröffentlichen. Von der Anstalt seien 150 bis 200 männliche und 25 weibliche Korrigenden an Unternehmer abzugeben. Nach Angaben der Direktion eigneten sich die Korrigendinnen und Korrigenden besonders zur

---

44 StA Marburg, Bestand 220, Nr. 478, 27.12.06.

45 Vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 22; für Österreich vgl. Hannes Stekl, Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671-1920, 1978, S. 231 f.

Weberei, Zigarrenfabrikation und der Produktion von Tuch- und Holzschuhen.<sup>46</sup>

Bereits 1877 errichtete der Kasseler Fabrikant C. Schaumlöffel in einer Etage der alten Klosterbasilika eine Leinweberei und beschäftigte schon im ersten Jahr zwanzig Korrigenden.<sup>47</sup> Mit der Textilherstellung griff man in Breitenau auf einen Produktionszweig zurück, der sich bereits in der Amsterdamer Anstalt nachweisen läßt und in der Geschichte der Arbeitshäuser eine lange Tradition vorwies.<sup>48</sup>

Die Weberei, in der man das gesamte Jahr arbeitsbeschränkte und fluchtverdächtige Korrigenden beschäftigte, wurde in den folgenden Jahren stark erweitert. 1879 beschäftigte die Fremdfirma bereits durchschnittlich 84 Korrigenden. Nachdem die Firma Schaumlöffel 1885 in Konkurs gegangen war, übernahm ein Jahr später die Kasseler Firma Salzmann die bestehende Weberei und führte sie in den folgenden Jahren mit 60 bis 80 Korrigenden weiter. Die Firma bezahlte dafür der Anstalt pro Arbeitstag 30 Pfennig für Spuler und 35 Pfennig für Weber. Nach über zehnjähriger Produktion kündigte die Anstalt 1897 den Vertrag mit der Firma Salzmann, weil diese nicht bereit war, den gezahlten Tarif zu erhöhen.<sup>49</sup>

Erst nach der Jahrhundertwende, als nach Einlieferung von Zuhältern eine größere Zahl fluchtverdächtiger Korrigenden innerhalb der Anstaltsmauern beschäftigt werden mußte, bemühte sich die Anstaltsleitung wieder um Industrieproduktion. Eine Kasseler Firma richtete in den Arbeitssälen der ehemaligen Weberei eine Fußmattenfabrikation ein.<sup>50</sup> Obwohl die Mattenherstellung für die Anstalt nicht sonderlich lukrativ war, bestimmte sie in den folgenden vier Jahrzehnten die Breitenauer Innenproduktion. Das Problem der im Winterhalbjahr chronisch unterbeschäftigten Insassen wurde durch die Mattenfabrikation wirkungsvoll gelöst. Direktor Schmidt konnte 1908 berichten: "Im Winter werden mit allen übrigen Kräften Rohrzüge geflochten

---

46 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 33, 10.3.1878; vgl. Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 59, S. 11.

47 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 58 RS.

48 Vgl. Hannes Stekl, Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671-1920, 1978, S. 221; vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, 1980, S. 118.

49 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 239 RS, S. 79, S. 199 RS; Nr. 60, S. 239 RS; StA Marburg, Bestand 220, Nr. 478, 29.7.1896; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 63, S. 236.

50 StA Marburg, Bestand 220, Nr. 478, 8.2.1908; Bestand 231, Nr. 34; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 171 und die gesamte Akte Nr. 140.

und dieser Vorrat wird während des ganzen Jahres von den 'fluchtverdächtigen und unsicheren Kantonisten' intra muros zur Matte genäht.<sup>51</sup>

Darüber hinaus konnte das Mattenflechten von Männern und Frauen gleichermaßen bewältigt und - was besonders wichtig erschien - auch in den Einzelzellen des Zellenbaus durchgeführt werden. Die Mattenfabrikation hatte mit den im Bauprogramm von 1874 geäußerten hochgesteckten Absichten, jeden Korrigenden möglichst in seinem erlernten Beruf zu beschäftigen, nicht mehr das Geringste zu tun. Die Erfordernisse der Anstaltsproduktion führten zu einer Nivellierung nach unten und zu einem Produktionsniveau zu dem auch körperlich oder geistig beschränkte Insassen herangezogen werden konnten. Als Hauptproduktionszweig etablierte sich in Breitenau folgerichtig mit dem Mattenflechten eine typische Gefängnisarbeit, die im übrigen von derselben Firma gleichzeitig auch im Zuchthaus Wehlheiden betrieben wurde.<sup>52</sup>

"Es gibt keine widersinnigere, geisttötendere, blödsinnigere Tätigkeit als die Herstellung von Matten mit der Hand; denn man kann sie ja auf maschinelle Art viel leichter herstellen", kritisierte der Abgeordnete Ludwig Pappenheim 1927 im Kasseler Kommunallandtag die Breitenauer Mattenfabrikation.<sup>53</sup> Ab 1927 übernahm die Anstalt die Mattenherstellung in eigene Verantwortung und löste sich damit erstmals von dem Prinzip, die gesamte Produktion an Fremdfirmen abzugeben.<sup>54</sup>

## Die Arbeitsprämie

Den zwangsweise in der Anstalt untergebrachten Insassen war ein gewisses *Pensum* als Mindestarbeitsleistung vorgeschrieben, das teils feststehend war, aber auch den individuellen Fähigkeiten insbesondere von arbeitsbeschränkten Insassen angepaßt werden konnte. Das festgelegte Pensum mußten die Gefangenen leisten, bei Unterschreitung drohten Disziplinarstrafen.<sup>55</sup> Nur wer sein Pensum erreichte und überschritt, erhielt eine auch "Überverdienst" genannte

---

51 StA Marburg, Bestand 220, Nr. 478, 2.2.08.

52 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 143, S. 15.

53 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1927, Sp. 50.

54 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 140, S. 223; Nr. 145, S. 145.

55 Vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 24; Pensumsarbeit existierte bereits im Amsterdamer Arbeitshaus, vgl. Robert von Hippel, 1931, S. 25.

Arbeitsprämie gutgeschrieben.<sup>56</sup> Auf diese Prämie hatten die Insassen keinen Rechtsanspruch. Sie galt rechtlich als Geschenk und wurde deswegen in manchen Arbeitshäusern auch Arbeitsgeschenk genannt. Erst mit Aushändigung ging die Prämie in den Besitz der Insassen über, was eine Pfändung durch etwaige Gläubiger der Insassen erschwerte.<sup>57</sup>

Die Höhe dieser Prämie war nicht identisch mit den ohnehin schon geringen Lohnsätzen, die die Arbeitgeber der Anstalt zahlten, sondern durfte höchstens ein Sechstel der von den Arbeitgebern an die Anstalt gezahlten Summe betragen.<sup>58</sup> Die von den Insassen erarbeiteten Beträge flossen zum größten Teil in die Anstaltskasse. Beispielsweise bekam die Anstalt im Februar 1882 für eine Arbeitskolonne auf der Domäne Mittelhof insgesamt 96 Mark bezahlt. Davon gingen allein 48 Mark für die Kosten der Inspektionsreisen des Direktors ab, 12 Mark bekam der Aufseher als "Kommandogeld", 33 Mark flossen in die Anstaltskasse und nur drei Mark zahlte die Anstalt den Korrigenden als Arbeitsprämie aus.<sup>59</sup>

1889 erhielt die Anstalt insgesamt 17 161 Mark Arbeitslohn von verschiedenen Arbeitgebern. Nur 838 Mark, also nicht einmal fünf Prozent der Einnahmen aus dem Arbeitsbetrieb, wurden in diesem Jahr den Insassen der gesamten Anstalt als Arbeitsprämie gutgeschrieben.<sup>60</sup> Jahrzehnte später sahen die Verhältnisse nicht grundlegend anders aus. 1921 nahm die Anstalt 61 937 Mark aus dem Arbeitsbetrieb ein, wovon die Insassen nur 4 509 Mark als Arbeitsprämie erhielten.<sup>61</sup>

Die individuelle Höhe der Arbeitsprämie war weit gestaffelt und richtete sich nach dem Arbeitsplatz, an dem der betreffende Insasse eingesetzt war. Der Prämientarif von 1874 sah als niedrigste Prämie täglich drei Pfennig für Strickarbeit und als höchste Prämie zwölf Pfennig für Schreibarbeit im Anstaltsbüro vor.<sup>62</sup> Dieser Prämientarif blieb das gesamte Kaiserreich über gültig. Noch im

---

56 Vgl. Arbeitslohn- und Prämien-Tarif für die Corrections- und Landarmen-Anstalt Breitenau, in: Verhandlungen für den Communal-Landtag des Regierungsbezirks Cassel, 1875, Anlage 37, Unteranlage 8; vgl. Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 58, S. 16; vgl. Hannes Stekl, 1978, S. 255.

57 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 58, S. 5; Nr. 9143, S. 22.

58 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 34, 15.6.1887; vgl. auch die Hausordnung für die Arbeitsanstalt von 1912 in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 2 RS.

59 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 134, S. 50.

60 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 63, S. 8.

61 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 178 RS.

62 Arbeitslohn und Prämien-Tarif für die Corrections- und Landarmen-Anstalt Breitenau, 1875, Sp. 110.

Jahresbericht 1918 wird trotz erheblicher Preissteigerungen die Spanne der Arbeitsprämie mit zwischen 3 und 12 Pfennig pro Tag angegeben.<sup>63</sup>

In den ersten Jahrzehnten vermerkte das Personal die verdiente Prämie in den Akten der Insassen. Beispielsweise verdiente 1878 die Korrigandin Friedericke Louise S. monatlich zwischen 94 Pfennig und 1,30 Mark, der Korrigend Wilhelm P. 1880 zwischen 63 und 81 Pfennig.<sup>64</sup>

Mitte der zwanziger Jahre wurden in vier Lohnklassen zwischen 4 und 26 Pfennig täglich bezahlt, wobei der am häufigsten erreichte Wert bei 12 Pfennig lag.<sup>65</sup> Im Jahre 1930 wird von fünf Lohnklassen berichtet: Die Lohnklasse I mit 10 Pfennig pro Tag "erhalten diejenigen Insassen, die es an Fleiß und Interesse bei der Arbeit fehlen lassen", die Lohnklasse II mit 20 Pfennig war für angelernte Arbeiter mit Durchschnittsleistung vorgesehen, "während für diese Leute bei Fleiß und besonderer Leistung Lohnklasse III (25 Pfennig) gezahlt wird". Gelernte Arbeiter erhielten in Lohnklasse IV 30 Pfennig und schließlich konnte noch für gelernte Arbeiter bei besonderer Leistung ein Spitzenlohn von 35 Pfennig täglich gewährt werden. In der Mattenfabrikation galten diese Lohnklassen nicht; dort wurde die Prämie nach reinem Stücklohn berechnet.<sup>66</sup> Die meisten Insassen waren in den unteren Lohnklassen eingestuft; der Jahresbericht 1931 meldete einen Durchschnittsverdienst von gerade 18 Pfennig pro Tag.<sup>67</sup>

Selbst von dieser geringen Arbeitsprämie durften die Insassen nur die Hälfte ausgeben, die andere Hälfte mußten sie zwangssparen. Die gesparten Beträge sollten als Starthilfe bei der Entlassung dienen, ein Verfahren, das sich ebenfalls bereits beim Amsterdamer Arbeitshaus am Ende des 16. Jahrhunderts nachweisen läßt.<sup>68</sup> Etwa notwendige Kleidungsstücke, die bei der Entlassung zur Verfügung gestellt wurden, mußten von der gesparten Arbeitsprämie bezahlt werden. Nach Aushändigung eines Verpflegungsgeldes und Abzug der Eisenbahnkosten überwies die Anstaltskasse den ersparten Betrag an die Ortspolizeibehörde einer vom Entlassenen anzugebenden Gemeinde. Dort nicht ab

---

63 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 110 RS.

64 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2, [Breitenau], Nr. 4620, Nr. 4214, Nr. 4207.

65 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2, [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1926; StA Marburg, Bestand 231, Nr. 39.

66 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 4, 7.8.1930; Akkordtarif der Mattenproduktion siehe Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 58, S. 13.

67 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1931.

68 Vgl. Robert von Hippel, 1931, S. 25.

geholte Gelder vereinnahmte die Anstaltskasse.<sup>69</sup>

Der wochenlange völlige Entzug der Verfügung über die Arbeitsprämie, die "Einkaufssperre", bildete eine häufige Disziplinarstrafen für geringere Vergehen. Außerdem mußten die Insassen verlorengegangene Teile der Anstaltskleidung und angerichtete Schäden von den Pfennigbeträgen der Arbeitsprämie bezahlen. Gefangene, die ihr Pensum nicht erreicht hatten, durften keinen Einkauf machen, auch wenn auf ihrem persönlichen Konto zuvor erarbeitete oder in die Anstalt eingebrachte Beträge gutstanden. Nach einem gescheiterten Fluchtversuch mußten die Insassen zunächst die dabei entstandenen Kosten abarbeiten.<sup>70</sup>

Das Sortiment der Waren, die die Insassen einmal im Monat einkaufen durften, war eng begrenzt. "Hohe Preise und minderwertige Ware", charakterisierte ein ehemaliger Korrigend das Warenangebot in einer Beschwerde.<sup>71</sup> Ein aus den achtziger Jahren erhaltenes Prämienabrechnungsbuch der Korrigendinnen nennt Eßnapfe für 25 Pfennig, Eßlöffel für 12 Pfennig, Messer für 20 Pfennig, Waschnapfe für 90 Pfennig, Taschentücher für 50 Pfennig und - am häufigsten - Kämme für 18 Pfennig. Offensichtlich stellte die Anstalt diese Gegenstände gar nicht oder nur in schlechter Qualität zur Verfügung. Zumindest für die Kämme läßt sich nachweisen, daß sie von den Insassen grundsätzlich gekauft werden mußten.<sup>72</sup> Irgendwelche Genußmittel oder Lebensmittel durften 1880 noch nicht erstanden werden. Die monatliche Prämie lag bei der Mehrheit der in diesem Abrechnungsbuch aufgeführten Korrigendinnen zwischen 70 und 80 Pfennig.<sup>73</sup>

Nach der Jahrhundertwende durften die Gefangenen zusätzliche Nahrungsmittel wie Heringe und Marmelade, Hygienemittel wie Zahnbürsten und Zahnpulver, und schließlich Tabak einkaufen.<sup>74</sup> Der Jahresbericht 1916 nennt Käse, Heringe, Wurst, Schmalz, Fett, Kau- und Schnupftabak.<sup>75</sup> Mit der geringen Arbeitsprämie konnte allerdings nicht viel erstanden werden. Zum Beispiel mußte eine 1919 inhaftierte Korrigendin, die monatlich zwischen 1,30 und 2,16 Mark Prämie verdiente, für Briefporto 15 Pfennig, für einen Kamm

---

69 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 58, S. 6; Nr. 133, S. 20.

70 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 40, S. 156; Nr. 133, S. 28.

71 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 121, S. 43.

72 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 40, S. 156.

73 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 19; siehe auch Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 133, S. 44.

74 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 37.

75 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 57 RS; Nr. 133, S. 72.



60 Pfennig und für ein Glas Marmelade 1,40 Mark bezahlen.<sup>76</sup> Die Arbeitsprämie eines ganzen Monats reichte unter Umständen nicht einmal für ein einziges Glas Marmelade.

---

<sup>76</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8209.

[illegible]

# Anstaltsleben in Breitenau

## Aufnahmegeritual

Nach Verbüßen der einer Arbeitshaushaft stets vorangehenden und in den Bezirksgefängnissen vollstreckten Haftstrafe brachten die Vollzugsbehörden die Korrigendinnen und Korrigenden über das bestehende Gefangenentransportsystem per Eisenbahn nach Breitenau. Je nach Entfernung der Strafanstalt dauerte dieser Transport oft mehrere Tage. Noch 1908 benötigten die aus dem süddeutschen Regierungsbezirk Sigmaringen Eingelieferten etwa acht Tage Transportzeit bis Breitenau.<sup>1</sup> Vom Bahnhof Guxhagen eskortierten Beamte der örtlichen Polizeistation die Neueingelieferten in die nur drei Minuten entfernte Anstalt, ab 1910 führten die Anstaltsaufseher dies selbst durch.<sup>2</sup>

Die in der Anstalt angekommenen neuen Insassen unterwarf man dort einer Aufnahmeprozedur, die vordergründig den Routinenotwendigkeiten einer beliebigen Massenanstalt entsprach, gleichzeitig aber ein entwürdigendes Unterwerfungs- und Demütigungsritual darstellte. Aus der Dienstanweisung für den Oberaufseher aus dem Jahre 1874: "Beim Eintritt eines Gefangenen in die Anstalt wird derselbe, nachdem die Aufnahmepapiere vom Inspector in Ordnung befunden, die mitgebrachten Effecten revidirt und mit dem bezüglichen Vermerk auf dem Transportzettel verglichen worden, von dem Oberaufseher in Empfang genommen, zum Badezimmer geführt, dort gereinigt und mit den Anstaltskleidern bekleidet. Der Oberaufseher hat den Corrigenden sodann zur Kleiderkammer zu führen, die mitgebrachten Effecten in das Kammerbuch einzutragen, die Richtigkeit der Eintragung von dem Corrigenden durch seine Namensunterschrift bescheinigen zu lassen, dann denselben zum Rasieren und Haarschneiden in das hierzu bestimmte Zimmer zu dirigieren und ihn demnächst dem betreffenden Aufseher zu überweisen. Der Oberaufseher hat den neuen Ankömmling am folgenden Morgen unter Vorlage der inzwischen angelegten Personalacten dem Inspector bei dem Rapport wieder vorzustellen, der ihn einer Beschäftigung zutheilt und eine Prüfung der Elementarkenntnisse

---

1 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 36, S. 56.

2 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 36, S. 54 RS, S. 79; Nr. 119, S. 118; StA Marburg, Bestand 180 (Melsungen), Nr. 3476.

# Verhandelt

in der ständischen Corrections- und Landarmen-Anstalt zu Breitenau,

am 19<sup>ten</sup> Juli 1890.

Dem Ober-Aufscher zur Veranlassung der Entlassung.

fact. vom 19. Juli 1890.

Bartholomäus  
Oberrathgeber

Dem Anstalts-Arzte zur Untersuchung des Corrigenden,  
insbesondere auch rücksichtlich der Arbeitsfähigkeit.

Gezeichnet v. arbeitsfähig.  
18. 25. 12. 90 Stellung

Dem Anstalts-Seelsorger zur Erforschung der Schul-,  
sowie der religiösen und sittlichen Ausbildung.

gezeichnet.

18. 25. 12. 90 Stellung.

Wilhelm L.

p. u. s.  
Morell

Breitenau, am 19<sup>ten</sup> Juli 1890

Der Gefangenenschein Nr. 18  
wurde am heutigen Tage zur Verbüßung einer  
correctionellen Nachhaft von 2 Jahren  
in die hiesige Anstalt eingeliefert. Es wurden ihm  
nach erfolgter Visitation die mitgebrachten Kleidungs-  
stücke und sonstigen Sachen abgenommen, solche in  
das Depositatblatt der Personal-Akten verzeichnet  
und dem Ober-Aufscher zur Aufbewahrung übergeben,  
welcher unter dem Verzeichnisse darüber quittirt.

Dem u.

wurde hierbei bedeutet, daß ihm Alles, was er mit-  
gebracht, bei seiner Entlassung zurückgegeben würde,  
daß er aber, wenn er irgend etwas, besonders den  
Besitz von Geld, verheimlichen sollte, dafür nach-  
drückliche Strafe zu gewärtigen habe.

Demnachst wurde demselben die Hausordnung  
durch langsames und deutliches Vorlesen bekannt  
gemacht.

B. g. u.

durch den Lehrer und des körperlichen Zustands durch den Arzt veranlaßt."<sup>3</sup> Keinen Abschnitt des Breitenauer Anstaltslebens beschrieben die Dienstvorschriften und Hausordnungen so penibel wie die Aufnahmeprozedur der Neueingelieferten.

Den ersten Kernpunkt dieser Aufnahmeprozedur bildete das Einkleiden mit der Anstaltsuniform. Die Aufseher nahmen den zwangsweise Untergebrachten sämtliche privaten Kleider, alle persönlichen Gegenstände und natürlich die Legitimationspapiere ab. Nicht einen einzigen persönlichen Gegenstand durften die Insassen behalten, selbst Photos von Familienangehörigen wurden zu den Akten genommen. Die nach Wegnahme der alten Kleider völlig nackten Insassen untersuchten die Aufseher schließlich noch auf an oder im Körper versteckte Gegenstände. "Die Visitation muß ohne Verletzung des Schamgefühls in einem besonderen Zimmer, nach vorgängiger vollständiger Entkleidung des zu Visitierenden stattfinden, und sich auf alle Theile der Kleidung und des Körpers erstrecken", bestimmte hierzu das Anstaltsreglement von 1874.<sup>4</sup> Den Neuaufgenommenen sollte die tiefe Zäsur zu ihrem bisherigen Leben klargemacht werden. Mit der alten Kleidung sollte symbolisch die alte, schmutzige Vergangenheit abgelegt werden. Erving Goffman beschreibt Aufnahmeprozeduren in totale Institutionen wie Gefängnisse, Irrenhäuser und Arbeitsanstalten als ein Ent- und Bekleiden, wobei im Mittelpunkt die physische Nacktheit des Eingelieferten steht.<sup>5</sup>

Das Reglement bestimmte weiter: "Nach erfolgter Visitation sollen die Gefangenen einer gänzlichen körperlichen Reinigung unterworfen werden, sodann ist ihnen das Kopfhaar sorgfältig zu beschneiden und der Bart abzunehmen."<sup>6</sup> Mit Notwendigkeiten der Anstaltshygiene konnte dies nicht begründet werden, denn die ebenfalls in Breitenau untergebrachten Landarmen waren von der "Beschneidung des Kopfhaares" ausgenommen. Das zwangsweise Kahlscheren war ausschließlich ein Unterwerfungsritual, das den neueingelieferten Zwangsarbeitern klarmachen sollte, daß sie nun nur dem Willen des Anstaltspersonals unterworfenen Sträflinge waren, die - etwa bei einer Flucht - auch meilenweit

---

3 Dienst-Instruction für den Ober-Aufseher der Corrections- und Landarmen-Anstalt zu Breitenau, 1875, Sp. 75.

4 Reglement über die innere Einrichtung und Verwaltung der kommunalständischen Corrections-Anstalt zu Breitenau, 1875, Sp. 38.

5 Vgl. Erving Goffman, Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt 1973, S. 29.

6 Reglement über die innere Einrichtung und Verwaltung der kommunalständischen Corrections-Anstalt zu Breitenau, 1875, Sp. 38.

# Signalement

des

Vor- und Name *Willehelm B.*  
 Geburtsort *Lüttel, Kreis Liegnitz, Reg. Bez. Stettin*  
 Letzter Wohnort *ohne Angabe*  
 Alter *35 Jahr.* geboren *8. Februar 1855*  
 Religion *evangel.*  
 Eltern *Erzlehn Friedrich B. & Hilpert Karle, beide tot*  
 Soldat *nein*  
 Stand oder Gewerbe *Lehrer, Pflanzgarten*  
 Ehefrau *+*  
 Töchter *+*  
 Größe *1,64 m.*  
 Haare *brünnlich*  
 Augenbrauen *stark*  
 Augen *braun*  
 Stirn *frei*  
 Nase *stark*  
 Mund *klein*  
 Zähne *mangelhaft*  
 Kinn *rund*  
 Bart *unvollst.*  
 Gesicht *ruhel.*  
 Gesichtsfarbe *gesund*  
 Statur *mittel*  
 Besondere Kennzeichen *linke Hand behindert, Finger zu verschiedenen  
 in Lüttel haben W. B. u. nicht Lüttel eine  
 Erwin, sowie nicht Lüttel in Lüttel 1874.  
 Lüttel eine Nachbar von Lüttel.*

als solche erkenntlich waren. Nach der Jahrhundertwende wurde das Kahl-scheren etwas abgemildert. Direktor Schmidt berichtete 1905, nur bei "ganz schmutzigen Individuen" werde das Haar auf fünf bis sieben Millimeter gekürzt. Ansonsten werde das Haar nur kurzgeschnitten. Der Bart wurde allerdings "aus Hygienegründen" nach wie vor abrasiert. Um den männlichen Korrigenden bei der Entlassung wieder ein "cultiviertes Aussehen" zu geben, durften diese sich zwei Monate vor ihrem Entlassungstermin wieder einen Bart wachsen lassen.<sup>7</sup>

Das Reinigungsritual wurde durch Aushändigung der in Breitenau selbst geschneiderten Anstaltsuniform abgeschlossen. In der Kleidung wurde der Name des betreffenden Insassen vermerkt, so daß jeder Häftling nach einer Wäsche die zuvor genutzte Anstaltskleidung wiederbekam.

Da man nicht davon ausgehen konnte, daß die Insassen lesen konnten, legten die Instruktionen ausdrücklich fest, daß den Neueingelieferten die Hausordnung vorgelesen werden mußte. Erst nachdem dies alles geschehen war, führte man die Neulinge dem Anstaltsdirektor vor, der dann die Entscheidung über die zuzuteilende Arbeit fällte.

Den zweiten Kernpunkt der Aufnahme-prozedur bildete die Aufnahme der persönlichen Daten in Akten und Aufnahmebücher. Von jedem neueingelieferten Insassen legte das Anstaltsbüro eine Akte an. Falls von einem früheren Aufenthalt noch eine Akte vorhanden war, wurde diese weitergeführt. Für Korrigenden verwendete das Anstaltsbüro gelblich-graue, für Landarme blaue und für "Arbeitsscheue und säumige Nährpflichtige" lila Aktendeckel. Geburtsdaten, Beruf, Religion, Ehestand, die einweisende Behörde, den Strafgrund, Strafmaß, Beginn der Haft und das bei zwangsweise Untergebrachten feststehende Entlassungsdatum trugen die Bürobendiensteten auf dem Aktendeckel ein. Zusätzlich legte man noch grundsätzlich ein Aufnahmeprotokoll und ein 'Signalement' an. Das in einem späteren Formular auch als Personenbeschreibung bezeichnete 'Signalement' sollte Daten und Beschreibung für die Fahndung bei einer eventuellen Flucht liefern, weswegen besonderer Wert auf genaue Angabe vorhandener Tätowierungen gelegt wurde.<sup>8</sup> Zusätzlich zur Anlage dieser personenbezogenen Fallakten schrieb man die wichtigsten Daten der neueingelieferten Insassen in die Aufnahmebücher ein.

---

7 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 104.

8 Vgl. Otto Snell, Tätowirte Corrigendinnen in Hannover, in: Centralblatt für Nervenheilkunde und Psychiatrie 21 (NF 9) (1898), S. 193-195; vgl. Otto Mönkemöller, 1908, S. 140-144.

Der Anstaltsleitung wurden vom einweisenden Regierungspräsidium routinemäßig die Akten des Strafprozesses zur Einsichtnahme zugeschickt. Anhand dieser Akten konnte das Personal die Angaben der Häftlinge überprüfen und sich insbesondere eine Abschrift der Vorstrafenliste anfertigen.<sup>9</sup> Fast jedes Jahr entdeckte das Personal Korrigenden, die unter falschem Namen eingeliefert worden waren.<sup>10</sup> In Einzelfällen wurden diese Personen nur deswegen entlarvt, weil sie in Breitenau noch von einer früheren Einlieferung unter anderem Namen bekannt waren.

Eine spezielle Erhebung der Anstalt über das Vorleben der Insassen, ihre Kindheit, Schul- und Berufsausbildung, den Lebensweg und die Umstände der Verurteilung schlug sich, falls man überhaupt danach fragte, nicht in den Akten nieder. In den Korrigendenakten der achtziger Jahre befindet sich in der Regel eine von der einweisenden Behörde erstellte 'Characteristik', in der neben den persönlichen Daten die Schulbildung (z.B. "kann lesen und schreiben"), die Berufstätigkeit, der bisherige Lebenswandel (z.B. "arbeitsscheu") und insbesondere auch die Vorstrafen erfaßt wurden. Irgendein regelmäßiges Berichtswesen über die Führung der Insassen entwickelte das Personal im Breitenauer Arbeitshaus nicht.

## Tagesablauf

Die Hausordnung von 1874 bestimmte, die Korrigenden sollten "still und friedlich" zusammenleben. Keiner solle andere bei der Arbeit stören, "vielmehr sich gegenseitig durch Fleiß, Ordnung und anständiges, sitzames Betragen zur Besserung aufmuntern und einander ein gutes Beispiel geben".<sup>11</sup>

Dieses Idyll blieb auf dem Papier stehen, die Anstaltswirklichkeit zeichnete in Breitenau bald ein anderes Bild. In der 1874 für 90 Korrigenden, 30 Korrigendinnen und 30 Landarme projektierten Anstalt drängten sich sieben Jahre später im Jahresdurchschnitt 317 Korrigenden, 84 Korrigendinnen und 22 Landarme, für die gerade sieben Aufseher, zwei Aufseherinnen und nach Be-

---

9 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 33, S. 6; Nr. 122; S. 30.

10 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 61, S. 201.

11 Haus-Ordnung für die Korrektions- und Landarmen-Anstalt Breitenau, in: Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1875, Anlage 37, Unteranlage 2, Sp. 25.



darf angeheuerte Hilfsaufseher zur Verfügung standen.<sup>12</sup> Es kann angenommen werden, daß diese beengte Massenunterbringung für solidarische Gruppenprozesse zwischen den Insassen nicht förderlich war. "Still und friedlich", wie man es laut Hausordnung gern gehabt hätte, ging es kaum zu. Schlägereien zwischen den Insassen bildeten neben Fluchtversuchen, Arbeitsverweigerung und Unbotmäßigkeit gegenüber Aufsehern einen häufigen Grund für Disziplinarstrafen. Seitens des überforderten Personals konnte von individueller Betreuung und Eingehen auf die Nöte des einzelnen nicht einmal ansatzweise die Rede sein. Eine Masseninstitution wie Breitenau konnte nur funktionieren, wenn die Eingekerkerten als Individuen überhaupt nicht in Erscheinung traten, sondern in leicht dirigierbaren Abteilungen und Kolonnen zusammengefaßt wurden. Es war den Breitenauer Aufsehern sogar ausdrücklich verboten, sich mit einzelnen Insassen zu unterhalten, sofern dies nicht direkte Dienstangelegenheiten betraf.<sup>13</sup>

Der Breitenauer Tagesablauf begann mit dem Wecken im Sommer um 4<sup>45</sup> Uhr, im Winter eine Stunde später. "Jeder Gefangene verläßt dann seine Lagerstätte, bettet diese nach Vorschrift auf, wäscht und reinigt sich und kleidet sich vollständig an."<sup>14</sup> Danach marschierten die Insassen zum Speisesaal. Dort "werden sie hinter die Tische abgezählt und bleiben, bis das Morgengebet gesprochen, stehen, hierauf wird die Suppe sitzend eingenommen und nachdem das vorüber ist, stehen alle auf ein gegebenes Zeichen wieder auf und es wird ein abermaliges kurzes Gebet verrichtet, worauf der Abmarsch aus dem Speisesaal in die betreffenden Arbeiter-Reviere ordnungsgemäß erfolgt".<sup>15</sup>

Im Sommer um 5<sup>20</sup> Uhr und im Winter um 6<sup>20</sup> Uhr begann die Arbeit, die bis abends 19 Uhr dauerte. Die Arbeit wurde nur für eine halbe Stunde zum Frühstück, für eine Stunde zum Mittagessen und zu zwei weiteren Pausen von je 15 Minuten unterbrochen.<sup>16</sup> Die in den Arbeitssälen Beschäftigten erhielten

---

12 Bauprogramm für die in Breitenau herzustellende Corrigenden- und Landarmen-Anstalt, 1875, Sp. 14.

13 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9754, S. 37.

14 Reglement über die innere Einrichtung und Verwaltung der kommunalständischen Corrections-Anstalt zu Breitenau, 1875, Sp. 46.

15 Tagesordnung für die Corrections-Anstalt zu Breitenau, § 2, Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 28.

16 Vgl. den ähnlichen Tagesablauf des Arbeitshauses Dieburg bei Schwan, Das Arbeitshaus Dieburg in Hessen, in: Klinik für psychische und nervöse Krankheiten 9 (1916), S. 307.

zusätzlich noch 30 Minuten Hofgang, bei dem sie wie in den Zuchthäusern stumm im Kreis hintereinander gehen mußten.<sup>17</sup>

Bei der Arbeit, beim Essen und im Schlafsaal war der Platz jedes Korrigenden genau vorgeschrieben und durfte ohne Erlaubnis eines Aufsehers nicht verlassen werden. Nichts blieb im Breitenauer Tagesablauf dem Zufall überlassen, keine Minute blieb unkontrolliert und keine Bewegung ungeplant. Jede Bewegung der Korrigenden erfolgte in Marschordnung. Der einzelne Häftling durfte keinerlei unkontrollierte persönliche Bewegungsfreiheit haben, die nur Unruhe in die Anstalt gebracht hätte. So konnte es geschehen, daß Häftlinge während ihrer gesamten Haftzeit keinen Überblick über die Gesamtanstalt bekamen und ihnen die Funktion einzelner Gebäude unklar blieb.<sup>18</sup>

Freizeit war außer an Sonn- und Feiertagen nicht vorgesehen, spezielle Aufenthaltsräume waren nicht vorhanden. Am Tag gemeinsame Arbeit, nachts gemeinsame Schlafsäle, der einzelne Häftling blieb, außer im Arrest und in den Einzelzellen des Zellenbaus, während seiner gesamten Haftzeit nicht eine Stunde allein.

Unmittelbar nach dem Abendessen schlossen die Aufseher die Korrigendinnen und Korrigenden um 19<sup>30</sup> Uhr, sonntags sogar schon um 16<sup>30</sup> Uhr, in die über hundert Quadratmeter großen und mit bis zu siebzig Betten belegten Schlafsäle ein. Die Betten bestanden aus einfachen Pritschen mit Strohsäcken. Spinde waren nicht vorhanden, stattdessen existierten einfache Kleiderleisten. Trinkglas und Zahnbürste mußten die Gefangenen unter dem Kopfkissen aufbewahren.<sup>19</sup>

In den Schlafsälen stieß die tagsüber vollständige Kontrolle der Insassen an ihre Grenzen. Was sich hinter den Türen der abgeschlossenen und unbeaufsichtigten Schlafsäle abspielte, entzog sich den Blicken der Aufseher. Ein besonderes "Regulativ über die Aufrechterhaltung der nächtlichen Ordnung in den Schlafsälen" aus dem Jahre 1877 verbot jedes Zusammenstehen, "Plaudern", Zusammensitzen auf einem Bett und das Zusammenliegen von zwei Personen in einem Bett. Schlafsaalälteste sollten über die Ordnung wachen. Der Einschluß in den Schlafsälen dauerte in Breitenau im Sommer über neun, im Winter sogar über zehn Stunden und gewährte so den Korrigendinnen und Korrigenden pro Tag ein oder zwei Stunden unbeaufsichtigte "Freizeit". In diesen Stunden, vermuteten die Arbeitshauskritiker, zögen die völlig Verdorbenen

---

17 Reglement über die innere Einrichtung und Verwaltung der kommunalständischen Corrections-Anstalt zu Breitenau, 1875, Sp. 46.

18 Gespräch mit dem 1937 inhaftierten Arbeitshäusling Gustav K. am 14.8.1987.

19 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 55, S. 196.

durch unbeschreibliche Exzesse auch noch die letzten rettbaren Korrigenden unweigerlich in den Sumpf.<sup>20</sup>

Zentrale Mindestforderung vieler Kritiker war eine effektive räumliche Aufteilung der Korrigenden in kleine Gruppen nach den Kriterien Alter, Vorstrafen und insbesondere der vermuteten Verbesserungsfähigkeit. Diese Vorschläge zur strikten Trennung der Korrigenden in verschiedene Gruppen dürfen nicht verwechselt werden mit der in einigen Arbeitshäusern vorgenommenen Klasseneinteilung. Auch die Breitenauer Reglements von 1874 kannten, neben der wie überall streng durchgeführten Geschlechtertrennung, eine Aufteilung der Korrigenden in zwei Klassen. "Die Korrigenden der II. Klasse schlafen und essen abgesondert und tragen ein Kennzeichen am Ärmel, sie werden zu den unangenehmsten Arbeiten, namentlich zum Reinigen der Latrinen und Urinkübel verwandt", bestimmte die Hausordnung von 1874.<sup>21</sup> In diese zweite Klasse sollten grundsätzlich die wiederholt in ein Arbeitshaus Eingelieferten eingestuft werden. Außerdem konnte eine Versetzung in die zweite Klasse als Strafe ausgesprochen werden. Die Klassen waren aber durchaus durchlässig konzipiert, denn nach vierwöchigem Wohlverhalten konnte eine vorläufige Versetzung und nach weiteren vier Wochen eine definitive Versetzung in die erste Klasse verfügt werden.

Eine Klasseneinteilung kannte in den neunziger Jahren noch etwa ein Drittel der Arbeitshäuser, was allerdings nicht bedeutete, daß die Insassenklassen auch tatsächlich Tag und Nacht voneinander getrennt waren. In der Regel beschränkte man sich darauf, die Häftlinge der zweiten Klasse zu den schmutzigsten und unbeliebtesten Arbeiten heranzuziehen.<sup>22</sup> Die Klasseneinteilung bewirkte in erster Linie eine Hierarchisierung der Korrigenden untereinander und keine effektive Trennung verschiedener Häftlingsgruppen.

Die Breitenauer Direktion war im Reglement von 1874 gehalten, die Korrigenden "nach dem Standpunkte ihrer Moralität sowohl die Tage als die Nacht thunlichst gesondert" zu halten. Insbesondere seien die jungen noch unverdorbenen Gefangenen von den älteren zu trennen.<sup>23</sup> Ob in Breitenau diese Trennung auch tatsächlich durchgeführt wurde, läßt sich jedoch nicht belegen,

---

20 Vgl. J. B. Ristelhueber, Die Straf- und Besserungs-Anstalten nach den Bedürfnissen unserer Zeit, Mainz 1843, S. 44-47; Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 18; vgl. Otto Mönkemöller, 1908, S. 14; vgl. Erna Runkel, 1927, S. 65.

21 Haus-Ordnung für die Korrekptions- und Landarmen-Anstalt Breitenau, 1875, Sp. 30.

22 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 148.

23 Reglement über die innere Einrichtung und Verwaltung der kommunalständischen Corrections-Anstalt zu Breitenau, 1875, Sp. 38.

zumindest hat man keine gesonderten Abteilungen geschaffen, sondern allenfalls bei der Zuweisung in einen der fünf Männer- und vier Frauenschlafsäle eine gewisse Kategorisierung vorgenommen. Bei der Arbeit jedenfalls ließ sich unter Breitenauer Verhältnissen eine Aufteilung nach Klassen oder sonstigen Kriterien kaum vornehmen. 1902 mußte die Direktion zugeben, daß die Bildung einer zweiten Korrigendenklasse "außer Übung" gekommen sei.<sup>24</sup> Es dauerte noch bis 1922, bis in Breitenau die seit Jahrzehnten nicht mehr durchgeführte Klasseneinteilung auch formal aufgehoben wurde.<sup>25</sup>

## Verpflegung

Zur Verpflegung der Insassen stand eine zentrale Anstaltsküche zur Verfügung, in der männliche Insassen unter Anleitung eines Aufsehers das Essen kochten. Zum Kartoffelschälen und zum Gemüseputzen wurden hauptsächlich arbeitsbeschränkte Landarme eingesetzt. Den größten Teil der Lebensmittel lieferte das zur Anstalt gehörende landwirtschaftliche Gut.<sup>26</sup>

Laut einem 1911 eingeführten Speiseregulativ bestand das Frühstück aus einer Mehlsuppe mit 67 Gramm Mehl und 7 Gramm Fett. Dazu gab es Ersatzkaffee, der aus zehn Gramm gebrannter Gerste und 0,1 Liter Milch bestand. Die Anstaltsküche kannte laut diesem Speiseregulativ nur zehn verschiedene Mittagessen, die alle aus Kartoffeln mit einer variierenden Beilage bestanden. Für Männer bestand das Mittagessen aus 1 000 Gramm Kartoffeln und einer Beilage von beispielsweise 230 Gramm Bohnen bzw. Erbsen oder 150 Gramm Linsen. Die Portionssätze für Frauen lagen etwas niedriger. Den Frauen wurden nur 875 Gramm Kartoffeln und 185 Gramm Erbsen bzw. Bohnen oder 100 Gramm Linsen geboten. Unter den zehn möglichen Mittagessen befand sich auch die berühmte Rumfordsche Armensuppe, für die in Breitenau pro Portion für männliche Insassen 1 000 Gramm Kartoffeln, 60 Gramm Graupen und 120 Gramm Erbsen vorgesehen waren. Auch hier lagen die Portionssätze für weibliche Gefangene mit 875 Gramm Kartoffeln, 50 Gramm Graupen und 120 Gramm Erbsen etwas niedriger. An drei Tagen der

---

24 Verhandlungen des Kommunal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1902, Sp. 118.

25 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 118, S. 152; Nr. 10282, 2.7.22.

26 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9788, S. 257.

Woche waren pro Person je 70 Gramm Rindfleisch oder 60 Gramm Schweinefleisch vorgesehen.

Für das Abendessen standen nur vier verschiedene Essen zur Verfügung. Eine Kartoffelsuppe, eine Brotsuppe, Kartoffeln mit Gemüse und eine Mehlsuppe, die aus 110 Gramm Mehl und 8 Gramm Fett für Männer bzw. 80 Gramm Mehl und 8 Gramm Fett für Frauen bestand. Zusätzlich erhielten männliche Insassen eine tägliche Brotration von 625 Gramm. Bei weiblichen Insassen betrug die Brotration nur 450 Gramm.<sup>27</sup>

Besseres Essen gab es nur an Ostern, Pfingsten, Weihnachten und am Kaisergeburtstag. Die Insassen erhielten an diesen Tagen je 250 Gramm Rind- oder 214 Gramm Schweinefleisch und einen halben Liter Bier zusätzlich.<sup>28</sup>

Abwechslung vom eintönigen Anstaltessen bot sich den Insassen nur bei Außenkommandos, wo die Kolonne vom jeweiligen Arbeitgeber verpflegt wurde. Arbeiter auf Außenkolonnen erhielten außerdem eine zusätzliche Brotration von täglich 250 Gramm.

In der zeitgenössischen Fachliteratur herrschte Einigkeit, daß die Verpflegung in den Arbeitsanstalten durchweg schlechter war als in den Zuchthäusern.<sup>29</sup> Als in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre Breitenau auch mit Strafgefangenen der Justizvollzugsanstalten belegt war, mußten in Breitenau die Verpflegungssätze der Korrigenden angehoben werden, um keine Unruhen wegen ungleicher Ernährung bei gleicher Arbeit von Strafgefangenen und Korrigenden auszulösen.<sup>30</sup>

Natürlich konnte dem Breitenauer Personal nicht zugemutet werden, an der eintönigen und unausgewogenen Insassenverpflegung teilzunehmen. Die Aufseher gingen, soweit sie in oder in der Nähe der Anstalt wohnten, zum Mittagessen nach Hause oder in ein nahegelegenes Gasthaus.<sup>31</sup>

Die bloße Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung gehörte für die Insassen zum Hauptproblem ihrer Haftzeit. Legal konnten die Insassen ihre Ernährung nur über den Erwerb von zusätzlichen Nahrungsmitteln aus der Arbeitsprämie verbessern. Entwendung von Feldfrüchten bei Außenkommandos bildete einen häufigen Grund für Disziplinarstrafen. Die Direktion verwendete

---

27 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 39, S. 4-7.

28 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 37, S. 48; Nr. 39, S. 5 RS.

29 Vgl. Schellmann, 1888, S. 86; vgl. Bennecke, 1890, S. 363; vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 193.

30 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 37, S. 77.

31 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9761, S. 324; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, Bd. 2, S. 286; Nr. 172, S. 21 RS.

mit dem im 19. Jahrhundert häufig ausgesprochenen tagelangen 'Kostentzug' Hunger als Disziplinarmittel. Hunger wurde als bewußtes Motivationskriterium bei der Erziehung zu Fleiß und Disziplin eingesetzt. "Labore et fame", der Anfang des 18. Jahrhunderts über dem Tor des Wiener Zucht- und Arbeitshauses angebrachte Leitspruch, galt inhaltlich auch im Breitenauer Arbeitshaus.<sup>32</sup>

Da es immer wieder Beschwerden über ungenügende Ernährung und Hunger in der Anstalt gab, sah sich die Direktion 1914 genötigt, eine Personenwaage zu beschaffen, um Beschwerden über unzureichende Ernährung begegnen zu können. Als Beweis für ausreichende Verpflegung sollte die Stabilität bzw. Erhöhung des Körpergewichts seit der Einlieferung dienen.<sup>33</sup>

## Verbote und Strafen

Die Hausordnung von 1874 verbot den Korrigendinnen und Korrigenden Geldbesitz, jedes Geschäftemachen, heimliches Briefeschreiben, ja sogar den Besitz von Schreibzeug. Verboten war Rauchen, Tabakschnupfen, Schnaps-trinken, direktes Anreden des Direktors und jeder Kontakt zwischen männlichen und weiblichen Korrigenden, ferner "unanständiges und irreligiöses Reden", Fluchen und Schimpfen, Singen und Pfeifen.<sup>34</sup> Ein vollkommenes Schweigegebot, wie es in einigen Arbeitshäusern bis zum Ende des 19. Jahrhunderts aufrechterhalten wurde, findet sich in der Breitenauer Hausordnung von 1874 jedoch nicht mehr.<sup>35</sup> Allerdings verbot eine vermutlich bewußt unbestimmt gehaltene Vorschrift "Unterhaltungen", wobei offenblieb, ob schon jedes gesprochene Wort eine Unterhaltung darstellte. Ausdrücklich verboten waren jedoch Gespräche über frühere Straftaten. Auch dürfe kein Korrigend anderen "irgendein Vergehen, oder seinen bisherigen Lebenswandel überhaupt vorwerfen, ihn beschimpfen oder gar körperlich mißhandeln".<sup>36</sup>

Zum Erzwingen von Disziplin und Arbeitsleistung stand der Direktion ein abgestufter Katalog von Disziplinarmaßnahmen zur Verfügung, deren mildeste

---

32 Vgl. Hannes Stekl, 1986, S. 119.

33 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 188, S. 131; Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1914, Anlage 14, Sp. 2.

34 Haus-Ordnung für die Korrektions- und Landarmen-Anstalt Breitenau, 1875, Sp. 26.

35 Vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 23.

36 Haus-Ordnung für die Korrektions- und Landarmen-Anstalt Breitenau, 1875, Sp. 26.

der Entzug der an Ostern, Pfingsten, Weihnachten und am Kaisergeburtstag gebotenen Fleisch- und Bierration war.<sup>37</sup> Die in Breitenau im 19. Jahrhundert weitaus häufigste Strafe war 'Kostentzug', bei dem die Bestraften von einer bestimmten Anzahl Mahlzeiten ausgeschlossen waren.<sup>38</sup> Im Hunger sah die Breitenauer Direktion das wirksamste Disziplinierungsmittel.

Obwohl die Anstaltsleitung seit Gründung der Anstalt der Bezirkskommunalverwaltung Monat für Monat über die verhängten Strafen berichtete, bemerkte man dort erst nach Jahrzehnten, daß Essensentzug als Disziplinarstrafe in den genehmigten Anstaltsreglements keinerlei Grundlage hatte, worauf der Landeshauptmann 1901 den rechtswidrigen Essensentzug in Breitenau verbot.<sup>39</sup>

Als weitere Strafen nennt die Hausordnung von 1874 Einkaufssperre und die Rückversetzung in die zweite Korrigendenklasse. Schließlich konnte die Direktion gegen Korrigenden, jedoch zunächst nicht gegen Landarme, Arreststrafen aussprechen. Der Arrest konnte nach den Bestimmungen von 1874 bis zu acht Tage dauern und durch Entzug der Arbeit, des Tageslichts, des Betts und sogar des Essens verschärft werden. Die Arrestanten mußten unter Umständen tagelang in einer völlig leeren, absolut dunklen Zelle bei Wasser und Brot darben. Die tägliche Brotration betrug für männliche Arrestanten 1 000 Gramm, für weibliche Arrestanten sogar nur 750 Gramm.<sup>40</sup> Die Strafverschärfungen mußten an jedem vierten Tag wegfallen. Zur Vollstreckung standen vier Zellen für Männer, davon zwei Dunkelzellen, und drei Zellen für Frauen, davon eine Dunkelzelle, zur Verfügung.<sup>41</sup> Ferner enthielt die Hausordnung von 1874 mit dem Lattenarrest eine verschärfte Arrestform. Beim auch in Gefängnissen und Zuchthäusern verhängten Lattenarrest wurden die Verurteilten in einfacher Kleidung ohne Schuhe in eine leere Zelle gesperrt, deren Boden und Wände mit

---

37 Zu den Strafen in den Arbeitshäusern vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 25 f; eine konkrete Auflistung der in den einzelnen Arbeitshäusern möglichen Strafen bei Robert von Hippel, 1895, S. 162-164; vgl. Robert Meixner, 1935, S. 44 f; für das Arbeitshaus Benninghausen vgl. Martin Gunga, 1983, S. 289; für das Arbeitshaus Dieburg vgl. Hans Bennecke, 1890, S. 364.

38 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 4206; vgl. das Strafverzeichnis in Nr. 60, S. 116.

39 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau]; Nr. 10412, S. 70 RS.

40 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 39, S. 5 RS.

41 Bauprogramm für die in Breitenau zu errichtende Corrigenden- und Landarmen-Anstalt, 1875, Sp. 19.

## Hausstrafen.

212



Dreikanthölzern ausgeschlagen waren, deren scharfe Seite nach außen stand.<sup>42</sup> Die Breitenauer Reglements beschrieben den Lattenarrest als "einsamen, finsternen und am Fußboden mit Latten versehenen Raum ohne Lagerstätte".<sup>43</sup> Nachdem das preußische Innenministerium 1876 den Lattenarrest in den Gefängnissen abschaffen ließ, entfernte man auch in Breitenau die Latten aus der betreffenden Arrestzelle.<sup>44</sup>

Sämtliche Disziplinarstrafen mußten auf dem in jeder personenbezogenen Fallakte grundsätzlich vorhandenen Formular "Hausstrafen" vermerkt werden. Prügelstrafe war in Breitenau offiziell nicht gestattet. Dies war keineswegs selbstverständlich, denn noch zehn Jahre nach der Gründung des Arbeitshauses Breitenau durfte in acht deutschen Arbeitsanstalten als offizielle Disziplinarstrafe geprügelt werden.<sup>45</sup> 1895 war die Prügelstrafe noch in Sachsen, Mecklenburg, Anhalt und in Hamburg erlaubt.<sup>46</sup> In Preußen dagegen hatte das Innenministerium ein Jahr vor der Eröffnung der Breitenauer Anstalt die Prügelstrafe in den Arbeitshäusern verboten. Direktor Nettelbeck, der die Prügelstrafe noch aus seiner Zeit als Gefängnisbeamter kannte, beklagte sich in seinen Jahresberichten immer wieder über deren Verbot, denn "nur diese allein könnte eine Gesinnung am schnellsten ändern".<sup>47</sup> Trotz Verbots prügelten Aufseher und Aufseherinnen die Breitenauer Insassen immer wieder. Übergriffe des Personals lassen sich vom ersten bis zum letzten Jahr des Bestehens der Korrekptions- und Landarmenanstalt Breitenau nachweisen. Direktor Schmidt erhielt 1901 nach einer Beschwerde eines entlassenen Korrigenden beim preußischen Innenminister einen förmlichen Verweis, weil er zuließ, daß Aufseher Korrigenden schlugen.<sup>48</sup>

Als härteste und gefürchtetste Strafe konnte in den Arbeitshäusern eine Verlängerung der Arbeitshaushaft angeordnet werden. Eine Haftverlängerung stand jedoch nicht mehr im Ermessen der Direktion, sondern mußte beim einweisenden Regierungspräsidium beantragt werden. Fluchtversuche, Angriffe auf Auf-

---

42 Vgl. Ekert, Aufnahme und Behandlung während der Gefangenschaft, in: Franz von Holtzendorff/ Eugen von Jagemann (Hrsg.), Handbuch des Gefängniswesens, Hamburg 1888, Bd. 2, S. 93.

43 Haus-Ordnung für die Korrekptions- und Landarmen-Anstalt Breitenau, 1875, Sp. 29 f.

44 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10282, S. 243.

45 Vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 26.

46 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 164.

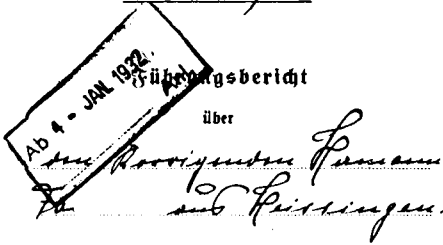
47 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 97.

48 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10414, 10.7.01; Nr. 188, S. 2 RS, S. 65, S. 66; Nr. 10369, S. 1; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 121, S. 88.

Landesarbeitsanstalt u. Landesfürsorgeheim  
Breitenau, Bez. Rassel.  
Post- und Bahnstation Guxhagen.

Breitenau, den 3. Januar 1931.

Aktenzeichen: 291



Überweisungsbeschluss vom  
1. August 1931 - R. I. 12 B. 4 F.

Hat 1 Anlage.

1/ Der durch nebenbezeichneten Überweisungs-  
beschluss zur Zwangsbeschäftigung auf 18  
Monate überwiesene Lamm  
Lamm Fa  
verbüßt die Nachhaft hier selbst seit dem 18.  
August 1931.

Die Führung des Genannten während der  
Nachhaft ist mangelhaft.

Wie der Strafbogen in den beigefügten Ak-  
ten ergibt, ist Fa 4 Mal wegen  
Arbeitsverweigerung und  
3 Mal ungehörig be-  
straft worden.

Mit Rücksicht hierauf bringe ich eine Ver-  
längerung der Nachhaft des Genannten in der  
Dauer von 6 Monaten hiermit in Antrag  
und bitte um Verfügung.

1/ auf 3 Monate.

1. f. f. f.

St. A.

An  
den Herrn Regierungs-Präsidenten

Kristaden.

seher, wiederholte Arbeitsverweigerung, d.h. die schweren Disziplinarvergehen, aber auch eine Anhäufung mehrerer leichter Verstöße gegen die Anstaltsordnung zogen unter Umständen zusätzlich zu den verhängten Disziplinarstrafen eine mehrmonatige 'Zulage' nach sich. Die mögliche Haftverlängerung bildete einen wesentlichen prinzipiellen Unterschied zwischen Arbeitshäusern und Gefängnissen bzw. Zuchthäusern.

Haftverlängerung konnte sogar mehrmals hintereinander ausgesprochen werden. Vor allem in den ersten Jahren der Anstalt, als insbesondere das Regierungspräsidium Wiesbaden die Korrigenden noch zu zunächst vergleichsweise kurzen Strafzeiten einwies, genügten Kleinigkeiten für eine Verlängerung. Beispielsweise erhielt der 1879 eingelieferte und zunächst nur zu drei Monaten Arbeitshaushaft verurteilte 25jährige Bäckerlehrling Ernst M. nicht weniger als fünf Haftverlängerungen. Er wurde in Breitenau insgesamt achtzehnmal disziplinarisch bestraft und zwar mit jeweils drei Tagen "Entzug der warmen Kost". Schwere Vergehen wie Flucht oder Tötlichkeiten hatte er nie begangen. Je dreimal war er bei der Arbeit "unaufmerksam" bzw. hatte sich im Schlafsaal "unanständig" betragen. Ein weiterer Vorwurf lautete: "M. läßt die Winde auf dem Schlafsaal sehr stark gehen und stellt sich dann hin und lacht". Weitere viermal bestand sein Vergehen darin, daß er sich während der Arbeitszeit mit anderen Korrigenden unterhalten hatte. Zweimal hatte er sich mit anderen "gezankt". Außerdem hatte er je einmal seinen Arbeitsplatz ohne Erlaubnis verlassen, seinen Hosenträger verloren, ein Arbeitsgerät zerbrochen und angeblich vorsätzlich schlecht gearbeitet. Schließlich hatte er, weil er aus eigener Erfahrung wußte, wie hart Essensentzug sein konnte, einem Mithäftling, der gerade dieser Strafe unterlag, Brot zugesteckt. Wegen dieser Vorfälle verlängerte das Regierungspräsidium die Arbeitshaushaft auf Antrag der Anstalt um insgesamt einundzwanzig Monate.<sup>49</sup>

Bei den zwischen 1885 und 1918 eingelieferten 3 817 männlichen Korrigenden wurde bei 1 001 (= 26,2 %) die Haftzeit verlängert. Bei den Frauen lag die Verlängerungsquote weit höher. Bei den zwischen 1885 und 1918 aus dem Regierungsbezirk Kassel eingewiesenen 569 Frauen wurde bei 272 Frauen (= 47,8 %) die Arbeitshaushaft verlängert. Haftverlängerung gehörte im 19. Jahrhundert zum Breitenauer Anstaltsalltag. In späteren Jahrzehnten spielten die Verlängerungen eine weitaus geringere Rolle. Für 1923 gab Direktor Baetz die Verlängerungsquote mit 8 bis 10 Prozent an.<sup>50</sup> 1926 verlängerte man die

---

49 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 4206.

50 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 118, S. 152 RS.

Haft nur bei 4 von 152 einsitzenden männlichen Korrigenden und bei 6 von 70 Korrigendinnen.<sup>51</sup> Bei Korrigendinnen und Korrigenden, die von Anfang an mit zweijähriger Höchststrafe eingeliefert wurden, waren allerdings keine disziplinarischen Haftverlängerungen möglich. Diese Insassen waren daher besonders schwierig zu disziplinieren und bildeten "Schrecken und Ärgernis" für die Verwaltung.<sup>52</sup>

Die Ursachen der Disziplinarstrafen, schrieb Direktor Nettelbeck 1878, seien "vollständige Verkommenheit, gänzlicher Mangel an Ehr- und Schamgefühl" an deren Stelle "Lüge, Faulheit, Schamlosigkeit, Zanksucht und Frechheit" getreten seien. Es gäbe insbesondere unter den jüngeren Korrigenden viele, "welche durchaus keinen Gehorsam kennen, hier ist ihre schlechte Erziehung schuld, sie haben nicht die geringste Kraft, den Hang zu den Gewohnheitslastern zu überwinden, dann haben sie sozialdemokratischen Vereinen angehört, meistens sind sie aus der Lehre entlaufen..."<sup>53</sup>

Die Strafpraxis trug deutlich die persönliche Handschrift des jeweiligen Direktors. Der ab 1892 tätige Direktor Schmidt setzte weniger auf Arreststrafen als sein Vorgänger, Gründungsdirektor Nettelbeck. Der Arrest - so Schmidt - werde von den Korrigenden kaum gefürchtet: "Es ist ihnen gänzlich gleichgültig, ob sie im Arbeitssaale eingeschlossen sind, oder in der Arrestzelle, namentlich, da in letzterer nicht gearbeitet wird."<sup>54</sup> Als wirksameres Disziplinarmittel sah Direktor Schmidt den gefürchteten Essensentzug in Verbindung mit drohender Haftverlängerung an. Mit einem Hauch von Pädagogik spezifizierte Schmidt bereits 1892 die Bestrafungen. Schimpfen über die Verpflegung bestrafte Schmidt mit Essensentzug, Unbotmäßigkeiten im Schlafsaal mit Wegnahme des Betts, Vergehen im Arbeitsbetrieb mit Erhöhung des zu leistenden Pensums.<sup>55</sup>

Nicht als Disziplinarstrafe, sondern als bloßes Sicherungsmittel galt in Breitenau die Fesselung renitenter Korrigenden und das Anketten Fluchtverdächtiger. Noch 1909 wird berichtet, daß Korrigenden, die einen gescheiterten Fluchtversuch hinter sich hatten, bei Außenarbeiten mit einer Eisenkette an einen schweren Holzklotz angeschlossen wurden.<sup>56</sup>

---

51 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresberichte.

52 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 27, S. 157 RS; Nr. 33, S. 6.

53 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 81.

54 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10282, S. 15-16.

55 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10282, S. 15-16.

56 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 70 RS; Nr. 38, S. 19; Nr. 188, S. 95, S. 95 RS.

1902 beschloß der Kommunallandtag als Ersatz für den ein Jahr zuvor untersagten Essensentzug eine erhebliche Verschärfung der möglichen Disziplinarstrafen. Zuvor konnte der Direktor als schärfste Hausstrafe achttägigen Arrest verhängen, der "in einem einsamen finsternen Raum ohne Lagerstätte" bei Wasser und Brot vollstreckt und nur am vierten Arresttag durch "den Genuß der warmen Kost, des Tageslichts, einer Lagerstätte und eines einstündigen Aufenthalts in freier Luft" gemildert wurde.<sup>57</sup> Selbst dieser "strenge Arrest" zeige bei den Korrigenden kaum disziplinierende Wirkung, klagte die Direktion. Der Kasseler Kommunallandtag führte daraufhin einen verschärften Arrest mit Kettenhaft ein.<sup>58</sup>

Schärfste Strafe war ab 1902 vierwöchiger Dunkelarrest bei Wasser und Brot, wobei Licht, Hofgang, normale Verpflegung und Bettzeug am 4., 8., 12. und danach an jedem dritten Tag gewährt werden mußten. Verschärft werden konnte dieser "strenge Arrest" durch höchstens achttägige Fesselung. "Die Fesselung kann geschehen an den Händen durch einfache Handschellen oder Handschellen an einer 50 cm langen eisernen Stange, an einem Fuße oder an beiden Füßen durch Beinschellen mit Kette, oder an Händen und Füßen zugleich."<sup>59</sup>

Vergleichsweise milde gestaltete sich der Strafkatalog gegenüber den Landarmen. Die Hausordnung für das Landarmenhaus von 1877 sah Entzug der sonntäglichen Ausgangserlaubnis für bis zu drei Monate, Einkaufssperre bis zu einem halben Jahr, Einziehung der in den letzten drei Monaten verdienten Arbeitsprämie in die Anstaltskasse und - wie für die Korrigenden - Entzug von Fleisch und Bier an den Festtagen vor.<sup>60</sup> Die empfindlichen Disziplinarstrafen wie Essensentzug und Arrest kamen also für die Landarmen zunächst nicht in Frage. Ab 1899 konnte auch gegen Landarme die oben bereits beschriebene "Absonderung" verhängt werden.

---

57 Hausordnung für die Korrektions- und Landarmen-Anstalt Breitenau, 1875, § 19.

58 Reglement über die innere Einrichtung und Verwaltung der kommunalständischen Corrections-Anstalt zu Breitenau, 1875, Sp. 42; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10411, 7.8.01, Nr. 10412, S. 69.

59 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1902, Sp. 119 f; StA Marburg, Bestand 220, Nr. 479, 15.8.10.

60 Hausordnung für das Landarmenhaus zu Breitenau, Verhandlungen des Communal-Landtags für den Regierungsbezirks Kassel, 1877, Anlage 3, Unteranlage 59, Sp. 26.

## Sonntagsleben

Auch das Sonn- und Feiertagsleben der Insassen war streng durchreglementiert. Unkontrollierten Müßiggang sollte es auch an diesen Tagen so wenig wie möglich geben.<sup>61</sup>

Sonn- und Feiertags weckten die Aufseher die Insassen eine Stunde später. Sonntags fand noch vor dem Gottesdienst der wöchentliche Wäschewechsel statt.<sup>62</sup> Danach mußten sämtliche Anstaltsinsassen auf dem Anstaltshof zur Inspektion durch den Direktor antreten, der diesen Appell gelegentlich zu einer kleinen Ansprache nutzte. Erst danach begaben sich die Anstaltsinsassen zusammen mit den Aufsehern zum Gottesdienst. Die Teilnahme an den Gottesdiensten der jeweiligen Konfession war im Kaiserreich für christliche Insassen und Aufseher Pflicht.<sup>63</sup> Erst 1922 wird berichtet, daß der Zwang zur Teilnahme am Gottesdienst seit mehreren Jahren abgeschafft worden sei.<sup>64</sup> Da der Gottesdienst eine der wenigen Abwechslungen im eintönigen Anstaltsleben bot, nahmen nach Angaben der Direktion auch ohne Zwang über neunzig Prozent der Insassen daran teil.<sup>65</sup>

Die Kirche im Ostteil der Basilika diente seit 1874 den umliegenden evangelischen Kirchengemeinden als gewöhnliche Pfarrkirche. Die Breitenauer Anstaltsinsassen nahmen am Gottesdienst dieser Gemeinden teil, wobei allerdings, wie schon das Bauprogramm von 1874 vorschrieb, die Sitzplätze der Anstaltsinsassen so angebracht waren, daß diese möglichst wenig von den übrigen Kirchenbesuchern gesehen werden konnten.<sup>66</sup> Vermutlich saßen die Anstaltsinsassen nach Geschlechtern getrennt in den Querschiffen, während den Kirchgängern der umliegenden Dörfer das Hauptschiff vorbehalten blieb. Nur beim Abendmahl konnten die gewöhnlichen Kirchenbesucher die Arbeitshausinsassen sehen. Nach Beschwerden von Korrigenden, die nicht erkannt werden wollten,

---

61 Zum Sonntagsleben vgl. Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10417, Tagesordnung, § 12; zu den Sonntagen in englischen Arbeitshäusern vgl. *Indoor Paupers by One of Them*, London 1885, S. 24-31; vgl. Erna Runkel, 1926, S. 23.

62 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9751, S. 37 RS.

63 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 139.

64 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 5, S. 97.

65 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 118, S. 152.

66 Bauprogramm für die zu Breitenau herzustellende Corrigenden- und Landarmen-Anstalt, 1875, Sp. 21.

wurde ab 1915 die Abendmahlshandlung für Korrigenden vom Hauptgottesdienst abgetrennt.<sup>67</sup>

Bereits bei Gründung der Anstalt waren je ein katholischer und ein evangelischer Seelsorger nebenamtlich angestellt worden. 1875 sah man als Aufgabe der Seelsorger an, "von dem Gemüthszustande der Gefangenen Kenntniß zu gewinnen und nach Maßgabe dieses Zustandes und der Individualität, auf die sittliche und religiöse Besserung derselben hinzuwirken".<sup>68</sup> Neueingelieferte Insassen wurden dem jeweiligen Seelsorger mindestens einmal vorgeführt.<sup>69</sup> Als Seelsorger für die evangelischen Gefangenen fungierte der Dorfpfarrer der Gemeinde Guxhagen. Neben den sonntäglichen Gottesdiensten sollte er wöchentlich eine allgemeine Betstunde und für die Kranken eine weitere Betstunde im Anstaltslazarett abhalten. Außerdem sollte der Pfarrer die Kinder unter den Insassen auf die Konfirmation vorbereiten.

Die Bezirkskommunalverwaltung schätzte 1923, daß der evangelische Anstaltspfarrer monatlich weniger als acht Stunden für die Anstalt tätig war.<sup>70</sup> Der katholische Seelsorger kam sogar nur vierzehntägig von außerhalb angereist.<sup>71</sup> Insgesamt war die seelsorgerische Betreuung der Breitenauer Insassen minimal und beschränkte sich im wesentlichen darauf, mit den Gefangenen Tischgebete zu sprechen und sie sonntags zum Gottesdienst zu führen. Dadurch sollten die Korrigenden "zur Erkenntnis ihres sündhaften Zustandes" gebracht und der christliche Glaube bestärkt werden, der sich dann in einer "ordnungsgemäßigen tadellosen Führung" zu erkennen gäbe.<sup>72</sup>

Sonntagnachmittags durften sich die Insassen, auch hier nach Geschlechtern streng getrennt, für einige Stunden auf dem Anstaltshof bewegen. Danach begaben sie sich in die Speisesäle - besondere Lese- oder Freizeiträume waren keine vorhanden - und konnten dort Erbauungsbücher aus der Anstaltsbibliothek lesen. Ebenfalls sonntagnachmittags durften die Insassen Briefe schreiben, wobei allerdings jeder Brief einzeln beantragt werden mußte. Für Portokosten mußten die Insassen selbst aufkommen.<sup>73</sup> Eingehende und ausgehende Briefe wurden vom Personal zensiert. Briefverkehr mit ehemaligen Insassen wurde

---

67 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 40, S. 5, S. 89.

68 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 5, S. 19.

69 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 5, S. 55 f.

70 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10266, S. 58 RS.

71 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 16 RS, Nr. 154, S. 114.

72 So 1905 in einer Dienstanweisung für den Direktor, Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9751, S. 14 RS.

73 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8209, S. 7.

grundsätzlich unterbunden, ebenso jeder Briefverkehr zwischen Prostituierten und ihren Zuhältern. In Einzelfällen holte sich die Anstaltsleitung bei der zuständigen Polizeibehörde ein Leumundszeugnis eines Briefpartners ein, bevor dem Briefkontakt zugestimmt wurde.<sup>74</sup>

In den ersten Jahren der Anstalt wurde den Insassen sonntags aus Büchern vorgelesen, "wodurch selbst diejenigen, welche des Lesens unkundig oder nicht im Stande sind, mit Verständnis zu lesen, abgehalten wurden, ihre Gedanken auf Ungehörigkeiten zu richten".<sup>75</sup> Direktor Nettelbeck hatte hierfür 1874 einige Bücher anschaffen lassen. Ab 1914 beschaffte die Direktion, nachdem eine Revision den erbärmlichen Zustand der Anstaltsbibliothek moniert hatte, nach und nach neue Bücher, bis schließlich 1923 über sechshundert Bände vorhanden waren.<sup>76</sup>

Für die Korrigenden fand sonn- und feiertags der Einschluß in die Schlafsäle bereits um 16<sup>30</sup> Uhr statt.<sup>77</sup> Sonntage hatten für die Arbeitshausinsassen ein Doppelgesicht. Einerseits boten diese Tage eine gewisse Entlastung und Erholungsmöglichkeit, andererseits zeichneten sie sich aufgrund fehlender Freizeitangebote durch eine lähmende Langeweile aus.

Kirchliche Feiertage waren in Breitenau nach den jeweiligen Konfessionen getrennt. Katholiken mußten beispielsweise am Buß- und Bettag als protestantischem Feiertag arbeiten, während umgekehrt katholische Feiertage wie Mariä Himmelfahrt nur für Katholiken galten. Jüdischen Insassen garantierte das Anstaltsreglement die Sabbatruhe und die jüdischen Feiertage. Juden mußten stattdessen an Sonntagen und christlichen Feiertagen beim Küchendienst aushelfen. Mitgliedern der jüdischen Gemeinde des Dorfes Guxhagen wurde gestattet, jüdische Korrigenden an den betreffenden Feiertagen rituell zu verpflegen. Außerdem durften jüdische Gefangene an den Gottesdiensten der Synagoge in Guxhagen teilnehmen.<sup>78</sup>

Sonntagnachmittags erteilte ein Lehrer zwei Stunden Elementarunterricht, der für jugendliche Korrigenden Pflicht war, während sich andere Insassen

---

74 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9487; Nr. 10412, S. 203 RS; Nr. 9638; Nr. 7982.

75 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, 1875, S. 20.

76 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 118, S. 152; Nr. 188, S. 145 RS; Nr. 147, S. 66 RS.

77 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9783, S. 10 RS.

78 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 63, S. 120, S. 176.



freiwillig melden konnten.<sup>79</sup> Schulunterricht fand im 19. Jahrhundert in unterschiedlicher Qualität und Quantität in fast allen Arbeitshäusern statt. In Breitenau verpflichtete man hierfür einen Volksschullehrer aus einem der umliegenden Dörfer, der jeweils sonntags für zwei Stunden in die Anstalt kam und stundenweise bezahlt wurde.<sup>80</sup> Offensichtlich ließ man nur männliche Insassen zum Unterricht zu, jedenfalls verzeichnen die Jahresberichte nur die Teilnahme von männlichen Korrigenden. In den siebziger und achtziger Jahren hat der Schulunterricht regelmäßig stattgefunden, für den man Schulbücher, Lesebücher in Sütterlinschrift, Schreibhefte und Schiefertafeln angeschafft hatte.<sup>81</sup> Bei einer Durchschnittsbelegung von 177 männlichen Insassen meldete der Jahresbericht 1877 immerhin 45 Teilnehmer.<sup>82</sup> Im Jahre 1886 nahmen, trotz erheblich gestiegener Insassenzahl, nur noch zwanzig männliche Korrigenden am Sonntagsunterricht teil. Die Leistungen, beklagte sich die Direktion, seien trotz der großen Mühe, die sich der Lehrer gäbe, kaum nennenswert.<sup>83</sup> Das Interesse der Direktion am Schulunterricht ließ mit der Zeit merklich nach. In den neunziger Jahren nahm man schließlich einen längeren Krankenhausaufenthalt des Lehrers zum Vorwand, den Unterricht jahrelang ausfallen zu lassen.<sup>84</sup> Im Jahre 1900, als jugendliche Korrigenden nur noch vereinzelt eingeliefert wurden, stellte die Direktion den Unterricht dann für immer ein. Die Begründung lautete, der Lehrer überwache ohnehin nur die Korrespondenz der Korrigenden, diktiere Briefe und schreibe diese für Analphabeten sogar selbst.<sup>85</sup>

---

79 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 14, letzte Seite; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 33 RS.

80 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 5, S. 16; ein Vertrag mit einem Lehrer befindet sich in StA Marburg, Bestand 231, Nr. 14 und Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 5, S. 16.

81 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 18, 1875, S. 53; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 5, S. 15.

82 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 59.

83 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 215.

84 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 18.

85 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2, [Breitenau], Nr. 64, S. 40; den Haushaltsposten von 100 Mark für den Lehrer ließ man jedoch, ohne daß Unterricht stattfand, noch bis 1921 bestehen.

## Krankheit und Tod

Zur medizinischen Versorgung stellte die Anstaltsleitung einen praktischen Arzt ein, der dieses Amt neben seiner normalen Praxistätigkeit ausübte. Wie die Seelsorger war der Arzt nicht in die allgemeine Anstaltshierarchie eingebunden und in Fachfragen nicht weisungsgebunden. Neben der Behandlung der Kranken mußte der Arzt bei sämtlichen Insassen die obligatorische Aufnahme- und Entlassungsuntersuchung vornehmen. Weitere Aufgaben waren die Feststellung bzw. Überprüfung der Arrestfähigkeit eines Bestraften und das Prüfen des Essens bei Beschwerden. Schließlich fungierte der Anstaltsarzt als Betriebsarzt für die Bediensteten.<sup>86</sup>

Da das Dorf Guxhagen bei Gründung der Anstalt noch keinen Arzt hatte, mußte die Anstaltsleitung einen praktischen Arzt aus dem drei Wegstunden entfernten Felsberg anstellen. Dieser Arzt kam nur ein- bis zweimal pro Woche in die Anstalt, in akuten Notfällen mußte er telegrafisch informiert werden.<sup>87</sup> Für sein Nebenamt wurde der Arzt besser bezahlt als festangestellte Aufseher.<sup>88</sup>

Ab 1893 konnte die Direktion den jeweiligen, inzwischen in Guxhagen ansässigen, Landarzt verpflichten, dem es auch möglich war, kurzfristig in die Anstalt zu kommen.<sup>89</sup> Während eine Dienstanweisung für den Anstaltsarzt von 1895 den täglichen Besuch der Anstalt vorschrieb, wird 1906 wieder berichtet, daß der Arzt nur sonntags in die Anstalt käme, weil aufgrund der vielen Außenkolonnen die Korrigenden ohnehin nur an diesem Tag vollzählig in der Anstalt wären. Auch in den zwanziger und dreißiger Jahren kam der Arzt nur ein- bis zweimal pro Woche.<sup>90</sup> Im Jahre 1927 mußte die Anstaltsleitung einen seit 1900 in der Anstalt tätigen Arzt entlassen, weil dieser häufig betrunken in der Anstalt erschien und sich sein Alkoholismus vor den Insassen nicht mehr verheimlichen ließ.<sup>91</sup>

---

86 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10266, S. 4 f.

87 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 9; StA Marburg, Bestand 150, Nr. 305, S. 144; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 63, S. 38, S. 89 RS; Nr. 60, S. 214 RS.

88 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 18, 1886.

89 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 63, S. 205; StA Marburg, Bestand 231, Nr. 10.

90 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10414, 21.3.1895 Dienstinstruction für den Anstaltsarzt, § 5; Nr. 64, S. 137 RS; Nr. 10266, S. 113; Bundesarchiv Koblenz, R 36/1856.

91 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10266, S. 79 RS; S. 82; Nr. 9794, Jahresbericht 1927.

Schon ab 1899 lassen sich in Breitenau psychiatrische Reihenuntersuchungen nachweisen.<sup>92</sup> Von 1910 bis 1925 sind insgesamt 48 Korrigendinnen und Korrigenden in psychiatrische Anstalten verlegt worden, was 2,3 Prozent aller in diesem Zeitraum entlassenen Korrigenden entsprach.<sup>93</sup> Ab 1926 besuchte ein Kasseler Arzt in vierteljährlichem Abstand die Anstalt, um die Insassen auf ihren Geisteszustand zu untersuchen.<sup>94</sup>

Unfallversicherung konnten die Breitenauer Gefangenen erst nach der Jahrhundertwende in Anspruch nehmen. 1903 wurde aufgrund des Reichsgesetzes über die Unfallfürsorge für Gefangene vom 30. Juni 1900 eine spezielle Unfallkasse eingeführt, in die vom jeweiligen Arbeitgeber pro Kopf und Arbeitstag ein Pfennig einbezahlt wurde.<sup>95</sup> Bei bleibenden Schäden infolge eines Arbeitsunfalls während der Haftzeit wurde aus dieser Kasse gegebenenfalls eine Unfallrente finanziert. Einem 1916 in der Anstaltsschmiede verunglückten Korrigenden wurden aus diesem Fonds noch bis 1956 monatliche Rentenzahlungen überwiesen.<sup>96</sup>

Für bettlägerige Anstaltsinsassen stand eine eigene Krankenstation zur Verfügung. Nur schwerkranke Insassen verlegte man per Bahntransport in eines der Kasseler Krankenhäuser.

Infolge der kombinierten Wirkung des extrem schlechten Gesundheitszustands der eingelieferten Wohnungslosen mit dem ungewohnten harten Arbeitszwang bei gleichzeitig unzureichender Verpflegung hatte die Anstalt im 19. Jahrhundert eine verheerend hohe Sterblichkeit aufzuweisen. Der Höhepunkt der Todesfälle wurde 1888 verzeichnet als 36 Korrigenden und 3 Korrigendinnen starben. Bezogen auf einhundert Haftjahre betrug die Sterblichkeit in diesem Jahr 18,0 Personen bei den männlichen Korrigenden und 9,1 Personen bei den Korrigendinnen. Die Direktion machte für den schlechten Gesundheitszustand der Insassen allein deren "Luderleben" vor der Verhaftung verantwortlich. Direktor Nettelbeck schrieb im Jahresbericht 1885: "Auch in diesem Jahr wurden sehr viele mit Beingeschwüren pp. eingeliefert, welche gewöhnlich längere Zeit zur Heilung erfordern, die meisten Krankheiten sind

---

92 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2, [Breitenau], Nr. 63, S. 26; Nr. 64, S. 26.

93 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 3, 30.1.26.

94 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9814; Nr. 56, S. 45.

95 RGBl., 1900, S. 536; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 52, S. 8.

96 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 135, Bd. 1, S. 4; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9750, S. 150 RS.

nur Folge des Luderlebens, Saufen, Huren, nächtliches Herumtreiben im Freien."<sup>97</sup>

Von 1874 bis 1918 sind 535 von 7 631 männlichen Korrigenden (= 7,0 %) während der Arbeitshaushaft gestorben, d.h. jeder vierzehnte männliche Korrigend hat im Kaiserreich die Anstalt nicht mehr lebend verlassen. Da es sich bei den eingewiesenen Frauen hauptsächlich um junge Prostituierte handelte, sind vergleichsweise wenig Frauen gestorben. Von 1 542 eingelieferten Korrigendinnen sind 61 gestorben (= 4,0 %). Das Durchschnittsalter der gestorbenen Frauen lag bei 35 Jahren, das der gestorbenen Männer bei 51 Jahren.

Sterblichkeit männlicher Korrigenden<sup>98</sup>:

1875-1879	10,5
1880-1884	11,7
1885-1889	14,2
1890-1894	9,3
1895-1899	9,0
1900-1904	2,8
1905-1909	4,0
1910-1914	1,0
1915-1919	6,0

Nach 1900 ging die Sterblichkeit in Breitenau stark zurück. Nur in den Hungerjahren 1917 und 1918 wurde mit 17,6 bzw. 17,8 gestorbenen männlichen Korrigenden bezogen auf einhundert Haftjahre wieder eine Sterberate in Größenordnung der Gründungsjahre erreicht. Auch während der Weimarer Republik blieb die Sterblichkeit in Breitenau auf einem im Vergleich mit dem 19. Jahrhundert niedrigem Niveau. Erst im Zweiten Weltkrieg schnellten die Todesziffern der Breitenauer Korrigenden wieder in die Höhe.

Immer wieder begingen einzelne Häftlinge Selbstmord. 1880 erhängte sich eine Korrigendin in einer Arrestzelle, in die sie wegen "Unverträglichkeit" eingesperrt worden war. Bereits ein Jahr später erhängte sich ein 48 Jahre alter

---

97 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 202.

98 Gemessen in Gestorbenen pro 100 Haftjahre. Errechnet aus den Angaben über Verpflegungstage und Todesfälle in: Ergebnisse in Bezug auf die Landarmenpflege und das Korrigendenwesen in dem Bezirksverband des Regierungsbezirk Cassel (1875-) 1922, in: Amtsblatt der Regierung zu Cassel, (1876-) 1923; wegen zu gering besetzter Klassen ist diese Tabelle für die Korrigendinnen nicht möglich.

Korrigend. Ein 65jähriger wohnungsloser Knecht, der bereits zum dritten Mal in einem Arbeitshaus war, ertränkte sich im Januar 1888 nach über einjähriger Haft wenige Wochen vor seinem Entlassungstermin in der Fulda. Insgesamt verzeichnen die Jahresberichte während des Kaiserreichs sechs Selbstmorde.<sup>99</sup>

Die Leichen verstorbener Korrigenden konnten der Anatomie in Marburg zugeführt werden. Die Anstalt erhielt von der Anatomie pro Leiche zehn Mark. Ab 1907 wurde diese Summe aufgrund einer Verfügung des Landeshauptmanns so verteilt: 25 Prozent erhielt der Oberaufseher, 40 Prozent die Aufseher und 35 Prozent sollte zur Unterstützung bedürftiger Anstaltsinsassen verwendet werden. 1929 hatte man diese makabre Regelung dahingehend modifiziert, daß 30 Prozent der Lazarettaufseher, 20 Prozent der mit der Leichenpflege beauftragte Anstaltsinsasse und 50 Prozent mittellose Insassen erhielten.<sup>100</sup>

Für gestorbene Landarme wurde bereits 1877 ein anstaltseigener Friedhof angelegt. Dieser Friedhof befand sich etwa fünfhundert Meter von der Anstalt entfernt am Weg zu dem benachbarten Dorf Grifte.<sup>101</sup> Nachdem sowohl der 1913 eingesetzte Direktor Baetz wie der evangelische Anstaltspfarrer sich über den unwürdigen, schmucklosen und völlig verwahrlosten Anstaltsfriedhof beklagt hatten, wurde 1926 durch Ankauf eines Grundstückes unmittelbar neben dem Friedhof der Gemeinde Breitenau, auf dem hauptsächlich Anstaltsaufseher und deren Angehörige bestattet wurden, 150 Meter südlich der Anstalt ein neuer Anstaltsfriedhof eingerichtet. Noch heute zeigen die beiden Friedhöfe die schroffe, über den Tod hinausreichende Kluft zwischen Personal und Insassen der Breitenauer Anstalt. Unmittelbar neben dem beschaulichen Friedhof der Aufseher befindet sich außerhalb der Friedhofsumfriedung ein schmuckloses Wiesenstück mit schlichten Holzkreuzen als Grabstätte der Insassen.

## Flucht

Angesichts der im Vergleich zu Zuchthäusern und Gefängnissen relativ schwachen Sicherung der Anstalt, mit dem Verzicht auf jede äußere Bewachung

---

99 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 119 RS, S. 133 RS, S. 266.

100 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 157, S. 178; Nr. 35, S. 53, S. 93; Bestand 1 [Bezirkverband], Nr. 150, S. 152 RS.

101 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 35, S. 9; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 134, S. 1, S. 11, S. 59.

durch bewaffnete Posten, sollte man vermuten, daß jeder auch nur einigermaßen ernsthaft unternommene Fluchtversuch gelingen mußte. Insbesondere auf den in der Regel nur von einzelnen Aufsehern bewachten Außenarbeitskolonnen boten sich Möglichkeiten zur - wie es im Behördendeutsch hieß - "Entweichung". Ein Aufseher einer Arbeitskolonne durfte einen Flüchtenden nicht verfolgen, weil er sonst seine gesamte Kolonne unbeaufsichtigt zurückgelassen hätte.<sup>102</sup> Bis 1937 war es den Aufsehern explizit verboten, auf einen flüchtenden Häftling zu schießen. Die Aufseher hatten Anweisung, bei Flucht eines Insassen mit ihrer Kolonne sofort einzurücken. Die Anstaltsleitung informierte dann die Polizeiposten der umliegenden Orte. Alle verfügbaren Anstaltsbediensteten machten sich auf die Jagd nach dem Entlaufenen. Auf Grundlage des bei der Aufnahme angelegten Signalements verfaßte das Anstaltsbüro gegebenenfalls einen Steckbrief.<sup>103</sup> Die Flucht aus einem Arbeitshaus war für sich genommen nicht strafbar, sofern sie alleine und ohne Angriff auf Aufseher geschah. Die Breitenauer Direktion konnte daher allenfalls eine Strafanzeige wegen Diebstahls der Anstaltskleidung stellen. Allerdings weigerte sich die Staatsanwaltschaft gelegentlich, aufgrund dieses abwegigen Vorwurfs ein Strafverfahren einzuleiten.<sup>104</sup>

Natürlich versuchten die Insassen am häufigsten, bei der Feldarbeit zu fliehen, es sind aber auch waghalsige Fluchten über das Dach der Klosterbasilika, ja sogar aus den Arrestzellen des Hauptgebäudes und aus dem Zellenbau gelungen.<sup>105</sup> Die Halbinsellage der Anstalt zwischen den Flüssen Fulda und Eder erschwerte Fluchten erheblich. Je nach Wasserstand waren diese Flüsse für Nichtschwimmer durchaus überwindbar, konnten aber auch zur tödlichen Gefahr werden. 1877 ertrank ein Korrigend bei einem Fluchtversuch in der Fulda.<sup>106</sup>

Die Direktion machte die Aufseher für gelungene Fluchten persönlich verantwortlich. In den vom Anstaltsbüro geführten Listen über Entweichungen vermerkte man jeweils auch den betreffenden Aufseher.<sup>107</sup> Hilfsaufseher

---

102 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9754, S. 40; Nr. 60, S. 46; Nr. 38 S. 18 RS; Nr. 8672, S. 10.

103 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 31; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 3992, S. 14; Nr. 64, S. 224.

104 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 38, S. 14, S. 22; Nr. 8497.

105 StA Marburg, Bestand 220, Nr. 479, 2.8.1910; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9743, S. 6; Nr. 9635; Nr. 10414, 8.2.33.

106 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 46, S. 62.

107 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 160, S. 53; Nr. 10366.

mußten mit fristloser Entlassung rechnen, bei den beamteten Aufsehern verhängte der Direktor empfindliche Geldstrafen.<sup>108</sup>

Die häufigen Fluchtversuche führten jedoch nur selten zum Erfolg. Die Tatsache, daß die große Mehrheit der Geflüchteten innerhalb weniger Stunden oder Tage wieder gefangen wurde, läßt insgesamt auf spontane und schlecht vorbereitete Fluchten schließen. Die durch die vielen Arbeitskolonnen in der Umgebung bekannte Anstaltskleidung bildete in der Anfangsphase der Flucht ein ohne fremde Hilfe nur schwer zu überwindendes Hindernis. Falls es gelang, die Anstaltskleidung mit Zivilkleidern zu vertauschen, fehlten die in den Akten zurückgebliebenen Legitimationspapiere und insbesondere Geldmittel zum Leben. Häufig wurden Korrigenden, denen zunächst die Flucht gelang, nur deswegen wieder eingeliefert, weil die Polizei sie beim Betteln sistierte, ohne zunächst zu vermuten, daß der Betreffende ein entsprungener Arbeits-häusler war.<sup>109</sup>

Die manchmal durch Mithilfe der Bevölkerung wieder gefangenen Insassen - es läßt sich sogar die Bezahlung von Fangprämien nachweisen<sup>110</sup> - bestrafte die Anstaltsleitung regelmäßig mit Arrest. Man beschäftigte sie künftig als Fluchtverdächtige möglichst innerhalb der Anstaltsmauern oder schloß sie bei der Feldarbeit mit einer Kette an einen schweren Holzklotz. Zudem hatte eine mißlungene Flucht fast immer eine mehrmonatige Haftverlängerung zur Folge. Da kein Korrigend länger als zwei Jahre festgehalten werden durfte, galten die von den Regierungspräsidien von vorneherein mit Höchststrafe belegten Korrigenden aufgrund der fehlenden Verlängerungsmöglichkeit als besonders fluchtverdächtig.<sup>111</sup>

Die bei einer Flucht entstandenen Kosten für Telefon, Fangprämie, Rückführung und Ersatz für beseitigte Anstaltskleidung stellte die Direktion dem betreffenden Insassen in Rechnung und zog die Beträge von der kärglichen Arbeitsprämie ab.<sup>112</sup> Aus Abschreckungsgründen gegenüber anderen Gefangenen legte die Anstaltsleitung großen Wert auf die demonstrative Rückführung von Wiederaufgegriffenen nach Breitenau, selbst wenn ein anderes Arbeitshaus näher lag.

---

108 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 46, S. 99, S. 153, S. 202, S. 243 RS.

109 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9016.

110 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9056; Nr. 8009, S. 10.

111 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9773, S. 104, S. 105.

112 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 58, S. 21; Nr. 133, S. 29.

Eine Flucht aus dem Arbeitshaus Breitenau war leicht möglich, doch zur dauernden Freiheit führte sie nur in Ausnahmefällen. Die oft gebotenen Fluchtmöglichkeiten wurden von den Häftlingen meist nicht genutzt. Die Einsicht der Insassen in die Sinnlosigkeit einer Flucht und das Bewußtsein über die erheblich härtere Behandlung nach einem gescheiterten Fluchtversuch war das effektivste Sicherungsmittel.

Insgesamt war es trotz der immer wieder gebotenen Fluchtmöglichkeiten insbesondere für die gefangenen Wohnungslosen sicherlich klüger, ihre absehbare ordnungsgemäße Entlassung abzuwarten. Für die ab 1904 nach Breitenau eingewiesenen Zuhälter galt dies weniger, denn diese hatten in den Großstädten, aus denen sie in der Regel stammten, genügend Möglichkeiten zum Untertauchen. Zuhälter galten in Breitenau grundsätzlich als fluchtverdächtig. Trotz Errichtung des Zellenbaus ist in den Jahren 1911 bis 1918 immerhin 17 von 142 eingelieferten Zuhältern die Flucht gelungen. Zehn von ihnen gelang sogar eine dauerhafte Flucht.<sup>113</sup>

## Entlassung

Da die Regierungspräsidien als Landespolizeibehörden die Haftdauer schon beim Beschluß über die Arbeitshauseinweisung festlegten, stand bei der Ankunft der Korrigenden und Korrigendinnen in Breitenau deren frühester Entlassungstermin bereits fest. In Gegensatz zu den häufigen Haftverlängerungen aufgrund von Disziplinarvergehen fanden die ebenfalls möglichen Haftverkürzungen wegen "guter Führung" so gut wie nie statt. Vorzeitige Entlassung kam lediglich infolge plötzlich auftretender Arbeitsunfähigkeit oder bei Schwangerschaft einer Korrigendin vor. Auch bei teuren Krankenhausaufenthalten und Einberufung zur Armee konnte die Arbeitshaushaft gnadenweise erlassen werden.<sup>114</sup> Bei den zwischen 1885 und 1918 eingewiesenen 3 817 männlichen Korrigenden wurde nur bei 153 Männern die Haftzeit verkürzt, hauptsächlich wegen Einberufungen zum Militär und Krankenhausaufenthalten. Bei den zwischen 1875 und 1918 eingewiesenen 1 048 Korrigendinnen wurde die Haft nur bei 39 Frauen verkürzt, hauptsächlich wegen Schwangerschaft und

---

113 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 118, S. 131.

114 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9011; Nr. 4073; Nr. 4198; Nr. 36, S. 1; Nr. 60, S. 91.



Verhandelt in der ständischen Corrections- und Landarmen-Anstalt

Breitenau, am 1<sup>ten</sup> Juni 1875.

Da der Corrigend *Junius Jr* aus *Cassel.*

nach abgebüßter correctioneller Haft heute aus der Corrections- und Landarmen-Anstalt entlassen werden soll, so wurde derselbe vorschriftsmäßig vorgeführt und ihm solches bekannt gemacht. Demselben wurden nach erfolgter Visitation die nach dem Hinterlegungs-Blatt der Personal-Acten ihm zugehörigen Gegenstände ausgeliefert, über deren Empfang er unter dem Verzeichniß quittirt hat. Sodann wurde derselbe alles Ernstes ermahnt, sich in Zukunft eines rechtschaffenen Wandels zu befleißigen.

Hierauf befragt, ob er noch irgend eine Forderung an die Anstalt zu machen habe, erklärte derselbe:

ich habe alles mir Gehörige und Gebührende empfangen, so daß ich keinerlei Ansprüche mehr an die Anstalt zu machen habe.

Schließlich wurde derselbe angewiesen, sich nach *Cassel.*

---

gesetzlichem Domicile zu begeben und ihm gleichzeitig der Reisepaß mit dem ernstlichen Bedenken eingehändigt, von der vorgeschriebenen Reise-Route und Zeitbestimmung nicht abzuweichen, desgleichen sich alles Bettelns zu enthalten, bei Vermeidung der in den Gesetzen festgesetzten Strafen.

B. g. u.

*Junius Jr*

Krankenhauseinweisung, vereinzelt auch wegen Überführung in Fürsorgeheime. Im gesamten Aktenbestand der Jahre 1919 bis 1945 mit insgesamt 1 258 Einweisungen finden sich gerade fünf Fälle, in denen die festgesetzte Haft verkürzt wurde. Ganz selten wurden auch Korrigendinnen und Korrigenden zur Bewährung "bedingt entlassen".<sup>115</sup>

Weder durch angepaßtes Verhalten noch durch gute Arbeitsleistung ließ sich eine vorzeitige Entlassung erreichen. Insofern registrierte weder das Personal noch die einweisende Behörde die - wie auch immer definierte - Besserung der Insassen. Diszipliniertes Verhalten verbesserte bestenfalls die Situation eines Häftlings während der Haftzeit innerhalb der Anstalt, die festgesetzte Haftdauer konnte dadurch jedoch nur im absoluten Ausnahmefall verkürzt werden.

Wer sich dem Anstalts- und Arbeitsbetrieb fügte, ohne Murren das vorgeschriebene Arbeitspensum leistete und sich keine größeren Disziplinarvergehen zuschulden kommen ließ, konnte damit rechnen, am festgelegten Tag freigelassen zu werden. Zuvor mußte allerdings der Anstaltsarzt die Entlassungsfähigkeit bescheinigen, eventuell festgestellte Krankheiten mußten die Insassen noch in der Anstalt auskurieren.<sup>116</sup> Unter Umständen bot man alten oder gebrechlichen Korrigenden auch die Übernahme ins Landarmenhaus an.<sup>117</sup> Am Entlassungstag händigten die Aufseher die bei der Ankunft abgenommenen Kleider, Habseligkeiten, Legitimationspapiere und einen Entlassungsschein aus. Die zur Entlassung anstehenden Korrigenden wurden befragt, wohin sie sich begeben wollten. Das Anstaltsbüro stellte einen Zwangspäß, von den Vagabunden "Totenschein" genannt<sup>118</sup>, mit vorgeschriebener Reiseroute zu diesem Ort aus.<sup>119</sup> "Sodann wurde derselbe allen Ernstes ermahnt, sich in Zukunft eines rechtschaffenen Wandels zu befleißigen". Jeder Korrigend mußte vor der Entlassung ein Formular mit dieser erbaulichen Aufforderung unterschreiben. Diese Ermahnung war das letzte Relikt des noch im 18. Jahrhunderts in den Arbeitshäusern üblichen Durchprügelns, dem "Abschied" der

---

115 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 4723; Nr. 4043; Nr. 63, S. 177; GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 7889; zur Entlassungspraxis des Arbeitshauses Hadamar siehe Hessisches HStA Wiesbaden, Bestand 403, Nr. 490.

116 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8211.

117 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 10.

118 Vgl. Hans Ostwald, Rinnsteinsprache. Lexikon der Gauner-, Dirnen und Landstreichersprache, Berlin 1906.

119 Vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 27.

# Verhandelt in der Korrektions- und Landarmen-Anstalt zu

Brettenau, am 4<sup>ten</sup> Jun. 1924

Da der Korrigend Johann Karl R.  
nach abgebußter korrektionaler Haft heute aus der Korrektions-Anstalt entlassen  
werden soll, so wurde d<sup>r</sup> selbe vorschriftsmäßig vorgeführt und ihm solches  
bekannt gemacht.

Demselben wurden nach erfolgter Durchsuchung die nach dem Hinterlegungs-  
blatt der Personalakten ihm zugehörigen Gegenstände ausgeliefert, über deren  
Empfang er unter dem Verzeichniß quittiert hat.

Sodann wurde d<sup>r</sup> selbe alles Ernstes ermahnt, sich in Zukunft eines recht-  
schaffenen Wandels zu befleißigen.

Hierauf befragt, ob er noch irgend eine Forderung an die Anstalt zu machen  
habe, erklärte d<sup>r</sup> selbe:

ich habe alles mir Gehörige und Gehührende empfangen, so daß ich  
keinerlei Forderungen mehr an die Anstalt zu machen habe.

Schließlich wurde d<sup>r</sup> selbe angewiesen, sich nach

Wiesbaden, am von ihm genehmigt

gesetzlichem Wohnsitz zu begeben und ihm gleichzeitig der Reisepaß mit dem ernst-  
lichen Bedeuten eingehändigt, von dem vorgeschriebenen Reiseweg und der Zeit-  
bestimmung nicht abzuweichen, desgleichen sich alles Bettelns zu enthalten, bei  
Vermeidung der in den Gesetzen festgesetzten Strafen.

B. g. u.

Lehrer JT

. P. n. v.

Mann G.

zur Entlassung anstehenden Häftlinge.<sup>120</sup> Bis in die zwanziger Jahre hinein informierte die Anstaltsleitung die Polizeibehörden der von den Insassen angegebenen Gemeinde vorab durch einen Führungsbericht, der neben den Personaldaten auch Angaben über Vorstrafen und die disziplinarische Führung in Breitenau enthielt.<sup>121</sup> Bei wegen Prostitution eingewiesenen Frauen führte dieses Verfahren unweigerlich zur erneuten Einschreibung in die sittenpolizeilichen Dirnenlisten.

Die zwangsgesparte Hälfte der Arbeitsprämie überwies das Büro nach Abzug eventueller Eisenbahnfahrtkosten und eines geringen Verpflegungsgelds an die angegebene Polizeibehörde. Aus der Sicht der Behörden sollte das Entlassungsgeld eine Hilfe "zur Neubegründung einer sicheren Existenz" sein.<sup>122</sup> Im Normalfall konnte das Entlassungsgeld allerdings höchstens für einige Tage das Überleben sichern. So zahlte man den aus Breitenau Entlassenen 1878 durchschnittlich gerade 6,45 Mark aus.<sup>123</sup> Die Überweisung des Entlassungsgelds an einen weit entfernten Ort hatte keinerlei fürsorgerischen Sinn, denn dort wartete, außer einer wenig erfreuten Ortspolizei, weder Arbeits- noch Schlafstelle auf die entlassenen Häftlinge. Es ging einzig und allein darum, die entlassenen Korrigendinnen und Korrigenden möglichst schnell aus der Umgebung der Anstalten zu entfernen, zum einen, um provokante Entlassungsbesäufnisse vor den Anstaltstoren zu verhindern, zum anderen, um die umliegenden Gemeinden vor der Bettelei mittelloser Wohnungsloser zu schützen. Die Absicht, durch eine Überweisung des Entlassungsgelds an die Polizei eine zusätzliche Kontrolle der Entlassenen zu erreichen, scheiterte durchweg, weil die Entlassenen selten lange an diesem Ort blieben. Der preußische Innenminister ordnete daher 1885 die ratenweise Auszahlung des Entlassungsgelds durch die Polizei an, um - so lautete jedenfalls die Begründung - der Vergeudung vorzubeugen. Außerdem bekämen die Polizeibehörden dadurch ein Mittel in die Hand, wenigstens eine Zeitlang über die Entlassenen eine gewisse Kontrolle auszuüben.<sup>124</sup> Eine Reihe von Ortspolizeibehörden händigte das Geld

---

120 Zu "Willkomm und Abschied" vgl. Hans Schmäh, Das Ludwigsburger Arbeitshaus, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 17 (1965), S. 101; vgl. Christoph Sachße/ Florian Tennstedt, 1980, S. 118.

121 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 29, S. 95.

122 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 27, S. 77.

123 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 29, S. 17.

124 Circular an die Königlichen Regierungspräsidenten, Königlichen Regierungen etc. vom 22. Oktober 1885, betreffend die Regelung der Festsetzung der korrekionellen Nachhaft nach allgemeinen Grundsätzen, in: Ministerial-Blatt für die gesamte innere Verwaltung in den Königlich Preussischen Staaten 46 (1885), S. 238.

**Landesarbeitsanstalt und Landesfürsorgeheim  
Breitenau**

Breitenau, den

7. März 1949

**I. Verfügung.**

Es erscheint der Herrigend Ludwig Fu aus Magdeburg  
und erklärt, nachdem ihm von der Entlassung aus der hiesigen Anstalt Eröffnung  
gemacht wurde, auf Befragen über den von ihm gewählten künftigen Aufenthaltsort, ich  
bitte mich nach: Hausel Gefangenenn-Fürsorgestelle zu entlassen.

aufgenommen durch:

Aukam  
Verw.-Angest.

v. g. u. —  
Ludwig Fu

1. Dem Herrn Anstaltsarzt zur Entlassungsuntersuchung.

nach überprüfender große Aufnahmefähigkeit  
Anstaltsarzt

2. Der Kasse zur Angabe des Guthabens: DM 30 Pfg. 38  
Baffenberg  
Kassenleiter

Breitenau, den 7. März 1949

Der Direktor.

Dr. Aukam

**II. Verhandlung.**

Breitenau, den 7. März 1949

Da der Herrigend Ludwig Fu heute aus der Arbeitsanstalt  
entlassen werden soll, wurde derselbe vorschriftsmäßig vorgeführt und ihm hiervon Kennt-  
nis gegeben.

Derselben wurden nach erfolgter Durchsuchung die nach dem Hinterlegungsblatt der Per-  
sonalakten ihm gehörenden Gegenstände ausgeliefert, über deren Empfang er unter dem  
Verzeichnis quittiert hat.

Sodann wurde derselbe allen Ernstes ermahnt, sich in Zukunft eines geordneten und ge-  
setzmäßigen Lebenswandels zu befleißigen.

Befragt, ob er noch irgend eine Forderung an die Anstalt zu stellen habe, erklärt derselbe:  
Ich habe alles mir Gehörende und Gebührende empfangen, so daß ich keinerlei Forderungen  
mehr an die Anstalt zu stellen habe.

Derselbe wurde alsdann angewiesen, sich nach:

Hausel Gefangenenn-Fürsorgestelle  
dem nunmehr gewählten Wohnsitz zu begeben und ihm gleichzeitig die Entlassungspapiere aus-  
gehändigt.

Beglaubigt:

Aukam  
Verw.-Angest.

v. g. u. —  
Ludwig Fu 233

trotzdem in einem Betrag aus, um die ehemaligen Arbeitshäusler schnell wieder loszuwerden.<sup>125</sup> Natürlich sprachen sich solche Gemeinden bei den Korrigenden schnell herum. Mit der Erklärung, nach der Entlassung ins Ausland gehen zu wollen, konnten sich die Korrigenden ohnehin die sofortige vollständige Auszahlung des Entlassungsgelds erzwingen.<sup>126</sup> Aufgrund solcher Schwierigkeiten ging die Breitenauer Anstaltsleitung immer mehr dazu über, das Entlassungsgeld direkt auszuhändigen. Eine Revision im Jahre 1911 ergab, daß man in Breitenau entgegen den Vorschriften allen Korrigenden unterschiedslos am Entlassungstag das gesamte Geld vollständig in die Hand gab.<sup>127</sup>

Nach der Entlassung befanden sich die Korrigendinnen und Korrigenden in der Regel in genau derselben wirtschaftlichen Situation wie bei der Verhaftung. Sie waren arbeitslos, wohnungslos, mittellos und fast immer ohne jede persönliche Bindung an Freunde oder Angehörige. Nur die Vorstrafenliste war länger geworden. Ein Korrigend, der nach seiner Entlassung aus einem Arbeitshaus Armenfürsorge beantragte, mußte damit rechnen, in die Landarmenabteilung der Anstalt, die er gerade verlassen hatte, eingewiesen zu werden.

Das geringe Entlassungsgeld reichte gerade, um nach monatelangen Entbehrungen lange aufgeschobene Bedürfnisse zu realisieren. Treffpunkt der aus Breitenau Entlassenen war die Gaststätte des drei Kilometer von der Anstalt entfernten Bahnhofs Guntershausen. Dort, berichtete Direktor Nettelbeck, vertranken die ehemaligen Korrigenden ihr Entlassungsgeld oft vollständig. Manchmal griff die Polizei entlassene Korrigenden schon wenige Stunden nach der Freilassung bereits wieder beim Betteln auf.<sup>128</sup> Die guten Grundsätze, klagte Direktor Nettelbeck, reichten gerade bis zur nächsten Branntweinschänke. Oft seien es gerade diejenigen Korrigenden, die in der Anstalt gut gearbeitet hatten und deswegen ein vergleichsweise hohes Entlassungsgeld ausbezahlt bekamen, die nach der Entlassung die größten Schwierigkeiten machten. Der Direktor schilderte im Jahresbericht 1875 fassungslos das Verhalten eines Vaters von drei Kindern: "Bei der Entlassung weinte er wie ein Kind, gab an, er habe Sehnsucht nach seinen Kindern und wolle für dieselben von jetzt ab als ein rechter Vater sorgen, aber wie weit ging sein Vorsatz, bis auf das nächste Dorf, zur Branntweinschänke, dort hatte er ... so lange Branntwein gesoffen, bis er wie ein Vieh auf dem Hofe gelegen hat, zu seinen

---

125 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 27, S. 77; Nr. 29, S. 68, S. 76.

126 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 29, S. 61; Nr. 188, S. 120 RS.

127 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 29, S. 50-53; Nr. 188, S. 116 RS.

128 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 27, S. 33; Nr. 29, S. 13.

Kindern ist er nicht gekommen, sondern nach einigen Tagen, während der er sich bettelnd und wie ein Vieh herumgetrieben hatte, wieder verhaftet worden.“<sup>129</sup>

Das Fehlen einer wirksamen Entlassenenfürsorge bildete eine unübersehbare Schwachstelle der Arbeitshäuser. Irgendeine Vorbereitung auf die Entlassung, etwa in Form von Freigang zur Arbeits- und Wohnungssuche, läßt sich in Breitenau nicht nachweisen. Die in den Jahresberichten oft erwähnte Entlassenenfürsorge beschränkte sich darauf, einzelne Korrigenden, die dies wünschten, einem der bestehenden Strafgefangenenfürsorgevereine zu vermitteln.<sup>130</sup> "Wenn ein Korrigend die Fürsorge in Anspruch nimmt, wird von hier aus an die Ortspolizeibehörde des Entlassungsorts und den Vorstand des Fürsorgevereins geschrieben und um Zuweisung geeigneter Arbeit oder um Unterstützung des Entlassenen zur Erlangung von Arbeit und Unterkommens gebeten.“<sup>131</sup> In Kassel kümmerte sich der in den achtziger Jahren gegründete *Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene* auch um aus Breitenau Entlassene.<sup>132</sup> Ob die Tätigkeit dieser Vereine Erfolg hatte bzw. ob die Entlassenen dort überhaupt vorsprachen, erfuhr die Breitenauer Anstaltsleitung gewöhnlich nicht.<sup>133</sup> Ansonsten verstand man unter Entlassenenfürsorge Arbeitsvermittlung bzw. Rückführung junger Korrigenden und insbesondere der Korrigendinnen zu ihren Eltern. Gelegentliche Anfragen von Arbeitgebern nach Arbeitskräften erfüllte man so gut es ging.<sup>134</sup> Da bei einer Arbeitsvermittlung durch die Anstalt der Arbeitshausaufenthalt des Entlassenen beim künftigen Arbeitgeber bekannt wurde und die Breitenauer Anstaltsleitung sich nicht einmal scheute, den Arbeitgebern Auskunft über Vorstrafen zu geben, lehnten fast alle Korrigenden eine Hilfe der Anstalt bei der Arbeitssuche ab.<sup>135</sup>

Eine Verbesserung der Entlassenenfürsorge setzte in Breitenau zunächst bei den untergebrachten Frauen an. Für Frauen standen vergleichsweise viele

---

<sup>129</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 9 RS.

<sup>130</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 185; Nr. 64, S. 308 RS; Nr. 147, S. 18; zur Entlassenenfürsorge allg. Nr. 128.

<sup>131</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 29, S. 58.

<sup>132</sup> Vgl. Armenpflege, Wohltätigkeits- u. gemeinnützige Veranstaltungen in der Residenzstadt Cassel, Cassel 1889, S. 123; vgl. Handbuch der Wohlfahrtseinrichtungen Cassels, Cassel 1910, S. 39.

<sup>133</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 29, S. 58 RS; Nr. 147, S. 40.

<sup>134</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 128, S. 41; Nr. 147, S. 40 RS.

<sup>135</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, S. 308; Nr. 147, S. 230 RS; Nr. 9760, 29.3.23.

Übergangsheime wie das Frankfurter *Magdalenum* zur Verfügung, mit dem die Anstalt schon seit 1877 Kontakt hatte.<sup>136</sup> In den zwanziger Jahren vermittelte die Anstalt junge Frauen häufig in das Kasseler Mädchenschutzheim. Bei Frauen aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden mußte ab 1926 zwei Wochen vor Entlassung Mitteilung an die Polizeifürsorgerin in Frankfurt bzw. Wiesbaden gemacht werden, um die weitere Betreuung, aber auch Kontrolle der Frauen gewährleisten zu können.<sup>137</sup>

In der zeitgenössischen Fachliteratur wird der Besserungseffekt der Arbeitshäuser allgemein als recht gering eingeschätzt.<sup>138</sup> Die Berichte über hohe Rückfallquoten beziehen sich jedoch durchweg auf die Tatsache, daß die Mehrheit der Arbeitshausgefangenen bereits zum wiederholten Mal zu Arbeitshaushaft verurteilt wurde. Tatsächlich läßt sich jedoch aus der Vorstrafenstruktur der Eingewiesenen nicht ohne weiteres auf die Rückfallquote der Entlassenen schließen. Diesen Fehlschluß findet man in der Literatur recht häufig und insbesondere der ansonsten zuverlässige Robert von Hippel tat sich auf diesem Gebiet mit unzulässigen, auch zeitgenössisch bereits kritisierten Rechenschritten hervor.<sup>139</sup> Insgesamt sind die Angaben über hohe Rückfallziffern mit Vorsicht zu genießen, weil sie sich immer nur auf die jeweils vorhandene Anstaltspopulation beziehen. Natürlich bietet die hohe Prozentzahl der wiederholt Eingewiesenen einen gewissen Anhaltspunkt über eine hohe Rückfallquote. Welcher Prozentsatz der Entlassenen aber tatsächlich rückfällig wurde, läßt sich dadurch jedoch nicht feststellen.<sup>140</sup> Empirische Untersuchungen über den weiteren Lebensweg von aus deutschen Arbeitshäusern entlassenen Menschen liegen nicht vor.<sup>141</sup> Auch in den Breitenauer Akten finden sich nur

---

136 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 29, S. 1; vgl. die Beschreibung eines 1884 gegründeten Übergangsheim für entlassene Korrigendinnen bei E. Isermeyer, 50 Jahre Frauenheim vor Hildesheim. Geschichte, Geschichten und Erfahrungen, o.O., o.J. (1934).

137 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 230 RS; Nr. 122, S. 89.

138 Vgl. Otto Mönkemöller, 1908, S. 179-188; vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 194; vgl. Schwan, 1916, S. 309; vgl. Oskar Adolf Bayer, 1929, S. 48; vgl. Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr, 1885, S. 10; vgl. Eva Lewin, 1925, S. 38.

139 Vgl. Robert von Hippel, 1895, S. 195; vgl. auch die Kritik von Schwan, 1906, S. 309.

140 Vgl. Johanna Jahn, 1966, S. 77.

141 Bezüglich deutscher Arbeitshäuser liegen allenfalls Erfahrungsberichte von Praktikern vor; vgl. Otto Fleischmann, 1894, S. 186 f; vgl. die zufällig gewonnenen Angaben bei Otto Mönkemöller, 1908, S. 175; vgl. Heinrich Münzenmaier, Die korrektionelle Nachhaft auf Grund der Überweisung an die Landespolizeibehörde, mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Württemberg, Diss. Heidelberg 1912, S. 89; für die Schweiz vgl. Markus H. Haefely, Das Verhalten von 200 Insassen der Erziehungsanstalten Utikon a.A. und



selten Nachrichten über Entlassene. Wenn man in Breitenau überhaupt wieder etwas über einen entlassenen Korrigenden erfuhr, dann in der Regel durch dessen erneute Einlieferung. Das Personal sah so nur das Schicksal der Gescheiterten, was dessen resignative Grundhaltung verstärkt haben dürfte.

Noch weniger als eine die Entlassung vorbereitende Fürsorge existierte seitens der Arbeitsanstalten eine Nachbetreuung. Den entlassenen Häftlingen gegenüber waren die Arbeitsanstalten in keiner Weise verpflichtet.

---

Witzwil nach ihrer Entlassung. Eine kriminologische Untersuchung von 200 nach Art. 43 StGB Eingewiesenen, Bern/ Stuttgart 1962.



2. Disziplinirte Führung während der Haft.	<i>Stumpf</i>
3. Verhalten in religiöser Beziehung.	<i>Get seine religiösen Pflichten m. Eüll.</i>
4. Theilnahme am heiligen Abendmahle.	<i>Get communicirt.</i>
5. Erfolg des genossenen Unterrichts während der Haft. a. Katechismus b. Biblische Geschichte	<i>} Im Ganzen befriedigend.</i>
6. Beschäftigung in der Correctionänsalt unter Angabe des Fleißes.	<i>Krankheit für gewöhnlich</i>
7. Nothwendigster Erwerbszweig nach der Entlassung.	<i>Als Tagelöhner.</i>
8. Angabe des nöthigen Unterkommens nach der Entlassung.	<i>Im Familienkreis.</i>

<p>9.</p> <p>Arbeitsprämie bei der Entlassung</p> <p>a. baar ausgezahlt als Reisemittel</p> <p>b. an das Bürgermeisterrat abgefordert</p>	<p>- / - -</p> <p>Wird bei der Entlassung mitgetheilt.</p>
<p>10.</p> <p>Besondere Bemerkungen.</p>	<p>—</p>

Aufgestellt

Breitenau, den 5<sup>ten</sup> Juli 1884

Der Inspector und Dirigent  
der Corrections- und Landarmen Anstalt

*J. H. H. H.*

Der Anstalts-Geistliche.

*Hoffmann.*

An

*Königlicher Polizei-Präsident*

an

*Berlin.*

# Reformversuche in der Weimarer Republik

## Breitenau am Ende des Ersten Weltkriegs

1917 trug das Personal erstmals in der Geschichte der Anstalt mehr Frauen als Männer in die Aufnahmebücher ein. Während des Ersten Weltkriegs waren die Einweisungsziffern männlicher Korrigenden in Breitenau stark zurückgegangen. Arbeitsfähige Männer wurden kaum noch eingeliefert. Durch Einberufungen zum Heer und die große Zahl der Kriegstoten, aber auch durch den dadurch hervorgerufenen allgemeinen Arbeitskräftemangel war die Zahl der wohnungslosen Männer, der Bettler und Landstreicher geringer geworden. "Der größere Teil dieser durch Alkohol und unregelmäßige Lebensweise ohnehin geschwächten Leute wird unter den Entbehrungen während des Krieges zugrunde gegangen sein", vermutete Direktor Baetz.<sup>1</sup> Gleichzeitig griffen die Behörden auf die Übriggebliebenen verschärft zu und konnten gegen "arbeits-scheue Wanderer" sogar militärische Sicherheitshaft verhängen.<sup>2</sup>

Während die Einweisungen männlicher Korrigenden zurückgingen, stiegen die Einweisungen von Korrigendinnen stark an. Der auffällige Anstieg der Einlieferungen von Prostituierten während des Kriegs wurde von der Direktion mit präventiven Maßnahmen gegen einen vermuteten wehrkraftzersetzenden Sittenverfall erklärt. Im Jahresbericht 1917 schrieb die Direktion, die erhöhte Einweisung von Korrigendinnen habe ihre Ursache in der schärferen Verfolgung der sittenpolizeilichen Übertretungen seitens der Polizei und Gerichte sowie "in der Zusammenarbeit von Polizei und Militärverwaltung bei der Festnahme solcher Dirnen, deren Unschädlichmachung im gesundheitlichen Interesse der Militärpersonen gelegen ist".<sup>3</sup>

---

1 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 79.

2 Vgl. Die Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos gegen arbeitsscheue Wanderer, in: Der Wanderer 33 (1916), S. 51.

3 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 79; vgl. Verfügung vom 15. Juli 1918 betr. Fürsorgemaßnahmen für sittlich gefallene oder gefährdete Frauen und Mädchen, in: MBliV. 79 (1918), S. 183-186.

Der Krieg wirkte sich bald auch auf das innere Anstaltsleben in Breitenau aus. Schon 1915 erhielten die Breitenauer Insassen nicht mehr die in den Speiseregulativen vorgeschriebenen Lebensmittel, sondern mußten mit Ersatznahrungsmitteln verpflegt werden. Der Jahresbericht 1916 spricht bereits von "harten Entbehrungen" der Insassen, die so gravierend waren, daß die Anstaltsleitung davon absah, Korrigenden zu bestrafen, die wegen Unterernährung ihr Arbeitspensum nicht mehr erreichten.<sup>4</sup> Die Lebensmittelknappheit verschärfte sich 1917 durch eine Mißernte im anstaltseigenen Gutsbetrieb. Die Sterblichkeit innerhalb der Anstalt schnellte dramatisch in die Höhe. 1916 starben elf Insassen, 1917 neunzehn Insassen und 1918 zehn Insassen. Bei den männlichen Korrigenden betrug die Sterblichkeit im Jahre 1916 4,3 Prozent, im Jahre 1917 17,6 Prozent und im Jahre 1918 17,8 Prozent, obwohl sich die Verpflegungssituation der Anstalt 1918 aufgrund geringerer Belegung etwas entspannt hatte.<sup>5</sup> Sterbeziffern in dieser Höhe hatte Breitenau seit Jahrzehnten nicht mehr gekannt. Um nicht zu verhungern, versuchten die Insassen bei den Außenkolonnen an Nahrungsmittel heranzukommen. Die meisten der 1917 ausgesprochenen Disziplinarstrafen wurden wegen Entwendung von Obst und Feldfrüchten verhängt.<sup>6</sup>

Aufgrund einer allgemeinen Amnestie vom 3. Dezember 1918, die durch Ministerialerlaß vom 9. Januar 1919 auch auf die Arbeitshäuser ausgedehnt wurde, erlangten Ende Januar 1919 alle Korrigendinnen und die meisten männlichen Korrigenden vor Ablauf ihrer Strafzeit die Freiheit.<sup>7</sup> "So sah sich die Anstalt zu Anfang Februar 1919 unerwartet fast aller Arbeitskräfte beraubt u. war zwecks Aufrechterhaltung der Betriebe, insbesondere des Gutsbetriebs, gezwungen, dem Aufsichtspersonal diejenigen Arbeiten zuzuweisen, welche vordem größtenteils von Häftlingen ausgeführt worden waren", klagte die Direktion im Jahresbericht 1918.<sup>8</sup>

Von den Ereignissen der Novemberrevolution wurde Breitenau nicht direkt berührt. Die Breitenauer Direktion konnte erleichtert berichten, die Anstalt sei

---

4 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 40 RS, S. 67, S. 54.

5 Gemessen in Gestorbene pro einhundert Haftjahre.

6 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 80 RS.

7 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 21; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 103, S. 107; StA Marburg, Bestand 231, Nr. 20. Eine Namensliste der Amnestierten nennt 11 Männer und 25 Frauen, Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 27, S. 187, S. 188; eine andere Quelle nennt nur 8 Männer und 20 Frauen, Nr. 122, S. 68; die Korrigenden des Arbeitshauses Moringen wurden ebenfalls am 1.2.1919 amnestiert, vgl. Koepchen, 1928, S. 157.

8 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, Jahresbericht 1918, S. 103.

vor "willkürlichen Zugriffen aus Anlaß der Novemberereignisse des Jahres 1918" verschont geblieben.<sup>9</sup>

1918 befanden sich ohnehin nur noch wenige Korrigenden und Korrigendinnen in der Anstalt, Anfang April 1918 nur noch 45 Frauen und 32 Männer. Bis Ende Januar 1919 fiel die Zahl der Korrigenden durch Verhungern, routinemäßige Entlassungen und zurückgegangene Einweisungen auf 22 Frauen und 18 Männer.<sup>10</sup>

Die Korrekptionsanstalt wurde nach der Amnestie jedoch nicht geschlossen. Drei männliche Korrigenden waren von der Amnestie ausgenommen, weil sie wegen Zuhälterei eine Hauptstrafe von mehr als einem Jahr erhalten hatten. Sie verließen Breitenau erst nach regulärer Verbüßung ihrer Strafen im Laufe des Jahres 1919.<sup>11</sup> Im Sommer 1919 weisen die Tageslisten über mehrere Wochen hinweg lediglich einen einzigen männlichen Korrigenden aus. Der 38jährige Georg Z. war als Zuhälter nicht unter die Amnestie gefallen. Verbittert schrieb er ein - abgelehntes - Gnadengesuch: "Habe zusehen müssen, wie alle hiesigen Insassen durch Amnestie oder durch Gnade des Herrn Regierungspräsidenten die Freiheit wieder erlangten, so daß ich nunmehr alleiniger (männlicher, W.A.) Insasse der Anstalt Breitenau bin."<sup>12</sup>

Nach der Amnestie verging nicht einmal eine Woche, bis am 7. Februar 1919 bereits wieder zwei Korrigendinnen eingeliefert wurden. Bis Ende 1920 war die Zahl der Korrigendinnen langsam aber stetig auf neunundzwanzig Frauen gestiegen.<sup>13</sup> Die Zahl der männlichen Korrigenden betrug zu diesem Zeitpunkt sechzehn Personen.

Während der gesamten Novemberrevolution war die Korrekptionsanstalt Breitenau aufnahmebereit gewesen und hatte nicht einen einzigen Tag völlig leergestanden. Der Zusammenbruch der Belegungsziffer war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Gerichte - sofern sie überhaupt noch tätig waren - sich 1918 und 1919 scheuten, Menschen zur Arbeitshaushaft zu verurteilen. Der Amnestie vom 3. Dezember 1918 kam demgegenüber nur untergeordnete Bedeutung zu.

Hinsichtlich der Rechtsgrundlagen der Arbeitshausunterbringung brachte die Novemberrevolution nicht die geringste Änderung. An den Haftbedingungen

---

9 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 103.

10 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 20.

11 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 107; Nr. 122, S. 68.

12 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 4707, S. 11.

13 StA Marburg, Bestand 231, Nr. 20.

der Breitenauer Insassen änderte sich zunächst ebenfalls nichts. Personal und Direktion blieben im Amt; die Hausordnung von 1874 blieb mit der 1902 verfüigten Strafverschärfung weiterhin gültig. Es sollte noch einige Jahre dauern, bis die politischen Veränderungen nach Ende des Kaiserreiches auch in die Korrekptions- und Landarmenanstalt Breitenau wirksam wurden.

Die Zahl der Arbeitshausgefangenen lag in der Weimarer Republik weit unter den Ziffern des Kaiserreichs. Die Gründe hierfür waren vielfältig. Vermutlich ging die Wohnungslosigkeit nach dem Ersten Weltkrieg stark zurück.<sup>14</sup> Der Krieg hatte den in Frage kommenden Personenkreis stark dezimiert. Außerdem ermöglichte die 1918 geschaffene Erwerbslosenhilfe erstmals eine gewisse materielle Absicherung der Arbeitslosigkeit, dem wichtigsten Risiko aller Lohnarbeiter. Hinzu kam, daß die Arbeitshäuser immer stärker ins Schußfeld der Kritik gerieten und die Richter sich zunehmend scheuten, Menschen in die als veraltet eingeschätzten Arbeitshäuser einzuweisen. Direktor Baetz erklärte sich 1923 den Rückgang der Breitenauer Korrigendenzahlen folgendermaßen: "Kriegsverluste, Abgang infolge von Unterernährung, Schutz der Dirnen durch die Besatzungstruppen, Verminderung der Polizeiorgane, Arbeitslosenunterstützung, mildere Aburteilung durch die Gerichte."<sup>15</sup>

Der freigewordene Anstaltsraum wurde in Breitenau, wie auch in den Arbeitshäusern Brauweiler und Kislau, zur Unterbringung von Justizgefangenen genutzt.<sup>16</sup> Von 1920 bis Ende März 1926 wurden in das "Strafgefängnis Breitenau" insgesamt 874 Strafgefangene eingewiesen. Die höchste Belegung wies das Jahr 1921 mit durchschnittlich 120 Justizhäftlingen auf, die im Hauptgebäude und im Zellenbau untergebracht wurden.<sup>17</sup>

---

14 Vgl. insbesondere Wolfgang John, 1988, S. 313-318.

15 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 118, S. 153; vgl. Georg Steigertahl, Arbeitshaus und Arbeitsstrafen, in: Fritz Stier-Somlo/ Alexander Elster (Hrsg.), Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, Bd. 1, Berlin/ Leipzig 1926, S. 273.

16 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 55, S. 6; Nr. 10414, 6.6.21; Nr. 118, S. 140.

17 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, Bd. 2, S. 291; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 55.



## Die Diskussion um ein Bewahrungsgesetz

Nach der Novemberrevolution schienen die Tage der *korrektonellen Nachhaft* gezählt. Insbesondere Fürsorgekreise propagierten jetzt die Ersetzung der ohnehin längst multifunktional genutzten Arbeitshäuser durch sogenannte Verwahr- oder Bewahranstalten, in denen strafrechtliche und fürsorgerechtliche Arbeitshausunterbringung durch einheitliche "Zwangsfürsorgereische Maßnahmen gegenüber erwachsenen Personen" ersetzt werden sollte.<sup>18</sup> In der Fachdiskussion fungierte der Begriff 'Verwahrung' bzw. später dann verharmlosend 'Bewahrung' als terminus technicus für 'geschlossene Fürsorge'. Fürsorgereisch begründete Zwangsbehandlung sollte Verwahrloste und Unangepaßte auf den Weg des rechtschaffenen Bürgers zurückführen. In den Bewahranstalten sollten die unausgebildeten Gefängniswärter der Arbeitshäuser durch qualifizierte Fürsorgereischen ersetzt und gleichzeitig die Zwangsarbeit zur Arbeitstherapie transformiert werden. Mit den geplanten Bewahranstalten glaubte man, einen angemessenen Ersatz für die viel kritisierten Arbeitshäuser gefunden zu haben, ohne dadurch den nach wie vor für notwendig gehaltenen behördlichen Zugriff auf "Asoziale" aufgeben zu müssen.

Im Bewahrungsgedanken flossen überaus unterschiedliche Strömungen zusammen:

- die Forderung nach Entkriminalisierung von Vagabundage und Prostitution, bei gleichzeitig weiterhin möglichem Zugriff auf diesen Personenkreis seitens der öffentlichen und privaten Fürsorge,
- das Bestreben der Arbeitshauspraktiker, die stets als zu kurz eingeschätzte Arbeitshausunterbringung zumindest bei einem Teil der Insassen durch Dauerinternierung zu ersetzen,
- das gestärkte Selbstbewußtsein der öffentlichen und privaten Fürsorge, die sich sicher war, für ihr Klientel besser sorgen zu können als Richter und Verwaltungsbehörden,

---

18 Vgl. Georg Steigertahl, *Zwangsfürsorgereische Maßnahmen gegenüber erwachsenen Personen*, Berlin 1926; ders., *Grundriß der Anstaltsfürsorge*, Berlin 1933; vgl. Lackmann, *Das Arbeitshaus als Bewahrungsanstalt*, in: 100. Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft (1929), S. 94-97; vgl. Curt Bondy, *Arbeitshaus und Bewahrungsanstalt*, in: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 50 (1930), S. 530; vgl. Szajkowski, *Von der Bettleranstalt zum Bewahrungshaus*, in: *Soziale Praxis* 39 (1930), Sp. 417-422 u. Sp. 465-469.

- ein sozialpädagogischer Optimismus, der Fürsorgerinnen und Ärzte glauben machte, auch schwierige psychosoziale Probleme der Klienten lösen zu können.

Die lange und überaus verwickelte Bewahrungsdiskussion läßt sich nur schwer in ein aus der politischen Diskussion entlehntes Rechts-links-Schema einordnen.<sup>19</sup> Bewahrungsbefürworter fanden sich in durchaus unterschiedlichen politischen Lagern. Zu den Befürwortern eines Bewahrungsgesetzes gehörten auch Frauenrechtlerinnen wie Anna Pappritz. Die Bewahrungsdiskussion konnte ihre Dynamik nicht zuletzt aufgrund der Tatsache entfalten, daß ihre Protagonisten sich von einem Bewahrungsgesetz eine weitgehende Entkriminalisierung von Vagabunden und Prostituierten versprachen, ohne diesen Personenkreis als Klientel der Fürsorge zu verlieren. Die Diskussion komplizierte sich zusätzlich, weil die Bewahrung für eine Teilgruppe der als bewahrungsbedürftig eingeschätzten Personen, nämlich die Arbeitshausinsassen, eine partielle Verbesserung der Unterbringungsbedingungen gebracht hätte, während viele andere durch ein Bewahrungsgesetz erst interniert worden wären. Der Kreis der vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge als bewahrungsbedürftig eingeschätzten Personen war mit acht- bis zehntausend Personen jedenfalls weitaus umfassender als die 3 498 Menschen, die sich am 1. Juli 1925 in deutschen Arbeitshäusern befanden.<sup>20</sup>

- 
- 19 Zur Bewahrungsdiskussion vgl. Detlev J. K. Peukert, Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge 1878 bis 1932, Köln 1986, S. 263-301; vgl. Angelika Ebbinghaus, Helene Wessel und die Verwahrung, in: dies., Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Nördlingen 1987, S. 152-173; zur Bewahrungsdiskussion im Nationalsozialismus vgl. Patrick Wagner, Das Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder. Die Kriminalpolizei und die "Vernichtung des Verbrechertums", in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 6, Berlin 1988, S. 75-100; zur Stellung der SPD vgl. Helene Simon, Das Problem der Bewahrung, in: Soziale Praxis 35 (1926), Sp. 457-460 u. Sp. 518-521 u. Sp. 551-555; dies., Bewahrung als Aufgabe der Wohlfahrtspflege, in: Arbeiterwohlfahrt 2 (1927), S. 609-615 u. S. 641-646; ablehnend dagegen Erna Magnus, Zur Problematik eines Bewahrungsgesetzes, in: Arbeiterwohlfahrt 8 (1933), S. 104-112; zur Stellung der Frauenbewegung vgl. Anna Pappritz, Zum Reichsbewahrungsgesetz, in: Die Frau 32 (1924/25), S. 270-272; dies., Gefährdetenfürsorge und Bewahrung, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 1 (1925/26), S. 255-258.
  - 20 Vgl. Weitere Vorarbeiten zum Bewahrungsgesetz, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 9 (1928), S. 4; vgl. Hartmann, Erhebungen zur Frage des Bedürfnisses nach einer Bewahrung Asozialer, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 17 (1926), S. 169-173; vgl. Wittelshöfer, Die statistische Erhebung zur Vorbereitung eines Bewahrungsgesetzes, in: Volkswohlfahrt, 1930, S. 743-750.

Der Gedanke einer Dauerinternierung des Klientels der Arbeitshäuser läßt sich schon lange vor den Bewahrungsdiskussionen der Weimarer Republik nachweisen. Wenn die Mehrzahl der Arbeitshausinsassen sowieso rückfällig wird, wozu soll man sie dann überhaupt entlassen, lautete die zynische Argumentation. Der Mannheimer Regierungsrat von Engelberg schlug schon 1896 auf einer Tagung der deutschen Sektion der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung vor, unverbesserliche Arbeitshausinsassen lebenslänglich zu internieren.<sup>21</sup> Der Psychiater Karl Bonhoeffer forderte im Jahre 1900 die Zwangsunterbringung alter Landstreicher in Siechenhäusern, ohne sie zuvor durch langwierige Gerichtsverfahren entmündigen zu müssen.<sup>22</sup> Der Amtsrichter E. Dosenheimer propagierte 1908 lebenslängliche Internierung "gemeingefährlicher Bettler und Landstreicher".<sup>23</sup> Otto Mönkemöller, Anstaltsarzt im hannoverschen Frauenarbeitshaus Himmelstür, erhob im selben Jahr die Forderung, unverbesserliche Korrigendinnen "für immer der Außenwelt zu entziehen".<sup>24</sup> Bei Prostituierten forderte Henriette Arendt als Quintessenz ihrer langjährigen Tätigkeit als Stuttgarter Polizeiassistentin Zwangsunterbringung der "traurigen Gestalten" in geeigneten Anstalten "zu ihrem eigenen Schutz und zum Schutze des Gemeinwohls".<sup>25</sup>

Mit der Herausnahme einzelner Personengruppen aus den nach wie vor bestehenden Arbeitshäusern konnte die Fürsorge vergleichsweise frühe Anfangserfolge erzielen. Bereits im Jahre 1900 war für verurteilte Prostituierte eine gesetzliche Möglichkeit geschaffen worden, die Arbeitshaushaft ersatzweise in geschlossenen Fürsorgeheimen zu vollstrecken, bei Mädchen unter 18 Jahren war dies sogar zwingend vorgeschrieben. In Preußen schuf das Gesetz für die Fürsorgeerziehung Minderjähriger von 1900 die Möglichkeit, statt Arbeitshaushaft Fürsorgeerziehung zu verhängen.<sup>26</sup> Reichsweit wurde bei Jugendlichen unter 18 Jahren die "Überweisung an die Landespolizeibehörde", d.h. die Arbeitshausunterbringung und die ersatzweise Unterbringung in Für-

---

21 Vgl. Vierte Versammlung der Landesgruppe Deutsches Reich, in: Mitteilungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung 5 (1896), S. 379, S. 403.

22 Vgl. Karl Bonhoeffer, 1900, S. 61.

23 Vgl. E. Dosenheimer, 1908/09, S. 668.

24 Otto Mönkemöller, 1908, S. 195.

25 Vgl. Henriette Arendt, Menschen, die den Pfad verloren, Stuttgart 1907, S. 31.

26 Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger. Vom 2. Juli 1900, in: GS, 1900, S. 264.

sorgeanstalten, erst durch das Jugendgerichtsgesetz von 1923 endgültig beseitigt.<sup>27</sup>

Seit 1916 war mit einer von der Wandererfürsorge initiierten und später als 'Bielefelder System' bezeichneten Regelung auch für wegen Bettelidelikten verurteilte Erwachsene eine Möglichkeit geschaffen worden, in bestimmten Fällen auf freiwilliger Basis die Arbeitshaushaft in den von der Wandererfürsorge betriebenen Arbeiterkolonien zu vollstrecken.<sup>28</sup> Der hierfür vorgesehene Personenkreis blieb jedoch begrenzt, nur geringfügig vorbestrafte oder als willensschwache 'große Kinder' bezeichnete Personen kamen für diese Regelung in Frage.<sup>29</sup> Eine Konferenz der preußischen Landesdirektoren sprach sich 1917 gegen diese Aufwertung der Arbeiterkolonien aus. Besserung von Landstreichern sei in den offenen Arbeiterkolonien regelmäßig nicht zu erreichen. Die Landesdirektoren forderten, diese Personen "dauernd zu bewahren".<sup>30</sup>

Der Gedanke eines besonderen Bewahrungsgesetzes wurde erstmals auf einer vom städtischen Wohlfahrtsamt in Frankfurt im Oktober 1918 veranstalteten Tagung der Gefährdetenfürsorge vorgetragen. Agnes Neuhaus, Vertreterin des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder, führte dort vor über 250 Fürsorgepraktikern aus: "Was wir brauchen ist ein Verwahrungsgesetz für geistig Minderwertige ... Für manche geistig minderwertige Fürsorgezöglinge könnte die Verwahrung direkt an die Fürsorgeerziehung anschließen."<sup>31</sup> Bewahrung sollte auf Erwachsene ausgedehnte Fürsorgeerziehung sein. Agnes Neuhaus, die als profilierteste katholische Fürsorgefunktionärin von 1919 bis 1930 Zentrumsabgeordnete im Reichstag war, avancierte auf politischer Ebene zur zentralen Figur der Bewahrungsdiskussion. Im Reichstag

---

27 RGBL., 1933, Teil I, S. 136, § 9.

28 Vgl. Der Wanderer 34 (1917), S. 26-44.

29 Verfügung vom 23.11.1916 betr. Fürsorge für Wanderarme, in: MBliV., 1917, S. 7 f; ausgedehnt auf Prostituierte durch Verfügung vom 15.7.1918, betr. Fürsorgemaßnahmen für sittlich gefallene oder gefährdete Frauen und Mädchen, in: MBliV., 1918, S. 183-186; vgl. von Lilienthal, Zum Kampf gegen Bettel, Landstreicherei und Prostitution, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 39 (1918), S. 71-73; Hessisches HStA Wiesbaden, Bestand 403, Nr. 509, S. 119-151; zur Praxis des "Bielefelder Systems" vgl. GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8053, S. 92-124; zur Praxis in Hamburg vgl. Gaby Zürn, 1986, S. 13.

30 Leitsätze über das Verfahren gegen willensschwache, zur Nachhaft verurteilte Wanderarme, Hessisches HStA Wiesbaden, Bestand 403, Nr. 509, S. 141 f.

31 Gefährdetenfürsorge und Sittlichkeits-Gesetzgebung. Bericht über eine Tagung am 10. und 11. Oktober 1918 in Frankfurt a.M., Frankfurt 1919, S. 55; vgl. Willi-Kurt Schmidt, Das Bewahrungsgesetz im neuen Recht und seine Beziehung zum Strafrecht, Diss. Halle 1937, Bonn 1937, S. 17.

reichte sie 1921, 1925 und 1928, teilweise in direkter Absprache mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, Vorlagen für ein Bewahrungsgesetz ein.<sup>32</sup>

Wichtigster Vertreter des Bewahrungsgedankens seitens der Fürsorgepraktiker war der Direktor der Hamburger Wohlfahrtsanstalten Georg Steigertahl, ein ehemaliger Arbeitshausdirektor. Steigertahl hatte von 1920 bis 1925 das Arbeitshaus Groß-Salze geleitet und fungierte danach bis 1950 in Hamburg als Gesamtleiter eines mehrere tausend Insassen umfassenden Anstaltssystems. Mit dem riesigen Versorgungsheim Farmsen unterstand ihm eine der größten Anstalten Deutschlands. Steigertahl propagierte die Zusammenfassung von Arbeitshäusern und allen anderen Anstalten der geschlossenen Fürsorge zu Bewahananstalten. Nach einer Einweisung durch das Vormundschaftsgericht sollte die jeweilige Anstaltsleitung innerhalb eines Stufensystems von halb-offenen bis hin zu vergitterten Stationen völlig freie Hand haben.<sup>33</sup> Steigertahls Vorschläge, seine unzähligen Artikel in Fachzeitschriften und seine ausgedehnte Vortragstätigkeit bestimmten die Bewahrungsdiskussion über Jahrzehnte. Dabei war von besonderer Bedeutung, daß es Steigertahl gelang, in den ihm unterstellten Anstalten durch eine überaus fragwürdige Entmündigungspraxis die Bewahrung faktisch durchzuführen, so daß unter 'Bewahrungsgesetz' weithin eine Ausdehnung der Hamburger Verhältnisse auf das gesamte Deutsche Reich verstanden wurde.<sup>34</sup>

Innerhalb der deutschen Fürsorge erschien der schnell populär gewordene Bewahrungsgedanke bald als Allheilmittel für die verschiedensten Sparten der Fürsorge, wie Jugendfürsorge, Gefährdetenfürsorge, Wandererfürsorge und städtische Wohlfahrtsämter.<sup>35</sup> Während der Weimarer Republik wurden im

---

32 Zur Biographie von Agnes Neuhaus (1854-1944) vgl. Maria Victoria Hopmann, Agnes Neuhaus. Leben und Werk, Mainz 1949; vgl. Angelika Ebbinghaus, 1987, S. 154-156; vgl. Agnes Neuhaus, Bewahrungsgesetz, in: Julia Dünner (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, Berlin 1929, S. 136-138; dies., Fürsorgeerziehung und Bewahrung, in: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz 8 (1932), S. 188-190; dies., Entstehung und Bedeutung eines Bewahrungsgesetzes, in: Jugendwohl (1933), Nr. 10/11, S. 258-262.

33 Steigertahl, Gedanken über das Bewahrungproblem, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 1 (1925), S. 348.

34 Vgl. Wolfgang Ayaß, Vom "Pik As" ins "Kola-Fu". Die Verfolgung der Bettler und Obdachlosen durch die Hamburger Sozialverwaltung, in: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes (Hrsg.), Verachtet, verfolgt, vernichtet, Hamburg 1987, S. 162-166.

35 Vgl. Carola Kuhlmann, Erbkrank oder erziehbar? Jugendhilfe als Vorsorge und Aussonderung in der Fürsorgeerziehung in Westfalen von 1933-1945, Weinheim/ Münster 1989, S. 42.

Reichstag nicht weniger als sieben Vorlagen für ein Bewahrungsgesetz eingebracht, darunter auch ein Antrag der SPD. Über viele Jahre hinweg glaubte die deutsche Fürsorge, ihr unisono gewünschtes Bewahrungsgesetz werde innerhalb Jahresfrist in Kraft treten. Dies erschien durchaus realistisch, weil sich von den im Reichstag vertretenen Parteien einzig die KPD prinzipiell gegen das Gesetzesvorhaben aussprach. Durch das Bewahrungsgesetz solle, führte die KPD-Abgeordnete Arendsee im Reichstag aus, "ein großer Teil der Bevölkerung vollkommen in ein Sklavenjoch gebracht werden".<sup>36</sup>

Die Schwierigkeiten steckten jedoch im Detail. Über Trägerschaft der geplanten Bewahranstalten, die Finanzierung und insbesondere aber über die konkrete Abgrenzung des zu internierenden Personenkreises gab es selbst innerhalb der Fürsorge keine Einigung.<sup>37</sup> Welcher Personenkreis sollte bewahrt werden? Wer sollte antragsberechtigt sein? Welche Institution die Einweisung aussprechen? Welche Unterbringungsfristen sollten gelten? Wer sollte die Kosten tragen? In diesen nicht unwichtigen Fragen unterschieden sich die vorgelegten Bewahrungsgesetzesentwürfe erheblich. Aus Juristenkreisen kamen zudem prinzipielle Einwände. Überdies überschneit sich die Bewahrungsgesetzesdiskussion mit der geplanten Strafrechtsreform. Sollte das Arbeitshaus im neuen Strafrecht beibehalten werden? Sämtliche seit 1909 veröffentlichten Entwürfe für ein neues Strafgesetzbuch sahen das Arbeitshaus weiterhin vor.<sup>38</sup> Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge und die SPD wollten dagegen die Arbeitshäuser ganz aus dem Strafrecht streichen. Die vielen Bewahrungsgesetzesentwürfe ließen diese wichtige Frage durchweg unbeantwortet.

In dieser ungeklärten Situation, in der die Arbeitshausunterbringung allgemein als obsolet eingeschätzt wurde, die Einigung auf eine neue gesetzliche Regelung jedoch ausblieb, gingen die Einweisungsziffern der Arbeitshäuser immer weiter zurück. In Berlin wurden von den Richtern im ersten Halbjahr 1925 nur 76 von 2 655 verurteilten Bettlern und 11 von 4 183 verurteilten

---

36 Verhandlungen des Reichstags, III. Wahlperiode 1924, Bd. 392, 290. und 291. Sitzung, 19. März 1927, S. 9738C; vgl. Fritz Fränkel, Zum Bewahrungsgesetz, in: Proletarische Sozialpolitik 1 (1928), S. 153-156.

37 Vgl. Das Bewahrungsgesetz vom Standpunkt der Praxis, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 9 (1928), S. 417 f; zu den Vorarbeiten zum Bewahrungsgesetz vgl. ZStA Potsdam, Bestand 15.01, Nr. 1372.

38 Vgl. Johanna Jahn, 1966, S. 69-70; vgl. Rabe, Das Arbeitshaus als Bewahrungsanstalt, in: Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft 101 (1929), S. 60-70; vgl. Oskar Adolf Bayer, 1929, S. 47; vgl. Weitere Vorarbeiten zu einem Bewahrungsgesetz, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 9 (1928), S. 365 f.

Prostituierten an die Landespolizeibehörde zwecks Arbeitshauseinweisung überwiesen.<sup>39</sup> Dieser Trend setzte sich selbst während der Weltwirtschaftskrise fort, als durch die Massenarbeitslosigkeit die für Bettelidelikte in Frage kommende Population sprunghaft anstieg. Eine Notverordnung vom Oktober 1931 stellte die Ahndung von Übertretungen in das Ermessen der Polizei.<sup>40</sup> Damit war die strafrechtliche Bettlerverfolgung faktisch aufgegeben worden. In den Jahren 1931 und 1932 sind aus dem gesamten Regierungsbezirk Kassel jeweils nur zwei Männer als Korrigenden nach Breitenau eingeliefert worden.

In sämtlichen preußischen Arbeitsanstalten befanden sich am Jahresbeginn 1932 nur noch 1 080 Personen. 964 von ihnen waren wegen Bettelerei oder Landstreicherei eingeliefert worden. Außerdem befanden sich noch 165 zwangsuntergebrachte Fürsorgeempfänger und weitere 372 zwangseingewiesene Personen, meist entmündigte Alkoholiker, in den Arbeitsanstalten.<sup>41</sup>

## Kritik im Kommunallandtag und die neue Hausordnung

Vor dem Hintergrund der Bewahrungsdiskussion geriet die Anstalt in Breitenau, die immer noch auf Grundlage der Regulative und Hausordnungen aus der Gründungszeit arbeitete, während der Weimarer Republik zunehmend ins Schußfeld der Kritik.

Der Kasseler Kommunallandtag, der jahrzehntelang den Haushaltsvoranschlag für Breitenau ohne größere Aussprache angenommen hatte, debattierte nun fast jährlich über Sinn, Zweck und konkrete Mißstände der Breitenauer Anstalt. Der Kommunallandtagsabgeordnete Ludwig Pappenheim (USPD) aus Schmalkalden wunderte sich bereits in der Haushaltsdebatte des Jahres 1921 darüber, daß im Haushaltsplan der Anstalt zwar jährlich 1 800 Mark für die Anstaltsgeistlichen, aber nur 100 Mark für einen Lehrer vorgesehen waren. Die Vorbildung der siebzehn Aufseher bestehe darin, daß sie beim Militär gewesen seien und "die Fertigkeit des langsamen Schritts vielleicht in hervorragender

---

39 GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 8053, S. 177-180; vgl. Im Arbeitshaus. Eine Einrichtung von zweifelhaftem Wert, in: Berliner Morgenpost, Nr. 31, 5.2.1926.

40 3. VO des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6.10.1931, Reichsgesetzblatt, 1931, Teil 1, S. 563.

41 Archiv des LWV-Hessen, Bestand I [Bezirksverband], Nr. 160, S. 60.

Weise beherrschen". In einer Anstalt wie Breitenau brauche man stattdessen "1. Pädagogen, 2. Pädagogen und 3. noch einmal Pädagogen".<sup>42</sup>

Ludwig Pappenheim blieb der einzige Politiker, der sich je um die Belange der Breitenauer Insassen kümmerte. Wenn sich in den folgenden Jahren die Verhältnisse in Breitenau etwas liberalisierten, dann ist dies größtenteils auf die unermüdlichen Aktivitäten dieses einen sozialistischen Kommunallandtagsabgeordneten zurückzuführen. Ludwig Pappenheim argumentierte einfach, aber höchst wirksam. Die Korrigendinnen und Korrigenden, führte er wiederholt im Kommunallandtag aus, seien nicht zur Strafe in der Korrekptionsanstalt, sondern "wie schon der Name sagt" zur Besserung.<sup>43</sup> Die Strafe sei mit der vorgeschalteten Haftstrafe bereits verbüßt. Einer solchen Argumentation konnten die Breitenauer Hausordnungen nicht standhalten, da sie bis in die Einzelheiten dem preußischen Gefängnisreglement entsprachen. Schon in der nächsten Sitzungsperiode stand im Kasseler Kommunallandtag eine Teilrevision der Hausordnung des Arbeitshauses auf der Tagesordnung. Die in die Defensive geratene Bezirkskommunalverwaltung schlug zunächst nur eine Modifikation der Arreststrafen vor, denn in Breitenau war immer noch die 1902 eingeführte wochenlange Dunkelhaft in Ketten bei Wasser und Brot möglich. Von dieser "Schmach vergangener Zeiten"<sup>44</sup> hielt die Bezirksverwaltung jedoch nur die Ketten für veraltet, während sie ein abgestuftes Strafsystem mit Arrest bis zu sechs Wochen, Dunkelhaft und Essensentzug bei Wasser und Brot beibehalten wollte.

Ludwig Pappenheim stellte zusammen mit Abgeordneten der KPD den Gegenantrag, den Arrest auf vier Wochen und den Essensentzug auf zwei Drittel der normalen Kost zu beschränken. Dieser Antrag, der von SPD, USPD und KPD unterstützt wurde, wurde erwartungsgemäß abgelehnt. Die Antragsteller hatten jedoch am Ende einer ungewöhnlich langen Debatte, die im Protokoll elf Druckseiten füllt, das auf Dauer weit wirksamere Zugeständnis der Verwaltung erreicht, die Breitenauer Hausordnungen grundlegend zu überarbeiten.<sup>45</sup>

Schon bevor diese neuen Hausordnungen ausgearbeitet waren, suspendierte der Landesausschuß im Sommer 1922 einige als veraltet angesehene Be-

---

42 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1921, Sp. 52-54.

43 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1925, Sp. 69; 1927, Sp. 49.

44 So Ludwig Pappenheim, Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1922, Sp. 193.

45 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1922, Sp. 189-210.



stimmungen der alten Hausordnungen. Unterhaltungen zwischen Korrigenden wurden jetzt offiziell gestattet, die Fesselung bei Arreststrafen sowie der Dunkelarrest abgeschafft und die bereits seit längerer Zeit nicht mehr vorgenommene Einteilung der Insassen in zwei Klassen nun auch formal aufgehoben.<sup>46</sup>

Nacheinander erarbeitete die Verwaltung eine neue Ordnung für die Korrekptionsanstalt und für das Landesfürsorgeheim, zusätzlich noch getrennte Hausordnungen für die Korrekptionsanstalt, die Arbeitsanstalt und das Landesfürsorgeheim.<sup>47</sup> Der Erlaß dieser inhaltlich aufeinander abgestimmten neuen Anstaltsordnungen war Ausdruck einer vorsichtigen Reformära. Die Reformen änderten am Gesamtcharakter Breitenaus als geschlossener Zwangsarbeitsanstalt nichts; sie verbesserten jedoch die Haftbedingungen der dort Einsperrten in vielen Einzelheiten.

"Die Unterbringung soll ohne unnötige Härten die Hebung des Arbeitswillens und Gewöhnung an regelmäßige Beschäftigung zu erreichen suchen. Eine geistige und sittliche Hebung ist anzustreben. Das Ehrgefühl ist zu schonen und zu stärken", hieß es in der Ordnung für die Korrekptionsanstalt von 1925. Die neue Ordnung der Korrekptionsanstalt sah einige allerdings jederzeit widerrufbare Vergünstigungen vor, wie den Bezug von Tageszeitungen oder Büchern auf eigene Kosten und die Erlaubnis, die Unterbringungsräume und Zellen auszuschnücken. Außerdem gestattete man Schreiben, Zeichnen und Brettspiele.<sup>48</sup> Beim nunmehr einstündigen Hofgang schaffte man den trostlosen Kreisgang ab und gestattete Bewegungsspiele.

Die neuen Reglements schränkten die Willkür des Personals etwas ein. Die Korrigendinnen und Korrigenden mußten nicht mehr für jeden Brief einzeln um Erlaubnis betteln, sondern durften offiziell pro Monat je einen, weiterhin zensierten Brief erhalten und absenden. Besuch durfte jetzt alle sechs Wochen empfangen werden. Schließlich schrieben die neuen Ordnungen ein detailliertes

---

46 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 118, S. 152; Nr. 10282, 2.7.22; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 120, S. 7.

47 Ordnung für die Korrekptionsanstalt zu Breitenau, in: Sonderbeilage zum Amtsblatt der Regierung Cassel, Ausgabe B, Nr. 2, 9.1.1926; Ordnung für das Landesfürsorgeheim zu Breitenau vom 8. Mai 1925/ 30. März 1927, in: Amtsblatt der Regierung zu Kassel, Ausgabe B, Nr. 24, 18.6.1927, S. 141 f; Hausordnung für die Korrekptionsanstalt in Breitenau, in: Amtsblatt der Regierung zu Cassel, 1925, S. 278-282; Hausordnung für das Landesfürsorgeheim zu Breitenau, vom 26. Februar 1925, Bundesarchiv Koblenz R 36/1856; Hausordnung für die Arbeitsanstalt in Breitenau, 25.3.1925, Bundesarchiv Koblenz R 36/1856; siehe auch Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10417.

48 Ordnung für die Korrekptionsanstalt zu Breitenau, 1926, § 17.

Beschwerderecht fest. Das zuvor ohnehin unklar definierte und schon lange nicht mehr durchgesetzte Sprechverbot fiel endgültig zugunsten einer Regelung, die nur noch Gespräche verbot, die die Anstaltsordnung bzw. die Arbeitsleistung gefährdeten. Weiterhin untersagt blieben Karten- und Glücksspiele, Alkohol, jeder Kontakt zu Häftlingen des anderen Geschlechts und das Verlassen des Anstaltsgeländes ohne Aufsicht. Schärfste Strafe, die die Direktion eigenverantwortlich aussprechen konnte, war jetzt vierwöchiger Arrest mit dem Entzug des Bettlagers und Beschränkung des Essens auf Wasser und Brot an zwei von drei Tagen.

Die aus formalen Gründen gesondert erlassene "Hausordnung der Arbeitsanstalt" für die aufgrund § 20 Reichsfürsorgepflichtverordnung zwangsuntergebrachten "Arbeitsscheuen" übernahm die Bestimmungen für Korrigenden vollständig.

Die Reichsfürsorgepflichtverordnung von 1924 hatte das Prinzip des Unterstützungswohnsitzes abgeschafft und damit die Unterscheidung in Orts- und Landarme aufgegeben. Die alte Landarmenanstalt war deswegen in Landesfürsorgeheim umbenannt worden. Für die dort untergebrachten Fürsorgeempfänger galt wie schon zuvor für die Landarmen eine mildere Hausordnung. Die "Pfleglinge" durften jetzt eigene Kleidung tragen und mit Genehmigung der Direktion Spaziergänge in der Umgebung der Anstalt unternehmen. Härteste Strafe gegen Pfleglinge blieb vierzehntägige, in Arrestzellen vollstreckte 'Absonderung' mit Beschränkung des Essens auf drei Viertel der üblichen Menge.

1926 gestattete die Direktion männlichen Korrigenden erstmals, an Sonn- und Feiertagen jeweils drei Zigaretten zu rauchen. Ein Jahr später führte man als besondere Vergünstigung, wiederum nur für die Männer, die in den Akten vermerkte "erweiterte Raucherlaubnis" ein. Die Männer konnten nun pro Woche 50 Gramm Tabak aus dem Arbeitsverdienst erstehen. "Hiermit ist einem langersehten Wunsche der männlichen Anstaltsbevölkerung Rechnung gegeben worden", vermerkte der Jahresbericht 1927. Die Vergünstigung der Raucherlaubnis fungierte gleichzeitig als Disziplinierungsmittel. Die "erweiterte Raucherlaubnis" konnte ein Korrigend nur erhalten, wenn er sich bei ausreichendem Arbeitsverdienst zwei Monate gut geführt hatte.<sup>49</sup>

---

49 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 232; Nr. 9794, Jahresberichte 1926 und 1927; Nr. 133, S. 85.

## Pädagogische Neuerungen

Der Jahresbericht 1926 enthielt eine für Breitenauer Verhältnisse erstaunliche Meldung: "Aus erzieherischen Gründen wurde eine Anzahl Blumentöpfe eingekauft und mit Topfpflanzen bepflanzt den Anstaltsinsassen zur Wartung und Pflege übergeben. Diese Einrichtung erfreute sich bei den Insassen großer Beliebtheit."<sup>50</sup>

Ab 1927 gestattete die Anstaltsleitung die in den Heimen und Anstalten der freien Wohlfahrtspflege längst üblichen typischen Anstaltsaktivitäten. Unter Leitung eines Korrigenden probte 1927 eine Singgruppe. Bei der Weihnachtsfeier 1929 konnten die Insassen sogar mit kleineren Aufführungen erfreuen.<sup>51</sup> Ebenfalls 1929 ordnete die Direktion an, den Anstaltsinnenhof mit Bäumen und Ziersträuchern zu bepflanzen und Rasen einzusähen. "Der früher so öde Platz macht jetzt einen ansprechenden Eindruck", meldete der Jahresbericht 1929. Trotz eigener Baumschule mußten in Breitenau ein halbes Jahrhundert Anstaltsleben vergehen, bis die Direktion auf diese Idee kam. Außerdem legte man einen Sportplatz für die Anstaltsinsassen an und beschaffte Sportgeräte. "Aus pädagogischen Gründen" wurde die zuvor übliche schriftliche Verrechnung der Einkäufe mit der verdienten Arbeitsprämie abgeschafft und ein aus Blechmarken bestehendes spezielles Breitenauer Anstaltsgeld ausgegeben. Schließlich modernisierte man die Unterkunftsräume. 1927 begann man, in die großen Männerschlafsäle im Hauptgebäude Trennwände einzuziehen. Für das Frauenhaus beschaffte man Tischdecken und Vorhänge.

Mitte der zwanziger Jahre begann die Direktion, die in Breitenau durchgeführte Zwangsarbeit pädagogisch zu begründen. Im Jahresbericht 1927 befindet sich erstmals eine Aussage über den konkreten pädagogischen Wert einer von Insassen durchgeführten Tätigkeit. Als der Landesausschuß beschloß, die chronisch defizitäre Baumschule aufzulösen, trat Direktor Baetz für deren Erhalt ein, "weil gerade auf diesem Gebiet eine ausgezeichnete Erziehungsmöglichkeit der Anstaltsinsassen durch Weckung ihrer Liebe zur Natur und deren Erzeugnissen liegt".<sup>52</sup>

Diese Veränderungen zeigen, daß man in Breitenau ab Mitte der zwanziger Jahre nicht mehr davon ausging, daß die Bettler, Landstreicher, Prostituierten

---

50 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1926.

51 Ebenda, Jahresbericht 1927 und 1929.

52 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1927.

und Zuhälter nur wegen fehlenden Arbeitswillens straffällig geworden waren und nichts anderes zu tun wäre, als diese Menschen durch einige Monate harter Landarbeit wieder an ein geordnetes, arbeitssames Leben zu gewöhnen. Die Ausgabe von Anstaltsgeld zum Üben des Umgangs mit Geld und die Erlaubnis, die Zellen und Schlafräume auszuschmücken, zielten auf das Einüben sozialer Verhaltensmuster, die die Korrigenden nach ihrer Entlassung in der rauen Wirklichkeit umsetzen sollten. Die Sing- und Sportgruppen zielten eher auf die Erleichterung des Anstaltslebens, aber auch hier ist das Ziel einer sinnvollen Freizeitgestaltung nach der Entlassung nicht zu verkennen.

Bei solchen Reformansätzen spielte der Hinweis auf Erfahrungen in Fürsorgeerziehungsheimen, die zu dieser Zeit den Arbeitshäusern weit voraus waren, eine wichtige Rolle. Allerdings wurde der Stand der Professionalisierung der Jugendfürsorge in den Arbeitshäusern nicht einmal ansatzweise erreicht.<sup>53</sup>

Insgesamt zeigen diese Reformen einen vorsichtigen Wandel der in Breitenau durchgeführten Besserungstechnologie, die zuvor darin bestanden hatte, den Insassen zur Abschreckung das Leben in der Anstalt so unangenehm wie nur möglich zu machen und sie ansonsten zu möglichst ununterbrochener Arbeit anzuhalten. Die Ursachen für diese Veränderungen waren vielschichtig. Zum einen mußte man in Breitenau, schon allein um die Anstalt aus der öffentlichen Kritik herauszuhalten, wohl oder übel Zugeständnisse an die moderne Pädagogik machen. Zum anderen hatte die während der Weimarer Republik durchgeführte erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit der Insassen nun auch im offiziellen Tagesablauf Freizeit entstehen lassen, die sinnvoll genutzt werden sollte.

### *Vorträge*

Ab 1922 wurden in Breitenau zur Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus der Insassen von anstaltsfremden Referenten, aber auch befähigten Insassen, Vorträge gehalten.<sup>54</sup> Per Chiffreanzeige suchte die Direktion 1926 "geeignete Persönlichkeit (Herr oder Dame) zur Abhaltung von Vorträgen gemeinverständlichen Inhalts für bestrafte Personen".<sup>55</sup> Jeweils sonntags sollten die Re-

---

53 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9814, 7.6.26; vgl. Hannes Stekl, Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671-1920, München 1978, S. 174.

54 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 147, S. 199 RS, S. 232; Nr. 154, S. 180-181.

55 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9781, 6.7.1926.

ferenten und Referentinnen über ein Thema, das sie frei auswählen konnten, etwa ein bis eineinhalb Stunden sprechen. Erörterungen über religiöse Streitfragen und über Politik sollten dabei allerdings unterbleiben. Aus den Bewerbern wählte sich die Direktion die nach ihrer Ansicht qualifiziertesten Männer und Frauen aus, darunter zwei promovierte Akademiker, eine Hauswirtschaftslehrerin und einen Studenten. Ab September 1926 konnten die Insassen regelmäßig sonntagnachmittags Vorträge hören. Löns als Mensch und Dichter; Florian Geyer; Gorch Fock; Ursachen der Revolution von 1848 - lautete im September 1926 das Vortragsangebot für die männlichen Insassen. Die Vorträge desselben Monats für die weiblichen Anstaltsinsassen, vor denen ausschließlich Frauen referierten, waren eher auf das ausgerichtet, was man für frauenspezifisch hielt: Mutterliebe; eine Lichtbilderreihe über Madonnenbilder; Konservierung von Nahrungsmitteln.

Ein bunter Reigen solcher Vorträge belebte in den folgenden Monaten das triste Anstaltsleben. Die Themenauswahl war weit gefächert, wobei die einzelnen Referenten deutliche persönliche Schwerpunkte setzten. In der Geschichte des Arbeitshauses Breitenau markierten diese Vorträge eine wichtige Wende, weil man - unausgesprochen - eingestand, daß zur beabsichtigten Besserung der Korrigenden und Korrigendinnen weit mehr gehörte als nur stupider Arbeitszwang und allenfalls noch der ohnehin längst eingeschlafene Lese- und Schreibunterricht der Anfangsjahre. Mit dem Versuch, das allgemeine Bildungsniveau der Anstaltsinsassen zu heben, gab man zu, daß es außer dem unterstellten fehlenden Arbeitswillen noch andere Defizite zu beheben galt.

Nach insgesamt etwa fünfzig Vorträgen fanden diese im April 1927 durch die Einführung der modernen Technik ihr abruptes Ende. Die Vorträge bildungsbürgerlicher Damen und Herren wurden durch die billigeren Sendungen eines neuen Radios ersetzt.<sup>56</sup>

### *Fürsorgerinnen*

Sechs Jahre nach der oben zitierten Forderung des Kommunallandtagsabgeordneten Ludwig Pappenheim nach pädagogischem Personal stellte die Bezirkskommunalverwaltung, "um die weiblichen Insassen sowohl bei der Arbeit als auch nach der Arbeit besser betreuen zu können", im August 1927 die erste als Fürsorgerin ausgebildete Mitarbeiterin ein. Arbeitsfeld der Fürsorgerin war

---

56 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9781, 14.3.1927.

das Frauenhaus. Der Jahresbericht 1929 erwähnt unter Anleitung der Fürsorgerin durchgeführte Näh- und Flickstunden, um die Mädchen "so auf ihren späteren Beruf als Hausfrau vorzubereiten".<sup>57</sup> Die Fürsorgerinnen setzten sich bisher in Breitenau unbekannte Arbeitsschwerpunkte und kümmerten sich insbesondere um die völlig vernachlässigte Entlassenenfürsorge. Sie nahmen Kontakt mit den Eltern der Insassinnen auf, sicherten bei der Verhaftung zurückgelassenen Besitz, besorgten Kleidungsstücke für die Entlassung, betrieben aktive Arbeitssuche und machten sogar Hausbesuche bei entlassenen Korrigendinnen.<sup>58</sup>

Die erste Fürsorgerin wurde bereits nach fünf Monaten, unter anderem wegen des Rückgangs der Zahl der Korrigendinnen infolge der Amnestie vom September 1927, in die Bezirkskommunalverwaltung nach Kassel versetzt.<sup>59</sup> Die ab 1929 wieder eingestellten Fürsorgerinnen wechselten häufig und verließen die Anstalt teilweise schon nach wenigen Wochen. Der Einsatz modern ausgebildeter Pädagoginnen in der altertümlichen Anstalt funktionierte nicht reibungslos. Das Personal blieb lieber beim altbewährten Kasernenhofton, als sich mit dem Idealismus der jungen Fürsorgerinnen auseinanderzusetzen, deren große Fluktuation auf nicht gerade angenehme Arbeitsbedingungen schließen läßt.<sup>60</sup> Intrigen des alteingesessenen Personals gegen die Fürsorgerinnen beherrschten die Szene. Dazu kamen Kompetenzschwierigkeiten mit dem Direktor und der unvermeidliche Vorwurf, die Fürsorgerinnen seien zu weit herzig und "willenloses Werkzeug" der Insassen.<sup>61</sup> Zum Jahresende 1931 erhielt die letzte Breitenauer Fürsorgerin - sie hatte es immerhin ein ganzes Jahr dort ausgehalten - im Rahmen des allgemeinen Personalabbaus "aus Arbeitsmangel" ihre Kündigung. Nach etwas mehr als vier Jahren war das Zwischen spiel pädagogisch ausgebildeter Fachkräfte in Breitenau beendet.

---

57 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1929; Nr. 10319, S. 63.

58 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 128, S. 57, S. 58, S. 69; vgl. hierzu Helmuth Schöbel, Vom "Ochsenkopf" zur Arbeitsanstalt, in: Berliner Wohlfahrtsblatt 8 (1932), S. 10; vgl. Orth, 1927, S. 207-209.

59 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1927; Nr. 106; Nr. 156, S. 4.

60 Zu den Schwierigkeiten der ersten Fürsorgerinnen in den Arbeitshäusern vgl. Steigertahl, Die Bekämpfung asozialer Elemente durch die Nachhaftstrafe, in: 41. Jahrbuch der Gefängnisgesellschaft für die Provinz Sachsen und Anhalt, Halle 1925, S. 98.

61 Siehe insbesondere Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 19319, 2.10.30.

## Die Anstalt in der Krise

Ende der zwanziger Jahre geriet die Breitenauer Anstalt durch einen Zusammenbruch der Belegungsziffern in die schwerste Krise ihrer Geschichte. Zuerst kündigte die Justizverwaltung zum 1. April 1926 den Vertrag zur Unterbringung von Strafgefangenen in der Anstalt. Dann wurden aufgrund der 1927 vorgenommenen weitgehenden Legalisierung der Prostitution nur noch wenige Frauen als Korrigendinnen eingewiesen. Einen weiteren Rückgang brachte 1928 die Absage des Thüringischen Innenministeriums, weiterhin Korrigenden und Korrigendinnen aus diesem Gebiet nach Breitenau einzuliefern, so daß in den Jahren 1929 bis 1932 die durchschnittliche Belegung der Gesamtanstalt bei nur noch etwa 75 Personen lag.<sup>62</sup> Am 7. März 1930 befanden sich in Breitenau gerade noch 37 männliche Korrigenden, davon nur 17 aus dem Regierungsbezirk Kassel, ferner einundzwanzig Fürsorgeempfänger, fünf zwangsweise untergebrachte "Arbeitsscheue" und dreizehn Fürsorgezöglinge.<sup>63</sup>

Ludwig Pappenheim berichtete 1929 im Kommunallandtag: "Die Landesarbeitsanstalt schwebt noch immer zwischen Himmel und Erde. Wir müssen das schon seit 3 Jahren feststellen, und solange das Bewahrungsgesetz nicht verabschiedet ist, werden wir auch nicht erfahren, was aus dieser Anstalt wird. Das ist ein bedauerlicher Zustand."<sup>64</sup>

Der Kommunallandtag beriet wiederholt über eine eventuelle Schließung der Anstalt, die vor allem von den konservativen Abgeordneten der Hessischen Arbeitsgemeinschaft gefordert wurde.<sup>65</sup> Der Kommunallandtag forderte 1929 den Verwaltungsausschuß auf, die finanziellen Auswirkungen einer Schließung zu prüfen und diese gegebenenfalls durchzuführen.<sup>66</sup> Die Verwaltung sprach sich für den Erhalt der Anstalt aus. Zwar erfordere diese Jahr für Jahr einen Zuschuß in der Größenordnung von 60 000 RM, aber auch nach einer Schließung blieben Folgekosten erhalten, wie die Ruhegehälter von über 33 000 RM und eine jährliche Zinsbelastung von etwa 15 000 RM. Die Unterbringung der In-

---

62 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1928, Anlage 8, Sp. 1; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 49, S. 51.

63 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1930, Sp. 74.

64 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1929, Sp. 85.

65 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1930, Sp. 81; vgl. Das gibts in Hessen auch: Leere Räume, zu wenig Arbeitskräfte ... Abbau oder Ausbau des Landesfürsorgeheims Breitenau?, in: Kasseler Neuste Nachrichten, 6. November 1931.

66 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 1, 17.3.1930.

sassen in anderen Anstalten, so Landesrat Häring, verursache noch die geringsten Schwierigkeiten, "aber was soll mit den wertvollen Gebäuden und der in Schuß befindlichen Landwirtschaft geschehen? Wir können sie doch nicht dem Verfall überlassen".<sup>67</sup>

Den Breitenauer Anstaltsbeamten stellten die Redner dieser Schließungsdebatten im Kommunallandtag ein verheerendes Zeugnis aus. Im Verwaltungsdienst der Bezirkskommunalverwaltung seien diese Leute nicht zu gebrauchen und Ludwig Pappenheim riet entschieden davon ab, sie in die Jugend Erziehungsanstalt Wabern zu versetzen, weil man dort pädagogische Fähigkeiten verlange.<sup>68</sup>

Die Gebäude mußten unterhalten, die Gutswirtschaft betrieben, die Pensionen und Schuldzinsen bezahlt und schließlich die für andere Arbeiten ungeeignete Beamtschaft weiterbeschäftigt werden. Die Institution mußte also erhalten bleiben. Große Anstalten entwickeln ihre Eigendynamik, die Betreiber können sie nicht einfach aufgeben und müssen sich deshalb gegebenenfalls neue Insassengruppen suchen. Im Gespräch war unter anderem, die Anstalt zur Umschulung arbeitsloser Fabrikarbeiter zu Landarbeitern zu nutzen. Außerdem machte man sich Gedanken darüber, ob in der Breitenauer Fürsorgeabteilung nicht eine größere Zahl entmündigter Alkoholiker interniert werden könnte.<sup>69</sup>

Um nach der Verabschiedung des immer noch erhofften Bewahrungsgesetzes Breitenau übergangslos als Bewahranstalt einsetzen zu können, betonte die Bezirkskommunalverwaltung verstärkt die Multifunktionalität der Anstalt. In Wirklichkeit, so Landesrat Häring im Kommunallandtag, diene die Anstalt Breitenau schon jetzt vielfältigen Zwecken: "Sie dient zunächst einmal als Altersheim für landeshilfsbedürftige Personen, die in der Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes stehen, aber auch für ortshilfsbedürftige Personen, und zwar überwiegend für solche, die schon in anderen privaten Siechenanstalten und Altersheimen untergebracht waren, dort aber z.T. wegen Verstoßes gegen die Anstaltsdisziplin entlassen worden sind, anderwärts schwer unterzubringen waren und in Breitenau eine Unterkunft fanden. Sie dient weiter für alle Personen, die als Arbeitshäuslinge bezeichnet werden, die als säumige Nährpflich-

---

67 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1929, Sp. 87 f.

68 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1930, Sp. 78, Sp. 83.

69 StA Marburg, Bestand 150, Nr. 1842, S. 118; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 53, S. 83; entmündigte Alkoholiker waren vereinzelt schon seit 1913 in der Breitenauer Landarmenabteilung untergebracht worden. Sie wurden dort wie zwangsuntergebrachte Insassen behandelt. Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 53, S. 23, S. 42; Nr. 118, S. 167.



tige gegenüber ihrer Familie oder sonstigen Angehörigen gelten ... Die Anstalt dient weiter der Durchführung der eigentlichen Korrigendenhaft, also Personen, die der Landespolizeibehörde zur Durchführung einer Arbeitshaushaft überwiesen worden sind. Außerdem sind solche Fürsorgezöglinge in der Anstalt untergebracht, die in allen übrigen Erziehungsanstalten nicht verbleiben können, da sie immer wieder wegen disziplinarischer Verstöße entlassen werden mußten, und nun in Breitenau untergebracht werden müssen.<sup>70</sup>

Auch 1931 und 1932 blieb die Zukunft des, so Ludwig Pappenheim, "umstrittensten Instituts des Bezirksverbandes" ungeklärt. Soweit wie möglich wurde das Personal abgebaut und insbesondere die leicht kündbaren Hilfsaufseher entlassen. Außerdem kündigte man der Fürsorgerin und ließ die Stelle des Ersten Oberaufsehers unbesetzt. Dem Arzt und den Seelsorgern kürzte man die Bezüge; der Bäckermeister erhielt seine Kündigung, wurde aber auf demselben Arbeitsplatz bei weit geringerem Lohn als Bäckergehilfe weiterbeschäftigt. Als 1931 Direktor Baetz starb, sparte der Bezirksverband sogar die Direktorenstelle ein und setzte den weit schlechter bezahlten Verwaltungsbeamten Josef Schrötter als provisorischen Leiter ein.<sup>71</sup>

Ludwig Pappenheim konnte 1931 als Berichterstatter über den Haushalt der Anstalt im Kommunallandtag unwidersprochen erklären, "daß es besser wäre, wenn wir die Anstalt nicht hätten; denn sie macht uns in keiner Weise Freude".<sup>72</sup>

---

70 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1930, Sp. 76 f.

71 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 160, S. 417; Nr. 101, S. 376-378; Nr. 1, 29.5.1931; Nr. 9762, S. 42; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 118, S. 26; Nr. 139.

72 Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, 1931, Sp. 97.

# Die Anstalt Breitenau im Nationalsozialismus

## Breitenau als Konzentrationslager für politische Gegner der Nationalsozialisten

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten lösten sich die Belegungs- und Finanzierungsprobleme der Anstalt schlagartig durch Inhaftierung von Schutzhäftlingen ab Juni 1933 und verstärkter Einweisung von Arbeitshausgefangenen ab September 1933. Am 16. Juni 1933 wurde aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bezirkskommunalverband und dem Polizeipräsidium Kassel im Hauptgebäude der Anstalt ein Konzentrationslager für politische Schutzhäftlinge eingerichtet.<sup>1</sup> "Das Polizeipräsidium übernahm die Aufsicht und Verwaltung des Lagers. Seitens der Anstalt wurde die Verpflegung, Unterkunft und Arbeitsbeschaffung durchgeführt", vermerkte die Anstaltsleitung im Jahresbericht 1933.<sup>2</sup>

Dieses frühe Konzentrationslager bestand bis zum 17. März 1934. In diesen neun Monaten sperrte das Polizeipräsidium Kassel hier insgesamt 470 politische Häftlinge ein, wobei die durchschnittliche Belegung etwa 70 Häftlinge betrug.<sup>3</sup> Die Bewachung der Anstalt wurde durch eine SA-Abteilung, später durch eine SS-Abteilung ergänzt.<sup>4</sup> Man brachte die Schutzhäftlinge zunächst im weitgehend leerstehenden Hauptgebäude und später auch im Landarmenhaus in einer von den übrigen Insassen der Anstalt abgesonderten Abteilung unter. Auch bei der Arbeit bildeten die Schutzhäftlinge eigene Kolonnen. Insgesamt war die Schutzhaftabteilung jedoch Teil der Gesamtanstalt und weitgehend in

---

1 StA Marburg, Bestand 165, Nr. 3838; diese Vereinbarung ist abgedruckt bei Dietfrid Krause-Vilmar, *Das Konzentrationslager Breitenau 1933/34*, in: Eike Hennig (Hrsg.), *Hessen unterm Hakenkreuz*, Frankfurt/M. 1983, S. 469.

2 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1933.

3 Es waren insgesamt 511 Einweisungen, die 470 verschiedene Personen betrafen, vgl. Dietfrid Krause-Vilmar (Hrsg.), *Schutzhaftgefangene des Konzentrationslagers Breitenau 1933/34*, Kassel 1987, S. VIII; die Bezirkskommunalverwaltung nannte 478 Gefangene, vgl. Bericht über die Ergebnisse der Verwaltung des Bezirksverbandes Hessen im Jahr 1933, S. 8.

4 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 112, Bd. 1, S. 47; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9764, S. 239 RS.

den normalen Anstaltsbetrieb integriert.<sup>5</sup> Der Jahresbericht 1933 konnte melden, daß von den im Berichtsjahr entstandenen 51 955 Arbeitstagen 23 027 von den Schutzhäftlingen geleistet worden waren.<sup>6</sup> Eine Arbeitsprämie wurde den Schutzhäftlingen im Gegensatz zu den übrigen Insassen nicht gewährt.

Zusätzlich zu den Einnahmen aus dem Arbeitsbetrieb ließ sich die Breitenauer Anstalt für die Schutzhäftlinge vom Polizeipräsidium Kassel einen Tagessatz in Höhe von einer Mark bezahlen. Im Rechnungsjahr 1933/34 nahm die Anstalt von verschiedenen Stellen insgesamt 130 073 RM Unterbringungskosten ein. Davon waren allein 35 177 RM, also mehr als ein Viertel, Unterbringungskosten für die Schutzhäftlinge.<sup>7</sup> Die Einnahmen der Anstalt für die Schutzhäftlinge waren weit höher als die für sie geleisteten Ausgaben. Für das Kalenderjahr 1933, berichtete die Anstaltsleitung, habe man für die Schutzhäftlinge 30 108 RM eingenommen, für diese aber insgesamt nur 20 950 RM für Unterbringung und Verpflegung ausgegeben.<sup>8</sup>

Die Errichtung eines Konzentrationslagers in einem Arbeitshaus war keine nordhessische Besonderheit. Auch in den Arbeitshäusern Benninghausen, Brauweiler, Kislau und Moringen befanden sich Internierungslager für politische Gegner der Nationalsozialisten. Leerstehender Anstaltsraum konnte so problemlos genutzt werden. Die Inhaftierung in Arbeitshäusern für "Arbeitsscheue und Asoziale" mußte die politischen Häftlinge zusätzlich demütigen.<sup>9</sup>

Die Breitenauer Schutzhäftlinge stammten fast alle aus dem Regierungsbezirk Kassel. Es handelte sich überwiegend um KPD-Mitglieder, sozialdemokratische Funktionsträger und profilierte Gewerkschafter.<sup>10</sup> Unter den Schutzhäftlingen befand sich auch Ludwig Pappenheim, jener prominente Sozialdemokrat und Kommunallandtagsabgeordnete, der sich seit über einem Jahrzehnt vehement und hartnäckig für die Belange der Breitenauer Insassen eingesetzt hatte. Ludwig Pappenheim war schon am 25. März 1933 an seinem Wohnort in

---

5 Vgl. Dietfrid Krause-Vilmar, 1983, S. 479 f.

6 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1933.

7 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 121, S. 250.

8 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 193, S. 312.

9 Siehe Liste der Konzentrationslager in: BGBl., Teil I, Nr. 64 vom 24. September 1977, S. 1786-1852.

10 Vgl. Willi Belz, Die Standhaften. Über den Widerstand in Kassel 1933-1945, Ludwigsburg 1960, S. 30; vgl. Dietfrid Krause-Vilmar, Das Konzentrationslager Breitenau 1933/34, in: Die Grünen im Landtag (Hrsg.), Hessen hinter Stacheldraht. Verdrängt und vergessen: KZs, Lager, Außenkommandos, Frankfurt 1984, S. 6.

Schmalkalden verhaftet worden und vom 21. Juli bis 17. Oktober 1933 in Breitenau inhaftiert. Wie für viele andere war für Ludwig Pappenheim die Haft im Konzentrationslager Breitenau nur Zwischenstation auf einem weiteren Leidensweg. Der Kasseler Polizeipräsident ordnete im Oktober 1933 seine Überführung in das Konzentrationslager Börgermoor an. Im KZ Börgermoor wurde Ludwig Pappenheim am 4. Januar 1934 ermordet.<sup>11</sup>

## Die Bettlerrazzien vom September 1933

Schon im Jahresbericht 1933 konnte die Breitenauer Direktion melden, die Belegung der Anstalt habe sich "seit der nationalsozialistischen Revolution infolge der Auswirkung der Maßnahmen gegen das Bettlerunwesen wesentlich erhöht".<sup>12</sup>

"Maßnahmen gegen das Bettlerunwesen" war eine vorsichtige Umschreibung für die größte Bettlerjagd, die Deutschland je erlebt hatte. Schon im Juli 1933 hatte das gerade gegründete Reichspropagandaministerium beim Innenministerium eine reichsweite Bettlerrazzia angeregt, weil man um den Erfolg des geplanten Winterhilfswerks fürchtete und glaubte, "daß Voraussetzung für ein Gelingen der Winterhilfe die Bekämpfung des übermäßig angewachsenen Bettelunwesens sei".<sup>13</sup> Durch einen Runderlaß des Innenministeriums schon Anfang September 1933 den Polizeibehörden angekündigt und propagandistisch ungewöhnlich gut vorbereitet, begann die Polizei am 18. September 1933 unter Mitwirkung von SA und SS eine 'Bettlerwoche', während der bis zum 25. September reichsweit Jagd auf wohnungslose Menschen gemacht wurde.<sup>14</sup>

---

11 Vgl. Gesamthochschule Kassel (Hrsg.), *Erinnern an Breitenau 1933-1945*. Katalog zur Ausstellung, Kassel 1984, S. 17; vgl. Dietfrid Krause-Vilmar, 1983, S. 482; vgl. Jutta Dillmann/ Dietfrid Krause-Vilmar/ Gunnar Richter (Hrsg.), 1986, S. 204-207.

12 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794.

13 Bundesarchiv Koblenz, R 36/1034, 12.7.33.

14 Landesstelle Bayern des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, Richtlinien für die Presse über die Aktion zur Bekämpfung des Bettelunwesens, Bayerisches HStA München, MInn 71575, 15.9.33; RdErl d. MdI v. 2.9.1933 - II D 1094, RMBliV, 1933, S. 1033; über die Durchführung dieser Razzia in Kassel siehe: *Geheimnisse der Bettlerzunft*, in: Kasseler Post, 22.9.1933; vgl. Wolfgang Ayaß, 1986, S. 155; zur Verstrickung der Fürsorge in diese Razzia vgl. Wolfgang Ayaß, *Die Verfolgung der Nichtseßhaften im Dritten Reich*, in: Zentralverband Deutscher Arbeiterkolonien (Hrsg.), 1984, S. 87 f.

Gesamtübersichten über Verhaftetenzahlen sind nicht veröffentlicht worden. Einzelzahlen aus Städten und Regionen lassen auf eine Größenordnung von über hunderttausend festgenommene Menschen schließen. So wurden beispielsweise aus Württemberg 4 800 und aus der Stadt Hamburg 1 400 Festnahmen gemeldet.<sup>15</sup>

Sieht man vom Einsatz der SA und SS als Hilfspolizei einmal ab, kann man an dieser 'Bettlerwoche', so ungewöhnlich sie auch war, formal nichts Ungegesetzliches erkennen. Amtsrichter verurteilten die Festgenommenen nach § 361 Nr. 3 und Nr. 4 StGB zu den bekannten kurzen Bettlerhaftstrafen. Nach einigen Tagen Haft kamen die meisten wieder frei. Ein kleiner Prozentteil der Verhafteten - und bei der Größenordnung dieser Razzia waren dies mehrere tausend Menschen - wurde gemäß § 362 StGB zur *korrektionalen Nachhaft* in den Arbeitshäusern verurteilt.

Die Landesarbeitsanstalt Breitenau vervielfachte infolge dieser Großrazzia im Laufe des Rechnungsjahrs 1933/34 ihre Häftlingszahl. Im Rechnungsjahr 1932/33 wurden nur 24 Korrigenden und Korrigendeninnen nach Breitenau eingeliefert. Im Rechnungsjahr 1933/34 hatten sich die Einweisungen mit 125 Arbeitshaushäftlingen bereits verfünffacht. Bei 36 von ihnen läßt sich als Verhaftungsdatum ein Tag der 'Bettlerwoche' vom September 1933 nachweisen. Allein aus dem Amtsgerichtsbezirk Ziegenhain kam am 26. September 1933 ein Transport mit 22 Häftlingen in Breitenau an. Diese Häftlinge hatten am 19. September gerichtliche Haftstrafen von ein bis sieben Tagen mit anschließender Überweisung ins Arbeitshaus erhalten.<sup>16</sup>

Nach dieser Razzia waren die zuvor halb leerstehenden Arbeitshäuser restlos überfüllt.<sup>17</sup> Allein in Württemberg lieferte die dortige Landespolizeibehörde fünfhundert Menschen ins Arbeitshaus Vaihingen ein.<sup>18</sup>

Unter den im Zusammenhang mit dieser Razzia nach Breitenau eingelieferten befand sich auch ein 71jähriger Mann, der bereits 95 Vorstrafen ausschließlich wegen Betteleidelikten erhalten hatte und schon zum vierten Mal ins Arbeitshaus gebracht wurde. Die Polizei griff in diesem Fall auf einen - im

---

15 Mailänder, Der Stand des Wandererverkehrs in Württemberg, in: Der Wanderer 54 (1937), S. 99; StA Hamburg, Sozialbehörde I, EF 6127, 24.10.33.

16 Namensliste in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9773, S. 106; Nr. 8154.

17 Vgl. Robert Meixner, 1935, S. 35.

18 500 "Kunden" im Arbeitshaus. Ordnung im württembergischen Wandererverkehr, in: NS-Kurier, Nr.199, Morgenausgabe, 1. Mai 1934; vgl. Friedrich K. Grieb/ Ernst A. Schmidt, 1985, S. 97.

doppelten Sinn - "alten Kunden" zu. Unter den Verhafteten dieser Razzia befanden sich jedoch auffällig viele Männer, die überhaupt nicht oder nur geringfügig vorbestraft waren. Die in den Akten enthaltenen 35 Vorstrafenlisten zeigen, daß zwei Drittel der im Zusammenhang mit der Razzia vom September 1933 Eingelieferten zum ersten Mal ins Arbeitshaus kamen. Immerhin sieben Strafregisterauszüge weisen überhaupt keine Verurteilungen wegen Bettellei oder Landstreicherei auf.

Die Haftdauer der bei dieser Bettlerrazzia nach Breitenau gebrachten Menschen bewegte sich völlig innerhalb der auch schon zuvor üblichen Zeitspannen. 23 Korrigenden (= 64 %) waren nach sechs Monaten wieder entlassen, nur bei fünf Personen dauerte die Arbeitshaushaft länger als ein Jahr. Die gesetzliche Höchststrafe von zwei Jahren wurde nicht überschritten.

### **Das "Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung"**

Die Einfügung der §§ 42 a bis 42 n in das Strafgesetzbuch durch das zum Jahresbeginn 1934 in Kraft getretene "Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung" brachte eine weitgehende Änderung der rechtlichen Grundlagen der Arbeitshaushaft und in der Folge tiefgreifende Veränderungen der Verhältnisse in der Landesarbeitsanstalt Breitenau.

Die Rechtsgrundlage für die Arbeitshauseinweisung lautete nun laut § 42 d StGB: "Wird jemand nach § 361 Nr. 3 bis 5, 6a bis 8 zu Haftstrafe verurteilt, so ordnet das Gericht neben der Strafe seine Unterbringung in einem Arbeitshaus an, wenn sie erforderlich ist, um ihn zur Arbeit anzuhalten und an ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben zu gewöhnen. Dasselbe gilt, wenn jemand, der gewohnheitsmäßig zum Erwerbe Unzucht treibt, nach § 361 Nr. 6 zu Haftstrafe verurteilt wird. Wegen Bettelns ist die Anordnung nur zulässig, wenn der Täter aus Arbeitsscheu oder Liederlichkeit oder gewerbsmäßig gebettelt hat. Arbeitsunfähige, deren Unterbringung in einem Arbeitshaus angeordnet ist, können in einem Asyl untergebracht werden."<sup>19</sup>

---

19 Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung, in: RGBl., Teil I, 1933, S. 996; zur Entstehung vgl. ZStA Potsdam, Bestand 30.01, Nr. 5982; vgl. Leopold Schäfer/ Otto Wagner/ Josef Schafheutle, Gesetz gegen ge-

Auf formaler Ebene wurde endlich der vielkritisierte Zwischenschritt der "Überweisung an die Landespolizeibehörde" abgeschafft. Die Strafrichter konnten eine Arbeitshausunterbringung nun selbst definitiv anordnen und insbesondere die Unterbringungsdauer festlegen. Man sparte sich die "unpraktische Doppelarbeit", wie Ministerialrat Rietzsch aus dem Reichsjustizministerium schrieb.<sup>20</sup> Die Unterbringung im Arbeitshaus wurde damit endgültig Aufgabe des Strafvollzugs. Durch die Aufnahme der Arbeitshaushaft in die "Maßregeln der Sicherung und Besserung"<sup>21</sup> erledigte sich auch der alte Juristenstreit, ob die Arbeitshausunterbringung Nebenstrafe oder Maßregel sei.

Die Arbeitshausunterbringung, bestimmte ein Ausführungsgesetz, war nun von der Justizverwaltung zu vollziehen. Dies hatte zur Folge, daß die Justiz für die Unterbringungskosten in Breitenau aufzukommen hatte. Der Tagessatz betrug 1,50 RM und wurde der Anstalt für sämtliche Korrigenden bezahlt, während zuvor nur für die aus anderen Regierungsbezirken eingewiesenen Korrigenden Pflegekosten erhoben werden konnten.<sup>22</sup> Im Zusammenhang mit der in den folgenden Jahren ohnehin stark ansteigenden Belegungsziffer trug dies wesentlich zur wirtschaftlichen Sanierung der hochverschuldeten Breitenauer Anstalt bei. Die Anstalt kam ab 1935 ohne Unterhaltszuschuß aus; bis 1938

---

fährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung mit dem dazugehörenden Ausführungsgesetz, Berlin 1934; vgl. Franz Exner, Das System der sichernden und bessernden Maßregeln nach dem Gesetz v. 24. November 1933, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 53 (1933), S. 629-655, vgl. Hans Stöckinger, Die Unterbringung in einem Arbeitshaus als Maßregeln der Sicherung und Besserung, Diss. Würzburg 1935; vgl. Karl Schäfer, Das Reichsgesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung v. 24.11.1933 in Rechtssprechung und Vollzug, in: Die Innere Mission 30 (1935), S. 35-37; vgl. Gerhard Werle, Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich, Berlin/New York 1989, S. 97-107.

- 20 Rietzsch, Das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24.11.1933, in: Deutsche Justiz 95, (1933), S. 746.
- 21 Maßregeln der Sicherung und Besserung waren laut § 42 a StGB die Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt, einer Trinkerheilanstalt bzw. Entziehungsanstalt oder im Arbeitshaus, ferner die Sicherungsverwahrung, die zwangsweise Kastration von Sexualtättern, Verhängung von Berufsverboten und Reichsverweisung.
- 22 Gesetz zur Ausführung des Reichsgesetzes gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24. November 1933, § 5, in: GS, 1934, Nr. 42, 19.10.1934, S. 404; Hessisches HStA Wiesbaden, Bestand 458a, Nr. 583, Nr. 584, Nr. 585; zu den Kostenregelungen vgl. Haidinger, Übersicht über den Vollzug der Maßregeln der Sicherung und Besserung in den einzelnen deutschen Ländern, in: Deutsche Justiz 97 (1935), 1. Halbjahr, S. 223.





waren die Schulden abgetragen; ab 1939 konnte die Hauptverwaltung des Bezirksverbands erhebliche Überschüsse der Anstalt verbuchen.<sup>23</sup>

Nach dem alten § 362 StGB war eine Arbeitshausunterbringung wegen Bettelei nur bei Rückfall bzw. bei Bettelei unter Drohungen oder mit Waffen zulässig. Diese vom Tatbestand her klare Regelung ersetzte die "Maßregeln" durch die sehr viel unbestimmtere Einschränkung, daß eine Arbeitshauseinweisung nur ausgesprochen werden durfte, wenn der Angeklagte aus Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder gewerbsmäßig gebettelt hatte.<sup>24</sup>

Wesentliche Neuerung der "Maßregeln" war jedoch die zeitlich unbestimmte, gegebenenfalls lebenslängliche Internierung.<sup>25</sup> "Die Unterbringung dauert so lange, als ihr Zweck es erfordert", legte § 42 f StGB fest. Nur bei erstmals ins Arbeitshaus eingewiesenen Personen galt weiterhin die alte gesetzliche Höchstfrist von zwei Jahren. Da die Mehrheit der Korrigenden aus wiederholt zu Arbeitshaushaft Verurteilten bestand, hatten die Nationalsozialisten so für den wohnungslosen Teil der Bevölkerung eine gesetzliche Möglichkeit zur lebenslänglichen Internierung geschaffen und für diesen Personenkreis das von der Fürsorge gewünschte Bewahrungsgesetz faktisch verwirklicht. Als "unwesentliche Änderung" der alten Regelung, wie Reichsjustizminister Franz Gürtner schrieb, konnte man dies wohl kaum bezeichnen.<sup>26</sup> Die "Maßregeln der Sicherung und Besserung" von 1933 übernahmen bezüglich der Arbeitshausunterbringung im wesentlichen die Bestimmungen des 1927 vom Reichsjustizministerium vorgelegten Entwurfs für ein neues Strafgesetzbuch. Bereits in diesem Entwurf war eine gegebenenfalls lebenslängliche Unterbringung von wiederholt Eingelieferten vorgesehen.<sup>27</sup>

Fürsorgevertreter beurteilten, soweit sie sich noch äußern konnten, die neuen "Maßregeln der Sicherung und Besserung" durchweg positiv. Der Deutsche

---

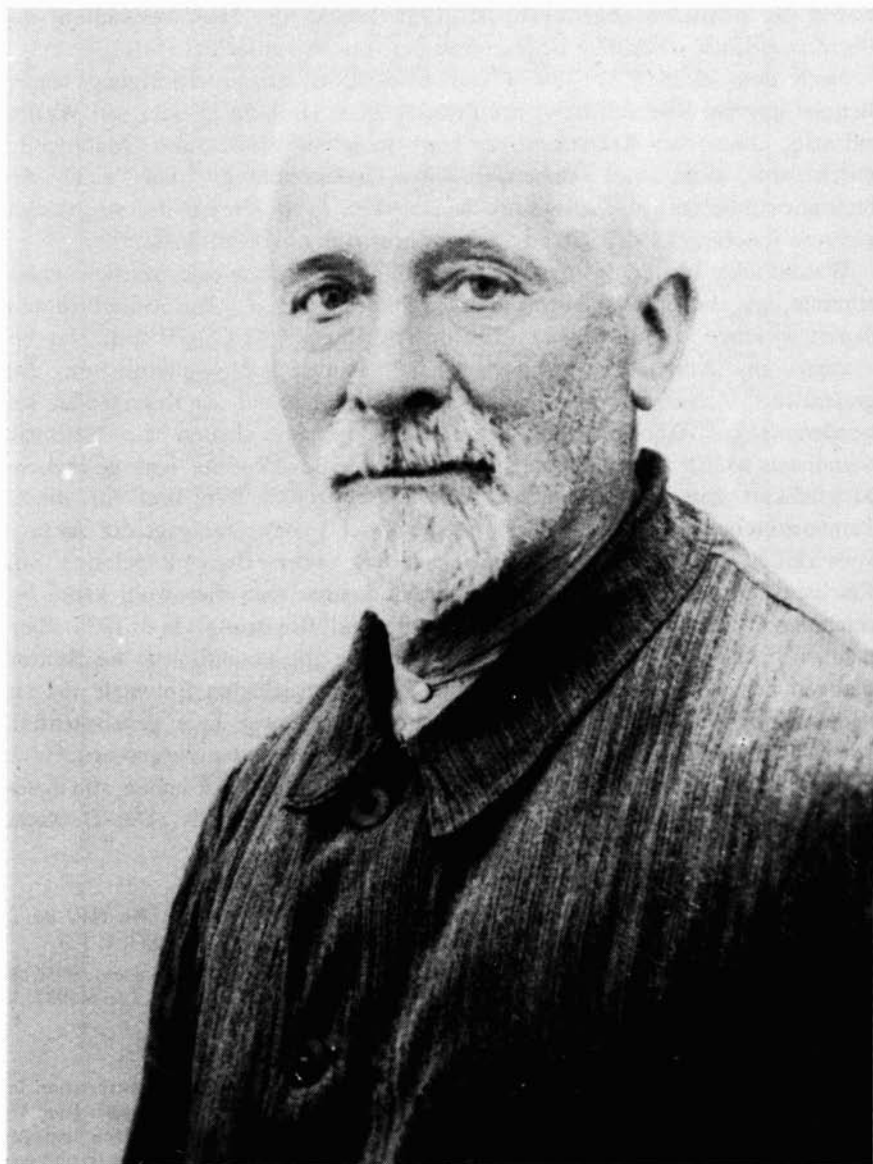
23 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 155, S. 5; Nr. 136, Bd. 1, S. 10; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9789, S. 192; Nr. 9789, S. 100; Nr. 10352; S. 375.

24 Vgl. Franz Kluge, Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zu den Maßnahmen der Sicherung und Besserung (§§ 20 a, 42 a ff StGB.) Gewohnheitsverbrechergesetz, Berlin 1937, S. 60.

25 Vgl. Leopold Schäfer/ Otto Wagner/ Josef Schafheutle, 1934, S. 126.

26 Vgl. Franz Gürtner, Das neue Reichsgesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher, in: Archiv für Kriminologie 93 (1933), S. 200, ähnlich verharmlosend der Psychiater Hans W. Gruhle, Die Unterbringung der Asozialen in Heilanstalten, Trinkerheilstätten und Arbeitshäusern, in: 52. Jahrbuch der Gefängnisgesellschaft für die Provinz Sachsen und Anhalt, 1936, S. 47.

27 Vgl. Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs, Berlin 1927, § 60; vgl. Oskar Adolf Bayer, 1929, S. 47; vgl. Rabe, 1929, S. 66-70; vgl. Johanna Jahn, 1966, S. 69-70.



*Wegen Bettelei und Landstreicherei in Breitenau inhaftierter Korrigend.  
1943 im Alter von 73 Jahren in der Anstalt gestorben.*

Verein für öffentliche und private Fürsorge veröffentlichte in seinem *Nachrichtendienst* eine jubelnde Stellungnahme und glaubte, nun sei "der Weg für ein Bewahrungsgesetz frei".<sup>28</sup> Die Verbandsfunktionärin Hilde Eiserhardt schrieb in einer regionalen Fürsorgezeitschrift, die "Maßregeln" entsprächen "dringendsten Reformwünschen" und böten einen "wirksamen Schutz der Volksgemeinschaft".<sup>29</sup> Ähnlich äußerte sich die *Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege*, die 1933 in einem namentlich nicht gekennzeichneten Artikel schrieb, die Reichsregierung habe Forderungen erfüllt, die nicht nur von Kriminalpolitikern, "sondern nicht weniger lebhaft auch von ärztlicher Seite und nicht zuletzt aus Kreisen der Fürsorge seit vielen Jahren erhoben worden sind".<sup>30</sup>

Zu diesen alten Forderungen der Praktiker gehörte auch die Entfernung der Zuhälter aus den Arbeitshäusern, deren Einweisung nach den neuen "Maßregeln" nicht mehr möglich war.<sup>31</sup> Für diese "gewalttätigen Menschen, die unter die passiven Naturen der Arbeitshäuser nicht passen"<sup>32</sup>, erhöhten die Nationalsozialisten den Strafraum der Hauptstrafe auf bis zu fünf Jahren Zuchthaus. Stattdessen fiel für Zuhälter die Arbeitshaushaft weg. Da die Gerichte bereits verurteilte Zuhälter noch nach der alten Regelung behandelten, wurden auch nach dieser Gesetzesänderung noch zehn Zuhälter nach Breitenau eingeliefert. Der letzte Zuhälter verließ Breitenau erst im September 1937.<sup>33</sup>

Auch Robert von Hippel begrüßte als kriminologischer Spezialist auf dem Gebiet der Arbeitshausunterbringung und mittlerweile renommierter Universitätsprofessor die neuen "Maßregeln der Sicherung und Besserung". Mit dem Wegfall der "Überweisung an die Landespolizeibehörde" war eine seiner zentralen Forderungen verwirklicht. Durch die Herausnahme der Zuhälter sei das Arbeitshaus wieder "seiner wirklichen Bestimmung als Sonderanstalt zur

---

28 Vgl. Strafrechtliche Maßnahmen der Sicherung und Besserung, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 14 (1933), S. 278.

29 Vgl. H. Eiserhardt, Maßnahmen zur Bekämpfung des gemeingefährlichen und gemeinschädlichen Verhaltens, in: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz 9 (1933), S. 373.

30 Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 9 (1933), S. 391.

31 Vgl. die Stellungnahme der Direktion des Arbeitshauses Vechta von Oktober 1933, ZStA Potsdam, Bestand 30.01, Nr. 5982, S. 102.

32 So Kriminalrat Rietzsch aus dem Reichsjustizministerium, vgl. Rietzsch, 1933, S. 748; vgl. Begründung zu dem Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24. November 1933, in: RAnz., 1933, Nr. 277, Erste Beilage, ZStA Potsdam, Bestand 30.01, Nr. 5982, S. 373.

33 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9270.

Bekämpfung von Bettel, Landstreicherei und Arbeitsscheu zurückgegeben". Kritik übte Robert von Hippel allerdings an der Aufhebung der zweijährigen Höchstunterbringungsdauer.<sup>34</sup>

In Breitenau stockte 1934 die Zuweisung von auf Grundlage der "Maßregeln" verurteilten Korrigenden zunächst, weil die Kostenfrage erst im Sommer 1934 geregelt werden konnte. Die Korrigenden blieben in dieser Zeit in den Justizhaftanstalten.<sup>35</sup> Überlegungen des Justizministeriums, Breitenau zu kaufen, wurden nach einer Besichtigung der Anstalt wieder fallengelassen.<sup>36</sup> Ab Herbst 1934 stiegen die Einweisungen in Breitenau steil an. Die Breitenauer Anstalt war für männliche und weibliche Korrigenden der Oberlandesgerichtsbezirke Kassel und Frankfurt zuständig. Ab September 1935 wurden auch männliche Korrigenden des Oberlandesgerichtsbezirks Darmstadt nach Breitenau eingewiesen. Siebenundzwanzig dort zuvor im Philipppshospital bei Goddelau gefangene Korrigenden wurden im Oktober 1935 nach Breitenau überführt.<sup>37</sup>

Im Frühjahr 1935 wies der Reichsjustizminister die Strafverfolgungsbehörden unmißverständlich an, rigoros gegen Obdachlose vorzugehen und sie so oft wie nur möglich zur Arbeitshaushaft zu verurteilen.<sup>38</sup> Die in etwa zwei Drittel der Breitenauer Fallakten enthaltenen Gerichtsurteile zeigen, wie schnell sich die Richter die nationalsozialistische Asozialenverfolgung zu eigen machten. Aus einem Urteil des Sondergerichts Darmstadt von 1934: "Der Angeklagte ist ein frecher, asozialer, arbeitsscheuer und hinterlistiger Mensch, der nur dann freundlich sein kann, wenn er reichliches Almosen empfängt. Ein solcher Mensch paßt natürlich nicht in die strengen Vorschriften zur Bekämpfung des Bettlerunwesens und er haßt den Staat, der ihn an Zucht und Ordnung gewöhnen will. Daraus ergibt sich der Grund für das gemeine und nichtswürdige

---

34 Vgl. Robert von Hippel, Zum Reichsgesetz vom 24. November 1933, in: Blätter für Gefängniskunde 65 (1934), S. 7 f.

35 Bundesarchiv Koblenz, R 36/1859, 30.5.34, 4.5.34; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 141, Bd. 1; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 30, S. 60.

36 ZStA Potsdam, Bestand 30.01, Nr. 9849, S. 3-9.

37 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1934; Nr. 9773; Nr. 9745, S. 4; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 128, S. 45; Namensliste in Nr. 141, Bd. 1, S. 76-79; weibliche Korrigenden aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Darmstadt wurden in der bayerischen Strafanstalt Aichach untergebracht, Nr. 141, Bd. 1, S. 88; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9745, S. 4.

38 Richtlinien für das Strafverfahren. Allgemeine Verfügung des Reichsministers der Justiz vom 13. April 1935, in: Amtliche Sonderveröffentlichungen der Deutschen Justiz, Nr. 7, Berlin o.J., S. 165; vgl. ein Urteil mit ausdrücklicher Berufung auf diese Richtlinien in: Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9650.



*Wegen Bettelei und Landstreicherei in Breitenau inhaftiert...*

Verhalten des Angeklagten. Ein Mensch solcher Veranlagung ist ein Schädling am deutschen Volkskörper und muß deshalb möglichst lange dem öffentlichen Leben ferngehalten werden."<sup>39</sup>

Die Richter stellten die vermeintliche Notwendigkeit der "Befreiung der Volksgemeinschaft von Volksschädlingen" immer wieder in den Mittelpunkt ihrer Urteile. Aus einem Urteil des Amtsgerichts Kassel aus dem Jahre 1936: "Die umfangreichen einschlägigen Vorstrafen zeigen, daß der Angeklagte ein unbelehrbarer Bettler und Landstreicher ist. Durch die Zuerkennung der gesetzlichen Höchststrafe und Anordnung in ein Arbeitshaus gem. § 42 d StGB mußte dem Angeklagten mit aller Schärfe klargemacht werden, daß für das von ihm an den Tag gelegte volksschädliche Verhalten in unserem Staate kein Platz mehr ist."<sup>40</sup>

Ein weiteres Amtsgerichtsurteil aus dem Jahre 1936: "Mit allen gesetzlich gegebenen Mitteln war der Angeklagte dahin zu belehren, daß ein Bettler, der noch arbeitsfähig ist, einen Volksschädling darstellt, der im heutigen Reich keinen Platz hat."<sup>41</sup> Längst ging es nicht mehr um die Bestrafung eines wie auch immer definierten Delikts. Solche Urteile stellten die Existenzberechtigung der Obdachlosen in Abrede und nahmen Argumentationsketten der späteren Vernichtungsaktionen vorweg. "Nach dem ganzen Eindruck, den der Angeklagte macht, gehört er jedenfalls zur Zeit nicht mehr in die Öffentlichkeit. Diese muß vielmehr von ihm befreit werden", hieß es in einem Gerichtsurteil gegen einen Breitenauer Korrigenden.<sup>42</sup> Die Allgemeinheit habe ein Recht darauf, "daß solche Elemente von der Landstraße verschwinden", schrieb das Amtsgericht Dieburg 1936 in einem Urteil.<sup>43</sup>

Erschreckend ist auch, wie gutbezahlte Richter immer wieder die Armut der Obdachlosen unverföhren als alleinige Begründung für jahrelange Arbeitshaushaft in Breitenau heranzogen: "... man fand ihn in Besitz von 9 einzelnen Pfennigen. Nach allem hat das Gericht keinen Zweifel, daß der Angeklagte sich zweck- und ziellos im Lande herumtreibt und daß es ihm nicht darauf ankommt, Arbeit zu finden. Auch beweisen die bei ihm vorgefundenen Kupfer-

---

39 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9453.

40 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8646.

41 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9173.

42 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8871.

43 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8449.

münzen und der Umstand, daß der Angeklagte sonst ohne Mittel ist, daß er auf den Bettel ausgeht."<sup>44</sup>

Von 1934 bis Ende 1940 (die späteren Ziffern wurden nicht veröffentlicht) verhängten Strafrichter laut Statistischem Jahrbuch auf Grundlage der "Maßregeln" insgesamt 7 956 Arbeitshausunterbringungen, die sich über diese Jahre folgendermaßen verteilten:

1934	1 832
1935	1 409
1936	1 413
1937	1 094
1938	1 026
1939	706
1940	476

In diesem Zeitraum sind in Breitenau insgesamt 825 Korrigenden und Korrigendinnen aufgenommen worden. Falls die Zahlen des Statistischen Jahrbuchs vollständig sind, wären im Nationalsozialismus über zehn Prozent der Arbeitshausgefangenen des Deutschen Reichs nach Breitenau eingeliefert worden.<sup>45</sup> Nach einer anderen, allerdings nur punktuellen Zahlenangabe wäre der Breitenauer Anteil geringer gewesen. Am 30. April 1938 sollen sich in den deutschen Arbeitshäusern insgesamt 4 610 Korrigenden befunden haben.<sup>46</sup> An diesem Tag wurden in Breitenau 273 Korrigenden gefangengehalten.

## Zwangssterilisationen

Bei der Durchführung des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" von 1933 spielte die systematische "Durchkämmung von An-

---

44 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7892.

45 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, betreffende Jahrgänge; Roland Freisler nennt für die Jahre 1934 bis 1937 6 727 Arbeitshauseinweisungen, also 979 Personen mehr, vgl. Roland Freisler, Die Maßregeln der Sicherung und Besserung in Deutschland, in: Römischer Kongreß für Kriminologie, Berlin 1939, S. 25.

46 Vgl. Franz Exner, Erfahrungen mit den Maßregeln der Sicherung und Besserung, die eine Freiheitsbeschränkung beinhalten, in: Gesellschaft für Deutsches Strafrecht. Erste Tagung vom 27. bis 29. Oktober 1938 in München, Berlin 1939, S. 96.

staltsbeständen" eine herausragende Rolle. Bereits in Heil- und Pflegeanstalten, Heimen, Fürsorgeerziehungsanstalten oder Strafanstalten internierte Menschen waren deswegen von den Zwangssterilisationen besonders bedroht. Schon bald nach Inkrafttreten des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" zum Jahresbeginn 1934 machte sich die Breitenauer Direktion daran, die Insassen nach "Erbkranken" zu durchforsten. Die Prüfung der "Erbgesundheit" wurde Entlassungskriterium, denn ab 1934 mußte der nebenamtliche Anstaltsarzt bei der obligatorischen Entlassungsuntersuchung nicht nur, wie schon Jahrzehnte zuvor, feststellen, daß der Gefangene "gesund und entlassungsfähig" war, sondern noch zusätzlich auf dem Entlassungsformular vermerken: "Fällt nicht unter das Gesetz".<sup>47</sup>

Weder Straffälligkeit noch Arbeitshausunterbringung bildeten für sich genommen einen Sterilisationsgrund. Es mußte zumindest der Form halber eine der im "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" aufgeführten "Erbkrankheiten" diagnostiziert werden. Hielt der Breitenauer Anstaltsarzt eine Zwangssterilisation für notwendig, eruierte das Anstaltsbüro Lebenslauf und frühere Aufenthaltsorte. Dies diente einerseits dazu, den Kostenträger für den notwendigen Krankenhausaufenthalt festzustellen, vor allem aber um herauszubekommen, wo sich eventuell schon Fürsorge- bzw. Krankenakten, Gutachten oder Schulzeugnisse über den Sterilisationskandidaten befanden. Die Anzeigen schickte der Anstaltsarzt zusammen mit einem kurzen Gutachten an das zuständige Kasseler Erbgesundheitsgericht, zu dessen Termin der Arbeitshausgefangene von einem Breitenauer Anstaltsaufseher vorgeführt wurde. Die Zwangssterilisation selbst wurde dann in einem der Kasseler Krankenhäuser vorgenommen.

Die Anzeigen des Anstaltsarztes beim Erbgesundheitsgericht konzentrierten sich deutlich auf die jüngeren Jahrgänge. Mehr als die Hälfte der sterilisierten Breitenauer Korrigenden war unter dreißig Jahre alt, während sich in den betreffenden Jahren nie mehr als zwanzig Prozent aller Untergebrachten in dieser Altersklasse befanden. Bei einigen Sterilisanden bestellte man zur reibungslosen Durchführung des Verfahrens einen Pfleger, wofür Aufseher, aber auch Bürger der benachbarten Gemeinde Guxhagen, bestimmt wurden.<sup>48</sup> Die Bestellung eines Pflegers bedeutete in erster Linie, daß der Gefangene zur Beschwerde gegen ein Urteil des Erbgesundheitsgerichts und damit zur Anrufung der zweiten Instanz nicht befugt war. Seine Zwangssterilisation galt als

---

47    Beispielsweise Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9541, Nr. 9656; siehe auch Nr. 201a.

48    Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9353, Nr. 8793, Nr. 8687.



"freiwillige Sterilisation", weil sich die Pfleger als gesetzliche Vertreter den Sterilisationsanträgen zustimmend anschlossen.

In den Jahren 1934 bis 1939 lassen sich in den erhaltenen Akten der Breitenauer Arbeitshausgefangenen einundzwanzig Anzeigen des Anstaltsarztes beim Kasseler Erbgesundheitsgericht nachweisen. Willkür und schlampige Diagnosen beherrschten die Szene. So hatte ein 31-jähriger wegen "Arbeitsscheu" nach § 361 Nr. 7 StGB inhaftierter Familienvater vor dem Strafgericht angegeben, er sei wegen Krampfanfällen arbeitsunfähig. Daraufhin beantragte das Darmstädter Fürsorgeamt, das diesen Prozeß betrieben hatte, beim Gesundheitsamt eine Zwangssterilisation wegen Epilepsie. Im Beschluß des Erbgesundheitsgerichts Kassel lautete die Diagnose jedoch auf "angeborenen Schwachsinn". Dort hieß es wörtlich: "(Zu) Mängeln auf intellektuellem Gebiet treten aber auch noch solche auf sittlichem Gebiet. S. ist ein arbeitsscheuer Mensch, der keine rechte Vorstellung von dem hat, was Verantwortungsgefühl und Pflichtbewußtsein von einem ordentlichen Volksgenossen erfordern. Es ist deshalb nicht zweifelhaft, daß S. an Schwachsinn leidet."<sup>49</sup>

Die Zwangssterilisationsbeschlüsse des Erbgesundheitsgerichts Kassel gegen Breitenauer Korrigenden stützten sich fast immer auf ein Gutachten des Breitenauer Anstaltsarztes, zusätzlich auf Schulzeugnisse und auf den in den Zwangssterilisationsverfahren üblichen Intelligenztest bzw. auf eine vor dem Gericht vorgenommene mündliche Prüfung: "Nach dem Gutachten des Anstaltsarztes der genannten Anstalt und der von ihm vorgenommenen Intelligenzprüfung leidet der jetzt 40-jährige Heinrich A. an angeborenem Schwachsinn. Heinrich A. stammt aus einer erblich belasteten Familie. 2 Geschwister und 3 Geschwisterkinder sind schwachsinnig. Heinrich A. selbst ist in der Schule in F. nur bis in die 6. Klasse gelangt und gilt als sehr beschränkt ... Das Erbgesundheitsgericht hat Heinrich A. in der Sitzung vom 12.5.1937 eingehend geprüft und einen erheblichen Intelligenzausfall und Verlangsamung des Gedankenablaufs festgestellt. Bei den Leseproben versagte er vollständig. Er kann überhaupt nicht rechnen. Namentlich ist das Begriffs- und Urteilsvermögen deutlich abnorm herabgesetzt. Hierzu kommen unverkennbare psychopathische und die erblichen (sic!) asozialen Züge, wie sie sich aus den Vorstrafen ergeben, ferner die starke Familienbelastung. Es kann

---

49 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9299.

danach kein Zweifel sein, daß bei A. krankhafte Geistesschwäche und damit Schwachsinn vorliegt."<sup>50</sup>

Aber auch wenn ein Arbeitshäusler diese im Stil des Schülerabfragens durchgeführte Prüfung vor dem Erbgesundheitsgericht bestand, hatte er keine Chance: "Nach dem dem Antrag beigefügten ärztlichen Gutachten leidet der Genannte an angeborenem Schwachsinn. Daß Schwachsinn vorliegt, haben die Ermittlungen des Erbgesundheitsgerichts bestätigt. Zwar hatte die mit T. vorgenommene Intelligenzprüfung kein besonders ungünstiges Ergebnis; das Schul- und allgemeine Lebenswissen kann noch im großen und ganzen als dem Durchschnitt der Umwelt, aus der T. stammt und in der er sich bewegt, entsprechend gelten. Immerhin zeigen sich auch hier gewisse Ausfälle, die als Ausdruck eines Schwachsinnns anzusprechen sind. Augenfällig tritt der Schwachsinn auf dem Gebiet der Urteilsfähigkeit in Erscheinung. Diese Urteilsfähigkeit zeigt auch Auswirkungen auf die Willens- und Affektsphäre. T. versteht sein Leben nicht zu meistern, weil er die Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen Lebensführung nicht einsieht. Zur Arbeit ist er nicht zu gebrauchen. Er ist triebhaft veranlagt. Er vermag es nicht, die erforderlichen Hemmungen hiergegen aufzubringen. Sein asoziales Verhalten hat ihn auch wiederholt straffällig werden lassen. Der Schwachsinn äußert sich demzufolge in erster Linie in der Form einer allgemeinen seelischen Verkümmierung der Persönlichkeit des T. Schwachsinn war demgemäß zu bejahen."<sup>51</sup>

Soziale Beurteilung wurde hier, wie in vielen Sterilisationsbeschlüssen gegen Breitenauer Insassen, nur notdürftig hinter pseudomedizinischen Diagnosen versteckt.<sup>52</sup> Schulversagen, Vorstrafen, Arbeitsplatzverlust, Wohnungslosigkeit, ja die Armut insgesamt wurden in diesen Urteilen des Kasseler Erbgesundheitsgerichts zur Erbkrankheit erklärt. "Rassenhygiene" wurde so Mittel einer radikalen Armenpolitik. Die grenzenlose Ausdehnung der Diagnose "angeborener Schwachsinn" führte zur Verstümmelung von Menschen, die sich nach Ansicht der beurteilenden Ärzte und Richter "im Leben nicht bewährt" hatten. Anstatt die Ursachen der Armut zu bekämpfen, versuchte man

---

50 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7644.

51 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9496.

52 Vgl. Andrea Brücks, Zwangssterilisation gegen "Ballastexistenzen", in: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes (Hrsg.), Verachtet, verfolgt, vernichtet, Hamburg 1987, S. 105.

die Armen auszurotten. Durch massenhafte Zwangssterilisation "belasteter Sippen" glaubte man, eine Endlösung der sozialen Frage erreichen zu können.<sup>53</sup>

"Seit zehn Jahren treibt er sich als Landstreicher ohne feste Arbeit und ohne Heim in aller Welt herum. Dieses Wandern von Ort zu Ort ohne Sinn und Ziel ist ein deutliches Anzeichen seiner primitiven Geistesverfassung"<sup>54</sup>, hieß es in einem weiteren Zwangssterilisationsbeschluß des Kasseler Erbgesundheitsgerichts gegen einen Breitenauer Korrigenden.

Der Breitenauer Anstaltsarzt begründete seine Anzeigen durchweg mit "angeborenem Schwachsinn". Ein in den Akten erhaltenes Gutachten dieses Arztes lautet in voller Länge: "Der Korrigend Franz L. wurde heute von mir eingehend auf seinen Geisteszustand hin untersucht. L. leidet ohne Zweifel an angeborenen (sic!) Schwachsinn und Verfolgungswahn. Die Fragen des Intelligenzprüfungsbogens beantwortete er größtenteils falsch. Er glaubt von Personen, die er nicht kennt hypnotisiert (sic!) und mit elektrischen Strahlen bearbeitet zu werden. Er hört auch Stimmen, auch wenn niemand anwesend ist. L. fällt unter das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Ein Sterilisationsantrag wird von mir gestellt werden. gez. Dr. O."<sup>55</sup> Diese Diagnose war selbst dem Erbgesundheitsgericht zu dilettantisch, das diesen Arbeitshausgefangenen zur Begutachtung in die Landesheilanstalt Haina einwies und schließlich eine Sterilisation wegen Schizophrenie anordnete. Bei einem zwangsuntergebrachten 26jährigen Fürsorgeempfänger lehnte das Kasseler Erbgesundheitsgericht den Antrag des Breitenauer Anstaltsarztes auf Zwangssterilisation sogar ganz ab. Die Richter konnten den in Breitenau diagnostizierten "angeborenen Schwachsinn" nicht feststellen.<sup>56</sup>

---

53 Zu den Zwangssterilisierungen von "Asozialen" vgl. F. Dubitscher, Der moralische Schwachsinn unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, in: Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie 154 (1936), S. 442 f; vgl. Fred Dubitscher, Asozialität und Unfruchtbarmachung, in: Mitteilungen der kriminalbiologischen Gesellschaft 5 (1937), S. 99-110; vgl. Edmund Mezger, Inwieweit werden durch Sterilisierungsmaßnahmen Asoziale erfaßt?, in: Mitteilungen der kriminalbiologischen Gesellschaft 5 (1937), S. 81-97; vgl. Robert Müller, Zum Schwachsinnsbegriff in der Praxis der Erbgesundheitsgerichte, in: Der Erbarzt, 1938, S. 149-151; vgl. Werner Horlboge, Die Unfruchtbarmachung Asozialer gemäß dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, Diss. Berlin 1939; vgl. Christiane Rothmaler, "Erbliche Belastung liegt sicher vor, ist nur nicht festzustellen": Zwangssterilisation in Hamburg, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik 2 (1986), Heft 13/14, S. 66; grundlegend: Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus, Oplanden 1986.

54 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8793.

55 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8687.

56 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8335, S. 27.

Reichsweite Statistiken über zwangssterilisierte Arbeitshausinsassen existieren vermutlich nicht. Nach einer auf einen Stichtag bezogenen Angabe befanden sich im Oktober 1936 insgesamt 4 040 männliche Arbeitshausgefangene in den Arbeitshäusern des Deutschen Reichs. Von ihnen waren bereits 4,7 Prozent zwangssterilisiert, bei weiteren 3,9 Prozent war die Sterilisation schon beschlossen und bei 4,4 Prozent stand eine Entscheidung des Erbgesundheitsgerichts noch aus. Weit höher war die Quote der zwangssterilisierten Frauen. Von den insgesamt 267 in Arbeitshäusern untergebrachten Frauen waren 9,7 Prozent bereits zwangssterilisiert, bei 4,9 Prozent war die Sterilisation bereits beschlossen und bei weiteren 7,1 Prozent lief das Verfahren noch.<sup>57</sup>

Bei den Breitenauer Gefangenen lassen sich nach 1939 keine Zwangssterilisationsanträge mehr nachweisen. Die Tätigkeit der Erbgesundheitsgerichte wurde kriegsbedingt mehr und mehr eingeschränkt. Außerdem waren in Breitenau viele Neueingelieferte bereits zwangssterilisiert. Bei immerhin 26 Korrigenden befindet sich ein entsprechender Vermerk in den Akten.

#### *August F.*

Der 28jährige August F. war aufgrund eines Urteils des Amtsgerichts Frankfurt vom März 1936 ins Arbeitshaus Breitenau eingewiesen worden, weil er in Frankfurt auf dem *Eisernen Steg* gestanden und um zu betteln einen Hut vor sich gehalten hatte.<sup>58</sup> Das Urteil lautete auf sechs Wochen Haft und Einweisung ins Arbeitshaus, wobei es das Gericht als strafverschärfend ansah, daß August F. sich gelegentlich als Krüppel oder Blinder verstellte, um seine Bettelinkünfte zu erhöhen.

August F. stand nicht das erste Mal vor Gericht. Seit seinem 21. Lebensjahr war er insgesamt siebzehnmal wegen Bettelerei und Landstreicherei verurteilt worden. Wegen anderer Delikte war er nie bestraft worden. Auf dem Breitenauer Aufnahmeformular vermerkte der Anstaltsarzt: "dement, sonst gesund und arbeitsfähig". Damit war das Urteil über August F. schon gesprochen. Es dauerte allerdings noch zehn Monate bis der Anstaltsarzt beim Erbgesundheitsgericht in Kassel seinen - wie immer mit "angeborenem Schwachsinn" begründeten - Zwangssterilisationsantrag stellte. Schon nach wenigen Tagen ant-

---

57 Vgl. Edgar Schmidt, Unterbringung im Arbeitshaus. Einige Erhebungen über die auf Grund § 42 d StGB im Arbeitshaus Untergebrachten, in: Blätter für Gefängniskunde 69 (1938/39), S. 133.

58 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8095.

wortete das Erbgesundheitsgericht: "In der Erbgesundheitssache des Arbeiters August F. wird noch um Mitteilung gebeten, wo der Erbkranke zur Schule gegangen ist. War er in Fürsorgeerziehung? Wo? Ferner wird um Äußerung gebeten, ob die Bestellung eines Pflegers notwendig ist."

Das Erbgesundheitsgericht bezeichnete August F. in diesem Schreiben schon als "Erbkranken", obwohl das Verfahren noch gar nicht eröffnet war. Von einem ordentlichen Gerichtsverfahren konnte also überhaupt keine Rede sein; das Urteil stand in der Regel schon vor der Verhandlung fest. Die Frage nach Schule und eventueller Fürsorgeerziehung diente dem Gericht einzig und allein dazu, belastendes Material für die Urteilsbegründung zu beschaffen. In dieser Urteilsbegründung wird neben dem Hinweis, daß August F. in der Schule dreimal sitzengeblieben war, dann auch ausführlich auf die beschafften Fürsorgeerziehungsakten Bezug genommen: "Aus den Fürsorgeerziehungsakten geht hervor, daß die Eltern zur Erziehung ihrer sieben Kinder nicht fähig gewesen sind, die Kinder wurden meist sich selbst überlassen, sie wurden oft unmenschlich von den Eltern behandelt." Schon die Fürsorgeerziehungsanstalt habe bei August F. Schwachsinn mittleren Grades festgestellt. "Seit dem Jahre 1928/29 hat sich F. dann auf Wanderschaft begeben. Er ist in den Jahren 1929 bis 1936 siebzehnmals wegen Bettelns und Landstreicherei von verschiedenen Gerichten bestraft worden, zuletzt ist er vom Amtsgericht in Frankfurt im März 1936 zu sechs Wochen Haft und gleichzeitig zu Arbeitshaus verurteilt worden. Auf Grund dieses Urteils befindet er sich jetzt in der Landesarbeitsanstalt in Breitenau. Schon die vom Anstaltsarzt in Breitenau vorgenommene Intelligenzprüfung läßt grobe Intelligenzdefekte bei August F. erkennen. Das Erbgesundheitsgericht hat F. ... auch seinerseits nochmals gehört und geprüft. Die Prüfung hat einen deutlichen Intelligenzrückstand auf allen Gebieten ergeben. Auffällig ist besonders die erhebliche Urteilsschwäche und die Kritiklosigkeit gegen sich selbst. Zusammen mit den zutage getretenen asozialen Zügen und der erheblichen ethischen Gleichgültigkeit ergibt sich das typische Bild einer ausgesprochenen Debilität (Schwachsinn geringeren Grades)."<sup>59</sup>

Das Gericht ordnete die Sterilisation an. Wenige Wochen nach seiner Zwangssterilisation im Stadtkrankenhaus Kassel stellte August F. ein Entlassungsgesuch. Die Stellungnahme des Breitenauer Anstaltsdirektors zu diesem Entlassungsgesuch lautete: "F. ist ein willen- und haltloser Mensch, der auf dem besten Wege ist, die Landstraße zu seiner zweiten Heimat zu machen. Er ist arbeitsscheu und faul und kann nicht den Willen zur geregelten Arbeit auf-

---

59 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8095.

bringen. Seine Versicherungen sind nicht ernst zu nehmen. Das Entmannungsverfahren ist bei ihm durchgeführt worden. In seinem und im Interesse der Allgemeinheit ist die Unterbringung im Arbeitshaus auf die Dauer von 2 Jahren erforderlich."

Ganz abgesehen von dem Umstand, daß der Breitenauer Anstaltsdirektor den Unterschied zwischen einer Sterilisation und einer Kastration nicht kannte, wirft dieses Schreiben ein bezeichnendes Licht auf den in Gang gesetzten Ausgrenzungsmechanismus. Im Urteil des Erbgesundheitsgerichts wurden die Vorstrafen noch als Begründung für die Zwangssterilisation angeführt, während der Anstaltsleiter dann umgekehrt die durchgeführte Zwangssterilisation als Begründung für die Ausdehnung der Arbeitshaushaft bis zur gesetzlichen Höchstdauer von zwei Jahren bei erstmaliger Unterbringung heranzog.

In der Nachkriegszeit versuchte die Breitenauer Anstaltsleitung, die Beteiligung ihres früheren Personals an der "Erbgesundheitspflege" zu vertuschen. Noch 1968 antwortete die Direktion auf eine Anfrage des Gesundheitsamts Hanau über einen ehemaligen Arbeitshäusler, der vom Anstaltsarzt beim Erbgesundheitsgericht angezeigt worden war, die Sterilisation sei aufgrund eines Schreibens des Erbgesundheitsgerichts in Kassel vorgenommen worden. Daß dem Schreiben des Erbgesundheitsgerichts eine Anzeige des Anstaltsarztes vorausging, verschwieg man lieber.<sup>60</sup>

## **Verstärkte Einweisungen durch die öffentliche Fürsorge**

Mit dem schrittweisen Abbau der Arbeitslosigkeit nach Machtantritt der Nationalsozialisten verstärkten die Kommunen ihren Druck auf Armenfürsorgeempfänger. In den einschlägigen Fachorganen propagierten Fürsorgevertreter ab 1935 die Errichtung von "Lagern für geschlossene Fürsorge".<sup>61</sup>

---

60 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8332.

61 Vgl. Otto Wetzell, Die "Asozialen-Kolonie". Ein Großstadtproblem: Wohin mit den Asozialen?, in: Die nationalsozialistische Gemeinde 3 (1935), S. 35-37; vgl. Graemer, Die "Bewahrungskolonie". Ein Großstadtbild: Wohin mit den die Allgemeinheit belastenden Volksgenossen?, in: Die nationalsozialistische Gemeinde 3 (1935), S. 210 f; vgl. Die Heidelberger Asozialen-Kolonie, in: Der Gemeindetag 29 (1935), S. 643-645; vgl. Szajkowski, Die Behandlung der Asozialen. Die Stellung der Fürsorge, in: Der Gemeindetag 29 (1935), S. 635-639; vgl. Graemer, Wohin mit Arbeitsunwilligen, in: Der Gemeindetag 29 (1935), S. 639-643; vgl. Christoph von der Ropp, Die Kolonie der Aso-

Parallel zu diesen Projekten läßt sich ab 1935/36 verstärkt Arbeits-hauseinweisung und Lagerunterbringung auf der Grundlage von § 20 Reichsfürsorgepflichtverordnung nachweisen. In Bayern war sogar das Konzentrationslager Dachau als Arbeitsanstalt im Sinn der Reichsfürsorgepflichtverordnung anerkannt. Die Fürsorgeämter konnten dadurch selbständig Einweisungen ins Konzentrationslager Dachau vornehmen.<sup>62</sup>

Während der gesamten Weimarer Republik waren nur 80 Männer und 21 Frauen als "arbeitsscheue Fürsorgeempfänger" nach Breitenau zwangseingewiesen worden. Als Rechtsgrundlage diente hierfür seit 1924 § 20 der Reichsfürsorgepflichtverordnung, der die Bestimmungen des preußischen Arbeitsscheuengesetzes von 1912 inhaltlich aufnahm.<sup>63</sup> Diese in den letzten Jahren der Weimarer Republik kaum noch angewendete Internierungsmöglichkeit wurde nun vor allem von städtischen Wohlfahrtsämtern intensiv genutzt. Schon 1934 wies die Stadtverwaltung Eisenach einen 33jährigen Arbeiter aufgrund einer fristlosen Kündigung seines Arbeitsverhältnisses als "arbeitsscheuen Fürsorgeempfänger" nach Breitenau ein: "Am 8.9.34 wurden Sie lt. Arbeitsbescheinigung wegen 'Faulheit während der Arbeit' fristlos entlassen. Schon mit Schreiben vom 22.7.34 und 23.7.34 wurden Sie verwarnet, weil Sie es ablehnten, die vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeit aufzunehmen. Jeder Empfänger öffentlicher Fürsorge ist verpflichtet, die zugewiesene Arbeit anzunehmen, wenn sie ihm nach dem Maße seiner Kräfte zugemutet werden kann. Die Entlassung erfolgte wegen Ihrer Arbeitsunwilligkeit. Durch die Entlassung sind Sie wieder hilfsbedürftig geworden und müssen öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen."<sup>64</sup>

Im Mai 1935 berichtete der Kasseler Stadtverwaltungsrat Harms auf einer Tagung kommunaler Fürsorgeexperten über die Einweisungspraxis seiner Stadtverwaltung nach Breitenau. Bei "asozialen und politisch widersetzlichen" Unterstützungsempfängern beschränke man die Fürsorgeleistungen auf An-

---

zialen. Strafanstalt oder Erziehungsanstalt. Ein Vorschlag und eine Kritik, in: Berliner Tageblatt, 17.2.1935; vgl. Gerhard Kniep, Die Behandlung "Asozialer", in: Berliner Kommunale Mitteilungen 9 (1938), S. 224; vgl. Wolfgang Ayaß, 1986, S. 159-166.

62 Bayerisches HStA München, MInn 71576, 21.1.38; Bundesarchiv Koblenz, Slg. Schumacher/399.

63 Vgl. Hans Muthesius, Fürsorgerecht, Berlin 1928, S. 110 f; vgl. Menger, Das Verfahren bei Unterbringung in einer Arbeitsanstalt auf Grund des § 20 der Fürsorgepflichtverordnung vom 13.2.1924, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 13 (1937/38), S. 286 f.

64 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7670, S. 4; siehe auch Nr. 8368.

staltspflege in Breitenau. Die Einweisungen nach Breitenau hätten sich als "ausgezeichnetes Druckmittel" erwiesen.<sup>65</sup>

Ab Frühjahr 1936 lieferten insbesondere das Kasseler und das Frankfurter Fürsorgeamt verstärkt Frauen nach Breitenau ein, die, wie die Breitenauer Direktion schrieb, "infolge ihres sittlichen Verschuldens in stärkerem Maße der öffentlichen Fürsorge anheimgefallen sind, jede Arbeit beharrlich verweigern und der Unzucht nachgehen".<sup>66</sup> Unter "Bezug von Fürsorgeleistungen" verstanden die Kommunalverwaltungen nun nicht nur, wie zuvor in der Weimarer Republik, den laufenden Bezug von Armenunterstützung für eine Person oder deren Angehörige, sondern auch die Kosten einer freiwilligen oder zwangsweisen Krankenhausbehandlung wegen Geschlechtskrankheiten. Dadurch gelang es den Fürsorgeämtern, als Prostituierte verdächtige Frauen, die nie um Fürsorgeunterstützung nachgesucht hatten, als "arbeitsscheue Fürsorgeempfänger" in Breitenau einzusperren.<sup>67</sup> Im Einzelfall genühten schon nicht bezahlte Krankenhauskosten von 35 Mark als Vorwand für mehrmonatige Arbeitshausunterbringung einer sich "herumtreibenden" jungen Frau.<sup>68</sup> Die positiven Errungenschaften des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten von 1927 wurden durch diese Praxis der Fürsorgeämter faktisch rückgängig gemacht. Die Hauptintention dieses Gesetzes war, durch Entkriminalisierung der Prostitution die medizinische Behandlung von Geschlechtskrankheiten zu einer angstfreien, nichtrepressiven Vertrauensangelegenheit zwischen Arzt und Patientin zu machen. Im Nationalsozialismus mußten Frauen, die wegen Geschlechtskrankheiten behandelt wurden, dann damit rechnen, von Fürsorgeämtern als "arbeitsscheue Fürsorgeempfänger" in eine Arbeitsanstalt zwangseingewiesen zu werden. Die für Prostituierte seit 1927 faktisch abgeschaffte strafrechtliche Arbeitshausunterbringung war lediglich durch die fürsorgerechtliche Arbeitshausunterbringung ersetzt worden. In einem Fall wurde eine Frau, die bereits 1925 nach einer richterlichen Verurteilung wegen Prostitution als Korrigendin nach Breitenau eingewiesen worden war, im Jahre 1936 nun von der Fürsorge als "hochgradig

---

65 StA Hamburg, Sozialbehörde I, VT 36.11, 10.5.35.

66 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 128, S. 45.

67 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7862, S. 36; Nr. 7901, S. 7; Nr. 7997, S. 6; Nr. 8011, S. 3; Nr. 8309, S. 2; zu den Einweisungen aus Frankfurt siehe Stadtarchiv Frankfurt, Wohlfahrtsamt, Nr. 106, S. 202-206.

68 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8688, S. 19.



arbeitsscheue und sittlich vollständig verwahrloste" Prostituierte zwangseingewiesen.<sup>69</sup>

Bereits 1938 wurden in Breitenau untergebrachte Prostituierte vom Kasseler Fürsorgeamt als "asoziale Volksschädlinge" bezeichnet.<sup>70</sup> Prostitution wurde nicht nur als sittliche Verwahrlosung definiert, sondern, vor allem nach Kriegsbeginn, zunehmend auch als Arbeitsverweigerung.<sup>71</sup> Aus einem Unterbringungsantrag des Frankfurter Fürsorgeamts gegen eine 34jährige Frau, die wiederholt auf Kosten des Fürsorgeamts wegen Gonorrhö behandelt werden mußte: "Alle Besserungsversuche hatten bei der F. keinerlei Erfolg. Einen bürgerlichen Beruf hat sie nicht erlernt, und sie ist, seitdem sie sich hier in Ffm. aufhält, noch nie einer geregelten und anständigen Arbeit nachgegangen. Das Verhalten der F. ist für die öffentliche Fürsorge und die Volksgemeinschaft nicht mehr tragbar. Sie bedeutet für die Allgemeinheit eine ernsthafte gesundheitliche Gefahr. Die Unterbringung in eine öffentliche Arbeitsanstalt ist deshalb dringend geboten."<sup>72</sup>

Jüdische Herkunft sah das Frankfurter Fürsorgeamt als strafverschärfend an. In einem vom Frankfurter Stadtrat Fischer-Defoy unterzeichneten Unterbringungsantrag aus dem Jahre 1939 gegen eine 33jährige arbeitslose Hausangestellte hieß es: "Sie hätte durchaus die Möglichkeit, als Hausangestellte in einem jüdischen Haushalt zu arbeiten. Durch ihre Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse hätte sie alle Ursache, ein ordentliches Leben zu führen und nicht der öffentlichen Fürsorge und sonstigen Behörden zur Last zu fallen."<sup>73</sup>

1936 besuchten Bedienstete des Fürsorgeamts der Stadt Kassel wiederholt die Breitenauer Anstalt, um die von diesem Amt häufig genutzte Internierungsmöglichkeit zu besichtigen.<sup>74</sup> Allein im Rechnungsjahr 1936/37 brachte der Bezirksfürsorgeverband Kassel-Stadt 32 Frauen und 23 Männer zwangsweise in Breitenau unter.<sup>75</sup> Insgesamt wurden in diesem Jahr von verschiedenen Kommunen 50 männliche und 33 weibliche Personen nach Breitenau zwangseingewiesen. Die Unterbringungsdauer betrug in der Regel ein Jahr. Danach wurden die Untergebrachten von der einweisenden Kommunal-

---

69 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8380.

70 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9401, S. 7 RS.

71 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8531, S. 7; Nr. 8281, S. 9 RS.

72 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8074, S. 7.

73 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8752, S. 7 RS.

74 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9736, S. 240.

75 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1936.

verwaltung mit der Auflage "beurlaubt", sich sofort beim zuständigen Arbeitsamt zur Arbeitsvermittlung zu melden.<sup>76</sup> Bisweilen sprachen Fürsorgeämter bei einer solchen "Beurlaubung" unverhohlene Drohungen aus: "Sollten Sie wider Erwarten in ihre früheren Gewohnheiten zurückfallen, so lasse ich Sie schon heute darüber nicht im unklaren, daß der Staat über weit schärfere Erziehungsmaßnahmen verfügt, die dann gegen Sie angewendet werden müßten", schrieb das Frankfurter Fürsorgeamt im Dezember 1938 anlässlich der "Beurlaubung" eines 40jährigen Arbeiters aus Breitenau.<sup>77</sup>

Die Zwangsunterbringung durch Fürsorgeämter erreichte im Rechnungsjahr 1937/38 ihren Höhepunkt, als 105 "arbeitsscheue Fürsorgeempfänger" nach Breitenau eingewiesen wurden, eine größere Zahl als in der gesamten Weimarer Republik. Danach gingen die Einweisungsziffern dieser In-sassengruppe zurück. Neben dem tatsächlichen Rückgang der Zahl der Fürsorgeempfänger infolge des rüstungsbedingten wirtschaftlichen Aufschwungs verringerten sich die Einweisungen nach Breitenau durch die ab Dezember 1937 mögliche Konzentrationslagereinweisung von "Asozialen" im Rahmen der kriminalpolizeilichen Vorbeugungshaft. Das Kasseler Fürsorgeamt nutzte bis Kriegsende sowohl die fürsorgerechtliche Arbeitshausunterbringung in Breitenau wie auch KZ-Einweisung mittels kriminalpolizeilicher Vorbeugungshaft. Noch 1944 lassen sich Zwangseinweisungen von Kasseler Fürsorgeempfängern nach Breitenau belegen.<sup>78</sup>

Die wenigen Privilegien, die in Breitenau untergebrachte Fürsorgeempfänger traditionell gegenüber den Korrigenden hatten, wurden im Nationalsozialismus abgeschafft. Ein geflüchteter Fürsorgeempfänger berichtete 1938 in einer Beschwerde, daß der sonntägliche Ausgang grundsätzlich erst nach drei Monaten gewährt, aber auch oft ohne Grund verweigert werde. Während des Zweiten Weltkriegs wurde der Ausgang sogar ganz abgeschafft.<sup>79</sup>

---

76 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7984, S. 18; Nr. 8132, S. 22; Nr. 8002, S. 11.

77 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8534, S. 55; siehe auch Nr. 8985, S. 19; Nr. 9159, S. 33.

78 StA Marburg, Bestand 401, Acc. 1988/73, Nr. 73.

79 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 121, S. 43, S. 75; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8171, S. 20; Nr. 8552, S. 12.

## Die Aktion "Arbeitsscheu Reich"

Bis zum Sommer 1938 setzten die Nationalsozialisten bei der Unterdrückung von Fürsorgeempfängern, Wohnungslosen, Bettlern, Landstreichern und Prostituierten auf die althergebrachte Arbeitshaushaft, die allerdings durch den Erlass der "Maßregeln der Sicherung und Besserung" mit der Möglichkeit zur lebenslänglichen Internierung erheblich verschärft worden war. Doch trotz dieser Verschärfungen trug diese Form der Asozialenbekämpfung noch immer die alten Merkmale: Ergreifen der Delinquenten durch die Polizei, Verurteilung durch Amtsrichter, kurze Haft und sich anschließende *korrektionelle Nachhaft* in den Arbeitshäusern.

Spätestens 1938, in einer Zeit des sich dramatisch verschärfenden Arbeitskräftemangels, ging es den Machthabern darum, den letzten Rest der noch arbeitslosen Bevölkerung voll und ganz in den Arbeitsprozeß zu integrieren, nötigenfalls mit Gewalt. Das Jahr 1938 brachte eine ganze Palette aufeinander abgestimmter Maßnahmen zur Arbeitskräftebeschaffung wie allgemeine Dienstpflicht, Meldepflicht für Schulabgänger und Pflichtarbeit für Empfänger von Arbeitslosenunterstützung. In dieser Phase unmittelbarer Kriegsvorbereitungen, die einen verschärften Zugriff auf die Arbeitskraft der Bevölkerung brachte, durften sich nicht einmal körperlich abgebaute Landstreicher dem "Aufbauprozeß des Deutschen Volkes" entziehen. Jeder ohne festen Wohnsitz Lebende wurde jetzt als "Arbeitssaboteur" verfolgt.

Eine vollständige Beseitigung der Bettler und Landstreicher wäre durchaus auch auf der alten strafrechtlichen Schiene mittels gegebenenfalls lebenslänglicher Arbeitshaushaft möglich gewesen. Im allgemeinen Gerangel um Arbeitskräfte wollte die SS die unter den noch in Freiheit lebenden Wohnungslosen vermuteten Arbeitskräfte nicht der Justiz überlassen. Die SS hatte die Absicht, die "Asozialen" in den ihr unterstehenden Konzentrationslagern auszubeuten und schließlich durch mörderische Zwangsarbeit zu vernichten. Grundlage für die Verschleppung von "Asozialen" in Konzentrationslager bildete der "Grundlegende Erlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei" vom 14. Dezember 1937.<sup>80</sup> Dieser von Reichsinnenminister

---

80 Der Reichs- und Preußische Minister des Innern, Pol. S-Kr. 3 Nr. 1682/37- 2098, in: Reichssicherheitshauptamt - Amt V - (Hrsg.), Vorbeugende Verbrechensbekämpfung - Erlaßsammlung - . Bearbeitet von SS-Hauptsturmführer Kriminalrat Richrath im Reichssicherheitshauptamt, o.O., o.J. (Berlin 1943), S. 41; im folgenden als Erlaßsammlung Vorbeugende Verbrechensbekämpfung zitiert; vgl. Gerhard Werle, 1989, S. 489-492.

Frick unterzeichnete Grunderlaß brachte erstmalig eine reichseinheitliche Regelung der gegen "Berufsverbrecher" schon seit 1933 angewandten polizeilichen Vorbeugungshaft. Wichtigste Neuerung war die Ausdehnung der Vorbeugungshaft auf "Asoziale".<sup>81</sup>

### *Die Gestapoaktion vom Frühjahr 1938*

Zunächst griff allerdings im Frühjahr 1938 auf Befehl Himmlers die Gestapo auf "Arbeitsscheue" zu.<sup>82</sup> Bei dieser Verhaftungsaktion sind hauptsächlich bei den Arbeitsämtern aktenkundige "Arbeitsscheue" und die Fürsorgepflichtarbeiter der Kommunen erfaßt worden. Die örtlichen Arbeitsämter wurden angewiesen, die ihnen bekannten "Arbeitsscheuen" festzustellen und den Staatspolizeistellen zu melden. Außerdem sollten die Gestapostellen von sich aus Ermittlungen über die in ihrem Bezirk wohnenden "arbeitsscheuen Elemente" anstellen und sich mit Ortspolizei, Kriminalpolizei, Wohlfahrtsämtern sowie den Dienststellen der NS-Volkswohlfahrt in Verbindung setzen. In erster Linie sei es aber Aufgabe der örtlichen Arbeitsämter die "Arbeitsscheuen" festzustellen. Die ermittelten Personen wurden von der Gestapo in Schutzhaft genommen und dem Konzentrationslager Buchenwald überstellt. Bereits am 21. April, dem ersten Tag der Razzia, traf im Konzentrationslager Buchenwald der erste Transport mit 21 Verhafteten ein.<sup>83</sup> Im Mai 1938 stieg die Zahl der "Arbeitsscheuen" in Buchenwald steil an, am 12. Juni - dem Tag vor dem Beginn der noch zu schildernden Großrazzia der Kriminalpolizei - verzeichneten die Buchenwalder Häftlingsstatistiken bereits 1 930 "Arbeitsscheue Reich".<sup>84</sup>

- 
- 81 Zur Geschichte der Vorbeugungshaft vgl. die juristische Dissertation von Karl-Leo Terhorst, *Polizeiliche planmäßige Überwachung und polizeiliche Vorbeugungshaft im Dritten Reich*, Diss. Heidelberg 1985; vgl. auch die noch ganz im Geiste der "Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" geschriebene Dissertation von Götz Leonhard, *Die vorbeugende Verbrechensbekämpfung im nationalsozialistischen Staat und ihre Lehren für die Zukunft*, Diss. Mainz 1952; vgl. Nebe, *Aufbau der deutschen Kriminalpolizei*, in: *Kriminalistik* 12 (1938), S. 4-8.
- 82 Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern, B. Nr. S-PP (II E) - 7677/37g, 26.1.1938, in: *Erlaßsammlung Vorbeugende Verbrechensbekämpfung*, S.46; vgl. Götz Leonhard, 1952, S. 48; vgl. Gerhard Werle, 1989, S. 522.
- 83 Bundesarchiv Koblenz, NS 4, Bu/137.
- 84 Bundesarchiv Koblenz, NS 4, Bu/137. Falk Pingel nennt als Größenordnung der Gestapoaktion nur ca. 1 500 Verhaftungen, vgl. Falk Pingel, *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*, Hamburg 1978, S. 71.



*Wegen Landstreicherei in Breitenau inhaftiert...*

Die Verhaftungen der Gestapo erstreckten sich auch auf Fürsorgeempfänger, die bereits in Arbeitsanstalten interniert waren. Am 14. März 1938 trafen sich in Berlin Ministerialrat Fritz Ruppert von der Fürsorgeabteilung des Reichsinnenministeriums und Ministerialrat Zindel vom Hauptamt Sicherheitspolizei zu einer Besprechung über den Arbeitseinsatz für "Zwecke des Vierjahresplans" von bereits aufgrund § 20 Reichsfürsorgepflichtverordnung in Arbeitsanstalten zwangsuntergebrachten Fürsorgeempfängern. Zu der Besprechung zog man auch den Hauptreferenten Zengerling vom Deutschen Gemeindetag hinzu. Die Herren vereinbarten einen Erlaß über die Herausgabe der in Arbeitsanstalten der Fürsorgeverbände untergebrachten Personen an die Gestapo.<sup>85</sup> Die Leiter der Arbeitsanstalten wurden angewiesen, der Gestapo bis Anfang April 1938 eine Liste der aufgrund § 20 Reichsfürsorgepflichtverordnung zwangsweise Untergebrachten zuzustellen und die betreffenden Personen an die Gestapo auszuliefern. In den Listen seien diejenigen Personen kenntlich zu machen, die zur Fortführung eines eventuell mit der Arbeitseinrichtung verbundenen landwirtschaftlichen Betriebs unentbehrlich seien. Die endgültige Entscheidung über die Auslieferung blieb jedoch der Gestapo vorbehalten. Die Kasseler Bezirksverwaltung sandte diesen Erlaß Ende März 1938 nach Breitenau und ermächtigte die Anstaltsleitung, der Gestapo eine Insassenliste zu übersenden. Dabei sei jedoch zum Ausdruck zu bringen, "daß diese Personen zur Bewältigung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten der Anstalt restlos gebraucht würden".<sup>86</sup> Die Gestapo nahm daraufhin von einer Verlegung Breitenauer Insassen Abstand, da diese dort "im Interesse des Vierjahresplanes Verwendung finden".<sup>87</sup>

### *Die 'Juniaktion' der Kriminalpolizei*

Unter dem Datum vom 1. Juni 1938 verschickte das Reichskriminalpolizeiamt einen von Heydrich unterzeichneten und als "streng vertraulich" gekennzeichneten Schnellbrief an die Kriminalpolizeileitstellen. "Da das Verbrechen im Asozialen seine Wurzeln hat und sich fortlaufend aus ihm ergänzt, hat der Erlass des RuPrMdl. v. 14. Dezember 1937 ... der Kriminalpolizei weitgehende Möglichkeiten gegeben, neben den Berufsverbrechern auch

---

85 Der Reichs- und Preußische Minister des Innern, Nr. VW I 4/38, 7226, 14.3.1938, Bundesarchiv Koblenz, R 36/1860.

86 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverwaltung], Nr. 141, Bd. 1, S. 118 RS.

87 Dies ergibt sich aus einem Schreiben der Anstaltsleitung an das Bezirksfürsorgeamt Dietz vom 24.5.1938, Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8063, S. 12.

alle asozialen Elemente zu erfassen, die durch ihr Verhalten der Gemeinschaft zur Last fallen und sie dadurch schädigen. Ich habe aber feststellen müssen, daß der Erlaß bisher nicht mit der erforderlichen Schärfe zur Anwendung gebracht worden ist. Die straffe Durchführung des Vierjahresplanes erfordert den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und läßt es nicht zu, daß asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren."<sup>88</sup> In der Woche von 13. bis 18. Juni 1938 seien pro Kriminalpolizeileitstellenbezirk "mindestens 200 männliche arbeitsfähige Personen (asoziale) in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen". Landstreicher, Bettler, Zuhälter und Zigeuner zählte der Erlaß ausdrücklich auf. "In erster Linie sind bei der Anwendung der polizeilichen Vorbeugungshaft Asoziale ohne festen Wohnsitz zu berücksichtigen", hatte das Reichskriminalpolizeiamt in Richtlinien vom 4. April 1938 bereits festgelegt.<sup>89</sup> Die vorliegenden Zahlen einzelner Regionen zeigen, daß die unteren Kriminalpolizeistellen oft weit mehr als die von Heydrich im Schnellbrief vom 1. Juni 1938 geforderte Mindestzahl von zweihundert "Asozialen" verhafteten. So ordnete die Kriminalpolizeistelle Frankfurt an, die Aktion sei nicht auf die in Heydrichs Erlaß genannten Personengruppen zu beschränken, man solle vielmehr alle "arbeitslosen männlichen Asozialen" erfassen.<sup>90</sup>

Allein im Gebiet des zum Kriminalpolizeileitstellenbezirk Frankfurt gehörenden Kriminalpolizeibezirks Kassel verhaftete man 152 "asoziale" Männer.<sup>91</sup> Der jüngste der im Kasseler Kriminalpolizeibezirk verhafteten "Asozialen" war gerade achtzehn Jahre alt, der älteste 67 Jahre. Das Durchschnittsalter lag bei 38 Jahren; die Hälfte war älter als 36 Jahre. In den Formularen zur "Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft" gab die Kasseler Kriminalpolizei beispielsweise über einen 27jährigen Arbeiter an: "F. ist ein arbeitsscheuer Mensch. Er zieht planlos im Lande umher und lebt vom Betteln. Einer geregelten Arbeit ist er bisher noch nie nachgegangen. Die Allgemeinheit muß vor ihm geschützt werden."

---

88 Reichskriminalpolizeiamt, Tgb. Nr. RKPA 6001/295.38, 1. Juni 1938, Erlaßsammlung Vorbeugende Verbrechensbekämpfung.

89 Reichskriminalpolizeiamt, Tgb. Nr. RKPA 6001 250/38, 4.4.1938, Richtlinien des Reichskriminalpolizeiamtes über die Durchführung der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung vom 4.4.1938, Erlaßsammlung Vorbeugende Verbrechensbekämpfung, S. 71; vgl. Gerhard Werle, 1989, S. 523.

90 Staatliche Kriminalpolizei, Kriminalpolizeileitstelle Frankfurt, 4.6.1938, StA Marburg, Bestand 180 (Hofgeismar), Nr. 3652.

91 StA Marburg, Bestand 165, Nr. 3982, Bd. 16, S. 547 f.

Fast gleichlautend die Begründung bei einem 45jährigen Kaufmann: "D. ist ein arbeitsscheuer Mensch, der einer geregelten Arbeit nie nachgegangen ist. Er lebt vom Betteln, lebt planlos im Lande umher und überläßt die Sorge für seine Unterhaltung der Allgemeinheit."

Die Insassen des Arbeitshauses Breitenau waren von der Verhaftungsaktion der Kriminalpolizei nicht direkt betroffen. Die Großrazzia bezog sich jedoch weitgehend auf einen Personenkreis, der zuvor gewöhnlich nach Breitenau gebracht wurde. So sollte der 31jährige Karl H. aus Kassel ursprünglich als entmündigter Alkoholiker in Breitenau zwangsuntergebracht werden. Der Mann wurde dann aber vor seiner Einlieferung nach Breitenau im Rahmen der Aktion "Arbeitsscheu Reich" verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht.<sup>92</sup>

Von den 152 im Kasseler Regierungsbezirk verhafteten "Asozialen" hatten mindestens sechs in den zurückliegenden Jahren Bekanntschaft mit der Breitenauer Anstalt machen müssen. So der bei seiner Verhaftung 41jährige Maurer Eugen D., der bis Mai 1936 eine einjährige Arbeitshaushaft verbüßte, zu der er von einem Amtsgericht im Zusammenhang mit seiner fünften Bestrafung wegen Bettelei bzw. Landstreicherei verurteilt worden war.<sup>93</sup> Ein weiterer Bettler, der 39jährige Wilhelm Q., saß von November 1935 bis Ende Oktober 1937 in Breitenau. Er hatte eine Vorstrafenliste mit neun Betteleidelikten vorzuweisen und war zuvor bereits einmal in einem Arbeitshaus gefangengehalten worden. Wilhelm Q. war ein kranker Mann und haftunfähig; er wurde wegen eines chronischen Magenleidens vorzeitig aus Breitenau entlassen und ins Stadtkrankenhaus Kassel überwiesen.<sup>94</sup> Sieben Monate später wurde er von der Kriminalpolizei als "Arbeitsscheuer" ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt.

Die Gesamtzahl der verhafteten "Arbeitsscheuen" gab SS-Oberführer Ulrich Greifelt, Amtschef der Dienststelle "Vierjahresplan" im persönlichen Stab des Reichsführers-SS, mit "weit über 10 000" an. Angesichts der vorliegenden Teilzahlen ist dies eine durchaus glaubwürdige Größenordnung.<sup>95</sup>

---

92 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 97, 3.6.1938.

93 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7943.

94 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9015.

95 Nürnberger Dokumente NO-5591, S. 10; Greifelt bezog sich allerdings sowohl auf die Gestapoaktion wie auf die Aktion der Kriminalpolizei; Kühnrich nennt die Zahl von 11 000 Verhafteten, vgl. Heinz Kühnrich, Der KZ-Staat. Die faschistischen Konzentrationslager 1933-1945, Berlin 1980, S. 57; vgl. H. Buchheim, Die Aktion "Arbeitsscheu Reich", in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. II, Stuttgart 1966, S. 189-195; vgl. Wolfgang Ayaß, "Ein Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin". Die Aktion "Arbeitsscheu



Nach der Aktion "Arbeitsscheu Reich" vom Sommer 1938 gingen in Breitenau die Einweisungszahlen von Korrigendinnen und Korrigenden rapide zurück.<sup>96</sup>

Einweisungen von Korrigendinnen und Korrigenden ins Arbeitshaus Breitenau:

	Männer	Frauen
1933	92	1
1934	115	7
1935	156	15
1936	170	8
1937	132	8
1938	115	1
1939	58	5
1940	35	0
1941	34	1
1942	32	0
1943	16	4
1944	4	11
1945	1	2

Auch die Zahl der in Breitenau zwangsuntergebrachten Fürsorgempfänger fiel, nachdem sowohl das Kasseler wie auch das Frankfurter Wohlfahrtsamt einzelne Personen der Kriminalpolizei zur Verhängung der, für die Stadtverwaltungen kostengünstigeren, Vorbeugungshaft meldete.<sup>97</sup> Als das Kasseler Wohlfahrtsamt 1940 eine "asoziale Familie" auflöste, wurde der Ehemann als Vorbeugungshäftling in ein Konzentrationslager gebracht, die Ehefrau dagegen als "arbeitsscheue Fürsorgeempfängerin" nach Breitenau.<sup>98</sup> Bei dem 36jährigen Wilhelm R. und dem 56jährigen Karl L., die als "arbeitsscheue Fürsorge-

---

Reich" 1938, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 6, Berlin 1988, S. 43-74.

96 Nach Aufnahmebuch 1895-1945, Archiv der Gedenkstätte Breitenau; der Rückgang der Breitenauer Ziffern deckt sich mit dem Rückgang der Einweisungszahlen im Arbeitshaus Vaihingen, vgl. Friedrich U. Grieb/ Ernst A. Schmidt, 1985, S. 95.

97 Bundesarchiv Koblenz, R 36/1864, 2.12.1940.

98 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8510, S. 12; siehe auch Nr. 8501, S. 8.

empfänger" in Breitenau zwangsuntergebracht waren, läßt sich nachweisen, daß sie 1939 auf Antrag des Frankfurter Fürsorgeamts in Vorbeugungshaft genommen und von Breitenau aus in ein Konzentrationslager überführt wurden.<sup>99</sup>

Nachdem auch die Polizei aufgegriffene Wohnungslose meist nicht mehr der Justiz zur Bestrafung zuführte, sondern als kriminalpolizeiliche Vorbeugungshäftlinge direkt in die Konzentrationslager einwies, verloren die alten Arbeitshäuser bei der Bettler- und Landstreicherbekämpfung ihre zentrale Rolle. 1939 sprachen die Richter im gesamten "Großdeutschen Reich" nur noch 706 Arbeitshauseinweisungen aus; 1940 sogar nur 476 Einweisungen.<sup>100</sup> Die Justiz ihrerseits brachte die wenigen Korrigenden, die sie noch in ihre Verfügungsgewalt bekommen konnte, ab Herbst 1938 nicht mehr in Arbeitshäusern, sondern in eigenen Lagern unter.

## Das Justizlager Rodgau

Am 4. und 11. April 1939 wurden insgesamt 67 männliche Breitenauer Korrigenden in zwei Bahntransporten in das Justizgefangenenlager Rodgau bei Dieburg abtransportiert.<sup>101</sup> Dieses Lager war im April 1938 eingerichtet worden. Die Gefangenen führten dort Meliorations- und Flußregulierungsarbeiten aus.<sup>102</sup> Das Lager war im Juni 1938 mit 500 Gefangenen belegt und sollte laut einem Brief des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium Roland Freisler an die Generalstaatsanwälte zu einer Größenordnung von 3 500 Gefangenen ausgebaut werden.<sup>103</sup> Zum Ausbau des Lagers zog die Justizverwaltung auch die ihr seit Erlaß der "Maßregeln der Sicherung und Besserung" unterstehenden Arbeitshaushäftlinge heran, die einen eigenen Lagerblock mit fünfhundert Ge-

---

99 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8671; Nr. 9024.

100 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1940, 1941/42.

101 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9773, 9.5.1939; Namensliste in Nr. 133, S. 136; Nr. 9773, S. 107-109; 13 der Abtransportierten kamen später mit ihren Akten wieder nach Breitenau zurück; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 141, Bd. 1, S. 156.

102 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 118, S. 177.

103 Vgl. Lothar Bembeneck, Das Strafgefangenenlager Rollwald Nieder-Roden, in: Die Grünen im Landtag (Hessen), 1984, S. 145-152.

fängenen stellen mußten.<sup>104</sup> Da die Justiz seit 1934 die Verfügungsgewalt über die Korrigenden hatte und seitdem ohnehin für die Unterbringungskosten aufkommen mußte, konnte sie diese ohne weiteres auch in justizeigenen Lagern oder Anstalten unterbringen. Der Bezirkskommunalverband Kassel und mit ihm die Breitenauer Anstaltsleitung waren deshalb machtlos, als der Kasseler Generalstaatsanwalt Ende März 1939 die Herausgabe von Korrigenden forderte: "Ich bitte, von den zur Verfügung gehaltenen arbeitsfähigen, zum Einsatz für Meliorations-, Flußregulierungs- und Entwässerungsarbeiten geeigneten Arbeitshausgefangenen der dortigen Anstalt 67 Arbeitshausgefangene alsbald in das Gefangenenlager Rodgau Lager II (Rollwald) bei Dieburg zu überführen."<sup>105</sup>

In Breitenau war man von der Aufforderung zur Abgabe von Arbeitskräften nicht begeistert, weil aufgrund des allgemeinen Arbeitskräftemangels die Nachfrage von Bauern nach Arbeitskolonnen schon so groß geworden war, daß man den für die Anstalt lukrativen Arbeitskräfteanforderungen bei weitem nicht nachkommen konnte. Die Anstaltsleitung bat, von der Verlegung Abstand zu nehmen, denn "die hier untergebrachten Arbeitshausgefangenen werden ausschließlich mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt, was einmal für die Sicherstellung der Ernährung im Rahmen des Vierjahresplans dient und zum anderen Leute für die landwirtschaftlichen Arbeiten heranbildet, was wiederum der Landwirtschaft zu gute kommt".<sup>106</sup> Die Hinweise auf die "Sicherstellung der Ernährung im Rahmen des Vierjahresplanes" durch die Arbeitsanstalt Breitenau nutzten diesmal nichts. Die Anstalt mußte etwa ein Viertel ihrer Korrigenden (67 von 251) abgeben. Die Personen, die nach Rodgau abtransportiert wurden, konzentrierten sich deutlich bei den jüngeren Altersklassen. Das Durchschnittsalter der Abtransportierten lag bei 38 Jahren, während das Durchschnittsalter sämtlicher männlicher Korrigenden der Anstalt zu diesem Zeitpunkt bei über 51 Jahren lag. Die Anstalt mußte ihre besten Arbeitskräfte an das Justizlager Rodgau abgeben.<sup>107</sup>

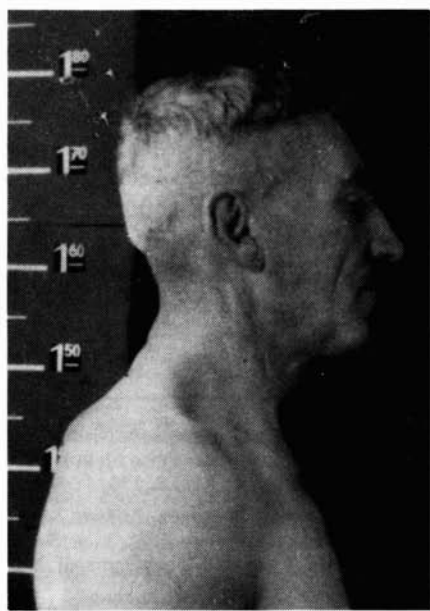
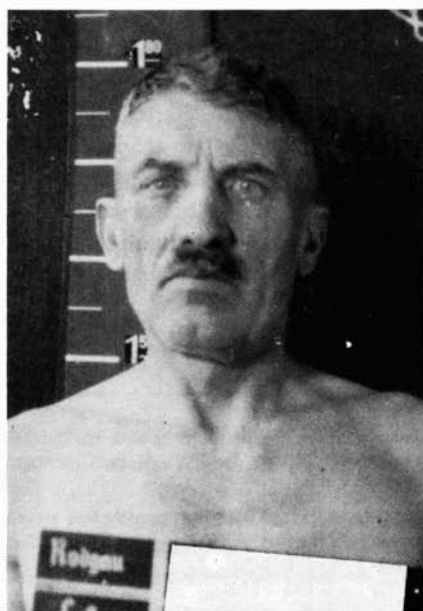
---

104 Diese 500 Korrigenden sollen laut einer Angabe des Reichsjustizministeriums ein Siebtel aller Arbeitshausgefangenen im Reich gewesen sein, vgl. Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 118, S. 179.

105 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9773, 29.3.1939; ursprünglich waren bereits im November 1938 vom Generalstaatsanwalt Kassel 80 Gefangene angefordert worden, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 141, Bd. 1, S. 149.

106 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9773, 8.11.1938.

107 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1939.



*Im Lager Rodgau aufgenommene Häftlingsfotos Breitenauer Korrigenden*

Dieser Abtransport war Teil einer monatelang vorbereiteten Verlegungsaktion aus Arbeitshäusern des gesamten Reichs. Im August 1938 hatte das Reichsjustizministerium die Generalstaatsanwälte in Breslau, Celle, Dresden, Düsseldorf, Kassel, Köln und Stuttgart aufgefordert zu überprüfen, wieviele Arbeitshausgefangene aus den Arbeitshäusern abgezogen werden könnten. "Im Hinblick auf die steigende Anforderung von Gefangenen zur Durchführung von volkswirtschaftlichen Arbeiten wird erwogen, im Gefangenenlager Rodgau neben Gefängnisgefangenen auch einen Teil der Arbeitshausgefangenen einzusetzen, die in Anstalten anderer Verwaltungen auf Kosten der Justizverwaltung untergebracht sind."<sup>108</sup> Ebenfalls ab August 1938 wies die Justiz neuverurteilte männliche Korrigenden in der Regel direkt nach Rodgau ein.<sup>109</sup> Nur die zu den dort durchgeführten mörderischen Arbeiten ungeeigneten bzw. völlig ausgewerteten Korrigenden schob die Justizverwaltung nach Breitenau ab. Das Abschieben von in Rodgau als "lagerunfähig" eingeschätzten Korrigenden in die ursprünglich zuständigen Arbeitshäuser läßt sich auch für das württembergische Arbeitshaus Vaihingen nachweisen.<sup>110</sup> Erst 1942 gelang es der Breitenauer Direktion durch einen Vorstoß beim Generalstaatsanwalt in Frankfurt, die Konkurrenz des Lagers Rodgau zu beenden. Man erreichte, daß künftig wieder die wenigen neuverurteilten Korrigenden der zuständigen Oberlandesgerichtsbezirke direkt nach Breitenau eingeliefert wurden.<sup>111</sup>

In den Jahren 1939 bis 1944 erklärte die Rodgauer Lagerleitung vierzig Korrigenden für "lagerunfähig" und schob sie nach Breitenau ab. Dreizehn von ihnen waren ursprünglich von Breitenau aus nach Rodgau transportiert worden, die anderen hatten die Arbeitshaushaft direkt im Lager Rodgau begonnen. Während aus Breitenau nur gesunde und arbeitsfähige Männer nach Rodgau geschickt werden durften, kamen von dort nur Kranke und Arbeitsunfähige zurück.

---

108 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9773, 23.8.1938; ebenfalls Bundesarchiv Koblenz, R 36/1857, 23.8.38.

109 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9749; Erlaß des Reichsministers der Justiz vom 23.8.38, III s 43196, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 141, Bd. I, S. 146; vgl. Friedrich K. Grieb/ Ernst A. Schmidt, 1985, S. 102.

110 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1939; HStA Stuttgart, E 151 c II, Bü 46, 16.12.41.

111 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9773, 8.5.1942.

Unter den dreizehn aus dem Rodgauer Lager nach Breitenau zurückgebrachten Korrigenden befand sich auch der 50jährige Georg H.<sup>112</sup> Er war Metzger, hatte sich aber seit zwei Jahrzehnten hauptsächlich als landwirtschaftlicher Wanderarbeiter durchgeschlagen und ging, wenn es sein mußte, auch betteln. 1935 saß Georg H. schon einmal im Arbeitshaus Breitenau. Damals hatte ihn ein Dorfpfarrer bei der Polizei denunziert, als er in betrunkenem Zustand im Pfarrhaus um Brot bettelte. Als der Polizeidiener ihn festnehmen wollte, kam es zu einer heftigen Rauferei. Georg H. wurde wegen Widerstand und Landstreicherei mit sechs Wochen Haft und anschließender Arbeitshausunterbringung bestraft. Obwohl Georg H. seit 1913 insgesamt neunzehnmal wegen Bettlei und Landstreicherei vor Gericht gestanden hatte, war dies seine erste Arbeitshaushaft. Im Laufe der Jahre hatte er noch einige Strafen wegen anderer Delikte erhalten, die durchweg mit seiner Obdachlosigkeit zusammenhingen, wie Zureisen ohne Erlaubnis, Verstoß gegen Paßvorschriften und, weil er ein Messer mit sich führte, "verbotenem Waffentragen". Aus dem Rahmen fiel lediglich eine Bestrafung wegen Urkundenfälschung, die ihm sechs Monate Gefängnis einbrachte.

Für die siebzehn Strafen wegen Betteleidelikten, die er von 1913 bis zum Beginn der verstärkten Bettlerverfolgung im September 1933 erhalten hatte, wurden zusammen einhundert Tage Haft ausgesprochen. Die Zeit, die er 1935 bei seiner ersten Verurteilung zu Arbeitshaushaft hinter Schloß und Riegel verbringen mußte, war mit vierzehn Monaten insgesamt länger als die gesamte Haftzeit seiner 28 Vorstrafen. Trotzdem hatte Georg H. Glück. Weil er sich in Breitenau "hausordnungsgemäß" führte, kam er schon nach etwas mehr als einem Jahr wieder frei. Als er im Sommer 1936 mit 14,10 RM Entlassungsgeld wieder arbeits- und wohnungslos auf der Straße stand, merkte er bald, daß es in Deutschland nun kaum noch möglich war, sich als Wanderarbeiter ungehindert zu bewegen. Bewegungsfreiheit für 'Wanderer' gab es allenfalls noch in der Form des reglementierten 'geordneten Wanderns'.

Als 'geordneter Wanderer' galt, wer sich ein Wanderbuch besorgte und sich dort Übernachtungen und empfangene Fürsorgeleistungen eintragen ließ. Wanderbücher waren auf freiwilliger Basis schon seit Jahrzehnten in Gebrauch und ursprünglich aus den Wanderbüchern der wandernden Handwerksgesellen hervorgegangen. Die Wanderbücher wurden während des Nationalsozialismus

---

112 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8359.

Obdachlos gemeldet vom 13/14. 12. 37 Rheinbollen (Hunsrück) Gregori Bingen a. Rhein	Herberge zur Heimat 16. 11. 1937 Rantag, 8 u. 6 MAINE	Obdachlos gemeldet in Cronberg L. Ts. am 21. 1. 38 Hofmann	Herberge zur Heimat 31. JAN. 1938 * Friedberg L. H. *
Kath. Aschwanen Herberge zur Heimat 17/18. 12. 37 Völs (Hunsrück)	Obdachlos Butzbach (Hunsrück) vom 36. 12. 37	Obdachlos 20. Jan. 1938 (Hunsrück)	Obdachlos Butzbach 31. 1. 38
Zentral-Herberg C. Knatz 10. DEZ 1937 Oppenheim a. Rhein	Obdachlos 2/12. 12. 37 (Hunsrück)	Obdachlos 15/16. 2. 38 Tige, Polizeidienst Brandoberndorf	Obdachlos gemeldet Stützverwaltung Badamar, den 10/11. 2. 38 (Hunsrück)
Obdachlos 23. Dez 1937 (Hunsrück)	Obdachlos in Bad-Nauheim vom 9. 12. 37	Obdachlosen-Asyl 15/16. 2. 38	Übernachtet vom 16. bis 17. (Hunsrück)
Herberge zur Heimat 25. DEZ 1937 * Friedberg L. H. *	Obdachlos 21/22. Jan. 38 Nassau-Lahn	Nassau-Lahn Übernachtet Datum 19/1. 38	Obdachlos gemeldet am 18/19. 2. 38 Pol. Verw. St. Goar
CARL PFLOGER Friedenskirche Cronberg, Nassau 27. 1. 38	Obdachlos vom 20/21. 2. 38 (Hunsrück)	Hattenheim (Rheingau) 27/28. 2. 38	Obdachlos vom 21/22. 2. 38 Rheinbollen (Hunsrück)

Aus dem Wanderbuch von Georg H.

Schritt für Schritt zu einem Pflichtausweis für Obdachlose.<sup>113</sup> Sie wurden in einigen Reichsgebieten von den Polizeibehörden, in anderen von der kirchlichen oder behördlichen Wandererfürsorge ausgegeben. Im November 1937 ließ sich Georg H. in der Wanderarbeitsstätte 'Roter Hamm' in Frankfurt, einer Fürsorgeeinrichtung für Obdachlose, ein solches Wanderbuch ausstellen.

Ein Obdachloser, der sich seine Übernachtungen in Herbergen, Asylen und Obdachloseneinrichtungen regelmäßig abstempeln ließ, war als "geordneter Wanderer" zumindest bis zur Aktion "Arbeitsscheu Reich" im Sommer 1938 vor Bestrafung wegen Landstreicherei einigermaßen geschützt. Mit seinem Wanderbuch reiste Georg H. im südhessischen Raum herum. In Friedberg und Butzbach übernachtete er häufig, mußte aber diese Städte immer wieder verlassen, weil der Aufenthalt in den Obdachlosenasylen und Wandererfürsorgeeinrichtungen in der Regel nur für ein bis drei Nächte gestattet war. Im Februar 1939 verhaftete ihn ein Polizist in Vilbel auf frischer Tat beim Betteln. Aus dem Urteil des Amtsgerichts Vilbel: "Der Angeklagte hat zwar bestritten, gebettelt zu haben, indem er angibt, er habe bei Metzgermeistern nach Arbeit gefragt und von ihnen immer eine verneinende Antwort, aber ein Stück Wurst erhalten. Der Zeuge (der Polizist, W.A.) hat ihn jedoch in ein Haus hineingehen sehen, wo er nach den Feststellungen des Zeugen nicht um Arbeit, sondern um eine Tasse Kaffee bat. Auch hat der Zeuge bei ihm Kupfermünzen im Betrag von etwa 0,50 RM gefunden, die in ein Tuch eingewickelt waren ... Es kann kein Zweifel bestehen, daß der Angeklagte das Geld zusammengebettelt hat."

Das Urteil lautete auf sechs Wochen Haft und Arbeitshausunterbringung. Georg H. blieb nur wenige Wochen in Breitenau, bis er ins Gefangenenerlager Rodgau überführt wurde. In einem Beurteilungsbogen des Lagers Rodgau wird seine Arbeitsleistung als "oberflächlich", sein Charakter als "hilflos, beschränkt und haltlos" geschildert. Seine letzte Straftat zeige "seine grenzenlose Unverschämtheit und Gerissenheit". Zur Abschreckung sei eine längere Haftzeit notwendig.

Im Februar 1940, nach etwa einem halben Jahr in Rodgau, transportierte man ihn wieder nach Breitenau zurück, weil er die harten Erdarbeiten in Rodgau nicht mehr leisten konnte. Georg H. war inzwischen ein todkranker Mann. Der Rodgauer Lagerarzt hatte hohen Blutdruck und Arteriosklerose festgestellt; bei seiner Rückkehr aus Rodgau wog er fast zehn Kilogramm weniger als bei seiner ersten Aufnahme in Breitenau. Auch in Breitenau erklärte ihn der Arzt

---

113 Vgl. Wetz, Die polizeiliche Bedeutung des Wanderbuches, in: Kriminalistische Monatshefte 9 (1935), S. 49-52.



zunächst für arbeitsunfähig, später mußte er "leichte Hofarbeiten" verrichten. Noch 1940 erlitt Georg H. einen Schlaganfall. Trotzdem dachte man in Breitenau nicht daran, ihn in ein Krankenhaus zu bringen. Direktor Sauerbier schrieb 1941 in einem Aktenvermerk, Georg H. dürfe während der Kriegsdauer nicht aus der Anstalt entlassen werden. Zu diesem Zeitpunkt hätte ihm eine Entlassung auch nichts genutzt, denn die Kriminalpolizeistelle Darmstadt hatte im Rahmen der "vorbeugenden Verbrechensbekämpfung durch die Polizei" angeordnet, daß sie vor einer Entlassung benachrichtigt werden müsse. Bei Entlassung aus Breitenau wäre er in kriminalpolizeiliche Vorbeugungshaft genommen und in ein Konzentrationslager überführt worden.

Bei einem Haftprüfungstermin im Januar 1942 schrieb die Direktion: "Georg H. ist ein Mensch mit zahlreichen Vorstrafen. In der hiesigen Anstalt ist sein Betragen schlecht. Seine Arbeitsleistungen lassen viel zu wünschen übrig. Der Zweck der Unterbringung kann längst noch nicht als erreicht angesehen werden. Eine Entlassung während der Kriegsdauer ist nicht möglich."

Unterdessen verschlechterte sich der Gesundheitszustand von Georg H. immer mehr. Er schrieb verzweifelte, von der Anstaltsleitung zurückgehaltene, Briefe an Verwandte, mit der Bitte um Zusendung von Lebensmitteln. Ab März 1942 lag Georg H. in der Breitenauer Krankenstation, wo er im Mai 1942 starb.

### **Nutzung der Anstalt als Arbeitserziehungslager, Konzentrationssammel-lager, Frauengefängnis und Fürsorgeerziehungsheim**

Durch die Auswirkung der in den beiden vorhergehenden Kapiteln beschriebenen Vorbeugungshaft gegen "Asoziale" und Unterbringung von Korrigenden in Justizhaftlagern ging die durchschnittliche Korrigendenzahl von 285 im Rechnungsjahr 1938/39 auf 150 im Rechnungsjahr 1940/41 zurück. Zwar war die Anstalt immer noch überfüllt, im Vergleich zu den Vorjahren war die Belegung der Gesamtanstalt jedoch stark zurückgegangen. Über die weitere Nutzung der Anstalt fanden bereits im Dezember 1939 Verhandlungen zwischen der Kasseler Bezirkskommunalverwaltung und der Staatspolizeistelle Kassel statt. Nach Rücksprache mit der SS-Reichsführung sollten in Breitenau Schutzhäftlinge untergebracht werden. In einem internen Vermerk hielt die Bezirkskommunalverwaltung fest, daß durch den Abtransport von Korrigenden

nach Rodgau Plätze zur Verfügung stünden, deren Belegung "im Interesse der Wirtschaftlichkeit" erwünscht sei. Ende April 1940 trafen in Breitenau die ersten Schutzhäftlinge ein.<sup>114</sup>

"Im Sommer 1940 wurde auf Antrag der Geheimen Staatspolizei ein Arbeitserziehungslager für Schutzhäftlinge hier eingerichtet", meldete der Jahresbericht 1940. "Dieses Lager ist als Vorstufe eines Konzentrationslagers anzusehen. Untergebracht werden größtenteils Polen und Juden, außerdem befinden sich Deutsche und sonstige Ausländer dazwischen. Der Grund der Unterbringung ist größtenteils Arbeitsverweigerung, Verlassen der Arbeitsstelle und Verstöße gegen die Volksgemeinschaft."<sup>115</sup> Die Anstalt Breitenau fungierte jetzt zusätzlich als Arbeitserziehungslager, in das vor allem ausländische Zwangsarbeiter aus Kriegsindustrie und Landwirtschaft, aber auch deutsche "Arbeitsbummelanten" eingeliefert wurden.<sup>116</sup>

Ebenfalls ab 1940 nutzte die Gestapo Breitenau als Konzentrations-sammellager für Schutzhaftgefangene aus den Gestapostellen Kassel (Männer und Frauen) und Weimar (nur Frauen), die für die Deportation in ein Konzentrationslager vorgesehen waren.

Am 1. Oktober 1940 befanden sich bereits 84 männliche und 21 weibliche Schutzhäftlinge in Breitenau. An diesem Tag lebten außerdem 144 Korrigenden, 27 Fürsorgezöglinge, 65 formal freiwillige und 10 zwangsweise untergebrachte Fürsorgeempfänger in der Anstalt.<sup>117</sup> In den Jahren 1940 und 1941 stellten neben deutschen Gefangenen polnische Zwangsarbeiter den größten Teil der Breitenauer Schutzhäftlinge. Im Verlauf des Kriegs stieg dann der Anteil der sowjetischen Häftlinge ständig. In den beiden letzten Kriegsjahren kam der überwiegende Teil der Gefangenen aus Polen und der Sowjetunion. Insgesamt wurden Schutzhaftgefangene fast aller europäischen Staaten in Breitenau für kurze oder längere Zeit gefangengehalten.<sup>118</sup>

Von den insgesamt weit über achttausend Schutzhäftlingen, die vom Sommer 1940 bis Ende März 1945 nach Breitenau eingewiesen wurden, überstellte die

---

114 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 142, S. 103; Nr. 132, Bd. 1, S. 16.

115 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1940.

116 Vgl. Auerbach, Arbeitserziehungslager 1940-1944, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 196201; vgl. Wolfgang Franz Werner, Die Arbeitserziehungslager als Mittel nationalsozialistischer "Sozialpolitik" gegen deutsche Arbeiter, in: Waclaw Dlugoborski (Hrsg.), Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981, S. 138-147.

117 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9846, S. 8.

118 Vgl. Hanne Wilsch/ Dietfrid Krause-Vilmar, 1984, S. 97.

Gestapo einen großen Teil nach mehrwöchiger "Arbeitserziehung" wieder an die Arbeitgeber, während etwa jeder fünfte Gefangene aus Breitenau in eines der großen Konzentrationslager deportiert wurde.<sup>119</sup> Die Akten nennen vorwiegend die Konzentrationslager Buchenwald und Ravensbrück, aber auch Mauthausen, Dachau, Sachsenhausen und Auschwitz.

Durch die Errichtung des Arbeitserziehungslagers und Konzentrations-sammellagers in der Breitenauer Anstalt wurden Korrigenden und untergebrachte Fürsorgeempfänger zu auf die Gesamtanstalt bezogen relativ unbedeutenden Gruppen. In einem Zeitraum, in dem die Gestapo über achttausend Schutzhäftlinge nach Breitenau einwies, lieferte die Justiz nur 140 Korrigenden und Korrigendinnen ein. Da aber die Fürsorgeempfänger im Nationalsozialismus in der Regel ein Jahr, die Korrigenden gewöhnlich mehrere Jahre in Breitenau interniert blieben, während die Schutzhäftlinge nach wenigen Wochen entweder entlassen oder deportiert wurden, bildeten Korrigenden und zwangsuntergebrachten Fürsorgeempfänger jedoch eine starke Stammebelegschaft der Anstalt.

Insbesondere in den beiden letzten Kriegsjahren war die Anstalt völlig überbelegt. Zeitweilig befanden sich über tausend Gefangene in Breitenau. Auf dem Dachboden der Klosterbasilika, in den Scheunen und Ställen wurden notdürftig Massenschlafsäle eingerichtet. In die Einzelzellen des Zellenbaus sperrte man bis zu sechs Personen. Krankheiten und Epidemien grassierten. Nachdem eine Paratyphusepidemie im Herbst 1936 noch glimpflich endete, forderte im Sommer 1944 eine Fleckfieberepidemie drei Tote unter den Insassen und einen Toten beim Personal.<sup>120</sup> Von 1939 bis Kriegsende beerdigte man auf dem Anstaltsfriedhof insgesamt 174 Insassen, davon 83 Korrigenden, 48 Fürsorgepfleglinge und 43 Schutzhäftlinge.<sup>121</sup> Außerdem wurden in diesem

---

119 Vgl. Gesamthochschule Kassel (Hrsg.), *Erinnern an Breitenau 1933-1945. Katalog zur Ausstellung*, Kassel 1984; Hanne Wiltch/ Dietfrid Krause-Vilmar, *Das Arbeitserziehungs- und Konzentrationssammellager Breitenau 1940-1945*, in: *Die Grünen im Landtag* (Hrsg.), 1984, S. 96-106; Jutta Dillmann/ Dietfrid Krause-Vilmar/ Gunnar Richter (Hrsg.), 1986; vgl. Ulrike Puvogel (Hrsg.), *Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation*, Bonn 1987, S. 312-315.

120 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794; Nr. 9814, 9.10.1936; Nr. 8103; Nr. 9178; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 144, S. 8; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9825, S. 123.

121 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9831, S. 43-49.

Zeitraum die Leichen von mindestens 53 Breitenauer Insassen an die Anatomie der Marburger Universitätskliniken abgeliefert.<sup>122</sup>

Während die politischen Schutzhaftgefangenen der Jahre 1933/34 in Breitenau von den übrigen Insassen getrennt untergebracht wurden, waren die Schutzhäftlinge der Kriegszeit vollständig in den normalen Anstaltsbetrieb integriert. Insbesondere im Arbeitsbetrieb vermischten sich die verschiedenen Insassengruppen. Eine Untersuchung anlässlich eines tödlichen Arbeitsunfalls eines Fürsorgezöglings ergab im Jahre 1941, daß an der betreffenden Arbeitsstelle Fürsorgezöglinge, zwangsuntergebrachte Fürsorgeempfänger und Schutzhäftlinge zusammengearbeitet hatten.<sup>123</sup> Die Behandlung der Schutzhäftlinge war allerdings noch schlechter als die anderer Insassen. Beispielsweise erhielten die Schutzhäftlinge keine Arbeitsprämie und durften auch in den Außenkolonnen nur beschränkt eingesetzt werden.<sup>124</sup>

Auf der Ebene der bürokratischen Verwaltung war die Integration der Schutzhäftlinge in den allgemeinen Anstaltsbetrieb vollkommen. Die Schutzhäftlinge wurden wie alle anderen Insassen in ein seit 1895 geführtes Aufnahmebuch eingetragen. Selbst bei der Aktenführung benutzte das Anstaltsbüro weitgehend schon jahrzehntelang genutzte Formulare. Auch beim Anlegen der personenbezogenen Fallakte der Schutzhäftlinge verwendete das Anstaltsbüro die seit vielen Jahren für die "Arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen" vorgesehenen lilafarbenen Aktendeckel. Lediglich ein Stempelaufdruck "Schutzhäftling" zeigte den Unterschied an. Im Jahresbericht 1940 subsumierte man die von der Gestapo eingewiesenen Arbeitserziehungshäftlinge in den Statistiken unter die seit 1912 bestehende Kategorie *Häuslinge*, d.h. den "Arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen". Das Breitenauer Personal sah in den eingewiesenen Schutzhäftlingen des Arbeitserziehungslagers zunächst lediglich eine Sonderform einer schon seit dem Kaiserreich bestehenden Insassengruppe.

Ab Sommer 1943 wurden in Breitenau auch weibliche Straf- und Untersuchungseingefangene untergebracht. Anfang Juni 1943 wurden aus dem Berliner Frauengefängnis in der Barnimstraße fünfzig Frauen und aus dem Gerichtsge-

---

122 Nach Leicheneingangsbuch des Anatomischen Instituts der Philipps-Universität Marburg/Lahn, Jahre 1939-1945.

123 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 135, Bd. 1, S. 69; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8333, S. 51.

124 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 150, S. 182; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9816, S. 321 RS.

fängnis Frankfurt-Höchst einundfünfzig Frauen überwiesen.<sup>125</sup> Im September 1943 kam ein weiterer Transport mit 104 zuvor in Berlin inhaftierten Frauen an.<sup>126</sup> Im Oktober 1943 waren im Breitenauer Hilfsgefängnis bereits 157 Frauen untergebracht. Die Gefängnisabteilung wurde am 25. August 1944 wieder aufgelöst. Die zu diesem Zeitpunkt inhaftierten 107 Frauen wurden in das Justizgefangenenlager *Föhren* bei Fürstenhagen, Hessisch-Lichtenau, verlegt.<sup>127</sup>

Schon seit 1903 waren im Breitenauer Frauenhaus immer wieder männliche und weibliche Fürsorgezöglinge untergebracht worden. Es handelte sich um Zöglinge, die für gewöhnliche Erziehungsheime zu renitent erschienen oder als unerziehbar eingeschätzt wurden.<sup>128</sup> Diese zuvor nur vereinzelt genutzte Fürsorgeerziehung unter Gefängnisbedingungen erlebte ab 1938 in Breitenau einen großen Aufschwung. Allein im Rechnungsjahr 1939/40 lieferten die zuständigen Behörden 101 Mädchen und 23 Jungen in die Breitenauer Fürsorgeerziehungsabteilung ein, die eine Vorform der 1940 und 1942 von der SS errichteten "Jugendschutzlager" Moringen und Uckermark darstellte.<sup>129</sup> Nach Einrichtung der "Jugendschutzlager" wurde ein Teil der in Breitenau untergebrachten Jugendlichen in diese überführt.<sup>130</sup> Ende Juli 1942 lebten noch 35 weibliche und 17 männliche Fürsorgezöglinge in der gleichzeitig als Arbeitserziehungslager und Konzentrationssammellager genutzten Breitenauer Anstalt.<sup>131</sup>

---

125 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9835, S. 232 f.

126 Namensliste in: Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9835, S. 193; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 172, S. 21-61; Nr. 132, Bd. 2, S. 285.

127 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9835, S. 20 RS; Namensliste S. 52; ebenfalls Nr. 9824, S. 40 ff; zum Lager Föhren vgl. Wolfram König/ Ulrich Schneider, Sprengstoff aus Hirschhagen. Vergangenheit und Gegenwart einer Munitionsfabrik, Kassel 1985, S. 49.

128 Verhandlungen des Kommunal-Landtags für den Regierungsbezirk Cassel, 1904, Anlage 14, Sp. 2-4; Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9783.

129 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresberichte; vgl. Michael Hepp, Vorhof zur Hölle, Mädchen im "Jugendschutzlager" Uckermark, in: Angelika Ebbinghaus (Hrsg.): Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Nördlingen 1987, S. 193 f.

130 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9732; Nr. 8322.

131 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9783, 26.9.31.

## Haftbedingungen und Aufenthaltsdauer der Korrigenden

Die Tendenz des Breitenauer Anstaltspersonals, das Schicksal der Insassen nur zynisch und menschenverachtend zu sehen, trat im Nationalsozialismus offen zu Tage. Im Jahresbericht 1934 führte die Direktion die Namen der eingegangenen Kühe des Gutsbetriebs einzeln auf, während die im Berichtszeitraum gestorbenen acht Insassen anonym blieben.<sup>132</sup> Die vorgesetzte Behörde, der Kasseler Bezirksverband, bezeichnete 1937 die Insassen der Breitenauer Anstalt als "für das Deutsche Volk wertlos".<sup>133</sup>

Im November 1937 trafen sich die Wirtschaftsbediensteten und Leiter der Anstaltsgüter des Bezirksverbands. Ein Verbandsbediensteter hielt einen langen Vortrag über ein Kostendämpfungsprogramm bezüglich der von der Bezirkskommunalverwaltung versorgten "Asozialen und Erbuntüchtigen". Die Anstaltskosten sollten rigoros gesenkt werden. In erster Linie wollte man dies durch Senkung der Verpflegungskosten erreichen. Der Vierjahresplan erfordere, daß die Anstalten zu Selbstversorgern würden. Hochwertige Lebensmittel der Gutsbetriebe sollten verkauft, den Insassen dagegen billige und minderwertige Lebensmittel verabreicht werden. "Leckerbissen" wie Butter, Schinken und Brötchen kämen für Anstaltsinsassen auf keinen Fall mehr in Frage. Außerdem sollte an der Wäsche bzw. der Heizung gespart und die Verwaltung gestrafft werden. Dieses Sparprogramm wurde von der Bezirkskommunalverwaltung selbst als "drastisch" eingeschätzt. Man habe sich das Ziel gesetzt, den Zweck der Anstalten mit Mitteln zu erreichen, "die dem erbgesunden Teil unseres Volkes gegenüber verantwortet werden können".<sup>134</sup> In Breitenau wurden in diesem Zusammenhang die pro Insassen und Unterbringungstag angesetzten Verpflegungskosten schrittweise von 48 Pfennig im Jahre 1934 auf 35 Pfennig im Jahre 1939 gesenkt.<sup>135</sup>

Auf der anderen Seite unterwarf der Bezirkskommunalverband die Breitenauer Insassen einem verschärften Arbeitszwang. Bereits 1938 dauerte die tägliche Arbeitszeit im Sommer von 6<sup>30</sup> Uhr bis abends 19 Uhr oder sogar 20 Uhr.<sup>136</sup> Roland Freisler erhöhte im Oktober 1939 "auf die Dauer des

---

132 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresbericht 1934.

133 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9755, S. 168 RS.

134 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 25, S. 130-147.

135 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 128, S. 46, S. 70, S. 141.

136 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10412, S. 245 RS.

Kriegszustandes" die offizielle Routinearbeitszeit in den Gefängnissen und Arbeitshäusern auf täglich elf Stunden.<sup>137</sup> 1942 arbeitete man in Breitenau sogar wieder zwölf Stunden an sechs Tagen der Woche.<sup>138</sup>

Während der Massenarbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise hatte die Breitenauer Anstalt die Vermietung von Arbeitskolonnen an fremde Arbeitgeber ganz eingestellt.<sup>139</sup> Zur Ernteperiode 1935 stellte Breitenau erstmals wieder landwirtschaftliche Arbeitskolonnen zur Verfügung.<sup>140</sup> In den folgenden Jahren stieg die Zahl der für fremde Arbeitgeber geleisteten Arbeitstage steil an.<sup>141</sup> Mit dem Einsetzen des rüstungsbedingten allgemeinen Arbeitskräftemangels konnte die Anstalt die von ihr geforderten Lohnsätze von einer Mark pro Arbeitstag im Jahre 1936 auf vier Mark im Jahre 1940 erhöhen.<sup>142</sup> 1941 leisteten die Gefangenen der verschiedenen Insassengruppen zusammen 35 280 Arbeitstage bei fremden Arbeitgebern. Die Anstalt nahm dafür 138 707 RM ein. Nur 6 645 RM davon wurde den Häftlingen als Arbeitsprämie gutgeschrieben.<sup>143</sup>

Die "Maßregeln der Sicherung und Besserung" von 1934 hatten das alte Prinzip zeitlich begrenzter Arbeitshaushaft abgeschafft.<sup>144</sup> Arbeitshausunterbringung im Sinn der "Maßregeln" war unbestimmte Dauerverwahrung. Nur bei erstmaliger Unterbringung galt die zuvor gültige zweijährige Höchstfrist. Die Nationalsozialisten hatten sich so eine gesetzliche Möglichkeit geschaffen, die "schlimmsten Elemente für immer von der Gesellschaft fernzuhalten", wie Robert Meixner 1935 in einer Dissertation über die deutschen Arbeitshäuser schrieb.<sup>145</sup> In der Praxis führte die unbestimmte Unterbringung dazu, daß selbst die erstmals Eingewiesenen häufig erst nach zwei Jahren Haft entlassen wurden.

---

137 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9773, 28.10.1939.

138 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9761, S. 241.

139 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 59, S. 192, S. 195, S. 235.

140 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 59, S. 195; Nr. 9794, Jahresbericht 1935; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 150, S. 159.

141 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9794, Jahresberichte.

142 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9785, 25.3.37, 31.7.40.

143 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 128, S. 169.

144 Vgl. Zetzsche, Abkürzungs- und Verlängerungsmöglichkeit der Unterbringung im Arbeitshause StGB § 42 f, in: Deutsche Rechtspflege, 1936, S. 290.

145 Robert Meixner, 1935, S. 77.



*Aus den Ausweispapieren eines 1938 in Breitenau gestorbenen, wegen Bettelei  
inhaftierten Korrigenden*



Dauer der Arbeitshaushaft in Breitenau bei erstmals in ein Arbeitshaus Eingewiesenen<sup>146</sup>:

Haftdauer	1920-1932		1934-1942	
bis 0,5 Jahre	43	43,8 %	31	12,3 %
0,5 bis 1,0 Jahre	36	36,8 %	65	25,8 %
1,0 bis 1,5 Jahre	11	11,2 %	41	16,3 %
1,5 bis 2,0 Jahre	8	8,1 %	107	42,4 %
über 2,0 Jahre	0	0,0 %	9	3,6 %

Die selten verhängte Höchststrafe des Kaiserreichs und der Weimarer Republik war innerhalb weniger Jahre im Nationalsozialismus zur Regelstrafe geworden, die sogar gesetzwidrig in einer Reihe von Fällen noch überschritten wurde. Von den bei Kriegsbeginn in Breitenau gefangengehaltenen 189 Korrigendinnen und Korrigenden wurden 64 später ohne Auflagen, dagegen 42 nur "bedingt" entlassen. 42 Korrigenden starben in der Anstalt, weitere 11 zog man zur Wehrmacht ein. Immerhin 19 Korrigenden blieben die gesamte Kriegszeit bis zur Befreiung durch US-Truppen in Breitenau gefangen. Für alle wiederholt Eingewiesenen gab es ab 1934 keine routinemäßige Entlassung mehr, ihre Unterbringung war tendenziell lebenslänglich.<sup>147</sup> Von den 132 bei Kriegsbeginn in Breitenau gefangenen, wiederholt Eingewiesenen sind nur 26 ohne Auflagen freigekommen, dagegen wurden 39 nur "bedingt" entlassen. Weitere 38 Korrigenden starben in der Anstalt.

Die Auflagen bei bedingter Entlassung lagen im freien Ermessen des einweisenden Gerichts, das auch die Einhaltung der Auflagen kontrollierte. Für die Breitenauer Anstalt endete auch bei einer bedingten Entlassung am Entlassungstag jede Verantwortung. Die von den Gerichten ausgesprochenen Auflagen reichten von der Pflicht, eine beliebige Arbeitsstelle anzutreten und jeden Wohnungswechsel dem Gericht mitzuteilen, bis zum Zwang, jahrelang an einer bestimmten, zugewiesenen Arbeitsstelle zu bleiben, sich dort "einwandfrei" zu

---

146 Diese Daten wurden aus den vorhandenen personenbezogenen Fallakten gewonnen. Es wurden nur reguläre bzw. bedingte Entlassungen herangezogen. Das Jahr 1933 wurde nicht einbezogen, weil es zwar noch unter die alte gesetzliche Regelung, jedoch schon in die neuen politischen Verhältnisse fiel.

147 Zu denselben Ergebnissen für das Arbeitshaus Vaihingen vgl. Friedrich K. Grieb/ Ernst A. Schmidt, 1985, S. 98.

führen und sich monatlich persönlich bei der Polizei zu melden.<sup>148</sup> Das Gericht konnte eine bedingte Entlassung jederzeit widerrufen. Von 1934 bis 1945 war bei 26 Breitenauer Korrigenden die Rücknahme einer bedingten Entlassung Einlieferungsgrund. Prinzipiell wäre mit dem Instrument der bedingten Entlassung lebenslängliche Kontrolle der Entlassenen möglich gewesen. In der Praxis begrenzten die Gerichte jedoch die Dauer der Auflagen auf höchstens zwei Jahre.

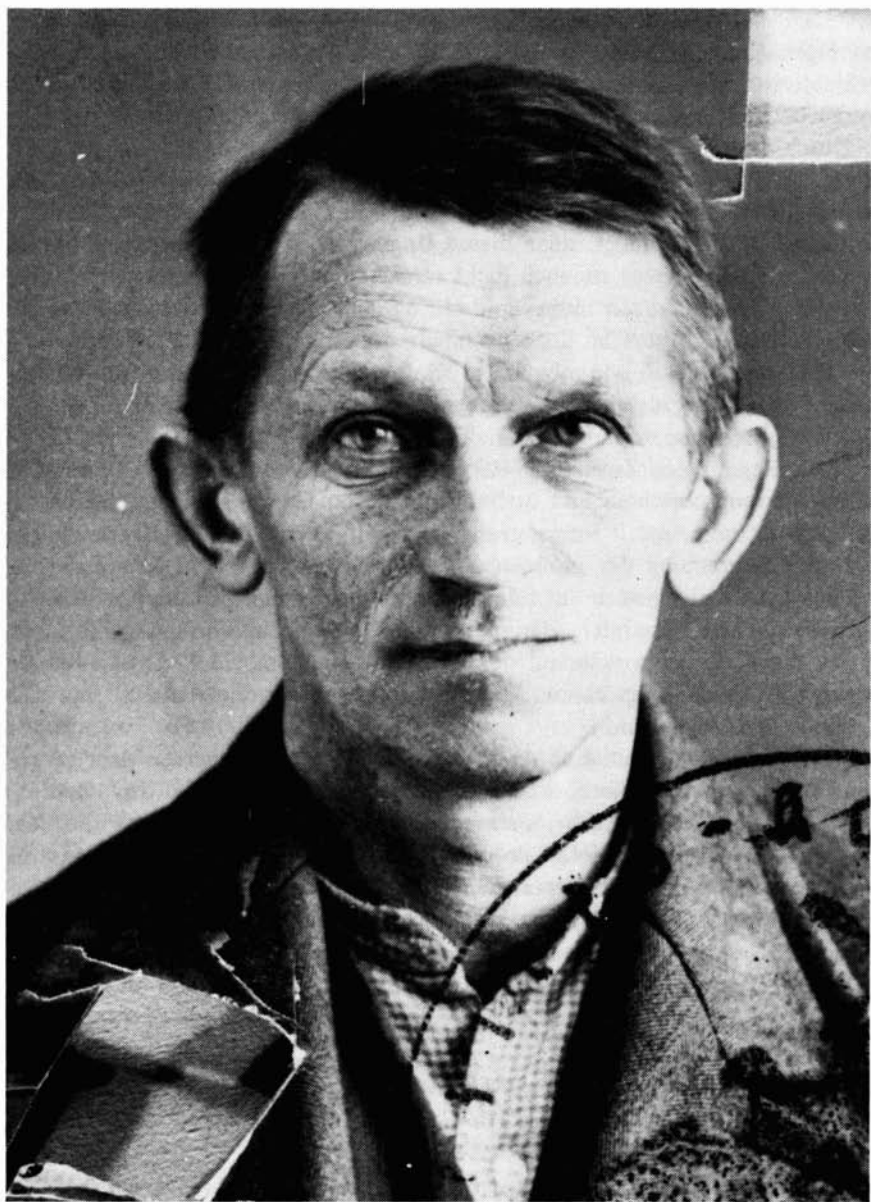
Bei den auf unbestimmte Zeit internierten Korrigenden forderten die Gerichte in größeren Abständen, meist ein oder zwei Jahre, von der Anstaltsleitung Führungsberichte an, auf deren Grundlage über die weitere Unterbringung entschieden wurde. Da die Gerichte zumeist den Empfehlungen der Direktion folgten, erhielt diese eine zuvor nicht gekannte Machtbefugnis, denn faktisch entschied so die Breitenauer Direktion allein über eine eventuelle Entlassung. Mit ein oder zwei Sätzen "Bericht" hatte es die Direktion in ihrer Macht, die Arbeitshausunterbringung eines Korrigenden um Jahre zu verlängern. Das Leben der Korrigendinnen und Korrigenden lag in der Hand des Breitenauer Direktors. Die Berichte der Direktion bestanden aus stereotypen Formulierungen wie "der Zweck der Unterbringung ist noch nicht erreicht" und bezogen sich nur selten auf das konkrete Verhalten des Korrigenden in der Anstalt. Was Direktor Sauerbier als Zweck der Unterbringung ansah, zeigt ein Schreiben an ein Amtsgericht aus dem Jahr 1940. Der Zweck der Unterbringung des betreffenden Korrigenden könne nur erreicht werden, "wenn die hiesige Unterbringungszeit derartig lange dauert, daß er sich künftig nicht mehr danach sehnt in ein Arbeitshaus zu kommen".<sup>149</sup>

Die Ungewißheit über die Haftdauer quälte die Korrigenden. Selbstmorde und Fluchtversuche häuften sich. Schon 1935 beantragte die Direktion unter ausdrücklichem Hinweis auf häufigere Fluchtversuche die Bewaffnung sämtlicher Aufseher mit Schußwaffen. "Nach der neuen Gesetzgebung wird die Zeitdauer der Unterbringung nach einer bestimmten Frist bzw. nach dem Erfolg der Unterbringung festgesetzt. Durch das neue Gesetz werden jetzt auch öfter Leute im besten Mannesalter überwiesen. Dies hat zur Folge, daß sich die zu Arbeitshaus verurteilten der Ungewissheit über die Dauer ihrer Unterbringung durch Flucht entziehen wollen, wie dies in letzter Zeit wiederholt vorge-

---

148 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7922, Nr. 8087; zu den Auflagen bei bedingter Entlassung vgl. Otto Rudolf, Feststellungen zur Rückfälligkeit und Entlassungspraxis, dargestellt an den nach § 42 d StGB ins Arbeitshaus Kislau eingewiesenen, in: Blätter für Gefängniskunde 71 (1940), S. 64 f.

149 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8414.



*Wegen Landstreicherei von 1940 bis 1943 in Breitenau inhaftierter Korrigend*

kommen ist."<sup>150</sup> Eine in diesem Zusammenhang erlassene und den Insassen bekanntgemachte Dienstanweisung gestattete den Aufsehern erstmals in der Geschichte der Anstalt, auf flüchtende Korrigenden zu schießen. Das Personal veranstaltete hierfür wiederholt Schießübungen.<sup>151</sup>

Durch die unbestimmte Haftdauer blieben Gnadengesuche die einzige Hoffnung der Arbeitshausgefangenen. Aus dem abgelehnten Gnadengesuch eines Korrigenden: "Es muß mir doch einmal mitgeteilt werden, wann ein Entlassungstag stattfindet, denn dieses Ungewisse mit der Entlassung, warten immer warten, oder es ist noch nicht erreicht, daß wir Sie entlassen können, wie das Amtsgericht mir immer mitteilt, da muß man ja Nerven haben, wie so ein Drahtseil. Ich ersuche doch nochmals das Amtsgericht, meine Entlassung aus Breitenau so bald wie möglich in Kraft treten zu lassen, denn für das Vergehen, das ich begangen habe, sperrt mich man doch nicht jahrelang in das Arbeitshaus Breitenau ein..."<sup>152</sup>

Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs stellte die Breitenauer Direktion in ihren Führungsberichten und Stellungnahmen zu Gnadengesuchen den Sicherungszweck der Anstalt immer mehr in den Mittelpunkt ihrer Begründungen für eine Fortsetzung der Internierung von Korrigenden. 1942 lehnte die Direktion ein Gnadengesuch mit folgender Stellungnahme ab: "G. ist ein Mensch mit zahlreichen Vorstrafen, darunter ist die hiesige Unterbringung die 6. im Arbeitshaus. Er kann während der Kriegszeit nicht in die Freiheit entlassen werden. Derartig unsichere Kandidaten kann man jetzt nicht auf die Öffentlichkeit loslassen."<sup>153</sup>

Im Herbst 1941 nahm eine Änderung des Strafgesetzbuchs den Amtsgerichten die Kompetenz über die Entlassungsentscheidung, die den Generalstaatsanwälten bei den Oberlandesgerichten übertragen wurde.<sup>154</sup> Ein Jahr später, im November 1942, ordnete Reichsjustizminister Thierack für die Kriegsdauer den Wegfall der regelmäßigen Haftprüfungstermine bei wiederholter Unterbringung an.<sup>155</sup>

---

150 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9815, 10.5.1935.

151 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 127, S. 13 RS; Nr. 9794, Jahresbericht 1936; Nr. 9761, 20.7.38; Nr. 9794, Jahresbericht 1938.

152 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8140.

153 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8207.

154 Gesetz zur Änderung des Reichsstrafgesetzbuchs. Vom 4. September 1941, § 8, in: RGBl., Teil I, 1941, S. 550.

155 Bundesarchiv Koblenz, R 22/949, S. 8.

Für die nicht erstmals in ein Arbeitshaus Eingelieferten bestand ab diesem Zeitpunkt kaum noch eine Chance, das Arbeitshaus zu verlassen. Das weitere Schicksal der am Jahresbeginn 1943 in Breitenau gefangenen 110 Korrigenden zeigt die Auswirkung dieser Anweisung des Reichsjustizministers.

Entlassen nach Strafende	12	10,9 %
In ein Konzentrationslager überführt	2	1,8 %
Zur Wehrmacht eingezogen	25	22,7 %
In die Landesheilanstalt Haina überführt	2	1,8 %
In Breitenau gestorben	31	28,2 %
1945 durch US-Truppen befreit	35	31,8 %
Unbekannt	3	2,7 %

Während des Zweiten Weltkriegs konnten allenfalls die erstmalig Untergebrachten noch damit rechnen, in Freiheit entlassen zu werden.

### Lebenslängliche Internierung

Das Arbeitshaus Breitenau hatte sich tiefgreifend gewandelt. Aus einer Anstalt, die - so zumindest die offizielle Intention - durch relativ kurzen, aber harten Arbeitszwang Bettler, Landstreicher, Prostituierte und Zuhälter bessern wollte, um sie nach vollzogener Korrektioin wieder in die Freiheit zu entlassen, war eine Dauerbewahrungsanstalt für "asoziale Volksschädlinge" geworden, die nicht mehr gebessert, sondern lebenslänglich interniert werden sollten.<sup>156</sup>

Die Arbeitshäuser waren während des Nationalsozialismus aus dem Mittelpunkt des Unterdrückungsinstrumentariums gegen "Asoziale" nach und nach an dessen Rand gerückt. Konzentrationslagerhaft seit der Aktion "Arbeitsscheu Reich" 1938 und "Euthanasie"-Morde seit 1939 rückten stattdessen in das Zentrum des Vernichtungsfeldzugs gegen die "Ballastexistenzen".

Trotzdem blieb die Arbeitshaushaft bis zum Zusammenbruch des Naziregimes bestehen und diente zur Internierung von Korrigenden, die weder für die Wehrmacht bzw. deren Bewährungsbataillone noch für Lager wie Rodgau brauchbar erschienen. 1943 beklagte sich die Direktion bitter, daß die meisten

---

<sup>156</sup> Vgl. Robert Meixner, 1935, S. 24.

Korrigenden, die überhaupt noch arbeitsfähig waren, zur Wehrmacht eingezogen worden waren.<sup>157</sup>

In Breitenau blieben nur alte und arbeitsbeschränkte Insassen zurück. Von 1933 bis 1942 stieg das Durchschnittsalter der Korrigenden Jahr für Jahr. 1933 hatte das Durchschnittsalter noch bei 37 Jahren gelegen, 1942 lag es bei 59 Jahren. Am 1. Januar 1942 war die Hälfte der Korrigenden über 61 Jahre alt.

#### Altersverteilung der männlichen Korrigenden am 1. Januar 1942:

20 bis 29 Jahre	1	0,9 %
30 bis 39 Jahre	6	5,7 %
40 bis 49 Jahre	15	14,2 %
50 bis 59 Jahre	22	20,8 %
60 bis 69 Jahre	41	38,7 %
70 bis 79 Jahre	21	19,8 %

Von der Altersstruktur gesehen war das Breitenauer Arbeitshaus längst ein Altersheim geworden. Es war allerdings ein Altersheim mit hartem Arbeitszwang. Die Sterblichkeit ging rapide in die Höhe. Von den am Jahresbeginn 1942 inhaftierten 106 Korrigenden starben 43 bis zur Ankunft der US-Truppen in der Anstalt. Insgesamt starben von 1933 bis 1945 98 Korrigenden in Breitenau.

#### *Ernst R.*

Im Juni 1940 standen in Hanau zwei Vagabunden vor Gericht. Das Urteil: "Die Angeklagten befinden sich seit Jahren auf Wanderschaft; sie arbeiten nur gelegentlich, im Übrigen ziehen sie von Ort zu Ort. Arbeitsbücher besitzen sie nicht: beide betteln. Der Angeklagte R. spielt Mundharmonika und andere Instrumente. Er spielt und singt gewerbsmäßig auf öffentlichen Straßen; von Kunst kann dabei keine Rede sein; die vorgängige Erlaubnis der Ortspolizeibehörde holt er nicht ein ... Es wird somit festgestellt, daß die Angeklagten fortwährend handelnd als Landstreicher umhergezogen sind und daß R. außerdem gewerbsmäßig Musikaufführungen auf öffentlichen Straßen, ohne daß ein

---

157 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8087, 21.9.43.

höheres Interesse der Kunst dabei obwaltete, ohne Erlaubnis der Ortspolizeibehörde dargeboten hat."<sup>158</sup>

Das Urteil bedeutete für die beiden 59jährigen Vagabunden lebenslängliche Internierung. Ernst R., der Wandermusiker, starb 1943 in Breitenau, auch sein Gefährte wäre, hätten ihn nicht 1945 die Amerikaner befreit, vermutlich lebenslänglich in Breitenau geblieben.<sup>159</sup>

Ernst R. hatte ursprünglich Bäcker gelernt, verdiente aber seinen Lebensunterhalt schon seit vielen Jahren als Bettler und Wandermusiker. Wegen Bettelei, Landstreicherei und "grobem Unfug" war er insgesamt dreiundzwanzigmal bestraft worden. Auch im Arbeitshaus Breitenau war er bereits einmal für zwölf Monate gewesen. Im Herbst 1934 hatte ihn das Amtsgericht Kassel eingewiesen. Damals verwendete er, wie das empörte Gericht festgestellt hatte, noch eine andere Bettelmethode:

"In ungehöriger Weise gibt er seinem Bettel auf der Straße einen frömelnden Rahmen. Er bringt Worte aus der Predigt aus Anlaß der Beisetzung des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von Hindenburg, bringt dann ein sogenanntes Gebet und schließt mit 'Amen'. Anschließend daran sagt er dann: 'Ich habe Euch aus der Hindenburgpredigt etwas vorgetragen und bitte um eine kleine Unterstützung'." Solche Bettelei, führte das Kasseler Amtsgericht weiter aus, könne gar nicht scharf genug bekämpft werden. Ernst R. erhielt sechs Wochen Haft und wurde nach Breitenau eingewiesen.

Da es seine erste Arbeitshausunterbringung war, kam Ernst R. nach einem Jahr wieder frei, weil, wie die Direktion feststellte, "Führung und Fleiß" zu keinen Klagen Anlaß gaben. Zwar hatte Ernst R. wegen Mundharmonikaspiels im Schlafsaal eine Disziplinarstrafe erhalten, doch nahm man ihm dies offensichtlich nicht weiter übel.

Bei seiner zweiten Unterbringung ab 1940 konnte er mit Nachsicht nicht mehr rechnen. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Nationalsozialisten Hausierern und Wandermusikern längst jede Existenzberechtigung abgesprochen. Als nach zwei Jahren der erste Haftprüfungstermin anstand, schrieb Direktor Sauerbier an den Generalstaatsanwalt in Kassel: "Ernst R. ... ist, wie aus seinem Vorstrafenregister ersichtlich, ein typischer Bettler und Landstreicher. Der Zweck der jetzigen Unterbringung ist bei ihm viel zu kurz, als daß schon damit gerechnet werden könnte, daß der Zweck der Unterbringung erreicht sein könnte."

---

158 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9110.

159 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8807.



*Ernst R. (links) als Wandermusiker*



Ein halbes Jahr nach diesem Haftprüfungstermin starb Ernst R. 62jährig in der Anstalt. Der Zweck der Unterbringung war jetzt erreicht.

## Asylunterbringung

Mit Einführung der "Maßregeln der Sicherung und Besserung" lösten die Nationalsozialisten auch die alte Streitfrage der Arbeitshausunterbringung arbeitsunfähiger Korrigenden. Zwar konnten die Richter völlig Arbeitsunfähige auch weiterhin nicht einweisen, falls die Arbeitsunfähigkeit eines Korrigenden aber erst während der Arbeitshaushaft auftrat, mußte nun deswegen keine Entlassung mehr vorgenommen werden. Stattdessen sahen die "Maßregeln" eine Unterbringung in einem "Asyl" vor.<sup>160</sup>

Die Hoffnungen von Bewahrungsbefürwortern wie Georg Steigertahl, ihre Fürsorgeanstalten könnten nun als 'Asyle' genutzt werden, erfüllten sich allerdings nicht.<sup>161</sup> In vielen Arbeitshäusern erklärte man kurzerhand die eigene Anstalt zum 'Asyl'.<sup>162</sup> In Breitenau wies man offenkundig arbeitsunfähige Korrigenden nun formal ins 'Asyl' ein, ohne an ihrer Unterbringung oder Behandlung etwas zu verändern. Die Breitenauer 'Asylunterbringung' war reiner Etikettenschwindel gegenüber den einweisenden Gerichten. Insbesondere bedeutete eine Asylunterbringung in Breitenau nicht, daß die betreffenden Korrigenden nun grundsätzlich von der Arbeit freigestellt waren. So starb beispielsweise 1943 der im 'Asyl' untergebrachte 77jährige Heinrich E. auf einem Außenarbeitskommando.<sup>163</sup>

Insgesamt erklärte die Breitenauer Anstaltsleitung nach Absprache mit den einweisenden Gerichten von 1935 bis Kriegsende einundzwanzig Korrigenden

---

160 Vgl. Bracht, Bietet die neue Bestimmung des § 42 d StGB ein wirksames Mittel für Bekämpfung der Bettelei?, in: Deutsche Justiz 97 (1935), S. 1527; vgl. Kohler, Zu § 42 d StGB, in: Deutsche Justiz 97 (1935), S. 1702; vgl. Robert Meixner, 1935, S. 14; vgl. Anton Brusis, Vier Jahre Arbeitshaus. Untersuchungen und Beobachtungen, insbesondere als Beitrag zur Frage des Asyls, in: Monatsschrift für Kriminalbiologie und Strafrechtsreform 29 (1938), S. 513-527.

161 Vgl. Georg Steigertahl, Die Bedeutung des Asyls für die strafrechtlichen Maßnahmen der Sicherung und Besserung, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 10 (1934), S. 2.

162 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 141, Bd. 1, S. 53; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9773, S. 45.

163 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8016.

zu 'Asylisten'. Zwei Drittel von ihnen hatte der Arzt schon bei der Eingangsuntersuchung als nicht voll arbeitsfähig bezeichnet. Nur drei Asyluntergebrachte sind wieder in Freiheit entlassen worden. Elf Asyluntergebrachte sind in Breitenau gestorben, zwei zog man zur Wehrmacht ein, vier wurden 1945 von US-Truppen befreit.<sup>164</sup>

### *Jakob K.*

Einer der vier 1945 befreiten 'Asylisten' war der 1876 geborene Jakob K. Er war bereits im August 1935 nach Breitenau gekommen und fast ein Jahrzehnt gefangengehalten worden.<sup>165</sup>

Jakob K. kannte die deutschen Arbeitshäuser wie kein anderer. Bereits als 17jähriger wurde er 1893 für sechs Monate ins Arbeitshaus Hadamar eingesperrt. Seitdem hatte er die Arbeitshäuser Dieburg, Brauweiler, Rummelsburg, Moringen, Straußberg und Glückstadt kennenlernen müssen. Bei elf Arbeitshauseinweisungen war er insgesamt zwölf Jahre und sechs Monate eingesperrt. Breitenau war sein achttes Arbeitshaus und seine zwölfte Korrektionshaft. Insgesamt hatte er im Laufe von vier Jahrzehnten etwa sechzig Strafen wegen Bettelerei und Landstreicherei erhalten, lediglich einmal mußte er wegen Betrugs eine Haftstrafe von sechs Tagen verbüßen. Jakob K. war ein Vagabund par excellence, der sich nicht einmal kleinere Eierdiebereien zuschulden kommen ließ. Wie sein Vorstrafenregister zeigt, war er in ganz Deutschland herumgekommen.

Schon bei der Aufnahme in Breitenau zeigte sich, daß der 60jährige arbeitsbeschränkt war. Der Anstaltsarzt stellte Asthma fest und ordnete an, dem in der Personenbeschreibung als schwächlich charakterisierten Mann nur leichte Arbeit zuzuweisen. Im Januar 1936, nach sechs Monaten Arbeitshaushaft, erkundigte sich das Amtsgericht Schlüchtern nach seiner Führung. Die Anstaltsleitung antwortete, Jakob K. führe sich "hausordnungsgemäß" und gebe zu keinen Klagen Anlaß. Man könne ihn aber nur mit leichten Arbeiten beschäftigen. Wegen seiner vielen Vorstrafen lehne man allerdings eine Entlassung ab.

Daraufhin regte das einweisende Gericht die Asylunterbringung an. Die Anstaltsleitung stimmte zu, worauf das Gericht im November 1937 mit der Begründung, Jakob K. sei nicht mehr arbeitsfähig, die Asylunterbringung anordnete. In Breitenau führte das Anstaltsbüro ihn nun als 'Asylist', ansonsten

---

164 Bei einem Asylisten blieb die Entlassung unklar.

165 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8650.

änderte sich nichts für Jakob K. Auf dem Deckel seiner Akte trug das Anstaltsbüro die verräterische Bemerkung "gilt ab 25.11.37 als Asyl untergebracht" ein.

Im Sommer 1941, nach mehr als sechs Jahren Haft in Breitenau, stellte der jetzt 65jährige ein Gnadengesuch beim einweisenden Amtsgericht. In seiner Stellungnahme schrieb Direktor Sauerbier: "K. ist ein typischer alter Landstreicher und Faulenzer, der nur mit leichten Arbeiten beschäftigt werden kann ... Selbst wenn K. noch arbeitsfähig wäre, würde ich bei seinem frechen Benehmen, das er hier ständig an den Tag legt, nicht befürworten, daß er entlassen wird." Handschriftlich erläuterte der Direktor auf dem Durchschlag des Schreibens das "freche Benehmen". Jakob K. sei der größte Faulenzer der Anstalt, der behaupte, er sei arbeitsunfähig, wenn er etwas arbeiten solle. Die Anstaltsleitung kümmerte sich anstaltsintern überhaupt nicht darum, daß Jakob K. offiziell als arbeitsunfähig galt. Zwei Jahre später teilte Direktor Sauerbier bei einem Haftprüfungstermin dem Amtsgericht Schlüchtern mit: "Bei den vielen einschlägigen Vorstrafen des K. kann nicht damit gerechnet werden, daß der Zweck der Unterbringung noch jemals erreicht werden kann. Eine Entlassung, zumal während der Kriegszeit halte ich für nicht zu verantworten."

Diese beiden Sätze genügten dem Gericht, um die Arbeitshaushaft fortzusetzen. Erst Monate nach Kriegsende, im November 1945, erkundigte sich das Gericht wieder nach dem Verbleib von Jakob K. Die Breitenauer Direktion antwortete, Jakob K. habe am 31. März 1945 "zusammen mit den anderen Anstaltsinsassen unberechtigterweise die Freiheit erlangt". Neun Jahre und acht Monate - so lange wie kein anderer Korrigend - war Jakob K. in Breitenau gefangen. Außer Bettelei hatte man ihm nichts vorgeworfen.

## Die Arbeitshäuser und der nationalsozialistische Mordapparat

Im März 1941 forderte Werner Blankenburg aus der Kanzlei des Führers, eine zentrale Figur der "Euthanasie"-Morde<sup>166</sup>, in einem als vertraulich gekennzeichneten Schreiben die Gauleitung Franken der NSDAP auf, ihm innerhalb von vier Wochen ein vollständiges Verzeichnis der sich in diesem Gebiet befindenden Arbeitshäuser und sonstiger Bewahrungseinrichtungen für

---

166 Vgl. Ernst Klee, "Euthanasie" im NS-Staat. Die "Vernichtung lebensunwerten Lebens", Frankfurt 1983, S. 168.

"Asoziale und Antisoziale" zuzusenden. Insbesondere wollte Blankenburg wissen, ob in diesen Anstalten "auch nicht mehr behandlungsfähige Fälle von Geisteskrankheit sowie Idiotie bewahrt werden".<sup>167</sup> Schon ein halbes Jahr zuvor hatte sich der "Euthanasie"- Gutachter Regierungsrat Rodenberg in einem mit seiner Privatadresse versehenen Schreiben beim Deutschen Gemeindetag "zur Bearbeitung eines dienstlichen Auftrags" über die Arbeitshäuser und deren Insassen erkundigt.<sup>168</sup>

Die Arbeitshäuser waren ins Visier der zentralen Planung der "Euthanasie"-Morde geraten. Götz Aly konnte 1985 nachweisen, daß Arbeitshäuser tatsächlich von den Selektionen im Rahmen der "Euthanasie" erfaßt wurden. Im Berliner Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg hatte im Januar 1942 eine hochkarätig besetzte Kommission, die von zentralen Figuren der "Euthanasie"-Morde wie Herbert Linden und Hans Heinze über den Zigeunerspezialisten Robert Ritter bis zum profiliertesten Asozialenforscher des Nationalsozialismus Wilhelm Kranz reichte, 940 Insassen mittels einem den "Euthanasie"-Meldebögen ähnlichen "Meldebogen für Gemeinschaftsfremde" erfaßt und bei 314 Insassen für Tötung plädiert.<sup>169</sup>

Für die Breitenauer Korrigenden läßt sich eine direkte Einbeziehung in die "Euthanasie"-Morde nicht nachweisen. Völlig auszuschließen sind Abtransporte in die Mordanstalten allerdings nicht, weil im untersuchten Aktenbestand bei zehn Korrigenden weder in der Fallakte noch im Aufnahmebuch ein Entlassungsvorgang dokumentiert ist und weil bei 99 fehlenden Fallakten in 45 Fällen nicht geklärt werden konnte, warum diese Akten heute nicht mehr vorhanden sind.

Ebenfalls nicht auszuschließen ist die Ermordung derjenigen Breitenauer Korrigenden, die aus Breitenau in eine psychiatrische Anstalt abgeschoben wurden. Zwischen 1933 und 1945 wurden immerhin 23 Korrigenden nach Haina und eine Korrigendin nach Merxhausen überführt, beides Anstalten, die direkt in die Mordaktion an psychisch Kranken einbezogen waren.<sup>170</sup> Ein bewußtes und systematisches Selektieren der Breitenauer Korrigenden läßt sich jedoch dabei ausschließen, denn die Quoten der Überweisungen von Korrigenden in psychiatrische Kliniken waren in Breitenau während des National-

---

167 Bundesarchiv Koblenz, NS 19/1578, 8.3.41; Nürnberger Dokumente Nr. NO 871.

168 Bundesarchiv Koblenz, R 36/1861, 6.8.1940.

169 Vgl. Ernst Klee, 1983, S. 168; Vgl. Götz Aly, Medizin gegen Unbrauchbare, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 1, Berlin 1985, S. 45 f.

170 Vgl. Manfred Klüppel, "Euthanasie" und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheilanstalten Haina und Merxhausen. Eine Chronik der Ereignisse 1933-1945, Kassel 1984.

sozialismus nicht höher als in der Weimarer Republik. Außerdem sind von den dreißig psychiatrierten Korrigenden nur fünf nach dem Beginn der "Euthanasie"-Morde überführt worden.

In einem leider undatiert gebliebenen Fernschreiben forderte Heinrich Himmler den SS-Obergruppenführer Best vom Geheimen Staatspolizeiamt auf, mit Staatssekretär Pfundtner vom Reichsinnenministerium zu vereinbaren, "daß sämtliche arbeitsfähigen männlichen Insassen der unter Provinzialselbstverwaltung stehenden Arbeitshäuser an die Konzentrationslager abgegeben werden".<sup>171</sup> Das Dokument gibt einen Hinweis darauf, daß im Rahmen der Vernichtung durch Arbeit in den Konzentrationslagern durch "Abgabe asozialer Gefangener an die Polizei" neben den Sicherungsverwahrten auch Korrigenden der Arbeitshäuser erfaßt wurden.

Die "Vernichtung asozialen Lebens" war am 14. September 1942 Thema einer Besprechung zwischen dem kurz zuvor ernannten Reichsjustizminister Thierack und Goebbels. "Der Gedanke der Vernichtung durch Arbeit sei der beste", hielt Thierack in einer Gesprächsnotiz fest.<sup>172</sup> Vier Tage später legte Thierack in einer Besprechung mit Heinrich Himmler den Personenkreis fest. Thierack notierte: "Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer SS zur Vernichtung durch Arbeit. Es werden restlos ausgeliefert die Sicherungsverwahrten, Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer, Polen über 3 Jahre Strafe, Tschechen oder Deutsche über 8 Jahre Strafe nach Entscheidung des Reichsjustizministers. Zunächst sollen die übelsten asozialen Elemente unter letzteren ausgeliefert werden."<sup>173</sup> In einer auf den 22. Oktober 1942 datierten geheimen Verfügung definierte der Reichsjustizminister die zu erfassenden Personengruppen genauer. Bei Juden, "Zigeunern", Russen und Ukrainern sollten - völlig unabhängig von den ausgesprochenen Strafen - auch die Insassen der Arbeitshäuser erfaßt werden.<sup>174</sup> Im Gegensatz zu den Sicherungsverwahrten, die alle "an die Polizei abgegeben" werden sollten, fielen bei den Insassen der Arbeitshäuser 1942 nur bestimmte Personengruppen unter die Vernichtungsaktion.

---

171 Bundesarchiv Koblenz, NS 19/1542, S. 1.

172 ZStdLJV, Ordner Nr. 246, Bild PS-682.

173 Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947, Bd. XXVI, S. 201.

174 Der Reichsminister der Justiz, 22.10.42, IVa 1665/42g, abgedruckt bei Adelheid Rüter-Ehlermann/ H.H. Fuchs/ C.F. Rüter (Hrsg.), Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung Deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966, Bd. IX, Amsterdam 1972, S. 310/15.

Drei Wochen nach dieser Verfügung des Reichsjustizministers erhielt die Breitenauer Anstaltsleitung eine Aufforderung des Kasseler Generalstaatsanwalts zur "Zusammenlegung asozialer Gefangener" im Zuchthaus Ziegenhain, das als Zwischenstation zur Verlegung der Gefangenen in die Konzentrationslager diente. Unter wörtlicher Übernahme der Rundverfügung des Reichsjustizministers forderte Generalstaatsanwalt Trautmann die Überführung aller Juden, "Zigeuner", Russen und Ukrainer beiderlei Geschlechts aus Breitenau. Von den am 1. Dezember 1942 in Breitenau gefangenen 113 Korrigendinnen und Korrigenden gehörte der 48jährige Eduard St. als "Zigeuner" vermutlich als einziger zu diesen Personengruppen. Er wurde am 3. Dezember 1942 nach Ziegenhain überführt.<sup>175</sup>

### Arbeitshaushaft wegen Arbeitsvertragsbruchs

In den Kriegsjahren und spätestens in der militärischen Defensive nach der Niederlage von Stalingrad, als eine mögliche Kriegsniederlage allmählich ins Bewußtsein des Apparats gelangte, geriet vermeintliche oder tatsächliche Disziplinlosigkeit bei Teilen der Bevölkerung ins Visier der Behörden. Die im Bewußtsein der Machthaber tiefsitzende Angst vor dem "Dolchstoß der Heimat" nach dem Muster von 1918 führte zu einem Kesseltreiben gegen Defaitisten, "Arbeitssaboteure", "Miesmacher", "Meckerer" und alle, die nicht mehr an den "Endsieg" glauben wollten. Man versuchte, der politischen und moralischen Auflösungserscheinungen innerhalb der Jugend, die die durch Abwesenheit der einberufenen Väter und Lehrer, der Berufstätigkeit der Mütter und die allmähliche Desorganisation des Lebens vor allem in den zerstörten Großstädten entstandenen Freiräume zu nutzen wußte, mit verstärkter Fürsorgeerziehung und der Errichtung spezieller Jugend-KZ wie im Arbeitshaus Moringen und in Uckermark Herr zu werden. Die schon seit 1903 in Breitenau vereinzelt durchgeführte verschärfte Fürsorgeerziehung unter Gefängnisbedingungen erlebte nun vor allem gegen Mädchen ein zuvor nicht gekanntes Ausmaß.<sup>176</sup>

---

175 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9431.

176 Vgl. Detlev Peukert, Arbeitslager und Jugend-KZ: die Behandlung "Gemeinschaftsfremder" im Dritten Reich, in: ders./ Jürgen Reulecke (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 413-434; vgl.

Gegen erwachsene "Arbeitsbummelanten" wurden die Arbeitserziehungslager errichtet, unter anderem, wie oben beschrieben, in Breitenau. Während die Gestapo die Einweisung in das Arbeitserziehungslager Breitenau ohne Gerichtsurteil per Schutzhaftbefehl vornahm, läßt sich in Breitenau auch, wenngleich in sehr viel geringerem zahlenmäßigen Umfang, strafrichterliche Arbeitshauseinweisung im Anschluß an eine Haftstrafe wegen "Arbeitsvertragsbruch" nachweisen. Die Justiz versuchte so, einen Personenkreis in ihren Herrschaftsbereich zu bekommen, der in den letzten Kriegsjahren hauptsächlich im Zugriffsbereich der Gestapo lag.

Aus einem Urteil des Amtsgerichts Kassel aus dem Jahre 1943 gegen eine 24 Jahre alte Frau, die wiederholt in den Fieselerwerken in Kassel am Arbeitsplatz gefehlt hatte: "Bei der Strafzumessung war zu berücksichtigen, daß die Angeklagte offenbar sehr zum Bummeln neigt ... Eine empfindliche Strafe, die ihr den Ernst der auch ihr im Schicksalskampf unseres Volkes auferlegten Pflichten und Aufgaben zum Bewußtsein bringt, sie zur strengeren Selbstzucht und Pflichterfüllung zu einer geordneten Lebensweise erzieht, und zwar eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, erschien eine angemessene und notwendige Sühne. Um die Wirkung dieser Strafe zu erhöhen, war die sofortige Vollstreckung anzuordnen. Weiterhin erschien es notwendig, um das erwähnte Erziehungsziel auch für die Zukunft sicherzustellen, die Unterbringung der Angeklagten in einem Arbeitshaus gemäß § 42 d StGB neben der erkannten Strafe anzuordnen."<sup>177</sup>

Arbeitshausunterbringung mit der Begründung "Arbeitsvertragsbruch" war im Strafgesetzbuch überhaupt nicht vorgesehen. Entsprechend abenteuerlich fielen die pseudojuristischen Begründungen der beteiligten Richter aus, die entweder eine Anzahl von Verordnungen aufführten oder, wie im Fall der 22 Jahre alten Anneliese B., einfach behaupteten: "Die Angeklagte paßt in den Kreis der in § 42 d StGB erfaßten Personen, deren Gewöhnung an eine pflichtmäßige Arbeit nur durch das Arbeitshaus erreicht werden kann."<sup>178</sup>

---

Erwin Rehn, Gedächtnisbericht über das SS-Sonderlager (Jugendschutzlager) Moringen und über das Außenlager Volpriehausen, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik 1 (1985), Heft 9/10, S. 91-102; Michael Hepp, Vorhof zur Hölle. Mädchen im "Jugendschutzlager" Uckermark, in: Angelika Ebbinghaus (Hrsg.), 1987, S. 191-217; Rudolf Kraus, Die Fürsorgeerziehung im Dritten Reich (1933-1945), in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 5 (1974), S. 161-210.

177 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8175.

178 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7730; zur Arbeitshausunterbringung wegen "Arbeitsvertragsbruch" vgl. ein Urteil des Amtsgerichts Berlin vom 29.10.42, in: Deutsche Justiz 11 (1943), S. 91.

Ähnlich die Begründung bei der 23jährigen Franziska R.: "Sie stellt ihrer ganzen Persönlichkeit nach den gleichen Typ dar, wie er in § 42 d StGB angegeben ist. Das Gericht hat deshalb auch keine Bedenken gehabt, in entsprechender Anwendung dieser Bestimmungen die Unterbringung in einem Arbeitshaus anzuordnen ..."179

Die wegen Arbeitsvertragsbruchs als Korrigenden und Korrigendinnen nach Breitenau eingewiesenen Personen - von zehn Frauen und zwei Männern sind die Akten erhalten - stellten allerdings einen völlig anderen "Typ" dar und "paßten" ganz entgegen der Vorstellungen der Richter überhaupt nicht zu den bis dahin dort gefangenen Menschen. 1943/44 befanden sich in Breitenau als Korrigenden fast nur noch alte Männer, die weder für das Lager Rodgau noch für die Wehrmacht tauglich erschienen. Die am Jahresbeginn 1943 als Korrigenden in Breitenau einsitzenden 110 Menschen (109 Männer und eine Frau) hatten ein Durchschnittsalter von 56 Jahren, wobei zwei Drittel von ihnen über 50 Jahre alt waren.

Bei den wegen Arbeitsvertragsbruch Verurteilten handelte es sich dagegen um eine völlig andere Gruppe. Zehn der zwölf ab 1943 mit der Begründung Arbeitsvertragsbruch Eingewiesene waren Frauen im Alter von 22 bis 29 Jahren. Aus den Urteilsbegründungen:

- "trieb sich herum ... wurde in verwahrlostem Zustand aufgegriffen ... legte in der schweren Kriegszeit einen liederlichen, arbeitsscheuen Lebenswandel an den Tag",<sup>180</sup>
- "hat sich sehr häufig herumgetrieben und wahllos dem Geschlechtsverkehr hingegeben ... war renitent",<sup>181</sup>
- "ist ein liederliches, arbeitsscheues Mädchen, das in keiner Stelle lange aushält, sich gerne umhertreibt, ein liederliches, sittlich nicht einwandfreies Leben führt und zur Fristung ihres Lebensunterhalts bereits verschiedene Diebstähle beging",<sup>182</sup>
- "fehlte oft unentschuldig, weigerte sich, an Sonntagen, an denen der ganze Betrieb lief, zu arbeiten ... trieb sich herum ... bot sich Soldaten zum Geschlechtsverkehr an",<sup>183</sup>

---

179 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9088.

180 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7730.

181 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9088.

182 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8682.

183 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8343.



- "blieb der Arbeit fern ... trieb sich herum ... neigt zum Bummeln und Herumtreiben".<sup>184</sup>

Die Gerichtsurteile gegen die jungen Frauen lesen sich wie Berichte aus Fürsorgeerziehungsakten jener Zeit. Der vorgeworfene Arbeitsvertragsbruch sollte als Symptom einer insgesamt fehlentwickelten Persönlichkeit erscheinen. Die Arbeitshausunterbringung wurde mit denselben Schlüsselbegriffen wie die Fürsorgeerziehung begründet: ist verwahrlost, treibt sich herum, ist triebhaft, hat häufig wechselnden Geschlechtsverkehr.

Die Arbeitshausunterbringung sollte bei diesen jungen Frauen eine bei Erwachsenen gesetzlich nicht mögliche Fürsorgeerziehung ersetzen. Im Einzelfall handelte es sich schlicht darum, daß eine gerade volljährig gewordene Frau wegen Zwistigkeiten aus dem Elternhaus auszog, sich dann "herumtrieb" und bei der Arbeit fehlte. Unter den Bedingungen des totalen Kriegseinsatzes bauschten die angesichts der bedrohlich gewordenen militärischen Situation nervös gewordenen Behörden dies zu einer angeblich staatsbedrohenden Straftat auf.<sup>185</sup> "Zivile Fahnenflucht", hieß es in einem der Urteile wegen Arbeitsvertragsbruchs.<sup>186</sup>

Hier zeigt sich, daß der NS-Apparat auch ohne den Erlaß des lange geplanten, aber immer wieder aufgeschobenen Bewahrungs- bzw. Gemeinschaftsfremdengesetzes durchaus in der Lage war, die mit diesen Gesetzentwürfen anvisierten Personengruppen hinter Gitter zu bringen.

#### *Maria J.*

Im Februar 1944 wies das Wohlfahrtsamt der Stadt Kassel die 26jährige Maria J. aus dem städtischen Karlishospital als Fürsorgepflegling nach Breitenau ein. Beim Regierungspräsidenten beantragte die Stadtverwaltung Arbeitshausunterbringung gemäß § 20 Reichsfürsorgepflichtverordnung. Maria J. entstamme einer "belasteten Sippe". Sie treibe sich herum, habe mit verschiedenen Männern geschlafen, sich mit "zweifelhaften Elementen" getroffen, ihre Arbeitsstelle verlassen und sei charakterlich und körperlich völlig verwahrlost. "In dieser schweren Zeit ist es nicht zu verantworten, solche Elemente im freien Leben herumlaufen zu lassen. Sie bilden eine Gefahr für die

---

<sup>184</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8175.

<sup>185</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8682.

<sup>186</sup> Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8443.

Volksgesundheit wegen ihres wahllosen Geschlechtsverkehrs und geben ein schlechtes Beispiel für die anderen Volksgenossen."<sup>187</sup>

Das Kasseler Wohlfahrtsamt berichtete außerdem an die Breitenauer Anstaltsleitung: "Die Genannte führe ich Ihnen als Verwahrungsfall zu. Die J. ist eine Herumtreiberin aller erster Sorte. Seit dem Terrorangriff auf Kassel treibt sie sich herum. Fährt mal hier und dort hin und kehrt nicht wieder an ihre Arbeitsstelle zurück. Der Arbeitgeber, die Fabrik Hessisch Lichtenau hat auf eine Wiedereinstellung verzichtet. Ein erneuter Arbeitsversuch wäre zwecklos. Sie gehört in ein Arbeitshaus als Dauerbewahrungsfall."<sup>188</sup>

Gegen die junge Frau lief gleichzeitig beim Amtsgericht Kassel ein Ermittlungsverfahren wegen Arbeitsvertragsbruchs. Die nur geringfügig vorbestrafte Maria J. erhielt schließlich eine viermonatige Gefängnisstrafe mit anschließender Arbeitshausunterbringung. Die Urteilsbegründung: "Die Angeklagte ist das Kind einer kinderreichen Arbeiterfamilie. Sie hatte 14 Geschwister, von denen z.Zt. noch 10 leben. Nach der Schulentlassung war sie in verschiedenen Stellungen als Hausgehilfin tätig, in denen sie fast durchweg in längeren Zeiträumen durchhielt. Seit dem 11.3.42 wurde sie in Hess. Lichtenau als Chemiewerkerin dienstverpflichtet. Hier kam sie ihren Arbeitspflichten erstmalig nur sehr unregelmäßig nach. So fehlte sie unentschuldig am 11.9.; 22-23.11.42; 9-10.6.; 12.6.; 13.-14.7.43 und seit dem 17.7.43 ganz. Seit dieser Zeit trieb sie sich umher, lebte ganz ihrem Vergnügen, wurde verschiedentlich von der Polizei aufgegriffen und zeitweilig im Karlsruhospital in Kassel untergebracht. Versuche, sie von hier aus zur ordentlichen Arbeit und geregelter Tätigkeit wieder zuzuführen, scheiterten wiederholt ... Nur eine empfindliche Freiheitsstrafe, die ihr das Gemeinschaftswidrige ihrer Haltung im Existenzkampf unseres Volkes und die auch von ihr im totalen Kriegseinsatz auferlegten Pflichten und Aufgaben eindringlich zum Bewußtsein bringt, und zwar eine solche von vier Monaten, darüber hinaus eine dauernde straffe Erziehung zur Arbeit und Überwindung jeglicher eigensüchtiger Wünsche und Triebe im Rahmen eines Arbeitshauses durch Zuweisung in ein solches erschien deshalb notwendig und gerechtfertigt."

Die Gefängnisstrafe vollstreckte man in der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Gefängnisabteilung in Breitenau. Nachdem die viermonatige Haft verbüßt war, mußte Maria J. als Korrigandin in Breitenau bleiben. Sie hat also die Anstalt

---

187 StA Marburg, Bestand 401, Acc. 1988/73, Nr. 73.

188 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8454.

Breitenau innerhalb eines Jahres als zwangsuntergebrachter Fürsorgepflegling, als Strafgefangene und als Korrigendin kennenlernen müssen - ein Beispiel für die Multifunktionalität der Anstalt.

Im Mai 1946, ein Jahr nach Kriegsende, fühlte sich die Oberstaatsanwaltschaft in Kassel veranlaßt, in Breitenau anzufragen, ob die Chemiewerkerin Maria J. noch in Breitenau einsitze. Doch Maria J., antwortete die Direktion, "erlangte anläßlich der Inbesitznahme der Anstalt durch amerikanische Streitkräfte am 31.3.1945 zusammen mit anderen Anstaltsinsassen die Freiheit. Über den derzeitigen Aufenthalt der J. ist hier nichts bekannt".

Genaugenommen griffen die Richter seit 1943 mit der Arbeitshaushaft auf zwei unterschiedliche soziale Erscheinungen zu. Zum einen erfolgte der Zugriff auf das durch die Verfolgungsmaßnahmen allmählich obsolet werdende Problem der alten "Nichtseßhaftigkeit" durch Dauerinternierung der wenigen noch überlebenden und im Durchschnitt immer älter werdenden männlichen Bettler und Landstreicher, die sich weder in der "Arbeitsschlacht" noch auf den Schlachtfeldern des Weltkriegs gebrauchen ließen. Andererseits verfolgten die Richter die neue "Nichtseßhaftigkeit" der sich "herumtreibenden" jungen Frauen, die sich vom Leben mehr versprochen als nur Knochenarbeit in der Rüstungsindustrie.

Zahlenmäßig war die Verhängung der Arbeitshaushaft gegen die unangepaßt lebenden jungen Frauen bis Kriegsende noch unbedeutend. Für Breitenau kündigte sich jedoch hier in der letzten Kriegsphase eine Entwicklung an, die erst in den Jahren nach Kriegsende zur vollen Wirkung kommen sollte.

## Nachkriegszeit

### "Kriegsbedingte Entlassung"

Am Jahresbeginn 1945 befanden sich insgesamt 423 Insassen in Breitenau, davon 308 Schutzhäftlinge, 68 Korrigenden, 32 Fürsorgepfleglinge, 7 zwangsweise untergebrachte Fürsorgeempfänger und 8 Fürsorgezöglinge.<sup>1</sup> Die letzten Wochen vor der Befreiung der Anstalt durch US-Truppen waren von hektischen Insassenverlegungen gekennzeichnet. Noch im Februar 1945 wurden in Breitenau 431 Personen aufgenommen, davon 425 Schutzhäftlinge.<sup>2</sup> Am 13. und 17. März 1945 überführte man achtundzwanzig Fürsorgepfleglinge in die Landesheilanstalt Haina.<sup>3</sup> Noch am 29. März, zwei Tage vor Ankunft der US-Truppen, wurde frühmorgens ein Güterzug mit Schutzhäftlingen in Richtung Bebra in Marsch gesetzt.<sup>4</sup>

Die Kasseler Gestapo hatte nach der Zerstörung Kassels durch alliierte Luftstreitkräfte im Oktober 1943 ihre Dienststelle in der alten Zehntscheune der Breitenauer Anstalt errichtet. Wenige Stunden vor Ankunft der US-Truppen erschossen Gestapoangehörige in den frühen Morgenstunden des 30. März unweit der Anstalt achtundzwanzig Gestapogefangene, die erst im Laufe jener Nacht aus Kassel in die Anstalt gebracht worden waren.<sup>5</sup>

Am Tag der Ankunft der amerikanischen Streitkräfte verzeichnet das für den Arbeitsbetrieb angelegte Rapportbuch insgesamt 619 Anstaltsinsassen, davon 540 Schutzhäftlinge, 64 Korrigenden, 3 zwangsuntergebrachte Fürsorgeempfänger, 6 Pfleglinge und 6 Fürsorgezöglinge.<sup>6</sup> Die US-Truppen ließen

---

1 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9822.

2 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9737, S. 224.

3 Namensliste in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 246, 13.3.45; Nr. 143, S. 19 f.

4 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10344, S. 378.

5 Vgl. Hanne Wilsch/ Dietfrid Krause-Vilmar, 1984, S. 104; Bericht über die Exhumierung der 28 Ermordeten in: Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9828, S. 134 RS; Nr. 9831, S. 43 ff.

6 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9822.

sämtliche Gefangenen frei, verhafteten fünf Aufseher und den als stellvertretenden Ortsgruppenleiter der NSDAP fungierenden Anstaltsbäcker.<sup>7</sup>

Die Bezirkskommunalverwaltung Kassel schrieb 1949 in einer aus Anlaß ihres achtzigjährigen Bestehens herausgegebenen Schrift: "Beim Zusammenbruch, als die alliierten Truppen von der Anstalt Besitz ergriffen, wurden die Internierten (Schutzhäftlinge, W.A.) befreit, gleichzeitig aber auch die asozialen Elemente, die zu Recht als Korrigenden hier einsaßen, freigelassen. In den letzten Märztagen 1945 waren sie es, die die Anstalt plünderten, Inneneinrichtungen mutwillig zerstörten und die Vorräte und Kammerbestände vollständig ausraubten."<sup>8</sup>

Kein Wort des Bedauerns über das den Korrigendinnen und Korrigenden zugefügte Leid. Stattdessen diffamierte die Bezirkskommunalverwaltung Opfer des Nationalsozialismus als "asoziale Elemente" und bezeichnet die im Einzelfall fast zehnjährige Internierung von harmlosen Bettlern als "Recht". Die Behauptung, die befreiten Korrigenden hätten die Anstalt geplündert, gehört im übrigen in den Bereich der Nachkriegslegenden. In einem am 12. April 1945, also noch vor der Kapitulation des NS-Regimes und wenige Tage nach der Plünderung der Anstalt, verfaßten Bericht der Anstaltsleitung an den Oberpräsidenten wird dieser Vorgang völlig konträr geschildert: "Die Korrigenden, Verwahrfälle, Arbeitshäuslinge und schwer erziehbaren Fürsorgezöglinge mußten umgehend nach der Besetzung entlassen werden. Einige sind jedoch freiwillig zurückgeblieben und helfen noch, die dringend notwendigen Arbeiten in Gut und Gärtnerei zu verrichten. Durch Plünderung von Ausländern aus Guxhagen und Umgebung, sowie auch durch ortsansässige Deutsche sind der Anstalt schwere Schäden an Inventar, Materialien und Naturalien entstanden."<sup>9</sup> Nach dieser Quelle hatten ausländische Zwangsarbeiter und deutsche Bürger die Anstalt geplündert. Vermutlich hat man den geflüchteten Korrigenden die auf 92 000 RM geschätzten Plünderungsschäden nachträglich in die Schuhe geschoben, um eventuelle Nachforschungen abzublocken.<sup>10</sup>

Die Korrigendinnen und Korrigenden stellten bei Kriegsende nur noch etwa zehn Prozent der Insassen der Gesamtanstalt. Beim Auswerten der personenbezogenen Fallakten konnten 61 der 64 von den US-Truppen befreiten

---

7 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9826, S. 480-481.

8 Achtzig Jahre kommunale Selbstverwaltung im Regierungsbezirk Kassel 1867-1947, Kassel 1949, S. 89 f.

9 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9826, 12.4.1945.

10 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 139, 28.1.1947.

Korrigendinnen und Korrigenden namentlich festgestellt werden.<sup>11</sup> Die durchschnittliche Haftdauer der befreiten Korrigenden betrug 45 Monate; ein Drittel von ihnen war bereits seit Kriegsbeginn in Breitenau gefangen. Die längste Haftdauer hatte der oben ausführlich geschilderte Jakob K. verbüßen müssen, der bereits seit August 1935 in Breitenau festgehalten wurde.<sup>12</sup> Die Hälfte der befreiten Korrigenden war über 60 Jahre, der älteste 78 Jahre alt. Drei Viertel der befreiten Korrigenden waren wegen Bettelei oder Landstreicherei eingewiesen worden. Die sich in den Kriegsjahren immer mehr verstärkende Tendenz, die Arbeitshaushaft zur Dauerinternierung obdachloser Menschen zu funktionalisieren, blieb also bis Kriegsende bestehen. Neben diesen alten Bettlern und Landstreichern, den seit der Gründung der Anstalt typischen Insassen Breitenaus, sind durch die US-Truppen auch zwölf wegen Arbeitsvertragsbruchs ins Arbeitshaus Eingewiesene freigekommen. Wie oben schon aufgezeigt, waren dies fast ausschließlich junge Frauen, die sich dem Arbeitsprozeß entzogen und sich "herumgetrieben" hatten.

In den Akten der befreiten Insassen vermerkte das Anstaltsbüro: "kriegsbedingte Entlassung". Diese Formulierung sollte einen Hinweis darauf geben, daß - wie die Anstaltsleitung später häufig behauptete - diese Gefangenen nicht rechtmäßig freigekommen seien.

Für die einweisenden Gerichte war es nicht selbstverständlich, daß die Korrigendinnen und Korrigenden beim Zusammenbruch der Nazi Herrschaft entlassen wurden. Bei fast allen befreiten Korrigenden fragten die Gerichte, teilweise noch 1947, an, ob die Betroffenen noch in Breitenau seien und ob der Zweck der Unterbringung nun erreicht sei. Die Reaktion der neu eingesetzten Anstaltsleitung auf diese Anfragen war recht widersprüchlich. Häufig schrieb die Direktion, die befreiten Korrigenden seien "unberechtigterweise" freigekommen und reduzierte dadurch die Befreiung der Überlebenden zu einer gewöhnlichen "Entweichung".<sup>13</sup> Teilweise antwortete man aber auch kommentarlos, der oder die Betreffende habe "bei Inbesitznahme der Anstalt durch US-Truppen die Freiheit erlangt".

In anderen Fällen schrieb man, der Zweck der Unterbringung sei angesichts der langen Haftdauer bereits erreicht gewesen.<sup>14</sup> Über den seit Februar 1941 gefangengehaltenen Korrigenden August B. schrieb die Direktion 1947 an das

---

11 Die folgenden Angaben beziehen sich auf diese 61 Korrigendinnen und Korrigenden.

12 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8650.

13 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8071; Nr. 7975; Nr. 9370; Nr. 9611; Nr. 8744; Nr. 8443; Nr. 8829; Nr. 9833, S. 137.

14 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9105.

Landgericht Frankfurt: "Anlässlich der Inbesitznahme der Anstalt durch alliierte Streitkräfte erlangte der B. zusammen mit anderen Anstaltsinsassen unberechtigterweise die Freiheit. Über den Aufenthalt des B. war seitdem hier nichts bekannt. In Anbetracht dessen, daß B. während des Krieges nicht entlassen werden konnte, und volle vier Jahre hier einsaß, kann der Zweck der Unterbringung als erreicht angesehen werden." Der Frankfurter Generalstaatsanwalt ordnete daraufhin eine jederzeit widerrufbare "bedingte Entlassung" an.<sup>15</sup>

Bei Entschädigungsleistungen im Rahmen der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gingen die Breitenauer Korrigenden leer aus. Wie alle Menschen, die von den Nationalsozialisten aus sozialen Gründen verfolgt worden waren, fielen sie nicht unter das Bundesentschädigungsgesetz von 1953 und dessen Vorläuferregelungen.<sup>16</sup> Im Bundesentschädigungsgesetz gelten nur politisch, religiös, rassisch oder aus Gründen der Weltanschauung Verfolgte als entschädigungswürdig. KZ-Häftlinge, die als "Asoziale" verhaftet worden waren, sind keine Verfolgten im Sinn des Bundesentschädigungsgesetzes und haben bis heute keine Entschädigung erhalten. Auch die Korrigendinnen und Korrigenden der Arbeitshäuser, selbst wenn sie aufgrund der nationalsozialistischen "Maßregeln der Sicherung und Besserung" manchmal fast zehn Jahre einsaßen, zählen im Entschädigungsrecht bis heute nicht zu den Verfolgten des Naziregimes. Die Behörden sahen in den Arbeitshausgefangenen auch in der Nachkriegszeit gewöhnliche Kriminelle, die, wie die Kasseler Bezirkskommunalverwaltung in ihrer bereits zitierten Jubiläumsbroschüre aus dem Jahre 1949 schrieb, angeblich "zu Recht" gefangengehalten worden waren.

Einige der überlebenden Korrigenden stellten nach dem Krieg Anträge auf Entschädigung.<sup>17</sup> Den in Breitenau anfragenden Entschädigungsbehörden antwortete die Anstaltsleitung durchweg, bei den Betreffenden habe es sich um gewöhnliche Kriminelle oder "typische Landstreicher" gehandelt.<sup>18</sup>

Noch im Mai 1946 schrieb die Anstaltsleitung an die Kasseler *Betreuungsstelle für ehemalige politische Häftlinge* über einen ehemaligen Insassen, der fast zehn Jahre in Breitenau wegen Bettellei gefangengehalten worden war: "Der

---

15 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7795.

16 Vgl. Thomas Lutz/ Alwin Meyer (Hrsg.), *Alle NS-Opfer anerkennen und entschädigen*, Berlin 1987, S. 13; vgl. Romani Rose, *Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland*, Heidelberg 1987, S. 46.

17 Vgl. insbesondere Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10344; Nr. 8088; Nr. 8915.

18 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7795.

Obengenannte saß vom 19.5.1936 bis 30.3.1945 als Korrigend in der hiesigen Anstalt ein. Anlässlich der Inbesitznahme der Anstalt durch amerikanische Streitkräfte erlangte D. zusammen mit anderen Korrigenden unrechtmäßig die Freiheit. Der hiesige Aufenthalt des D. - der nachweislich des Strafregisterauszeuges 78 mal vorbestraft ist - entbehrt jeglichen politischen Hintergrundes.<sup>19</sup>

Die oft langen Vorstrafenlisten der Breitenauer Korrigenden legen es auf den ersten Blick nahe, sie als gewöhnliche Kriminelle anzusehen. Nur ein Bruchteil der Gerichtsurteile weist eine eindeutige politische Tendenz auf. Trotzdem ist es falsch, die Haftzeit der Arbeitshausgefangenen im Nationalsozialismus als gewöhnliches Schicksal von Kleinkriminellen abzutun. Die 1934 eingeführte unbestimmte, tendenziell lebenslängliche Unterbringung war eine Neuerung der NS-Zeit. Die "Maßregeln der Sicherung und Besserung" waren Teil einer beabsichtigten Endlösung der sozialen Frage, die sich aus einer Vielzahl von im Einzelfall nicht einmal koordinierten Einzelmaßnahmen zusammensetzte, von denen die Zwangssterilisationen, die "Euthanasie"-Morde, die Aktion "Arbeitsscheu Reich", die Arbeitserziehungslager und die Arbeitshaushaft nur die bekanntesten sind.<sup>20</sup>

Der Verhöhnung der Insassen seitens der Kasseler Bezirkskommunalverwaltung entsprach auf der anderen Seite eine auffallend milde Behandlung des Breitenauer Personals. Bereits im Dezember 1945 waren zehn politisch belastete Aufseher, die auf Betreiben der US-Besatzungsbehörden zunächst entlassen worden waren, wieder im Anstaltsdienst tätig. Man hatte die entlassenen Beamten kurzerhand als Arbeiter des Breitenauer Anstaltsguts wieder eingestellt.<sup>21</sup>

Über einen ehemaligen Breitenauer Korrigenden, der bei der Spruchkammer Meldungen belastende Aussagen über seine früheren Aufseher zu Protokoll gegeben hatte, schrieb die Direktion: "W. gehört zu den asozialen Personen übelster Sorte, der um nicht erneut Unheil anzurichten, alsbaldigst einer Verwahranstalt zugeführt werden mußte."<sup>22</sup>

---

19 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7931.

20 Vgl. Wolfgang Ayaß, Den im Nationalsozialismus verfolgten Wohnungslosen wurde bislang jede Entschädigung verweigert. Sachverständigengutachten zur Anhörung des Innenausschusses des Bundestags am 24. Juni 1987 zur Entschädigung aller Opfer des Nationalsozialismus, in: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Innenausschuß, Stenographisches Protokoll über die 7. Sitzung des Innenausschusses, Anlage 6, S. 283-291.

21 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9830, S. 102.

22 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9640.



Anstaltsdirektor Georg Sauerbier, der bereits vor 1933 NSDAP-Mitglied und während des Zweiten Weltkriegs immerhin Leiter eines Arbeitserziehungslagers und eines Konzentrationssammellagers gewesen war, wurde von der Bezirkskommunalverwaltung erst entlassen, nachdem er im Juni 1945 von der US-Militärverwaltung verhaftet worden war.<sup>23</sup> Das Entlassungsschreiben bezog sich ausschließlich auf seine Mitgliedschaft in der NSDAP vor dem 1. April 1933, ein Fakt, der eine Entlassung zwingend vorschrieb. Seine Tätigkeit als Leiter des Arbeitshauses, des Arbeitserziehungslagers und des Konzentrationssammellagers sah man in der Kasseler Bezirksverwaltung eher positiv. In einem auf den 24. Juli 1945 datierten Zeugnisentwurf schrieb man: "Als Direktor der Landesarbeitsanstalt Breitenau hat es Herr Sauerbier vermöge seiner organisatorischen Begabung verstanden, durch geschickte Erweiterung der Belegungsfähigkeit der Landesarbeitsanstalt eine gesunde Wirtschaftsgrundlage zu geben, die Arbeitskraft der Anstaltsinsassen in der günstigsten Weise für die umliegende Industrie und Landwirtschaft nutzbar zu machen und dadurch zu einer Senkung der Pflegegebühren im Interesse der einweisenden Verbände beizutragen."<sup>24</sup>

In einem 1949 durchgeführten Entnazifizierungsverfahren wurden elf ehemalige Breitenauer Aufseher und Anstaltsbedienstete in die Gruppe der Mitläufer eingestuft. Der ehemalige Direktor Georg Sauerbier erhielt als Mitläufer 1 000 DM Geldstrafe.<sup>25</sup>

## Das Arbeitshaus Breitenau als Frauenbewahranstalt

Auch in den ersten Nachkriegsjahren blieb der multifunktionale Charakter der Breitenauer Anstalt bestehen. Bis Jahresende 1945 nutzten die Alliierten die Anstalt zur Internierung von Nationalsozialisten, die zunächst von französischen, dann von amerikanischen Soldaten bewacht wurden.<sup>26</sup> Bereits im November 1945 richtete die Hautklinik des Kasseler Stadtkrankenhauses im Brei-

---

23 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 119, S. 2; Nr. 118, S. 65.

24 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 119, S. 2.

25 Vgl. Hanne Wiltch/ Dietfrid Krause-Vilmar, 1984, S. 104.

26 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 135, Bd. 2, S. 253; eine Namensliste von Inhaftierten in Nr. 142, S. 131; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9828, S. 129; Nr. 9833, S. 118.

tenauer Frauenhaus eine Ausweichstation mit zunächst 60, später dann bis zu 200 Betten ein. Dieses *VD-Hospital* diente bis November 1951 zur Zwangsunterbringung geschlechtskranker Frauen, die zum Teil bei Razzien in US-Kasernen festgenommen worden waren.<sup>27</sup>

Mitte Januar 1946 beantragte der Kasseler Bezirksverband bei der Militärverwaltung in Kassel die Wiedereröffnung der Breitenauer Landesarbeitsanstalt. Der Beauftragte für den Strafvollzug in Kurhessen drängte seinerseits auf eine erneute Nutzung der Anstalt, da bereits einige Amtsgerichtsurteile vorlagen, die Arbeitshausunterbringung vorsahen.<sup>28</sup> Auch die Breitenauer Direktion hielt es für wünschenswert, wenn der Hauptbau der Anstalt wieder seinem, wie man schrieb, "ureigensten Zweck" dienen könne, weil man hiermit den Arbeitskräftemangel der Gutswirtschaft der eigenen Anstalt, aber auch den der umliegenden privaten Landwirtschaft beheben könne.<sup>29</sup>

Im April 1946 konnte der Bezirksverband den einweisenden Gerichten mitteilen, daß Breitenau wieder zur Aufnahme von Korrigenden bereitstehe. Noch im April kamen fünf Korrigendinnen an, während man den ersten männlichen Korrigenden erst Mitte Mai in die neuen Aufnahmebücher eintrug. Da sich im alten Frauenhaus der Anstalt das Geschlechtskrankenhospital befand, brachte man Korrigendinnen und Korrigenden in getrennten Stockwerken der alten Klosterbasilika unter.<sup>30</sup> Der Landeshauptmann schrieb im September 1946, Zweck der Landesarbeitsanstalt Breitenau sei, "die ihr zur Erziehung überwiesenen, in den meisten Fällen sozial abgeglittenen Personen, durch konsequente Anhaltung zur Arbeit wieder zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen".<sup>31</sup>

Die neue Direktion war bestrebt, die Anstalt so schnell wie möglich wieder zu füllen. Im Mai 1946 forderte sie bei der Zentralverwaltung des immer noch bestehenden Justizgefangenenlagers Rodgau dreißig männliche und zehn weibliche arbeitsfähige Korrigenden an. Direktor Engelbach fuhr persönlich nach Rodgau um zu erreichen, daß nur gesunde, arbeitsfähige Korrigenden mit handwerklichen Kenntnissen oder zumindest Landarbeiterfahrung überwiesen wurden.<sup>32</sup> Langsam aber stetig stieg die Zahl der Insassen der nach wie vor

---

27 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 21; Hausordnung in Nr. 120, S. 51; Nr. 135, Bd. 2, S. 265.

28 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, Bd. 3, S. 376.

29 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, Bd. 3, S. 372.

30 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, Bd. 1, S. 113; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10400, S. 154; Nr. 9822; Nr. 10400, S. 175.

31 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 115, Bd. 2; S. 220.

Langsam aber stetig stieg die Zahl der Insassen der nach wie vor *Landesarbeitsanstalt und Landesfürsorgeheim* genannten Anstalt. Neben Korrigenden und geschlechtskranken Frauen waren in den ersten Nachkriegsjahren auch heimatlose Jugendliche, Fürsorgezöglinge und ein Altersheim auf dem Anstaltsgelände untergebracht. Zum Jahresbeginn 1947 war die Anstalt mit 364 Insassen bereits wieder überfüllt.<sup>33</sup> Im Geschlechtskrankenhospital befanden sich 111 Frauen; Korrigenden und Korrigendinnen waren mit 94 Häftlingen die zweitgrößte Insassengruppe. Außerdem befanden sich noch 83 Fürsorgezöglinge, 38 heimatlose Jugendliche und 42 Altersheimbewohner in der Anstalt.

Nach altbewährtem Muster ging die Anstaltsleitung ab Sommer 1947 wieder dazu über, Kolonnen für Arbeiten außerhalb der Anstalt zusammenzustellen. Zu Arbeiten beim Wiederaufbau des Ständehauses in Kassel, dem Dienstsitz des Bezirksverbands, schickte man im Mai 1947 eine Kolonne Korrigendinnen. Einen Monat später stellte die Anstaltsleitung eine Außenkolonne zu landwirtschaftlichen Arbeiten in der Domäne Alt-Wildungen. Auch bei der industriellen Produktion griff man wieder auf Firmen zurück, mit denen man bereits während des Nationalsozialismus Verträge abgeschlossen hatte.<sup>34</sup>

Wie am Ende des Ersten Weltkriegs änderte sich auch am Ende des Zweiten Weltkriegs bei der Trägerschaft der Einrichtung und der Rechtsgrundlage der Einweisungen nicht das geringste. Träger der Anstalt blieb der Bezirksverband, Rechtsgrundlage der Einweisungen von Korrigenden das 1934 in Kraft getretene nationalsozialistische "Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung".

Am Jahresbeginn 1949 stellten die Korrigenden mit 200 von 334 Insassen der Gesamtanstalt bereits wieder die größte Insassengruppe. Breitenau war auf dem besten Weg, sich wieder als die alte Korrekptionsanstalt zu etablieren. Die Sozialstruktur der Korrigendinnen und Korrigenden war allerdings völlig anders als in früheren Jahrzehnten. Die Landstreicher und Bettler alter Prägung, die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik die Anstalt hauptsächlich bevölkerten, hatten ja nur im Ausnahmefall den Nationalsozialismus überlebt. Bis zur Auflösung der Arbeitsanstalt im Frühjahr 1949 lieferten die

---

32 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10400, 17.5.46, 23.5.46.

33 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9822.

34 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10400, 16.5.47, 9.8.47, 23.6.47; Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 150, S. 144 RS, S. 145.

Bis zur Auflösung der Arbeitsanstalt im Frühjahr 1949 lieferten die Gerichte insgesamt 673 Frauen und 103 Männer zur Arbeitshaushaft nach Breitenau ein.<sup>35</sup>

	Korrigendinnen	Korrigenden
1946	179	21
1947	281	25
1948	195	46
1949	18	11

Von 1946 bis 1949 stellten die Korrigendinnen, die außer am Ende des Ersten Weltkriegs immer nur eine kleine Minderheit unter den Arbeitshaushäftlingen gebildet hatten, 87 Prozent der Breitenauer Arbeitshaushäftlinge. Recht häufig handelte es sich dabei um junge Frauen, die mit Besatzungssoldaten zusammengelebt hatten.<sup>36</sup> Die deutsche Justiz versuchte mit dem alten Mittel der *korrektionalen Nachhaft*, diese spezielle Nachkriegerscheinung zu bekämpfen. Schon im September 1946 schrieb das an der Grenze zur sowjetischen Besatzungszone liegende Amtsgericht Witzenhausen an die Breitenauer Anstalt: "Im Bezirk des hiesigen Amtsgerichts sind in letzter Zeit wiederholt Mädchen, besonders aus der russischen Zone, aufgetreten, die sich ein Jahr und länger ohne polizeiliche Anmeldung in den Grenzkreisen der amerikanischen Zone aufhalten, keiner geordneten Beschäftigung nachgehen, Unzucht treiben und sich von Männern, teilweise amerikanischen Soldaten unterhalten lassen. Um diesem Unwesen zu steuern und solche Mädchen, soweit erforderlich zur Arbeit anzuhalten und an ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben zu gewöhnen, ist beabsichtigt, von der Unterbringung im Arbeitshaus im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vermehrt Gebrauch zu machen."<sup>37</sup>

Mit den seit 1927 eingeschränkten Strafbestimmungen über Prostitution konnten diese Frauen nicht erfaßt werden. Solange keine Geschlechtskrankheiten nachgewiesen werden konnten, gab es keine gesetzliche Möglichkeit, sie zwangsweise festzuhalten. Die Richter bemühten nun ungewöhnlich häufig die zuvor gegen Frauen fast nie angewandte Strafbestimmung wegen Landstreicherei, wobei im Einzelfall schon das illegale Passieren der

---

35 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9822, Nr. 10325.

36 Siehe insbesondere Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10400.

37 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10400, 27.9.46.

Grenzen der Besatzungszonen als 'Landstreicherei' im Sinn von § 361 Nr. 3 StGB definiert wurde.<sup>38</sup> Mit dieser abstrusen Definition von Landstreicherei hätte man allerdings in den ersten Nachkriegsjahren hunderttausende Ausgebombte, Flüchtlinge, Kriegsheimkehrer und Vertriebene internieren können. Die in den Akten erhaltenen Gerichtsurteile beweisen, daß es im Grunde nicht um 'Landstreicherei' ging, sondern um Bekämpfung der unangepaßten Lebensweise dieser Frauen. Aus einem in dieser Beziehung typischen Amtsgerichtsurteil gegen eine 1946 nach Breitenau eingewiesene Frau: "Die Angeklagte gehört zu den Mädchen, die sich zur Zeit unter Ausnutzung der Nachkriegsverhältnisse arbeitsscheu im Lande herumtreiben und von gewerbmäßiger Unzucht leben. Dieses Verhalten wiegt besonders schwer, weil sie nicht zu den heimatlosen Ostflüchtlings gehört und nur aus Hang zu liederlichem Leben zur Dirne herabgesunken ist. Sie bildet eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ... Sie hat jeden inneren Halt verloren. Eine Haftstrafe von 1 Monat war angemessen, um ihr mit aller Deutlichkeit klar zu machen, daß ein derartiges asoziales Verhalten in Zukunft nicht mehr geduldet wird."<sup>39</sup> Zusätzlich zu dieser mit 'Landstreicherei' begründeten Haftstrafe sprach der Richter die Einweisung in die Landesarbeitsanstalt Breitenau aus.

Das zitierte Urteil war kein Einzelfall. Ein Urteil des Amtsgerichts Homberg gegen eine 19jährige Frau zielte in dieselbe Richtung: "Die Angeklagte gab auch in der Hauptverhandlung zu, daß sie sich seit mehr als sechs Monaten unangemeldet in Homberg herumtreibt, trotz wiederholter Aufforderung keine Arbeit aufgenommen hat und sich von fremden Männern ernähren läßt, denen sie sich wahllos geschlechtlich hingibt. Sie war daher gemäß § 361 Ziff 3 StGB zu bestrafen." Auch diese Frau erhielt wegen 'Landstreicherei' sechs Wochen Haft mit anschließender Arbeitshausunterbringung.<sup>40</sup>

Die Arbeitshaushaft wurde hier im Kampf gegen die soziale Desintegration der deutschen Nachkriegsgesellschaft eingesetzt.<sup>41</sup> Die verurteilten jungen Frauen hatten ihre Sozialisation unter nationalsozialistischer Herrschaft bzw. im Zweiten Weltkrieg erlebt. Der Zusammenbruch zuvor gültiger Werte, die extreme materielle Not, Verlust von Angehörigen und Wohnraum zwangen diese Frauen zu einer Überlebensform, die Amtsrichtern und Fürsorgern als

---

38 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10400, 9.8.47.

39 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10400, 26.8.47, S. 3.

40 StA Marburg, Bestand 401, Acc. 1988/73, Nr. 73.

41 Vgl. hierzu Alan Kramer, 'Law-abiding Germans'? Social Disintegration, Crime and the Reimposition of Order in Post-war Western Germany, 1945-9, in: Richard J. Evans (Ed.), 1988, S. 238-261.

Gipfel sexueller Verwahrlosung erschien. Die Ausdehnung der Arbeitshaushaft auf unangepaßt lebende junge Frauen hatte sich bereits in den Jahren 1943/44 mit der Einweisung von wegen Arbeitsvertragsbruchs verurteilten Frauen angekündigt. Unter der Hand und ohne die geringste Änderung der Rechtsgrundlage hatte sich die soziale Zusammensetzung der Insassen des Breitenauer Arbeitshauses grundlegend gewandelt. Aus einer Haftanstalt für Bettler und Landstreicher war ein Fraueninternierungslager ganz im Sinn des von der Fürsorge weiterhin gewünschten Bewahrungsgesetzes geworden.

### **Schließung des Arbeitshauses Breitenau durch die Militärregierung**

Im Jahre 1948 inspizierten Beauftragte der Legal Division der amerikanischen Militärregierung aus Marburg wiederholt Breitenau. Die Anstalt war zu diesem Zeitpunkt die einzige hessische Anstalt, in der Arbeitshaushaft vollstreckt wurde. Die Amerikaner waren über die Zustände im Breitenauer Arbeitshaus entsetzt und kritisierten insbesondere die seit 1934 mögliche Dauerunterbringung von wiederholt Eingewiesenen. Die Arbeitshausunterbringung dauere zu lange und die Ermittlungen über die Führung der Insassen erfolge in viel zu großen Abständen. Der Anstaltsleitung warfen die Amerikaner Untätigkeit vor, weil sich diese zu wenig für eine Entlassung der Insassen einsetze. Das gesamte Verfahren der Arbeitshausunterbringung bezeichneten die Beauftragten der Militärregierung als mittelalterlich. Es sei möglich, daß Personen für immer in einer Anstalt verschwänden, ohne daß jemand wüßte, wo sie geblieben seien.<sup>42</sup> Bei einer Inspektion im Oktober 1948 ließen sich zwei Angehörige der Militärverwaltung durch die Anstalt führen und sprachen auf dem Rundgang die Korrigentin Anne M. an. Ein Vermerk eines Anstaltsbediensteten gibt das Gespräch folgendermaßen wieder<sup>43</sup>:

Frage: "Wie lange sind Sie hier?"

Antwort: "7 Monate."

Frage: "Warum sind Sie hier?"

Antwort: "Wegen Grenzübertritt."

---

42 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10400, S. 75.

43 Aktenvermerk über diesen Besuch in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10400, S. 64.

Antwort: "Nichts."

Einer der Amerikaner wandte sich an den begleitenden Anstaltsbeamten:

"Sehen Sie, da wird ein Mensch unschuldig festgehalten."

Dem völlig verunsicherten Beamten fiel nichts Besseres ein, als zu erwidern:

"Man kann ja nicht alles glauben, was die Mädchen sagen."

Der Amerikaner ließ nicht locker und befragte eine weitere Insassin:

Frage: "Wie lange sind Sie hier?"

Antwort: "13 Monate."

Frage: "Warum sind Sie hier?"

Antwort: "Ich bin nur einmal mit einem amerikanischen Soldaten gegangen."

Frage: "Sonst haben Sie nichts gemacht?"

Antwort: "Nein."

Die US-Vertreter waren nun überzeugt, daß die meisten Insassen unschuldig in Breitenau festgehalten wurden und ließen sich auch nicht durch den hilflosen Hinweis des deutschen Beamten beeindrucken, daß in den Akten sich das alles ganz anders lese.

Die Beauftragten der Legal Division der Militärregierung alarmierten den hessischen Justizminister und den hessischen Minister für Arbeit und Wohlfahrt in einem detaillierten Beschwerdeschreiben. Die Überprüfung der Unterbringung seitens der Gerichte sei ungenügend, bei sorgfältiger Überprüfung müßte die Mehrzahl der Korrigenden entlassen werden. Man halte die Arbeitshausinsassen nur deswegen so lange in Breitenau fest, um sie als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zu nutzen. Außerdem wurde moniert, daß Fürsorgezöglinge in demselben Haus wie Korrigenden untergebracht waren. Eß- und Tagesräume seien nicht ausreichend vorhanden und die Freizeitgestaltung sei völlig ungenügend.<sup>44</sup>

Aufgrund der Beschwerden der US-Legal Division führten die verantwortlichen hessischen Ministerien ihrerseits Besichtigungen in Breitenau durch. Im Gegensatz zu den US-Behörden fand man die Breitenauer Anstalt im großen und ganzen in Ordnung. "In bezug auf die pädagogische Einflußnahme ist allerdings der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, daß etwas überalterte und wenig fortschrittliche Grundsätze und auch eine wenig lebendige und nicht sehr tatkräftige Erziehungshandhabung besteht. Es bleibt der Eindruck, daß man als einzige positiv erziehende Kraft die Zeit einschätzt, in der Meinung etwa, daß auch die schwierigsten Anstaltsinsassen schließlich - um einmal

---

44 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, Bd. 1, S. 181.

wieder auf freien Fuß zu kommen - sich zusammennehmen und Mühe geben werden."<sup>45</sup>

Der hessische Justizminister wies die Justizbehörden an, alle Fälle zu prüfen, in denen die Unterbringung länger als zwei Monate dauerte. Statt wie zuvor nur alle zwei Jahre, mußte nun alle zwei Monate ein Haftprüfungstermin vorgenommen werden. Bei über einjähriger Unterbringung wünschte der Minister Bericht.<sup>46</sup> Anstelle der zuvor üblichen stereotypen Standardformel ("Der Zweck der Unterbringung ist noch nicht erreicht") mußte die Breitenauer Anstaltsleitung nun ausführlichere, mehrere Sätze umfassende individuelle Führungsberichte für die einweisenden Gerichte schreiben. Um weiteren Konflikten mit der Militärregierung aus dem Weg zu gehen, entließen die Gerichte die meisten der über ein Jahr in Breitenau festgehaltenen Insassen.

Wenige Wochen nach der oben geschilderten Inspektion der Anstalt durch Vertreter der amerikanischen Militärregierung erschien im November 1948 in der *Kasseler Zeitung* eine ganzseitige, offensichtlich lancierte, überaus kritische Reportage über Breitenau: "Es gibt keine unverschlossenen Türen in Breitenau. Wenn man zur Unterkunft der Frauen geht - sie wohnen in den ehemaligen Klosterräumen - dreht sich hart der Schlüssel im Schloß, ein riesiger Riegel wird aufgeschoben und gleich wieder vorgelegt. Kälte steht in der Dämmerung der langen Gänge. Kahl und schmucklos sind die Schlafräume. 28 Holzbetten stehen übereinander. Mit Strohsäcken und blau-weiß karierten Decken. Dumpfe, muffige Luft. Lastendes Zwielficht. Der Aspekt eines Gefängnisses."<sup>47</sup> Nie zuvor war in der Öffentlichkeit so kritisch über das Breitenauer Arbeitshaus berichtet worden. Die Bevölkerung der Region sollte offensichtlich auf die Schließung des Arbeitshauses vorbereitet werden.

Mitte Februar 1949 erhielten Kasseler Dienststellen und die völlig überraschte Breitenauer Direktion Kenntnis von der beabsichtigten Aufhebung der Arbeitshäuser in der Amerikanischen Besatzungszone.<sup>48</sup> Das Gesetz Nr. 14 der Militärregierung des Amerikanischen Kontrollgebiets vom 1. Februar 1949 bestimmte mit Wirkung vom 1. April 1949 die ersatzlose Streichung des

---

45 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, Bd. 1, S. 182.

46 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, Bd. 2, S. 170.

47 Karl Kraft, Es gibt keine unverschlossenen Türen in Breitenau, in: *Kasseler Zeitung*, 22.11.1948.

48 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, Bd. 2, S. 278; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9828, S. 11.



§ 42 d StGB und des § 20 der Reichsfürsorgepflichtverordnung.<sup>49</sup> Damit war sowohl der strafrechtlichen wie auch der fürsorgerechtlichen Arbeitshausunterbringung die Rechtsgrundlage entzogen. 74 Jahre nach seiner Gründung mußte das Arbeitshaus Breitenau geschlossen werden.

In den letzten Märztagen entließ die Direktion nach und nach die Korrigenden und Korrigenden. Am 31. März 1949 verließen die letzten Breitenauer Korrigenden, 25 Frauen und 15 Männer, die Anstalt.<sup>50</sup> Insgesamt sollen in der Amerikanischen Besatzungszone durch die Schließung der Arbeitshäuser über zweitausend Personen freigekommen sein.<sup>51</sup>

Das *Arbeitshaus* Breitenau wurde geschlossen. Die *Anstalt* Breitenau bestand jedoch weiter, denn das Gesetz der Militärregierung hatte nur die Zwangseinweisung von Korrigenden und Fürsorgeempfängern verboten, die Trägerschaft und die Besitzverhältnisse der Anstalt jedoch nicht angetastet. In der Anstalt befand sich weiterhin das Geschlechtskrankenhospital und das Landesfürsorgeheim. Bereits am Tag der Schließung des Arbeitshauses meldete die Direktion, die Anstalt führe in Zukunft die Bezeichnung *Landesfürsorgeheim Breitenau* und diene der Unterbringung von Fürsorgepfleglingen.<sup>52</sup> Den weiteren Arbeitsschwerpunkt sah man in der Unterbringung "gefährdeter" bzw. "asozialer" Frauen. Breitenau solle als Fürsorgeheim und als Bewahranstalt dienen. "Wenn später einmal ein Bewahrungsgesetz erlassen werden sollte, dann ist in dieser Beziehung schon eine gewisse Vorarbeit geleistet."<sup>53</sup>

Im Oktober 1949 erhielt die Anstalt die Bezeichnung *Landesfürsorgeheim Fuldata, Guxhagen bei Kassel*.<sup>54</sup> Über diese Namensänderung entbrannte schnell eine öffentliche Kontroverse. Die Gemeinde Guxhagen sprach sich gegen die Änderung aus.<sup>55</sup> Auch die Tageszeitung *Kasseler Post* kritisierte die Umbenennung. Die Begründung, "es ist in den letzten Jahren so viel Häßliches, ja Unrecht in Breitenau geschehen, daß dieser Name verschwinden

---

49 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10400, S. 26 mit Eingangsstempel vom 12.3.1949.

50 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10325; Nr. 9822.

51 Vgl. Reinhart Maurach, Arbeitshaus für Asoziale?, in: Die neue Polizei 5 (1951), S. 181.

52 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, Bd. 2, S. 257, S. 280; Nr. 176, S. 109; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 10400, 31.3.49.

53 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, Bd. 2; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9826, S. 426.

54 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 141, Bd. 2, S. 194; Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9826, S. 421.

55 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 160, Bd. 2, S. 151.

muß", sei zu dürrtig. Innerhalb des Bezirksverbands bemerkte man zu diesem Artikel, man habe nichts dagegen, die Anstalt in einigen Jahren, "wenn Gras über die Sache gewachsen ist", wieder nach ihrem historischen Namen zu benennen.<sup>56</sup>

Jahrzehntelang war die Kasseler Bezirkskommunalverwaltung stolz auf den abschreckenden Namen *Breitenau* gewesen. Jetzt, nach den Verbrechen des Nationalsozialismus, wollte man lieber verdrängen und vergessen.

## Das Ende der Arbeitshausunterbringung 1967/74

Die Arbeitshäuser der französischen, der britischen und der sowjetischen Besatzungszone blieben nach dem Verbot der Arbeitshäuser der amerikanischen Zone unverändert bestehen. Erst das dritte Strafrechtsänderungsgesetz von 1953 schuf für die Bundesrepublik Deutschland wieder einen einheitlichen Rechtszustand.<sup>57</sup>

Rechtsgrundlage blieb bis in Einzelheiten hinein der 1934 geschaffene § 42 d StGB. Die maximale Unterbringungszeit legte der Gesetzgeber auf zwei Jahre bei erstmaliger Unterbringung und, als einzige Änderung gegenüber der Regelung von 1934, auf vier Jahre bei wiederholter Unterbringung fest. Die von den US-Stellen bei der Schließung der Arbeitshäuser in der amerikanischen Zone kritisierte unbestimmte Unterbringungsdauer wurde abgeschafft.<sup>58</sup> Mit vier Jahren war die Höchstdauer der bundesrepublikanischen Arbeitshausunterbringung allerdings doppelt so lang wie die des Reichsstrafgesetzbuchs von 1871 und ein Jahr länger als die des preußischen Strafgesetzbuchs von 1851.

Die Arbeitshauseinweisungen blieben in der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise unbedeutend. Von 1954 bis 1969 verurteilten die Richter insgesamt 8 351 Menschen zu Arbeitshaushaft, eine Größenordnung die im Kaiserreich bei geringerer Bevölkerungszahl Jahr für Jahr erreicht wurde. Die

---

56 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 160, Bd. 1, S. 11; Bd. 2, S. 153.

57 Vgl. Praktische Fragen der Arbeitsanstalten, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 1950, S. 279 f; vgl. Johanna Jahn, 1966, S. 84; zur Entwicklung in der DDR siehe dort S. 85.

58 Vgl. Reinhart Maurach, 1951, S. 181.

Einweisungsziffern fielen kontinuierlich von 908 Personen im Jahre 1954 auf 233 Personen im Jahre 1968.<sup>59</sup> 1961 fungierten nur noch Brauweiler und Benninghausen als selbständige Arbeitshäuser, ansonsten wurde die Arbeitshaushaft in besonderen Abteilungen der Strafgefängnisse vollstreckt.<sup>60</sup> Die alten Arbeitshäuser der Amerikanischen Besatzungszone - und mit ihnen Breitenau - blieben geschlossen; die hessische Justiz vollstreckte die Arbeitshaushaft im Arbeitshaus Brauweiler bei Köln.<sup>61</sup> Im Jahre 1968 fungierte nur noch Brauweiler als selbständiges Arbeitshaus, vierzehn weitere 'Arbeitshäuser' waren in Sonderabteilungen von Justizvollzugsanstalten untergebracht.<sup>62</sup>

Trotz der quantitativen Bedeutungslosigkeit der Arbeitshäuser wollte die Bundesregierung noch im Entwurf für ein Strafgesetzbuch von 1962 weiter an ihnen festhalten. Laut diesem Entwurf war sogar geplant, Arbeitshaushaft im Zusammenhang mit sämtlichen Delikten des Strafgesetzbuchs möglich zu machen, sofern die Tat "aus Arbeitsscheu oder aus Hang zu einem unsteten oder ungeordneten Leben" begangen wurde.<sup>63</sup>

Mit dem Bundessozialhilfegesetz von 1961 wurde in der Bundesrepublik Deutschland die fürsorgerechtliche Arbeitshausunterbringung wieder gesetzlich etabliert. § 26 BSHG ermöglichte die Zwangsunterbringung von Sozialhilfeempfängern in geschlossenen Arbeitseinrichtungen, wenn die Betroffenen sich trotz wiederholter Aufforderung weigerten, zumutbare Arbeit zu leisten. Die Unterbringung war zeitlich nicht befristet, mußte jedoch, im Gegensatz zur Regelung in der Reichsfürsorgepflichtverordnung von 1924, von einem Richter angeordnet werden.<sup>64</sup>

---

59 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1960-1974.

60 Vgl. Helga Kleinkowski, Das Arbeitshaus in theoretischer und praktischer Sicht unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitshauses in Nordrhein-Westfalen, Münster 1961, S. 22; vgl. Carla Fratzscher, 1961, S. 79-81; vgl. Wolfgang Eßig, Der Vollzug der mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregeln der Sicherung und Besserung gegenüber Antisozialen und Asozialen unter besonderer Berücksichtigung der Hamburger Verhältnisse, Diss. Hamburg 1964, S. 68-104.

61 Ab 1966 wurde in Hessen die Arbeitshaushaft für Frauen in der Frauenstraf- und Untersuchungshaftanstalt Preungesheim vollstreckt, vgl. Lerke Gravenhorst, 1972.

62 Elke Büsing, Die Unterbringung im Arbeitshaus unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Niedersachsen, Diss. Göttingen 1968, S. 32; vgl. Gisela Müller, Psychische Störungen und Kriminalität. Psychopathologische und soziologische Probleme bei der Einweisung in ein Arbeitshaus - gleichzeitig ein Beitrag zur Strafrechtsreform, Diss. Aachen 1969, S. 67.

63 Entwurf eines Strafgesetzbuches (StGB) E 1962, in: Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/650, S. 23; S. 212.

64 BGBl., Teil I, 1961, S. 819.

Zusätzlich zu dieser in ihren Grundzügen nicht neuen Arbeitshausunterbringung von "arbeitsscheuen" Fürsorgeempfängern war im Bundessozialhilfegesetz von 1961 die zwangsweise "Bewahrung" weitgehend verwirklicht. § 73 BSHG sah im Rahmen der 'Hilfe für Gefährdete' Zwangsunterbringung in einer "geeigneten Anstalt, in einem geeigneten Heim oder in einer geeigneten gleichartigen Einrichtung" vor. Sie sollte verhängt werden, "wenn 1. der Gefährdete besonders willensschwach oder in seinem Triebleben besonders hemmungslos ist, 2. der Gefährdete verwahrlost oder der Gefahr der Verwahrlosung ausgesetzt ist und 3. die Hilfe nur in einer Anstalt, in einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung wirksam gewährt werden kann".<sup>65</sup>

Unter Umgehung des Reizwortes 'Bewahrung' hatte damit der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge seine seit Jahrzehnten propagierten Bewahrungsvorstellungen endlich gesetzlich verankert. Die Kriterien waren weit genug gefaßt, um die Zwangsunterbringung den sozialpolitischen Erfordernissen jeweils anpassen zu können. Doch bereits nach sechs Jahren mußte die Zwangsunterbringung von 'Gefährdeten' aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wieder aus dem Bundessozialhilfegesetz gestrichen werden. Auf Antrag der hessischen Landesregierung und des Hamburger Senats erklärte das höchste deutsche Gericht 1967 die gemäß § 73 Abs. 2 und Abs. 3 BSHG durchgeführte Zwangsunterbringung von "Gefährdeten" für verfassungswidrig. Das Grundrecht der persönlichen Freiheit sei durch diese Regelung unverhältnismäßig eingeschränkt. Der Staat habe nicht die Aufgabe, seine Bürger zu bessern und habe deswegen auch nicht das Recht, ihnen die Freiheit zu entziehen, nur um sie zu bessern, solange sie sich nicht selbst oder andere gefährdeten.<sup>66</sup> Zähneknirschend mußte die öffentliche und private Fürsorge sechs Jahre nach Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes zur Kenntnis nehmen, daß der dort umgesetzte Bewahrungsgedanke mit den Grundrechten nicht vereinbar war. Mit dem Paukenschlag der Karlsruher Verfassungsrichter fand die jahrzehntelange Diskussion über ein Bewahrungsgesetz ihr unrühmliches Ende. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bezog sich explizit nur auf die Zwangsunterbringung von 'Gefährdeten' im Sinn von § 73 BSHG und ließ die fürsorgerechtliche Arbeitshausunterbringung nach § 26 Bundessozialhilfegesetz und die strafrechtliche Arbeitshausunterbringung nach Paragraph

---

65 Ebenda, S. 827.

66 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 1967, S. 219 f; vgl. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.), Zur Verfassungsmäßigkeit von Bestimmungen des JWG und des BSHG. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 1967, Frankfurt 1967.

42 d StGB unerwähnt.<sup>67</sup> Doch mit der Feststellung, der Staat habe kein Recht, seine Bürger zu bessern, war inhaltlich auch das Todesurteil über die Arbeitshausunterbringung insgesamt gesprochen, die ja genau diese Besserung zum Ziel hatte. Der Gesetzgeber zog die Konsequenzen, und der Bundestag beschloß im Rahmen des 1. Gesetzes zur Reform des Strafrechts einstimmig mit Wirkung vom 1. September 1969 die Abschaffung der Arbeitshaushaft. Die lange Agonie der strafrechtlichen Arbeitshausunterbringung hatte ihr Ende gefunden.<sup>68</sup> 1974 wurde schließlich der Paragraph 26 aus dem Bundessozialhilfegesetz gestrichen und damit auch die zwangsweise Arbeitshausunterbringung von "arbeitsscheuen" Sozialhilfeempfängern abgeschafft.<sup>69</sup>

Bereits ein Jahr zuvor hatte die Große Strafrechtsreform die ersatzlose Streichung des Übertretungsparagraphen 361 StGB gebracht. Seitdem verbietet es das deutsche Strafgesetzbuch nicht mehr, unter Brücken zu schlafen und um Brot zu betteln.

---

67 Das OLG Hamburg sah in einem Urteil vom 24.1.1968 keinen Anlaß, das Urteil des BVG vom 18.7.1967 auch auf die strafrechtliche Arbeitshausunterbringung zu übertragen; vgl. Neue Juristische Wochenschrift 21 (1968), S. 1150 f.

68 BGBl., Teil I, 1969, S. 649; Vgl. Hartmuth Horstkotte, Der Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches nach dem 1. September 1969, in: Neue Juristische Wochenschrift 22 (1969), S. 1606.

69 Drittes Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes, BGBl., Teil I, 1974, S. 778.

## Schluß

Im Spannungsfeld zwischen Fürsorge und Strafvollzug siegte in der deutschen Arbeitshausunterbringung letztendlich der Strafvollzug. Als die Arbeitshaushaft in den fünfziger und sechziger Jahren fast nur noch in Sonderabteilungen von Strafanstalten vollstreckt wurde, war die *korrektionale Nachhaft* wieder in die Gefängnisse zurückgekehrt, nachdem die Arbeitshausunterbringung bereits durch die "Maßregeln der Sicherung und Besserung" von 1934 Angelegenheit des Strafvollzugs geworden war.

Die Versuche, die Arbeitshäuser in Bewahranstalten umzugestalten, waren vollständig gescheitert. Es gab im 20. Jahrhundert in Deutschland keine bleibende inhaltliche Weiterentwicklung der Arbeitshäuser. Der öffentlichen und privaten Fürsorge gelang es allerdings, die Institution 'Arbeitshaus' regelrecht auszutrocknen. Wichtige Insassengruppen wurden nach und nach aus der Arbeitshausunterbringung herausgenommen. Bei Jugendlichen wurde die Arbeitshaushaft ab 1900 durch Fürsorgeerziehung ersetzt. Ebenfalls ab 1900 konnten Prostituierte anstelle der Arbeitshaushaft in geschlossene Fürsorgeanstalten eingewiesen werden. Durch das 'Bielefelder System' konnten ab 1916 wohnungslose Männer ersatzweise in stationären Einrichtungen der Wandererfürsorge untergebracht werden. Die Arbeitshausunterbringung blieb zwar bis Ende der sechziger Jahre bestehen, wurde aber quantitativ immer bedeutungsloser.

Zwischen 1874 und 1949 wurden etwa fünfundzwanzigtausend Menschen in die Korrekptions- und Landarmenanstalt Breitenau eingeliefert. Zu Korrigenden und Landarmen, für die die Anstalt ursprünglich eingerichtet worden war, kamen "Arbeitsscheue und säumige Nährpflichtige", Fürsorgezöglinge und Strafgefangene. Während der NS-Zeit wurde die Anstalt zur Internierung von Schutzhäftlingen genutzt.

Der Breitenauer Gebäudekomplex hat in seiner Geschichte fast sämtliche Formen totaler Institutionen angenommen. Breitenau war Kloster, Kriegsgefangenenlager, Arbeitshaus, Fürsorgeheim, Gefängnis, Arbeitserziehungslager, Konzentrationslager, Krankenhaus und Fürsorgeerziehungsheim. Heute ist Breitenau psychiatrisches Krankenhaus.

Immer befanden sich mehrere Insassengruppen gleichzeitig in der Anstalt. Breitenau war eine multifunktionale Anstalt, die für die jeweiligen ordnungspolitischen Notwendigkeiten bereitstand und sich problemlos anpassen konnte. Um Schutzhäftlinge in Breitenau einzukerkern, mußte man die Anstalt nicht

"mißbrauchen". Das Konzentrationslager Breitenau erweist sich als integraler Bestandteil der Geschichte einer Anstalt, die immer bereitstand, um Menschen zu internieren, denen aus verschiedensten Gründen die Freiheit entzogen werden sollte. Die Inhaftierung tausender Schutzhäftlinge war für die Breitenauer Verwaltung eine gewöhnliche Nutzung der Anstalt innerhalb des normalen Anstaltsbetriebs. Wie andere Behörden, die Insassen nach Breitenau einwiesen, erhielt die Gestapo ordentliche Pflegegeldabrechnungen. Eine jahrzehntelang eingeübte Internierungspraxis einer totalen Institution konnte bruchlos in den Dienst des nationalsozialistischen Terrorapparats eingefügt werden. Die Funktion der Anstalt erlebte jedoch einen grundlegenden Bruch. Aus einer gewöhnlichen Haftanstalt war Breitenau Zwischenstation auf dem Weg in die Vernichtungslager geworden.

Die Grundstruktur der Breitenauer Anstalt änderte sich zwischen 1874 und 1949 nicht. Auf bürokratischer Ebene behandelte das Personal die eingewiesenen Personengruppen über Jahrzehnte hinaus fast gleich. Eine Insassenakte von 1880 unterscheidet sich in ihrem inneren Aufbau und den erfaßten Daten kaum von einer Akte des Jahres 1949. Manche Aktenformulare benutzte das Breitenauer Anstaltsbüro über sieben Jahrzehnte fast unverändert. Den 1895 als Korrigenden eingelieferten alten Landstreicher trugen die Beamten in dasselbe dicke Aufnahmebuch ein wie ein halbes Jahrhundert später den zur Deportation nach Auschwitz vorgesehenen jungen polnischen Schutzhäftling von 1944. In Bezug auf Behandlung, Beschäftigung und bürokratische Verwaltung der Insassen zeigt sich in Breitenau eine über Jahrzehnte erstreckende Kontinuität.

Hinsichtlich der Aufnahme der verschiedensten Häftlingsgruppen entwickelte die Breitenauer Anstalt eine erstaunliche Dynamik. Die Anstalt reagierte auf neue sozialpolitische Erfordernisse indem sie immer neue Häftlingsgruppen in eine sich nur langsam entwickelnde Anstalt aufnahm. Allerdings fielen die Entscheidungen über unterzubringende Personengruppen nicht in Breitenau, sondern in der Kasseler Bezirkskommunalverwaltung weit außerhalb der Anstalt; die Breitenauer Direktion bezog man in die Entscheidungen allenfalls am Rande ein. Auch besaß die Breitenauer Direktion keinerlei Entscheidungsgewalt darüber, welche Personen tatsächlich nach Breitenau eingeliefert wurden.

Trotz fast gleichgebliebenem Rechtszustand hinsichtlich der Einweisungsgründe war die strafrechtliche Arbeitshausunterbringung recht dynamisch in der Erfassung unterschiedlicher Personengruppen. Dies zeigt sich

insbesondere am erheblichen Anstieg des Frauenanteils im Verlauf bzw. im Anschluß der beiden Weltkriege.

Fast zwölftausend Menschen erlebten Breitenau als Arbeitshaus zur Verbüßung einer *korrekturellen Nachhaft*. Die große Zeit des Breitenauer Arbeitshauses lag im Kaiserreich mit insgesamt 9 173 Einlieferungen. Weder die Einweisungszahlen noch die tatsächlichen Hafttage der achtziger Jahre wurden später wieder erreicht. Die Einweisungsgründe der Korrigenden gestalteten sich im Kaiserreich recht homogen. Bei Männern lauteten die Einweisungsgründe fast ausschließlich Bettelei, Landstreicherei und Obdachlosigkeit, bei Frauen hauptsächlich Prostitution. Die Haftdauer der Korrigendinnen und Korrigenden war im Kaiserreich vergleichsweise kurz. Die Höchststrafe von zwei Jahren mußten nur wenige Insassen verbüßen.

Während der Weimarer Republik wiesen die Landespolizeibehörden 1 001 Korrigenden und Korrigendinnen auf völlig unveränderter Rechtsgrundlage ein. Durch die seit 1900 mögliche Einweisung von Zuhältern änderte sich die soziale Zusammensetzung der männlichen Korrigenden allerdings erheblich. Für die Zuhälter waren seitens der Anstalt andere Repressionsmittel nötig als für Bettler und Landstreicher. Die Anstalt reagierte mit der Errichtung des Zellenbaus. Der Gefängnischarakter der Anstalt wurde dadurch verstärkt.

In der Weimarer Republik erlebte die Anstalt - ausgelöst durch Kritik im Kasseler Kommunallandtag - eine Phase begrenzter Reformen mit der einzigen grundlegenden Revision der Hausordnungen in der Geschichte der Anstalt.

"Im Namen des Deutschen Volkes" wiesen die Richter der NS-Zeit von 1933 bis Kriegsende 1 023 Korrigenden ein, ab 1934 im Rahmen der neu geschaffenen "Maßregeln der Sicherung und Besserung". Vor allem in den Jahren 1934 bis 1938 erreichte die Zahl der in Breitenau inhaftierten Korrigenden wieder eine Größenordnung, wie sie die Anstalt zuletzt im Kaiserreich erlebt hatte. Als die nationalsozialistischen Machthaber ab 1938 im Rahmen einer beabsichtigten Endlösung der sozialen Frage mit der Vernichtung von "Asozialen" in den Konzentrationslagern begannen, geriet die strafrechtliche Arbeitshausunterbringung immer mehr ins Abseits, ohne jedoch völlig abgeschafft zu werden. Im Nationalsozialismus, insbesondere jedoch im Zweiten Weltkrieg, erhielt die Arbeitshaushaft in Breitenau eine neue Qualität. Aus befristeter Arbeitshausunterbringung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik wurde im Nationalsozialismus tendenziell lebenslängliche Internierung, deren Zweck erst mit dem Tod der Korrigenden erreicht war. Innerhalb der Kontinuität der Breitenauer Anstalt ist hier ein tiefer Bruch zu verzeichnen. Trotz aller bürokratischen Kontinuität erfährt die Funktion der Arbeitshaushaft



im Nationalsozialismus eine grundlegende inhaltliche Veränderung. Aus zeitlich begrenzter Korrektur wurde Dauerverwahrung "asozialer Volksschädlinge". Der Versuch, "Gesunkene" zu retten, wurde ersetzt durch die Absicht, "den mittellosen Wanderer als überhaupt nicht existenzberechtigt völlig zu beseitigen", wie Landesrat Wuermeling aus der Kasseler Bezirkskommunalverwaltung schon 1934 schrieb.<sup>1</sup> Aus gesellschaftlichen Außenseitern waren vollständig ausgeschlossene, lebensunwerte 'Ballastexistenzen' geworden.

In der Geschichte der Breitenauer Anstalt erwiesen sich die durch das Ende des Zweiten Weltkriegs bedingten Veränderungen als wesentlich tiefgreifender als die Veränderungen am Ende des Ersten Weltkriegs. Am Beginn der Weimarer Republik fand lediglich eine begrenzte Amnestie einiger Korrigendinnen und Korrigenden statt. Direktion und Personal blieben im Amt; Reglements und Hausordnungen weiterhin gültig. Im Gegensatz dazu wurde die Anstalt am Ende des Zweiten Weltkriegs von US-Truppen regelrecht befreit. Die Anstalt blieb zunächst beschlagnahmt und bezüglich ihres ursprünglichen Bestimmungszwecks als Arbeitshaus und Fürsorgeheim monatelang ungenutzt. Die Direktion wurde ausgewechselt. Zwar blieb die Rechtsgrundlage der Einweisungen von Korrigendinnen und Korrigenden nach Wiedereröffnung zunächst unverändert; die Insassenstruktur sah jedoch völlig anders aus. Schließlich brachten die politischen Veränderungen infolge des Zusammenbruchs des Deutschen Reichs, wenn auch mit vierjähriger Verzögerung, die endgültige Schließung des Arbeitshauses durch die Amerikanische Militärregierung.

Breitenau dient heute als Außenstelle des Psychiatrischen Krankenhauses Merxhausen. Breitenau ist jetzt eine offene Anstalt. Vergitterte Fenster und geschlossene Tore gibt es nicht mehr. Der Stacheldraht, der noch in den fünfziger Jahren zu Zeiten des Mädchenerziehungsheims die Klostermauer krönte, ist verschwunden. Es wäre töricht, die heutige Anstalt in die Kontinuitätslinie der Korrekptions- und Landarmenanstalt von 1874 bis 1949 zu stellen.

---

1 Wuermeling, Wandererfürsorge, in: Der Gemeindetag, 1934, Heft 3, S. 74 f.

## Chronologie

- 1866 Annexion Kurhessens durch Preußen.
- 1867 Rückgabe des kurhessischen Staatsschatzes an den kommunalständischen Verband unter der Bedingung, eine Korrekptions- und eine Landarmenanstalt zu errichten.
- 1871 750 französische Kriegsgefangene auf dem Gelände des ehemaligen Klosters Breitenau.
- 1872 Für 8 000 Taler erwirbt der kommunalständische Verband des Regierungsbezirks Kassel das ehemalige Kloster Breitenau.
- 1874 Am 1. Oktober Gründung der *Corrections- und Landarmen-Anstalt zu Breitenau*.
- 1875 Am 1. Oktober wird die Frauenabteilung eröffnet.
- 1877 Am 1. September wird das Landarmenhaus eröffnet.
- 1884 Bau der Fuldabrücke zwischen Breitenau und Guxhagen.
- 1899 Bau des Glockenturms auf der Basilika.
- 1900 Arbeitshaushaft auch für Zuhälter durch § 181a StGB ("Lex Heinze").
- 1903 Erste Einweisung von Fürsorgezöglingen.
- 1912 Zellenbau fertiggestellt.
- 1913 Erste Einweisung von "Arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen" aufgrund des preußischen "Arbeitsscheuengesetzes" von 1912. Errichtung einer *Arbeitsanstalt*.
- 1916 Vom 23.11. bis 26.2.1917 sechs russische Kriegsgefangene in den Arrestzellen.
- 1919 Ende Januar Amnestie für fast alle Korrigenden.
- 1920 Die Strafanstalt Kassel-Wehlheiden richtet eine Außenstelle in Breitenau ein.
- 1925 Neue Hausordnungen für die Korrekptionsanstalt, die Arbeitsanstalt und das Landesfürsorgeheim.
- 1926 Am 1. April Aufhebung des Strafgefängnisses.
- 1927 Änderung der Bezeichnung in *Landesarbeitsanstalt und Landesfürsorgeheim Breitenau*.  
Änderung des § 361 Nr. 6 StGB mit Wirkung vom 1. Oktober; danach kaum noch Einweisungen von Prostituierten.
- 1927 Erste Fürsorgerin eingestellt.
- 1931 Änderung der Bezeichnung in *Landesarbeitsanstalt, Landespflegeanstalt und Altersheim*.  
Zum Jahresende wird die letzte Fürsorgerin entlassen.

- 1932 Vom 7.11. bis 22.12. befand sich ein Arbeitsdienstlager in der Anstalt.
- 1933 Vom 16.6.33 bis 17.3.34 insgesamt 478 Schutzhaftgefangene.
- 1934 Durch § 42 d StGB neue Gesetzesgrundlage für die Arbeitshäuser im "Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung", unbestimmte Haftdauer bei wiederholter Einweisung, künftig keine Zuhälter mehr im Arbeitshaus.  
Erneute Namensänderung in *Landesarbeitsanstalt und Landesfürsorgeheim Breitenau*.
- 1938 Aktion "Arbeitsscheu Reich".  
Jüdische Schutzhaftgefangene.
- 1939 Im April Abtransport von Korrigenden ins Justizlager Rodgau.
- 1940 Arbeitserziehungslager und Konzentrationssammellager bis Kriegsende.
- 1942 Keine Entlassungen von Korrigenden mehr bei wiederholter Unterbringung.
- 1943 Ab Juli Hilfsgefängnis.
- 1944 Kasseler Gestapo verlegt ihren Sitz nach Breitenau.  
Am 25. August wird das Hilfsgefängnis wieder geschlossen.
- 1945 Am 30. März erreichen US-Truppen die Anstalt, die meisten Häftlinge fliehen; danach Gefängnis der Alliierten; Unterbringung von Ausgebombten aus Kassel; Krankenhaus für geschlechtskranke Frauen.
- 1946 Im April Einlieferung der ersten Korrigendinnen nach Kriegsende.
- 1949 Am 31. März werden auf Anordnung der Militärregierung die Arbeitshäuser der US-Zone geschlossen. Ende März verlassen die letzten Korrigenden das Arbeitshaus Breitenau. Das Landesfürsorgeheim bleibt bestehen.  
Am 17. Oktober Änderung des Namens in *Landesfürsorgeheim Fulda-tal, Guxhagen bei Kassel*.
- 1952 Ab März Landeserziehungsheim für weibliche Fürsorgezöglinge.
- 1973 Im Dezember Schließung des Landeserziehungsheims.
- 1974 Im Januar wird die Anstalt Außenstelle des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Merxhausen.
- 1984 Eröffnung der Gedenkstätte Breitenau.

# Quellen und Literatur

## A Ungedruckte Quellen

### Archiv der Gedenkstätte Breitenau:

Interviews mit ehemaligen Gefangenen.  
Aufnahmebuch 1895-1945.  
Fotoarchiv

### Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen:

Bezirksverband des Regierungsbezirks Kassel, Bestand 1,  
Nr. 21, Nr. 112, Nr. 113, Nr. 115, Nr. 117, Nr. 118, Nr. 119,  
Nr. 120, Nr. 121, Nr. 128, Nr. 132, Nr. 134, Nr. 135, Nr. 136,  
Nr. 139, Nr. 140, Nr. 141, Nr. 142, Nr. 143, Nr. 144, Nr. 150,  
Nr. 155, Nr. 160, Nr. 172, Nr. 246.  
Breitenau, Bestand 2,  
Nr. 1 bis Nr. 10420.

### Bayerisches Hauptstaatsarchiv München:

Innenministerium,  
MInn 71575, 71576.

### Bundesarchiv Koblenz:

Konzentrationslager, NS 4,  
Bu 137.  
Persönlicher Stab des Reichsführers SS, Bestand NS 19,  
Nr. 1542, Nr. 1578.  
Reichsjustizminister, Bestand R 22,  
Nr. 895, Nr. 949.

Deutscher Gemeindetag, Bestand R 36

Nr. 1034, Nr. 1856, Nr. 1857, Nr. 1859, Nr. 1860, Nr. 1861,  
Nr. 1864.

Sammlung Schuhmacher,  
Nr. 399.

### **Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin:**

Preußisches Justizministerium, Rep. 84a,

Nr. 7885, Nr. 7887, Nr. 7888, Nr. 7889, Nr. 8050, Nr. 8051,  
Nr. 8052, Nr. 8053, Nr. 8054, Nr. 10962, Nr. 10963.

### **Hauptstaatsarchiv Stuttgart:**

Innenministerium, E 151 c II,  
Bü 46.

### **Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden:**

Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden, Bestand 403,  
Nr. 488, Nr. 490, Nr. 502, Nr. 505, Nr. 509, Nr. 560, Nr. 700,  
Nr. 1259, Nr. 1314.

Polizeipräsidium Frankfurt, Bestand 407,  
Nr. 287, Nr. 292.

Preußische Regierung Wiesbaden, Bestand 405,  
Nr. 2702, Nr. 8945, Nr. 8962.

Staatsanwaltschaft Oberlandesgericht Frankfurt/M., Bestand 458a,  
Nr. 568, Nr. 583, Nr. 584, Nr. 585.

### **Staatsarchiv Hamburg:**

Sozialbehörde I,  
EF 6127, VT 36.11.

### **Staatsarchiv Marburg:**

Oberpräsidium der Provinz Hessen-Nassau, Bestand 150,  
Nr. 303, Nr. 304, Nr. 305, Nr. 381, Nr. 1842, Nr. 2293.

Preußische Regierung Kassel, Abt. des Innern, Bestand 165,  
Nr. 2175, Nr. 3878, Nr. 3982.  
Bezirksausschuß Kassel, Bestand 171,  
Nr. 253.  
Polizeipräsident Kassel, Bestand 175,  
Nr. 186, Nr. 192, Nr. 193.  
Landeshauptmann, Bestand 220,  
Nr. 478, Nr. 479.  
Landesarbeitsanstalt und Landesfürsorgeheim Breitenau, Bestand 231,  
gesamter Bestand.  
Landratsämter, Bestand 180 (Hofgeismar),  
Nr. 3652.  
Landratsämter, Bestand 180 (Melsungen),  
Nr. 3476.  
Regierungspräsident in Kassel, Bestand 401, Acc 1988/73,  
Nr. 73.

**Stadtarchiv Frankfurt:**

Wohlfahrtsamt,  
Nr. 106.

**Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg:**

Dokumentenkartei,  
Ordner Nr. 246.

**Zentrales Staatsarchiv Potsdam:**

Reichsministerium des Innern, Bestand 15.01,  
Nr. 1293, Nr. 1314, Nr. 1315, Nr. 1320, Nr. 1372, Nr. 14021,  
Nr. 27217/8.  
Reichsministerium der Justiz, Bestand 30.01,  
Nr. 5982, Nr. 6331, Nr. 9849.

## B      Gedruckte Quellen

Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794, Textausgabe, Frankfurt 1970.

Amtsblatt der Regierung zu Kassel, 1867-1934.

Armenordnung für die Residenzstadt Kassel, Kassel 1881.

Bundesgesetzblatt.

Bundesgesetzblatt für den Norddeutschen Bund.

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.

Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs, Berlin 1927.

Gesetz-Sammlung für die Königlich Preußischen Staaten 1806 bis 1865, Berlin<sup>3</sup>1886.

Handbuch für den Bezirksverband Kassel, Zusammenstellung der für die Verwaltung des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Cassel geltenden Gesetze, Verordnungen, Reglements und sonstigen Bestimmungen, Cassel<sup>2</sup>1913.

Ministerial-Blatt für die gesamte innere Verwaltung in den Königlich Preußischen Staaten.

Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, Frankfurt 1747.

Preußische Gesetzessammlung.

Die Proklamationen, Gesetze und Verordnungen der Militärregierung Deutschlands, Bd. 2, o.O., o.J.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 26. September 1906, Berlin 1906.

Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947.

Reichsgesetzblatt.

Reichssicherheitshauptamt - Amt V - (Hrsg.), Vorbeugende Verbrechensbekämpfung - Erlaßsammlung - . Bearbeitet von SS-Hauptsturmführer Kriminalrat Richrath im Reichssicherheitshauptamt, o.O., o.J. (Berlin 1943).

Richtlinien für das Strafverfahren. Allgemeine Verfügung des Reichsministers der Justiz vom 13. April 1935, in: Amtliche Sonderveröffentlichungen der Deutschen Justiz, Nr. 7, Berlin o.J., S. 165 f.

- Rüter-Ehlermann, Adelheid/ Fuchs, H. H./ Rüter, C. F. (Hrsg.), Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung Deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966, Bd. IX, Amsterdam 1972.
- Sammlung von Gesetzen für Kurhessen.
- Statistik der zum Ressort des Königlich Preussischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse, 1895/96-1915, Berlin 1898-1917.
- Statistik des Deutschen Reichs.
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1 (1880) - 59 (1941/42).
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preussischen Hauses der Abgeordneten.
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen in der Armenpfleger-Konferenz zu Berlin am 26. und 27. November 1880.
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit am 11. und 12. November 1881 zu Berlin, Berlin 1882.
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der 23. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit am 24. und 25. September 1903 in Elberfeld, Leipzig 1903.
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der 29. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit am 23. und 24. September 1909 in München.
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der 31. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit am 20. und 21. September 1911 in Dresden, Leipzig 1912.
- Systematische Zusammenstellung der für die Verwaltung des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Cassel geltenden Gesetze, Verordnungen, Reglements und sonstigen Bestimmungen, Cassel 1900.
- Verhandlungen des Bundesraths des Deutschen Reichs.
- Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel 1 (1868) - 64 (1933).
- Verzeichnis der Deutschen Arbeitshäuser und der in denselben eingerichteten gewerblichen Betriebe und der Betriebsformen nach dem Stande vom 1. Oktober 1926, in: Blätter für Gefängniskunde, Sonderheft zu Bd. 58, Heidelberg 1927.



## C     Darstellungen

- Abrams, Lynn, Prostitutes in Imperial Germany, 1870-1918: Working Girls or Social Outcasts?, in: Richard J. Evans (Ed.), *The German Underworld. Deviants and Outcasts in German History*, London/ New York 1988, S. 189-209.
- Achtzig Jahre kommunale Selbstverwaltung im Regierungsbezirk Kassel 1867-1947. Im Auftrag der Kommunalverwaltung bearbeitet von Dr. Eduard Becker, Kassel 1949.
- Adler, Max, *Fabrik und Zuchthaus*, Leipzig o.J. (1924).
- Adrian, Adolf, *Das Arbeitshaus in der deutschen Strafrechtsreform. Ein Beitrag zur Lehre von den Sichernden Massnahmen*, Diss. Frankfurt 1925.
- Aly, Götz, *Medizin gegen Unbrauchbare*, in: *Beiträge zur national-sozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik*, Bd. 1, Berlin 1985, S. 9-74.
- Amelunxen, Clemens, *Der Zuhälter. Wandlungen eines Tätertyps*, Hamburg 1967.
- Amschl, Alfred, *Die Scheu vor dem Arbeitshause*, in: *Archiv für Kriminal-Anthropologie und Kriminalistik* 5 (1900), S. 296-303.
- Andreae, *Das Landarmenwesen in der Provinz Hannover*, in: *Sechzig Jahre Hannoversche Provinzialverwaltung*, Hannover 1928, S. 139-154.
- Anwendung der bestehenden Strafgesetze als Kampfmittel gegen das Vagabundenthum, in: *Die Arbeiter-Kolonie* 2 (1885/86), S. 97-103.
- Appel, Julius, *Zur juristischen Natur der korrekionellen Nachhaft*, in: *Der Gerichtssaal* 73 (1909), S. 357-359.
- Im Arbeitshaus. Eine Einrichtung von zweifelhaftem Wert*, in: *Berliner Morgenpost*, Nr. 31, 5.2.1926.
- Arbeitshaus und Landstreichertum, nach den Verhandlungen der 17. Versammlung der hessischen Vereinigung für gerichtliche Psychologie und Psychiatrie in Dieburg am 14. Februar 1914*, in: *Klinik für psychische und nervöse Krankheiten* 9 (1916), S. 305-348.
- Arbeitshaus und Strafrecht*, in: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge* 8 (1927), S. 256-258.
- Arbeitshausunterbringung auf Grund der RFV in Preußen*, in: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge* 14 (1933), S. 109.
- Arendt, Henriette, *Menschen, die den Pfad verloren... Erlebnisse aus meiner fünfjährigen Tätigkeit als Polizei-Assistentin in Stuttgart*, Stuttgart 1907.

- Armenpflege, Wohlthätigkeits- u. gemeinnützige Veranstaltungen in der Residenzstadt Cassel, Cassel 1889.
- Auerbach, Arbeitserziehungslager 1940-1944, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 196-201.
- Ayaß, Wolfgang, Die Verfolgung der Nichtseßhaften im Dritten Reich. Der ZVAK im Dritten Reich 1933-1945, in: Zentralverband Deutscher Arbeiterkolonien (Hrsg.), Ein Jahrhundert Arbeiterkolonien, Bielefeld 1984, S. 87-101.
- , Vom "Pik As" ins "Kola-Fu". Die Verfolgung der Bettler und Obdachlosen durch die Hamburger Sozialverwaltung, in: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes (Hrsg.), Verachtet, verfolgt, vernichtet, Hamburg 1986, S. 153-171.
  - , Die Wandererfürsorge im Nationalsozialismus. Quellen und Dokumente zur Geschichte der Wandererfürsorge und der Herbergen zur Heimat zwischen 1933 und 1945, in: Jürgen Scheffler (Hrsg.), Bürger & Bettler. Materialien und Dokumente zur Geschichte der Nichtseßhaftenhilfe in der Diakonie, Bd. 1, 1854 bis 1954, Bielefeld 1987.
  - , Den im Nationalsozialismus verfolgten Wohnungslosen wurde bislang jede Entschädigung verweigert. Sachverständigengutachten zur Anhörung des Innenausschusses des Bundestags am 24. Juni 1987 zur Entschädigung aller Opfer des Nationalsozialismus, in: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Innenausschuß, Stenographisches Protokoll über die 7. Sitzung des Innenausschusses, Anlage 6, S. 283-291.
  - , "Ein Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin". Die Aktion "Arbeitsscheu Reich" 1938, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 6, Berlin 1988, S. 43-74.
- Bargon, Michael, Prostitution und Zuhälterei. Zur kriminologischen und strafrechtlichen Problematik mit einem geschichtlichen und rechtsvergleichenden Überblick, Lübeck 1982.
- Baumann, Angelika, "Armuth ist hier wahrhaft zu Haus..." Vorindustrieller Pauperismus und Einrichtungen der Armenpflege in Bayern um 1800, München 1984.
- Baumgärtner, Hermann, Die Straffälligkeit der mittellosen Wanderer, in: Der nichtseßhafte Mensch, München 1938, S. 97-212.
- Bayer, Oskar Adolf, Maßregeln der Besserung und Sicherung nach dem Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches und Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes, Diss. Würzburg 1929.

- Bembeneck, Lothar, Das Strafgefangenenlager Rollwald Nieder-Roden, in: Die Grünen im Landtag (Hrsg.), Hessen hinter Stacheldraht. Verdrängt und vergessen: KZs, Lager, Außenkommandos, Frankfurt 1984, S. 145-152.
- Behnke, Gustav, Armen-Versorgungs- und Armen-Arbeitshäuser, in: Handbuch der Architektur, 4. Theil, 5. Halb-Band, 2. Heft, Darmstadt 1891, S. 145-148.
- Bennecke, Hans, Bemerkungen zur Kriminalstatistik des Großherzogtums Hessen, besonders zur Statistik des Bettels und der Landstreicherei, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, 1890, S. 321-391.
- Belz, Willi, Die Standhaften. Über den Widerstand in Kassel 1933-1945, Ludwigsburg 1960.
- Bertsch, M., Über Landstreicherei und Bettel. Reichsstrafgesetzbuch § 361 Nr. 3 und 4., Diss. Tübingen 1893.
- Beseler, Maßregeln zur Unterdrückung der Bettelei, in: Stenographischer Bericht über die Verhandlungen in der Armenpfleger-Konferenz zu Berlin am 26. und 27. November 1880, S. 3-8.
- , Über die Mittel zur Unterdrückung der vagabondirenden Bettelei, in: Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit am 11. und 12. November 1881 zu Berlin, Berlin 1882, S. 115-190.
- Das Bewahrungsgesetz vom Standpunkt der Praxis, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 9 (1928), S. 415-418.
- Bieber-Böhm, Hanna, Vorschläge zur Bekämpfung der Prostitution. (Angenommen vom "Bund deutscher Frauenvereine" als Anlage zu einer Petition an den Reichstag, die Aufhebung der gewerbsmässigen Prostitution betreffend), Berlin 1895.
- Bitter, Margarethe, Das Zucht- und Arbeitshaus, sowie das Criminalinstitut des Reichsgrafen F. L. Schenk vom Castell zu Oberdischingen im Kreise Schwaben, von 1789-1808, Diss. Halle 1929.
- Bitzer, Friedrich, Die Bezirks-Armen-Arbeitshäuser im Königreiche Sachsen, mit besonderer Rücksicht auf die Verhältnisse in Württemberg und mit Beifügung der hier bestehenden Vorschriften über Gemeinde-Arbeitshäuser, Stuttgart und Öhringen 1864.
- , Über öffentliche Arbeitsanstalten für Arme. Vortrag gehalten in der 41. General-Versammlung der Rheinisch-Westfälischen Gefängniß-Gesellschaft, Coeln 1868.

- Blaschko, Alfred, Die Prostitution im 19. Jahrhundert, Berlin 1902.
- , Prostitution, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, Bd. 6, Jena 1910, S. 1227-1249.
  - , Prostitution, in: A. Grotjahn/ J. Kaup (Hrsg.), Handwörterbuch der sozialen Hygiene, Bd. 2, Leipzig 1912, S. 184-189.
- Blasius, Dirk, Kriminalität als Gegenstand historischer Forschung, in: Kriminalsoziologische Bibliographie 6 (1976), Heft 25, S. 1-15.
- Bloch, Robert, Der Zuhälterparagraph (§ 181a) im Reichsstrafgesetzbuch und im Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch, Diss. Heidelberg 1913.
- , Die soziale Gefährlichkeit des Zuhältertums, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 11 (1914/15), S. 193-200.
- Bloch, W., Bettel. Kriminalität, in: Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff. Fünfter Band. Die Krisis auf dem Arbeitsmarkte, Leipzig 1903, S. 265-280.
- Bock, Gisela, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986. Borchers, Rolf, Zuhälter in Hamburg 1956-1960. Ein kriminologischer Beitrag zur Strafrechtsreform, Diss. Hamburg 1967.
- Bodelschwingh, Friedrich von, Die Ackerbau-Kolonie "Wilhelmsdorf" nach ihren bisherigen Erfahrungen, Bielefeld 1883.
- , Das Wanderarbeitsstättengesetz und zwei Paragraphen des deutschen Reichsgesetzes, Bethel 1907.
- Bödicker, Ludwig, Die allgemeinen polizeilichen Anordnungen für den Stadtkreis Cassel, in Verbindung mit den Übertretungen des Strafgesetzbuchs und anderen einschlagenden gesetzlichen Vorschriften, Cassel 1871.
- Böhmert, Victor, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden, Dresden 1886.
- , Sächsische Bettler- und Vagabunden-Statistik von 1880 bis 1887, in: Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Bureaus 34 (1888), S. 14-27.
- Bondy, Curt, Arbeitshaus und Bewahrungsanstalt, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 50 (1930), S. 524-538.
- Bonhoeffer, Karl, Ein Beitrag zur Kenntnis des großstädtischen Bettel- und Vagabondentums, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 21 (1900), S. 1-65.
- , Zur Kenntnis des großstädtischen Bettel- und Vagabondentums, Zweiter Beitrag: Prostituierte, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 23 (1903), S. 106-120.

- Bonn, Peter, Aus dem Nachtsyl. Wahrheitsgetreue Geschichten aus dem Leben der Obdachlosen und Gescheiterten, Leipzig 1912.
- Bracht, Bietet die neue Bestimmung des § 42 d StGB ein wirksames Mittel für Bekämpfung der Bettelei?, in: Deutsche Justiz 97 (1935), S. 1527.
- Brauns, Karl, Das Zucht- und Arbeitshaus in Ravensburg 1725-1808. Ein Wegbereiter moderner Arbeitsanstalten, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 10 (1951), S. 158-165.
- Brintzer, Carl, Strafrechtliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Prostitution. Eine rechtshistorische Untersuchung, Diss. Kiel 1933.
- Brücks, Andrea/ Rothmaler, Christiane, "In dubio pro Volksgemeinschaft". Das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" in Hamburg, in: Angelika Ebbinghaus/ Heidrun Kaupen-Haas/ Karl Heinz Roth (Hrsg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg, Hamburg 1984, S. 30-36.
- Brücks, Andrea, Zwangssterilisation gegen "Ballastexistenzen", in: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes (Hrsg.), Verachtet, verfolgt, vernichtet, Hamburg 1986, S. 103-108.
- Brusis, Anton, Vier Jahre Arbeitshaus. Untersuchungen und Beobachtungen, insbesondere zur Frage des Asyls, in: Monatsschrift für Kriminalbiologie und Strafrechtsreform 29 (1938), S. 513-527.
- Buchheim, Hans, Die Aktion "Arbeitsscheu Reich", in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 189-195.
- Buehl, Adolf, Die geschlossene Armenpflege, Leipzig 1903 (= Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit 65).
- Büsing, Elke, Die Unterbringung im Arbeitshaus unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Niedersachsen, Diss. Göttingen 1968.
- Calow, Vagabundentum und Gesetzgebung, in: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 34 (1925), Sp. 686-690.
- Johann Jakob Cella's freymüthige Gedanken über Landesverweisungen, Arbeitshäuser und Bettelschube, Anspach 1784.
- Clostermann, Ludwig, Resozialisierung junger Landstreicher mittels Überweisung an die Landespolizeibehörde, Bonn 1933.
- Conze, Werner, Arbeit, in: Otto Brunner/ Werner Conze/ Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 154-215.
- Crowther, M. A., The Workhouse System 1834-1929. The history of an English social institution, Cambridge 1981.
- Das gibts in Hessen auch: Leere Räume, zu wenig Arbeitskräfte... Abbau oder Ausbau des Landesfürsorgeheims Breitenau?, in: Kasseler Neuste Nachrichten, 6. November 1931.

- Deutelmoser, Mechthild/ Ebert, Birgit, "Leichte Mädchen", hohe Herren und energische Frauen. Die Hamburger Frauenbewegung im Kampf gegen Prostitution und Doppelmoral 1896-1906, in: Jörg Berlin (Hrsg.), Das andere Hamburg, Köln 1981, S. 140-161.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.), Zur Verfassungsmäßigkeit von Bestimmungen des JWG und des BSHG. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 1967, Frankfurt a.M. 1967 (= Kleinere Schriften des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Heft 27).
- Dietz, Rolf, Das Arbeitshaus de lege lata et de lege ferenda, Diss. Würzburg o.J. (1925).
- Digby, Anne, Pauper Palaces, London 1978.
- Dillmann, Jutta/ Krause-Vilmar, Dietfrid/ Richter, Gunnar (Hrsg.), Mauern des Schweigens durchbrechen. Die Gedenkstätte Breitenau, Kassel 1986.
- Dosenheimer, E., Vorschläge zur Bekämpfung des Bettels und der Landstreicherei, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 5 (1908/09), S. 657-671.
- Dubitscher, Fred, Der moralische Schwachsinn unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, in: Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie 154 (1936), S. 422-457.
- , Asozialität und Unfruchtbarmachung, in: Mitteilungen der kriminalbiologischen Gesellschaft 5 (1937), S. 99-110.
- Duda, Detlev, Die Hamburger Armenfürsorge im 18. und 19. Jahrhundert, Weinheim/ Basel 1982.
- Düll, Nach welchen Grundsätzen soll die Dauer der korrekzionellen Nachhaft bemessen werden?, in: Blätter für Gefängniskunde 37 (1903), S. 205-227.
- Ebbinghaus, Angelika/ Kaupen-Haas, Heidrun/ Roth, Karl Heinz (Hrsg.), Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984.
- Ebbinghaus, Angelika, Helene Wessel und die Verwahrung, in: dies., Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Nördlingen 1987.
- Eckel, Martin, Das Kasseler Werkhaus 1782-1823. Zur Geschichte des Kasseler Armenwesens, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 75/76 (1964/65), S. 431-443.

- Eichler, Helga, Zucht- und Arbeitshäuser in den mittleren und östlichen Provinzen Brandenburg-Preußens. Ihr Anteil an der Vorbereitung des Kapitalismus. Eine Untersuchung für die Zeit vom Ende des 17. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1970, Teil I, S. 127-147.
- Die Einrichtungen zur Bekämpfung des Vagantenthums in Württemberg, in: Blätter für das Armenwesen 35 (1882), S. 169-174.
- Eiserhardt, Hilde, Ziele eines Bewahrungsgesetzes, Frankfurt 1929.
- , Maßnahmen zur Bekämpfung des gemeingefährlichen und gemeinschädlichen Verhaltens, in: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz 9 (1933), S. 373-376.
- Elster, Alexander, Zuhälter, in: ders./ Heinrich Lingemann (Hrsg.), Handwörterbuch der Kriminologie, Bd. 2, Berlin/ Leipzig 1936, S. 1156-1159.
- Elvers, Rudolf, Zur Vagabondenfrage. Zwölf Thesen und ein Entwurf zu einem Reichsgesetz, Berlin 1882.
- , Der Unterstützungswohnsitz und das Landarmenwesen mit Rücksicht auf die vagabondirende Bettelei, in: Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit am 7. und 8. Oktober 1882 zu Darmstadt, Berlin 1883, S. 88-174.
- Endres, Rudolf, Das "Straf-Arbeitshaus" St. Georgen bei Bayreuth, in: Christoph Sachße/ Florian Tennstedt (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialarbeit 4, Reinbek 1981, S. 89-105.
- Engelberg, v., Das Arbeitshaus, seine gegenwärtige Gestaltung in den einzelnen Bundesstaaten und seine Verwendung im künftigen Strafgesetzbuch, in: Mitteilungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung 19 (1912), S. 481-530.
- Erbig, Max Josef, Die strafrechtliche Bekämpfung des Bettels, Diss. Würzburg 1920.
- Eschle, Franz Curt Reinhard, Die geschlossene Armenpflege, Leipzig 1903, (= Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit 65).
- Eßig, Wolfgang, Der Vollzug der mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregeln der Sicherung und Besserung gegenüber Antisozialen und Asozialen unter besonderer Berücksichtigung der Hamburger Verhältnisse, Diss. Hamburg 1964.
- Evangelisches Pfarramt Guxhagen-Breitenau (Hrsg.), Kloster Breitenau, Melsungen o.J. (1987).
- Evans, Richard J., Prostitution, State and Society in Imperial Germany, in: Past and Present 70 (1976), S. 106-129.

- , The Feminist Movement in Germany 1894-1933, London 1976.
- , Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Berlin/Bonn 1979.
- (Ed.), The German Underworld. Deviants and Outcasts in German History, London/ New York 1988.
- Evert, Georg, Die Entwicklung der Naturalverpflegungsstationen und Arbeiterkolonien in Preussen bis zum 1. September 1885, in: Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus 25 (1885), S. 207-222.
- Exner, Franz, Das System der sichernden und bessernden Maßregeln nach dem Gesetz v. 24. November 1933, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 53 (1934), S. 629-655.
- , Die mittellosen Wanderer vor den Strafgerichten, in: Der nichtseßhafte Mensch, München 1938, S. 89-96.
- , Erfahrungen mit den Maßregeln der Sicherung und Besserung, die eine Freiheitstrafe beinhalten, in: Gesellschaft für Deutsches Strafrecht. Erste Tagung vom 27. bis 29. Oktober 1938 in München, Berlin 1939, S. 91-105.
- Falken-Plachecki, von, Das Arbeitshaus und seine Zukunft. Von von Falken-Plachecki, Direktor des Arbeits- und Landarmenhauses in Schweidnitz, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 41 (1921), S. 724-754.
- Falken, von, Das Arbeitshaus in dem Entwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuche von 1919, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 43 (1922), S. 356-365.
- Finnegan, Frances, Poverty and prostitution. A study of Victorian prostitution in York, Cambridge 1979.
- Fischer, Hans R., Unter den Armen und Elenden Berlins, Berlin 1887.
- Fischer, Wilhelm, Der Mordprozeß Heinze, Heilbronn 1903.
- Fischer, Wolfram, Armut in der Geschichte, Göttingen 1982.
- Fleischmann, Otto, Vorschläge zur Reform der Arbeitshäuser, in: Blätter für Gefängniskunde 28 (1894), S. 186-195.
- Flexner, Abraham, Die Prostitution in Europa, Berlin 1921.
- Fock, Jürgen, Das Problem des Zuhältertums, Diss. Berlin 1965.
- Forck, Josef, Das Betteln unter Drohungen nach Tatbestand und Rechtsfolgen, Diss. Rostock 1919.
- Foucault, Michel, Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt 1977.
- Fränkel, Fritz, Zum Bewahrungsgesetz, in: Proletarische Sozialpolitik 1 (1928), S. 153-156.



- Frankenberg, v./ Drechsler, Die Behandlung der Bettler, Landstreicher und Arbeitsscheuen, Leipzig 1911 (= Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit 95).
- Fratzcher, Carla, Der Vollzug von Arbeitshaus- und Sicherungsverwahrung an Frauen in den Lübecker Gefangenenanstalten, in: Zeitschrift für Strafvollzug 10 (1961), S. 79-81.
- Freisler, Roland, Die Maßregeln der Sicherung und Besserung in Deutschland, in: Römischer Kongreß für Kriminologie, Berlin 1939, S. 20-30 (= Beiträge zur Rechtserneuerung, Heft 8).
- Fuchs, Ad., Frauen auf der Landstraße, in: Gisela Brinker-Gabler (Hrsg.), Frauenarbeit und Beruf, Frankfurt/M. 1979, S. 103-106.
- Funk, Albrecht, Polizei und Rechtsstaat. Die Entwicklung des staatlichen Gewaltmonopols in Preußen 1848-1914, Frankfurt/ New York 1986.
- 500 "Kunden" im Arbeitshaus. Ordnung im württembergischen Wandererverkehr, in: NS-Kurier, Nr. 199, Morgenausgabe, 1. Mai 1934.
- Gefährdetenfürsorge und Sittlichkeits-Gesetzgebung, Bericht über eine Tagung am 10. und 11. Oktober 1918 in Frankfurt a.M., Frankfurt 1919.
- Geheimnisse der Bettlerzunft, in: Kasseler Post, 22. September 1933.
- Gennat, Freiheitsstrafen und sichernde Massnahmen im Vorentwurfe zum deutschen Strafgesetzbuche, in: Blätter für Gefängniskunde 44 (1910), S. 525-569.
- Gegen den armenrechtlichen Arbeitszwang, in: Vorwärts, 28.4.1912.
- Geremek, Bronislaw, Geschichte der Armut. Elend und Barmherzigkeit in Europa, München/ Zürich 1988.
- Das Gericht der Verlorenen, in: Vorwärts, Nr. 97, 27.2.1924.
- Gerstäcker, Karl Friedrich Wilhelm, Einzig zweckmäßige Methode das Bettelwesen und die Gefahren, womit die Armen der öffentlichen Sicherheit drohen, auf immer aus ganzen Staaten, - nicht bloß auf kurze Zeit aus einzelnen Orten - zu verbannen, Leipzig 1805.
- Gesamthochschule Kassel (Hrsg.), Erinnern an Breitenau 1933-1945. Katalog zur Ausstellung, Kassel 1984.
- Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Massregeln der Sicherung und Besserung, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 9 (1933), S. 390-396.
- Goffman, Erving, Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt 1973.
- Grabe, E., Spätschicksale von Fürsorgezöglingen und Prostituierten, in: Archiv für Kriminologie 75 (1923), S. 171-200.

- Graemer, Wohin mit Arbeitsunwilligen, in: Der Gemeindetag 29 (1935), S. 639-643.
- , Die "Bewahrungskolonie". Ein Großstadtbild: Wohin mit den die Allgemeinheit belastenden Volksgenossen?, in: Die nationalsozialistische Gemeinde 3 (1935), S. 210 f.
- Graff, Helmut, Die deutsche Kriminalstatistik. Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1975.
- Grambow, Otto, Das Gefängniswesen Bremens, Diss. Göttingen 1910.
- Gravenhorst, Lerke, Soziale Kontrolle abweichenden Verhaltens. Fallstudien an weiblichen Insassen eines Arbeitshauses, Frankfurt/M. 1972.
- Grieb, Friedrich K./ Schmidt, Ernst A., Das Württembergische Arbeitshaus für Männer in Vaihingen. Ein Vorbericht, in: Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz, Bd. 4, Vaihingen 1985, S. 89-112.
- Grobleben, Hugo, Die juristische Natur der korrekionellen Nachhaft, in: Der Gerichtssaal 70 (1907), S. 201-286.
- Groß, Richard, Sprache, Zeichen und Poesie der Landstraße. Lexikon der Landstreichersprache, 2. verbesserte Aufl., Schwerin i.M. 1919.
- Grotefend, G. A., Handbuch der Provinzial-, Kreis- und Kommunalverwaltung in Hessen-Nassau, Marburg 1878.
- Gruhle, Hans W., Die Unterbringung der Asozialen in Heilanstalten, Trinkerheilstätten und Arbeitshäusern, in: 52. Jahrbuch der Gefängnisgesellschaft für die Provinz Sachsen und Anhalt, 1936, S. 30-51.
- Grulich, Paul, Dämon Berlin, Aufzeichnungen eines Obdachlosen, Berlin 1907.
- Gürtner, Franz, Das neue Reichsgesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher, in: Archiv für Kriminologie 93 (1933), S. 197-200.
- Gunga, Martin, Medizin und Theologie in der öffentlichen Sozialfürsorge des 19. Jh. am Beispiel des Landarmen- und Arbeitshauses Benninghausen 1820-1945, Diss. Münster 1983.
- Guxhagen. Denkschrift zur Sechshundertjahrfeier der Gemeinde Guxhagen, Melsungen 1952.
- Guxhagen. Bilder aus vergangenen Zeiten, Horb a.N. 1984.
- Haefely, Markus H., Das Verhalten von 200 Insassen der Erziehungsanstalten Uitikon a.A. und Witzwil nach ihrer Entlassung. Eine kriminologische Untersuchung von 200 nach Art. 43 StGB Eingewiesenen, Bern/ Stuttgart 1962.

- Hagemann, Max, Sittenpolizei, in: Fritz Stier-Solmo/ Alexander Elster (Hrsg.), Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, Bd. 5, Berlin/ Leipzig 1928, S. 502-505.
- , Prostitution, in: Alexander Elster/ Heinrich Lingemann (Hrsg.), Handwörterbuch der Kriminologie, Berlin/ Leipzig 1936, S. 414-419.
- Haidinger, Übersicht über den Vollzug der Maßregeln der Sicherung und Besserung in den einzelnen deutschen Ländern, in: Deutsche Justiz 97 (1935), 1. Halbjahr, S. 222-225.
- Handbuch der Wohlfahrtseinrichtungen Cassels. Herausgegeben von der Gesellschaft für Gemeinwohl, Cassel 1910.
- Handbuch über den Regierungsbezirk Kassel 1930, Kassel 1930.
- Hansen-Schmidt, Max, Die Chronik des Altonaer Arbeitshauses, Altona 1935.
- Hammer, Wilhelm, Zehn Lebensläufe Berliner Kontrollmädchen, Berlin/ Leipzig<sup>18</sup> o.J.
- Happel, Ernst, Romanische Bauwerke in Niederhessen, Cassel 1906.
- Hard, Hedwig (d.i. Hans Reinhard), Beichte einer Gefallenen, Berlin <sup>2</sup>1906.
- Hartmann, E., Das Werk- und Armenhaus in Hamburg, Hamburg 1912.
- Hartmann, Erhebungen zur Frage des Bedürfnisses nach einer Bewahrung Asozialer, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 17 (1926), S. 169-173.
- Hartung, Willy, Der Zuhälterparagraph (§ 181a St.G.B.), In: Der Gerichtssaal 72 (1908), S. 312-376.
- Harzer, Rudolf, Arbeitshaus und Strafanstalt. Das Ergebnis eines Vergleichs der Vollzugssysteme. Ein Beitrag zur Reform des Arbeitshauses, in: Blätter für Gefängniskunde 56 (1924/25), S. 77-96.
- Haslinde, Carl, Die Landstreicherei und ihre Bekämpfung, Diss. Greifswald 1918.
- Haußmann, Arbeitshäuser, in: Oskar Karstedt (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, Berlin 1924.
- , Landespolizeibehörde, in: Oskar Karstedt (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, Berlin 1924.
- Haustein, Hans, Die Prostitutionsfrage als sozialökonomisches Problem, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 1 (1925/26), S. 307-312.
- Head, Anne-Lise/ Schnegg, Brigitte (Hrsg.), Armut in der Schweiz (17.-20. Jh.), Zürich 1989.
- Heffter, Heinrich, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1950.

- Die Heidelberger Asozialen-Kolonie, in: Der Gemeindetag 29 (1935), S. 643-645.
- Heinrich, Luzie, Erzieherisches Wirken in einem Arbeitshaus, in: Mädchen-schutz 3 (1926), S. 1-5.
- Hentig, Hans von, Eigenartige Formen der Zuhälterei, in: Zeitschrift für Sexualwissenschaft 14 (1927), S. 129-135.
- Herr, Paul, Der Begriff des Zuhälters, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 21 (1901), S. 805-827.
- Herz, Hugo, Die Vagabundage in Österreich in ihren Beziehungen zur Volkswirtschaft und zum Verbrechen, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 14 (1905), S. 571-626.
- Hess, Martin, Die Geschichte des Frankfurter Armen-, Waisen- und Arbeitshauses von 1679-1810, Diss. Frankfurt/M. 1921.
- Hippel, Robert von, Die korrektionelle Nachhaft, Freiburg i.B. 1889.
- , Die strafrechtliche Bekämpfung von Bettel, Landstreicherei und Arbeitsscheu. Eine Darstellung des heutigen Deutschen Rechtszustandes nebst Reformvorschlägen, Berlin 1895.
  - , Erscheinen die Bedingungen des Reichsstrafgesetzbuchs über die korrektionelle Nachhaft reformbedürftig?, in: Mitteilungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung 5 (1896), S. 377-423.
  - , Beiträge zur Geschichte der Freiheitsstrafe, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 18 (1898), S. 419-494 u. S. 608-666.
  - , Zur Vagabundenfrage, Berlin 1902.
  - , Verhütung und Bestrafung von Bettel, Landstreicherei und Arbeitsscheu, in: 77. Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft zu Düsseldorf 1904, S. 122-138.
  - , Das Arbeitshaus, in: Vossische Zeitung, Morgenausgabe, 14. Juni 1921.
  - , Die geschichtliche Entwicklung der Freiheitsstrafe, in: Erwin Bumke (Hrsg.), Deutsches Gefängniswesen, Berlin 1928, S. 1-15.
  - , Die Entstehung der modernen Freiheitsstrafe und des Erziehungsstrafvollzugs, Eisenach 1931.
  - , Zum Reichsgesetz vom 24. November 1933, in: Blätter für Gefängniskunde 65 (1934), S. 1-16.
- Hirsch, Paul, Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen, Berlin 1907.
- Hirschberg, Ernst, Die Arbeitsscheu und ihre Statistik, in: Soziale Praxis 5 (1895), Sp. 34-38.
- Hollstein, Kloster Breitenau!, o.O., o.J. (nach 1927).

- Holtzendorff, Franz von/ Jagemann, Eugen von (Hrsg.), Handbuch des Gefängniswesens, 2 Bde, Hamburg 1888.
- Hootz, Reinhardt, Kloster Breitenau, Diss. Marburg 1952.
- , Neue Forschungen zur Bau- und Kunstgeschichte des Klosters Breitenau, in: Hessische Heimat 7 (1957/58), H. 6, S. 12-17.
- Horlboge, Werner, Die Unfruchtbarmachung Asozialer gemäß dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, Diss. Berlin 1939.
- Hopmann, Maria Victoria, Agnes Neuhaus. Leben und Werk, Mainz 1949.
- Horn, Hans, Die Kriminalität der Hopfenzupfer von Spalt. Ein Beitrag zur Kriminalstatistik und Kriminalpsychologie der Landstreicher und Wanderarbeiter, Diss. Heidelberg 1924.
- Hübner, Arthur Hermann, Über Prostituierte und ihre strafrechtliche Behandlung, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 3 (1907), S. 642-651.
- Huzel, Carl A., Das System der communalen Naturalverpflegung armer Reisender zur Bekämpfung der Wanderbettelei, Stuttgart 1883.
- Indoor Paupers by One of Them, London 1885.
- Innes, Joanna, Prisons for the poor: English bridewells, 1555-1800, in: Francis Snyder/ Douglas Hay (Ed.), Labour, Law, and Crime, London/ New York 1987, S. 42-122.
- Isermeyer, E., 50 Jahre Frauenheim vor Hildesheim. Geschichte, Geschichten und Erfahrungen, o.O., o.J. (1934).
- Jaffa, Sally, Der Begriff des Zuhälters im Reichsstrafgesetzbuch, Berlin 1902.
- Jahn, Johanna, Zur Geschichte der strafrechtlichen Arbeitshausunterbringung in Deutschland, Diss. Mainz 1966.
- Jarotzky, H. v., Die Arbeitsanstalt und ihre Stellung in dem Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch, Brauweiler 1910.
- , Die Rheinischen Provinzial-Anstalten in Brauweiler, in: Chr. J. Klumker, Deutsche Versorgungsanstalten und Heime für Alte, Sieche und Invalide. Deutsche Armen- und Arbeitsanstalten, Halle a.d.S. 1913, S. 12-39.
- John, Wolfgang, Ohne festen Wohnsitz. Ursache und Geschichte der Nichtseßhaftigkeit und die Möglichkeiten der Hilfe, Bielefeld 1988.
- Kampffmeyer, Paul, Die Prostitution als soziale Klassenerscheinung und ihre sozialpolitische Bekämpfung, Berlin 1905.
- Kipper, Karl, Die Entwicklung des Arbeitshauses unter bes. Berücksichtigung der reformatorischen Bestrebungen und der Verhältnisse in Westfalen, Diss. Göttingen 1933.

- Klee, Ernst, "Euthanasie" im NS-Staat. Die "Vernichtung lebensunwerten Lebens", Frankfurt 1983.
- Klein, Thomas, Hessen-Nassau, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte, Reihe A: Preußen, Bd. 11, Marburg 1979.
- , Hessen-Nassau: Vom Oberpräsidialbezirk zur Provinz, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 35 (1985), S. 203-228.
- , Hessen-Nassau. Von der Annexion zur Integration, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 121 (1985), S. 279-315.
- Kleinkowski, Helga, Das Arbeitshaus in theoretischer und praktischer Sicht unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitshauses in Nordrhein-Westfalen, Münster 1961.
- Kluppel, Manfred, "Euthanasie" und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheilanstalten Haina und Merxhausen. Eine Chronik der Ereignisse 1933-1945, Kassel 1984.
- Kluge, Franz, Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zu den Maßnahmen der Sicherung und Besserung (§§ 20 a, 42 a ff StGB.) Gewohnheitsverbrechergesetz, Berlin 1937.
- Klumker, Christian J., Deutsche Versorgungsanstalten und Heime für Alte, Siehe und Invalide. Deutsche Armen- und Arbeitsanstalten, Halle a.d.S. 1913.
- Kniep, Gerhard, Die Behandlung "Asozialer", in: Berliner Kommunale Mitteilungen 9 (1938), S. 223-225.
- Knoblauch, Ferdinand, Bettel und Landstreicherei im Königreich Bayern von 1893-1899. Eine kriminalstatistische Studie nach amtlichem Material bearbeitet, München 1910.
- Kocka, Jürgen, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990.
- , Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990.
- Koepchen, Hans, Korrigendenwesen und das Provinzialwerkhaus Moringen, in: Sechzig Jahre hannoversche Provinzialverwaltung, Hannover 1928, S. 155-158.
- Kohler, Zu § 42 d StGB, in: Deutsche Justiz 97 (1935), 2. Halbjahr, S. 1702.
- Kolling, Hubert, Vom "Armenhaus" zur "Wanderarbeitsstätte". Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Marburg im 19. und 20. Jahrhundert, Marburg 1989 (= Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 29).
- Konieczka, Vera, Prostitution im 19. Jahrhundert, Frankfurt a.M./ Tübingen 1980.

- Kopečný, Angelika, *Fahrende und Vagabunden. Ihre Geschichte, Überlebenskünste, Zeichen und Straßen*, Berlin 1980.
- Korn, A., *Strafrechtsreform oder Sittenpolizei?* (Zu § 361 Nr. 6 des Reichsstrafgesetzbuchs), Leipzig 1897.
- Korrell, Richard, *Dogmatisches über den Begriff der Landstreicherei und ihrer Bestrafung*, Diss. Heidelberg 1912.
- Koster, *Über Irresein der Vagabonden und Bummel*, in: *Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie und psychisch-gerichtliche Medizin* 30 (1872), S. 331-333.
- Kraft, Karl, *Es gibt keine unverschlossenen Türen in Breitenau*, in: *Kasseler Zeitung*, 22.11.1948.
- Kramer, Alan, 'Law-abiding Germans'? Social Disintegration, Crime and Reimposition of Order in Post-war Western Germany, 1945-9, in: Richard J. Evans (Ed.), *The German Underworld. Deviants and Outcasts in German History*, London/ New York 1988, S. 238-261.
- Kraus, Rudolf, *Die Fürsorgeerziehung im Dritten Reich (1933-1945)*, in: *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit* 5 (1974), S. 161-210.
- Krause, Otto, *Wie viel giebt es Vagabunden? Eine Studie erzgebirgischer Bettler-Verhältnisse*, Annaberg 1885.
- , *Arbeitslosigkeit, Bettelei und Wanderverpflegung*, Leipzig 1893.
- Krause-Vilmar, Dietfrid, *Das Konzentrationslager Breitenau 1933/34*, in: Eike Hennig (Hrsg.), *Hessen unterm Hakenkreuz*, Frankfurt/M. 1983, S. 469-489.
- , *Das Konzentrationslager Breitenau 1933/34*, in: *Die Grünen im Landtag* (Hrsg.), *Hessen hinter Stacheldraht. Verdrängt und vergessen. KZs, Lager, Außenkommandos*, Frankfurt/M. 1984, S. 6 f.
- , (Hrsg.), *Schutzhaftgefangene des Konzentrationslagers Breitenau 1933/34*, Kassel 1987.
- , *Der Fall "Gedenkstätte Breitenau". Ein Beitrag zum Datenschutzproblem bei NS-Akten*, in: *Geschichtswerkstatt*, Heft 18, Hamburg 1989, S. 69-72.
- Krebs, Albert, *Die Forschungen Robert von Hippels über die Entwicklung der modernen Freiheitsstrafe und ihre Bedeutung für das deutsche Gefängniswesen*, in: ders., *Freiheitsentzug. Entwicklung von Praxis und Theorie seit der Aufklärung*, Berlin 1978, S. 181-205.
- Krohne, Karl/ Uber, R., *Die Strafanstalten und Gefängnisse in Preußen*, Berlin 1901.
- Krohne, Karl, *Lehrbuch der Gefängniskunde*, Stuttgart 1889.

- Kühn, Adolf, Über die Geisteskrankheiten der Corrigenden. Ein weiterer Beitrag zur Kenntniss der Beziehungen zwischen Irresein und Gesetzesübertretung, in: Archiv für Psychiatrie und Nervenkrankheiten 12 (1891), S. 343-384 u. S. 614-653.
- Kühnrich, Heinz, Der KZ-Staat. Die faschistischen Konzentrationslager 1933-1945, Berlin <sup>2</sup>1980.
- Künstlerhaus Bethanien (Hrsg.), Wohnsitz: Nirgendwo. Vom Leben und vom Überleben auf der Strasse, Berlin 1982.
- Küther, Carsten, Menschen auf der Straße. Vagierende Unterschichten in Bayern, Franken und Schwaben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1983.
- Kuhlmann, Carola, Erbkrank oder erziehbar? Jugendhilfe als Vorsorge und Aussonderung in der Fürsorgeerziehung in Westfalen von 1933-1945, Weinheim/ Münster 1989.
- Kunreuther, Bertha, Untersuchungen über das Landstreicher- und Bettlertum in Preußen, Diss. Frankfurt 1918.
- Laan, Berndt van der, Das Zuhältertum in Mannheim, Diss. Heidelberg 1933.
- Lackmann, Das Arbeitshaus als Bewährungsanstalt, in: 100. Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft, Düsseldorf 1929, S. 94-97.
- Landau, Georg, Malerische Ansichten von Hessen. Mit 36 Stahlstichen, Kassel 1842.
- , Beschreibung des Kurfürstenthums Hessen, Zweite Ausgabe, Kassel 1867.
- Landauer, Theodor v./ Wagner, Heinrich, Sonstige Straf- und Besserungs-Anstalten. Zwangs-Arbeitshäuser, in: Josef Durm (Hrsg.), Handbuch der Architektur, IV, 7. Halbband, Darmstadt 1887, S. 361-379.
- Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hrsg.), 150 Jahre Ständehaus. Parlamentarische Tradition in Hessen. Selbstverwaltung im Kommunalverband. Eine Ausstellung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kassel 1986.
- Leitner, Sybille, 'Vermessene Frauen'. Das Sozialprofil der Münchner Prostituierten, in: Friedrich Prinz/ Marita Krauss (Hrsg.), München - Musenstadt mit Hinterhöfen. Die Prinzregentenzeit 1866-1912, München 1988, S. 158-162.
- , Großstadtlust. Prostitution und Münchener Sittenpolizei um 1900, in: Wolfgang Hardtwig/ Klaus Tenfelde (Hrsg.), Soziale Räume in der Urbanisierung. Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850 bis 1933, München 1990, S. 261-276.



- Lenhard, Die Sicherungsmaßnahmen gegen liederliche und arbeitsscheue Rechtsverletzer, gewerbs- und gewohnheitsmäßige Verbrecher nach den Entwürfen für ein künftiges Deutsches Strafgesetzbuch, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 36 (1915), S. 473-483.
- Lenman, R. J. V., Art, Society, and Law in Wilhelmine Germany: the Lex Heinze, in: Oxford German Studies 8 (1973), S. 86-113.
- Leonhard, Götz, Die vorbeugende Verbrechensbekämpfung im national-sozialistischen Staat und ihre Lehren für die Zukunft, Diss. Mainz 1952.
- Leonhard, Stephan, Die Prostitution, ihre hygienische, sanitäre, sittenpolizeiliche und gesetzliche Bekämpfung, München/ Leipzig 1912.
- Leubuscher, Rudolf, Ärztlicher Bericht über das Arbeitshaus im Jahre 1851, in: Deutsche Klinik 4 (1852), S. 87-91.
- Lewin, Eva, Das moderne Prostitutionswesen. Eine verwaltungsrechtliche und sozialpolitische Studie unter besonderer Berücksichtigung preussischer Verhältnisse, Diss. Tübingen 1925.
- Liebig, Constantin, Obdachlos. Bilder aus dem sozialen und sittlichen Elend der Arbeitslosen, Berlin 1901.
- Lilienthal, von, Zum Kampf gegen Bettel, Landstreicherei und Prostitution, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 39 (1918), S. 71-73.
- Lipping, Alexander/ Grabendorff, Björn, Lieder der Landstraße, Frankfurt/M. 1984.
- Lis, Catharina/ Soly, Hugo, Poverty and capitalism in pre-industrial Europe, Hassocks 1979.
- Lissner, Nathan, Die Arbeitsfähigkeit der Arbeitshäusler, ein Beitrag zur Vagabondenfrage, in: Blätter für Gefängniskunde 23 (1888), S. 1-19.
- Loch, Erika, Grundsätzliches über die Arbeitserziehung des Asozialen im Sinne der Fürsorge in der Bewahrungsanstalt, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.), Arbeitseinsatz und Arbeitserziehung durch Fürsorge, Leipzig 1938, S. 24-30.
- Löw, Hermann, Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der Arbeitsanstalt, in: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz 3 (1927), S. 156-158.
- Lohse, Gustav/ Samter, Hans, Zwangsmaßregeln gegen Arbeitsscheue und gegen säumige Nährpflichtige, Leipzig 1909 (= Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit 88).
- Lüdtkke, Alf, "Gemeinwohl", Polizei und "Festungspraxis". Staatliche Gewalt-samkeit und innere Verwaltung in Preußen, 1815-1850, Göttingen 1982.

- Luppe, Hermann, Arbeitsanstalten und Arbeitszwang, in: Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, Bd. 1, Jena 1918, S. 101-105.
- Lutz, Thomas/ Meyer, Alwin (Hrsg.), Alle NS-Opfer anerkennen und entschädigen, Berlin 1987.
- LWV Hessen (Hrsg.), Erinnern an Breitenau 1933-1945. Eine Ausstellung historischer Dokumente in der Zehntscheune des ehemaligen Klosters, Kassel 1983.
- Märker, Otto, Vagabundennoth, Arbeiterkolonien und Verpflegungsstationen, Heilbronn 1887.
- Magnus, Erna, Zur Problematik eines Bewahrungsgesetzes, in: Arbeiterwohlfahrt 8 (1933), S. 104-112.
- Mahood, Linda, The Magdalenes. Prostitution in the nineteenth century, London/ New York 1990.
- Mailänder, Karl, Der Stand des Wandererverkehrs in Württemberg, in: Der Wanderer 54 (1937), S. 99-101.
- Mailänder, Karl, Fürsorge für die aus dem Arbeitshaus Entlassenen, in: Monatsblätter für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge, 1938, Heft 5, S. 67 f.
- Marcard, Margret, Kloster Breitenau, in: Heimat-Schollen 10 (1930), S. 29-36.
- Martell, P., Polizei und Sittenkontrolle, in: Archiv für soziale Hygiene und Demographie 2 NF (1926/27), S. 465-468.
- Marzahn, Christian, Das Zucht- und Arbeitshaus. Die Kerninstitution frühbürgerlicher Sozialpolitik, Bremen o.J. (1980).
- Marzahn, Christian/ Ritz, Hans Günther (Hrsg.), Zähmen und Bewahren. Die Anfänge bürgerlicher Sozialpolitik, Bielefeld 1984.
- Die Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos gegen arbeitsscheue Wanderer, in: Der Wanderer 33 (1916), S. 50-56.
- Maurach, Reinhart, Arbeitshaus für Asoziale?, in: Die neue Polizei 5 (1951), S. 181-183.
- Mayer, Marcel, Hilfsbedürftige und Delinquenten. Die Anstaltsinsassen der Stadt St. Gallen 1750-1798, St. Gallen 1987.
- Meier, Thomas/ Wolfensberger, Rolf, Nichtsesshaftigkeit und geschlechtsspezifische Ausprägungen von Armut, in: Anne-Lise Head/ Brigitte Schnegg (Hrsg.), Armut in der Schweiz (17.-20. Jh.), Zürich 1989, S. 33-42.
- Meißner, Elisabeth, Die Besserungsanstalt zu Tapiau als erstes preußisches Arbeitshaus moderner Richtung, Diss. Berlin 1940.

- Meixner, Robert, Das Arbeitshaus in der Gegenwart und in der Zukunft. Ein Beitrag zur Bekämpfung der Asozialen, Diss. Erlangen 1935.
- Mendel, Emanuel, Über die Vagabundenfrage vom gerichtsärztlichen Standpunkte, in: Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medicin und öffentliches Sanitätswesen NF 46 (1887), S. 278-285.
- Menger, Das Verfahren bei Unterbringung in einer Arbeitsanstalt auf Grund des § 20 der Fürsorgepflichtverordnung vom 13.2.1924, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 13 (1937/38), S. 286 f.
- Der nichtseßhafte Mensch. Ein Beitrag zur Neugestaltung der Raum- und Menschenordnung im Großdeutschen Reich. In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern herausgegeben vom Bayerischen Landesverband für Wanderdienst München, München 1938.
- Menzler, Jürgen, Die Bettelgesetzgebung des 17. und 18. Jahrhunderts im Gebiet des heutigen Landes Hessen. Dargestellt unter Berücksichtigung des Einflusses der Aufklärung für die Landgrafschaften Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt, die Freie Reichsstadt Frankfurt am Main und die Fürstentümer Nassau-Oranien, Nassau-Weilburg und Nassau-Usingen, Diss. Marburg 1967.
- Metzger, Richard, Arbeitshaus für unverbesserliche Asoziale?, in: Neue Juristische Wochenschrift, 1964, S. 1709.
- Meyer, Hellmut, Die Verwertung des Arbeitshauses im künftigen Strafrecht, Diss. Göttingen 1922.
- Mezger, Edmund, Inwieweit werden durch Sterilisierungsmaßnahmen Asoziale erfaßt?, in: Mitteilungen der kriminalbiologischen Gesellschaft 5 (1937), S. 81-97.
- Militzer-Schwenger, Lisgret, Armenerziehung durch Arbeit. Eine Untersuchung am Beispiel des württembergischen Schwarzwaldkreises 1806-1914, Tübingen 1979.
- Miracvla San-Raspini, Das ist Kurtze und historische Beschreibung der Wunderlichen Mirackel oder Wunderwerck/ so in der weitberühmbten Kauff- und HandelStatt Amsterdam/ an einem Orth auff dem heiligen Weg gelegen/ so gemeinlich das ZuchtHaus genannt wirdt/ an vielen fůrgangen/ und noch täglich fůrgehen. Mit zugefügter Beschreibung eines wunderbaren Mirackels/ so von der heiligen Justitia geschehen. Alles auß Niederländischer Verzeichnuß in Hochteutscher Spraach beschrieben, o.O. 1613.
- Mommer, Fritz, Das Arbeitshaus und seine Gestaltung nach den Entwürfen zu einem Deutschen Strafgesetzbuch, Diss. Erlangen 1931.

- Mönkemöller, Otto, Psychiatrie und Seelsorge in der Frauen-Korrek-tionsanstalt, in: Zeitschrift für Religionspsychologie 1 (1907), S. 145-162.
- , Korrek-tionsanstalt und Landarmenhaus. Ein soziologischer Beitrag zur Kri-minalität und Psychopathologie des Weibes, Leipzig 1908.
  - , Die Kriminalität der Korrigendin, in: Monatschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 5 (1908), S. 506-536.
  - , Das Landstreichertum und die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung de lege und de lege ferenda, in: Klinik für psychische und nervöse Krankheiten 9 (1914), S. 312-341.
- Mörchen, Karl, Die Wanderarmen und der § 28 U.W.G., in: Die Verteilung der Armenlasten, Leipzig 1902, S. 97-126 (= Schriften des deutschen Ver-eins für Armenpflege und Wohlthätigkeit 57).
- Müller, Die Ausführung der den Landespolizeibehörden in §. 362 des Straf-gesetzbuchs zuerkannten Befugniß zur Unterbringung der nach Vorschrift des §. 361 Nr. 3-8 verurtheilten Personen in einem Arbeitshaus, in: 47. Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft, Düssel-dorf 1875, S. 45-51.
- Müller, Gisela, Psychische Störungen und Kriminalität. Psychopathologische und soziologische Probleme bei der Einweisung in ein Arbeitshaus - gleich-zeitig ein Beitrag zur Strafrechtsreform, Diss. Aachen 1969.
- Müller, Otto, Die lex Heinze, Diss. Freiburg 1900.
- Müller, Robert, Zum Schwachsinnsbegriff in der Praxis der Erbgesund-heitsgerichte, in: Der Erbarzt, 1938, S. 149-151.
- Müller, Siegfried, Aktenanalyse in der Sozialarbeitsforschung, Weinheim/Basel 1980.
- Münsterberg, Emil, Das Landarmenwesen, Leipzig 1890 (= Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit 10).
- , Generalbericht über die Tätigkeit des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit während der ersten 25 Jahre seines Bestehens 1880-1905, Leipzig 1905 (= Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit 72).
- Münzenmaier, Heinrich, Die korrektionelle Nachhaft auf Grund der Über-weisung an die Landespolizeibehörde, mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Württemberg, Diss. Heidelberg 1912.
- Muthesius, Hans, Fürsorgerecht, Berlin 1928.
- Nebe, Aufbau der deutschen Kriminalpolizei, in: Kriminalistik 12 (1938), S. 4-8.

- Neuhaus, Agnes, *Bewahrungsgesetz*, in: Julia Dünner (Hrsg.), *Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege*, Berlin <sup>2</sup>1929, S. 136-138.
- , *Fürsorgeerziehung und Bewahrung*, in: *Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz* 8 (1932), S. 188-190.
- , *Entstehung und Bedeutung eines Bewahrungsgesetzes*, in: *Jugendwohl* (1933), Nr. 10/11, S. 258-262.
- Orth, Erziehungsarbeit an den weiblichen Insassen des Arbeitshauses Brauweiler, in: *Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz* 3 (1927), S. 207-209.
- Osang, Karl-Heinz, *Der Begriff der Landstreicherei*, Diss. Hamburg 1933.
- Osthoff, Georg, *Die Armen-Arbeitshäuser. Anlage und Einrichtung derselben*, Leipzig 1882.
- Ostwald, Hans, *Rinnsteinsprache. Lexikon der Gauner-, Dirnen- und Landstreichersprache*, Berlin 1906.
- , *Zuhältertum in Berlin*, Berlin/ Leipzig o.J. (= Großstadtdokumente Bd. 5).
- , *Ausbeuter der Dirnen*, Leipzig o.J. (= Das Berliner Dirnentum, Bd. 10).
- , *Wandernde Frauen*, in: *Frankfurter Zeitung*, 30.12.1927.
- , *Vagabunden*, Frankfurt a.M./ New York 1980.
- Pappritz, Anna, *Die Teilnahme der Frauen an der Sittlichkeitsbewegung*, in: Helene Lange/ Gertrud Bäumer (Hrsg.), *Handbuch der Frauenbewegung*, II. Teil, Berlin 1901, S. 154-192.
- , *"Die Welt, von der man nicht spricht!"*. (Aus den Papieren einer Polizeibeamtin), Leipzig <sup>2</sup>1907.
- Pappritz, Anna/ Scheven, Katharina, *Die positiven Aufgaben und strafrechtlichen Forderungen der Föderation*, Dresden <sup>2</sup>1909.
- Pappritz, Anna (Hrsg.), *Einführung in das Studium der Prostitutionsfrage*, Leipzig 1919.
- , *Zum Reichsbewahrungsgesetz*, in: *Die Frau* 32 (1924/25), S. 270-272.
- , *Gefährdetenfürsorge und Bewahrung*, in: *Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege* 1 (1925/26), S. 255-258.
- , *Die Reglementierung, eine vergangene Form der Prostitutionsbekämpfung*, in: *Freie Wohlfahrtspflege* 2 (1927), S. 204-213.
- Peukert, Detlev, *Arbeitslager und Jugend-KZ: die "Behandlung Gemeinschaftsfremder" im Dritten Reich*, in: ders., *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, Wuppertal 1981, S. 413-434.
- , *Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge 1878 bis 1932*, Köln 1986.

- Pezold, Hans v., Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten als Kompromiß, in: Archiv für soziale Hygiene und Demographie 2 NF (1926/27).
- Pingel, Falk, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978.
- Ploß, Rudolf, Das Arbeitshaus nach dem Reichsstrafgesetzbuche, den Strafgesetzentwürfen und dem Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes, Leipzig 1928.
- Polligkeit, Wilhelm, Die Behandlung der jugendlichen Bettler und Landstreicher, in: Zeitschrift für Jugendwohlfahrt 1 (1910), S. 530-536.
- , Fürsorge für ortsfremde oder nicht selbsthafte Jugendliche, Berlin 1914.
- Pothmann, Korrigendenwesen, in: Die provinzielle Selbstverwaltung Westfalens, Münster i.W. 1903, S. 273-286.
- Praktische Fragen der Arbeitsanstalten, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 1950, S. 279 f.
- Proletarierleben, in: Vorwärts, Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands, Nr. 84 vom 20. Juli 1877.
- Puvogel, Ulrike (Hrsg.), Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bonn 1987.
- Quanter, Rudolf, Deutsches Zuchthaus- und Gefängniswesen von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Leipzig 1905.
- Quarck, Max, Gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten, Berlin 1921.
- , Gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten. Zur Durchführung des Gesetzes vom 18. Februar 1927, Kiel o.J.
- Quehl, A., Arbeitszwang für Arbeitsscheue und säumige Nährpflichtige, in: Reichsbote, 3.5.1912.
- Rabe, Das Arbeitshaus als Bewahrungsanstalt, in: Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft 101 (1929), S. 57-82.
- Radbruch, Gustav, Die ersten Zuchthäuser und ihr geistesgeschichtlicher Hintergrund, in: ders., *Elegantiae juris criminalis*. Vierzehn Studien zur Geschichte des Strafrechts, Basel 1950, S. 116-129.
- Rasch, Gustav, Berlin bei Nacht, Berlin 1871.
- Reekers, Stephanie, Die Manufakturen in den Zucht- und Fabrikhäusern Westfalens im 18. Jahrhundert, in: Westfälische Forschungen 31 (1981), S. 34-72.
- Rehm, Hermann, Heimatrecht, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Auflage, Bd. 4, Jena 1900, S. 1173-1175.

- Reinke, Herbert, Kriminalität als "zweite" Wirklichkeit von Tätigkeitsnachweisen der Justizverwaltung: Bemerkungen zu Kriminalstatistiken des 19. Jahrhunderts als Materialien einer historisch orientierten Kriminologie, in: *Kriminologisches Journal*, 2. Beiheft 1987, S. 176-184.
- Reitzenstein, F. Frhr. von, *Die ländliche Armenpflege und ihre Reform*, Freiburg 1887.
- Renner, Friedrich, *Die Kreis- und Provinzial-Ordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 7. und 8. Juni 1885 und ihre Bedeutung für die Selbstverwaltung des Regierungsbezirks Cassel*, Cassel 1886.
- Riebeth, Adolf, Über den geistigen und körperlichen Zustand der Korrigenden, in: *Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform* 5 (1909), S. 671-703.
- Riedel, Adam Christoph, *Beschreibung des im Fürstenthum Bayreuth zu sanct Georgen am See errichteten Zucht- und Arbeit-Hauses auf Befehl einer hohen Deputation abgefasst von Adam Christoph Riedel der Zeit Prediger dasselbst*, Bayreuth 1750.
- Rietzsch, *Das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24.11.1933*, in: *Deutsche Justiz* 95 (1933), S. 741-749.
- Ristelhueber, J. B., *Historisch-statistische Beschreibung des Land-Arbeitshauses zu Brauweiler*, Köln 1828.
- , *Die Straf- und Besserungs-Anstalten nach den Bedürfnissen unserer Zeit*, Mainz 1843.
- Rocholl, Carl, *System des Preußischen Armenpflerechts*, Hamm 1864.
- Roer, Dorothee/ Henkel, Dieter (Hrsg.), *Psychiatrie im Faschismus. Die Anstalt Hadamar 1933-1945*, Bonn 1986.
- Röschmann, Hermann, Prostitution, in: Julia Dünner (Hrsg.), *Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege*, Berlin 1929, S. 504.
- Roestel, Günter, *Arbeitshaus*, in: Herman Althaus/ Werner Betcke (Hrsg.), *Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege*, 3. Auflage, Berlin o.J. (1939).
- Romfeld, Ernst, *Zur Geschichte der ältesten Zucht-Häuser*, in: *Zeitschrift für die gesammte Strafrechtswissenschaft* 26 (1906), S. 1-4.
- Ropp, Christoph von der, *Die Kolonie der Asozialen. Strafanstalt oder Erziehungsanstalt. Ein Vorschlag und eine Kritik*, in: *Berliner Tageblatt*, 17.2.1935.
- Roscher, Gustav, *Großstadtpolizei*, Hamburg 1912.
- Rose, Romani, *Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland*, Heidelberg 1987.

- Rothmaler, Christiane, "Erbliche Belastung liegt sicher vor, ist nur nicht festzustellen": Zwangssterilisation in Hamburg, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik 2 (1986), Heft 13/14, S. 57-72.
- Rudolf, Otto, Feststellungen zur Rückfälligkeit und Entlassungspraxis, dargestellt an den nach § 42 d StGB ins Arbeitshaus Kislau eingewiesenen, in: Blätter für Gefängniskunde 71 (1940), S. 60-66.
- Rumpelt, Anselm, Arbeitshaus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 1, Jena 1890, S. 667-670.
- , Arbeitshaus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Auflage, Bd. 1, Jena 1898, S. 859-863.
- , Arbeitshaus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, Bd. 1, Jena 1909, S. 1054-1058.
- Rumpelt, Anselm/ Luppe, Hermann, Arbeitshaus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, Bd. 1, Jena 1923, S. 742-746.
- Runkel, Erna, Der Einfluß des Arbeitshauses auf die weibliche Kriminalität, Diss. Göttingen 1926.
- Rusche, Georg/ Kirchheimer, Otto, Punishment und Social Structure, New York 1939, deutsch: Sozialstruktur und Strafvollzug, Köln 1974.
- Sachße, Christoph/ Tennstedt, Florian, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland: Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz 1980.
- Sachße, Christoph/ Tennstedt, Florian (Hrsg.), Bettler, Gauner und Proleten. Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte. Ein Bild-Lesebuch, Reinbek 1983.
- Sachße, Christoph/ Tennstedt, Florian, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Band 2, Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz 1988.
- Schäfer, Karl, Das Reichsgesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung v. 24.11.1933 in Rechtsprechung und Vollzug, in: Die Innere Mission 30 (1935), S. 26-38.
- Schäfer, Leopold, Prostitution und Rechtsprechung, Berlin 1933.
- Schäfer, Leopold/ Wagner, Otto/ Schafheutle, Josef, Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung, Berlin 1934.
- Scheffler, Jürgen (Hrsg.), Bürger & Bettler. Materialien und Dokumente zur Geschichte der Nichtseßhaftenhilfe in der Diakonie, Bd. 1 - 1854 bis 1954, Bielefeld 1987.



- , "Dampfdöcher", "Dagglöhner" und "Monarchen". Technischer Wandel, Arbeitsmarkt und Arbeiterschaft in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins 1870-1914, in: Reiner Paetau/ Holger Rüdel, Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 179-215.
- , Protestantismus zwischen Vereinswohlthätigkeit und verbandlicher Wohlfahrtspflege: Innere Mission und Wandererfürsorge in Westfalen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Westfälische Forschungen 39 (1989), S. 256-282.
- , "Weltstadt" und "Unterwelt". Urbanisierung, Armenpolitik und Obdachlosigkeit in Berlin 1871-1914, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 26 (1990), S. 158-181.
- Schellmann, Die Überweisung an die Landespolizeibehörden, in: 62. Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängniß-Gesellschaft, Düsseldorf 1888, S. 77-98.
- Schemmel, L., Herkunft und Persönlichkeit von 400 Insassinnen des Arbeitshauses Aichach, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 27 (1936), S. 161-169.
- Scheuner, Ellen, Die Gefährdetenfürsorge, Berlin 1930.
- Scheven, Katharina, Die Übel der Reglementierung der Prostitution, Dresden <sup>3</sup>1903 (= Abolitionistische Flugschriften, Heft 2).
- , Warum erachtet die Föderation die Prostitution nicht als strafbares Vergehen!, in: Der Abolitionist 3 (1904), S. 71-76 u. S. 83-87.
- Schiefelbein, Herbert, Das Arbeitshaus in der Strafrechtsreform, Diss. Göttingen 1930.
- Schinkel, Harald, Armenpflege und Freizügigkeit in der preußischen Gesetzgebung vom Jahr 1842, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 50 (1963), S. 459-479.
- Schlosser, Fr., Ausübung der Armenpflege bei Arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen nach dem Gesetz über die Änderung und Ergänzung der Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 23. Juli 1912, Berlin 1913.
- Schlue, Helmuth, Die Geschichte des Bonner Zuchthauses und des Bonner Arbeitshauses, Diss. Bonn 1957.
- Schmäh, Hans, Das Ludwigsburger Arbeitshaus, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 17 (1965), S. 93-117.

- Schmidt, Edgar, Unterbringung im Arbeitshaus. Einige Erhebungen über die auf Grund § 42 d StGB im Arbeitshaus Untergebrachten, in: Blätter für Gefängniskunde 69 (1938/39), S. 130-133.
- Schmidt, Eberhard, Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, Göttingen<sup>3</sup>1965.
- Schmidt, Willi-Kurt, Das Bewahrungsgesetz im neuen Recht und seine Beziehung zum Strafrecht, Diss. Halle 1937.
- Schmidt-Ernsthausen, Die Zuhälterei im deutschen Reichsstrafrecht, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 24 (1904), S. 184-235.
- Schmitt, Jean-Claude, Die Geschichte der Außenseiter, in: Jacques Le Goff/ Roger Chartier/ Jacques Revel (Hrsg.), Die Rückeroberung des historischen Denkens. Grundlagen der Neuen Geschichtswissenschaft, Frankfurt/M. 1990, S. 201-243.
- Schmölder, Robert, Die Bestrafung und polizeiliche Behandlung der gewerbsmäßigen Unzucht, Düsseldorf 1892.
- , Die gewerbsmäßige Unzucht und die zwangsweise Eintragung in die Dirnenliste, Berlin 1894.
- , Die Prostituierten und das Strafrecht, München 1911.
- Schneble, A., Momente aus dem weiblichen Vagantenleben, in: Freiburger Tagespost, 7.2.1929.
- Schneider, Camillo Karl, Die Prostituierte und die Gesellschaft, Leipzig 1908.
- Schneider, Kurt, Studien über Persönlichkeit und Schicksal eingeschriebener Prostituierten, Berlin 1921 (= Abhandlungen aus dem Gebiet der Kriminalpsychologie, Heft 4).
- Schneider, Wilhelm, Das Arbeitshaus nach dem Vorentwurf und dem Gegenentwurf, Diss. Erlangen 1912.
- Schöbel, Helmuth, Vom "Ochsenkopf" zur Arbeitsanstalt, in: Berliner Wohlfahrtsblatt 8 (1932), S. 9-11.
- Scholz, August, Geschichte des Landarmenhauses Kreuzburg/Oppeln, in: Schriftenreihe der Vereinigung für oberschlesische Heimatkunde, Heft 16, 1936.
- Schott, A., Arbeitszwang (RFV. § 20), in: Julia Dünner (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, Berlin<sup>2</sup>1929, S. 92 f.
- Schott, Claudia, Armenfürsorge, Bettelwesen und Vagantenbekämpfung in der Reichsabtei Salem, Bühl/ Baden 1978.
- Schrakamp, Hilde, Die Strafrechtliche Bekämpfung der gewerbsmässigen Unzucht und ihrer Nebenerscheinungen, Diss. Münster 1928.

- Schroeder, Friedrich-Christian, Neue empirische Untersuchungen zur Zuhälterei, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 61 (1978), S. 62-67.
- Schubert, Ernst, Arme Leute, Bettler und Gauner im Franken des 18. Jahrhunderts, Neustadt a.d. Aisch 1983.
- Schuchardt, Ernst, Sechs Monate Arbeitshaus. Erlebnisse eines wandernden Arbeiters, Berlin 1907.
- Schulte, Regina, Sperrbezirke. Tugendhaftigkeit und Prostitution in der bürgerlichen Welt, Frankfurt 1979.
- Schwan, Adolf, Das Arbeitshaus Dieburg in Hessen, in: Klinik für psychische und nervöse Krankheiten 9 (1916), S. 305-311.
- Sellin, Thorsten, Pioneering in Penology. The Amsterdam Houses of Correction in the Sixteenth and Seventeenth Centuries, Philadelphia 1944.
- Sichart, E., Polizeiliche Verwahrungsanstalten und Arbeitshäuser, in: Franz v. Holtzendorff/ Eugen v. Jagemann (Hrsg.), Handbuch des Gefängniswesens, Bd. 2, Hamburg 1888, S. 265-278.
- , Bestrafung des Bettels und der Landstreicherei, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 13 (1893), S. 1-16.
- Siegel, Julius, Das Arbeitshaus nach dem geltenden Recht und nach den Entwürfen zu einem Strafgesetzbuch. Diss. Erlangen 1924.
- Simon, Helene, Das Problem der Bewahrung, in: Soziale Praxis 35 (1926), Sp. 457-460 u. Sp. 518-521 u. Sp. 551-555.
- , Bewahrung als Aufgabe der Wohlfahrtspflege, in: Arbeiterwohlfahrt 2 (1927), S. 609-615 u. S. 641-646.
- Snell, Otto, Tätowirte Corrigendinnen in Hannover, in: Centralblatt für Nervenheilkunde und Psychiatrie 21 (NF 9) (1898), S. 193-195.
- Snell, Richard, Alkoholismus in Korrekationsanstalten, in: Der Alkoholismus 1 (1900), S. 84-86.
- Soltau, Willy, Der armenpolizeiliche Arbeitszwang im öffentlichen Armenwesen, Diss. Rostock 1910.
- Sombart, Werner, Der moderne Kapitalismus, Berlin 1902.
- Sothmann, Marlene, Das Armen-, Arbeits-, Zucht- und Werkhaus in Nürnberg bis 1806, Diss. Würzburg 1970.
- Sperling, Der polizeiliche Arbeitszwang, in: Ein deutsches Reichsarmengesetz, München/ Leipzig 1913, S. 67-93 (= Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit 39).

- Spierenburg, Pieter, Prisoners and Beggars. Quantitative Data on Imprisonment in Holland and Hamburg, 1597-1752, in: Historical Social Research 15 (1990), No.4, S. 33-56.
- , The Prison Experience. Disciplinary Institutions and Their Inmates in Early Modern Europe, New Brunswick/ London 1991.
  - Springorum, Kurt, Der Landstreicher der Gegenwart und seine Unterbringung im Arbeitshaus, in: Neue Juristische Wochenschrift, 1967, S. 1014 f.
  - Starke, Wilhelm Gustav, Verbrechen und Verbrecher in Preußen 1854-1878, Berlin 1884.
  - Statistik der Bestrafungen der Bettler und Landstreicher im Grossherzogthum Hessen in den Jahren 1877-1884, in: Mittheilungen der Grossherzoglich Hessischen Centralstelle für Landesstatistik, Nr. 352, 1886, S. 17-24.
  - Steigertahl, Georg, Die Bekämpfung asozialer Elemente durch die Nachhaftstrafe, in: 41. Jahrbuch der Gefängnisgesellschaft für die Provinz Sachsen und Anhalt, Halle 1925.
  - , Gedanken über das Bewahrungsproblem, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 1 (1925), S. 347 f.
  - , Arbeitshaus und Arbeitsstrafe, in: Fritz Stier-Somlo/ Alexander Elster (Hrsg.), Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, Bd. 1, Berlin/ Leipzig 1926, S. 272-274.
  - , Zwangsfürsorgerische Maßnahmen gegenüber erwachsenen Personen, Berlin 1926.
  - , Über die Bestrafung von Zuhältern, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 18 (1927), S. 641-643.
  - , Grundriß der Anstaltsfürsorge, Berlin 1933.
  - , Die Bedeutung des Asyls für die strafrechtlichen Massnahmen der Sicherung und Besserung, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 10 (1934), S. 1-3.
  - , Die Zusammenhänge zwischen Zwangsfürsorge und Maßregeln der Sicherung und Besserung in Hamburg, in: Monatsschrift für Kriminalbiologie und Strafrechtsreform, 1937, S. 128-140.
  - , Der Vollzug der Unterbringung im Arbeitshaus, Asyl, in der Trinkerheilanstalt und der Heil- und Pflegeanstalt, in: Blätter für Gefängniskunde 69 (1938), S. 30-43.
  - , Fürsorgerische, strafrechtliche und polizeiliche Maßnahmen gegenüber sozial-schwierigen und asozialen Personen. Eine Betrachtung vom Standpunkt der Wohlfahrtspflege, Frankfurt 1938.

- (Hrsg.), Die Herberge. Die wechselnden Aufgaben des Deutschen Herbergswesens in den Jahren 1854-1954, Bielefeld 1954.
- Stekl, Hannes, Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671-1920. Institutionen zwischen Fürsorge und Strafvollzug, München 1978.
- , Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser. Zur Geschichte multifunktionaler Vollzugseinrichtungen, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 2/1978, S. 17-28.
- , "labore et fame" - Sozialdisziplinierung in Zucht- und Arbeitshäusern des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Christoph Sachße/ Florian Tennstedt (Hrsg.), Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung, Frankfurt 1986, S. 119-147.
- Stelling, P., Über das Umherziehen als Landstreicher, Hamburg 1891.
- Stier, Bernhard, Fürsorge und Disziplinierung im Zeitalter des Absolutismus. Das Pforzheimer Zucht- und Waisenhaus und die badische Sozialpolitik im 18. Jahrhundert, Sigmaringen 1988.
- Stier-Somlo, Fritz, Handbuch des kommunalen Verfassungsrechts in Preußen, 2. Hälfte, Mannheim/ Berlin/ Leipzig <sup>2</sup>1928.
- Stock, W., Die Benedictiner-Klosterkirche zu Breitenau in Hessen, in: Zeitschrift des Architekten- und Ingenieur-Vereins für das Königreich Hannover 4 (1858), Heft 1, S. 117-128.
- Stöckinger, Hans, Die Unterbringung in einem Arbeitshaus als Maßregel der Sicherung und Besserung, Diss. Würzburg 1935.
- Strafrechtliche Maßnahmen der Sicherung und Besserung, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 14 (1933), S. 275-278.
- Stumpfl, Friedrich, Geistige Störungen als Ursache der Entwurzelung von Wanderern, in: Der nichtseßhafte Mensch, München 1938, S. 275-308.
- Sturm, Karl, Die Landstreicherei, Diss. Breslau 1909.
- Stursberg, Hermann, Die Prostitution in Deutschland und ihre Bekämpfung, Düsseldorf 1886.
- Summa, Rudolf, Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung, Darmstadt/ Marburg 1978.
- Szajkowski, Von der Bettleranstalt zum Bewahrungshaus, in: Soziale Praxis 39 (1930), Sp. 417-422 u. Sp.465-469.
- , Die Behandlung der Asozialen. Die Stellung der Fürsorge, in: Der Gemeindetag 29 (1935), S. 635-639.

- Tennstedt, Florian, Alfred Blaschko - das wissenschaftliche und sozialpolitische Wirken eines menschenfreundlichen Sozialhygienikers im Deutschen Reich, in: Zeitschrift für Sozialreform 25 (1979), S. 513-523 u. S. 600-613 u. S. 646-667.
- , Alleinstehende Wohnungslose in der Geschichte des Fürsorgerechts - ein 100jähriger Weg, in: Materialien zur Wohnungslosenhilfe, Heft 8, Bielefeld 1989, S. 5-16.
- Terhorst, Karl-Leo, Polizeiliche planmäßige Überwachung und polizeiliche Vorbeugungshaft im Dritten Reich, Diss. Heidelberg 1985.
- Thun, Wilhelm, Über die Erkrankungen der Landstreicher, Diss. Kiel 1899.
- Traphagen, Wilhelm, Die ersten Arbeitshäuser und ihre pädagogische Funktion, Diss. Göttingen 1935.
- Trappmann, Klaus (Hrsg.), Landstrasse, Kunden, Vagabunden. Gregor Gogs Liga der Heimatlosen, Berlin 1980.
- Tröger, Gert Paul, Geschichte der Anstalten der geschlossenen Fürsorge im bayrischen Regierungsbezirk Schwaben insbesondere während des 19. Jahrhunderts, Diss. Köln 1979.
- Ulrich, Anita, Bordelle, Strassendirnen und bürgerliche Sittlichkeit in der Belle Epoque, Zürich 1985.
- Unruh, Georg-Christoph von, Die normative Verfassung der kommunalen Selbstverwaltung, in: Jeserich/ Pohl/ Unruh (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, Stuttgart 1984.
- Urban, Alfred, Staat und Prostitution in Hamburg vom Beginn der Reglementierung bis zur Aufhebung der Kasernierung (1807-1922), Hamburg 1927.
- Veritas (d.i. Irma v. Troll-Borostyáni), Die Prostitution vor dem Gesetz. Ein Appell an's deutsche Volk und seine Vertreter, Leipzig 1893.
- Verwaltungs-Bericht des Königlichen Polizei-Präsidiums von Berlin für die Jahre 1871-1880, Berlin 1882.
- Völcker, Paul Leonhard, Das Arbeitshaus. Eine dogmatisch-kritische Studie, Diss. Würzburg 1919.
- Wächter, Carl Eberhard, Über Zuchthäuser und Zuchthausstrafen, Stuttgart 1786.
- Wagner, Patrick, Das Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder. Die Kriminalpolizei und die "Vernichtung des Verbrechertums", in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 6, Berlin 1988, S. 75-100.

- Wagnitz, H. B., Historische Nachrichten und Bemerkungen über die merkwürdigsten Zuchthäuser in Deutschland, Bd. 1, Halle 1791, Bd. 2 Halle 1792.
- Walser, Karin, Prostitutionsverdacht und Geschlechterforschung. Das Beispiel der Dienstmädchen um 1900, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 99-111.
- Walte, Wilhelm Arnold, Dieser Stat Armenhaus zum Behten und Arbeyten. Geschichte des Armenhauses zu Bremen 1698-1866 mit weiteren Beiträgen zur bremischen Sozialgeschichte herausgegeben von Peter Galperin, Bremen 1979.
- Walther, Die Provinzial-Arbeitsanstalt Schweidnitz (Schlesien) und die ihr angeschlossenen Anstalten, in: Der Wanderer 46 (1929), S. 79-84.
- , Die Bedeutung des Arbeitshauses für die Wandererfürsorge, in: Der Wanderer 49 (1932), S. 293-296.
- Wangner, Fr., Aus der Geschichte des fürstenbergischen Zucht- und Arbeitshauses in Hüfingen, in: Schriften des Vereins für Geschichte und Naturgeschichte der Baar und der angrenzenden Landesteile in Donaueschingen 17 (1928), S. 99-150.
- Weber, Christoph, Aus der Vergangenheit von Breitenau und Guxhagen, in: Hessischer Gebirgsbote 44 (1938), S. 4-7.
- Weber, Rudolf, Deutsches Armen- und Bettelwesen im 18. Jahrhundert. Sozialpädagogisches Quellenstudium und Begriffsklärung, Diss. Köln 1986.
- Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Erster Band. Vom Feudalismus des Alten Reichs bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700-1815, München 1987.
- Weitere Vorarbeiten zum Bewahrungsgesetz, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 9 (1928), S. 2-5.
- Welche Maßnahmen sind zu treffen, um die arbeitsscheuen Elemente von unseren Herbergen fern zu halten?, in: Der Wanderer 33 (1916), S. 5-12.
- Wenzel, Ernst, Das Kloster Breitenau und seine Pfeilerbasilika, in: Handbuch des Kreises Melsungen 9 (1928).
- Werber, E. K., Asozialenbehandlung bei der Polizei, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 2 (1926/27), S. 287-292 u. S. 346-354.
- Werle, Gerhard, Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich, Berlin/ New York 1989.
- Werner, Carl H., Die lex Heinze und ihre Geschichte, Diss. Freiburg 1935.

- Werner, Wolfgang Franz, Die Arbeitserziehungslager als Mittel nationalsozialistischer "Sozialpolitik" gegen deutsche Arbeiter, in: Waclaw Dlugoborski (Hrsg.), Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981, S. 138-147.
- Wespe, Kurt, Die rechtliche Regelung der Prostitution, Diss. Hamburg 1930.
- Wetz, Die polizeiliche Bedeutung des Wanderbuchs, in: Kriminalistische Monatshefte 9 (1935), S. 49-52.
- Wetzel, Otto, Die "Asozialen-Kolonie". Ein Großstadtproblem: Wohin mit den Asozialen?, in: Die nationalsozialistische Gemeinde 3 (1935), S. 35-37.
- Wilmanns, Karl, Die Psychosen der Landstreicher, in: Centralblatt für Nervenheilkunde und Psychiatrie 25 (1902), S. 729-746.
- , Das Landstreichertum, seine Abhilfe und Bekämpfung, in: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform 1 (1904/05), S. 603-620.
  - , Ergebnisse einer Untersuchung geisteskranker Landstreicher, Leipzig 1906.
  - , Zur Psychopathologie des Landstreichers. Eine klinische Studie, Leipzig 1906.
- Wiltsh, Hanne/ Krause-Vilmar, Dietfrid, Das Arbeitserziehungs- und Konzentrationssammellager Breitenau 1940-1945, in: Die Grünen im Landtag (Hrsg.), Hessen hinter Stacheldraht. Verdrängt und vergessen: KZs, Lager, Außenkommandos, Frankfurt 1984, S. 96-106.
- Wintzingerode-Knorr, Levin Freiherr von, Die deutschen Arbeitshäuser, ein Beitrag zur Lösung der Vagabonden-Frage. Bericht erstattet im Auftrage des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit, Halle a.d.S. 1885.
- Wittelshöfer, Die statistische Erhebung zur Vorbereitung eines Bewahrungsgesetzes, in: Volkswohlfahrt, 1930, Sp. 743-750.
- Wolf, Werner, Zur Geschichte des Armen- und Arbeitshauses in Potsdam 1774-1800, Potsdam 1963.
- Wuermeling, Franz-Josef, Wandererfürsorge, in: Der Gemeindetag, 1934, Nr. 3, S. 74 f.
- Wunder, Bernd, Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt 1986.
- Zentralverband Deutscher Arbeiterkolonien (Hrsg.), Ein Jahrhundert Arbeiterkolonien. "Arbeit statt Almosen" - Hilfe für Obdachlose Wanderarme 1884-1984, Bielefeld 1984.
- Zetzsche, Abkürzungs- und Verlängerungsmöglichkeit der Unterbringung im Arbeitshause, in: Deutsche Rechtspflege, 1936, S. 290.
- Ziller, Über die Einrichtung von Bezirks- (Kreis-) Armenhäusern, in: Armenpfleger-Kongreß 1885, Nr. 9.



Zürn, Gaby, "A. ist Prostituiertentyp". Zur Ausgrenzung und Vernichtung von Prostituierten und moralisch nicht-angepaßten Frauen im nationalsozialistischen Hamburg, in: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes (Hrsg.), Verachtet, verfolgt, vernichtet, Hamburg 1986, S. 128-151.  
Zwang zur Arbeit, in: Volksblatt für Halle und den Saalkreis, 21.2. 1912.

## Nachweis der Schaubilder, Karten, Fotos und Faksimiles

- |           |  |
|-----------|--|
| Titelbild | Foto aus Archiv der Gedenkstätte Breitenau   |
| S. 72     | Kurfürstenthum Hessen, Niveaukarte nach 122 Blättern nach 1/25 000 d.w.G. (1861), Blatt 31 u. 22.  |
| S. 76     | Georg Landau, Malerische Ansichten von Hessen. Mit 36 Stahlstichen, Kassel 1942, S. 45.  |
| S. 78     | Schaubild 1 wurde nach Tabelle 2 erstellt.   |
| S. 79     | Schaubild 2 wurde nach Tabelle 2 erstellt.   |
| S. 85     | Schaubild 3 nach Angaben in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, Nr. 63, Nr. 64, Nr. 147, Nr. 9794, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 128, S. 172 RS. |
| S. 88     | Schaubild 4 nach Angaben der Aufnahmebücher, StA Marburg, Bestand 231.   |
| S. 97     | Foto aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8339.   |
| S. 99     | Karte erstellt nach den Angaben im Aufnahmebuch der aus dem Regierungsbezirk Kassel eingewiesenen männlichen Korrigenden, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 22.          |
| S. 101    | Foto aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9381.   |
| S. 113    | Foto aus Archiv der Gedenkstätte Breitenau.  |
| S. 117    | Karte erstellt nach den Angaben im Aufnahmebuch der aus dem Regierungsbezirk Kassel eingewiesenen männlichen Korrigenden, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 22.          |
| S. 121    | Schaubild 5 nach Angaben in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, Nr. 63, Nr. 64, Nr. 147, Nr. 9794, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 128, S. 172 RS. |
| S. 133    | Karte erstellt nach den Angaben im Aufnahmebuch der aus dem Regierungsbezirk Kassel eingewiesenen Korrigendinnen, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 21.                  |
| S. 139    | Karte erstellt nach den Angaben im Aufnahmebuch der aus dem Regierungsbezirk Kassel eingewiesenen Korrigendinnen, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 21.                  |
| S. 147    | Schaubild 6 nach Aufnahmebuch Landarme Männer, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 27.   |

- S. 149      Schaubild 7 nach Aufnahmebuch Landarme Männer, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 27.
- S. 150      Karte erstellt nach den Angaben im Aufnahmebuch Landarme Männer, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 27.
- S. 153      Schaubild 8 nach Aufnahmebuch Landarme Weiber, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 28.
- S. 154      Karte erstellt nach den Angaben im Aufnahmebuch Landarme Weiber, StA Marburg, Bestand 231, Nr. 28.
- S. 157      Schaubild 9 nach Tabelle 1.
- S. 174      Foto aus Archiv der Gedenkstätte Breitenau
- S. 183      StA Marburg, Bestand 220, Nr. 478.
- S. 198      Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 4634.
- S. 200      Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7716.
- S. 202      Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7716.
- S. 212      Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8033.
- S. 214      Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8033.
- S. 229      Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 4634.
- S. 231      Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8469.
- S. 233      Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8026.
- S. 238-240      Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 4613.
- S. 268      Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9157.
- S. 270      Foto aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7825.
- S. 273      Foto aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7880.
- S. 289      Foto aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7917.
- S. 296      Foto aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8073, Nr. 9293.
- S. 299      Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 8359.
- S. 308      Foto aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9526.
- S. 311      Foto aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9040.
- S. 316      Foto aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9110.

**Tabelle 1**  
**Einlieferungen in die Korrektions- und Landarmenanstalt Breitenau**  
**1874-1949**

	Gesamt- anstalt			Korrigenden			Land- und Ortsarme			Arbeitshäuslinge			Fürsorge- zöglinge	Strafge- fangene	Schutz- häftlinge
	gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen			
1874	51	51	51	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1875	85	85	72	13	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1876	126	126	108	18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1877	379	370	322	48	9	5	4	-	-	-	-	-	-	-	-
1878	444	432	374	58	12	10	2	-	-	-	-	-	-	-	-
1879	537	523	465	58	14	11	3	-	-	-	-	-	-	-	-
1880	558	538	464	74	20	17	3	-	-	-	-	-	-	-	-
1881	642	631	530	101	11	9	2	-	-	-	-	-	-	-	-
1882	509	496	413	83	13	12	1	-	-	-	-	-	-	-	-
1883	597	587	494	93	10	6	4	-	-	-	-	-	-	-	-
1884	347	326	264	62	21	17	4	-	-	-	-	-	-	-	-
1885	264	238	200	38	26	18	8	-	-	-	-	-	-	-	-
1886	260	235	201	34	25	21	4	-	-	-	-	-	-	-	-
1887	193	178	155	23	15	12	3	-	-	-	-	-	-	-	-
1888	220	201	176	25	19	16	3	-	-	-	-	-	-	-	-
1889	196	185	159	26	11	4	7	-	-	-	-	-	-	-	-
1890	157	144	124	20	13	11	2	-	-	-	-	-	-	-	-
1891	165	142	119	23	23	15	8	-	-	-	-	-	-	-	-
1892	174	140	117	23	34	29	5	-	-	-	-	-	-	-	-
1893	186	160	143	17	26	20	6	-	-	-	-	-	-	-	-
1894	192	164	141	23	28	24	4	-	-	-	-	-	-	-	-
1895	158	130	103	27	28	22	6	-	-	-	-	-	-	-	-
1896	154	130	106	24	24	17	7	-	-	-	-	-	-	-	-
1897	166	144	108	36	22	20	2	-	-	-	-	-	-	-	-
1898	150	129	112	17	21	19	2	-	-	-	-	-	-	-	-
1899	99	79	72	7	20	18	2	-	-	-	-	-	-	-	-
1900	99	88	76	12	11	10	1	-	-	-	-	-	-	-	-
1901	126	117	101	16	9	8	1	-	-	-	-	-	-	-	-
1902	112	85	79	6	27	23	4	-	-	-	-	-	-	-	-
1903	126	94	78	16	18	16	2	-	-	-	-	14	-	-	-
1904	130	103	90	13	13	11	2	-	-	-	-	14	-	-	-
1905	96	75	66	9	21	17	4	-	-	-	-	0	-	-	-
1906	203	190	132	58	13	12	1	-	-	-	-	0	-	-	-
1907	163	150	122	28	13	11	2	-	-	-	-	0	-	-	-
1908	212	195	155	40	17	16	1	-	-	-	-	0	-	-	-
1909	222	208	155	53	14	12	2	-	-	-	-	0	-	-	-
1910	211	193	148	45	18	14	4	-	-	-	-	3	-	-	-
1911	192	181	147	34	11	10	1	-	-	-	-	0	-	-	-
1912	182	160	138	22	22	21	1	-	-	-	-	0	-	-	-
1913	237	191	163	28	15	13	2	31	29	2	0	-	-	-	-
1914	248	171	153	18	23	19	4	53	42	11	1	-	-	-	-
1915	203	170	119	51	8	7	1	24	20	4	1	-	-	1	1
1916	158	128	71	57	13	10	3	13	11	2	4	-	-	1	1

	Gesamt-		Korrigenden		Land- und Ortsarme			Arbeitshäuslinge			Fürsorge-	Strafge-	Schutz-
	anstalt	gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen	zöglinge	fangene	häftlinge
1917	108	76	33	43	19	16	3	7	4	3	6	-	-
1918	50	34	12	22	13	12	1	2	0	2	1	-	-
1919	36	25	8	17	3	1	2	0	0	0	8	-	-
1920	178	39	17	22	7	6	1	0	0	0	9	123	-
1921	348	62	30	32	6	6	0	8	5	3	0	273	-
1922	153	109	66	43	10	10	0	7	6	1	0	27	-
1923	273	85	54	31	14	13	1	2	2	0	5	167	-
1924	295	83	37	46	16	14	2	6	5	1	4	186	-
1925	273	142	83	59	18	16	2	10	7	3	5	98	-
1926	188	135	99	36	24	20	4	23	20	3	6	-	-
1927	149	123	106	17	8	8	0	13	9	4	5	-	-
1928	114	75	74	1	17	15	2	15	14	1	7	-	-
1929	73	41	41	0	8	8	0	9	6	3	15	-	-
1930	74	38	36	2	11	10	1	8	7	1	17	-	-
1931	62	20	20	0	31	29	2	8	7	1	3	-	-
1932	69	24	23	1	43	40	3	2	2	0	-	-	-
1933	674	125	121	4	34	28	6	4	3	1	-	-	511
1934	166	137	126	11	20	17	3	9	6	3	-	-	-
1935	221	161	153	8	41	26	17	18	7	11	-	-	-
1936	293	167	158	9	42	29	13	83	50	33	-	-	-
1937	340	164	155	9	71	44	27	105	70	35	?	-	-
1938	246	106	102	4	64	52	12	32	11	21	44	-	-
1939	273	50	47	3	41	35	6	58	30	18	124	-	-
1940	665	48	45	3	36	27	10	529	433	96	52	-	?
1941	1167	22	22	0	55	25	30	997	654	343	76	-	?
1942	?	28	28	0	?	?	?	?	?	?	?	?	?
1943	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
1944	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	-	?
1945	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	-	?
1946	?	200	21	179	?	?	?	?	?	?	?	-	-
1947	?	306	25	281	?	?	?	?	?	?	?	-	-
1948	?	241	46	195	?	?	?	?	?	?	?	-	-
1949	?	39	11	18	?	?	?	?	?	?	?	-	-

Anmerkung: "?" Wert möglich aber nicht festgestellt; "0" Wert "null"; "-" Wert nicht möglich; für die Jahre 1874, 1875, 1876 aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60; für die Jahre 1877 bis 1922 zusammengestellt aus den Ergebnissen der Verwaltung in Bezug auf die Landarmenpflege und das Korrigendenwesen, in: Amtsblatt der (königlichen) Regierung zu Kassel, in Verbindung mit den Jahresberichten in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, Nr. 147, Nr. 9794; für die Jahre 1925 und 1928 aus Bericht des Landesausschusses über die Ergebnisse der Verwaltung des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Kassel, in: Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel; für 1928 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9782, S. 203 RS, für 1937 aus Bericht über die Ergebnisse der Verwaltung des Bezirksverbandes Hessen im Jahre 1937, o.O., o.J.; Für 1941 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, S. 185; für 1942 aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 132, S. 193; bis 1898 Kalenderjahr, ab dann Rechnungsjahr, die Ziffern für 1898 beziehen sich daher auf 15 Monate. Die 1940 und 1941 eingewiesenen Häftlinge des Arbeitserziehungslagers wurden von der Verwaltung unter der Rubrik "Arbeitshäuslinge" aufgeführt. Für die Jahre 1946 bis 1949 liegen keine vollständigen Statistiken der Anstalt vor; die angegebenen Werte beruhen auf einer eigenen Auszählung der Aufnahmebücher, Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9822 und Nr. 10325.

**Tabelle 2**  
**Verpflegungstage der Korrektions- und Landarmenanstalt Breitenau**  
**1874-1949**

	Gesamt- anstalt	Korrigenden gesamt	Männer	Frauen	Land- und Ortsarme gesamt	Männer	Frauen	Arbeitshäuslinge gesamt	Männer	Frauen	Fürsorge- zöglinge	Strafge- fangene	Schutz- häftlinge
1874	3.165	3.165	3.165	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1875	17.535	17.535	16.511	1.024	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1876	34.120	34.120	28.932	5.188	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1877	76.291	75.517	64.182	11.335	774	422	352	-	-	-	-	-	-
1878	100.061	96.864	81.878	14.986	3.197	2.110	1.087	-	-	-	-	-	-
1879	111.898	107.314	89.466	17.848	4.584	3.328	1.256	-	-	-	-	-	-
1880	120.433	115.173	95.556	19.617	5.260	3.983	1.277	-	-	-	-	-	-
1881	154.629	146.525	115.870	30.655	8.104	6.974	1.130	-	-	-	-	-	-
1882	129.224	121.824	91.814	30.010	7.400	6.380	1.020	-	-	-	-	-	-
1883	134.923	128.979	96.187	32.792	5.944	4.846	1.098	-	-	-	-	-	-
1884	95.710	89.977	67.243	22.734	5.733	4.254	1.479	-	-	-	-	-	-
1885	89.975	82.373	60.386	21.987	7.602	4.948	2.654	-	-	-	-	-	-
1886	104.485	96.096	75.293	20.803	8.389	5.733	2.656	-	-	-	-	-	-
1887	90.543	83.703	66.681	17.022	6.840	4.873	1.967	-	-	-	-	-	-
1888	91.355	84.829	72.798	12.031	6.526	4.998	1.528	-	-	-	-	-	-
1889	91.651	83.863	69.699	14.164	7.788	5.740	2.048	-	-	-	-	-	-
1890	75.079	67.361	55.621	11.740	7.718	5.377	2.341	-	-	-	-	-	-
1891	66.299	58.433	47.879	10.554	7.866	5.902	1.964	-	-	-	-	-	-
1892	65.894	57.233	45.124	12.109	8.661	7.218	1.443	-	-	-	-	-	-
1893	66.520	56.949	48.058	8.891	9.571	8.181	1.390	-	-	-	-	-	-
1894	74.737	65.006	55.581	9.425	9.731	8.680	1.051	-	-	-	-	-	-
1895	72.090	62.007	49.979	12.028	10.083	8.868	1.215	-	-	-	-	-	-
1896	64.666	53.390	41.465	11.925	11.276	9.340	1.936	-	-	-	-	-	-
1897	64.194	53.055	39.526	13.529	11.139	9.390	1.749	-	-	-	-	-	-
1898	71.845	58.085	44.459	13.626	13.760	11.572	2.188	-	-	-	-	-	-
1899	44.736	34.336	28.493	5.843	10.400	8.683	1.717	-	-	-	-	-	-
1900	38.506	27.801	24.108	3.693	10.705	9.074	1.631	-	-	-	-	-	-
1901	48.454	39.090	34.270	4.820	9.364	8.229	1.135	-	-	-	-	-	-
1902	53.040	41.411	36.566	4.845	11.629	10.055	1.574	-	-	-	-	-	-
1903	44.763	33.072	29.601	3.471	10.295	8.461	1.834	-	-	-	1396	-	-
1904	48.074	37.522	30.578	6.944	9.158	7.914	1.244	-	-	-	1367	-	-
1905	45.127	34.722	28.670	6.052	10.405	8.820	1.585	-	-	-	0	-	-
1906	55.652	44.829	32.235	12.594	10.823	9.382	1.441	-	-	-	0	-	-
1907	59.072	50.876	39.136	11.740	8.196	7.032	1.164	-	-	-	0	-	-
1908	65.006	56.234	43.726	12.508	8.772	8.167	605	-	-	-	0	-	-
1909	74.051	66.405	47.198	19.207	7.646	7.455	191	-	-	-	0	-	-
1910	64.775	56.137	40.139	15.998	8.286	7.780	506	-	-	-	352	-	-
1911	62.292	55.243	42.903	12.340	7.049	6.651	398	-	-	-	0	-	-
1912	66.617	58.833	47.956	10.877	7.784	7.357	427	-	-	-	0	-	-
1913	64.755	55.243	45.827	9.416	7.267	6.442	825	2.245	2.167	78	0	-	-
1914	72.663	51.202	43.439	7.763	8.169	7.653	516	13.047	10.472	2.575	245	-	-
1915	67.721	52.889	41.906	10.983	7.112	6.721	391	7.456	5.394	2.062	264	-	-
1916	65.069	53.246	34.286	18.960	6.705	5.760	945	3.981	3.404	577	534	-	603

	Gesamt- anstalt	Korrigenden gesamt	Männer	Frauen	Land- und Ortsarme gesamt	Männer	Frauen	Arbeits-häuslinge gesamt	Männer	Frauen	Fürsorge- zöglinge	Strafge- fangene	Schutz- häftlinge
1917	48.016	37.154	18.660	18.494	6.733	6.089	644	2.330	1.380	950	1.799	-	16
1918	27.911	20.641	8.165	12.476	5.570	5.373	196	1.73	341	732	628	-	-
1919	8.194	3.572	1.069	2.503	3.367	3.363	4	99	0	99	1.156	-	-
1920	29.595	12.559	5.136	7.423	3.892	3.297	995	0	0	0	2.425	10.719	-
1921	65.006	15.170	7.303	7.867	4.327	4.030	297	1458	871	587	110	43.941	-
1922	46.057	27.016	15.362	11.654	5.125	5.125	0	1718	1438	280	0	12.198	-
1923	51.386	27.300	17.181	10.119	6.159	5.889	269	888	844	44	754	16.285	-
1924	67.833	23.092	13.540	9.552	5.769	5.272	492	1.072	735	337	982	36.918	-
1925	68.989	31.323	17.788	13.535	5.629	5.146	483	1.877	1.477	455	799	29.370	-
1926	47.517	34.868	23.193	11.675	7.087	6.560	527	4.791	3.925	866	711	-	-
1927	48.839	37.723	21.760	5.963	7.632	7.586	46	2.926	2.127	799	558	-	-
1928	34.873	23.320	22.958	362	7.703	7.703	0	1.864	1.774	90	1.986	-	-
1929	27.773	14.795	14.795	0	7.085	7.085	0	2.534	2.161	373	3.359	-	-
1930	27.866	12.898	12.554	344	7.852	7.712	140	1.216	872	344	5.900	-	-
1931	24.132	8.757	8.563	194	12.059	11.421	638	1.380	1.345	35	1.936	-	-
1932	27.281	9.199	9.052	147	17.624	16.607	1.017	458	458	0	-	-	-
1933	68.714	21.789	21.369	420	19.342	18.091	1.251	503	354	149	-	-	27.080
1934	56.061	37.129	35.174	1.955	18.770	17.756	1.014	662	419	243	-	-	-
1935	78.673	58.419	53.633	4.786	17.649	15.852	1.797	2.602	905	1.697	-	-	-
1936	111.066	74.793	72.214	2.579	19.527	16.477	3.050	11.745	4.186	7.559	-	-	-
1937	144.907	94.426	90.079	4.347	24.866	17.891	6.975	25.615	13.608	17.007	?	-	-
1938	152.152	104.146	99.885	4.261	27.823	25.508	2.315	11.213	4.806	6.407	8.970	-	-
1939	134.987	69.581	66.873	2.708	27.696	25.147	2.549	18.630	11.464	7.166	19.080	-	-
1940	131.590	54.765	54.957	708	28.142	24.135	4.007	34.326	25.886	8.440	14.361	-	?
1941	148.879	44.683	44.410	365	29.249	23.344	5.905	61.519	43.180	18.339	13.428	-	?
1942	?	44.105	43.803	302	?	?	?	?	?	?	?	-	?
1943	?												
1944	?												
1945	27.764												
1946	117.477												
1947	115.635												
1948	79.444												
1949	21.002												

Anmerkung: "??" Wert möglich aber nicht festgestellt; "0" Wert "null"; "-" Wert nicht möglich; für das Jahr 1874 aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 60, S. 6; für die Jahre 1875 bis 1922 zusammengestellt aus den Ergebnissen der Verwaltung in Bezug auf die Landarmenpflege und das Korrigendenwesen, in: Amtsblatt der (königlichen) Regierung zu Kassel, in Verbindung mit den Jahresberichten in Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 64, Nr. 147, Nr. 9794; für die Jahre 1925 und 1928 aus Bericht des Landesausschusses über die Ergebnisse der Verwaltung des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Kassel, in: Verhandlungen des Kommunalalltags für den Regierungsbezirk Kassel; für 1928 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9782, S. 203 RS; für 1937 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 128, S. 98 RS; für 1941 Archiv des LWV-Hessen, Bestand 1 [Bezirksverband], Nr. 132, S. 184; für 1942 aus Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 132, S. 194; bis 1898 Kalenderjahr, ab dann Rechnungsjahr, die Ziffern für 1898 beziehen sich daher auf 15 Monate. Die 1940 und 1941 eingewiesenen Häftlinge des Arbeitererziehungslagers wurden von der Verwaltung unter der Rubrik "Arbeits-häuslinge" aufgeführt. Von 1943 bis 1949 konnten die Verpflegungstage nur für die Gesamtanstalt festgestellt werden, Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9817.

**Tabelle 3****Hafttage der Korrigenden und Korrigendinnen****Preußen und Breitenau**

	Preußische Arbeitshäuser			Breitenau		
	gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen
1895	3.956.232	3.444.621	511.611	62.007	49.979	12.028
1896	3.619.939	3.125.933	494.006	53.390	41.465	11.925
1897	3.340.401	2.867.235	473.166	53.055	39.526	13.529
1898	3.206.628	2.768.393	438.235	58.085	44.459	13.626
1899	3.061.993	2.648.266	413.727	34.366	28.493	5.843
1900	2.990.532	2.577.565	412.967	27.801	24.108	3.693
1901	3.151.474	2.720.434	431.040	39.090	34.270	4.820
1902	3.573.472	3.151.308	422.164	41.411	36.566	4.845
1903	3.618.850	3.225.613	393.237	33.072	29.601	3.471
1904	3.553.950	3.151.418	402.532	37.552	30.578	6.944
1905	3.480.024	3.124.968	355.956	34.722	28.670	6.052
1906	3.153.933	2.823.890	330.043	44.829	32.235	12.594
1907	2.754.608	2.480.142	274.466	50.876	39.136	11.740
1908	2.945.107	2.674.197	270.910	56.234	43.726	12.508
1909	3.150.360	2.871.807	278.553	66.405	47.198	19.207
1910	2.991.905	2.710.111	281.794	56.137	40.139	15.998
1911	2.769.941	2.502.991	266.950	55.243	42.903	12.340
1912	2.674.489	2.408.218	266.271	58.833	47.956	10.877
1913	2.666.521	2.392.810	273.711	55.243	45.827	9.416
1914	2.565.581	2.276.280	289.301	51.202	43.439	7.763
1915	2.060.554	1.652.354	408.200	52.889	41.906	10.983

aus:

Statistik der zum Ressort des Königlich Preußischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse und der Korrigenden, 1895-1915.



**Tabelle 4****Einlieferungen von Korrigenden und Korrigendinnen****Preußen und Breitenau**

	Preußen			Breitenau		
	gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen
1895	10.667	9.052	1.61	130	103	27
1896	9.306	7.810	1.496	130	106	24
1897	8.604	7.201	1.403	144	108	36
1898	8.103	6.864	1.239	129	112	17
1899	7.991	6.713	1.278	79	72	7
1900	8.020	6.722	1.298	88	76	12
1901	9.332	7.987	1.345	117	101	16
1902	10.052	8.833	1.219	85	79	6
1903	10.363	9.218	1.145	94	78	16
1904	9.694	8.608	1.086	103	90	13
1905	9.214	8.155	1.059	75	66	9
1906	7.901	6.938	963	190	132	58
1907	7.447	6.716	731	150	122	28
1908	8.564	7.666	898	195	155	40
1909	8.495	7.607	888	208	155	53
1910	7.782	6.931	851	193	158	45
1911	6.982	6.191	791	181	148	33
1912	6.883	5.978	905	160	138	22
1913	7.388	6.506	882	191	163	28
1914	6.483	5.373	1.110	171	153	18
1915	4.864	3.338	1.526	170	119	51

aus:

Statistik der zum Ressort des Königlich Preußischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse und der Korrigenden, 1895-1915.

**Tabelle 5****Einlieferungsgründe****Preußen****Männliche Korrigenden**

	§ 361,3 Landstreichen	§ 361,4 Betteln	§ 361,3 u 4 Landstreichen und Betteln	§ 361,5 Müßiggang	§ 361,7 Arbeitsscheu	§ 361,8 Obdachlosigkeit	§ 181a Zuhälterei
1896	375	5.367	1.126	83	12	645	-
1897	354	4.841	997	67	11	716	-
1898	331	4.493	999	81	10	653	-
1899	313	4.385	936	93	7	715	-
1900	305	4.286	999	90	5	758	2
1901	362	5.272	1.066	106	8	813	64
1902	342	5.818	1.091	131	11	1.001	127
1903	326	5.983	1.059	93	12	1.151	179
1904	290	5.508	889	163	8	1.027	171
1905	271	4.859	875	161	10	1.231	180
1906	263	4.048	804	82	7	951	228
1907	328	4.166	702	97	8	810	188
1908	302	4.789	931	125	10	925	197
1909	319	5.125	825	120	5	699	228
1910	312	4.485	865	106	13	600	245
1911	290	4.021	758	102	11	533	257
1912	264	3.883	755	105	9	511	261
1913	345	4.165	912	88	7	525	266
1914	373	3.146	642	69	8	446	317
1915	333	1.533	529	16	4	366	243

aus:

Statistik der zum Ressort des Königlich Preußischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse und der Korrigenden, 1895-1915.

# Tabelle 6

## Einlieferungsgründe

### Preußen

### Korrigendinnen

	§ 361,3 Landstreichen	§ 361,4 Betteln	§ 361,3 u 4 Landstreichen und Betteln	§ 361,5 Müßiggang	§ 361,6 Gewerbeunzucht	§ 361,7 Arbeitsscheu	§ 361,8 Obdachlosigkeit
1896	82	92	68	8	1.096	0	89
1897	87	87	58	2	1.035	1	87
1898	74	71	52	2	910	2	81
1899	70	77	46	5	935	4	97
1900	66	74	59	7	941	1	89
1901	60	93	54	6	975	0	105
1902	44	82	79	5	852	0	113
1903	50	79	51	6	851	2	85
1904	48	71	51	4	766	5	121
1905	55	85	45	11	728	1	94
1906	48	88	48	9	643	2	86
1907	47	69	31	6	484	3	55
1908	36	70	39	3	582	0	87
1909	41	84	37	10	606	3	79
1910	43	57	27	7	611	1	74
1911	36	58	24	8	544	6	80
1912	36	43	43	6	666	0	70
1913	40	59	29	9	640	1	76
1914	44	39	31	10	849	0	88
1915	34	41	26	4	1.340	0	43

aus:

Statistik der zum Ressort des Königlich Preußischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse und der Korrigenden, 1895-1915.

# Tabelle 7

## Einlieferungsgründe

### Breitenau

### Männliche Korrigenden

	§ 361,3 Landstreichen	§ 361,4 Betteln	§ 361,3 u 4 Landstreichen und Betteln	§ 361,5 Müßiggang	§ 361,7 Arbeitsscheu	§ 361,8 Obdachlosigkeit	§ 181a Zuhälterei
1896	16	72	16	1	0	1	-
1897	24	63	20	1	0	0	-
1898	23	56	31	2	0	0	-
1899	15	28	27	1	0	1	-
1900	17	23	33	1	0	2	0
1901	5	75	18	0	0	3	0
1902	5	53	16	2	2	1	0
1903	3	54	15	3	2	1	0
1904	2	73	7	1	0	5	2
1905	4	45	7	1	0	2	7
1906	10	83	17	1	0	4	17
1907	7	67	19	2	1	6	20
1908	2	96	25	3	2	6	21
1909	11	95	15	2	0	6	26
1910	14	67	19	2	0	4	42
1911	9	68	38	1	0	3	29
1912	12	58	37	0	1	3	27
1913	8	65	51	0	0	8	31
1914	11	72	30	1	0	2	37
1915	17	41	29	1	0	8	23

aus:

Statistik der zum Ressort des Königlich Preußischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse und der Korrigenden, 1895-1915.

## Tabelle 8

### Einlieferungsgründe

#### Breitenau

#### Korrigendinnen

	§ 361,3 Landstreichen	§ 361,4 Betteln	§ 361,3 u 4 Landstreichen und Betteln	§ 361,5 Müßiggang	§ 361,6 Gewerbsunzucht	§ 361,7 Arbeitsscheu	§ 361,8 Obdachlosigkeit
1896	0	1	0	0	23	0	0
1897	1	2	0	0	33	0	0
1898	2	3	0	0	12	0	0
1899	0	1	0	0	5	1	0
1900	0	1	1	0	10	0	0
1901	1	4	1	0	9	0	1
1902	0	0	0	0	6	0	0
1903	0	2	1	0	13	0	0
1904	0	0	0	0	11	0	2
1905	0	1	1	0	7	0	0
1906	1	2	1	0	52	0	2
1907	0	1	0	0	27	0	0
1908	0	1	1	0	36	0	2
1909	0	5	0	0	48	0	0
1910	1	2	0	1	40	0	1
1911	0	2	0	3	28	0	0
1912	1	2	4	1	14	0	0
1913	1	1	1	0	24	0	1
1914	1	2	0	0	15	0	0
1915	0	3	0	1	47	0	0

aus:

Statistik der zum Ressort des Königlich Preußischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse und der Korrigenden, 1895-1915.